

**Die Unfallverhütung
in der Eisen- und Stahlindustrie
der Bundesrepublik Deutschland**
**unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit
der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft**

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche
Fakultät der Westfälischen Wilhelms - Universität
zu Münster

1963

vorgelegt von
Walter Embser
aus
Oberhausen (Rhld.)

Die Unfallverhütung
in der Eisen- und Stahlindustrie
der Bundesrepublik Deutschland

unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit
der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die Rechts- und Staatswissenschaftliche
Fakultät der Westfälischen Wilhelms - Universität
zu Münster

vorgelegt von
Walter Embser
aus
Oberhausen (Rhld.)



1. Berichterstatter: Prof. Dr. Hermann Pechan
 2. Berichterstatter: Prof. Dr. Albert Schnettler
- Dekan: Prof. Dr. Wolfgang Fikentscher
- Tag der mündlichen Prüfung: 19. Dezember 1963

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
Einführung	1
Teil 1: KONZEPTION DER UNFALLVERHÜTUNG	
<u>Kapitel I: Der Arbeitsunfall als Objekt</u> <u>und Anlaß der Unfallverhütung</u> =====	
1. Begriff des Arbeitsunfalls und der Unfall- verhütung	
(1) Der Arbeitsunfall	7
a) Der Arbeitsunfall in der Rechtsprechung ...	8
b) Die Begriffsbestimmung des Unfalls aus der Betriebspraxis und dem technischen Schrift- tum	10
(2) Unfallverhütung und Arbeitssicherheit	12
2. Zuständigkeit von Staat und Wirtschaft für die Un- fallverhütung	
a) Staatliche Maßnahmen für die Arbeitssicherheit	15
b) Verhältnis der Wirtschaftsbetriebe zu den Fra- gen der Arbeitssicherheit	18
3. Wesen der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung	
a) Der Umfang der gesetzlichen Unfallversicherung	20
b) Ziele der Unfallversicherung	22
c) Die Grenzen der Unfallversicherung	23

Kapitel II: Die Träger der gesetzlichen Un-
fallversicherung und ihre Auf-
gaben bei der Unfallverhütung
=====

1. Die Berufsgenossenschaft in Gliederung und Aufbau	
a) Rechtliche Merkmale der Berufsgenossenschaft	26
b) Institutioneller Aufbau	
b ₁ Aufgliederung des Bereiches der BG	29
b ₂ Bestand der Berufsgenossenschaft	29
b ₃ Verfassung der Genossenschaft	30
b ₄ Der Verwaltungskörper der Genossenschaft ..	31
c) Übersicht über Stand und Entwicklung der Verwaltung der HWBG in den Jahren 1890 bis 1961	33
2. Die Stellungnahme der Genossenschaftsverwaltung zu den Aufgaben der Unfallverhütung	35
3. Das Verhältnis der Mitgliedswerke zur Genossenschaftsverwaltung	38
4. Unfallverhütung als Gemeinschaftsaufgabe	
a) Der Einzelbeitrag der Genossenschaftswerke ...	40
b) Die Genossenschaftsverwaltung in der Unfallverhütungsarbeit	41
5. Die Rangordnung der Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung	
a) Wirtschaftliche Begründung des Primats der Unfallverhütung	43
b) Die tatsächliche Rangstufe der Unfallverhütung im Lichte der Schrifttumsmeinungen	46

Kapitel III: Die Unfallverhütung als Genossenschaftsaufgabe
=====

1. Ansatzpunkt der Unfallverhütung: Die Komplexität des Unfallcharakters	49
2. Die Sicherheitsabteilungen der Mitgliedswerke	
a) Wesen und Funktion der Sicherheitsbeauftragten	52
b) Ausgestaltung der Sicherheitsabteilungen	55
c) Anzahl der Sicherheitsingenieure in den Werken der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft	56
3. Wirkungsbereich und Stellung des Technischen Aufsichtsdienstes der HWBG	
a) Der Wirkungsbereich des Technischen Aufsichtsdienstes	58
b) Ausbildung und Verantwortlichkeit der Technischen Aufsichtsbeamten	61
c) Die Stellung der Technischen Aufsichtsbeamten	64
4. Praktische Ausdeutung des Begriffs "Genossenschaft" und entsprechende Konzeption der Unfallverhütung	
a) Gebräuchliche Diktion bei Verwendung des Begriffs "Berufsgenossenschaft"	65
b) Die aus der Sprachübung ersichtlichen Wesensmerkmale der Auffassung von den bg-lichen Aufgaben	70
c) Strukturelle Gründe der "Distanzierung" von einer genossenschaftlichen Unfallverhütung und Möglichkeiten einer Änderung dieses Tatbestandes	72
Exkurs: Einleitung und allgemeine Übersicht zu einer Umfrage bei Mitgliedswerken der Hütten- und Walzwerks-BG	78
1. Allgemeine Übersicht	80

	<u>Seite</u>
2. Zum Methodischen bei der Befragung und bei der Auswertung der Antworten	84
3. Ergebnisse und Analyse der Befragung über Teilgebiet 1	85
d) Geldliche Aufwendungen der HWBG für Unfallverhütung	90
 Teil 2: METHODIK DER UNFALLVERHÜTUNG	
 <u>Kapitel IV: Allgemeine Grundlagen der Unfallverhütungsarbeit</u> =====	
A Vorbemerkungen über die "Gemeinschaftsarbeit" aller Berufsgenossenschaften bei dem "Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften"	92
B Zentrale Lenkung der Arbeitssicherheitsbemühungen bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie	94
C Unfallverhütungsarbeit bei der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft	98
1. "Abgrenzung" des Unfallgeschehens durch die Unfallstatistik	
a) Die überbetriebliche Statistik der BGen	99
b) Interne "Statistik Arbeitsschutz" der HWBG ...	101
c) Betriebliche Unfallstatistik in den Werken der HWBG	102
d) Auswertungsmöglichkeiten der Betriebsunfallstatistik mittels Bewertung der Unfallziffern	106
d ₁) Grundlagen für die Gestaltung von Gefahrtarif und Prämiensystem	106
d ₂) Auswertung der Statistik für die Bestimmung der Unfallkosten	107

	<u>Seite</u>
e) Betriebliche Arbeitsschutzstatistik	108
f) Exkurs: Zur Frage der Vergleichbarkeit in- und ausländischer Unfallstatistiken	109
2. Betriebliche Unfallursachenstatistik	112
3. Die Unfallverhütungsvorschriften	
a) Praktische und rechtliche Natur der UVVen	
a ₁) Praktische Natur der UVVen	117
a ₂) Rechtliche Natur der UVVen	119
b) Aufgaben und Grenzen der UVVen	120
4. Unterstützung der Unfallverhütung durch Richtlinien, Merkblätter und sonstige Sicherheitsanweisungen	
a) Richtlinien	121
b) Merkblätter und Sicherheitslehrbriefe	122
c) Sicherheitsanleitungen für Ausländer	122
d) Betriebsanleitungen - Einzelanordnungen - Regeln der Technik	123
5. Ordnungsstrafen	124
6. Das Vorbelastungsverfahren	
a) Allgemeines	125
b) Das derzeit gültige Vorbelastungsverfahren der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft	128
D Ergebnisse und Analyse der Befragung über Teilgebiet 2 der Umfrage (Unfallstatistik, UVVen, Vorbelastungsverfahren) .	132

Kapitel V: Technisch-organisatorische Wege
zur Arbeitssicherheit
=====

1. Unfallverhütung durch technische Sicherungen

- a) Sinn und Wesen der technischen Unfall-
verhütung 137
- b) Grenzen der technischen Unfallverhütung 139
- c) Gegenwärtige Gestaltung der Sicherheitsarbeit
auf technologischem Gebiet 141
- d) Ausblick 144

2. Betriebsorganisation und Unfallverhütung

- a) Rationelle Arbeitsablaufgestaltung und deren
Wirkungen auf die Arbeitssicherheit 147
- b) Die Sicherheitsanalyse des Arbeitsplatzes 150
- c) Fragen der personellen Organisation im Hinblick
auf die Sicherheit am Arbeitsplatz 152
- d) Das Sicherheitsprogramm des Betriebes 155

Kapitel VI: Arbeitssicherheit als Teilbereich be-
trieblicher Personalpolitik
=====

1. Die Soziologie in der Unfallverhütung

- a) Grundsätzliche Bedeutung der Betriebssoziologie
für die Arbeitssicherheit 157
- b) Die Erforschung der soziologischen Gegeben-
heiten der Betriebswelt für die Zwecke der
Unfallverhütung 158
- c) Herausragende Gruppenpersönlichkeiten und ihr
Einsatz für die Arbeitssicherheit
 - c₁) Der Meister im Verhältnis zur Arbeits-
sicherheit 160

	<u>Seite</u>
c ₂) Stellung und Aufgaben des Unfallver- trauensmannes	161
c ₃) Der Unfallobmann - gewerkschaftlicher Sicherheitsbeauftragter	162
d) Stahlarbeiterwohnungsbau - Beitrag zur soziolo- gischen Unfallverhütung	164
2. Psychologische Maßnahmen der Unfallverhütung	
a) Generelle Kennzeichnung des Problems	166
b) Einflußnahme auf die gefährdeten Arbeitnehmer	
b ₁) Psychologische Unfallverhütung durch gegenständliche "Werbemittel"	167
b ₂) Schulung in Fragen der Arbeitssicherheit	171
c) Gespräche mit hohen betrieblichen Führungs- kräften über die Arbeitssicherheit	176
d) Verbindungen der psychologischen Unfallver- hütung zu anderen Bemühungen um die Arbeits- sicherheit	177
3. Ergebnisse und Analyse der Umfrage (Teilgebiet 3)	179
4. Medizinische Fragen und Beiträge zur Unfall- verhütung	
a) Medizinische Betreuung bei Einstellung und Tätigkeit im Betrieb	193
b) Rangstellung der Medizin in der betrieblichen und genossenschaftlichen Unfallverhütung	195

Kapitel VII: Der Einfluß exogener Faktoren
auf die Unfallverhütung

=====

1. Bestimmung der normativen Unfallverhütungs- praxis durch Gesetzgebung und politische Umstände	197
2. Unfallverhütung und arbeitsrechtliche Gestal- tungsmöglichkeiten	
a) Gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Unfall- verhütung	201
b) Besondere Stellungnahme der Arbeitgeber- organisationen zur Unfallverhütung	209
3. Wirtschaftliche und soziale Bedingungen und ihr Einfluß auf die Arbeitssicherheit	212

Kapitel VIII: Alternativen zur berufsgenossenschaft-
lichen Unfallverhütung

=====

1. Die staatliche Gewerbeaufsicht	217
2. "Einheitliche" Unfallverhütung von Staatsseite	219
3. Arbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit	225

Teil 3: ERGEBNISSE DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel IX: Gesamtübersicht in tabellarischer
Darstellung

=====

1. Übersicht über das Unfallgeschehen in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik seit 1950	
a) Die "anzeigepflichtigen" Betriebs- und Wegeunfälle seit 1950	228
a ₁) Betriebsunfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962	230
a ₂) Wegeunfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962	232
b) Tödliche Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962	234
c) Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Unfallstatistik	236
2. Das Unfallgeschehen im Bereich der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft	
a) Vorbemerkungen zur statistischen Methodik ...	240
b) Gemeldete und erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle bei der HWBG, 1886 - 1962	241
c) Gemeldete und erstmalig entschädigte Wegeunfälle und Berufskrankheiten (ohne Todesfälle) bei der HWBG, 1925 - 1962	244
d) Tödliche Arbeits- und Wegeunfälle und Berufskrankheiten 1886 - 1962	247
e) Lokalisierung des Unfallgeschehens bei der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft ..	251
f) Rohstahlerzeugung und Unfallvorkommen in der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft ..	256
g) Entschädigungslasten und Aufwendungen für Unfallverhütung	258

Kapitel X: Erfolgsanalyse der berufsgenossen-
schaftlichen Bemühungen um Unfall-
verhütung
=====

1. Die Einstellung von Unternehmern (Unternehmens- leitungen) und Arbeitnehmern zur Unfallver- hütung	
a) Unternehmensleitungen und Unfallverhütung ...	262
b) Die Unfallverhütung im Bewußtsein der ver- sicherten Arbeitnehmer	265
c) Mitwirkung der Verwaltungsstellen der BG in der Gemeinschaftsaufgabe Unfallverhütung	267
d) Ergebnisse und Analyse der Befragung über die grundsätzliche Form einer genossenschaftlichen Unfallverhütung (Teilgebiet 4 der Umfrage) ..	269
2. Hauptgesichtspunkte und Bestimmungsgründe des Er- gebnisses	271

Teil 4: ZUKÜNFTIGE ZIELE UND WEGE DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel XI: Anwendung oder Ausgestaltung von Normen
des Arbeitsrechts für die Unfall-
verhütung
=====

1. Bestimmungen über die Arbeitssicherheit in Arbeitsverträgen	273
2. Regelung der Arbeitsschutzpflichten in Tarif- verträgen	274
3. Regelung von Fragen der Arbeitssicherheit in Be- triebsvereinbarungen	275
4. Voraussetzungen für die Realisierung der Tarif- vereinbarungen und ähnlicher Absprachen	276
5. Das Interesse der Unternehmensleitungen am Arbeitsschutz	278

Kapitel XII: Grundsätzliche Erwägungen zu neuen
Formen berufsgenossenschaftlicher
Aufsichtstätigkeit
=====

1. Intensivierung des Technischen Aufsichts- dienstes	279
2. Ergebnisse und Analyse einer Umfrage zu Abschnitt 1 (Teilgebiet 5 der Umfrage)	280
3. Die Möglichkeiten und Grenzen der Umstrukturierung des Technischen Aufsichtsdienstes	285
Anlage I (ursprünglicher "Fragebogen" zur Umfrage)	287
Anlage II (wesentliche Änderungen im UVNG vom 30. April 1963)	290
Schrifttumsverzeichnis	293
Abkürzungsverzeichnis	333

E i n f ü h r u n g

Die Erstellung von Gütern geschieht in der modernen Industriewirtschaft in wesentlichem Umfange mit maschinellen Einrichtungen aller Art. Wenn auch die Arbeitsprozesse mancherorts bereits ohne den dauernden Einsatz menschlicher Arbeitskraft ablaufen (Automation), so ist doch noch durchweg die menschliche Arbeit als "Produktionsfaktor" erforderlich.

Es ist noch nicht überall gelungen, die technischen Kräfte einer mechanisierten Produktion in jedem Zeitpunkt unter Kontrolle zu halten; zudem müssen gemeinhin der Mensch und dessen Gewohnheiten und Fähigkeiten den industriellen Herstellungsverfahren angepaßt werden, soweit das seine natürliche Beschaffenheit zuläßt¹⁾. Aus diesem Spannungsfeld der technischen und menschlichen Abstimmung rühren Gefahren her, die aus unterschiedlicher Ursache erwachsend, sich zu einer bestimmten Kombination verdichten können, die ihrerseits den Spannungszustand zerreißt. Darin liegt die Tatsache begründet, daß der Prozeß der industriellen Fertigung seit Jahrzehnten von Arbeitsunfällen begleitet ist. Das läuft aber dem Sinn und Zweck menschlichen Schaffens zuwider. Auf zahlreiche Weise wird deshalb versucht, solche Geschehnisse aus dem Wirtschaftsleben auszuschließen.

1) Vgl. u. a. HISCHE, Wilhelm, Arbeitspsychologie, Hannover 1950, S. 25 ff.

Die vorliegende Schrift bemüht sich, die Bestrebungen um die Verhütung von Arbeitsunfällen in dem Wirtschaftszweig der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen. Die Untersuchung bezieht sich in diesem Rahmen wiederum vornehmlich auf die Tätigkeit der in einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung zusammengeschlossenen gewerblichen Betriebe¹⁾. Damit ist Gegenstand der Erörterung in erster Linie die Unfallverhütung (UV) im Bereich der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft (HWBG), deren Wirken auf diesem Gebiet grundsätzlich unter Berücksichtigung aller wesentlichen Entscheidungen und Vorgänge seit der Gründung der Vereinigung im Jahre 1885 betrachtet ist, vor allem aber auf die modernen, in den letzten 15 Jahren eingeleiteten Maßnahmen hin geprüft wurde.

Die Unfallquote ist noch zu hoch, und alle Anstrengungen müssen unternommen werden, sie schnellstens und dauerhaft zu senken²⁾.

Die zentrale Unfallstatistik der eisenerzeugenden Industrie der Bundesrepublik für das Jahr 1960 weist bei einer Gesamtarbeiterbelegschaft aller Werke von rund 340.000 66.310 Betriebsunfälle aus, die insgesamt über 1,3 Mill. Ausfalltage bedingten. 103 Betriebsunfälle verliefen tödlich. Das bedeutet, daß im Durchschnitt etwa jeder fünfte Stahlarbeiter einen Unfall erlitt, der seine Arbeit für mehr als drei Tage unterbrach³⁾. - 6.271 Arbeiter erlitten 1960 einen anzeigepflichtigen⁴⁾ Wegeunfall; auf 6.181 Arbeiter entfiel aber auch, gemessen an der Gesamtbelegschaft, ein tödlicher Wegeunfall. - Jeder Betriebsunfall hatte im Jahre 1960 durchschnittlich 20,4 Tage, jeder Wegeunfall 24,1 Tage Arbeitsausfall im Gefolge⁵⁾.

- 1) "Betrieb" steht in dieser Abhandlung in erster Linie für die Produktionsstätte einer Unternehmung, doch wird auch der Begriff "Werk" in ähnlicher Weise verwandt. "Unternehmen" hingegen kennzeichnet den Rechtsmantel bzw. die Gesamtheit der unternehmerischen Wirtschaftseinheiten.
- 2) BG 1960, S. 269 und Die Unfälle 1960, S. 11. - "Unfallquote" ist die Relation Zahl der Unfälle : 1.000 Beschäftigte (der Nenner kann andere Größen enthalten, s. u. Kap. IV).
- 3) Nach Jahresber. WiV 1961, S. 24 ff.
- 4) "Anzeigepflicht" für Unfälle mit Todesfolge oder mehr als 3 Tagen Arbeitsausfall gemäß § 1552 RVO.
- 5) Unfall auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte, vgl. § 543 (1) RVO.

Diese Angaben können nicht isoliert betrachtet werden, vielmehr ist ihre Bedeutung im Rahmen einer Gesamtschau über mehrere Jahre zu werten.

Diese läßt erkennen, daß von 1951 bis 1960 die anzeigepflichtigen Betriebsunfälle (ohne Todesfälle) bezogen auf 1 Mill. Arbeitsstunden¹⁾, mit nur einer Unterbrechung in den Jahren 1955/56, von 62 auf 97, die anzeigepflichtigen Wegeunfälle je 1.000 Lohnbeschäftigte im gleichen Zeitraum (Rückgang: 1957, 1959) von 8 auf 18,4 stiegen.

Die entsprechenden Angaben für das Jahr 1961 lauten²⁾:

Bei rd. 353.700 Lohnbeschäftigten 65.665 Betriebsunfälle, 74 davon mit tödlichem Ausgang (gegenüber 1960 günstiger, ./ 3 %; tödliche Unfälle ./ 28 %).

Es ereigneten sich 6.225 Wegeunfälle, davon 25 mit Todesfolge (kaum verändert, ./ 0,7 %; tödliche Unfälle ./ 55 %).

Arbeitsausfall bei Betriebsunfällen durchschnittlich 20,6 Tage (+ 1 %), bei Wegeunfällen 24,1 Tage (./ 1 %).

Betriebsunfälle auf je 1 Mill. Arbeitsstunden: 94 (./ 3 %); Wegeunfälle je 1.000 Lohnbeschäftigte: 17,6 (./ 4,4 %).

Die von der HWBG statistisch erfaßten gemeldeten³⁾ Unfälle beliefen sich 1961

bei 361.821 Versicherten⁴⁾ auf 60.508 Betriebsunfälle, davon tödliche 80;

Wegeunfälle ereigneten sich 6.299, tödlich verliefen 42;

auf 1.000 Versicherte entfielen 167,24 Betriebsunfälle (tödliche 0,22) und 17,41 Wegeunfälle (tödliche 0,12).

Die jeweils in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WiV EStInd.) bzw. der HWBG vereinigten Werke sind nicht vollständig dieselben; beide Institutionen umfassen einerseits mehr, anderer-

1) Die Unfälle 1960, S. 4 Jahresber. WiV 1961, S. 27, 10 Jahre Unfallstatistik, S. 11, 1960, S. 7.

2) Entn. aus: Die Unfälle 1961, S. 3, 8, 11.

3) Wegen der Vorbehalte bei dieser Meßgröße vgl. u. Kap. IV.

4) Gegen Unfallfolgen versicherte Arbeitnehmer gemäß § 537 RVO.

seits weniger Betriebe als jeweils die andere Organisation. Dennoch sind vornehmlich die an Rhein, Ruhr und Sieg gelegenen Unternehmen der eisenschaffenden Industrie Mitglieder sowohl bei der Wirtschaftsvereinigung als auch bei der HWBG¹⁾.

Nachfolgend werden in der Hauptsache die Probleme der UV unter den Gesichtspunkten erörtert, die sich von der berufsgenossenschaftlichen (bglichen) Struktur der deutschen Unfallversicherungsträger der gewerblichen Wirtschaft her ergeben. Das geschieht nicht zuletzt unter Beachtung des Umstandes, daß die HWBG seit nunmehr rund 78 Jahren mit der UV befaßt ist, während eine systematische Behandlung der Unfallereignisse von einem Wirtschaftsverband der Eisen- und Stahlindustrie zuerst nach dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgte. Ferner gaben die Beratungen im Deutschen Bundestag über die Änderung des 3. Buches der Reichsversicherungsordnung (RVO) Anlaß, die gesetzlich fixierte Pflicht der Berufsgenossenschaften (BGen) zur UV (§§ 848 ff. RVO) hinsichtlich ihrer praktischen Ausgestaltung zu prüfen.

Mit der Erörterung wesentlicher theoretischer wie praktischer Grundfragen der UV wird versucht, Ansatzpunkt, Verfahren und Ergebnisse der UV herauszustellen und einige wichtige Folgerungen für die zukünftige Sicherheitsarbeit aufzuzeigen. Im ersten Teil soll die Konzeption der UV gekennzeichnet und von daher (im zweiten Teil) die Methode der Bemühungen um die Arbeitssicherheit umrissen werden. Der Erfolg der UV kann immer nur aus den Unfallzahlen selbst abgeleitet werden²⁾; daher kommt diesen Fakten die verbindende und zugleich entscheidende Rangstellung in der Gesamtbeurteilung zu (dritter Teil).

Endlich sind im vierten Teil verschiedene neue Wege zur Arbeitssicherheit zur Diskussion gestellt³⁾.

1) Vgl. Jahresber. WiV 1961, S. 26.

2) Vgl. HARDT, Conrad, Die steigenden Unfallzahlen, in: BG 1938, S. 197.

3) Im Anhang II finden sich die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes v. 30.4.1963.

Eine Umfrage bei 15 Werken der HWBG, die verschiedene Produktionszweige der Eisen- und Stahlindustrie repräsentieren, hat dazu beigetragen, die angesprochenen Probleme z. T. sicherer zu fundieren, aber auch eine aktuelle Stellungnahme von Praktikern der UV in einem entsprechenden theoretischen Rahmen zu verwerten.

Die Erörterung erstreckt sich mitunter zwangsläufig auf Gebiete, die nicht speziell Bestandteil nur des in der Eisen- und Stahlindustrie bzw. der HWBG vorhandenen Gedankengutes und Materials sind. Das hängt mit der einheitlichen Aufgabe zusammen, die den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung in allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft erwächst und die auch vom Grundsätzlichen her nicht auf die Begrenzungen durch bestimmte anderen Kategorien angehörige Ordnungsmaßstäbe festgelegt sein kann, sofern es sich nur um allgemeingültige Erkenntnisse und Verfahren handelt. Daher sind auch solche Meinungen verwertet worden, die nicht unmittelbar aus dem Bereich der HWBG stammen, jedoch mit ihrer eigenen Stellungnahme "zugleich die allgemeine bgliche UV der Öffentlichkeit näherbringen"¹⁾. Das gilt für die originär bglichen Verlautbarungen ebenso wie für die aus wissenschaftlichen Disziplinen für die UV in der Eisen- und Stahlindustrie verwendeten Materialien.

Auf die Gegebenheiten in vergleichbaren Industriezweigen anderer Staaten wurde kein Bezug genommen, um die Untersuchungen nicht zu sehr zu erweitern. So sind insbesondere keine statistischen Gegenüberstellungen mit ausländischen Unfallzahlen durchgeführt²⁾.

Diese Schrift hat in wesentlichen Teilen durch das Entgegenkommen zahlreicher Stellen und Persönlichkeiten der Wirtschaftspraxis die notwendigen Stützen finden können. Dafür sei an dieser Stelle vornehmlich den Mitgliedern des Vorstandes der HWBG, der Hauptgeschäftsführung und des Technischen Aufsichtsdienstes bei der Hauptverwaltung der Genossenschaft, Essen, aber auch den Sicher-

1) Vgl. BG 1934, S. 33.

2) S. dazu u. a. BG 1960, S. 269 u. u. Kap. IV, C 2.

heits-Ingenieuren bzw. Werksleitungen der besuchten Unternehmen gedankt, ferner den leitenden Herren der zuständigen Gremien bei der WiV Eisen- und Stahlindustrie, der Geschäftsführung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute und der Arbeitsgemeinschaft der Unfallobleute im Bereich der HWBG. Von den in den genannten Dienststellen tätigen Personen ist in bereitwilliger Weise auch sehr viel detaillierte Unterstützung durch Auskunft, Rat und praktische Hilfestellung gewährt worden, die hier nicht minder hervor- gehoben werden soll.

Teil 1:

KONZEPTION DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel I: Der Arbeitsunfall als Objekt und Anlaß der
Unfallverhütung
=====

1. Begriff des Arbeitsunfalles und der Unfallverhütung

(1) Der Arbeitsunfall

Die vom Menschen verrichtete Arbeit ist ihrer Zweckbestimmung nach auf die "Erzeugung, Beschaffung, Umwandlung, Verteilung oder Benutzung von materiellen oder ideellen Daseinsgütern" gerichtet¹⁾. Sie wird grundsätzlich ausschließlich im Zusammenhang mit ihrer Zielsetzung gesehen und als Mittel, diese zu erreichen, verwandt. Daß während des Arbeitsganges, vom Beginn bis zur Beendigung der Tätigkeit, Hindernisse in Gestalt mannigfacher Störungen auftreten, ist eine andere Frage, die in der "Arbeitsplanung" eigentlich nicht gewollt und noch viel weniger gewünscht wird. Wenn heute noch zahlreiche Arbeitsprozesse mit mehr oder weniger ausgeprägten Unregelmäßigkeiten, also Planabweichungen, ablaufen, so hängt dies mit den noch keineswegs vollständig erkannten Beziehungen zusammen, die zwischen Mensch und Technik bestehen.

Eine Störung im Arbeitsablauf macht sich vor allem dann bemerkbar, wenn durch die oder bei der Arbeit eine Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit auftritt. Wiewohl im Grunde keineswegs beabsichtigt, wurde sie vom Menschen der industriellen Arbeitswelt lange Zeit hindurch augenscheinlich als "unbedingbare" Begleiterscheinung des Prozeßganges angesehen und "hingenommen". Erst ein erheb-

1) Vgl. GRAF, Otto, Art. "Arbeit" in HdB Bd. II, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 155.

liches Maß von Schäden konnte eine zielbewußte Gegentätigkeit auslösen, die dann erheblichen Schwierigkeiten gegenüberstand, die Technik und Industrialisierung mit sich brachten.

a) Der Arbeitsunfall in der Rechtsprechung

Die 1884 im Deutschen Reich geschaffene gesetzliche Versicherung¹⁾ gegen Schädigungen des arbeitenden Menschen bei der Arbeit oder besser zur Abgeltung von Körperschäden aus Anlaß einer gewerblichen (zunächst bestimmten) Tätigkeit stellt auf den Begriff "Unfall" ab. Dabei ist dem Gesetz nicht zu entnehmen, was unter dieser Bezeichnung zu verstehen ist. - Hierzu kann Übereinstimmung mit der einschlägigen ausländischen Gesetzgebung festgestellt werden²⁾. - Es muß also Sache der Rechtsauslegung sein zu bestimmen, wann ein "Unfall" vorliegt, der durch seine Tatbestandsmäßigkeit die Voraussetzungen für das Wirksamwerden der vorgesehenen Versorgungsleistungen erfüllt.

Die Rechtsprechung versteht unter einem "Arbeitsunfall" durchweg ein "körperlich schädigendes, zeitlich begrenztes Ereignis"³⁾. Hierbei ist Rücksicht genommen sowohl auf die Absicht des Gesetzgebers als auch auf den allgemeinen Sprachgebrauch. Zur Verdeutlichung der Abgrenzung sollen die nachstehenden Ausführungen dienen:

(1) Es muß sich um ein Ereignis handeln, also ein Geschehen, einen Vorgang. Normalerweise wird es sich um ein außergewöhnliches Ereignis handeln, doch genügt bereits auch eine Gesundheitsschädigung durch die gewöhnliche Betriebsarbeit⁴⁾.

(2) Das Ereignis muß eine Körperschädigung hervorgerufen haben. Da-

1) Unfallversicherungsgesetz vom 6. 7. 1884 (RGBI S. 69).

2) Vgl. TÄNZLER, Fritz, Die Unfallversicherung in den ausländischen Staaten, in: BG 1936, S. 17.

3) Hdb Bd. I, 69; EuM Bd. 2, 186, Bd. 16, 83; BG 1923, 69; RGZ 93, 22; QUENTIN, Erich, Das Unfallereignis in: BG 1951, S. 372.

4) BRACKMANN, HdSV, S. 480; RVA in EuM 16, 83; Bayr. LVAm in EuM 26, 341; RVA in RARB1. 1942, III, S. 101.

bei ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Unfall und diesem Ereignis notwendig.

(3) Hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung gilt, daß die Schädigung in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, höchstens jedoch innerhalb einer Arbeitsschicht erfolgt sein muß.

Die Umschreibungen zu (1) bis (3) grenzen den Tatbestand eines "Unfalles" ab. Der Leistungspflicht aus der gesetzlichen Unfallversicherung unterliegen aber gemäß § 542 RVO nur "Arbeitsunfälle", d. h. solche Unfälle, die jemand erleidet, der eine der in der RVO (§§ 537 - 540) näher bezeichneten "Tätigkeiten" ausführt. Zur Annahme eines "Arbeitsunfalls" im Sinne des Gesetzes ist demnach eine ursächliche Verbindung von Unfall mit schadenbringender Tätigkeit Voraussetzung. Dies ist dann gegeben, wenn diese Tätigkeit eine "wesentlich mitwirkende Ursache für den Unfall war"¹⁾.

Im Laufe der Jahre wurden den "Betriebsunfällen"²⁾ gleichgesetzt: die "Wegeunfälle" (Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit)³⁾ und die sog. Berufskrankheiten⁴⁾; ferner sind die kaufmännischen und verwaltenden Teile der gewerblichen Betriebe⁵⁾ in die UVers. einbezogen worden, und schließlich ist an die Stelle der "Betriebsversicherung" die "Personenversicherung" getreten⁶⁾. Damit erfolgte gleichzeitig die Begriffsumstellung vom "Betriebsunfall" auf den "Arbeitsunfall", die jedoch an dem rechtlichen Inhalt nichts änderte. Die bisherige Auslegung und Rechtsprechung zum Begriff "Betriebsunfall" gilt in vollem Umfang auch für den Begriff des "Arbeitsunfalls"⁷⁾.

1) BRACKMANN, HdSV, S. 482 a u. die dort angegebenen Quellen.

2) im Sinne eines Unfalls "bei dem Betriebe", vgl. z. B. SCHULTE-HOLTHAUSEN, Komm. Anm. B I 5 zu § 544, AN 86, 291; 88, 188, 315; 90, 189; 11, 389.

3) Durch das 2. ÄndG vom 14. 7. 1925 (RGBI I, S. 87).

4) Durch VO RAM vom 12. 5. 1925 (RGBI I, S. 69).

5) 3. ÄndG vom 20. 12. 1928 (RGBI I, S. 405).

6) Durch das 6. ÄndG von 1942 s. amtll. Begründung zum 6. ÄndG zur UVers, Art. 1 Nr. 1, 12, 19, Sonderdruck des RARB1 1942, S. 16 ff.

7) LAUTERBACH, aaO, Anm. 1) zu § 542.

Der von der Rechtsprechung wie oben entwickelte Begriff des Arbeitsunfalles sollte ursprünglich in die Neufassung des 3. Buches der RVO (Gesetz über die Unfallversicherung) aufgenommen werden¹⁾; der dem Deutschen Bundestag vorliegende Entwurf der Fraktion der CDU/CSU enthält jedoch nicht eine solche Legaldefinition²⁾.

b) Die Begriffsbestimmung des Unfalles aus der Betriebspraxis und dem technischen Schrifttum

Juristischer und wirtschaftlicher (technischer) Unfallbegriff sind recht verschieden. Man kann feststellen, daß die rechtliche Auslegung des Unfalltatbestandes zunehmend einer wirtschaftlich sinnvollen Betrachtung Rechnung getragen hat³⁾; gleichviel handelt es sich bei der juristischen Formulierung notwendig immer um eine Kennzeichnung, die anderen Zwecken dient als die, welche die Betriebspraxis - mit Blickrichtung auf die Prävention - verwendet. Die Rechtsprechung mußte alsbald nach Inkrafttreten des ersten Unfallversicherungsgesetzes zum "Unfall" konkrete Stellung nehmen; die Wirtschaft hat den Arbeitsunfall geraume Zeit "in Kauf genommen", ehe sie darin ein Hemmnis bei der Realisierung des Wirtschaftlichkeitsprinzips "definierte".

Erst in den späten 20er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich die Erkenntnis breite Bahn gebrochen, daß es sich bei Unfällen gleichbedeutend mit der Schädigung des "werk tätigen Mannes" um die "Minderung der Wirtschaftskraft des Unternehmens" handelt⁴⁾. Dies stützt auch die Äußerung, die soziale Ebene, in der der Unfall eingereicht sei, werde mit der wirtschaftlichen verknüpft, da Mensch und technische Verfahren gleichsam aufeinander angewiesen sind⁵⁾.

1) KREBS, Gedanken zur bevorstehenden Änderung der gesetzlichen UVers., in: ZfS 1958, S. 13.

2) BTDr. IV/120, eingebracht am 11. 1. 1961.

3) Vgl. insbesondere Kap. IV, B 3.

4) DIDIER, Paul, Kernfragen der UV, Düsseldorf 1931, S. 5.

5) KRAFT, Aufbau und Aufgaben des UV-Dienstes in Berliner Großbetrieben, in: BG 1929, Sp. 439.

Von hier aus gelangt man folgerichtig zu der Auffassung, daß ein "Unfallereignis in den meisten Fällen den sichtbaren Ausdruck eines Qualitätsmangels" darstelle¹⁾; im Produktionsprozeß ist es um irgendeinen der Produktionsfaktoren Maschinen, Menschen oder Material (und Planung) schlecht bestellt²⁾. Unfälle sind demnach ein "Beweis für fehlerhafte Planung"²⁾. Unter Berücksichtigung der Produktivität eines Unternehmens stellt sich der Unfall als Hemmnis beim Faktoreinsatz dar.

In Anlehnung an die amerikanische Terminologie beginnt sich seit etwa 35 Jahren in Westdeutschlands Eisen- und Stahlindustrie die Gesamtschau des Unfalltatbestandes durchzusetzen, die allerdings erst nach dem 2. Weltkrieg wirkungsvolle Momente aufweist. Von dem "Fall" des Eintritts einer wie immer gearteten Störung im Betriebsablauf begreift man den "Unfall" in seiner kleinsten Manifestation sowohl des "Bagatell-" als auch des "Beinahe-"Unfalls. Das Unfallereignis bedeutet eine Lücke in der Planung, einen akuten Hinweis auf die "Disintegration" eines notwendigen Bestandteils des Produktionsablaufs³⁾. Diese Disintegration vermag, eben im Unfallgeschehen, zu einem "plötzlichen Zusammenbruch des Komplexes Mensch-Maschine" zu führen⁴⁾ und muß dann notwendig die Harmonie im Betriebsorganismus stören. Eine solche Unterbrechung des vorgeplanten "normalen" Arbeitsganges kann in einem konkreten sichtbaren Sach- oder Personenschaden oder auch in einem rein rechnerisch ermittelten Fehlbetrag (Verlust durch Ausfallzeit) bestehen. In weitem Umfang sind Sachschäden in den Betrieben, wie sie nach obigem begriffen werden sollen, auch verbunden mit Personenschäden; Personenschäden umgekehrt führen in der Regel zu "sachlichen Schäden"

1) KLOST, Walter, UV im Betrieb, München 1962, S. 66.

2) BERCKHOFF, H. O., Produktivität u. UV, Düsseldorf 1953, S. 11.

3) BOHR, Klaus-J., Warum liegen wir in der Arbeitssicherheit zurück ?, in: Sicher ist Sicher, 1959, S. 3 (6).

4) FRIEDMANN, Georges, Der Mensch in der mechanisierten Produktion, dt. Köln 1952, S. 112.

im Betriebsorganismus, wenn diese sich auch nur buchtechnisch in der Kostenrechnung niederschlagen.

Die Bestandteile des wirtschaftlichen Unfallbegriffes zeigen Ansatzpunkte für erfolgversprechende Vorkehrungen, die weitgehend einen sicheren Betriebsablauf gewährleisten.

Hier soll unter Berücksichtigung der obigen Abgrenzung der Unfall (in wirtschaftlicher Betrachtung) als der "extreme Punkt eines Prozesses"¹⁾ gesehen werden, in dem technische, verhaltensmäßige, soziologische und organisatorische "Regelabweichungen" zu einem Schadensereignis kumulieren²⁾.

(2) Unfallverhütung und Arbeitssicherheit

Die komplexe Sicht des Arbeitsunfalls (s. o., 1) gestattet, die Abgrenzung der Begriffsbestimmung der "Unfallverhütung" umfassend vorzunehmen. Vorweg sei bemerkt, daß es sich bei den Bemühungen, die einen Arbeitsunfall herbeiführenden Störungen auszuschalten, um einen Teilbereich des sog. Arbeits- (oder Arbeiter-)Schutzes handelt. - HUECK-NIPPERDEY³⁾ sprechen von "Arbeitnehmerschutzrecht" unter Beachtung des Umstandes, daß nicht nur mehr Arbeiter den Schutzbestimmungen unterliegen, die ganz allgemein zur Sicherung gegen Ausbeutung, Gefahr für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit aufgestellt worden sind. - Inhaltlich betreffen die Arbeitnehmerschutzbestimmungen nicht nur die eigentliche Arbeitsleistung (Regelungen durch Arbeitszeit-, -Vertrags-, Lohn-Gesetze), sondern erstrecken sich auf alle Teile des Arbeitsverhältnisses⁴⁾. Die wichtigsten unter diesen Bestimmungen sind die über den "Schutz gegen Gefahren bei Ausführung der Arbeit (Betriebsschutz, Gefahrenschutz)"

1) Vgl. BOHR, K. J., Beitrag d. Soziologie zur UV auf internationaler Ebene; 3. Weltkongreß 1961, "Störungen der Arbeitssituation = Unfallursachen".

2) Vgl. NEULOH u. a., Der Arbeitsunfall u. seine Ursachen, Stuttgart u. Düsseldorf 1957, S. 346.

3) "Lehrbuch des Arbeitsrechts", Bd. I, 6. Aufl. Berlin u. Frankfurt (M.) 1959, S. 737 ff.

4) HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch, aaO, S. 744 ff.

HERSCHEL spricht von dem "Schutz des arbeitenden Menschen gegen technische und hygienische Gefahren" im Rahmen des Arbeitsschutzes¹⁾.

Für die betriebliche Praxis und die auf sie gerichtete wissenschaftliche Forschung kommt es darauf an, die Wesenszüge der Zielsetzung aller entsprechenden Bemühungen möglichst deutlich hervortreten zu lassen. Das erweist sich, wie später gezeigt werden soll, gerade im Hinblick auf die notwendige Zusammenarbeit aller am Betriebsgeschehen Beteiligten als unerlässlich.

Grundsätzlich findet man einen Übergang vom juristischen Begriff zur betriebspraktischen Denkrichtung in einer Formulierung, die Arbeitsschutz als "praktische Anwendung der Ergebnisse der Arbeitswissenschaft (Arbeitsrecht, Technologie, Biologie der Arbeit etc)"²⁾ sieht. Ergänzt wird diese Auffassung durch die Abgrenzung des Arbeitsschutzes (= "Schutzes des Arbeitenden") nach der "Sicherung vor schädigenden Einwirkungen, die sich aus der Arbeit ergeben", einerseits durch "Unfallschutz" als technisch-organisatorische Maßnahmen, andererseits durch "Unfallverhütung" als pädagogische Maßnahmen³⁾. Dabei muß bemerkt werden, daß letztere Unterteilung zwar eine Erweiterung, nicht aber eine sachgemäße und dem herkömmlichen Sprachgebrauch entsprechende Definition gibt. "Unfallschutz" wie "UV" enthalten Merkmale der Abwehr von Gefahren, die "UV" umfaßt jedoch schon vom Sprachlichen her mehr als nur erzieherische Momente und dies gerade in den Anfangsjahren der Unfallbekämpfung. Das wird auch deutlich an der Unterscheidung zwischen "aktiver" und "passiver" UV, die einmal vorbeugend-vorausdenkend, also rein präventiv, zum anderen "verbessernd", nach Eintritt eines Schadensfalles, der "erlitten" worden ist, tätig wird⁴⁾.

- 1) HERSCHEL, Wilhelm, Wandlungen des Arbeitsschutzes, in: Zbl. f. Arb. Med. 1958, S. 225.
- 2) MARTINECK, Zur Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses in der sozialen Medizin, in: RVers. 1931, S. 33.
- 3) Kommission für arbeitswissenschaftl. Terminologie, in: Zbl. ArbW. 1961, S. 10.
- 4) FRANKE, E., Unfallschutz und Arbeitshygiene in Frankreich, in: BARbBl. 1952, S. 573.

Aus dem Gesagten erhellt, daß die UV als eine Tätigkeit zu bewerten ist, die die im Arbeitsprozeß wirksam werdenden Kräfte des Zusammenspiels der Produktionsfaktoren auf potentielle Gefahren hin prüfen und so rasch wie möglich Gefahrenquellen beseitigen soll. Hierzu bedient sie sich technischer, organisatorischer, soziologischer, psychologischer und medizinischer Mittel.

Eng verknüpft mit dem Terminus der UV ist der der "Betriebssicherheit"¹⁾.

"Betriebs-" oder "Arbeitssicherheit" steht in einem engen Verhältnis zur UV, und zwar so, daß beide sich wechselseitig bedingen.

Arbeitssicherheit ist ein Zustand (Merkmal) des Verfahrensablaufes, der erhalten oder (wieder-)hergestellt werden muß. UV ist die Tätigkeit, die sich zum Ziel setzt, den Zustand der Arbeitssicherheit zu gewährleisten. Der Arbeitsschutz weist im Zusammenhang mit beiden Begriffen vor allem Merkmale der UV auf, da der "Schutz" einer Arbeit beinhaltet, potentiell gefährliche Ausflüsse der Arbeitsprozesse sich nicht auswirken lassen.

Die jüngeren Ansichten in Bezug auf die terminologischen Fragen neigen zum Gebrauch der Bezeichnung "Arbeitssicherheit"; ein Umstand, der gar nicht gewünscht sei, solle auch möglichst ganz im Wortgebrauch fehlen, "UV" zu sagen daher vermieden werden. - Hierin klingen wiederum die oben dargestellten ganzheitlichen Anschauungen über die Basis der Unfallereignisse an. Es ist besser, das Positive herauszustellen und direkt anzusprechen, als es über das Negative zu fordern und indirekt anzustreben. Wie weit dies augenblicklich möglich ist, mag diese Abhandlung erkennen lassen. Auf lange Sicht muß hierin die grundsätzliche Denkweise liegen.

Da es aus praktischen Umständen vorerst noch mit dem Nebeneinander und teilweise synonymen Gebrauch der o. a. drei Begriffe sein Bewenden haben muß, werden sie auch hier im großen und ganzen in gleicher Bedeutung benutzt.

1) S. HARTMANN/SCHLESINGER, UV u. Betriebssicherheit, Berlin 1910.

2. Zuständigkeit von Staat und Wirtschaft für die Unfallverhütung

a) Staatliche Maßnahmen für die Arbeitssicherheit

Dem Staat als Schöpfer und Träger der Rechtsordnung erwachsen bestimmte Verpflichtungen aus der allgemeinen Aufgabe, für die "Sicherheit" der Bewohner des Staatsgebietes zu sorgen, auch für die Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung am Arbeitsplatz. Die ursprünglichen Gründe staatlicher Aktivität auf dem hier durchweg "Arbeitsschutz (Arbeiterschutz)" genannten Sektor sind mannigfach¹⁾, münden aber letztlich alle in der "Sorgepflicht" der Staatsverwaltung. Die staatliche Regelung erstreckt sich nicht ausschließlich auf die Gewährung eines geschützten Arbeitsplatzes, vielmehr auch auf andere Bedingungen, die mit dem Zustandekommen eines Arbeitsverhältnisses entstehen. Hier interessieren jedoch nur die hauptsächlichen Regelungen, die für den Betriebs- oder Gefahrenschutz ergangen sind. Dabei ist wichtig, daß die staatlichen Normen zum Schutze der Arbeit von dem Prinzip bestimmt werden, der in einem Abhängigkeitsverhältnis für seinen Lebensunterhalt tätige Bürger müsse besonders geschützt werden. Damit war zugleich die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter angesprochen, die diesen nur über den Einsatz ihrer (unversehrten, uneinträchtigten) Arbeitskraft möglich war. Politische und soziale Erwägungen traten hier jedoch noch verhältnismäßig stark in den Vordergrund, wie die historische Entwicklung der "Arbeiterschutzgesetzgebung" beweist²⁾.

Es kann nicht verkannt werden, daß in gewissem Umfang durch die Errichtung staatlicher Gewerbeinspektionen (heute: Gewerbeaufsicht) Tendenzen wirksam wurden, die über rein ordnungs- und kontrollmäßige Zuständigkeit hinaus im Sinne einer Prävention zu deuten sind. Aus

1) Vgl. PECHAN, Art. "Arbeiterschutz" (I), in: HdSw, Bd. 1, S. 245.

2) Vgl. PECHAN, Art. "Arbeiterschutz" (I) u. HERZ, Art. "Arbeiterschutz" (II), aaO, S. 250 ff.; Art. "Arbeitsrecht", in: HdB Bd. 1, 3. Aufl., Stuttgart 1956, S. 216.

den mannigfachen Erfahrungen in bestehenden gewerblichen Betrieben und mit den schutzbedürftigen Personenkreisen wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzgeberischer und fürsorgerischer Natur hergeleitet, die dem Sicherheitsbedürfnis der arbeitenden Menschen vor den Gefahren seines Arbeitsplatzes zugute kamen. Erinnert sei hier an die Novellen zur Gewerbeordnung, die die Schutzbestimmungen auf weite Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung ausdehnten¹⁾ sowie die Bestimmungen der Gewerbeordnung selbst, die durch die Konzessionspflicht bestimmter Anlagen gewerblicher Art²⁾ den technischen und hygienischen Schutz der Arbeiter (sowie der Anlieger an die "belästigenden Fabriken") zu erreichen suchten. Mit dem Werden eines eigenständigen Arbeitsrechts nach dem Ende des 1. Weltkrieges traten die Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leib und Leben in eine neue Phase der Rechtsentwicklung ein. Die Grundordnung, die der Staat in öffentlich-rechtlicher Form durch seine verschiedenen Gesetzesnormen, auch auf dem Gebiet der staatlichen sozialen Versicherung gegen Unfallfolgen (seit 1884) gelegt hatte, wurde dem Arbeitgeber anzuerkennen aus dem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis heraus vorgeschrieben³⁾.

Im ganzen gesehen ging die staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung ohne Systematik, viel mehr nach den jeweiligen, aus unterschiedlichen Motiven entspringenden Bedürfnissen, vor sich. Über die Jahre hinweg war es möglich, unzweifelhaft ein Mindestmaß allgemein als besonders dringlich empfundenen Schutzes für alle Erwerbstätigen, insbesondere die in gefährlichen Unternehmen Arbeitenden, zu erreichen.

1) So z. B. "Handwerkernovelle" (Lehrlingsschutz) v. 26. 7. 1887; Novelle vom 28. 12. 1908 (Ausdehnung des Schutzes von Fabrikarbeiten auf alle gewerbl. AN); Kinderschutz-Gesetz vom 30. 3. 1903; Jugendschutzgesetz vom 30. 4. 1938/9. 8. 1960 (BGBl I, 665); Urlaubsg v. 8. 1. 1963 (BGBl I, 2), aber auch viele hygienische Belange berücksichtigende Gesetze.

2) Vgl. §§ 16 ff., § 120 a GewO.

3) S. HURCK/NIPPERDEY, Lehrbuch, Bd. I aaO, S. 737 ff.; NICKISCH, Arthur, Lehrbuch Bd. I, S. 411 f.

Auch im Hinblick auf staatliches Gesamtinteresse, das durch bestimmte Einzeltatbestände gefährdet werden könnte, ergingen Schutzbestimmungen, die außerhalb des ethisch-rechtlichen Bereiches liegen. Als Beispiel mögen die Ausnahmeregelungen gelten, die in Bezug auf die Arbeitszeit der gewerblichen Wirtschaft in der Inflationszeit durch die VO über die Arbeitszeit vom 21. 12. 1923 sowie seit kurzem der Eisen- und Stahlindustrie für bestimmte Betriebe mit Dauerarbeit (Ausnahmerechtsverordnung Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie von 1961) zugestanden wurden.

Generell spricht die staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung in Verboten und arbeitet somit nach dem Ausschließlichkeitsprinzip. Hierin liegt eine gewisse systembegründete Einschränkung des Spielraums, insbesondere für die Möglichkeiten der UV. Die Gesetzgebungspraxis bietet zudem für den aktuellen Unfallschutz eine denkbar ungeeignete Basis. - Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Ansprüche des Arbeitnehmers gerade hinsichtlich der Rechte auf den Schutz vor Lebens- und Gesundheitsgefahren, wo sie durch Gesetz geregelt sind, unbedingt und im Bereich der Sozialversicherung von ihm kostenlos verfolgt werden können¹⁾. Besteht auch nach dem Bonner Grundgesetz kein ausdrücklicher Schutz der Arbeit, sondern geschieht dies nur indirekt durch Art. 2 Abs. 2 GG²⁾, im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung³⁾ (vgl. Art. 157 Abs. 1, 161 WRV), so ist es dennoch berechtigt, von einem weithin durchgreifenden Schutzgedanken, der über die staatlichen Regelungen hinaus noch auf Schutzmaßnahmen weiterer Institutionen, z. B. der BGen, zurückgreift, zu sprechen. Davon wird insbesondere in Kap. III zu handeln sein.

1) §§ 183 - 197, SozialgerichtsG vom 3. 9. 1953 (BGBl I, S. 1239, 1326).

2) Bonner Grundgesetz vom 23. 5. 1949 (BGBl I, 1); v. MANGOLD-KLEIN, Das Bonner Grundgesetz, Bd. I, Anm. V zu Art. 2.

3) BÖHM, Gustav, Arbeitsrecht und Sozialpolitik, München 1929.

b) Verhältnis der Wirtschaftsbetriebe zu den Fragen der Arbeitssicherheit

Das industrielle Arbeitsgeschehen spielt sich fast ausschließlich an bestimmten, begrenzten, in der Regel festen Standorten ab. Die Fertigungsverfahren und alle hiermit zusammenhängenden Einrichtungen sind aufgrund ihrer technischen Konstruktion und nach dem Lauf ihrer Arbeitsweise von einer gewissen Gefährlichkeit. Technische Mängel im weitesten Sinne, d. h. Unregelmäßigkeiten in der Arbeitsanlage, -vorbereitung, -durchführung und -kontrolle, waren vornehmlich zu Beginn der industriellen Fertigung häufig erst während des Betriebes, d. h. beim Ablauf des Arbeitsprozesses, festzustellen. Aus den unterschiedlichsten Gründen kam es zu Schäden, die häufig die Maschinen und sonstigen Arbeitsvorrichtungen, meist gleichzeitig damit auch den hieran beschäftigten Menschen, z. T. auch diesen allein betrafen. Mit fortschreitender technischer Erkenntnis und demgemäß verfeinerten Herstellverfahren wurde zugleich in mancher Hinsicht ein bedeutender Effekt auch für die körperliche Integrität der Arbeiter erzielt: genannt sei für die Hüttenindustrie die Mechanisierung (Automatisierung) des Transports warmen Walzgutes in Walzwerken von Walzen zu Scheren, Richtmaschinen, Adjustagen. Dennoch blieben beachtliche "Unsicherheiten" bestehen, wie die jährlichen Unfallziffern ausweisen.

Der industrielle Arbeitsprozeß war und ist noch weitgehend auf den Produktionsfaktor (menschliche) Arbeit angewiesen. Dieser wird innerhalb der von der Rechtsordnung bezogenen Schranken im Betrieb eingesetzt. Das bedeutet sein Zusammenwirken mit den beiden übrigen Faktoren Kapital (Produktionsmittel) und Organisation (Unternehmensleitung, sog. dispositiver Faktor) zur Gestaltung der Unternehmungsziele. Zwischen den genannten Faktoren herrscht gegenseitige Abhängigkeit; daraus ergibt sich unter Vernachlässigung der Substitutionsmöglichkeit zunächst, daß der Ausfall eines Faktors die Ausbringung insgesamt verändern würde, d. h. in der Regel verringern muß. Bezieht man die Substitution in die Überlegung ein, so kann

zwar bis zu einem gewissen Grade eine "Umschichtung" zum Ausgleich der Faktorkombination¹⁾ führen. Das dürfte jedoch durchweg nicht ohne Anpassungsschwierigkeiten, die gleichzeitig Leistungsausfall und damit Kosten verursachen, möglich sein. Der geschilderte Substitutionsvorgang mag sich, wie bisher, in durchaus zahlreichen Fällen ohne besondere Schwierigkeit vollzogen haben; er wird sogar durch die Gesetzmäßigkeit und den Zwang des technischen Fortschritts bei der Substitution von Arbeit durch Kapital befördert worden sein. Das sagt jedoch noch nichts darüber, wieweit in einem bestimmten Stadium des technischen Wissens diese Ersatzvornahmen realisierbar sind und kennzeichnet auch nicht ohne weiteres die Aufwendungen, die an anderer Stelle für den ausgeschiedenen Anteil des Faktors Arbeit, z. B. den verletzten oder getöteten Menschen, gemacht werden müssen. Der moderne Betrieb ist kein isoliertes Gebilde, auch was seine Beziehungen zu Umwelt und Staat anlangt. Über seine Verbindungen ökonomischer Art zu Beschaffungs- und Absatzmärkten hinaus ist er in das Netz der außerökonomischen (rechtlichen, sozialen, politischen) Strömungen eingespannt, die in ihn hineinreichen und ihn durchlaufen. Die Unternehmungsleitung ist für die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen in jeder der angedeuteten Richtungen verantwortlich. Sie ist es für den reibungslosen Ablauf der Produktion, aber genauso dafür, daß ihre Mitarbeiter (Beschäftigten) ihre Arbeitsleistung störungsfrei erbringen können. Aus der Rechtsordnung²⁾ wie aus der wirtschaftlichen Zielsetzung, die nur über die "optimale Faktorkombination" voll erreicht werden kann³⁾, erwächst der Unternehmensspitze die Verpflichtung zur Berücksichtigung der Belange der Arbeitssicherheit. - Hier sei vermerkt, daß die Notwendigkeit, wie

1) GUTENBERG, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1955, Bd. I, S. 202 ff.

2) Vgl. im Grundsatz § 618 BGB; dazu HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch I, § 48, bes. S. 126 ff., 359 ff., 374. - Urteil AG Hannover vom 5. 10. 1950 1 Ca 2357/50 (BB 1951, S. 364) - gleicher Ansicht LAG Niedersachsen.

3) GUTENBERG, Erich, aaO, Bd. I, S. 337 f.

sie vorstehend abgeleitet wurde, unter Beachtung aller übrigen Interessen und unter Abwägung der zur Verfügung stehenden Mittel des Betriebes verstanden wird. Es soll nicht einer sozialpolitischen Forderung das Wort geredet werden, die über dem ethischen Inhalt der Zielsetzung die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu deren Verwirklichung vergißt. - Gleichviel bedeutet das "Produktionselement Sicherheit", wie aus späteren Ausführungen ersichtlich, einen noch ziemlich unbekannten, aber gewichtigen Bestandteil der Betriebsarbeit.

3. Wesen der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung

a) Der Umfang der gesetzlichen Unfallversicherung

Gesundheit und Arbeitskraft des Einzelnen sind Güter, an deren Erhaltung und Förderung außer der betreffenden Person selbst und ihrer engeren, menschlich, rechtlich oder politisch mit ihr verbundenen Umgebung auch die Allgemeinheit berechtigtes Interesse hat. Die Aufgabe zum Schutze dieser Güter liegt demnach auf zwei Ebenen je nach den unterschiedlichen Kreisen der (Rechts-)Beziehungen, der privatrechtlichen und der öffentlichrechtlichen. Der Staat sah bekanntermaßen die Schutzinteressen der in abhängiger Stellung Tätigen als derart gewichtig an, daß er den Anspruch der Arbeitnehmer aus der Sphäre der privatrechtlichen Vereinbarung heraushob und sie über die öffentlichrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers in eine Sonderstellung im Rahmen der gesamten Arbeitsbeziehungen stellte¹⁾. Demgemäß sind einer gesetzlichen Sicherung gegen Schaden und Schadensfolge aus den Unfällen bei der Arbeit heute grundsätzlich zwei große Personengruppen, die der unselbstständig und der selbstständig Berufstätigen, unterstellt²⁾. Nur von der ersteren wird im Laufe dieser Ausführungen zu handeln sein. Mit

1) S. hierzu u. a. HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch I, S. 746 ff.

2) Vgl. NOELL, Kurt, Die gesetzliche UVers. der Unternehmer, in: Lauterbach-Festschrift, S. 105.

dem Übergang von der Betriebs- zur Personenversicherung im Jahre 1942 wurde weitgehend gleiches Recht für alle unselbständig Beschäftigten geschaffen. Ursprünglich eine auf gesetzlichem Zwang beruhende, zu Gunsten der Arbeiter sich auswirkende Kollektivhaftpflichtversicherung der Unternehmer¹⁾, wurde die gesetzliche Unfallversicherung doch weiter als nur im Sinne einer Versicherung in Form einer Schadenabgeltungsinstitution begriffen²⁾. Sie umfaßt in einer eigenen Organisation (s. u. Kap. II) die gesamte Unternehmerschaft²⁾ und nimmt besondere Aufgaben sowohl der Eigen- als auch der Fremdhilfe wahr. Die gesetzliche Unfallversicherung basiert unter dem Gesichtspunkt der Fremdhilfe auf sozialpolitischen, hinsichtlich der Eigenhilfe der Unternehmerschaft auf rein rechtlichen Überlegungen. Ihr Geltungsbereich wird bestimmt durch die (soziale) Verpflichtung zur Schadenvorsorge wie durch die Rechtspflicht zur Schadennachsorge, je nach dem Standpunkt, der zum eigentlichen Unfallgeschehen eingenommen wird. Beide Pflichtkreise treffen zunächst den Unternehmer als den der Natur der Sache nach Verantwortlichen.

Die Grundpfeiler der deutschen gesetzlichen UVers. sind nach wie vor der unbedingte Rechtsanspruch des "Versicherten" (mit Ausnahme des Vorsatzes beim Herbeiführen eines Unfalls) und die Ablösung der einzelnen Unternehmerhaftpflicht. Nach dem neuen, dem Deutschen Bundestag vorliegenden Entwurf zur Änderung des 3. Buches der RVO³⁾ wird aber dem versicherten Arbeitnehmer ausdrücklich eine "Einrichtungsverantwortung" zur Vorbeugung von Schäden⁴⁾ auferlegt, die sich aus der Kodifizierung einer "Mitgliedschaft" der Arbeitnehmer in den BGen herleitet.

1) Niederschrift Festsitzung, S. 25.

2) KROHN, Joh., in: Niederschrift Festsitzung, S. 13; KNOLL, Ernst, in: RVers., 1931, S. 125 f.

3) BTrDr. IV/120 v. 11. 1. 1961.

4) Vgl. hierzu SCHRADER, Herm., Der Schutz gegen Arbeitsschäden in der Sozialreform, Berlin, Bielefeld, München 1955, S. 19 ff., 27.

b) Ziele der Unfallversicherung

Es gehört zum Wesen einer Versicherung, den Schaden nicht nur nachträglich in Geld zu ersetzen, sondern auch zur Verhütung oder Behebung der körperlichen Beeinträchtigung beizutragen¹⁾. So tritt zu der Entschädigungspflicht im Rahmen der sozialen Unfallversicherung die "vorbeugende Fürsorge" hinzu²⁾. An dieser Stelle sei offen gelassen, wie die Rangfolge der Merkmale zu bewerten ist; darüber wird später zu reden sein. Historisch stand im Vordergrund, im Interesse des Betriebsfriedens den Forderungen der Arbeitnehmer nach Schadensausgleich einen leistungsfähigen Kontrahenten gegenüberzustellen. Diese Bestrebungen erhob die Verbindung von Privattätigkeit mit genossenschaftlicher und staatlicher Wirkungsweise zur Maxime³⁾. Der Kern der Unfallversicherungsgesetzgebung war also die "Schaffung und Durchführung gewisser Fürsorgeansprüche der in gewerblichen Betrieben arbeitenden Personen"⁴⁾, doch sollte der Ersatz des Schadens "kombiniert werden mit der Aufgabe, den Schaden selbst durch Aufsicht zu verhindern und einzuschränken"⁵⁾. Diese aus der Formulierung BISMARCKS übernommenen Anschauungen lassen grundsätzlich die schadenverhütende Komponente zurücktreten. Ihre durch die "Kombination" mit der Schadenabgeltung herausgestrichene Bedeutung, die im übrigen sehr großen Unterschieden in der Rangstellung Raum läßt ("Kombination" kann von Subordination verschiedener Stufen bis in diesem Falle wohl wegen des prinzipiellen Ansatzes zur "Koordination" reichen), wird abgeschwächt durch den Zusatz, den Schaden "einzuschränken". Doch sei dies Gegenstand gesonderter Überlegungen; wichtig bleibt, die Einheitlichkeit der verschiedenen Aspekte der "Schadensorge"

1) ROHRBECK u. a., Realisierbarkeit der Rothenfelser Denkschrift, S. 41.

2) BG 1919, S. 135.

3) Kaiserliche Botschaft von 1881, BG 1891, S. 247 f.; RVers. 1931, S. 313.

4) RVA, Bescheid vom 3. 8. 1891.

5) SCHRAFT, Hans, Die deutsche soziale UVers., Bewährung, Wandel u. Ausblick, Berlin 1954, S. 269 ff.

(= Schadenvor- und -nachsorge, SCHRAFT) klarzustellen. Die Anregung zu einer Regelung, die Industrie zu "Versicherungsverbänden" zu vereinigen, kam aus Kreisen eben dieser Industrie selbst, im besonderen von der hüttentechnischen Sparte aus dem Ruhrrevier¹⁾. Im staatlichen Auftrag soll in der Organisationsform der Selbstverwaltung der Versicherungsträger die Schadenverhütung den Stellen auferlegt sein, die den Gefahren am unmittelbarsten verbunden sind. Die UV ist als "wesentliche Pflichtaufgabe der BGen"²⁾ anzusprechen, die damit ihrem (historischen) Nahziel der Schadensabgeltung die beste Grundlage geben wird.

Die Eigenständigkeit der Unfallversicherung macht ihre Stärke aus; die "berufseigenen" Gefährdungen unterliegen für bestimmte vom Gesetz vorgesehene Tatbestände, nämlich die Arbeitsunfälle, einer Sonderrechtsregelung. Das bedeutet, daß mit der Sicherung der Arbeitnehmer gegen Unfallfolgen, wie sie nach den Bestimmungen der gesetzlichen Versicherung vorgesehen ist, gleichzeitig Sicherungen gegen Unfallereignisse staatlicherseits von denen verlangt werden, die für die Schadensabgeltung aufzukommen haben.

Wie in diesem Abschnitt einleitend bemerkt, enthält die Konzeption der gesetzlichen Unfallversicherung ein versicherungswirtschaftliches Element. Die selbstverwaltend tätig werdenden Wirtschaftskreise sind in diesem "Haftungszusammenschluß" grundsätzlich gehalten, die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten zur Erfüllung der ihnen auferlegten öffentlich-rechtlichen Verpflichtung soweit wie möglich auszunutzen.

c) Die Grenzen der Unfallversicherung

Sieht man die Frage, wie weit sich "Versicherungs-" und "Sicherungspflicht der gesetzlichen Unfallversicherung erstrecken, vom rechtlichen Standpunkt, so ist dieses bemerkenswert: Auf der einen Seite erweitert der Gesetzgeber die Sorgepflicht des Arbeitgebers gegen-

1) Vgl. BG 1935, S. 287.

2) SCHRAFT, Hans, aaO, S. 269.

über dem Arbeitnehmer über den privatrechtlichen Rahmen hinaus; so wird z. B. auch dann ein Arbeitsunfall der gesetzlichen "Versorgung" unterworfen, wenn Fahrlässigkeit oder Verstoß des Versicherten gegen Schutzbestimmungen mitgewirkt haben¹⁾. Grundsätzlich bleibt die Schuldfrage bei der Unfallentschädigung bis auf den Fall des Vorsatzes unbeachtlich. Andererseits jedoch ist, wie oben ausgeführt, von der institutionell-systematischen Notwendigkeit her die Rechtsfigur der Solidarhaftung überwiegend der Schadenvergütung zugeneigt. Das bedeutet im System der Unfallversicherung den Hang zu einer verwaltungsmäßigen Betrachtung der Grundtatbestände. Die gesetzlichen Regelungen sind vorwiegend auf die Nachsorge abgestellt und sprechen den Bereich der Schädenvorsorge nur mit einigen wenigen Formulierungen an. Das hat plausible Gründe, die nachstehend genannt sein sollen. Es muß aber schon jetzt gefragt werden, welche Möglichkeiten sich bieten, über den Zwang einer gesetzlichen Regelung die Schädenvorsorge stärker in den Vordergrund zu schieben. In diesem Zusammenhang sei nur aufmerksam gemacht auf die Erwägung, den sog. Unfallverhütungsvorschriften (UVVen) der BGen den Charakter von Schutzgesetzen im Sinne des § 823 BGB zuzuerkennen²⁾.

Bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise der Bestimmungen der Unfallversicherung sind deren grundsätzliche Vorzüge nicht zu verkennen. Über die genossenschaftliche Gesamthaftung einzelner Berufszweige, denen durch ihre Gewerbebetriebe ähnliche wirtschaftliche Wege (mit positiven und negativen Merkmalen) vorgezeichnet sind, ist eine adäquate Form der "Garantenpflicht" für die wirtschaftliche und soziale Existenz der abhängig Berufstätigen erreicht. Das "Wie" der wirtschaftlichen und sozialen Existenz ist damit nur nach einer Seite beantwortet. Eine auskömmliche, dem Lebensstandard des Unfallverletzten bzw. dessen Angehöriger (Hinterbliebener) angemessene

1) Vgl. § 542 (2) RVO; s. a. LAUTERBACH/PODZUN, Die gesetzliche UVers., Bad Godesberg 1960, S. 34.

2) HERSCHEL, Wilhelm, Arbeitsschutz im sozialen Rechtsstaat, Sonderdruck BARbBl. 1955, S. 10 f.

Lebensführung vermögen die Unfallrenten zu sichern¹⁾; hierzu tragen nicht zuletzt die neuesten sozialpolitischen Anschauungen der gesetzgebenden Körperschaften bei (vgl. "dynamische Unfallrente"). Welche Verdienstmöglichkeiten dem nicht unfallverletzten Arbeitnehmer durch eine zweckentsprechende UV offenstehen, kann im Einzelfall des tatsächlich Verletzten nicht gesagt werden (interessant ist, daß in durchaus nicht wenigen Fällen die Nettoverdienste Unfallverletzter, die noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ihr vor dem Unfall bezogenes - auf spätere Zeit extrapoliertes - Einkommen übersteigen²⁾).

Bisher war als Grenze der unfallversicherungsrechtlichen Möglichkeiten immer nur die Generalklausel des Gesetzes festzustellen, die die "Unfallverhütung und Überwachung" regelte. Dies mußte darum geschehen, weil die Gefahren zu verschiedenartig und die Wege zu ihrer Beseitigung zu mannigfach sind, als daß sie auch nur annähernd hätten umrissen werden können. Die Generalklausel ist durch eine große Fülle von Entscheidungen und Stellungnahmen der Versicherungsaufsichtsbehörden wie der ordentlichen Gerichte und der Sozialgerichtsbarkeit³⁾ mit Leben und konkretem Inhalt gefüllt worden. Dennoch mußte sich der in der Selbstverwaltungsorganisation der Unfallversicherung grundsätzlich nicht abdingbare Satz "wer zahlt, schafft an" behaupten. Es wurde oben aufgeführt, daß überspitzte soziale oder sozialpolitische Forderungen auch dem Sinn wirtschaftlichen Handelns zuwider laufen. Gleichwohl erscheint es ratsam, die dem Staatsinteresse dienliche Gesunderhaltung des "Faktors Arbeit", die rechtssystematisch zur derivativen Aufgabe der Wirtschaft geworden ist, zumindest dem Inhalt nach wieder zu einer originären der Gewerbebetriebe werden zu lassen. Die Eigen-

1) Rentenberechnung nach dem JAV des Unfalljahres bzw. des dem Unfall vorausgehenden Jahres.

2) Vgl. u. Kap. VII 3.

3) S. Entscheidungen des ehemaligen RVA (AN, EuM); Urteile der Rechtsinstanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, einschl. RG; Urteile der Sozialgerichte der BRD.

initiative der Wirtschaft in die besser geeigneten Bahnen der Schadensvorsorge zu lenken, kann rechtverständener Beitrag der Rechtsordnung zum Wirtschaftsgeschehen sein. Ansätze hierzu sind zu erkennen in dem Vorschlag, die neue gesetzliche Formulierung "Unfallverhütung mit allen geeigneten Mitteln" zu wählen, und auch auf hoher Staatsebene sind Bemühungen bekannt geworden, die auf eine stärkere Hinwendung zum Präventivgedanken des Versicherungsrechts innerhalb der bestehenden Normen abzielen.

Kapitel II: Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und ihre Aufgaben bei der Unfallverhütung=====

1. Die Berufsgenossenschaft in Gliederung und Aufbau

Im folgenden ist die Rede nur von den gewerblichen BGen als den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung; im besonderen wird Bezug genommen auf die individuellen Daten der Hütten- und Walzwerks-BG. Damit sind einerseits die grundsätzlichen Tatbestände erfaßt, wie sie für die Untersuchung der Selbstverwaltungseinrichtungen auf dem Gebiet der Unfallversicherung erforderlich sind; zum anderen werden die charakteristischen Merkmale der den Berufszweig der eisen-schaffenden Industrie des Ruhrgebietes und einiger anderer Wirtschafts-räume vertretenden BG herausgehoben.

a) Rechtliche Merkmale der Berufsgenossenschaft

Die BG ist eine durch Gesetz gebildete Pflichtvereinigung der Unternehmer gleichartiger Gewerbe-zweige, die als Träger der Unfallversicherung dient¹⁾. Mit der Eröffnung eines Gewerbebetriebes ist dem

1) LAUTERBACH, Komm., Anm. 2 zu § 623 RVO; HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch I aaO, S. 745; BREITHAUPT, 16 Jahre RVO, S. 9 (u. die dort angegebene Literatur).

Unternehmer die Pflicht auferlegt, die Aufnahme der Gewerbetätigkeit bei der für seinen Gewerbebezweig zuständigen BG anzuzeigen¹⁾; er wird automatisch Mitglied der betreffenden BG. Für juristische Personen gilt das gleiche; handlungsverpflichtet sind ihre Organe.

Nachstehend sind die eingangs genannten Merkmale der BG im Rechtssinne näher erläutert:

Als Unternehmer gilt derjenige, für dessen Kosten und auf dessen Gefahr der Gewerbebetrieb geführt wird²⁾. Hinsichtlich des Merkmals der "Gleichartigkeit" der Gewerbebezweige mag die Regelung dienen, die dem Bestande der HWBG zugrunde liegt; § 2 der Satzung vom 30. 4. 1954 lautet:

"Die Berufsgenossenschaft umfaßt Unternehmen, die auf warmem Wege Erz aufbereiten, Eisen und Nichteisen-Metalle erzeugen sowie Unternehmen der Weiterverarbeitung von Eisen und Nichteisen-Metallen zu Halbzeugen. Hierzu gehören insbesondere Röst- und Sinteranlagen; Eisen- und Nichteisen-Metallhütten; Stahl- und Sintermetallwerke, Walz-, Hammer- und Schmiedepreßwerke ..."

Der räumliche Bezirk einer BG ist maßgebend dafür, ob die Genossenschaft als landes- oder bundesunmittelbare Körperschaft³⁾ gilt. Der Bereich der HWBG erstreckt sich zur Zeit auf das Land Nordrhein-Westfalen sowie vom Land Rheinland-Pfalz auf die Regierungsbezirke Koblenz und Trier⁴⁾. Die HWBG ist demnach eine bundesunmittelbare Körperschaft.

Ihre Rechtsform ist die einer Körperschaft des öffentlichen Rechts⁵⁾, d. h. eines mitgliedschaftlich organisierten Verbandes öffentlichen Rechts, welcher staatliche Aufgaben mit hoheitlichen Mitteln unter staatlicher Aufsicht wahrnimmt⁶⁾. Diese Körperschaften haben nicht

1) LAUTERBACH, Komm., Anm. zu §§ 657 ff., vgl. § 4 der Satzung der HWBG vom 30. 4. 1954.

2) LAUTERBACH, Komm., Anm. 2 zu § 633, Anm. 1 zu § 649; Satzung der HWBG vom 1. 1. 1927, § 44.

3) S. Art. 87 Abs. 2 GG.

4) Vgl. § 2 Abs. 3 der Satzung vom 30. 4. 1954.

5) LAUTERBACH, Komm., Anm. 2 zu § 623 RVO.

6) FORSTHOFF, Ernst, Lehrbuch, Bd. I, S. 431.

die Eigenschaften von Behörden, wenn sie auch durch ihre Anordnungen gegenüber ihren Mitgliedern hoheitlich tätig werden¹⁾.

Seit ihrer Gründung, die für die HWBG im Jahre 1885 liegt, werden die BGen, mit Ausnahme der Zeit von 1933 bis 1951, in der eine gesetzliche Neuregelung galt²⁾, im Rahmen der Selbstverwaltung tätig³⁾.

Die BGen sind in ihrer Gesamtheit nicht die einzigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung; neben ihnen bestehen noch Eigenunfallversicherungsträger der Gemeinden (Gemeindeunfallversicherungsverbände) und einiger Städte sowie Ausführungsbehörden für Unfallversicherung des Bundes und der Länder⁴⁾. Für die vorliegende Untersuchung bleiben alle Trägerinstitutionen außer den gewerblichen BGen jedoch außer Betracht, auch werden die landwirtschaftlichen BGen hier nicht erörtert.

Die Aufgabe der BGen besteht darin, Unfälle zu verhüten und unter staatlicher Aufsicht die Fürsorge zu verwirklichen, auf welche die durch Betriebs-(Arbeits-)Unfälle verletzten Arbeiter Anspruch haben.

Zur Zeit bestehen 36 gewerbliche Berufsgenossenschaften, von denen 5 die Eisen- und Metallunternehmen der Bundesrepublik zusammenfassen. Es sind dies die

Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG (Sitz: Hannover) - Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG (Mainz) - Maschinenbau- und Klein-eisenindustrie-BG (Düsseldorf) - Hütten- und Walzwerks-BG (Essen) - Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-BG (Stuttgart)⁵⁾,

die sich zur "Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metall-BGen" zusammengeschlossen haben⁶⁾. Die Verwaltung der Vereinigung liegt bei der

1) BGH vom 20. 9. 1957, in: BG 1958, 252; EuM 1914, S. 3; RG vom 3. 11. 1925, Breith. Slg. 15, 31; vgl. weiteres bei BREITHAUPT, 25 Jahre Reichsversicherung, I, S. 9.

2) Vgl. Abschn. II Art. 7 AufbauG vom 5. 7. 1934 (RGBl I, 577).

3) S. BRACKMANN, HdSV Bd. II, S. 521 ff.

4) S. §§ 623 - 629 RVO, entspr. Anm. bei LAUTERBACH; hinsichtlich früherer Regelungen s. z. B. BG 1892, S. 286 f.

5) Vgl. Betriebswacht, Vormerkbuch für 1963, S. 64.

6) S. Technischer Bericht 1949, S. 13 der HWBG.

Süddeutschen Eisen- und Stahl-BG; für die UV ist als sog. Vorort zuständig die Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG. Eine "Dachorganisation" aller gewerblichen BGen ist der "Hauptverband der gewerblichen BGen", Sitz Berlin¹⁾, eine Institution auf privatrechtlicher Basis.

b) Institutioneller Aufbau

Im folgenden werden lediglich die Verhältnisse bei der HWBG berücksichtigt.

b₁) Aufgliederung des Bereiches der BG

Der Bereich der HWBG ist in drei Verwaltungsbezirke, Sektionen, aufgegliedert, die ihren Sitz in Essen, Dortmund und Düsseldorf haben. Der Sektionsbereich wiederum, der im einzelnen hier nicht erörtert werden soll, umfaßt die Regierungsbezirke der o. g. Bundesländer bzw. gesondert bezeichnete Stadt- und Landkreise²⁾.

Nach den geltenden Vorschriften von Gesetz und Satzung haben die Sektionen als "nicht rechtsfähige; finanziell unselbständige, örtlich abgegrenzte Verwaltungseinrichtungen" der Genossenschaft³⁾ keine Aufgaben wahrzunehmen, die die UV betreffen. Dies galt nicht immer; in der Organisationsform der Unfallversicherungsträger bis zum Jahre 1934 waren einige Sektionsvorstände mit Teilfragen der Überwachung der Betriebe beauftragt⁴⁾. Derzeit werden die von Sektionsgeschäftsführern geleiteten Sektionen neben der Vertretung der Genossenschaft vor den Sozialgerichten 1. Instanz ausschließlich auf dem Gebiet der Bearbeitung der Unfälle nach den Fürsorge- und Versorgungsbestimmungen der RVO (§§ 558 ff.) tätig³⁾.

b₂) Bestand der Berufsgenossenschaft

Die eines der oben (1 a; S. 27) genannten Gewerbe betreibenden Unternehmen (Unternehmungen) bilden in ihrer Gesamtheit die Berufsge-

1) S. "75 Jahre Hauptverband", 1962, S. 4.

2) Vgl. § 3 der Satzung vom 30. 4. 1954; s. a. PODZUN in MAUNZ-SCHRAFFT, A Einleitg. Teil 1, Bl. 172 (R.).

3) Vgl. § 14 Der Satzung vom 30. 4. 1954.

4) Vgl. § 28 Ziff. 5 der Satzung vom 1. 1. 1927.

schaft. In der Regel werden sie als "Mitglieder" oder "Mitglieds-
werke" bezeichnet¹⁾; die Verwaltung der Genossenschaft führt ein
"Betriebsverzeichnis", in das die Mitglieder eingeschrieben sind.
Dieses Verzeichnis weist per 31. 12. 1962 200 Mitglieder aus.

b₃) Verfassung der Genossenschaft

Hier sind nur diejenigen Institutionen und Vorschriften erwähnt,
die zur Klärung der hier zu untersuchenden Tatbestände notwendig
sind; nicht berücksichtigt sind durch die einzelne Satzung einer
jeden BG unterschiedlich regelbare Verhältnisse, so vor allem
nicht diejenigen Fragen, die Amtsdauer und Wahlen der Einrichtun-
gen sowie Versorgungsgeschäfte betreffen.

Im Rahmen der Selbstverwaltung bestehen als Organe der Genossen-
schaft Vertreterversammlung und Vorstand.

Die Vertreterversammlung der Genossenschaft setzt sich aus je 18
Angehörigen der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen. Sie
ist gewissermaßen als "Legislativorgan" der BG zu kennzeichnen²⁾.

Hinsichtlich der UV hat die Vertreterversammlung zu erledigen:

Beschlußfassung über die UVVen und über die Schaffung von
Einrichtungen zur UV (§ 9 Abs. 1 Ziff. 8³⁾);
Beschlußfassung über den Gefahrtarif⁴⁾
(§ 9 Abs. 1 Ziff. 9).

Der Vorstand der HWBG besteht aus je 6 Vertretern der Versicherten
und der Arbeitgeber²⁾; er vertritt die BG als gesetzlicher Vertre-
ter gerichtlich und außergerichtlich, soweit es nicht laufende Ver-

1) Vgl. § 4 der Satzung vom 30. 4. 1954.

2) S. PODZUN in MAUNZ-SCHRAFT, A Einleitung Teil 1, Bl. 175 (R),
176; § 5 der Satzung der HWBG.

3) der Satzung der HWBG vom 30. 4. 1954.

4) Durch den Gefahrtarif (vgl. § 706 RVO) wird die "Gefährlichkeit"
des Unternehmens unter Beachtung von Unfallhäufigkeit und -schwere
zur Basis der Beitragsermittlung gemacht. Vgl. hierzu u. a.
LAUTERBACH/PODZUN aaO, S. 100 ff.; WICKE in BG 1953; LEHR, Kurt,
in BG 1954, 269; HOMEY, H. W. in BG 1952, 28; LAUTERBACH, Komm.
Anm. 2 zu § 706. - S. a. Gefahrtarif der HWBG vom 21. 6. 1960.

waltungsgeschäfte betrifft, und handelt in ihrem Namen¹⁾. Hinsichtlich der Durchführung der UV hat er die folgenden Aufgaben:

Beschlußfassung über die Gewährung von Belohnungen bei Rettung Verunglückter (§ 12 Abs. 1 Ziff. 11²⁾);
Verhängung von Ordnungsstrafen bei Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften, gegen Satzungsbestimmungen oder gegen UVVen (§ 12 Abs. 1 Ziff. 12);
Vorbereitung der Vorlagen, über die die Vertreterversammlung zu beschließen hat (§ 12 Abs. 1 Ziff. 14);
Beschlußfassung über Einzelausnahmen von UVVen und Einzelaufgaben zur Verhütung von Unfällen
(§ 12 Abs. 1 Ziff. 16).

Der Vorstand kann für einzelne Aufgaben Ausschüsse bilden und deren Zuständigkeit abgrenzen (§ 12 Abs. 2²⁾). Dies ist durch die Einsetzung eines Unfallverhütungsausschusses, bestehend aus je zwei Vertretern der Tarifpartner, geschehen³⁾.

Über Wesen und Bedeutung der UVVen ist in Kap. IV B 3 Näheres ausgeführt.

Der Gefahrtarif als Grundlage für die Beitragsberechnung für die einzelnen Mitgliedswerke (vgl. § 706 RVO und FN 4 auf S. 30) hat in gewissem Umfang Bedeutung für die UV. Die HWBG hat ebenso wie das RVA frühzeitig Erwägungen angestellt, wie "ohne Schädigung des genossenschaftlichen Grundsatzes der Gefahrtarif der UV dienstbar gemacht werden könne in dem Sinne, daß die Tätigkeit der Werke auf dem Gebiet der UV die Höhe der Beiträge beeinflusse"⁴⁾. - Zur Zeit ist allerdings wegen einer anderen Steuerung der Belastung nach Erfolgen in der UV (s. u. Vorbelastungsverfahren) diese Regelung in den Hintergrund getreten.

b₄) Der Verwaltungskörper der Genossenschaft

Die der BG auferlegten Tätigkeiten auf dem Gebiet der UV, Betriebs-

1) Vgl. §§ 5 Abs. 3, 11 Abs. 1, 13 Abs. 1 der Satzung; s. § 685 RVO, § 8 Abs. 4 GSv.

2) der Satzung der HWBG vom 30. 4. 1954.

3) Vgl. Verwaltungsber. HWB 1953 S. 3, 1954 S. 3, 1958 S. 3. - Die Mitglieder der Organe bekleiden ein Ehrenamt.

4) Bericht über die 75. Sitzung des Gen.-Vorstandes 1926.

Überwachung und der Fürsorge (vgl. §§ 848 ff., 558 ff.) werden praktisch ausgeführt durch eine von den Genossen (Mitgliedswerken) bestellte Verwaltung, die den von den Organen der BG gefaßten Beschlüssen nachkommt. - Grundsätzlich sei hier bemerkt, daß die Geldmittel für die Erfüllung der Aufgaben nach dem sog. Umlageverfahren (vgl. § 731 RVO) in nachträglicher Bereitstellung der notwendigen Summen aufgebracht werden, worauf an dieser Stelle nicht näher eingegangen wird. -

Der Verwaltungsapparat der Genossenschaft wird nach geläufigem Sprachgebrauch¹⁾ unterschieden in einen juristischen Teil ("juristische Abteilung", sog. "Verwaltung") und einen technischen Teil (technischer Aufsichtsdienst). Die nach Selbstverwaltungsrecht starke Stellung²⁾ des Hauptgeschäftsführers³⁾ der Genossenschaft, der unabhängig von den Weisungen des Vorstandes die laufenden Geschäfte führt, bringt es mit sich, daß im wesentlichen nach seinen Vorstellungen bzw. denen seiner engeren Mitarbeiter die Geschäfte der Genossenschaft erledigt werden. Die Aufgaben der juristischen Abteilung der Verwaltung liegen naturgemäß und unter dem Zwange der Gegebenheiten mehr auf dem Sektor der Bearbeitung von Unfalltatbeständen im Hinblick auf die u. U. daraus erwachsenden Ansprüche der Verletzten. Zudem fallen neue Beschlüsse über UV-Maßnahmen oder sonstige die UV fördernde Vorhaben als "nicht gewöhnliche Geschäfte" in den Bereich der Kompetenz des Vorstandes (bzw. der Vertreterversammlung), so daß gemeinhin die juristischen Verwaltungsstellen der Genossenschaft mit den Fragen der UV nicht befaßt werden. Dies ist an sich auch bei dem Vorhandensein eigener Einrichtungen für das Sachgebiet der Prävention nicht erforderlich; dennoch entstehen hieraus verschiedene Konsequenzen, denen weiter unten noch nachzugehen sein wird.

Der technische Zweig des Verwaltungskörpers wird von dem sog. Technischen Aufsichtsdienst gebildet. Hier sind sog. technische Auf-

1) "75 Jahre Hauptverband", 1962, S. 8.

2) MAUNZ-SCHRAFFT, Komm. S. 175.

3) Vgl. § 13 der Satzung der HWBG vom 30. 4. 1954.

sichtsbeamte, mit besonderem technischen Fachwissen ausgerüstete "Spezialisten"¹⁾, eingesetzt, die als Angestellte der Genossenschaft im Auftrage der Genossenschaftsmitglieder Möglichkeiten der UV in den Einzelwerken aufzeigen, Anregungen und Rat zur Gefahrenbekämpfung geben und Sicherheitsmaßnahmen überwachen. Ihre Qualifikation für die zweckentsprechende Ausführung des Genossenschaftsauftrages müssen sie in einem von der Aufsichtsbehörde bestimmten Ausbildungsgang mit abschließender Prüfung nachweisen²⁾. Wie gemeinhin üblich, sind derzeit auch bei der HWBG ausschließlich Diplom-Ingenieure mit den Aufgaben eines Technischen Aufsichtsbeamten (TABen) betraut. Gewöhnlich nimmt einer der TABen die Stellung eines "Leitenden Technischen Aufsichtsbeamten" ein. Auf diese Weise wird die Einheitlichkeit des Vorgehens, besonders soweit sie nach außen erforderlich ist, erreicht.

Wegen der im Rahmen dieser Untersuchung grundsätzlichen Bedeutung dieses Gremiums bei der Verwaltung der Genossenschaft wird in einem späteren Abschnitt (s. u. Kap. III 3) ausführlicher auf die Tätigkeit des Technischen Aufsdienstes (TAD) eingegangen.

c) Übersicht über Stand und Entwicklung der Verwaltung der HWBG in den Jahren 1890 bis 1961

Die Übersicht verfolgt die Absicht, einen Abriß der Aufgaben und Möglichkeiten der HWBG zu geben, wie sie sich seit Bestehen der Genossenschaft gestellt bzw. als notwendig erwiesen haben. Als Anhaltspunkt sind die Zahlen über die versicherten Arbeiter (und Angestellten) sowie die Zahlen der erstmalig entschädigten Unfälle angegeben, ohne daß hier schon im einzelnen zu den in den Unfallzahlen liegenden Aussagen Stellung genommen wird.

Wie aus der Übersicht auf Seite 34 ersichtlich, erforderte die Verwaltung der BG bis zur Jahrhundertwende durchschnittlich 12

1) HARTMANN, Konrad, in: UV und Betriebssicherheit, Berlin 1910, S. 16, 18.

2) S. die Prüfungsordnung vom 28. 1. 1938, BG 1938, S. 49 (vgl. u. Kap. III 3).

hauptamtliche Angestellte. In den ersten 15 Jahren des Bestehens der BG stieg die Zahl der dem Versicherungsschutz unterliegenden Arbeiter um 50 % an, nach weiteren 20 Jahren hatte sich die Zahl der Versicherten verdoppelt, die der Angestellten der BG jedoch verdreifacht. Gleichzeitig war, an der Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle gemessen, eine Reduzierung des Arbeitsumfanges um die Hälfte eingetreten, soweit es die durchschnittliche Zahl der von einem Angestellten zu bearbeitenden Unfälle betraf. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß gleichzeitig die Unfälle aus den Vorjahren mit zu "verwalten" waren. Obwohl die hier nicht gesondert ausgewiesene Zahl der gemeldeten Unfälle stetig zugenommen hatte, entfielen nach dieser Basis auf 1 Angestellten 1890 rd. 1. 345 Unfälle, 1920 aber lediglich 275. 1940 war erstmals die Gesamtzahl aller Angestellten der Genossenschaftsverwaltung auf über 100 gestiegen (die Sektionsangestellten sind hierin berücksichtigt); im Durchschnitt bearbeitete jeder der Angestellten 16 erstmalig zu entschädigende und 234 gemeldete Unfälle. 1960 ergab sich die bislang stärkste Ausdehnung des Verwaltungskörpers; auf je 1.750 Versicherte war

Übersicht 1: Betriebe und Versicherte, Personal der Hauptverwaltung und Sektionen und erstmalig entschädigte Unfälle der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft (1890 bis 1961)

Jahr	Versicherte	Zahl der Betriebe	Erstmalig entschäd. Unfälle *)	Angestellte insgesamt		1 Angestellter "verwaltete" durchschnittlich		1 TAB war "zuständig" durchschnittlich für		
				"Verwaltung"	TAB	Versicherte	Unfälle	Betriebe	Versicherte	Unfälle
1	2	3	4	5		6		7		
1890	87 537	250	792	7	2	12 505	113	125	43 768	396
1895	92 863	237	883	13	2	7 221	67	118	46 481	441
1900	134 717	234	1 726	24	2	5 613	71	117	67 356	863
1905	149 888	223	2 189	34	1	4 173	64	223	149 888	2 189
1910	177 836	218	2 585	65	2	2 736	39	109	88 918	1 292
1915	188 699	214	2 130	72	2	2 620	29	107	94 349	1 065
1920	255 748	214	2 143	73	2	3 503	29	107	177 874	1 071
1925	221 428	220	1 699	59	2	3 753	28	110	110 714	849
1930	185 372	185	1 603	76	3	2 438	21	62	61 790	534
1935	214 858	162	1 140	67	3	3 206	17	54	71 616	380
1940	317 379	149	2 046	118	3	2 689	16	69	105 793	682
1945	153 236	185	824	120	3	1 276	6	61	51 078	274
1950	230 209	222	1 515	104	3	2 213	14	74	76 736	505
1955	306 301	214	1 849	144	4	2 127	12	53	76 575	462
1960	355 802	204	2 040	175	4	1 749	11	51	88 940	510
1961	361 821	204	2 199	181	5	1 999	12	41	90 455	439

*) einschließlich Todesfälle, seit 1925 auch Berufskrankheiten

Angestellte ("Verwaltung") = Geschäftsführer, Büro-, Kassen-, Kanzlei-, Unterbeamte
T A D = Technischer Aufsichtsdiener
T A B = Technischer Aufsichtsbeamter

Quelle: AB 1892 bis 1936, ab 1940 Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der HWBG
Verwaltungsberichte HWBG 1910, S. 15; 1938, S. 14, Tab. IX; 1954, S. 13, Tab. X; 1961, S. 10, Tab. IX

eine Verwaltungsstelle eingerichtet. 1961 war das Verhältnis 1 : 2.000. Der Personalbestand der Hauptverwaltung und Sektionen lag gegen 1960 um 3 % höher.

Der bemerkenswerte Anstieg der Verwaltungsposten der BG ist in wesentlichem Umfang wohl durch die komplizierter werdende Materie bedingt, denen sich der Versicherungsträger durch die Ausweitung (auf Wegeunfälle und Berufskrankheiten) und Verfeinerung der Sozialgesetzgebung gegenüber sah. Auch bleibt zu beachten, daß damit Rechtsfragen der Anerkennung von Schadensereignissen als Unfälle im Sinne des UVersG nicht selten schwieriger wurden.

Was die Praxis der UV und Betriebsüberwachung anlangt, so wurde die "Steuerungstätigkeit" der Gefahrenabwehr im TAD der Genossenschaft über rd. 40 Jahre von 2 TABen besorgt. Durchweg mußten die Beamten bis 1925 über 100 Betriebe im Jahr "betreuen", also deren individuelle Gefahren möglichst genau erfassen und beratend und unterstützend für den Arbeitsschutz wirken. Bedenkt man, daß zahlreiche "Betriebe" Unternehmungen mit vielen weitausgedehnten Werksanlagen (Hütten- und Walzwerke, Gießereien, Schmiede-, Preß- und Hammerwerke) darstellen, so wird ersichtlich, daß diese Beamten eine sehr umfangreiche Aufgabe zu erfüllen hatten. Dazu kam noch die weitgehende Unbeweglichkeit, da Kraftwagen in der Regel fehlten. Zeitweise waren es weit über 100.000 Versicherte im Bezirk eines TABen, für deren Sicherheit er - zumindest mittelbar - einzutreten hatte. Auch in der sachlichen Erfassung der Unfälle bzw. deren Hergangs und der Begleitumstände hat der TAB mitzuwirken, stellen die einschlägigen Angaben doch häufig einen geeigneten Ansatzpunkt zur Einleitung von UV-Maßnahmen dar. Wie weit ein intensives Studium dieser Angaben aus den Unfallanzeigen, ggf. auch an Ort und Stelle möglich war, kann zwar nicht genau gesagt werden; dennoch scheint es schwierig gewesen zu sein, neben den notwendigen Betriebsbesuchen die aktuellen Unfallereignisse laufend zu verfolgen, wenn bis zum Jahre 1925 ein TAB durchschnittlich etwa 1.000 schwere Unfälle zu bearbeiten hatte.

Von 1950 an war es rein rechnerisch möglich, ungefähr für jeden Betrieb der Genossenschaft 3 - 4 Tage im Jahr zur Besichtigung anzusetzen. Das ergibt einen Besuch des TABen etwa alle 3 - 4 Monate in jedem Betrieb seines Bezirks und bildet eine verbesserte Grundlage für die erfolgreiche Tätigkeit des TAD der Genossenschaft (vgl. auch unten, Umfrage in Kap. III).

2. Die Stellungnahme der Genossenschaftsverwaltung zu den Aufgaben der Unfallverhütung

Die Arbeit in der genossenschaftlichen Struktur der Unfallversicherungsträger konnte grundsätzlich nur in der Form verwirklicht werden, wie sie wenige Jahre nach der Gründung der Genossenschaft mit der

Bestellung festangestellter Bediensteter gefunden wurde. Die anfangs von den Mitgliedern des Genossenschaftsvorstandes ehrenamtlich versehene Verwaltungsarbeit¹⁾ (diese im weiteren Sinne, d. h. unter Einbeziehung der UV-Arbeit, begriffen) wurde in die Hände von Personen gelegt, denen prinzipiell zunächst einmal die Belange der Unternehmer in den einzelnen Mitgliedswerken weniger nahe standen als den ehrenamtlichen Organmitgliedern. Letztere vermochten die zunehmenden Erfordernisse der Arbeitssicherheit nur noch schwer zu erfassen und zu realisieren, da ihnen einerseits dieses Sachgebiet in Organisation und Verwaltungsgebaren fremd war, andererseits aber auch die übrigen Betriebsaufgaben sehr rasch zunahmen.

Dennoch lassen sich verschiedene Merkmale nachweisen, aus denen eine klare Sicht der jeweiligen Umstände und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten deutlich wird. Eigentlich könnte davon abgesehen werden, die besondere Beziehung zu unterstreichen, die die technische Abteilung zu den Problemen der UV hat. Von dritter Seite wird allerdings hervorgehoben, daß ein TAB der HWBG bei Vorbereitung und Abfassung eines einheitlichen Vorschriftenwerkes über die technische Regelung des Gefahrenschutzes ("Normal-UVVen") maßgeblich beteiligt war²⁾. Außerdem fehlt es nicht an Anerkennung insbesondere der Tatsache, daß die Genossenschaft stets die modernsten und viel neu bekannt werdende Verfahren in der UV eingesetzt hat³⁾. Genannt seien die Entwicklung einer eigenen Film-Werbeabteilung, die Veranlassung, in den Mitgliedswerken Sicherheits-Ingenieure einzusetzen, der Aufbau von Kranführerschulen und selbständige UV-Wochen im gesamten Bereich der BG. Bemerkenswert ist ferner die Feststellung, welchen Wert der Genossenschaftsvorstand darauf legte, die Gedanken der UV an Be-

1) Vgl. Techn. Bericht der HWBG 1910.

2) S. HARTMANN/SCHLESINGER, UV und Betriebssicherheit, aaO, S. 33.

3) Vgl. BG 1922, S. 15; 1919, S. 39 ff. - SCHWENGER, Rud., Die betriebliche Sozialpolitik in der westdeutschen Großindustrie, München/Leipzig 1934, S. 81 f.

triebsunternehmer und Versicherte so heranzutragen, daß dem Gemeinwohl der Genossenschaft damit gedient werde; hiervon geben verschiedene Rundschreiben Kenntnis¹⁾, die die Gemeinschaftsaufgabe aller in der Genossenschaft vertretenen Kräfte und Stellen unterstreichen. Für die Fragen der besonderen Gefahren auf dem Arbeitswege sowie für die Bedrohung der Gesundheit vieler Arbeiter durch Steinstauberkrankungen hat der Vorstand entsprechende eingehende Untersuchungen ansetzen lassen, die sich im Falle der Silikosegefährdung über rd. 4 Jahre (1934 bis 1938) mit bahnbrechenden Vorkehrungen zu vorbeugender Immunisierung erstreckten²⁾.

Die aus Mitgliedskreisen stammende Anregung zur Erstellung einer aussagekräftigen Betriebsunfallstatistik wurde vom Vorstand der BG nachdrücklich unterstützt. Aus den Nachkriegsjahren sei an dieser Stelle stellvertretend für ähnliche Vorgänge die Errichtung der Schulungsstätte für Arbeitsschutz genannt, deren Projekt aus den Reihen der Vertreterversammlung und des Vorstandes stammte, und deren Tätigkeit zu bedeutendem Nutzen für die Betriebssicherheit vieler Mitgliedswerke wurde.

Aus dem vorliegenden Material konnten Einzelheiten der Konzeption, wie sie im Genossenschaftsvorstand über die UV herrschte, nicht entnommen werden. Auch wieweit bestimmte Pläne zur Erweiterung der UV nicht ausreifen oder welche Hemmnisse den Bemühungen den durchschlagenden Erfolg verwehrten, ist aus den benutzten Quellen nicht zu ermitteln.

Ein Versuch, Zusammenhänge dieser Art aufzudecken, soll an späterer Stelle unternommen werden, nachdem einige andere Gesichtspunkte der praktischen UV-Arbeit beleuchtet worden sind.

1) Z. B. Rundschreiben des Genossenschaftsvorstandes vom 4. 2. 1913 und 15. 4. 1919, Techn. Bericht 1938, S. 2.

2) S. Verwaltungsbericht für 1929, S. 7; 1934, S. 5; 1935, S. 4; 1938, S. 5

3. Das Verhältnis der Mitgliedswerke zur Genossenschaftsverwaltung

Die Erörterung der Frage, wie die Tätigkeit der Genossenschaftsorgane bzw. der von diesen zur Erledigung der Tagesaufgaben bestellten Kräfte in der Sicht der Genossen selbst erscheint, berührt einen Kernpunkt des gesamten Gebarens der BGen. Dabei treten erstaunlicherweise insoweit keine erheblichen Probleme auf, als die Notwendigkeit und das Verfahren der Schadensabgeltung berührt werden. Die dafür benötigten Einrichtungen und Mittel sind grundsätzlich nie Gegenstand besonderer Debatten gewesen. Es gab aber auch Stimmen, die über die Erkenntnis und den tatsächlich erbrachten Nachweis von den Vorzügen bglicher UV eine Vorrangstellung der Gefahrenabwehr forderten. Dies ist allerdings mit Nachdruck erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg beim Wiederaufschwung der deutschen Industrie geschehen. Wie die "Vorrangstellung" der UV dabei eingeschätzt wird, ob sie gleichsam im Absolutheitsanspruch unbedingt der "Versorgung" vorgeschaltet werden, oder ob ihr eine relative Rolle einer historisch gesehen nunmehr "förderungsbedürftigen" Sparte der Genossenschaftsarbeit zukommen soll, mag hier noch dahingestellt sein. Es muß aber beachtet werden, in welcher auffälligen Disproportion die allgemeinen Anstalten zur straffen Durchsetzung der Genossenschaftsziele stehen. Die aufgrund kodifizierter Rechtsnormen mit staatlicher Strafandrohung umrissenen Haftungsgrundsätze gelten in regelmäßiger Ausdehnung auf fast alle Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft seit Jahrzehnten unangefochten. Mit den zunehmenden Leistungen aufgrund der Gesetzesregelungen hat die Straffung der wirtschaftlich vernünftigen und logisch bündigen Unfallabwehr nicht in gleichem Maße Schritt gehalten. Auch hier sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, daran erinnert, daß die Aufwendungen für Arbeitssicherheit stets mit den übrigen wirtschaftlichen Belangen der Unternehmung in Einklang zu bringen sind.

Gleichwohl erscheint es angebracht, das offenbare Nachhinken der meisten Genossenschaftswerke bei der Schaffung einer ausreichend

schlagkräftigen UV-Instanz der BG als einen nicht leicht zu nehmenden Fehler in der Gesamtkonzeption der UVers. zu verzeichnen. Die deutsche Industrie, vornehmlich auch die Eisen- und Stahlindustrie, hat seit Jahrzehnten einen fortwährend in der Modernisierung begriffenen technischen Produktions- und kaufmännischen Verwaltungsapparat; sie hat augenscheinlich bislang nicht vermocht, eine "Revisionsinstanz" im "eigenen Hause der BG" zu schaffen, mit deren Hilfe nach den neuesten, einige Jahre lang bekannten Ergebnissen großer Hüttenwerke, aller Vermutung nach echte Einsparungen per Saldo zu erzielen gewesen wären. Wenn man von dem Standpunkt ausgeht, daß die gesetzliche Organisation der deutschen Unfallversicherungsträger - unbestritten - eine klare Zielsetzung im Rahmen der Selbstverwaltung den "Belasteten" zu erreichen aufgegeben und damit den prinzipiell richtigen Weg gewiesen hat, dann ist es nur folgerichtig zu erwarten, daß diese Aufgabe genossenschaftlich, also in solidarischer Bemühung für das Eigenwohl über das Gemeinwohl, angegriffen wird. Der Mangel einer zentralen Sicherheitsplanungsstelle, wie sie nach modernen Gesichtspunkten nötig und sinnvoll wäre, war bei der Genossenschaftsverwaltung über mehrere Jahrzehnte zu beobachten; die unternehmerische Initiative hat sich nachweislich auf dem Sektor der UV erst in der jüngeren Vergangenheit so zu entfalten begonnen, daß von einer systematischen Behandlung der anstehenden Probleme über den TAD die Rede sein kann. Dies muß aber nach allem über die wirtschaftlichen Grundlagen der Unfallversicherung und UV als vordringlich gelten.

4. Unfallverhütung als Gemeinschaftsaufgabe

Die UV ist eine genossenschaftliche, also eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe der in der BG vereinigten Werke. Sie muß dementsprechend Nahrung und Antrieb von ihren Trägern, den Mitgliedern der Organisation, gewinnen. Da deren Hauptaufgabenbereich selbstverständlich nicht auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit

allein liegt, sind geeignete Stellen vorgesehen, um eine breite Streuung der individuellen Ergebnisse bei der UV der Gemeinsamkeit der Genossen nützlich zu machen. Somit muß eine Würdigung der "Gemeinschaftsaufgabe UV" von zwei Seiten aus vorgenommen werden. Die eine betrifft den Beitrag, den das einzelne Mitgliedswerk der BG durch eigene Tätigkeit auf dem Sektor des Arbeitsschutzes und der Betriebssicherheit leistet, die andere muß auf die Arbeit der Zentralinstanz der Unfallbekämpfung, durch deren Übersicht die Sicherheitsbestrebungen Allgemeingut der Genossen werden sollen, abstellen. Dieser Abschnitt versucht hierüber einen kurzen Abriß zu geben.

a) Der Einzelbeitrag der Genossenschaftswerke

Die historische Entwicklung der Unfallversicherungs-Gesetzgebung gibt im Grunde wesentliche Anhaltspunkte dafür, daß die Unternehmerschaft zunehmend mit der UV befaßt worden ist. Die Ablösung der Unternehmerhaftpflicht des einzelnen Arbeitgebers ist, wie oben bemerkt, aus den Kreisen der Eisen- und Stahlindustrie Westdeutschlands selbst angeregt und gefördert worden. Die in der Grundkonzeption hiermit gekoppelte sinnvolle Verpflichtung zur UV - neben sozialen gerade aus wirtschaftlichen Motiven - muß an Ort und Stelle der Gefahr, also im Betrieb, am Arbeitsplatz selbst, erfolgen. Hier kann sich allein entscheiden, welche Maßnahmen und Verfahrensweisen im konkreten Fall zur Bekämpfung der unterschiedlichen Unfallgefahren zu treffen sind. Dabei geht es wiederum um zweierlei, das jedoch gleichermaßen von Bedeutung ist. Die wirtschaftlichen Belange des ganzen Unternehmens sollen durch Vorkehrungen zur Betriebssicherheit nach Möglichkeit nicht beeinträchtigt werden; sie sollen aber auch nicht - und das ist nach den in jüngerer Zeit verstärkt sich durchsetzenden Erkenntnissen¹⁾ über die ökonomische Bedeutung der UV der Fall - durch Sach- und Personenschäden unnötig beschnitten werden. So ist zu fordern, daß der

1) Diese Erkenntnisse sind bereits vor über 30 Jahren lebhaft erörtert worden, waren jedoch nicht durchschlagend wirksam.

Grad der Mitarbeit der Unternehmer bei der Unfallbekämpfung bestimmt wird einerseits von den Überlegungen der Gesamtwirtschaftlichkeit der Einzelverfahren der Produktion unter Einbeziehung der Aufwendungen für Arbeitssicherheit, andererseits durch die logische Verpflichtung zur Verringerung der Gemeinlast der BG durch eigene Erfolge in der UV. Das kann letztlich nur die Unternehmensführung¹⁾, der zunächst und unmittelbar die günstigste wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes unter Berücksichtigung aller erkennbaren Einflußfaktoren angelegen ist. Wenn auch von hier aus nur die grundsätzlichen Direktiven gegeben und Einzelheiten der Tagespraxis i. a. nicht verfolgt werden können, so muß dennoch auf die unmittelbaren Betriebsführungskräfte²⁾ die Sorge um die Arbeitssicherheit zweckentsprechend delegiert werden. Ein in umgekehrter Richtung einsetzendes Bemühen, nämlich die Gefahren primär vom Arbeiter selbst berücksichtigen zu lassen, hat nur in besonderen Fällen durchgreifenden Erfolg.

b) Die Genossenschaftsverwaltung in der Unfallverhütungsarbeit

Die bei der Genossenschaftsverwaltung mit der UV betraute Dienststelle kann eine umfassende Erfahrung über generelle Zweckmäßigkeit und individuelle Anwendbarkeit der UV-Maßnahmen sammeln, da sie die Übersicht über alle Mitgliedswerke gewinnt. Eine derartige Zentralstelle innerhalb der BG hatte sich vornehmlich zu Beginn der bglichen Tätigkeit als dringlich erwiesen. Ihre Berechtigung, ja Notwendigkeit wird auch in heutiger Zeit nicht gemindert. Die vielfältigen Belange moderner technischer Arbeitsabläufe stellen an die für die Sicherheit der Betriebsabteilungen in den Werken Verantwortlichen nicht geringe Anforderungen, die zu erfüllen sie als Einzelpersonen oder selbst Gruppen nicht in der Lage wären, da sie aus der relativ eng umgrenzten Sicht ihrer Werksverhältnisse

1) Niederschrift Festsitzung, S. 33.

2) Vgl. Techn. Bericht der HWBG 1941, S. 2; LANGE, Ludwig, Zur Frage der Vorbelastung von Sektionen, in: BG 1928, Sp. 225.

nicht über die Gesamtkennntnis der beschreibbaren Wege verfügen. Deshalb liegt bei dem TAD der Genossenschaft die bemerkenswerte Möglichkeit, zur Auswertung der Einzelergebnisse der werkseigenen UV die im Gesamtvergleich ermittelte Wirksamkeit der verschiedenen Maßnahmen des Arbeitsschutzes heranzuziehen und aus den in getrennten Verfahren gefundenen Resultaten die aktuell bestgeeignete Methode zur Gefahrenabwehr zu empfehlen. Hier ist es eine nicht zu unterschätzende Aufgabe der Technischen Aufsicht, die werksseitige Initiative zu eigener UV zu wecken und zu fördern. Wie sich auf der einen Seite die Tätigkeit des TAD gerade erst aus dem Auftrag der Werke als Genossen an ihre Genossenschaftsverwaltung, gezielte Planung des Kräfteeinsatzes vorzubereiten, herleiten läßt, so ist andererseits gleichzeitig inbegriffen die Anweisung, das einzelbetriebliche Geschehen auf dem Sektor der UV und Betriebssicherheit mit Einsatz der überbetrieblichen Erfahrungen zu steuern. Hier läßt sich gewissermaßen eine indirekte Methode der Sicherheitsarbeit feststellen; die Nutzbarmachung der Einzelergebnisse für die ganze BG erfolgt durch die eingeschaltete Koordinierungsstelle. Zwischen dieser und den einzelnen Werken besteht Interdependenz, zumindest seit Bestehen des TAD; ihr gegenseitiger Beitrag zu den gemeinsamen Anliegen kann dabei jedoch recht unterschiedlich sein. Das zeigt z. B. die Entwicklung des Instituts des Sicherheits-Ingenieurs (Sicherheitsbeauftragten), das bei der HWBG nachweislich auf Betreiben der Genossenschaftsverwaltung entstand¹⁾; im Bezirk einer anderen BG, die auch Werke der Eisen- und Stahlindustrie umfaßt, ging die Schaffung dieser Sicherheitsstelle von einigen Großbetrieben aus und fand nachträglich Billigung und Förderung der Verwaltung²⁾. Ähnliche Feststellungen sind hinsichtlich der Konferenzen der Sicherheits-Ingenieure zu machen; gerade hier läßt sich an der Zahl der Konferenzen und der Teilnehmer werksseitiges Interesse und Erfolg der Aufsichtsdienste recht gut abwägen. Nicht zuletzt er-

1) Vgl. SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 81.

2) KLEDITZ, Emil, Die Sicherheits-Ingenieure in den Betrieben der Nordw. EuSt-BG, in: BG 1944, S. 124.

lauben Äußerungen über den Nutzen der Betriebsrevisionen durch die TABen Schlüsse auf gegenseitige Fühlungnahme und Entsprechungen in der Tätigkeit der betrieblichen und überbetrieblichen Sicherheitsdienste der BG¹⁾.

5. Die Rangordnung der Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung

Die deutsche gesetzliche Unfallversicherung trägt als Merkmal die Ablösung der Unternehmerhaftpflicht für den einzelnen Arbeitgeber und den (weitgehend) unbedingten Rechtsanspruch des Versicherten auf Leistung bei Unfall. Die hinter dieser juristischen Ausgestaltung stehenden Motive waren (und sind) wirtschaftlicher Art. Sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberseite wären u. U. in ihrer Existenz bedroht gewesen, hätte nicht der Staat die Solidarhaftung ins Leben gerufen, nachdem die Unternehmerschaft selbst hierin die beste Regelung gesehen hatte. - Die seit fast 80 Jahren beständig hohe Zahl von Arbeitsunfällen in durchweg allen Branchen der (gewerblichen) Wirtschaft veranlaßt jedoch zu untersuchen, inwieweit der UV insgesamt gebührender Raum gewährt worden ist, denn nur mit Erfolgen auf diesem Gebiet kann letztlich mit der Gesamtlast der Genossenschaft die Belastung der einzelnen Genossen abnehmen.

a) Wirtschaftliche Begründung des Primats der Unfallverhütung

Hier muß deutlich gemacht werden, daß es im Wesen der Unfallversicherung liegt, nach Möglichkeit durch Verhinderung von Schadensfällen die Entschädigungslasten zu verringern. Eine jährlich steigende Rentensumme, die aus allen Kreisen der Genossen aufgebracht werden muß, kann im Grunde nicht als das unabänderliche Faktum angesehen werden, das es in den Augen mancher ausmacht. Der wirtschaftlichen Einsicht wie dem Gedanken sinnvoller Arbeitsteilung und Lastentragung widerspricht eine Konsolidierung der Bewegungs-

1) Vgl. ORTMANN, Franz, UV im Edelstahlwerk Düsseldorf der Gebr. Böhler & Co. AG., Sonderdruck der Böhler-Werkszeitschrift, Wien 1939, S. 1.

richtung der BGen hin zu der Schadenvergütung. Angefangen bei dem Initiativdokument, der Kaiserlichen Botschaft von 1881, über zahlreiche Stellungnahmen der Wirtschaft, Verwaltung und Politik wie der Rechtsprechung lassen sich bis in die Jahre nach dem 2. Weltkrieg die gleichen Gedanken finden, die einer praktisch unausweichlichen Verknüpfung der UV mit der Entschädigungslast für die Unfälle das Wort reden. Im einzelnen hierauf einzugehen, kann unterbleiben; liegt doch die Plausibilität solchen Vorgehens zumindest seit einer eindringlichen und wohl auch effektvollen Aufklärung über den eigentlichen Charakter der UV, den die kalkulierende Wirtschaft ihr beizumessen hat, auf der Hand. Vorstehend ist an einigen Stellen auf die Wirtschaftlichkeit hingewiesen worden, die auch im Bereich der Überlegungen Unfallabgeltung - Unfallverhütung vordringlich berücksichtigt werden sollte. Ganz besonders im Hinblick auf die langjährige Kostenbelastung, die aus den zu zahlenden Renten erwächst, dürfte die Frage überflüssig sein, welcher Faktor genossenschaftlicher Anstrengung in den Vordergrund zu rücken ist. Dem kann nicht das Argument entgegengehalten werden, die Kosten der UV ließen sich nicht ermitteln bzw. ihr Ertrag sich nicht zahlenmäßig festhalten, und deshalb fehle für exakte rechnerische Kalkulationen die Basis. Der Trend dürfte mittlerweile zugenommen haben, gerade solche Vergleichsrechnungen zu beginnen, die sich durchaus an den in der Vergangenheit gezahlten Entschädigungen (und Aufwendungen für Sachleistungen aller Art) orientieren könnten. Als Zusatzgröße müßten die in der Betriebspraxis als "indirekte Kosten" bezeichneten Geldmittel (= Eigenausgaben der Werke im Zusammenhang mit Unfällen) addiert werden; beiden stände gegenüber die Summe der für alle Bereiche der UV in dem entsprechenden Zeitraum getätigten Aufwendungen. Selbstverständlich sind auch dann noch nicht ohne weiteres die exakten Nachweise für die Ergebnisse der UV erbracht, da das Unfallgeschehen wohl unbestritten zu einem ge-

wissen Teil dem Zufall verhaftet bleibt¹⁾, solange keine generelle Form der Arbeitssicherheit erreicht ist. Doch darf als hinreichend angenommen werden, überhaupt eine Korrelation zwischen Sicherheitsvorkehrungen und Unfällen aufzeigen zu können. Das aber hat sich in sehr vielen Einzelfällen der Praxis bereits ermöglichen lassen. Derzeit erscheint es, als gewinne die Überlegung an Raum, auf eine hinlänglich genaue "Erfolgsrechnung"²⁾ im Bereich der Arbeitssicherheit neue gezielte Methoden der UV aufzubauen. Die Stimmen nehmen zu, denen es angelegen ist, UV als "Sparmaßnahme", Unfallereignisse als bemerkenswerte Verlustquelle herauszustellen. Verluste lassen sich aber nur beseitigen, indem, falls die betriebliche Sphäre (wie hier) den Schlüssel dazu in der Hand hat, gewisse Kostenbeeinflussungsfaktoren soweit wie möglich ausgeschieden werden. Der Beeinflussungsfaktor "Betriebsgefahr" wird aber in keinem Falle dadurch verringert, daß Unfallrenten und weitere Beträge zum Gesamtaufkommen an Schadenvergütung die Kalkulation der Unternehmen über Jahre hindurch als in weiten Grenzen "fixer" Kostenbestandteil bestimmen. Auch die durch verbesserte Technologie erreichten höheren Sicherheitsgrade haben allein bekanntlich die Last der Entschädigungen per Saldo nicht zu verringern vermocht. Erst eine planmäßige, an technisch-organisatorischen wie betriebswirtschaftlichen Daten orientierte Gefahrenbekämpfung kann den Kostensteigerungen auf diesem Sektor steuern. Es bleibt verwunderlich, aber umso mehr von Wichtigkeit, daß bislang nur einzelne, wenn auch bedeutende und durch den Erfolg bestätigte Versuche gemacht werden, durch "Arbeitssicherheit von Grund auf"³⁾ das Problem zu lösen. Damit könnten gleichzeitig nicht unerhebliche Leistungsreserven mobilisiert werden, die in Form von Sachschäden und Personenfehlstunden nicht greifbar werden. Die wirtschaftliche Deutung dieser Zusammenhänge kann der baldigen zielstrebigem Inangriffnahme

1) Vgl. RUHE, Heinrich, Wo müssen wir heute mit der UV ansetzen? in: BG 1954, S. 407

2) SOMMERFELD, Erich, Unfallforschung im Dienste der betrieblichen UV, Köln/Frechen 1961, S. 25 ff.

3) Vgl. RITTER, Erik H., Mehr Sicherheit durch UV von Grund auf, Hattingen 1960.

der UV als der Primäraktion in der Unfallversicherung nur förderlich sein. Daß in Jahrzehnten hinsichtlich der Arbeitssicherheit unorganisiert gewachsene Betriebsverhältnisse sich nicht von einem Tag auf den anderen umstellen lassen, kann nicht übersehen werden. Insofern wird sich auch erst über einen längeren Zeitraum zeigen, welche Erträge in Form von Einsparungen bei der Schadensabgeltung den Sicherheitsaufwendungen zuzurechnen sind. Gleichmäßige Fortführung aller grundsätzlich als richtig erkannten Maßnahmen und exakte Erfassung aller Kosten sind Voraussetzung, die gleichzeitig aber auch Ausgangspunkt für die sinnvolle Gestaltung des genossenschaftlichen Vorgehens im Bereich der UV ist. Es kann vernünftigerweise nicht unterstellt werden, die regelmäßig wiederkehrende Umlage der BG stelle - noch dazu mit steigenden Beträgen - eine letztlich erstrebenswerte Regelung der "Angelegenheit Unfall" dar. Hier wird nur in ökonomischer Betrachtung klar werden, daß der "Betriebsfriede" auf diese Weise "zu teuer erkauft" wird, da er (nachweislich) "billiger" zu haben ist.

Im Zusammenhang mit den gerade in der Bundesrepublik verstärkt betonten sozialen Prinzipien nimmt sich die obigen Überlegungen entspringende Forderung nach dem Primat der UV wie "selbstverständlich" aus.

b) Die tatsächliche Rangstufe der Unfallverhütung im Lichte der Schrifttumsmeinungen

Daß dies nicht ohne weiteres auch in der täglichen praktischen Handhabung anzutreffen ist, kann an einer Anzahl von Schrifttumsäußerungen belegt werden. Zugrunde liegt allen diesen Äußerungen offenbar die nicht bestreitbare historische Notwendigkeit einer solidarischen Abgeltung der dringendsten Unfallschäden bei der arbeitenden Bevölkerung, wie sie sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in immer größerem Umfang herausstellte, und die hieraus gewonnene Ansicht, mit der Regelung der Schadenser-satzansprüche werde die Hauptfrage der mit der betrieblichen Ar-

beitssicherheit verbundenen Problematik geklärt. Dies wird deutlich z. B. in der Verlautbarung, die UV durch Erlaß von UVVen sei "eine der Hauptaufgaben des Vorstandes" der HWBG¹⁾. Ebenso betrachtet ein Standardwerk im Jahre 1910 die "Förderung der UV-Maßnahmen" als "eine der vornehmsten Aufgaben" des Verbandes der deutschen BGen²⁾ (Hervorhebung nicht im Orig.). Auch in neuerer Zeit rangiert die UV "neben der Unfallentschädigung" als "eine besondere Aufgabe der BGen"³⁾, wie auch schon vor geraumer Zeit die "ursprünglichen Aufgaben ... vorwiegend die Entschädigung und Heilung von Betriebsunfällen" waren⁴⁾. Die vordringlich betriebene Versorgungsleistung, deren Einzelbestandteile und Gesamtergebnis in keiner Weise geschmälert werden sollen (man denke nur an die hervorragenden Erfolge der Unfallchirurgie - Verletztenartenverfahren - und der Berufsfürsorge), kommt weiterhin in der Formulierung zum Ausdruck, die die HWBG 1926 benutzt, wenn sie sich "angelegen sein (läßt), einmal durch gute Heilfürsorge die Verletzten wieder zu möglichst vollwertigen Arbeitskräften zu machen und dadurch Rentenbeträge zu ersparen, zum anderen durch ausgedehnte Maßnahmen der UV die Zahl der Unfälle soweit es möglich ist, zu beschränken"⁵⁾. Ebenso wird 1928 die "nachdrückliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Heilbehandlung" der der UV vorangestellt. Gelegentlich tritt die Verlagerung der Gewichte auch dadurch hervor, daß die Geldleistungsseite in besonderer Weise zum Gegenstand von Erörterungen gemacht wird: so muß der wesentliche Akzent der Genossenschaftsbemühungen auf der Entschädigungs- oder Versorgungsseite gesehen werden, wenn als "nach wie vor höchstes Ziel der ehrenamtlichen Organe sowie aller Angestellten" die Aufgabe betont wird, "die Genossenschaft vor unberechtigten oder übersetzten Forderungen ... zu schützen"⁶⁾.

1) Verwaltungsbericht der HWBG für 1910, S. 24. (Hervhbg.v.Verf.)

2) HARTMANN, Konrad, aaO, S. 9.

3) SAUERTEIG, H., Einheitliche UV, in: BG 1956, S. 284.

4) MÜLLER, UV und Gewerbehygiene als Lehrfach an Technischen Hochschulen, in: BG 1929, Sp. 519.

5) Verwaltungsbericht der HWBG für 1927, S. 5; 1928, S. 2.

6) Verwaltungsbericht der HWBG für 1931, S. 2.

Dem Vorrang der UV vor den Schadensvergütungsmaßnahmen wird allerdings auch ein nicht unbeträchtlicher Raum gegeben. So nennt man die UV die "wichtigste und vornehmste aller bglichen Aufgaben"¹⁾ und stellt sie an erster Stelle vor Heilverfahren/Berufsfürsorge und Rentengewährung heraus. Wenn auch bei den Beratungen zur Änderung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung die "Neugestaltung des Leistungsrechts im Vordergrund" steht²⁾, so mag doch mit der Feststellung, "von jeher" habe das Schwergewicht der sozialen Unfallversicherung bei der Verhütung und nicht der Entschädigung und Heilung von Unfällen gelegen³⁾, eine Neuorientierung eingeleitet werden.

Nach den vorliegenden Ergebnissen aus dem betrieblichen Unfallgeschehen dürfte es bedauerlicherweise nicht vollständig möglich sein generell von einer hergebrachten Wertschätzung des Primats der UV reden zu können. Heißt es doch noch in der Stellungnahme zu dem obengenannten Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Unfallversicherung: "Seit altersher beschränkt sich die Unfallversicherung (aber) nicht allein auf eine Entschädigung der Verletzten ..."⁴⁾. HARR drückt diese hierin vermerkte Begünstigung der Versorgungsdienste zutreffend aus, wenn er die Ansicht vertritt, in Deutschland habe die UV auch zeitlich - anders als in USA - hinter der Unfallversicherung zurückstehen müssen⁵⁾.

Es ist zu hoffen, daß der UV ihr wesensmäßig vorrangiger Platz in der Praxis eingeräumt wird, wie es der § 537 des Gesetzentwurfes formuliert⁶⁾:

"Aufgabe der Unfallversicherung sind nach Maßgabe der folgenden Vorschriften:

1. Arbeitsunfälle zu verhüten,
- : : "

1) LOHMAR, Paul, Organisationsfragen der Reichs-UVers., in BG 1931, Sp. 393; vgl. auch BG 1935, S. 327.

2) Vgl. BG 1956, S. 301.

3) SAUERTEIG, H., aaO, S. 284.

4) Vgl. BG 1956, S. 301.

5) HARR, Albrecht, Eisenindustrie u. UV, in: BG 1956, S. 99.

6) BTDr. IV/120, vom 11. 1. 1961.

Kapitel III: Die Unfallverhütung als Genossenschaftsaufgabe

In den vorangehenden Kapiteln ist versucht worden, die Merkmale des Unfallgeschehens herauszuarbeiten, wie sie für die generelle Einschätzung von Wesen und Aufgabe der Unfallversicherung insgesamt wesentlich sind.

Im folgenden soll dargestellt werden, welche konkreten Umstände bei der Bekämpfung der Betriebsgefahren beachtet werden müssen, und welche Gremien sich zur Gefahrenabwehr in den bgl. Organisationen gebildet haben. Weiterhin wird erörtert, ob und inwieweit die bestehenden Regelungen eine Wirksamkeit versprechen.

1. Ansatzpunkt der Unfallverhütung: Die Komplexität des Unfallcharakters

In der Eisen- und Stahlindustrie wurde im Jahre 1956 in einer groß angelegten Untersuchung festgestellt¹⁾, daß im wesentlichen vier große Einflußbereiche für das Zustandekommen von Arbeitsunfällen in Betracht zu ziehen sind. Es handelt sich hierbei, in der Reihenfolge der in der erwähnten Untersuchung hinsichtlich des Mitwirkungsgrades beobachteten Einflußnahme, um den psychologischen, soziologischen, technischen und medizinischen Bereich²⁾. Wenn auch die gefundenen Werte nur in beschränktem Umfang repräsentativen Charakter für die Gesamtheit der Werke der Eisen- und Stahlindustrie haben und vornehmlich in der seither verfloßenen Zeit sich gradmäßig durchaus wieder verschoben haben können, so wird doch davon auszugehen sein, daß die genannten Bereiche durchweg als unfallmitbegründend in Betracht gezogen werden müssen. - Über Einzelheiten der sich hieraus ergebenden konkreten Abwehrmaßnahmen gegen die Unfälle in den Werken gibt die später folgende Darstellung methodischer Verfahren (vgl. Kap. V - VIII) Auskunft. -

1) Vgl. NEULOH u. a., Der Arbeitsunfall und seine Ursachen, Stuttgart/Düsseldorf 1957.

2) S. NEULOH u. a., aaO, S. 351, 355.

Hier muß darauf eingegangen werden, welche Mittel und Wege grundsätzlich zur Verfügung stehen, um im Rahmen genossenschaftlicher Arbeit den Unfallereignissen wirksam entgegentreten zu können.

Es wurde oben bemerkt, daß nach den modernen Ansichten über die betriebliche Bedeutung von "Arbeitsstörungen" hierunter nicht zuletzt (und in erheblichem Umfang) die Unfälle zu begreifen sind; sofern sie nur Sachschaden verursacht haben, muß ihnen darum Aufmerksamkeit gewidmet werden, weil aus ähnlichem Geschehen in einem anderen Fall Personenverletzungen resultieren können. Ist ein solcher Personenschaden bereits eingetreten, so bedeutet das die zusätzliche Verpflichtung zur Behandlung der Körperverletzung neben der Beseitigung der übrigen Störungserscheinungen im Betriebsablauf. In der Regel ist in beiden Sachlagen davon auszugehen, daß dem Betrieb Verluste erwachsen, die abzustellen in seinem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt.

Innerhalb der 4 genannten Unfallfaktoren-Bereiche ist eine Vielzahl einzelner Beeinflussungsgrößen wirksam, die an dieser Stelle nicht näher dargestellt werden sollen. Doch sei vermerkt, daß dieser Umstand erfordert, ein breit angelegtes UV-System grundsätzlich überall dort aufzubauen, wo mit mehr als einer der Faktorengruppen zu rechnen ist. Dieses System der Gefahrenabwehrmethoden erfordert ein weitgehendes Verständnis und eine bereitwillige Mitarbeit aller Stellen und auf allen Ebenen der Werkshierarchie, soweit sie mit dem Betriebsablauf direkt oder indirekt in Verbindung stehen. Es scheint die vielerseits beklagte Unfallsituation auch in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie zu erklären, daß die Sicht der komplexen Situation "Unfall" über lange Jahre nicht aktuell bzw. nicht wirksam war; in der Entwicklung der UV-Methoden bahnt sich erst seit dem Kriegsende 1945 eine solche umfassende Auffassung an. Der technischen Sicherung der Fertigungsprozesse muß gleichzeitig eine Steuerung der menschlichen Arbeitstätigkeit in sicherheitsgerechter Weise beigeordnet sein; die menschliche Verhaltensweise muß durch Erziehung und Schulung in den Fragen

der Arbeitssicherheit an die technischen Verfahren angepaßt werden (vgl. dazu unten). Eine systematische Erfassung der "Leistungsdaten" des Arbeiters durch medizinisch-psychologische Untersuchungen sowie die Bestgestaltung der soziologischen Betriebsverhältnisse gehen mit den obigen Anstrengungen für die Arbeitssicherheit einher. Gerade auf die letztere Teilbemühung ist nach den neuesten Erkenntnissen¹⁾ jedoch besonderer Wert zu legen, da die in diesem Zusammenhang gefundenen Ergebnisse Anhaltspunkte für die Feststellung geben, daß die gemeinsame Einwirkung von Faktoren des außertechnischen (und nicht-medizinischen) Bereichs den weitaus stärksten Beitrag zum Eintritt des Unfallgeschehens leisteten. Es wird demnach gefordert, eine nicht mehr einzelwissenschaftliche Bemühung, sondern eine im Zusammenschluß verschiedener Disziplinen ertragreichere "Teamarbeit" gegen das Unfallereignis zu betreiben²⁾.

Eingangs dieser Schrift ist herausgestellt worden, daß die einzelnen Werke wie auch die Gesamtheit der Genossenschaft (hier einmal von der staatlichen Sphäre abgesehen) die Verpflichtung und die Möglichkeit haben, die Arbeitssicherheit zu fördern. Welche Institutionen in der Genossenschaft derzeit damit betraut sind, soll in den folgenden Abschnitten gezeigt werden.

2. Die Sicherheitsabteilungen der Mitgliedswerke

Diese Untersuchung befaßt sich nur mit den vornehmlich in der Eisen- und Stahlindustrie des Bundesgebietes bestehenden Einrichtungen in den Großbetrieben, soweit es sich um generelle Angaben und Zielsetzungen handelt, die auch von übergeordneter (Verbands-, Staats-) Stelle als Richtlinie empfohlen sind. Demnach wird nicht näher eingegangen auf die in den einzelnen Werken unterschiedlich ausgestaltete Organisation des Sicherheitswesens, sofern sie jeweils

1) NEULOH u. a., aaO, S. 372 ff.

2) Vgl. NEULOH u. a., aaO, S. 381.

den individuellen Belangen der Werksverhältnisse gerecht zu werden versucht.

a) Wesen und Funktion der Sicherheitsbeauftragten

Wenn in diesem Abschnitt von den "Sicherheitsabteilungen" der Werke die Rede ist, so muß vorab bemerkt werden, daß sich die personelle und räumliche Besetzung in unterschiedlichen Größen findet. Alle in einer besonderen Weise den Fragen der Arbeitssicherheit haupt- oder nebenamtlich zugewendeten Personen, die von der Werksleitung im Rahmen der Betriebshierarchie hierzu Anweisung erhalten haben, werden Sicherheitsbeauftragte (SiB) genannt. - Später sind in anderem Zusammenhang die Positionen und Ämter der "Sicherheitsmeister", "Sicherheitshelfer" und "Unfallvertrauensleute" abgehandelt, die besondere Aufgaben in der betrieblichen UV-Arbeit wahrzunehmen haben¹⁾. Nach obigem zählen auch sie zu den SiBen. Es wird hier davon abgesehen, ihre Stellung zu erläutern, da zunächst allgemein zu klären ist, welche Personen in Unternehmen an maßgeblicher Stelle für die Arbeitssicherheit speziell zuständig sind. Dazu soll nur die Position des "Sicherheits-Ingenieurs" herausgegriffen und nach Wesen und Funktion betrachtet werden.

Es darf grundsätzlich nicht außer acht gelassen werden, daß die Belange der Arbeitssicherheit im Kern Fragen sind, die die Unternehmensleitung direkt angehen. Dies ergibt sich schon aus der wiederholt angezogenen wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Betriebssicherheit bzw. des Unfallgeschehens. Das wiederum besagt, daß eine Stelle im Unternehmen mit der Bearbeitung sicherheitstechnischer Fragen befaßt werden muß, die der Unternehmensleitung direkt untersteht²⁾. In den weitaus meisten Fällen ist diese Forderung und Notwendigkeit in den Großbetrieben der Eisen- und Stahlindustrie erfüllt. Die praktische Ausgestaltung unterliegt den je-

1) Vgl. SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 82 f.

2) Ders., aaO, S. 81 f.

weiligen Erfordernissen, die sich nicht unwesentlich aus der Betriebsgröße herleiten. So finden sich bei den Konzernverwaltungen einiger Großunternehmen Stabsstellen, die für die Arbeitssicherheit zuständig sind. In den Konzernwerken haben neben "Arbeitsschutzabteilungen" hier und da auch "Sicherheitsausschüsse" konstituiert werden können, in denen Werksleitung, SiB, Betriebsleiter und Betriebsrat gemeinsam die Angelegenheit des Arbeitsschutzes erörtern.

Die aus dem amerikanischen Sprachgebrauch übernommene Bezeichnung des Sicherheits-Ingenieurs (industrial engineer, safety engineer) (SI) gibt nur einen Bruchteil der Anforderungen wieder, die an einen wesentlich für die Arbeitssicherheit zuständigen Betriebsangehörigen gestellt werden müssen. Die Kennzeichnung stammt hauptsächlich aus der Gewohnheit und bis zu einem gewissen Grade nicht bestreitbaren Notwendigkeit, einen Ingenieur mit den Belangen der Arbeitssicherheit zu betrauen, da im wesentlichen technische Vorgänge den Arbeitsablauf in Produktionsbetrieben bestimmen. Darüberhinaus kann aber nicht davon abgesehen werden, die Persönlichkeit des SI so zu wählen, daß möglichst auch die komplexen Tatbestände des Unfallgeschehens von ihm erkannt und zusammen mit den geeigneten Sachverständigen behandelt werden. Er muß ferner in der Lage sein, in psychologisch richtiger Erfassung die ihm zur Verfügung stehenden engeren Mitarbeiter auf dem Sektor des Arbeitsschutzes pädagogisch gezielt einzusetzen und durch sie die unmittelbare Verbindung Arbeitsplatz - Sicherheitszentrale (-Werksleitung) aufrecht zu erhalten.

Je nach Werksgröße und Belegschaftszahl bzw. der Bedeutung, die der Arbeitssicherheit in den einzelnen Betrieben zukommt, sind die SI haupt- oder nebenamtlich tätig. In Fällen, in denen mehrere solcher Fachkräfte gemeinsam eingesetzt sind, hat sich die Stellung eines sog. Hauptsicherheitsingenieurs herausgebildet, der Koordination und Vertretung der Maßnahmen bei der Werksleitung gewährleistet.

Der Aufgabenkreis des SI wurde zu Beginn der praktischen Einführung dieser Stellung in die Werke der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie wie folgt umrissen¹⁾:

"Der SI hat das gesamte Unfallwesen zu überwachen und zu organisieren, für die Anbringung von Schutzvorrichtungen Sorge zu tragen, die Unfallbewegung genauestens zu verfolgen, das erforderliche Erfahrungsmaterial sorgfältig zu sammeln und auszuwerten. Ihm obliegt ... die tägliche Kontrolle der Betriebe, die Führungnahme mit den zuständigen Persönlichkeiten in den einzelnen Abteilungen."

Neuere Veröffentlichungen zu diesem Gegenstand sprechen von "haupt- und/oder nebenberuflichen Fachkräften", die eingesetzt werden sollen, "um den Belegschaftsangehörigen ein Höchstmaß an Arbeitssicherheit zu gewährleisten ..." ²⁾. Ähnlich wird Wert darauf gelegt, für die Stellung des SI "möglichst Absolventen Technischer Hochschulen bzw. Höherer Technischer Lehranstalten" zu gewinnen, die "für die Fragen der Arbeitssicherheit ein besonderes Interesse, eine spezielle Eignung und die notwendigen Erfahrungen haben" ³⁾.

Der Verein Deutscher Sicherheits-Ingenieure (VDSI) betont einmal die Einflußnahme des SI auf die Unternehmensleitung durch Beratung in sicherheitstechnischen Fragen, zum andern die Aufgabe, "mit seiner Abteilung und in Zusammenarbeit mit allen Organen des Unternehmens ein nach den betrieblichen Belangen notwendiges UV-Programm durchzuführen" ⁴⁾. Ähnlich äußert sich eine Empfehlung des Landesarbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen ⁵⁾, die in Einzelpunkten Teilgebiete der technischen Arbeitssicherheitsverfahren herausstellt und den SiBen zur Pflicht macht, Gefahrenstellen der Unternehmensleitung zu melden und für ihre Beseitigung Sorge zu tragen. Staatlicherseits war bereits das RAM durch Erlaß von Richtlinien für den Einsatz von SI tätig geworden ⁶⁾.

1) 1925; s. bei SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 81.

2) WiV Est-Ind., Richtl. Sicherheitsbeauftragte, o. O. 1957, S. 4.

3) KOCH, Hans, Taschenbuch des SI, Berlin 1958, S. 7.

4) VDSI, Schriftenreihe Arbeitssicherheit, Heft 2, S. 14.

5) vom 1. 6. 1948, nach: WiV Richtlinien SiB, aaO, S. 3.

6) Richtlinien vom 25. 12. 1943, RArbBl. Nr. 12, S. 341.

Die angezogenen Verlautbarungen lassen erkennen, daß dem SI, zunächst innerbetrieblich gesehen, die Rolle eines Beraters in Spezialfragen zufällt, der in den laufenden Angelegenheiten der Produktion, soweit Sicherheitsprobleme anstehen, tätig werden und in Anspruch genommen werden muß. Mit seinen den gesamten Betrieb oder Betriebsteil umfassenden Kenntnissen der Gegebenheiten und Notwendigkeiten hat er zur störungsfreien Gestaltung des Arbeitsablaufes beizutragen. - Wichtig bleibt die Feststellung, daß der SI (oder SiB schlechthin) für die Durchführung der Arbeitssicherheitsmaßnahmen nicht verantwortlich ist, dies vielmehr nach wie vor der Unternehmensleitung bzw. besonders benannten Stellvertretern übertragen bleibt (vgl. hierzu unten Kap. IV, C 3 a₂, S. 119).

b) Ausgestaltung der Sicherheitsabteilungen

Die Sicherheitsorganisation in der Betriebspraxis ist durchaus verschieden, je nach den tatsächlichen Verhältnissen in der Betriebsstruktur der Werke wie auch nach dem Grad des Interesses, das der UV bei den Führungsstellen entgegengebracht wird.

Durchweg sind in den Unternehmen der HWBG heute eigene Abteilungen, die sich mit den Aufgaben der Arbeitssicherheit befassen, anzutreffen. Ihre Bezeichnung ist unterschiedlich; man findet solche wie "Abteilung Arbeitsschutz", "Abteilung Arbeitssicherheit", "Werkssicherheitsdienst", "Werkssicherheitswesen".

In gut durchgebildeten Organisationsformen sind feste Strukturen der Sicherheitsarbeit im Unternehmen gebildet, die vom Werksvorstand über "Arbeitssicherheitsausschüsse" und die "Abteilung Arbeitsschutz" bis zum "werksärztlichen Dienst", Sonderausschüssen (etwa "Staub und Lärm") und zu den einzelnen Belegschaftsangehörigen reichen.

Unter Beteiligung der Werksleitung werden die Richtlinien für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen im Unternehmen festgelegt, über-

prüft und im Ergebnis kontrolliert. Die einzelnen Bereiche der betrieblichen Sicherheitsorganisation umfassen technisch-organisatorische, personelle und psychologisch-pädagogische Aufgaben. Die technische Betriebssicherheit steht an vorderer Stelle, nicht minder wichtig wird aber die systematische Unfallursachenforschung mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitsablaufgestaltung genommen. Das Bewußtsein sicheren Arbeitens sucht man u. a. durch Ausbildung, Unterweisung und Belehrung der Werksangehörigen zu erreichen. Die Führungskräfte auf allen Ebenen der Betriebs-hierarchie erörtern in regelmäßigen oder fallweisen Zusammenkünften Planung, Ablauf und Ergebnisse der einzelnen Sicherheitsmaßnahmen¹⁾.

Bestimmten Personenkreisen wird besondere Aufmerksamkeit zuteil: Betriebsneulinge weist das Unternehmen auf intensive Weise (z. T. durch Gestellung eines "Sicherheitspaten") in ihre Tätigkeit ein; die mit besonders verantwortungsvollen Aufgaben betrauten Belegschaftsmitglieder (z. B. Kranführer, Steuerleute, Anbinder, Schweißer) erhalten Spezialunterricht über Sicherheitsfragen.

Die genannten Maßnahmen sind allerdings in der Regel erst in wenigen Werken vollständig koordiniert und durchgeführt. Dem Verfasser wurden weit ausgebaut und verwirklichte Arbeitssicherheits-Organisationspläne bekannt, gleichzeitig berichteten Werkstellen aber auch von manchen Widerständen und Schwierigkeiten bei Werksleitungen, Betriebsvertretungen und Belegschaften.

c) Anzahl der Sicherheits-Ingenieure in den Werken der HWBG

Nach den Unterlagen des Technischen Aufsichtsdienstes der HWBG waren per 31. 12. 1962 in ihrem Bereich (bei einer Gesamtzahl von 200 Betrieben) 126 Sicherheits-Ingenieure tätig. In manchen Fällen hat ein Werk mehrere SI beschäftigt, so daß im Durchschnitt etwa auf rd. die Hälfte der Mitgliedswerke je ein SI kommen dürfte.

1) Einen generellen Überblick über ein Sicherheitsprogramm gibt Heft 2 der Schriftenreihe des VDSI, S. 14 ff.

Bezogen auf die Zahl der Versicherten (rd. 355.000) bedeutet das, daß etwa 2.825 Beschäftigte von einem SI zu "betreuen" sind.

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie empfiehlt bereits 1957, auf etwa 2.000 Belegschaftsmitglieder einen hauptamtlichen SI einzustellen¹⁾, das Arbeitsministerium NW setzt die Relation (1948) bei bereits 500 : 1 an²⁾.

Historisch gesehen existiert die Einrichtung des SI in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie seit dem Jahre 1925, damals erstmalig in einem Mitgliedswerk der HWBG, der "Dortmunder Union". Dieser wichtige Ansatz für die systematische Bemühung um Arbeitssicherheit kann noch für einige andere Großunternehmen an der Ruhr seit damals verfolgt werden. Hierfür kommen vor allem infrage die zu der damaligen Vereinigte Stahlwerke AG. gehörende "Hütte Ruhrort-Meiderich" (SI seit 1927³⁾), das "Eisen- und Stahlwerk Hoesch" (Dortmund, SI seit 1927⁴⁾), ferner Gebr. Böhler & Co. AG., Düsseldorf (SI seit 1933). Über die weitere Zahl von Mitarbeitern dieser SI und die Entwicklung des jeweiligen Sicherheitswesens liegen genaue Angaben jedoch nicht mehr vor.

Hier werden diejenigen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands nicht berücksichtigt, die außerhalb des Bereichs der HWBG lagen und ungefähr zu gleicher Zeit wie die genannten Werke die Sicherheitsarbeit zu systematisieren begannen⁵⁾.

1) Vgl. Richtlinien SiB, Abschn. V, Abs. 2, S. 6.

2) Richtlinien vom 1. 6. 1948; s. auch oben S. 54.

3) Vgl. BG 1929, Sp. 461, 489; 1930, Sp. 435. - Betr. "Dortmunder Union" s. a. GOLLASCH, Unfallschutz und Betriebssicherheit auf der Dortmunder Union, in: Der Arbeitsschutz 1927, S. 132.

4) BITTER, Die UV auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch, in: Stahl und Eisen 1928, S. 1193.

5) Z. B. BORSIG, Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG., Mitteldeutsche Stahlwerke AG. (s. BG 1928, Sp. 65; 1930, Sp. 353; 1938, S. 9; 1944, S. 124).

3. Wirkungsbereich und Stellung des Technischen Aufsichts- dienstes der HWBG

Von der Hütten- und Walzwerks-BG wurde vor etlichen Jahren die Auffassung bekannt, daß "die besonderen Verhältnisse der Großbetriebe ... eine planmäßige Eigenorganisation der UV (gestatten und erfordern), die ihre Fortsetzung und Ergänzung findet in der betrieblichen Zusammenfassung der Werke"¹⁾ (Hervorhebung nicht im Orig.). Ebenso muß, wenn die UV als eine Art "gesellschaftlicher Aufgabe"²⁾ angesehen wird, was sie in einem Betrieb beim Zusammenspiel der unterschiedlichsten Faktoren ohne Zweifel darstellt, es Angelegenheit der BG sein, die Wechselwirkung der Einflußgrößen, die Unfälle herbeiführen können, zu erforschen. In diesem Sinne ist von einer "Gemeinschaftsaufgabe" aller in der Genossenschaft zusammengeschlossenen Werke zu sprechen, die über die zentrale Koordinierungsstelle des TAD gefördert und von beiden Seiten, der der Werkssicherheitsdienstes und des TAD, immer verstärkt angestrebt werden muß³⁾.

a) Der Wirkungsbereich des Technischen Aufsdienstes

Viele Betriebe haben die oben geschilderten betrieblichen Sicherheitsabteilungen gebildet, um die Fragen der Arbeitssicherheit von Sachverständigen laufend bearbeiten zu lassen. Wie zu Beginn der gesetzlichen Normierung der Unfallversicherung, so gibt es aber auch noch in der Gegenwart eine große Anzahl von Betrieben, die über eigene Sicherheitsstellen, vielleicht abgesehen von den nach den UVVen der BG vorgesehenen Sicherheitsbeauftragten, nicht verfügen. Dies begründet die Einrichtung des Technischen Aufsdienstes (TAD) bei der Genossenschaftsverwaltung, der koordinierende wie auch distributive Aufgaben im Bereich der "Genossenschaftsaufgabe UV" wahrzunehmen hat. Ursprünglich mit der Er-

1) SCHWANTKE, Karl, UV in und mit der Großindustrie nach den Erfahrungen der HWBG, BG 1928, Sp. 545.

2) S. KREMER, Dionys, Zeitgemäße Fragen der UV, in: BG 1953, S. 147; RITTER, Erik H., Mehr Sicherheit durch UV von Grund auf, aaO, 1960.

3) Vgl. Techn. Bericht der HWBG 1924, S. 19.

stellung von UVVen beauftragt und auf die Einhaltung dieser Bestimmungen durch eine entsprechende Betriebsüberwachung festgelegt¹⁾, erwuchsen dem TAB im Laufe der Entwicklung neuer Techniken der UV auch andere Obliegenheiten. So kam ihm vornehmlich der Aufgabenbereich der pädagogisch-psychologischen UV (s. im einzelnen dazu weiter unten), der organisatorischen Beratung und der Ausbildung von Mitarbeitern in den einzelnen Werksabteilungen zu. Die übergreifende Sicht, die die "Beamten" des TAB durch den Besuch aller Mitgliedswerke der BG gewinnen, vermittelt ihnen eine fachkundige Beratungsmöglichkeit bei dem einzelnen Mitglied der Genossenschaft. Sie stellten als Außenbeamte der Genossenschaftsverwaltung seit jeher den unmittelbaren Kontakt zu den Betriebsabteilungen der Werke her und können daher bei rechter Ausgestaltung dieser Position dem Vorstand der Genossenschaft eine erstrangige Verbindung zu der Gesamtheit der Genossen sein. Vermöge der vielseitigen, auf die spezielle Berufsrichtung der Genossen zugeschnittenen Erfahrung, vornehmlich in technischen Fragen des Arbeitsschutzes, wird der TAB durchweg als "Helfer und Berater des Unternehmers"²⁾ anzusehen sein. Sein Auftrag lautet generell dahin, die Ausführung der UVVen der BG zu überwachen und für eine wirksame Durchführung der UV zu sorgen (vgl. §§ 874 f. RVO). Er kommt dem nach durch Besichtigungen ("Betriebsrevisionen") während der Betriebszeit, die er zusammen mit dem Betriebsunternehmer oder einem von diesem beauftragten Vertreter durchführen soll. Bei diesen Betriebsbegehungen ist Gelegenheit zu geben, die Fragen der Arbeitssicherheit an Ort und Stelle gemeinsam zu beraten.

Der TAB kann im Auftrag der Verwaltung der BG verlangen, daß der Unternehmer sicherheitswidrige Zustände beseitigt oder Verstöße gegen UVVen unterläßt. Einzelheiten dieser Zusammenhänge werden unten, Kap. IV C 3 - 5 erörtert.

1) Vgl. HÄRTMANN, Konrad, aaO, S. 15.

2) JOCHMUS, Hermann, Der techn. Aufsichtsbeamte der BG als Helfer und Berater des Unternehmers, in: BG 1949, S. 57 f.

Dem TABen steht ein unmittelbares Eingriffsrecht in die Betriebsanlage nicht zu. Stellt er akute Gefährdungen fest, und ist er außerstande, durch persönliche Rücksprache mit den betrieblich verantwortlichen Stellen die Gefahrenquellen beseitigen zu lassen, so bleibt ihm zur unmittelbaren Stillsetzung der gefahrbringenden Anlage nur die Inanspruchnahme des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten, der in solchen Fällen Anordnungen mit polizeilicher Befugnis erteilen kann (vgl. § 139 b GewO).

Der Verfasser hatte in etlichen Gesprächen mit Sicherheits-Ingenieuren großer Werke Gelegenheit, sich von dem guten und fachlich vorteilhaften Einvernehmen der TABen der HWBG mit den Werksicherheitsstellen berichten zu lassen. Eine rege und regelmäßige Kontaktaufnahme trägt nach Ansicht der beteiligten Kreise erheblich zu der verhältnismäßig reibungslosen Bewältigung auch schwieriger technischer und finanzieller Probleme bei. "Auch wirksame UV kann (nämlich) nicht befohlen werden"¹⁾; so hilft die intensiv-fachliche Beratung der Sicherheitsdienststellen in den Werken durch die TABen nicht unwesentlich, die Überzeugung der Betriebe für die sicherheitstechnischen Erfordernisse zu gewinnen und daraus eine selbständige Mitgestaltung der UV-Arbeit abzuleiten²⁾.

Die Sicherheitsberatung vor Inangriffnahme der Änderungen vermag dadurch, daß auf dem Papier manche Norm der UVVen leicht berücksichtigt werden kann, späterhin sonst entstehende Kosten für zusätzliche Sicherungen in beachtlichem Ausmaß einzusparen.

Die seit langen Jahren üblichen Zusammenkünfte von SI und anderen SiBen der Werke mit den TABen zu Erfahrungsaustausch und Fachschulung³⁾ werden seit 1957 durch mehrmals jährlich abgehaltene Vortragstagungen über Arbeitsschutz mit großem Erfolg weitergeführt⁴⁾.

1) S. JOCHMUS, Hermann, aaO, in: BG 1949, S. 57.

2) Vgl. z. B. Techn. Bericht der HWBG für 1924, S. 19.

3) S. Techn. Bericht der HWBG für 1934, S. 6; 1935, S. 8; 1937, S. 2 f.; 1939, S. 1; 1940, S. 1.

4) Über die Themenkreise s. Heft 1 - 6 der Mod. UV 1957/62.

Die Schulungsstätte der Genossenschaft in Gelsenkirchen wird unter wesentlicher Mitwirkung des TAD geleitet; die TABen wirken bei den Lehrgängen als Dozenten mit; bei nachfolgenden Betriebsbesichtigungen und gesondert anberaumten Vorträgen sind sie in der Lage, Echo und Wirksamkeit der Schulungen in der täglichen Betriebspraxis festzustellen.

Über die hier angedeuteten Aufgaben des TAD finden sich nähere Ausführungen in den Abschnitten über die Methodik der UV (vgl. unten Kap. IV ff.).

Über die Tätigkeit des TAD ist dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung jährlich ein Gesamtbericht ("Technischer Bericht") vorzulegen.

b) Ausbildung und Verantwortlichkeit der Technischen Aufsichtsbeamten

Um die im Auftrage der Gesamtheit der Genossen vorzunehmende Betriebsüberwachung und Beratung über Fragen der UV von hierzu besonders geeigneten Personen durchführen zu lassen, müssen sich die Bewerber um die Stellung eines bg-lichen TABen seit 1927 einer besonderen Prüfung unterziehen. Vor der Ablegung der Prüfung hat sich der Anwärter in einer Probezeit durch praktische und theoretische Studien mit der notwendigen Fachmaterie hinreichend vertraut zu machen. Nach der zur Zeit gültigen "Prüfungsordnung für die technischen Aufsichtsbeamten der gewerblichen BGen"¹⁾ ist die Prüfung vor einem Gremium abzulegen, das aus dem Leiter der Zefu und zwei weiteren Mitgliedern (gem. § 2 der Prüfungsordnung)¹⁾ besteht. Der Prüfling hat eine schriftliche Arbeit vorzulegen²⁾ und sich einer praktischen Prüfung im Betrieb sowie einer mündlichen Prüfung zu unterziehen. Die schriftliche Arbeit soll Fragen aus dem Bereich der "UV, Technik, Gewerbehygiene, der bg-lichen Verwaltung oder aus dem Versicherungsrecht"²⁾ behandeln, die praktische Prüfung mit einem Prüfungsbericht abgeschlossen werden. Die

1) Vgl. Prüfungsordnung v. 28.1.1938, abgedruckt in: BG 1938, S. 49.

2) S. hierzu und zu folgendem §§ 5 bis 9 der unter 1) genannten Prüfungsordnung.

mündlichen Leistungen müssen Auskunft geben über alle für den TAD erforderlichen Kenntnisse, vornehmlich aus der Technik, der bg-lichen Verwaltung und den einschlägigen Rechtsgebieten. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der TABen wird nach hM verneint; ihre Rechtsstellung und Aufgaben bringen es mit sich, daß sie lediglich als "Förderer der Unfallsicherheit und Berater der Unternehmer" angesehen werden können, die letzteren "die Verantwortung und Haftung nicht abnehmen"¹⁾. Dies geht z.B. auch aus der Tatsache hervor, daß ein Unternehmer selbst dann für die Betriebssicherheit allein haftbar bleibt, wenn der TAB erkennbare Mängel im Betrieb - aus welchen Gründen auch immer - nicht gerügt hat bzw. trotz eines Hinweises des TABen zur Abstellung der Gefahr dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde. Des näheren soll hier auf diese Fragen nicht eingegangen werden; es wird auf das einschlägige, vor allem jüngere Schrifttum verwiesen²⁾.

c) Die Stellung der Technischen Aufsichtsbeamten

Am Beginn der Regelung der gesetzlichen UVers. hatten die sog. Vertrauensmänner der Genossenschaft, das waren mit bestimmten, darunter auch aufsichtsmäßigen Aufgaben betraute Unternehmer aus dem Kreis der BG, die Überwachung der Betriebe wahrgenommen. Ihnen zugesellt wurden später die "Beauftragten" der BG, die nicht in jedem Fall eine gründliche fachliche Vorbildung besaßen³⁾. Zur straffen und sachlichen Erfüllung der Genossenschaftsziele ist aber eine systematisch betriebene und kontrollierte UV unerlässlich; daher wurde relativ bald (durch Gewerbeunfallversicherungsgesetz von 1900) das Institut des "Technischen Aufsichtsbeamten" geschaffen, um "deutlich zu machen, daß es zur Ausübung der Überwachungstätigkeit technisch gebildeter Beamten" (in Anlehnung an die seinerzeit geläufige

1) Schöffengericht Bremen, Urt. v. 10.7.1958 13 Ms 4/58.

2) Vgl. PITTROFF in BG 1957, 156; 1958, 174; und SILLER, Ewald in BG 1958, 71.

3) S. HARTMANN, Konrad, aaO, S. 15 ff.

Bezeichnung "Betriebsbeamte", um sie mit diesen höheren Führungskräften auf eine Stufe zu stellen) "bedürfe"¹⁾. In einem Kollegium von mehreren TABen fungiert einer von ihnen als "Leiter des Technischen Aufsichtsdienstes". Die gemeinsamen Maßnahmen der UV und Überwachung werden in wöchentlichen (14-täglichen) "Dienstbesprechungen" abgestimmt.

Zu den Organen der BG nimmt der TAD folgende Stellung ein (vgl. § 28 Abs. 4 der Satzung der HWBG v. 30.4.54):

- "Bei Fragen des Technischen Aufsichtsdienstes hat
1. die Vertreterversammlung dessen Leiter als Sachverständigen zu hören,
 2. der Vorstand ihn beratend hinzuzuziehen."

Aus der vorstehenden Formulierung kann nicht völlig klar entnommen werden, welche Befugnisse dem TAD innerhalb der Verwaltung der BG, deren Bestandteil er ist, zustehen. Die Diktion "bei Fragen des TAD" läßt die Vermutung zu, daß solche Fragen von den Organen der BG selbst zur Debatte gestellt werden müssen, ehe die Vertreterversammlung den "Sachverständigen zu hören" oder der Vorstand seinen "Rat" entgegenzunehmen hat. Hieraus ist auch nicht deutlich ersichtlich, ob der TAD aus eigener Initiative Beratungspunkte für die Organe formulieren bzw. Anregungen dazu einbringen kann. Nimmt man letzteres an, was prinzipiell nicht bestritten werden dürfte, so ist aber dennoch zu erwägen, wie weit ein "Rat eines Sachverständigen" die Entscheidungen der Organmitglieder beeinflussen. Im Hinblick auf die essentielle Bedeutung der UV, deren Charakter logischerweise nicht in Zweifel gezogen werden kann, werden die Anregungen verständlich, die eine direkte Unterstellung des TAD unter den Vorstand der Genossenschaft der UV besser dienlich erscheinen lassen wollen. Bei aller Anerkennung einer guten Verwaltung und der versicherungsrechtlichen Erledigung der bg-lichen Aufgaben²⁾ wird darin ein Hemmnis für die UV vermutet, daß der TAD "mitunter allzu stark" an die Verwaltung

1) HARTMANN, Konrad, aaO, S. 15 ff.

2) "Verwaltung" hier im Sinne der Erledigung der Schadensabteilung.

gebunden sei¹⁾. Unabhängig von dieser Frage bleibt festzustellen, daß auf dem Wege über eine revidierte Auffassung von der Gemeinschaftsaufgabe der UV, wie sie noch im folgenden Abschnitt zu erläutern ist, erreicht werden könnte, die Belange der UV in allen Phasen der täglichen Arbeit entsprechend ihrer Bedeutung zu bewerten. Ein rein formaler Schritt dazu wäre mit der Realisierung der Forderung getan, technische Aufsichtsbeamte " in der erforderlichen Zahl" anzustellen²⁾.

4. Praktische Ausdeutung des Begriffs "Genossenschaft" und entsprechende Konzeption der Unfallverhütung

"Die BGen sind kraft Gesetzes gebildete Zwangsvereinigungen der Unternehmer versicherungspflichtiger Betriebe, dazu berufen, unter staatlicher Aufsicht die Fürsorge zu verwirklichen, auf welche die durch Betriebsunfälle verletzten Arbeiter Anspruch haben..." (RG vom 3. 11. 1925³⁾).

Wenn von der UV als einer Gemeinschaftsaufgabe aller in einer BG zusammengeschlossenen Unternehmen die Rede ist, kann nicht an der Frage vorbeigegangen werden, wie weit und unter welchen Gesichtspunkten sich das Bewußtsein um diese Gemeinschaftsaufgabe in der Praxis ausgeprägt hat und sich in den täglichen Bemühungen der mit der Arbeitssicherheit betrauten bzw. für sie verantwortlichen Stellen manifestiert. Ist doch die Ansicht darüber, in welcher Art von Beziehung die Mitgliedswerke der BG untereinander und zu ihrer (gemeinsamen) Verwaltung stehen, ausschlaggebend für die Erklärung, Abschätzung und Beurteilung der Tatbestände, denen die vorliegende Untersuchung gewidmet ist. Dies soll in drei Schritten geschehen, um von verschiedenen Seiten die Position der BG zu erhellen und die Konzeption der UV zu charakterisieren.

1) u.a. KÜLL, Karl, Gewerkschaft und UV, Heft 34 der Schriftenreihe der IG-Metall 1958, S. 9 f. Vgl. a. ROEWER, Gustav, in BG 1928, Sp. 311; LANGE, Ludwig, in BG 1928, Sp. 228 f.; EuM 37, 58; RVA v. 30. 11. 1934.

2) Vgl. § 712 des Entwurfs zum UVNG, BTDr IV/120.

3) Breith., Slg. Bd. 15, 31; EuM 18, 394.

a) Gebräuchliche Diktion bei Verwendung des Begriffs
"Berufsgenossenschaft"

In Schrifttum, Rechtsprechung und Praxis, die sich mit Angelegenheiten der gesetzlichen UVers. befassen, ist es üblich, von "der BG" zu sprechen. Sie gilt als Träger der gesetzlichen UVers. in dem eingangs dieses Abschnitts bezeichneten Sinn und wird gemeinhin mit Recht als Solidargemeinschaft der Unternehmer gleicher Gewerbeart zwecks Erfüllung bestimmter gemeinsamer Aufgaben angesehen. Auch im Hinblick auf die UV heißt es in der gesetzlichen Formulierung, daß "die BGen" die erforderlichen Vorschriften zu erlassen haben, die zu einer Gefahrenabwehr beitragen können¹⁾.

Diese einheitliche Auffassung von dem Gebilde "BG" (im Sinne der Rechtsform einer Körperschaft) trägt den Erfordernissen Rechnung, die bei übergeordneter bzw. außenstehender Betrachtungsweise an Tätigkeit und Bestand einer solchen Genossenschaft gestellt werden. Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß der Begriff der Körperschaft impliziert, daß sich diese Rechtsfigur als mitgliedschaftlich organisierte Vereinigung darstellt²⁾, die nach bestimmten Prinzipien aufgebaut ist und erhalten wird.

Damit ist aber zugleich der Ansatzpunkt für eine nicht unbegründete kritische Untersuchung gegeben, die auf die praktische Ausbildung der mitgliedschaftlich bestimmten Vereinigung näher eingehen will. Nach den geltenden Gesetzesnormen besteht eine (gewerbliche) BG im Rahmen der Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht aus der Gesamtheit ihrer Mitglieder (=Genossen) mit den aus der Mitte der Genossen gebildeten (gewählten) Organen. Das "Exekutivorgan"³⁾ Vorstand "verwaltet" die Genossenschaft, im Falle der sog. "laufenden Geschäfte" durch eine

1) S. §§ 848 ff. RVO.

2) FORSTHOFF, Ernst, Lehrbuch, Bd. 1, S. 431.

3) Vgl. PODZUN in MAUNZ-SCHRAFF, Komm. A Einl. Teil 1, Bl. 175 (R), 176.

hauptamtlich bestellte Geschäftsführung. Der Gemeinschaft der Genossen, der Mitgliedswerke der BG, steht mit diesem Vorstand und seiner Geschäftsführung eine "Verwaltung" gegenüber, die die Genossenschaft nach außen (gerichtlich und außergerichtlich) vertritt. Diese Verwaltung entstand notwendigerweise aus dem Umstand, daß zur Erreichung des gemeinsamen Ziels aller Genossen eine einheitliche Leitung vorhanden sein mußte. Die anfänglich ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich der Vorstandsmitglieder, von denen die Genossenschaft "verwaltet" wurde, mußte sehr bald wegen des Umfangs der täglichen Arbeit bei der BG in die Hände festangestellter Kräfte gelegt werden¹⁾.

Der soeben umschriebene Tatbestand kennzeichnet die äußere (und im Inneren wirkende) Erscheinungsform der Genossenschaft, welche als teilbar in eine "personalistische Struktur"²⁾ und in eine bestimmte Funktionen ausübende, von den Genossen getragene ("Zwischen"-) Einrichtung²⁾ angesehen werden muß. Demnach bildet die Vereinigung aller Mitgliedswerke als Ganzes den Pol, von dem aus ein bestimmter "Grundauftrag"²⁾ an die "Verwaltungseinrichtung" erteilt und von dieser zum Nutzen aller Genossen gegenüber Dritten (hier: Anspruchsberechtigten, "Versicherten") erfüllt wird. Umgekehrt laufen aus dem "Drittbereich" rührende Ansprüche ausschließlich über die "Zwischenstation Verwaltung", wo sie in einem für die Gesamtheit der Mitglieder günstigen Sinne behandelt und erfüllt werden.

Die UV als wirtschaftliches Problem ("sicher arbeiten - wirtschaftlicher arbeiten!"³⁾) gibt die Berechtigung, die Struktur der BG ganz besonders hinsichtlich der UV unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu beleuchten.

1) S. oben Anm. 1 auf S. 36.

2) HENZLER, Reinhold, Betriebswirtschaftliche Probleme des Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962, S. 12 ff., 15 f.

3) Vgl. Techn. Ber. der HWBG für 1961, S. 6.

Den BGen ist seit 1884 eine "kommerzielle Grundaufgabe" (Hervorhebung nicht i. Orig.) gestellt. Die "Förderung ihrer Mitglieder" über die Errichtung eines "gemeinsamen Geschäftsbetriebes" kann in Anlehnung an die Terminologie des (privaten) Genossenschaftsrechts¹⁾ füglich dieses Ziel der bg-lichen Wirkungsweise kennzeichnen. Der "gemeinsame Geschäftsbetrieb" des Privatrechts ist in den Verwaltungsabteilungen der BG manifestiert, zu denen hier juristische und technische Abteilung gerechnet werden (gemeinhin ist von der "Verwaltung" nur als von der versicherungsrechtlichen Erledigung der Genossenschaftsaufgabe die Rede). In einer fast ausnahmslos gleichlautenden Formulierung wird seit Jahrzehnten bis in die Gegenwart von "d e r BG" auf der einen und "den Mitgliedswerken" auf der anderen Seite gesprochen. Die Beweise dafür sind zahllos und zeigen sich in den verschiedensten Prägungen, von denen nur einige an dieser Stelle zur Verdeutlichung genannt seien.

In einem Standardwerk zu den Fragen der UV, das die bis dahin verflossene Zeit der Arbeit der BGen voll berücksichtigt²⁾, ist im Jahre 1910 die Rede davon, daß die "BGen ... naturgemäß noch besonders auf die Kreise einwirken, die für sie das größte Interesse haben; das sind die Genossenschaftsmitglieder, die versicherten Arbeitnehmer und die Fabrikanten von Betriebs-einrichtungen größerer Gefährlichkeit" (Hervorhebung i.Orig.)³⁾. 1920 äußert sich der "Bericht über die technische Aufsicht" der HWBG⁴⁾ wie folgt: "... wenn die TABen ... wirksam durch die Betriebsbeamten unterstützt werden, ... wird die BG⁴⁾ mehr als bisher Sammelstelle und Ausgangspunkt aller ... Bestrebungen werden". 1924 findet sich auch bei der HWBG die Verlautbarung, daß "wir von einer großen Zahl unserer Mitgliedswerke bei unserer unfallverhütenden Tätigkeit wirksame Unterstützung

1) HENZLER, Reinhold, aaO, S. 12 ff., 15 f.

2) HARTMANN/SCHLESINGER, aaO, S. 12.

3) Hier und im folgenden sind die nicht ausdrücklich gekennzeichneten Hervorhebungen vom Verf. zur Verdeutlichung vorgenommen.

4) Vorbemerkung.

landen¹⁾". In späteren Jahren (1927) kann vermerkt werden, die "Zusammenarbeit der BG mit den Mitgliedswerken auf dem Gebiete des Unfallschutzes (sei) ... weiter gepflegt worden", während 1933 "die BG ihre Mitglieder immer wieder zu gesteigerter UV aufruft"²⁾. In ähnlicher Betrachtung spricht man offenkundig irrig sogar von einer "Aufgabenteilung zwischen BG und Industrie". Eine grundsätzliche Abhandlung erwähnt die "alljährlichen Zahlungen (der Werke) an die BG"³⁾. Die HWBG sagt in ihrem Technischen Bericht für 1934, die "Aufklärung über UV erfolge durch die BG"⁴⁾, und tritt 1935 für einen "Erfahrungsaustausch (der SI) mit der BG" ein⁵⁾. "Zusammenfassende und vermittelnde Aufklärung über die Gefahrenquellen ist Aufgabe der BG" gemäß den Formulierungen im Jahre 1937⁶⁾, und 1940 wird eine rege Tätigkeit "der BG in Bezug auf die Betriebsbesichtigungen und die Zusammenarbeit mit den Werken" festgestellt⁷⁾, was entsprechend im Technischen Bericht für 1949 wiederholt ist⁸⁾. In jüngster Zeit wird vermerkt, daß die "Werke ... an die BG ... einen Vorbelastungsbetrag ... zahlen"⁹⁾, und ganz allgemein richtet "die BG" seit geraumen Jahren in ihrem Verwaltungsbericht "die Bitte an alle Mitglieder, der BG wie bisher bei ihrer Arbeit helfend und fördernd zur Seite zu stehen"¹⁰⁾. Aus ähnlicher Sicht ist auch vom "Außendienst der BG"¹¹⁾ die Rede.

Der vorstehend gekennzeichnete Sprachgebrauch ist wohl überwiegend auf eine Erscheinung zurückzuführen, die sich nach herrschender Meinung des Schrifttums grundsätzlich seit Jahrzehnten bei den Rechtsfiguren der Genossenschaften durchge-

1) Technischer Bericht für 1924, S. 19.

2) Technischer Bericht für 1933, S. 6.

3) KÖHLER, Otto, Betrieb und BG, in: BG 1931, Sp. 537.

4) Technischer Bericht für 1934, S. 6.

5) Technischer Bericht für 1935, S. 8.

6) Technischer Bericht für 1937, S. 2 f.

7) Technischer Bericht für 1940, S. 1.

8) Technischer Bericht für 1949, S. 9.

9) Technischer Bericht für 1961, S. 17.

10) Vgl. z.B. die Verwaltungsberichte der HWBG für die Jahre 1928 bis 1961.

11) BÖRNER, in Bd.Anz. Nr. 13 vom 19.1.1962.

setzt hat oder nach gewisser Zeit aus unterschiedlichen Erwägungen eintritt. Hierauf soll nunmehr eingegangen werden. Wie eine jüngst publizierte Untersuchung herausstellt¹⁾, muß der oben erwähnte Grundauftrag als das wesensnotwendige Band zwischen genossenschaftlicher Personenvereinigung und genossenschaftlichem "Betrieb" (für diese Erörterung: Verwaltungseinrichtung) angesehen werden. Dieser ist auch das Medium, über das der "Geschäftsbetrieb" (= "Verwaltung" im oberen weiten Sinne, also einschließlich des TAD) der Genossenschaft mit dem "Geschäftsbetrieb" der Mitglieder mehr oder weniger stark verknüpft ist²⁾ (Hervorhebung nicht i. Orig.). Dabei ergibt sich aber, wie es die Möglichkeit einer "mehr oder weniger starken Verknüpfung" bereits andeutet, aus den Notwendigkeiten der praktischen Entwicklung und den Umständen, mit denen eine Genossenschaft durch ihre Stellung im Rechts- (und Wirtschafts-) leben (im betriebswirtschaftlichen Sinne: Marktverbundenheit) zu rechnen hat, die Folge einer Differenzierung der "konkreten Gestaltung des Leistungsprogramms"; das ist unter dem Grundsatz wandelbar, daß, "so unveränderlich auch die Grundaufgabe der Genossenschaft" sei, so veränderlich doch deren Einzelaufgaben - und Leistungen in der Verwaltung sein könnten³⁾. Es wird nur als notwendig angesehen, daß "die Genossenschaft" stets so handelt, wie es auf die Dauer am besten zum Nutzen der Mitglieder gereicht⁴⁾. Das bedinge eine jeweils den Verhältnissen sich anpassende, variierende Methodik der "Verwaltungseinrichtung", um die aufs Ganze zu sehende Förderung der Interessen der Genossen sicherstellen zu können. Darin sei auch der Fall eingeschlossen, daß die Verwaltung der Genossenschaft den Mitgliedern auf Grund ihrer (der Verwaltung) Übersicht und Kenntnis "Leistungen anbiete, ohne eine spezielle Auftragserteilung der Mitglieder abzuwarten"⁵⁾. Ob eine Genossenschaft existent sei, hänge nicht davon ab, von welcher Seite, der der Gemeinschaft der Mitglieder oder der der Verwaltung, die Initiative ausgehe, sondern lediglich davon, ob der Grundauftrag noch verfolgt werde⁶⁾.

1) DIDIER, Paul, aaO, S. 104.

2) Art. "Genossenschaften" in HdB 2. Aufl. Bd. 1, Sp. 1993.

3) HENZLER, Rudolf, aaO, S. 16 f.

4) - 6) ders., aaO S. 15, 16. -15. -14.

Diese Merkmale lassen sich im großen und ganzen auch bei den BGGen erkennen. In entsprechender Anwendung kann hier, unter Berücksichtigung der in früheren Abschnitten gemachten Ausführungen, gesagt werden, daß eine prinzipiell genossenschaftliche Tätigkeit bei den Trägern der gesetzlichen UVers. auch in Bezug auf die UV dann angenommen werden muß, wenn sich nachweisen läßt, daß die "Grundaufgabe" der Schadenminderung (vor der solidarischen "Übernahme" durch Verhinderung der schädigenden Ereignisse) (noch) voll Gegenstand der Bemühungen ist. Ferner bliebe zu prüfen, wie weit, auf die Dauer der rd. 8 Jahrzehnte der Wirksamkeit der BGGen gesehen, die Mitglieder "gefördert" werden konnten. Letztlich steht die Frage an, ob die Wahl der Mittel bei der "Verwaltungseinrichtung" der Genossenschaft geeignet war und ist, die langfristige Begünstigung der Genossen zu gewährleisten.

b) Die aus der Sprachübung ersichtlichen Wesensmerkmale der Auffassung von den bg-lichen Aufgaben

Es hat den Anschein, als sei die erwähnte Bindung zwischen Personenvereinigung aus Mitgliedsunternehmen und der von ihr bestellten Genossenschaftsverwaltung recht lose, wenn nicht sogar fast durchtrennt. Man darf nämlich nicht außer acht lassen, daß die Grundaufgabe der BG nach gesicherten Erkenntnissen nicht allein in der Abgeltung von Unfallschäden auf verschiedenste Art und Weise besteht, sondern, in der ursprünglichen Konzeption zumindest im Wesen gleichberechtigt angelegt, die UV zum Gegenstand hat. Die historischen Tatsachen mögen - und das kann fuglich nicht bestritten werden - für eine vorrangige Behandlung des versicherungsrechtlichen Teils der Grundaufgabe gesprochen haben, galt es doch, hierdurch die in ihrer Existenz bedrohten Unternehmen zu ihrem eigenen Wohl und dem der Allgemeinheit mit "erträglichen" Lasten zu belegen. In rein ökonomischer Betrachtung aber, - und diese sollte in kaufmännisch geführten Wirtschaftsbetrieben auch auf dem Sektor der Ausgaben für Unfälle oder deren Verhütung durchschlagen - muß die Verhinderung des Eintritts von Schadensfällen, wenigstens

nach einer anfänglichen Periode der "Konsolidierung der Zahlungsverpflichtungen" für die UVers., an erster Stelle stehen. Daß eine solche Phase der Anpassung, in der die aus den haftpflichtrechtlichen Normen herrührenden Leistungsforderungen an die Unternehmer "verkräftet" und die "erträglichen" Lasten aufgebracht wurden, längst vorüber ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht selbstverständlich hingegen ist bis heute die Maxime, der UV die gestaltende Rolle aus dem Instrumentarium der UVers. beizumessen. Eine gesetzlich uberaus exakt normierte und in Rechtsprechung und Schrifttum perfektionierte Leistungssphäre zur Schadensabgeltung beherrscht und stützt das genossenschaftliche Wirken der Mitgliedswerke, die solidarisch die Gesamtsumme der Umlage aufbringen. Hier zwingen starre Regeln, die mit hoheitlicher Gewalt überwacht werden, zu "gewissenhafter" Befolgung.

Der Sektor der selbständigen Schadenverhütung zum Nutzen des eigenen Unternehmens (und aller Mitglieder der BG) hat eine grundlegend andere Ausgestaltung erfahren. Nachdem die Eisen- und Stahlindustrie in den 20er Jahren die ökonomischen Werte der systematischen UV zu erkennen begonnen hatte, legte sie das Hauptgewicht auf die auch von der Verwaltung der BG oft propagierte "Selbstüberwachung" der Betriebe. Sie verstärkte durch eigene Sicherheitsabteilungen die Bemühungen um die Arbeitssicherheit, vermochte aber nicht, der Gefahren Herr zu werden, die aus den verschiedensten Gegebenheiten in den Werken zu Unfällen führten. Zwar wäre es völlig falsch, von einer Art "Resignation" zu sprechen, die etwa daraufhin im Laufe der Jahre in den Genossenschaftswerken Platz gegriffen und die UV an den TAD gleichsam "zurückverwiesen" hätte. Das Gegenteil ist durch eine engere Zusammenarbeit zwischen werksseitigen Sicherheitsstellen und TABen bezeichnet. Dennoch bleibt die Frage offen, wie die Auffassung entstehen konnte, "die Berufsgenossenschaft" als eine außerhalb der engeren Werksinteressen bzw. als von diesen losgelösten "Instanz" (analog einer "Behörde") zu betrachten, die wesentlich für die Versicherung gegen Haftpflichtansprüche Verletzter exi-

stiere und somit gleichsam als "Versicherungsgesellschaft" angesehen werden müsse. Diese Aspekte trafen in der Wirklichkeit durchaus zu; dies kennzeichnet treffend die Feststellung, vielfach werde nicht genügend beachtet, daß "Berufsgenossenschaften" Zusammenschlüsse von "Berufsgenossen" sind, die sich in der Genossenschaft eines "gemeinschaftlichen Apparates zur Bewältigung der gestellten Aufgaben bedienen"¹⁾.

Auch die HWBG spricht noch 1949 von der "vielfach verbreiteten Auffassung, daß UV Auftrag außenstehender Dienststellen ..." sei²⁾. Die Überbetonung des versicherungsrechtlichen Teils der Grundaufgabe der BGen hat zwangsläufig zu einer Distanzierung von der in der Genossenschaftsverwaltung zu vertretenden Teilaufgabe der UV geführt; dies hat einer wirksamen "Förderung im Interesse der Mitglieder" auf diesem Sektor immer hemmend im Wege gestanden.

Es kann daher nur seltsam anmuten, wenn aus "Genossenschaftskreisen", eben von Mitgliedsunternehmen der BG, zu hören ist, "die Berufsgenossenschaft" (im Sinne einer Ausführungsstelle) habe Erhebliches auf dem Gebiete der UV versäumt. Die nach obigem logisch nicht haltbare These soll noch eingehend erörtert werden.

c) Strukturelle Gründe der "Distanzierung" von einer genossenschaftlichen Unfallverhütung und Möglichkeiten einer Änderung dieses Tatbestandes

Aus dem Studium der einschlägigen Literatur über die Genossenschaften der privaten Wirtschaft gewinnt man den Eindruck, als sei mit einer zunehmenden wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen Mitglieder zwangsläufig eine veränderte Einstellung der Genossen gegenüber "ihrer Genossenschaft", also sowohl ihren (Mit-)Genossen als auch gegenüber der gemeinsam getragenen

1) SINGERHOFF, Gustav, Die schöpferische Mitarbeit des Betriebsführers bei der Aufstellung und Durchführung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, in: BG 1941, S. 25.

2) Technischer Bericht der HWBG für 1949, S. 11.

"Zentralstelle" zu beobachten¹⁾. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft im streng soziologischen Sinn sei zurückgegangen; es bildeten sich immer mehr streng versachlichte "Geschäftsbeziehungen" heraus, die auch auf die "Zentrale" genauso wie auf die nicht der Genossenschaft zugehörigen Geschäftspartner angewendet werden. Dies bewirke eine Abkehr von dem "Idealtypus" (historischen Typus) der Genossenschaft, in dem die feste und lebendige Kettung an den Grundauftrag einen engen Kontakt aller Mitglieder miteinander und mit der "Verwaltung" gewährleistete. - Fragt man nach den genannten Kriterien bei den BGen und weiter nach der Erhaltung des Grundauftrages der UV, so gilt folgendes als existent: Wohl mit Recht muß man die Beziehungen und Verbindungen der Genossenschaftswerke zu der Genossenschaftsverwaltung in Angelegenheiten der UV als wesentlich schwächer entwickelt bezeichnen als die Kontakte auf versicherungsrechtlichem Sektor. Der "Verkehr mit der Genossenschaft" hat in weitem Umfang den Charakter eines Abrechnungsverfahrens angenommen, das über Jahrzehnte hinweg die Entschädigungslasten betraf. Erst seit 1956 kann z.B. bei der HWBG durch das "Vorbelastungsverfahren" (s.u. Kap. IV C) von einer gegenseitigen "Aufrechnung" in begrenztem Maße die Rede sein. Zur Erklärung dieser Verhältnisse mögen neben obigem auch die Ausführungen dienen, die im Anschluß an die Beleuchtung der übrigen beiden Fragen aus Abschnitt b) folgen. Erörtert man, wieweit der Grundauftrag der UV noch existent, d.h. als genossenschaftliche Zielsetzung bei den einzelnen Mitgliedern von praktischer Bedeutung ist, so muß auf die unbestritten verbesserten Kontakte der Genossenschaftswerke zum TAD der BG verwiesen werden. Die vor dem letzten Weltkrieg eingeleiteten und nach 1949 fortgeführten

1) HENZLER, Rudolf, aaO, S. 23 ff.; dieses wird nicht zuletzt durch die Tatsache deutlich, daß der TAD um das Interesse der Mitglieder der BG "werben" muß. Vgl. auch DRAHEIM, Georg, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, 2. Aufl., Göttingen 1955; PLÜCKEBAUM, Rudolf, Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, um bei Großgenossenschaften das Verhältnis der Genossen zur Genossenschaft enger zu gestalten? Diss. Münster 1955.

"Konferenzen mit Sicherheits-Ingenieuren" belegen diese Feststellung. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß diese "Gemeinschaftsarbeit" nur den verbleibenden Rest des Bandes sämtlicher Beziehungen, die zwischen Genossen und Genossenschaftsverwaltung bestehen, ausnutzen kann. Selbstverständlich kann es nicht gelingen, hier eine Relation anzugeben, doch genügen die Unfallzahlen selbst, um die Majorität der faktischen Leistungen der Genossenschaftswerke im Bemühen um die Genossenschaftsziele, in Geld ausgedrückt, bei der Entschädigungsseite zu sehen. Nach wie vor ist der Grundauftrag der UV in der Genossenschaft erkannt und verfolgt, jedoch im wesentlichen nur von Großunternehmen und selbst hier nur dann, wenn sie einer für diese Zusammenhänge aufgeschlossenen Führung unterstehen.

Oben wurde bemerkt, daß es für den Bestand einer Genossenschaft gleichgültig sei, von welcher Seite die Initiative zum genossenschaftlichen Wirken ausgehe, sofern nur der Grundauftrag lebendig erhalten werde. Für die BGen kämen einerseits der TAD als Teil der Verwaltung iWS, andererseits die Genossenschaftswerke in Betracht. Folgt man der Argumentation, und es ist kein Grund ersichtlich, dem zu widerstreben, so ist von der gesetzgeberischen Seite aus der "Bestand der Genossenschaft" über die Generalklausel der §§ 848 ff. RVO garantiert; im Falle einer Zuwiderhandlung der Genossenschaftsorgane würde die staatliche Aufsicht korrigierend eingreifen. Die Gesetzesnormen binden unmittelbar Genossenschaftsorgane, -Verwaltung und -Mitglieder, so daß ein Impuls aus beiden Richtungen auf die Probleme der UV gerichtet sein wird. Es bleibt also nur die Frage, wieweit die von der Genossenschaftsverwaltung (Vorstand) bzw. deren Spezialgremium TAD eingesetzten Mittel eine hinreichende Förderung der Interessen der Genossenschaftsmitglieder auf die Dauer bewerkstelligen konnten und können.

Im einzelnen versuchen darauf die Ausführungen der nächsten Kapitel Antwort zu geben. Generell bleibt hier folgendes festzustellen: In der Distanzierung der Genossenschaftswerke von "ihrem TAD", die über den weitaus größten Teil der Zeit-

spanne des Wirkens der BG zu beobachten ist, liegt bis zu einem gewissen Grade der Vorteil, daß in einer Art "Selbsthilfe", in der Selbstüberwachung, die Eigeninitiative in den Werken erweckt bzw. wachgehalten worden ist. In dieser Richtung wird bisweilen der TAD als eine Art "Generalstab" verstanden, der lediglich die großen Leitlinien der UV-Arbeit vorzeichne und mit den Sicherheits-Ingenieuren als "Frontoffizieren" den Kampf gegen die Unfallgefahr aufnehme. In der anderen Sicht muß aber in der Form, wie "die Berufsgenossenschaft" praktisch als ein "Abstraktum", ein Geschäftspartner oder eine notwendig zu berücksichtigende obrigkeitliche Instanz betrachtet wird, die nicht unbeträchtliche Gefahr vermerkt werden, die lange darin bestand, daß die planmäßige UV an den TAD delegiert wurde, soweit eine solche programmäßige "Steuerung" bei diesem überhaupt möglich war. Gewiß sind die Unternehmer letztlich verpflichtet, die zum Schutze gegen Arbeitsgefahren nötigen Vorkehrungen zu treffen, so daß es den Anschein haben könnte, als sei eine Übertragung der UV auf eine Zentralstelle nicht möglich. Dies gilt jedoch nur dann, wenn bereits in einem bestimmten Werk sämtliche Erfahrungen und Kenntnisse vorhanden sind, mit deren Hilfe vollständige Arbeitssicherheit erreicht werden könnte. Daß das der Fall ist, vermag man aber fuglich nicht zu behaupten. Deshalb muß über die Koordinations- und Distributivinstanz TAD die UV in der Genossenschaft weitergeführt werden, und zwar mit besonderer Betonung der breitangelegten systematischen Vorbereitung aller Vorhaben auf technischem, pädagogisch-psychologischem und betriebsorganisatorischem Gebiet (s. auch unten, Kap. V, VI). Eine "Gemeinschaftsarbeit" im Kreise der Genossen, unter Ausschaltung der gemeinsam bestellten Zentrale TAD, wird mit Recht dort als wertvoll und dringend bezeichnet, wo die Kräfte und Mittel des TAD von seiner Anlage her (noch) nicht ausreichend sein können; gemeint ist vor allem die Forderung, daß die Genossenschaftswerke selbst Sicherheits-Ingenieure ausbilden und schulen, solange dies an den herkömmlichen Studienanstalten noch kaum geschieht¹⁾.

1) Vgl. KLEDITZ, Emil, aaO, S. 124. HARR, Albrecht, aaO, S.99.

Soweit aber durch die Zweckbestimmung und Auftragsgestaltung bei dem TAD die Voraussetzungen für eine koordiniert-planmäßige UV in allen Bereichen der BG gegeben ist, scheint es wirtschaftlich und verfahrensmäßig am besten, die Grundimpulse für die UV über den TAD zu beziehen. Das bedeutet nicht, daß damit jede werkseigene Bemühung, zur Arbeitssicherheit zu gelangen, sekundär wäre; sie hat im Gegenteil primären Charakter, sofern Neuland beschritten und allgemein verwertbare Erfahrungen gemacht werden. Es sind aber mit den Bereichen Pädagogik/Psychologie der UV sowie Betriebsorganisation unter der Sicherheitsmaxime derart weite und noch größtenteils unausgeschöpfte Medien angesprochen, daß nur eine umfassende Inangriffnahme, Entwicklung und Durchführung sinnvoll erscheint. Es ist dringend notwendig, hier zu einer übergreifenden, die genannten Disziplinen zusammen mit der Technik umschließenden Grundlagenforschung zu kommen. Auf technischem Sektor ist der TAD der HWBG darin zuletzt durch Vergabe mehrerer Forschungsaufträge an technisch-wissenschaftliche Institute richtungsweisend tätig¹⁾.

Der Anwurf, "die BGen" hätten in der UV "versagt"²⁾, muß zu nicht unerheblichem Teil auf die Genossenschaftsmitglieder selbst zurückfallen. In ihm ist ein Zweifel daran ausgedrückt, daß die Genossenschaftsverwaltung das in dem Grundauftrag der UV erteilte Anliegen der Mitglieder nicht entsprechend "getreu"³⁾ vertreten habe. Hier muß daran erinnert werden, daß der Leitung einer Genossenschaft mit zunehmender Aktivität der sie umgebenden Umwelt und steigender Häufung der externen Daten (hier also: Ausdehnung der industriellen Wirtschaft, Steigen der Unfallgefahren) die Befugnis selbständiger

1) S. Techn. Bericht der HWBG für 1961, S. 26.

2) Vgl. dazu die Stellungnahmen von KNOLL, Ernst, in RVers. 1932, S. 125 ff., LOHMAR, P., aaO. Sp. 395 f., ROEWER, G. in BG 1928, Sp. 305 und aus jüngerer Zeit die Äußerungen von RUHE, H., aaO, I, S. 407; WICKE in BG 1955, S. 341, 380; SCHIEKE, H., Gedanken zur wiederholt vertagten Reform der gesetzlichen UVers. in BG 1962, S. 126.

3) Analog der "getreuen Geschäftsverwaltung" der Geldmittel der Genossen, vgl. § 23 RVO.

Entscheidung zugestanden werden muß¹⁾. Das wird u.a. sagen, daß eine den jeweiligen Umständen angepaßte wirksame Besetzung des TAD schon längst hätte erfolgen müssen, die es ermöglicht haben würde, die Erkenntnisse und Belange neuartiger Verhältnisse fortschreitend zu berücksichtigen und mit Effizienz in breitangelegte Unternehmensberatung umzuwandeln. - Hier wäre das Argument fehl am Platze, eine solche Erweiterung der "Verwaltung" widerspreche dem Streben der BGen nach sparsamster Wirtschaftsführung.

Die vorstehende Argumentation hat sich im wesentlichen mit der Rolle befaßt, die Großbetriebe innerhalb (hier:) der HWBG spielen. Abgesehen hiervon und von der Tatsache, daß die Einflußnahme auf die Arbeitssicherheit in der Konstruktionsphase von Maschinen und Aggregaten (s.u.) den mittleren und kleinen Betreibern in vieler Hinsicht zugute kommt, bleibt eindringlich zu erinnern, daß die gesamte "Unternehmerschaft ... das Gefühl (haben muß), ihre eigene Aufgabe in den BGen durchzuführen"²⁾, und daß nur mit der bewußten "Einspannung der eigenen Belange des Unternehmertums"³⁾ (Hervorhebung i. Orig.) in die bestehende genossenschaftliche Struktur die Arbeitssicherheit gefördert werden kann. Einen sichtbaren und kontrollierbaren Ausdruck derartiger Einstellung zu den Fragen der Arbeitssicherheit wird man in der Besetzung der Organe der Genossenschaft und in deren Entscheidungen über die Ausgestaltung des Zentralgremiums für UV in ihrer Vereinigung, des TAD, zu suchen haben.

Auskunft darüber, wie in einigen Mitgliedswerken der HWBG derzeit die Zusammenarbeit mit dem TAD der Genossenschaft betrachtet und gepflegt wird, gibt das Ergebnis des ersten Teilgebietes einer U m f r a g e, die der Verf., wie einleitend dargestellt, bei mehreren Werken der Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt hat.

1) s. HENZLER, Reinhold, aaO, S. 43.

2) KROHN, Johannes, aaO, S. 12.

3) KNOLL, Ernst, in: Die RVers. 1931, S. 125; JOCHMUS, Hermann, in: BG 1950, S. 111; SCHOLZ, Walter, in: BG 1941, S. 1.

E x k u r s : Einleitung und allgemeine Übersicht zu einer
Umfrage bei Mitgliedswerken der Hütten- und
Walzwerks-BG

Es wurde versucht, durch eine "Umfrage" einige wichtige Teilgebiete dieser Untersuchung mit Stellungnahme aus der Betriebspraxis zu erhellen.

Befragt werden sollten nach den Planungen insgesamt 18 Sicherheitsbeauftragte in 17 Werken der HWBG. Jedem einzelnen dieser Herren gingen schriftliche Darlegungen des Vorhabens der hier wiedergegebenen Gesamtuntersuchung sowie auch der besonderen Umfrage zu. Die Stellungnahme wurde auf zweierlei Weise erbeten:

Einmal wurde um Gelegenheit zu einer mündlichen Erörterung der Probleme ersucht; dazu waren die Hauptgesichtspunkte, die dem Verf. im Rahmen dieser Arbeit besonders wichtig erschienen, schriftlich in insgesamt 20 Fragen skizziert, die den angesprochenen Herren rechtzeitig vorher zugestellt wurden. Absicht dieser Fühlungnahme war, einen allgemeinen Überblick über die von der jeweiligen Stelle vertretene Auffassung zu den Sicherheitsfragen zu erhalten; darauf sollte aufbauen die Auswertung der Stellungnahme zu besonderen Punkten der in der vorliegenden Schrift behandelten Zusammenhänge.

Letzteres erfolgte durch eine schriftliche Beantwortung von 20 Fragen zu ausgewählten Untersuchungsobjekten, die eigentliche "Umfrage". Daraus wird versucht, für einen Kreis von SiBen, die in bedeutenden Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie tätig sind, die grundsätzliche Einstellung zu einigen wesentlichen praktischen Problemen der UV und der Arbeitssicherheit zu umreißen.

Der Kreis der Befragten mußte aus verschiedenen Gründen klein bleiben. Der Verf. konnte als einzelner einen größeren Bereich von Personen nicht nutzbringend ansprechen, da es sonst für die gründliche Erörterung aller wichtigen Gesichtspunkte, insbesondere auch in der mündlichen Unterhaltung, an der erforderlichen Zeit gemangelt hätte. Daß aber in jedem Falle der

Beantwortung der "Umfrage" ein mündliches Gespräch vorangehen mußte, hat sich dem Verf. regelmäßig deutlich erwiesen. Eine bloß schriftliche Befragung, die ja den Befragten von unbekannter, noch dazu "privater" Seite aus angesprochen hätte, würde mit großer Wahrscheinlichkeit kein Ergebnis gebracht haben. Außerdem war zu berücksichtigen, daß je nach der augenblicklichen Belastung der einzelnen Siben die Erledigung der mit der Umfrage verbundenen Arbeiten (Zeit für die mündliche Besprechung und schriftliche Fixierung der Ansicht) unterschiedlich lang dauerte und daß evtl. in der zeitlichen Reihenfolge der Gespräche spät angesetzte Termine ein Fehlen der schriftlichen Äußerung bei Abschluß der Untersuchungen zur Folge haben konnten.

Dennoch wird ein gewisser Querschnitt durch die verschiedenen Werkstypen, Gewerberichtungen und Unternehmensstrukturen aus der Wahl der besuchten Betriebe erreicht. Wieweit es sich um einen "repräsentativen Bereich" handelt, der auch für die übrigen Werke der jeweils befragten Betriebszweige gelten kann, vermag nicht genau beurteilt zu werden; das liegt nicht zuletzt an der Fülle von Sonderbedingungen, die durchweg jeden SIB zwingen, eigene Wege zu gehen. Das heißt aber nicht, daß nicht gerade aus den wiedergegebenen Meinungen bedeutsame Schlüsse zu ziehen sind; weil sich im allgemeinen langjährig erfahrene Praktiker der Arbeitssicherheit und der UV geäußert haben, erhalten die Befragung an sich besonderes Gewicht und der theoretische Teil dieser Schrift sachverständig gesicherte Stütze.

Die folgenden Übersichten und Analysen mögen dies verdeutlichen.

Diese Einleitung enthält zugleich den Rahmen und die grundsätzlichen Ausführungen für die an anderer Stelle und in diesem Abschnitt wiedergegebenen Stellungnahmen. Die Aufgliederung des ursprünglich in anderer Reihenfolge abgefaßten Fragebogens zur Umfrage ist hier nach den Gesichtspunkten vorgenommen, die den Aufbau der Schrift bestimmen. (Der Fragebogen ist dieser Schrift als Anlage beigelegt.) - Im Anschluß an die jeweils erörterten Gebiete in dieser Schrift finden sich die Auswertungen der Befragung, soweit dazu überhaupt eine Meinungsäußerung eingeholt wurde.

Vorab sei auch noch bemerkt, daß die Gebiete, auf die sich die Fragen erstreckten, selbstverständlich nur einen Ausschnitt aus der Fülle der Probleme darstellen. Es mag die Ansicht vertreten werden, andere Bereiche seien einer empirischen Untersuchung dringender bedürftig gewesen, oder die angesprochenen Fragenkreise hätten von anderen Gesichtspunkten oder unter veränderter Betonung angegangen werden müssen, als es hier geschehen ist. Das kann aber vielfach gerade erst nach einer Befragung, und also unter Auswertung der dann vorliegenden Antworten, erkannt werden. Da einerseits diese Art "Testbefragung" dem Verf. unmöglich gewesen wäre, andererseits aber eine auch nur in etwa vergleichbare Untersuchung von dritter Seite nicht existiert, muß die Umfrage zwangsläufig als ein erster Versuch und Ansatz betrachtet werden, die Probleme der Arbeitssicherheit in gewissem Umfang einheitlich im Spiegel der Meinungen von Fachleuten zu beleuchten. Betont sei noch, daß die Auswahl der Teilbereiche, die Gegenstand der Befragung waren, wie auch die Formulierung der Fragen von keiner Seite beeinflußt oder gelenkt wurde, die mit den behandelten Problemen in irgendeiner Weise zu tun hat. So geht vornehmlich weder von der Genossenschaftsverwaltung noch von einzelnen Mitgliedswerken der HWBG eine konkrete Anregung, geschweige denn ein "Auftrag" zu dieser Umfrage aus. Sie soll vielmehr, vom Verf. als von unbeteiligter Warte aus abgefaßt, dazu dienen, eine möglichst objektive Klärung einiger Gegebenheiten bg-licher UV-Praxis herbeizuführen.

Die "Umfrage" wie auch die schriftlich fixierten Gesprächsthemen für die Besuche des Verf. in den einzelnen Werken wurden auch den Gesprächspartnern zur Information vorgelegt, die aus Vorstand und Vertreterversammlung der HWBG, vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute und von der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie eine Unterredung ermöglichten.

1. Allgemeine Übersicht

Es wurden die Sicherheitsbeauftragten (SiBen) von 17 Werken um eine mündliche (und schriftliche) Stellungnahme zu den Fragen der Arbeitssicherheit gebeten, von denen 16 zu einer mündlichen Erörterung bereit waren. Bis auf einen Fall handelte es sich bei den 16 besuchten Herren jeweils um hauptamtliche SiB. - Die schriftliche Beantwortung der Fragen ging dem Verf. bis zum Abschluß der Untersuchungen nur von 14 Werken zu, nachdem seit dem ersten Besuch in dieser Angelegenheit 8 Monate vergangen waren. Bemerkenswert ist, daß auch von 2 Werken eine Antwort aussteht, von denen dem Verf. während des Besuches eine schriftliche Äußerung zugesagt worden war.

Werksart	Ange- schrieben	Unterredung gewährt	Umfrage beantwortet
I. Gemischte Hüttenwerke	4	4	3
II. Hochofen- werke mit Gießerei	2	2	2
III. Stahlwerke	4	3	3
IV. Verarbeitung zu Halbzeug	3	3	3
V. Metallwalz- werk	1	1	-
VI. Konzernver- waltungen	3	3	3
Summe I - VI ¹⁾	17	16	14

Grundsätzlich sind die schriftlichen Antworten von den SiBen ohne ausdrückliche Billigung und Durchlauf durch die Werksleitung gegeben worden; lediglich in zwei Fällen wurde die Einsichtnahme der Werksleitung dem Verf. besonders ersichtlich.

Die in "Konzernverwaltungen" (Zeile VI) tätigen SiBen haben z. T. eine Stabsstellung inne, z.T. fungieren sie als "Hauptsicherheits-Ingenieur" (mit ihnen unterstellten Fachkräften) direkt als Befehls- und Direktionsstelle für die einzelnen Konzernwerke. Obwohl hier also nur eingeschränkt die unmittelbare tägliche Betriebspraxis im Hintergrund der Ansichten steht, sind diese SiBen besucht worden, um die Sicherheitsprobleme auch aus der Schau der "überbetrieblichen", konzernorientierten Steuerung zu studieren und auszuwerten. Außerdem handelt es sich in jedem der drei wiedergegebenen Fälle um Personen, die nach langjähriger UV-Praxis auf verschiedenen Sektoren die jetzigen Stellungen bekleiden.

Mit Ausnahme einer Persönlichkeit, die allerdings zusammen mit einem Techniker die Fragen der Arbeitssicherheit im Unternehmen bearbeitet, sind alle besuchten SiBen Techniker, also Ingenieure bzw. Diplom-Ingenieure. Über die Dauer ihrer Tätigkeit in dem seinerzeit besuchten Werk gibt die folgende Übersicht Aufschluß (s. S. 82).

Es wurde darauf verzichtet, eine Zusammenstellung darüber zu geben, wie lange der Betreffende insgesamt im Sicherheitswesen arbeitet, da die augenblickliche Situation zumeist wesentlich von den derzeit tätigen SiBen bestimmt wird. Im übrigen schlagen sich selbstverständlich Erfahrungen aus früheren Arbeitsbereichen in den grundsätzlichen Ansichten, die jetzt zutage treten, nieder.

1) Anzahl der Werke der HWBG per 31.12.1962: 200.

Die Zeit, seit der der besuchte SiB in dem einzelnen Unternehmen tätig ist, läßt natürlich nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß vorher die Stelle nicht (oder noch nicht) besetzt war, wenn das auch hin und wieder zutrifft (Näheres s.u., Abschn. 1 von Teilgebiet 1). Die Altersstruktur der Unternehmen ist gleichfalls aus der Tabelle zu ersehen.

Werkart	Alter des Unternehmens in Jahren +)	befragter SiB ist tätig seit Jahren	Belegschaft Ende Sept. 1962
1	2	3	4
I.	49, 64, 91	2, 13, 26	rd. 45.200
II.	90, 143	2, 12	11.600
III.	48, 74, 108 (32)	6, 6, 8	18.000
IV.	38, 100, 100	2 1/2, 4, 7	12.400
V.	-	-	-
VI.	36, 72(10;3), 81	2 1/2, 5, 14	65.600
Summe Sp.4			rd.142.800

+) = Stand September 1962.

SiB = Sicherheitsbeauftragter. - Zahlen in () bedeuten Angaben über juristische oder strukturelle Neugestaltung des Unternehmens, seit der Gründung bis 1962.

Die Spalte 2 enthält die Antworten auf Frage 21 der Umfrage, Spalte 3 gibt die aus Frage 22 wieder. Spalte 4 ist nach Angaben der HWBG erstellt.

Die besuchten Unternehmen sind durchweg bereits recht alt, gemessen an ihrer rechtlichen Existenz, die selbstverständlich keine Schlüsse auf den "Modernisierungsgrad" oder ähnliche Entwicklungen erlaubt, die für die Arbeitssicherheit von Belang sein können. Diese Zusammenhänge stehen aber hier auch nicht im Vordergrund, vielmehr sind allgemein die Vergleiche interessant, die zu den Angaben über die erstmalige Errichtung eines Sicherheitswesens gemacht werden (s.u.). 7 Werke sind immerhin über 80, 4 davon sogar über bzw. etwa 100 Jahre alt. Auch die Konzernunternehmen sind in der jetzigen oder ähnlicher, früherer Struktur z.T. schon vor der Jahrhundertwende entstanden. Das jüngste der befragten Einzelwerke besteht fast 40 Jahre. 4 der befragten SiBen sind bereits seit 12 Jahren und mehr, ja sogar 26 Jahre in demselben Werk tätig. In weiteren 4 Fällen wird Praxis von 6 und mehr Jahren im selben Werk ge-

nannt. Das deutet auf die grundsätzlich günstige Entwicklung hin, eine kontinuierliche Sicherheitsarbeit zu leisten. Das steht auch in Fällen einer noch kürzerfristigen Tätigkeit als SiB zu hoffen, zumal die Angaben gerade hierzu gleichsam rein "zufällig" niedrige Werte ergeben.

Die Belegschaft der in die Umfrage einbezogenen Werke betrug mit rd. 143.000 etwa 40 % der Zahl der "Versicherten" der HWBG 1) (vgl. Sp. 4).

Für den Bereich der Einzelwerke, die besucht wurden, sind durch die Umfrage die meisten Belegschaftsmitglieder in der Gruppe I (gemischte Hüttenwerke = Werke mit Stahlerzeugungsverfahren auf Thomas- bzw. Siemens-Martin-Basis) erfaßt. Die von den dort tätigen SiBen geäußerten Meinungen werden sich in entsprechenden praktischen Maßnahmen niederschlagen, die immerhin etwa 13 % aller Versicherten der BG direkt oder indirekt betreffen. Auch die Leitlinien, die die Konzernverwaltungen für den Sektor Arbeitssicherheit erstellen, wenden sich, wenn auch weniger direkt an die Belegschaften, so doch an die Sicherheitsabteilungen etlicher Werke, in denen etwa weitere 19 % aller bei der HWBG versicherten Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Bemerkt sei noch, daß ein gemischtes Hüttenwerk sowie zwei Werke der Weiterverarbeitung zu Halbzeug in einem Konzernverband stehen, dessen Sicherheits-Stabstelle in der Konzernverwaltung ebenfalls in die Umfrage einbezogen ist.

Die Umfrage hat folgende 5 große Teilgebiete berührt:

Teilgebiet 1: Kennzeichnung der Verbindung der Mitgliedswerke der BG zu "übergeordneten" Aufsichtsstellen (TAD, Gewerbeaufsicht) (Fragen 1 - 4);

Teilgebiet 2: Verfahren zur Lokalisierung, Regelung und Intensivierung der UV-Arbeit, soweit es sich um überbetriebliche, von der Genossenschaftsverwaltung ausgehende Maßnahmen handelt (U-Statistik, UVVen, Vorbelastung), (Fragen 17, 11, 10 des Fragebogens) 2);

Teilgebiet 3: Besondere Beratung der Mitgliedswerke durch die Aufsichtsstellen der BG (Fragen 6, 5, 9, 7 und 8);
Beurteilung
a) bg-licher "Werbemittel" (zur psychologischen UV), Fragen 12, 13
b) publizistischer und fachlicher Sonder-einrichtungen für die Zwecke der Arbeitssicherheit (Fragen 19, 18);

Teilgebiet 4: Stellungnahme zu der grundsätzlichen Form einer genossenschaftlichen UV (Frage 20);

Teilgebiet 5: Möglichkeiten der Umstrukturierung der bestehenden Aufsichtsstellen der BG (Fragen 14 - 16).

1) bezogen auf rd. 355.000 Versicherte am 31.12.1962.

2) Die Bezifferung der Fragen bezieht sich auf den Original-Fragebogen; wegen der Umgruppierung s.o. S. 79.

2. Zum Methodischen bei der Befragung und bei der Auswertung der Antworten in dieser Schrift sei bemerkt:

Es wurde für richtig gehalten, den Siben keine "geschlossenen" Fragen, sondern "offene" vorzulegen 1). In Anbetracht des Umstandes, daß der Verf. den hier erörterten Problemen relativ fern steht, soweit seine tägliche Berufspraxis infrage kommt, schien es sehr schwierig, den Befragten sog. Alternativfragen (ja, nein, teilweise, günstig, ungünstig o.ä.) zu stellen. Das hatte zu erheblichen Ungenauigkeiten von der Formulierung der Frage her wie auch von der Interpretation durch die Werke führen können. Außerdem läßt eine Alternativfrage in der Regel nur eine eng begrenzte und zwar eindeutige Antwort zu, aus der aber nicht entnommen werden kann, bis zu welchem Grade der Befragte sich mit dieser Antwort identifiziert.

Dem gegenüber wurde der Nachteil in Kauf genommen, der bei der offenen Frage vor allem darin liegt, daß von einer Vielzahl verschiedener Situationen und persönlicher Erfahrungen manche diffizile Probleme unterschiedlich bewertet werden können. Es scheint gerade im psychologisch-pädagogischen Bereich nur sehr schwer möglich, exakte Stellungnahmen mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit zu formulieren bzw. zu formulieren. Dennoch sollte dem nicht so weit Vorschub geleistet werden, daß durch vorherige Angabe von "Auswahlfragen" (im Sinne etwa von "verhältnismäßig" oder dergl.) die Meinungsäußerung allzusehr in ein Schema gepreßt würde. Die relative Bedeutung eines Sachverhaltes sollte vielmehr mit den eigenen Worten der Befragten umschrieben werden. Das erschwert andererseits eine "Eingruppierung" zum Zwecke der Übersichtlichkeit, doch kann dem weitgehend dadurch Genüge getan werden, daß "generelle" Aussagen vorangestellt und spezielle "Interpretationen" mit den Original-Formulierungen angeschlossen werden. Entsprechend wurde im folgenden verfahren.

Die offene Frage eignet sich zwar grundsätzlich gut zur Exploration eines Sachverhaltes 2), doch liegt die Schwierigkeit der Auswertung in dem Umstand, daß der Befragte die Dimension seiner Aussage selbst abstecken kann. Insofern sind die Übersichten, die eine Aufteilung der einzelnen "Meinungsrichtungen" geben, allerdings mit Vorsicht zu betrachten. Man führt auch zu Gunsten der "offenen" Fragestellung ins Feld, daß sie die Unmittelbarkeit, die Aktualität der angesprochenen Problemkreise jeweils gut deutlich werden lasse; je mehr eine Angelegenheit von Wichtigkeit für jemanden ist, desto umfangreicher und in der Regel tiefergehend würden seine Antworten sein. Das gilt zunächst einmal nur für das (mündliche) Interview und mag dort recht viel bedeuten; im vorliegenden Fall wird es i. a. nicht zutreffen, da die einzelnen Siben durch die Schriftform Anlaß und Gelegenheit genug zu einer abgewoge-

1) Vgl. dazu und zu folgendem u.a. SCHEUCH, Erwin K., Das Interview in der Sozialforschung, HdES, Bd. I, S. 136 ff.

2) ders., aaO, S. 147.

nen Äußerung hatten. Ganz ausgeschlossen werden kann allerdings diese These nicht in den 4 Fällen, in denen die Antworten zur Umfrage während der mündlichen Erörterung anlässlich des Besuches (vom Verf.) aufgezeichnet wurden. Hierbei ist versucht worden, eine evtl. von der Gesprächsatmosphäre herrührende Beeinflussung der Formulierungen sowie Mißverständnisse der mündlichen Äußerung bei der schriftlichen Fixierung zu vermeiden, indem der Verf. den betreffenden SiBen ihre von ihm aufgezeichneten Antworten nach einigen Tagen zur Überprüfung und nochmaligen Stellungnahme vorlegte. Noch bestehende Unklarheiten konnten so bestmöglich ausgeräumt werden.

Nachstehend soll nun erörtert werden, wie sich die Zusammenarbeit in Fragen der UV zwischen den Mitgliedswerken und dem TAD der BG (bzw. den Vertretern der Gewerbeaufsicht - GA -) nach den Erfahrungen der befragten SiBen gestaltet.

3. Ergebnisse und Analyse der Befragung über Teilgebiet 1

Das Teilgebiet umfaßt Hinweise auf das praktische Verhältnis der Mitgliedswerke der BG zu "übergeordneten" Aufsichtsstellen, wie das durch die folgenden Fragen ausgedrückt ist:

- (1) Können Sie nachweisen, ob und evtl. wann die BG auf die Errichtung eines Sicherheitswesens in Ihrem Werk Einfluß genommen hat?

Darauf antworteten mit

"Ja"	5 Stellen,
mit "Nein"	7 Stellen;
jeweils 1 Stelle, insges.	2 Stellen

gaben eine unklare Antwort oder vermochten nicht Stellung zu nehmen, da die Frage sachlich nicht zutraf. Von den 5 Ja-Antworten wurden die folgenden Jahre nachgewiesen, in denen auf Betrieben der Genossenschaftsverwaltung die Sicherheitsarbeit planmäßig aufgenommen wurde:

1936 - 1936 (39). - 1948 - 1954 - 1955 - .

In einem weiteren Fall konnte zwar mit 1934 das Jahr angegeben werden, in dem in dem betreffenden Werk die ersten Sicherheitsstellen errichtet wurden, ein Einfluß der BG läßt sich jedoch nicht mehr nachweisen. Desgleichen wird von anderer Stelle mitgeteilt, "vor dem 2. Weltkrieg", (jedoch erst nach 1935) habe bereits ein Sicherheitswesen bestanden; Näheres konnte auch hier nicht gesagt werden. - Ähnlich waren in einem Unternehmen "Sicherheits-Ingenieure schon in den 30er Jahren tätig". - Ferner wird "berichtet", daß der Leiter des TAD und zwei TABen 3 Jahre lang "Einfluß genommen haben", bis 1939 (s.o., Klammer)

ein SI "eingesetzt" wurde. Diese Angabe illustriert besonders deutlich die Mühe, die die offizielle Eingliederung des Arbeitsschutzes in die Betriebsorganisation machte. - Nach dem Krieg sind in 2 der 3 vorliegenden Fälle jeweils Sicherheitsabteilungen mit hauptamtlichen SI auf Betreiben der BG errichtet worden, was aus den obigen Angaben über "Sicherheits-ingenieure" durchaus nicht hervorzugehen braucht. Der dritte Fall ist charakterisiert dadurch, daß "von der BG im Einvernehmen mit der GA die Sicherheitsabteilung ausgebaut" wurde. Auch ein anderes Werk nennt den "Einfluß der Gewerbeaufsicht"; diese Feststellung ist, auch schon für sich allein, interessant, mußte jedoch im Rahmen der obigen Klassifizierung als "Nein"-Antwort gewertet werden. 4 der insgesamt 7 Nein-Antworten sind also nur im Hinblick auf die eigentliche präzise Frage nach dem Einfluß der BG negativ; darüberhinaus lassen sie erkennen, daß immerhin Arbeitsschutzstellen in irgendeiner Form schon vor rd. 30 Jahren vorhanden waren.

Auf die Frage (2)

"Welchen Charakter messen Sie den zwischen Ihrem Werk und der BG bzw. der GA bestehenden Verbindungen hauptsächlich bei?"

gaben die Werke diese Antworten:

Gesamtsinn der Antwort	Anzahl der Antworten betreffend	
	BG	GA
vorwiegend beratend (UV intensivierend)	10 (7)	5
vorwiegend kontrollierend	1	6
beratend und kontrollierend	2	2
keine Stellungnahme	1	1
	14	14

() = davon auch: "UV intensivierend".

Die erste Übersicht, in der vom Verf. die jeweiligen Antworten nach dem Gehalt ihrer Aussage in die obigen drei Kategorien (vgl. die Zeilen) eingeordnet wurden, zeigt, daß "die BG" vorwiegend als Beratungsstelle angesehen wird. Die große Mehrheit der Siben stuft so ab, und nur eine Meinung sieht die Kontrolle durch die TABen im Vordergrund. Auch in

der Kombination beider Kriterien ("beratend und kontrollierend") steht die Beratung noch an erster Stelle. Hingegen nennen 6 Werke den Hauptcharakter gewerbeaufsichtlicher Tätigkeit "kontrollierend (sie verleihen den Bemühungen des SiB Nachdruck)", immerhin sind aber trotzdem noch 5 von einer überwiegenden Beratungsfunktion überzeugt. Interessant ist, wie bei der Bewertung des bg-lichen Aufsichtsdienstes die Intensivierung der UV im engen Zusammenhang mit der Beratung, nicht etwa mit der Kontrolle, gesehen wird. Das wird deutlicher, wenn zweimal zunächst von einem "Erfahrungsaustausch" gesprochen wird, der "vielfach gegenseitig" stattfindet, und dann erst auf die "entsprechenden Auflagen" durch "gesetzliche Vereinbarungen" verwiesen wird. Daneben findet sich die Kennzeichnung des Verhältnisses zur BG als "beratend, fast freundschaftlich", entsprechend zur GA als "mehr amtlich, (aber) wertvoll, besonders bei Neubauten". Insgesamt klingt 7mal an, die UV gewinne merklich durch die "Beratung" der TABen.

Die Merkmale "beratend und kontrollierend" werden sowohl der BG als auch der GA von denselben beiden SiBen zugeschrieben.

Wie weit sich die Beziehungen nicht nur in ihrer Nützlichkeit, sondern auch in ihrer zahlenmäßigen Häufigkeit nach außen manifestieren, versucht Frage 3 zu bestimmen.

Sie wünscht:

"Geben Sie bitte möglichst genau an (Zeitraum: seit Kriegsende), wie oft durchschnittlich im Jahr ein Besuch

- a) des TABen der BG,
- b) des Gewerbeaufsichtsbeamten erfolgt (e).

Bitte, geben Sie auch die Abstände der Besuche an."

B G		G A	
Besuche: Anzahl je Jahr	Anzahl der Antworten	Besuche: Anzahl je Jahr	Anzahl der Antworten
unter 4 mal	-	2 bis 4 mal	4
4 bis 6 mal	6	4 bis 5 mal	1
6 bis 7 mal	1	10 bis 12 mal	4
12 mal	4	12 bis 17 mal	1
35 mal	1	29 bis 30 mal	2
Summe	12		12
keine Antwort	2		2
	14		14

Bei den 12 Werken, die die Frage beantworten konnten, ergibt sich zunächst in der Häufigkeit der Besuche rein rechnerisch

insgesamt ein Übergewicht zu Gunsten der GA (bei Ansatz der unteren bzw. der Mittel-Werte 109:132). Doch besagt die bloße Anzahl der Besuche der Aufsichtsbeamten noch recht wenig; es kommt jeweils auf den Anlaß sowie die Dauer und Intensität der Fachgespräche bei den Besuchen an. So lautet z.B. eine Antwort, ein Gewerbeaufsichtsbeamter (GAB) habe "10 Besuche je Jahr nachgewiesen".

In 7 Fällen wurden die Werke von den TABen der BG etwa 6mal im Jahr besucht, während 5 Betriebe (rein zahlenmäßig) von der GA etwa 4mal je Jahr, also etwa alle 3 Monate, besucht werden. Die Angabe, die TABen besuchten "das Unternehmen" ca. 35mal im Jahr, stammt von der Sicherheitsstelle einer Konzernleitung. Die entsprechend hohen Werte für die Besuche des GABen haben jedoch Einzelwerke genannt.

In jüngerer Zeit nahm die Anzahl der Besuche zu. So ist in einem Fall seit 1956 etwa 12mal im Jahr ein Besuch des TABen zu verzeichnen, während es bis dahin nur 4mal geschah (im gleichen Werk Besuche der GA bis 1956: 1-2mal, ab 1956: 12mal). Auch eine Steigerung der Besuche des TABen von 4mal auf 6mal je Jahr (seit 1960) wird angegeben.

Es wird nicht verkannt, daß häufig Besuche der Aufsichtsbeamten dann stattfinden, wenn sich aus unterschiedlichen Anlässen eine Notwendigkeit dazu ergibt (abgesehen davon, daß zur Untersuchung eines jeden tödlichen Unfalls sowohl der TAB als auch der GAB den Unfallort aufsuchen); daraus glaubten 2 der Befragten eine Beantwortung der Frage ablehnen zu können. Einer gab an, die üblichen 4 Besuche des TABen fänden "auf Wunsch des Werkes häufiger" statt. - Es will aber scheinen, als ob die in einer gewissen Regelmäßigkeit gepflegten Kontakte eine weitaus nützlichere und intensivere Wirkung haben dürften, vor allem, wenn die Besuche insgesamt im Jahresablauf recht zahlreich sind.

Daher wurde auch um Auskunft über die Abstände der Besuche gebeten.

B G		G A	
Abstand (in Wochen)	Anzahl der Antworten	Abstand (in Wochen)	Anzahl der Antworten
2 bis 4	4	2 bis 4	5
8 bis 12	5	8 bis 12	1
unregelmäßig	3	unregelmäßig	6
Summe	12		12
keine Antwort	2	.	2
	14		14

Dem Wesen der Institutionen entsprechend läßt sich erkennen, daß die GA weit weniger regelmäßig erscheint (erscheinen kann) als der TAB; allerdings sind die Besuche in regelmäßigen, kurzen Abständen durch beide Aufsichtsstellen bei fast der gleichen Anzahl von Werken zu verzeichnen. 5 Werke berichten immerhin, daß der TAB nur etwa jeden zweiten bis dritten Monat den Betrieb aufsucht. Gleichwohl scheint das der Wirksamkeit der "beratenden, die UV intensivierenden" Tätigkeit der TABen nicht in jeder Hinsicht Abbruch zu tun, da oben (vgl. zu Frage 2) 10 Werke sich von den Besuchen der TABen eine Intensivierung der UV versprechen.

In gewissem Umfang vermag man an dem zwischen zwei Stellen geführten Schriftverkehr abzulesen, wie die gegenseitige "Kontaktsuche" ist. Das braucht in mancher Hinsicht zwar nicht entscheidend zu sein, zumal auch die absolute "Menge" der Schriftstücke nicht den Ausschlag gibt. Dennoch wurde es für aufschlußreich gehalten, das Verhältnis der schriftlichen Kontakte beider Aufsichtsinstitutionen zu den Werken und umgekehrt zu ermitteln.

Dazu heißt es generell wie folgt: (Antwort auf Frage 4)

Schriftwechsel ist im Verhältnis	Anzahl der Antworten
stärker mit BG als mit GA	5
stärker mit GA als mit BG	2
etwa gleich stark	3
nicht zu ermitteln	2
ohne Stellungnahme	2
	14

Für den stärker mit der BG gepflegten Schriftwechsel (Zeile 1) werden Relationen von 4 : 1 und 3 : 1 genannt. Insgesamt zeigt sich eine relativ ausgedehntere Beziehung zum TAB der Genossenschaft, auch wenn gemeinhin die Rede von überwiegend mündlicher Kontaktpflege zur Technischen Aufsicht ist. In vielen amtlich vorgeschriebenen Fällen der gewerbeaufsichtlichen Genehmigung (z.B. Neuanlagen) wird verstärkt auch der TAB hinzugezogen. Manche Werke legen Aktennotizen oder interne Berichte über Betriebsbegehungen mit dem TABen an bzw. fordern von ihm einen eigenen Bericht. In Anbetracht der uneinheitlichen Beziehung, in der die Betriebe zu dem TAB oder der GA "offiziell" stehen, und wegen der verschiedenen Aufgabenbereiche dieser werksfremden Stellen sind bei den verschiedenen gelagerten Werken genauere Stellungnahmen schwerlich zu erwarten. Allerdings ist die Rede von "90 % versicherungsrechtlichem Schriftverkehr mit der BG", oder von Schriftverkehr "nur in wichtigen Angelegenheiten" bzw. lediglich in der Form des "Absendens von Unfallanzeigen".

d) Geldliche Aufwendungen der HWBG für Unfallverhütung

Im Anschluß an die aus der Umfrage (Teilgebiet 1) bekannt gewordenen Tatsachen über die grundsätzlichen Beziehungen der Mitglieder der BG zu ihrem TAD sollen hier die ziffermäßigen Angaben über die Aufwendungen der Genossenschaftsverwaltung für UV seit 1950 gemacht werden. Es handelt sich dabei um die sog. Steuerungskosten, d. h. Aufwendungen für die Erteilung und Verfolgung von Richtlinien für die UV, die die eigens dazu gebildete Abteilung bei der Genossenschaftsverwaltung den Mitgliedern gibt. Die Ausgaben zur Erfüllung der entsprechenden Auflagen seitens des TAD haben die Werke selbst zu tragen; ¹⁾ vom TAD gehen insofern nur die "incentives" aus.

Übersicht 2: Aufwendungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft für Unfallverhütung (1950 bis 1961)

Jahr	Laufende Überwachung	UVVen, UV-Bilder	Rettung Verunglückter	Summe Spalten 2 + 3	Veränderung gegenüber Vorjahr				Veränderung gegen 1950 = 100	
					Spalte 1		Spalte 4		Spalte 1	Spalte 4
					absolut	in %	absolut	in %		
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1950	126 146	13 069	4 375	17 444	-	-	-	-	100	100
1951	169 002	5 479	5 490	10 969	+ 42 856	33,97	- 6 475	37,12	133,97	62,88
1952	200 533	5 934	8 978	14 912	+ 31 531	18,66	+ 3 943	35,95	158,97	85,48
1953	227 289	583	5 855	6 438	+ 26 756	13,34	- 88 474	- 56,83	180,16	36,91
1954	266 352	9 974	14 985	24 959	+ 39 063	17,19	+ 18 521	287,68	211,15	143,08
1955	246 375	9 996	56 387	66 383	- 19 977	- 7,50	+ 41 424	165,97	195,31	386,55
1956	277 971	11 688	68 795	81 483	+ 31 596	+ 12,82	+ 15 100	22,75	220,36	467,11
1957	293 139	22 218	126 682	148 900	+ 46 764	18,98	+ 67 417	82,73	232,38	853,59
1958	286 615	14 101	134 281	148 382	- 6 524	- 2,23	- 518	0,35	227,21	850,62
1959	278 968	45 339	198 668	224 007	- 7 647	- 2,67	+ 95 625	64,45	221,15	1 398,80
1960	300 007	35 075	214 121	249 196	+ 21 039	7,54	+ 5 189	2,13	237,83	1 428,55
1961	374 188	58 193	252 773	310 966	+ 74 181	24,73	+ 61 770	24,78	296,63	1 782,65
Summe 1951 bis 1961					+248 042	-	+293 522	-	196,63	1 682,65

zu Spalte 1: "Laufende Überwachung der Betriebe"

zu Spalte 2: "Beratung und Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften, Druck und Veröffentlichung von Unfallverhütungsbildern"

zu Spalte 3: "Rettung Verunglückter und sonstige Aufwendungen zur Abwendung von Unglücksfällen"

Aufwendungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft für Unfallverhütung (1950 bis 1961)

¹⁾ S. Beilage zu AN 1928 Nr. 12, S. 12; Sonderveröffentlichung AN 1937, "Die deutsche Sozialversicherung 1937", S. 34 f.

Die "laufende Überwachung der Betriebe" erforderte mit den Gehältern und Reisekosten der TABen bis 1956 den Großteil aller Aufwendungen für die UV; 1950 machte dieser Posten 88,1 % der Gesamtausgaben, 1956 noch 77,1 % aus. Ab 1957 tritt eine merkliche Veränderung der Ausgabenteilung ein, die durch die Errichtung und den Ausbau der Schulungsstätte für Arbeitsschutz, Gelsenkirchen, (vgl. u. Kap. IV 3 b₂) bedingt ist. Schon 1957 machen die Aufwendungen unter Spalte 3, unter die auch die Ausgaben für die Schulungsstätte gerechnet sind, etwa 27,2 % aus; 1961 sind es aber fast 52 %. Allerdings ist etwa je ein Drittel der Aufwendungen 1961 in Spalte 3 für die Schulungsstätte und für "Silikose-Nachuntersuchungen" getätigt worden. Man erkennt hieraus, welche Bedeutung die Erziehung zur Arbeitssicherheit bei der Genossenschaftsverwaltung gewinnt (vgl. u.).

Eigenartig mutet allerdings an, rein formal gesehen, daß die Aufwendungen für Unfallversorgung (um solche handelt es sich ja bei den Untersuchungen von Berufskrankheitsfällen) z. T. in die Kategorie "Unfallverhütung" eingereiht sind. Hierfür müßte folgerichtig ein anderer Titel des Haushaltes der BG zur Verfügung stehen.

Verfolgt man die Entwicklung der beiden großen Ausgabengruppen "laufende Überwachung" und "Unfallverhütung", so zeigt sich in den Jahren 1950 bis 1961 ein praktisch gleicher Gesamtzuwachs in absoluten Summen (vgl. Sp. 5 und 7). Setzt man jedoch beide Ausgangsbeträge (1950) = 100, so wird deutlich, daß die Überwachung in dem betreffenden Zeitraum um fast das Doppelte mehr Kosten beanspruchte, während die Steigerung bei den Ausgaben für die UV-Maßnahmen ca. das 17fache ausmachte. Das ist vor allem seit der sprunghaften Zunahme ab 1957/1959 zu beobachten.

Über die einzelnen Maßnahmen auf den verschiedenen Sektoren der UV, die diese Mehrausgaben veranlaßten, ist in Kapitel IV berichtet.

Teil 2: METHODIK DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel IV: Allgemeine Grundlagen der Unfall-
verhütungsarbeit
=====

A. Vorbemerkungen über die "Gemeinschaftsarbeit" aller Be-
rufsgenossenschaften bei dem "Hauptverband der gewerb-
lichen Berufsgenossenschaften"

Unfallverhütung ist, wie mehrfach herausgehoben, nach der Ziel-
setzung, dem Ansatzpunkt und den praktischen Methoden der
Durchführung nur in Gemeinschaftsarbeit aller mit den Unfall-
gefahren in irgendeiner Weise verbundenen Einzelpersonen, Grup-
pen und Fachstellen zu betreiben. Die nächsten Kapitel (V u. VI)
unterrichten über die spezielle Betriebsproblematik, während
der Teil C des vorliegenden Kapitels die generell verwendeten
Mittel und Wege bg-licher UV aufzeigt.

Beide Sachgebiete werden auf gemeinsamer Ebene aller BGen
durch den "Hauptverband der gewerblichen BGen" behandelt.
Dieser Verband - im folgenden kurz "Hauptverband" genannt -
besteht als Zusammenschluß aller gewerblichen BGen seit 1887.
Sitz ist Berlin, die Geschäftsstelle Bonn¹⁾. Er tritt als Re-
präsentant aller BGen auf²⁾ und hat innerhalb seiner Organisa-
tion³⁾ mehrere Ausschüsse zur Behandlung von Sonderfragen in
allgemeinem Interesse. Für die UV besonders bedeutungsvoll sind
die "Zentralstelle für Unfallverhütung" (Zefu) und das "Staub-
forschungsinstitut". Die Zentralstelle ist eine Abteilung der
Geschäftsstelle des Hauptverbandes, die "generell alle grund-
sätzlichen und gemeinsamen Arbeiten auf dem Gebiet der UV in
engster Zusammenarbeit mit allen BGen fördert und erledigt"⁴⁾.
Das manifestierte sich in der von 1921 bis 1945 wirksamen
"Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung" und heute durch die

1) Vgl. "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 4, 6.

2) ebenda, S. 6.

3) ebenda, S. 7 ff.

4) ebenda, S. 21.

sie ersetzenden "Fachausschüsse" (s. dazu unten Abschn.C 3). Ihnen gehören als Mitarbeiter an: Technische Aufsichtsbeamte der fachlich beteiligten BG, Vertreter der staatlichen Gewerbeaufsicht, der Verbände der Hersteller der Einrichtungen des Fachgebietes, der Betreiberverbände der Einrichtungen des Fachgebietes, Vertreter der Fachverbände der Arbeitgeber, der jeweils das Fachgebiet berührenden Gewerkschaften sowie "besondere Sachverständige der Wissenschaft und Praxis, soweit dies nach der zu behandelnden Materie geboten ist"¹⁾.

Im folgenden ist ein Überblick über die Arbeitsrichtung der Fachausschüsse gegeben, an denen die HWBG beteiligt ist²⁾:

Fachausschuß	Besondere Sachgebiete (Auszug)
1. Eisen u. Metall I	Seile und Ketten
2. Eisen u. Metall II	Gießereien, Montage von Stahlbauten, Silikosebekämpfung
3. Eisen u. Metall III	Drahtziehmaschinen
4. Eisen u. Metall IV ⁺	Hochofenwerke, Stahlwerke, Walzwerke, Gasgeneratoren
5. Elektrotechnik	Betrieb elektrischer Einrichtungen und Anlagen
6. Hebezeuge I ⁺	Brückenkrane, Auslegerkrane, Portalkrane, Schienenlaufkatzen
7. Hebezeuge II	Winden, Elektrozüge
8. Fördermittel und Lastaufnahmemittel	Lastaufnahmemittel, Stetigförderer
9. Chemie	Sauerstoff, Verflüssigen von Gasen, Herstellung und Verwendung offener radioaktiver Stoffe in nichtmedizin. Betrieben
10. Bahnen	Eisenbahnen

+ = HWBG federführend

Übersicht 3
=====

1) "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 21.

2) nach dem Stand vom April 1961, vgl. Broschüre "Fachausschüsse und Prüfstellen der gewerblichen BGen", Bonn 1961.

Über die Verfahrensweise und Ergebnisse im Staubforschungsinstitut sind später einige Hinweise gegeben¹⁾. - Hier sei noch verwiesen auf eine in neuer Folge erscheinende zentrale Schrifttumskartei (BG-Kartei "Betriebssicherheit", seit 1962²⁾).

B. Zentrale Lenkung der Arbeitssicherheitsbemühungen bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahl-Industrie

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie (WiV EStInd.) als Unternehmensverband der eischaffenden Betriebe der Bundesrepublik Deutschland ist seit 1949/50 mit der Konstituierung ihrer "Abteilung Sozialwirtschaft" (mit Hauptausschuß Sozialwirtschaft) dazu übergegangen, die Probleme der Arbeitssicherheit in konzentrierter Untersuchung unter Mitwirkung namhafter Fachleute und Sachverständiger der Praxis und Wissenschaft zu behandeln. Hier sollen einige Angaben über die Unterstützung gemacht werden, die über die verschiedenen Referate der Abteilung Sozialwirtschaft "von den Werken für die Werke" gegeben wird³⁾. Es sei noch darauf hingewiesen, daß sich Mitgliederbestand und Bereich der Vereinigung nicht mit denen der HWBG decken, daß im wesentlichen aber die zur HWBG zählenden großen Hüttenwerke an Rhein, Ruhr und Sieg Mitglieder der WiV sind.

Inhalt der überbetrieblichen sozialwirtschaftlichen Arbeit ist in erster Linie der Dienst an dem im Spannungsfeld der Wirtschaft und Technik stehenden Menschen; hierzu sieht der Ausschuß Sozialwirtschaft die gegebene Möglichkeit in der "Förderung des Austausches und der Koordinierung der sozialwirtschaftlichen Erfahrungen der Mitgliedswerke"⁴⁾.

Übersieht man die praktische Ausgestaltung dieser Maxime, so kann man mit Recht von einer komplexen Erfassung der "Span-

1) s.a. "75 Jahre Hauptverband" aaO, S. 30 ff.

2) vgl. BG 1962, S. 444.

3) S. Jahresberichte des Ausschusses für Sozialwirtschaft der WiV EStInd. 1950 bis 1961.

4) Jahresbericht WiV EStInd., 1957, S. 9 f.

nungstatbestände" in der industriellen Wirtschaft sprechen, die sich die WiV zu eigen gemacht hat. In (1961) 5 Referaten mit weitgehender Untergliederung in einzelne Fachausschüsse geht sie die vielschichtigen Probleme an, in die auch die Unfallzusammenhänge der industriellen Arbeitswelt eingelagert sind. Es ist bemerkenswert, eine gleichsam ganzheitliche Betrachtung des Komplexes der Sicherheit am Arbeitsplatz durch die Wirksamkeit verschiedener Betrachtungsverfahren in unterschiedlichen Zonen des betrieblichen Organismus vorzufinden, wenn auch nicht ohne weiteres abgelesen werden kann, welches der einzelnen Fachgebiete einen mehr oder weniger eklatanten "Beitrag" zur Arbeitssicherheit geleistet hat. Daß mit der komplexen Betrachtungsweise einer "Sicherheit von Grund auf" Vorschub geleistet wird, wird als durchaus realistisch angenommen und hat in Einzeluntersuchungen schon Beweise gefunden¹⁾. Die Referate "Berufsausbildung", "Arbeitsstudien, Arbeits- und Leistungsbewertung", "Wohnungsbau" und "betriebliche Sozialarbeit" sind geeignet, in gezielter Breitenarbeit zusammen mit dem Referat "Arbeitssicherheit-, -medizin und -psychologie" die Gefahren des Arbeitsplatzes mit Erfolg aufzuspüren und ihnen wirksam entgegenzutreten. - Im einzelnen wird später versucht, dies darzulegen und zu erhärten. - Die Ausführungen sollen nunmehr der Organisation des Referates "Arbeitssicherheit, -medizin und -psychologie" gewidmet sein.

Das Referat behandelt in einem gleichnamigen Fachausschuß und diesem angeschlossenen 3 Arbeitsausschüssen, 4 Arbeitskreisen und 2 Arbeitsgemeinschaften die Fragen der Sicherheit am Arbeitsplatz und auf der Straße²⁾. Den Arbeitsausschüssen "Arbeitssicherheit", "Arbeitsmedizin" und "Arbeitspsychologie" sind die Arbeitskreise "Körperschutz" und "Medizinisch-psychologische Eignungsuntersuchungen" angegliedert. Die Arbeitskreise "Unfallstatistik" und "Unfallursachen" sowie die Arbeitsgemeinschaften "Sicherheits-Ingenieure" und "Werksärzte" stützen und ergänzen die übrigen Untersuchungsbereiche.

1) Vgl. NEULOH u.a., aaO, z.B. S. 210 f.; 363; 334 f.; RITTER, Erik H., Mehr Sicherheit ..., aaO.

2) Vgl. Geschäftsverteilungsplan, Stand 1961, im Jahresbericht 1961, Anhang, und die S. 24 ff.

Der Ausschuß "Arbeitssicherheit" geht vor allem den Problemen nach, die mit der Erfassung, Beurteilung, Bewertung und Verhinderung von Arbeitsunfällen zusammenhängen. Hier werden vornehmlich die Ergebnisse einer "zentralen Unfallstatistik" ausgewertet (s.u.), die Möglichkeiten zur exakten Ermittlung von Unfallursachen geprüft, die Unfallkostenfrage untersucht und die verschiedenen Verfahren zur Erhöhung der Arbeitssicherheit festgelegt, erörtert und analysiert. Zur Zeit sind ein "Rahmenplan für die betriebliche Ausbildung auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit" sowie Musterblätter für verschiedene Körperschutzbekleidungen und -ausrüstungen in Vorbereitung; ferner sollen eigene Lehrgänge die "einheitliche und einwandfreie Unfallsachenermittlung" bei den hiermit beauftragten Stellen fördern¹⁾. Vor einiger Zeit sind "Hinweise zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in den Mitgliedswerken" ergangen, die sich vornehmlich an höhere betriebliche Führungskräfte und Unternehmensleitungen wenden.

Der Bereich der "Arbeitsmedizin" erstreckt sich auf Untersuchungen unterschiedlicher Richtung; so werden medizinisch-statistische Erhebungen angestellt wie auch regelmäßige Kontrolluntersuchungen ("Reihenuntersuchungen") der Belegschaften vor allem hinsichtlich Silikosegefährdung, Tuberkulose- und Carcinomerkrankungen durchgeführt. Die generelle Verhütung von Berufskrankheiten ist ein bedeutsamer Zweig der Aufgabenreihe. - Die Arbeitssicherheit wird erhöht durch medizinisch-psychologische Eignungsuntersuchungen sowie durch in Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute erarbeitete "arbeitsphysiologische Hinweise" (z.B. 1957: Untersuchung des Sehvermögens mit Hilfe eines bestimmten Testverfahrens - Lärm und Lärmbekämpfung im Hüttenbetrieb - Messung der körperlichen Ermüdung; 1961: Gehörschutzmittel - Verbesserung der Arbeitswirksamkeit im Konstruktionsbüro - -Auswahl-). Sammlung und Vermittlung in- und ausländischer Grundsätze und Erkenntnisse auf arbeitsmedizinischem Gebiet gehören zu den Obliegenheiten des Ausschusses²⁾.

1) Jahresbericht 1961, S. 38.

2) Jahresbericht für 1961, S. 32 ff.; für 1957, S. 53 ff.

1957 wurde der Ausschuß "Arbeitspsychologie" gegründet, der sich vor allem mit den geistig-seelischen Anforderungen besonderer Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt. Hier sind inzwischen u.a. die Erstellung eines "Katalogs der psychischen Eignungsanforderungen für betriebliche Fahr-, Steuer- und Überwachungstätigkeiten" und die Herausgabe eines "Anforderungsschemas für metallgewerbliche Lehr- und Anlernberufe" möglich geworden. Ein Schema, das die Beurteilung von Mitarbeitern durch Vorgesetzte erleichtern soll, wird wie die "Richtlinien für werkpsychologische Eignungsuntersuchungen" vom Ausschuß herausgegeben¹⁾.

Die vorstehend genannten Sachgebiete werden, wie oben angedeutet, von Praktikern der Mitgliedswerke der WiV bearbeitet und haben deshalb den Vorzug einer unmittelbaren Praxisbezogenheit und Kontrolle durch die Praxis schon im Stadium der Vorbereitung, Beratung und Verabschiedung der einzelnen Sachveröffentlichungen wie auch in deren Anlaufzeit in den Betrieben. Die große Verschiedenheit der Verhältnisse in den jeweiligen Betrieben macht die Neufassung mancher Kodifizierung erforderlich. Die jeweiligen Gremien können hierzu in ihren speziellen Formen aktuelle Beiträge leisten, durch die so rasch wie möglich versucht wird, den Stand der "Selbstüberwachung der Betriebe" auf dem Sektor der Arbeitssicherheit den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Es könnte u.U. der Eindruck entstehen, als sei die zentrale Bearbeitung der Probleme der Arbeitssicherheit bei der WiV EStInd. in gewisser Hinsicht ein "Ersatz" für die Bestrebungen der HWBG (soweit beiden Vereinigungen zugehörige Werke in Betracht kommen) bei der UV. Das trifft jedoch nicht zu, allein schon deshalb nicht, weil die Praxis der "Selbstüberwachung der Betriebe" gerade von der Genossenschaftsverwaltung und anderen Stellen seit etlicher Zeit gefordert und gefördert wird²⁾. Die Verbindung der beiderseitigen Bestrebungen kann

1) Jahresbericht für 1961, S. 36 ff.

2) Vgl. MICHELS, Wilh., in: BG 1926, Sp. 303; Techn. Bericht der HWBG für 1927, S. 6; ARNHOLD, (nach AUER) in: BG 1926, Sp. 259 ff.; BG 1934, S. 57 f.; 1928, Sp. 65.

mit grosser Aussicht auf Erfolg über die Sicherheits-Ingenieure und -Abteilungen der Werke, mit denen enge Beziehungen gepflogen werden (s.o., Kap. III), erfolgen.

C. Unfallvernütungsarbeit bei der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Dieser Abschnitt erörtert die allgemeinen Verfahren, die über den weiteren und engeren Tatbestand des Unfallgeschehens in der Gesamtheit und im Einzelfall Aufschluß geben. Ferner sind die wesentlichen Formen der allgemeinen UV-Praxis skizziert. Da das Vorgehen der BGen auf dem Sektor der UV weitgehend konzentriert und nach einheitlichen Maßstäben (durch die Zefu, vgl. oben, A.) ausgerichtet ist, kann bei der einzelnen BG eine gewisse "Starrheit" in der Behandlung spezieller Probleme vorhanden sein. Daran hat sich manche, z.T. unberechtigte Kritik angeknüpft, die oft die Zielsetzungen der Maßnahmen nicht beachtet (s.a. unten).

1. "Abgrenzung" des Unfallgeschehens durch die Unfallstatistik

Die Unfälle als Symptom von Unregelmäßigkeiten im Betriebsablauf können in ihrer Bedeutung nur erkannt werden, wenn sie in geeigneter Weise erfaßt, d.h. nach verschiedenen Kriterien zahlenmäßig ermittelt und zusammengestellt werden. Vor allem der Schwerpunkt der betrieblichen und überbetrieblichen Gefahrenabwehr läßt sich nur bestimmen, wenn Klarheit über die Stellen herrscht, an denen der Mangel an Arbeitssicherheit zutage tritt. Dem trägt die Statistik und ihre Methoden Rechnung. Unfallstatistik bedeutet "die Anwendung der Statistik als Methode auf verschiedene, mit Verallgemeinerungen zusammenhängende Anliegen der UV"¹⁾.

1) Nach SCHNEIDER, Bruno, vor allem in Anlehnung an "Unfallstatistik - Probleme und Möglichkeiten", in: BG 1961, S. 364.

a) Die überbetriebliche Statistik der BGen

Jede der 36 gewerblichen BGen reicht dem Hauptverband nach vorgeschriebenem Schema Angaben über die in ihrem Bereich eingetretenen Unfälle ein. Dabei wird grundsätzlich unterschieden nach "gemeldeten", "erstmalig entschädigten" und "tödlichen" Unfällen. Ein Unfall im Sinne der RVO ist "meldepflichtig", wenn dadurch "ein im Unternehmen Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird" (§§ 1552 ff. RVO). Die Zahl der "erstmalig entschädigten Unfälle" umfaßt alle diejenigen Schadensereignisse, für die im Berichtsjahr eine Verpflichtung zur Leistung bei dem Versicherungsträger (erstmalig) festgestellt worden ist; darunter können sich also auch Unfälle aus zurückliegenden Berichtszeiträumen befinden, sofern deren Verwaltungsverfahren (für die Anerkennung einer Entschädigungsleistung) erst in dem betreffenden die Unfalltatsache ausweisenden Jahr abgeschlossen werden konnte. Der Unfall mit Todesfolge ist nach der Terminologie der BGen eindeutig nach dem üblichen Sprachgebrauch definiert¹⁾. - Zu den hier genannten Unfällen rechnen neben den Arbeitsunfällen im engeren Sinne (Betriebsunfällen) auch die Wegeunfälle, die auf dem Weg zu und von der Arbeit eintretenden Unfälle. - Nach der gleichen Grundteilung werden auch die sog. Berufskrankheiten erfaßt.

Die "Nachweisungen der gesamten Geschäfts- und Rechnungsergebnisse" der gewerblichen BGen an die Geschäftsstelle des Hauptverbandes enthalten die Angaben über die Unfallhäufigkeit durch Bezug auf 1.000 Versicherte oder 1.000 "Vollarbeiter". Die Größe "Vollarbeiter" ist berechnet aus der Zahl der verfahrenen Arbeitsstunden, dividiert durch 300. Diese Bezugsgröße gibt einen besseren Vergleichswert als die Zahl der Versicherten, aber sie befriedigt wie die Größe "Versicherte" nicht ganz, da sie die geleistete Überarbeit, aber auch die verkürzten Schichten, nicht berücksichtigt²⁾. -

1) das ist durchaus nicht allgemein gültig, s. "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 25.

2) Vgl. KREMER, Dionys, Steigende Unfallzahlen? in: BG 1953, S. 451; so auch Verw. Ber. der HWBG 1930, S. 3 f.

Die von der Zefu angeforderten und von ihr in gesammelter Form veröffentlichten Zahlenwerte gliedern das Unfallgeschehen nach dem Unfallgegenstand, der Tätigkeit des Verletzten im Zeitpunkt des Unfalls und nach dem Unfallvorgang auf. Diese heute gebräuchliche statistische Erfassung¹⁾ beruht auf den vom RVA 1927 erlassenen Richtlinien über die Unfallstatistik²⁾, die ihrerseits auf der von den Eisen- und Stahl-BGen 1922 aufgestellten Statistik aufbauten, und denen es bereits damals darauf ankam, die Statistik "den besonderen Erfordernissen der UV mehr anzupassen ..." ³⁾. Man versuchte das durch verschiedene Untergliederungen nach Betriebseinrichtungen und Vorgängen, an bzw. bei welchen sich die Unfälle ereigneten, und nach Tätigkeiten und Ursachen, die besonders häufig zu Unfällen führen³⁾. Beide zur Zeit gebräuchlichen Übersichten, sowohl die der Geschäftsstelle des Hauptverbandes als auch die der Zefu, sind aber reine "Zählstatistiken"⁴⁾, die lediglich Antwort auf die Frage nach dem Unfallvorkommen geben wollen, nicht hingegen um den Ausweis von Unfallursachen bemüht sind.

Ihre Aufgaben sind nach amtlicher Darstellung⁵⁾:

"Die Unfallstatistik soll vornehmlich der UV dienen, sie soll den Aufsichtsbeamten jene Erkenntnisse vermitteln, die sie zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigen. Diesem Gedanken entsprechend sind die Unfälle stets bei dem Gegenstand einzuordnen, bei dem die Maßnahmen zu ihrer Verhütung einzusetzen haben. Diese Überlegung wird in den meisten Fällen zum Ziele führen und wird eine einheitliche Führung der Statistik gewährleisten. Andere Gesichtspunkte, wie z.B. die Umstände, die die Schwere der Unfälle wesentlich beeinflußt haben, müssen hinter dieser Überlegung zurücktreten.

1) gültig seit 1953, vgl. BG 1953, S. 151, 173.

2) RdErl. RVA vom 9.11.1927 - I U³ 2051 - AN 1927, S. 476 ff., vgl. auch AN 1929; nach IV, 2. AN 1929, IV, S. 365.

3) Vgl. BG 1922, S. 189.

4) S. "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 24.

5) Punkt II. 4 der "Anleitung zur Aufstellung der Unfallstatistik"; Allgemeine Richtlinien für die Führung der Unfallstatistik. - Abschn. II des "Musters zur Unfallstatistik - Tätigkeits- und Vorgangsliste -", Abschn. IV Abs. 2 der Allgemeinen Richtlinien zur Führung der Vorgangsliste (Hervorh. nicht i. Orig.).

Bei der Einordnung der Unfälle in die Tätigkeitsliste besteht ... ein erheblicher Unterschied gegenüber der Einordnung in die Gegenstandsliste. Bei der Einordnung in die Gegenstandsliste ist grundsätzlich von dem Gegenstande, bei dem sich der Unfall ereignete, auszugehen; der Mensch steht nur bei einigen Stellen, bei denen er selbst dem Unfallgegenstande gleichzusetzen ist, im Vordergrund. Anders hingegen bei der Einordnung in die Tätigkeitsliste, bei der immer von dem Menschen oder von dessen Tätigkeit auszugehen ist ...

Die Unfälle können in die Vorgangsliste nicht nach den gleichen Gesichtspunkten eingeordnet werden, wie sie für die Einordnung in die Gegenstandsliste und die Tätigkeitsliste maßgebend sind.

Der Unfallvorgang muß vielmehr, je nach dem, wie er sich aus der Schilderung des Unfallhergangs in der Unfallanzeige ergibt, entweder vom Menschen oder vom Gegenstand her betrachtet werden.

... beim Vorliegen oder Zusammentreffen mehrerer Unfallvorgänge (ist) zu prüfen, welcher Vorgang der primäre, d.h. also derjenige ist, der weitere Vorgänge auslöste. Dieser primäre Vorgang ist in der Vorgangsliste zu erfassen."

b) Interne "Statistik Arbeitsschutz" der HWBG

Innerhalb ihres Bereiches gibt die Technische Aufsicht der HWBG eine von den Mitgliedswerken vertraulich zu behandelnde Statistik über die Unfallzahlen ausgewählter Werke je Monat heraus.

Diese Veröffentlichung wird aus den Unfallmeldungen von über 60 Werken, deren Belegschaft mehr als 1.000 Mann beträgt, zusammengestellt. In zwei Spalten werden die "gemeldeten Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten" und die darauf entfallenden in stationärer Behandlung befindlichen sowie die tödlichen Unfälle jeweils absolut und in Bezug auf 1.000 Versicherte angegeben. Wegeunfälle werden nicht berücksichtigt. Ebenso ist nicht eingegangen auf die Schwere der Unfälle, "weil sie sich erst im Laufe späterer Monate feststellen läßt". Aus den insgesamt von allen Werken der BG vorliegenden Unfallmeldungen ermittelt der TAD den Durchschnitt der "Gesamt-Berufsgenossenschaft" auf 1.000 Versicherte in beiden Kategorien für den laufenden Monat und für das Jahr, um den angesprochenen Betrieben einen Anhaltspunkt über ihre relative Stellung in der Unfallentwicklung der BG überhaupt zu geben.

Es besteht die Möglichkeit nur das einzelne Mitgliedswerk, in gewissem Umfang den Erfolg seiner eigenen Arbeitssicherheitsbemühungen an dem Stand der Unfallzahlen zu messen, den vergleichbare Betriebe ausweisen. Ferner ist z.T. die allgemeine Unfallsituation aus den Angaben über die schweren, also stationär behandelten oder tödlichen Unfälle zu entnehmen, die mit den gemeldeten Fällen konfrontiert werden und einige Schlüsse auf die "Unfallsschwere" in allgemeiner Sicht zulassen. Hierzu wird Näheres im Teil D dieses Kapitels ausgeführt.

Für fast ein Drittel des Bestandes der HWBG ist demnach ein Weg geschaffen, sich über die Unfallvorkommnisse und ihre vorläufige Struktur zu unterrichten. Diese Übersicht bringt eine brauchbare Ergänzung zu den werksseitig geführten Statistiken. Die schon besprochene "Selbstüberwachung" der Betriebe hat hiermit ein neues, belebendes Element aufzuweisen.

c) Betriebliche Unfallstatistik in den Werken der HWBG

Die wesentliche Aufgabe der Statistik ist, möglichst exakt und prompt eine Auskunft über den Erfolg der UV zu geben und notwendige Korrekturen des Verfahrens zu indizieren. Ferner sind die Erhebungen zu Vergleichszwecken mit ähnlichen Betrieben dienlich.

In den 20er Jahren wurde in der Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands (und damit wesentlich im Bereich der HWBG) das Bewußtsein vom Unfall als "Verlustquelle"¹⁾ deutlich. Da die amtlichen Statistiken der BGen wenig brauchbar waren - vgl. oben Abschnitt a) -, führten die Werke der HWBG seit 1928 ein Verfahren ein, das den vom Internationalen Arbeitsamt entwickelten Grundsätzen nahekam²⁾. Um den Betrieben eine wirklichkeitsgetreue und wirtschaftlich nutzbare Basis für die Unfallbekämpfung zu schaffen, wurden die Arbeitsunfälle "nicht mehr (nur) gezählt, sondern bewertet"³⁾. Der Zweck

1) SCHWANTKE, Karl, aaO I, Sp. 545.

2) erstmals in Deutschland, vgl. DIDIER, Paul, aaO, S. 34; s.a. BG 1929, Sp. 461, 489; 1930, Sp. 113, 141; 435.

3) wie FN 1); vgl. den Bericht über den 46. Genossenschaftstag der HWBG 1927, Punkt 4.

einer solchen, vornehmlich auf die geleisteten Arbeitsstunden zurückgeführten Bewertung der Unfallzahlen wurde vom Vorstand der HWBG darin gesehen, "die Betriebe zu eigenen Feststellungen über die Unfallbewegung und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Unfälle und damit über den praktischen Nutzen der UV zu veranlassen"¹⁾ (Hervorhebung i. Orig.). Daneben wurden die Möglichkeiten der vielseitigen Ausgestaltung einer Betriebsunfallstatistik nach Einflußmomenten durch Wochentage, Schichtenfolge, Alters- und Betriebszugehörigkeit herausgestellt. Auch sah man eine derartige Untersuchung als Grundlage für die Ermittlung von Richtsätzen zur Prämienengewährung oder Lastenverschärfung bei Ermittlung des Umlagebeitrags für die einzelnen Werke an²⁾.

Allerdings wurde diese wohl günstige Art der Ermittlung des Zeitverlustes nach vier Jahren wieder aufgegeben, weil aus mangelndem Interesse der Werke der "Wert der (von diesen gelieferten) Untersuchungen nicht im richtigen Verhältnis zu der erheblichen Arbeit" stand³⁾. Seit 1956 wird in den Werken der Eisen- und Stahlindustrie eine Betriebsunfallstatistik geführt, die gemeinsam von Vertretern der WiV EstInd., der HWBG und des VDSI ausgearbeitet wurde⁴⁾.

Wichtigste Aussagegrößen sind die Zahl der durch Unfälle verlorenen Arbeitsstunden bzw. die Unfallhäufigkeit, -schwere und -quote. Unfallhäufigkeit und Unfallquote bezeichnen (auf verschiedener Basis) die Größe des Unfallvorkommens, die Unfallschwere drückt die Folgen der Verletzung in Ausfallzeit aus.

-
- 1) s. Bericht über die 78. Sitzung des Vorstandes der HWBG 1927, Punkt 7.
 - 2) Vgl. KOLB, Theodor, Ziele und Grenzen bei der Auswertung von Unfallstatistiken, in: Arbeitsschutz (f.d. britische Zone) 1948, S. 108.
 - 3) s. Bericht über den 47. Genossenschaftstag der HWBG 1928, Punkt 5; KOLB, Theodor, aaO.
 - 4) STEEG, Hans, Die Betriebsunfallstatistik, in: Arbeitsschutz 1956, S. 278.

Die derzeit verwendete Betriebsunfallstatistik enthält verschiedene Kennziffern. Die sog. Unfallquote ist die Relation "anzeigepflichtige Betriebsunfälle (ohne Todesfälle) : durchschnittliche Lohnbelegschaft". Die "Unfallhäufigkeit" wird nach der vom IAA vorgesehenen Norm durch die Beziehung der "anzeigepflichtigen Betriebsunfälle zu 1 Mill. verfahrenen Arbeitsstunden" gemessen. - Die Zeitverluste aus Unfällen macht man sich in ihrer Bedeutung erst recht klar, wenn man sie den insgesamt geleisteten Arbeitsstunden gegenüberstellt. Dazu dient der Ausdruck "Leistungsausfall pro mille"¹⁾, d.h. der Quotient "(Unfall-)Ausfallstunden zu 1.000 bezahlten (verfahrenen) Arbeitsstunden".

Der Weg über die Ermittlung der Ausfalltage und die Umrechnung auf Tagesverluste je Unfall bietet eine sehr brauchbare erste Orientierung über den Zeitraum, in dem eine Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf die dahinter stehenden (Geld-)Verluste, erst einmal nicht zur Verfügung steht. Die auf Grund dieser Berechnungen gefundenen Werte in der Eisen- und Stahlindustrie lagen 1956 bei rd. 23,8, 1961 bei etwa 20,6 Tagen je Unfall²⁾. Der prozentuale Anteil der Ausfallstunden durch Betriebsunfälle ist von 1956 = 0,7 über (1957-1960) 0,8; 0,9; 0,9; 1,0 auf 1,1 % (1961) gestiegen³⁾. (Basis ist hier die Summe der tatsächlich verfahrenen Stunden + Ausfallstunden.)

Die Unfallhäufigkeit (s.o.) stieg von etwa 68 im Jahre 1956 kontinuierlich auf ca. 97 in 1960, sie sank in 1961 auf 94 (die Angaben fußen auf den Mitteilungen von 97 (1960) bzw. 98,6 % (1961) aller in der WiV Beschäftigten)⁴⁾.

Die genannten Verfahren werden entsprechend für Wegeunfälle angewendet.

-
- 1) auf Grund von Betriebserfahrungen für zweckmäßig erachtete Terminologie. - STEEG, Hans, Nutzbringende und betriebsnahe Unfallstatistik, in: Mod. UV 1961, S. 56.
 - 2) s. SPELTER, Karl Heinz, in StuE 1963, S. 42.
 - 3) Jahresbericht der Abteilung Sozialwirtschaft der WiV EstInd. für 1961, S. 54.
 - 4) Jahresbericht der WiV für 1961, S. 24; StuE 1963, S. 37.

(Ein Abdruck der ersten gebräuchlichen Vorlage für die Betriebsunfallstatistik findet sich in dem Jahrgang 1956 des Fachteils des BARbBl. "Arbeitsschutz" 1), eine veränderte Fassung geben die "VDSI-Mitteilungen" Nr. 67 und 68/1959; darauf muß hier verwiesen werden.)

Einen Schritt auf dem Weg zu betont wirtschaftlicher Betrachtungsweise der Unfälle stellt die Festlegung der sog. Unfall-schwere dar. Hier wird versucht, die Unfallereignisse und ihre Folgen unmittelbar im Anschluß an den Schadensfall in Ausfallstunden auszudrücken und damit die Kosten "umzuformen". So setzt man z.B. für den Verlust einer Hand 3.000 Ausfalltage, eines Fußes 2.400, eines Daumens 600, für die Einbuße der Sehkraft auf einem Auge 1.800 Ausfalltage an²⁾. Abgesehen von Einwendungen gegen diese rein schematische "Knochentaxe" erheben sich sachliche Bedenken hinsichtlich der genauen "Bewertung" des Körperschadens. Wie ungleich die Auffassungen sind, erhellt daraus, daß man 1930 für einen tödlichen Arbeitsunfall 2.000 Arbeitsstunden (!) als nur einmalige Bewertung ansetzen wollte³⁾, während man derzeit zwischen 6.000 und 7.000 Ausfalltagen schwankt⁴⁾.

Daraus wird gefolgert, eine exakte Zurechnung der Unfallbelastung müsse umso "verzerrter" werden, je mehr Arbeitskraft-verluste in Arbeitszeitverluste umzuwandeln seien⁵⁾. Auf diese und weitere, vor allem bei zwischenbetrieblichen Vergleichen auftretende Mängel dieser Wertungsmethode kann nicht eingegangen werden. Auch sollte nicht versucht werden, durch Aufzeigen einiger Besonderheiten die Vielzahl der dahinter im Gesamtraum der Erfassungsmerkmale wichtig bleibenden Einzelkriterien als unwesentlich abzutun. Überhaupt können in dieser Untersuchung Feinheiten des innerbetrieblichen Verfahrensweges nicht aufgespürt und erschöpfend behandelt werden. Deshalb sei hier nur verwiesen auf die fortgesetzten Bemühun-

1) aaO, S. 278.

2) s.a. BOHR, Klaus J., Vorschläge zu einer exakteren Erfassung der Unfallschwere, in BG 1961, S. 296.

3) DIDIER, Paul, aaO, S. 37 f.; KOLB, aaO, S. 109, nennt 1948 noch 5.000 Stunden.

4) BOHR, Klaus J., aaO, S. 299.

5) STEEG, Hans, aaO IV, S. 57.

gen, die Charakteristika gerade des Merkmals "Unfallschwere" in leicht praktikable Formulierungen umzumünzen, was über den genannten Ausdruck "Leistungsausfall pro 1.000 Arbeitsstunden" zum Teil geschehen konnte. Ein weiterer Schritt dazu ist die Einbeziehung auch aller Rentenfälle in die Betriebsunfallstatistik, die aus historischen Gründen bislang außer Betracht blieben.

Ferner soll eine weitere Aufschlüsselung der Gesamtgröße "Ausfalltage" in Gruppen von "1 - 45 Ausfalltage" und "über 45 Ausfalltage" helfen, bessere Anhaltspunkte zu geben¹⁾.

d) Auswertungsmöglichkeiten der Betriebsunfallstatistik
mittels Bewertung der Unfallziffern

d₁) Grundlagen für die Gestaltung von Gefahrтарif und
Prämiensystem-----

In Anbetracht der Aufgabe dieser Untersuchung, einen möglichst umfassenden Überblick über die Bemühungen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie um Arbeitssicherheit in der Entwicklung mehrerer Jahrzehnte zu geben, sei angeführt, daß man in der Betriebsunfallstatistik gute Vorbedingungen sah, die Einschätzung der Betriebe der HWBG zu den "Gefahrklassen" des Gefahrтарifs, einem der Elemente der Umlagebeitragsberechnung²⁾, zu verbessern. Von dem praktisch als "Belastungstarif" ausgebildeten Maßstab (die Summe aller in einem bestimmten Zeitraum gezahlten Entschädigungen einer Betriebsabteilung wird den im gleichen Abschnitt nachgewiesenen Lohnsummen gegenübergestellt) sollte zu einem wirklichen, die Betriebsgefahr aktuell berücksichtigenden Tarif übergegangen werden, der nach Lage der Unfall-"wertgrößen" recht kurzfristig angepaßt und damit aus seiner Starre (die Ermittlungs- und Gültigkeitsperiode des Gefahrтарifs beträgt 5 Jahre) gelöst werden sollte. Ebenso war daran gedacht, die "besonders tatkräft-

1) Vgl. Jahresbericht für 1961 der WiV EStInd., S. 29 f.

2) s. WICKE, Das Gefahrтарifwesen und die Beitragserhebung bei den gewerblichen BGen, in: BG 1953, S. 153.

tige Bekämpfung" der Unfälle zu "belohnen". Das sollte über ein Prämiensystem geschehen, das die Einzelleistungen der Genossenschaftswerke auf dem Sektor der UV fördern und würdigen sollte (s.a. unten, Kapitel VI). Man suchte also mit Hilfe der Betriebsunfallstatistik eine objektive Basis für die gerechte Belastung aller Mitglieder der BG zu finden.

d₂) Auswertung der Statistik für die Bestimmung der Unfallkosten

Der exakte Nachweis einer bestimmten Kostenbelastung für zurückliegende und zukünftige Rechnungszeiträume ist generell Aufgabe und Ziel der Kostenrechnung und Kostenplanung der Betriebe. - Gelingt es, die Unfallereignisse entsprechend als "Güter- und Leistungsverzehr"¹⁾ einer Rechnungsperiode zu kennzeichnen, so wird mit deren sorgfältiger Berücksichtigung durch die betroffenen Betriebsabteilungen zu rechnen sein. Das bedeutet aber gleichzeitig in aller Regel den Versuch zur Senkung der Kosten, was hier gleichbedeutend mit "Unfallverhütung" ist.

In den BGen sind etliche Versuche unternommen worden, einigermaßen exakte Bestimmungen der Unfallkosten zu erzielen. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß es Schwierigkeiten bereiten, ja teilweise unmöglich sein kann, die Unfallkosten exakt abzugrenzen. Die "Gesamtkosten" eines Unfalls setzen sich aus den "direkten" und den "indirekten" Kosten zusammen. Zu ersteren zählen alle Aufwendungen, die für die Betreuung, Versorgung und Wiederherstellung des Verletzten oder für seine Entschädigung gemacht werden; indirekte Kosten sind Ausgaben, die durch Verlustzeiten bei Maschinen und Mitarbeitern, durch Untersuchungen des Unfallgeschehens, Zeugenvernehmungen, Produktionsstörungen, Reparaturen, Umorganisation, Konventionalstrafen u.ä. entstehen.

Bei der HWBG wurden 1932 erstmalig die Gesamtkosten für den "Fall einer mittleren Rentenangelegenheit" im Bereich der BG

1) SCHMALENBACH, Eugen, Kostenrechnung und Preispolitik, 7. Aufl., Köln/Opladen 1956, S. 6.

zu M 5.400,-- ermittelt¹⁾; davon waren M 4.819,-- "direkte" und M 681,-- "indirekte" Kosten (nach neuerer Terminologie). Das entspricht einem Verhältnis von 7 : 1 der direkten zu den indirekten Kosten. Amerikanische Untersuchungen ergaben eine Größenordnung von 1 : 4, einen noch heute oft zitierten Quotienten²⁾. 1953 stellte eine im Auftrag der WiV EStInd. durchgeführte Unfallkostenuntersuchung heraus, daß bei den geprüften Fällen ein Ergebnis von 10 : 1 galt (direkte Kosten im Durchschnitt DM 793,42 + indirekte Kosten im Durchschnitt DM 74,08 = Gesamtkosten im Durchschnitt DM 867,50)³⁾. Für noch weiter abweichende Verhältnissgrößen finden sich viele Beispiele⁴⁾.

Generell kann hier, ohne auf Einzelheiten Bezug zu nehmen, gesagt werden, daß mit Hilfe der Unfallstatistik, deren wichtigste Rechengrößen oben angeführt wurden, die geldmäßigen Belastungen durch Unfälle leichter zu bestimmen sind. Voraussetzung dafür ist allerdings eine konsequente Erfassung aller Kostenbestandteile sowie eine genaue Kostenstatistik. Die Hohe Behörde der EGKS hat 1961 in ihrem Bereich in mehreren Staaten Vorarbeiten dazu eingeleitet, an denen sich auch Werke der deutschen Eisen- und Stahlindustrie beteiligt haben⁵⁾.

e) Betriebliche Arbeitsschutzstatistik

Hier sei noch eine Form statistischer Erhebung genannt, die auf das allgemeine Sicherheitsprogramm des Betriebes gewisse

-
- 1) DIDIER, Paul, aaO, S. 43 ff.
 - 2) HEINRICH, H.W., Industrial Accident Prevention, 3. Aufl., New York, Toronto, London 1950, S. 50.
 - 3) BRINKMANN, HOFMANN, MAUSOLFF, Die direkten und indirekten Kosten von Arbeitsunfällen, Düsseldorf 1954, S. 6 f.; vgl. auch BERCKHOFF, H.O., Die indirekten Kosten eines Betriebsunfalls ... in BG 1952, S. 151.
 - 4) TURATUS, Klaus, Direkte und indirekte Unfallkosten, in: SiS 1962, S. 201, (203 f.), 225, (227 f.); BOHR, K.J., Was kosten die Eisen- und Stahlindustrie die Unfälle 1960? in StU.E. 1961, S. 67, gibt als Gesamtkostenbelastung bei "Stichproben" DM 2.000,-- bis DM 3.000,-- an.
 - 5) s. Jahresbericht WiV EStInd. für 1961, S. 31.

nützliche Steuerungsimpulse ausüben kann. Neben einer genauen Aufschreibung über das Unfallvorkommen in den einzelnen Schichten, Jahreszeiten, Wetterbedingungen und bei den verschiedenen Altersgruppen der Belegschaft¹⁾ empfiehlt sich eine Übersicht, die zeigt, welche Unfälle durch Benutzung von Schutzgegenständen am menschlichen Körper hätten vermieden werden können. Tabellen und Kurven, die den Zusammenhang zwischen beispielsweise mangelhafter oder unzweckmäßiger Fußbekleidung (keine Sicherheitsschuhe) oder fehlendem Augenschutz (Brillen, Netze, Schirme) und Unfällen aufzeigen, bieten im Bereich der psychologisch-pädagogischen Bemühungen um Arbeitssicherheit, bei der Erziehung zum sicheren Arbeiten beweiskräftige Unterlagen²⁾.

Allgemein geht man nicht fehl, die betriebliche Unfallstatistik und ihr verwandte Zweckübersichten als ein Medium anzusehen, das, mit nachweisbar realistischen Daten ausgestattet, auch den Überzeugungswert besitzt, der die Forderungen nach größerer Arbeitssicherheit stets stützen muß. Hier hat offenbar die deutsche Eisen- und Stahlindustrie erfolgsversprechende Verfahren entwickelt; deren Effizienz kann jedoch erst in einer generellen Anwendung in allen Betrieben voll sichtbar werden.

f) E x k u r s : Zur Frage der Vergleichbarkeit in- und ausländischer Unfallstatistiken

Häufig werden die Unfallzahlen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ausländischen Ergebnissen aus dem gleichen Sektor gegenübergestellt. So ist, das soll stellvertretend für viele gelten, die Berechnung bekannt geworden, daß in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie je Jahr auf 6 Beschäftigte ein Unfall zu verzeichnen sei, hingegen in der englischen nur auf 18, in der amerikanischen Stahlindustrie gar nur auf 127 Be-

1) s. CYRAN, W., Der Einfluß der Witterung auf die Häufung von Betriebsunfällen, in: BG 1956, S. 47;

KREMER, Dionys, aaO, S. 147

2) Vgl. STEEG, Hans, aaO IV, S. 59; dort: "Arbeitsstatistik".

schäftigte ein Unfall komme¹⁾. Ferner werden hinsichtlich der Sicherheit, gemessen am Produktionsausstoß, die folgenden Werte genannt:

In Deutschland ereignet sich bei einem Gesamtausstoß von je 467 t Rohstahl ein Unfall; in England werden bereits 1.388 t unfallfrei hergestellt, und in den USA gelingt das bis zu einem Ausstoß von 21.344 t (Basis jeweils 1.000 t erzeugter Rohstahl) 2).

Schließlich sei hier noch für den Maßstab der Unfallschwere der Vergleich der tödlichen Unfälle im Betriebe angeführt. Dabei stellt sich heraus, daß auf je einen tödlichen Unfall 1956/57 ³⁾ im Bereich der HWBG 5.292 Beschäftigte, in England 3.910, in Amerika aber 12.910 Beschäftigte kamen⁴⁾.

Auf die daran geknüpften Folgerungen und Thesen soll hier nicht eingegangen werden; die Zahlen geben in der Tat, so wie sie gegenübergestellt sind, für die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ein recht ungünstiges Bild. Es darf aber nicht verkannt werden, daß gerade die "angezeigten" Unfälle ein sehr schwieriges Betrachtungsobjekt vornehmlich auf internationaler Ebene sind. Sind selbst die deutschen, also nationalen Unfallzahlen aus den verschiedensten Gründen nicht ohne Bedenken hinzunehmen, so weit man nur die gemeldeten Ergebnisse berücksichtigt, so sind auch bei einem verfeinerten und lückenlos ausgefüllten Meldesystem noch sehr erhebliche Schwierigkeiten zu meistern, um zu einer vergleichbaren Aussage zu kommen. So gibt die Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit in jüngerer Zeit hierzu die Erklärung ab, es sei "z.Z. in vielen Punkten nicht möglich, internationale Vergleiche anzustellen". Die erstrebenswerte Vereinheitlichung scheitere nicht an statistisch-theoretischen, sondern an nationalen gesetzgeberischen, finanziellen, z.T. traditionellen und vielfach sachlichen Schwierigkeiten.

1) s. BOHR, K.J., Vergleichende Untersuchungen über Betriebsunfälle in anderen Ländern, in: Mod. UV (5) 1959, S. 96.

2) ders., wie FN 1), aaO, S. 98.

3) Für englische Angaben Gesamtwert 1956/57, dt. und amer. Einzelangaben für den Vergleich zusammengefaßt.

4) vgl. BOHR, K.J., in Mod. UV (5) 1959, S. 98.

Auch die Analyse der Unterschiede in den Begriffsbestimmungen der "Berufskrankheiten" und "Arbeitsunfälle" sei z. Z. international noch nicht gelöst. "Sogar der Begriff 'tödliche Unfälle' ist noch nicht einheitlich definiert". - Von anderer Seite werden noch das "Niveau des Meldesystems", der Beschäftigungsgrad und "insbesondere das Niveau der gesetzlichen Sozialleistungen" hervorgehoben¹⁾. - Bisweilen wird eine Möglichkeit darin gesehen, den letzten Faktor für die internationale Betrachtung dadurch auszuklammern, daß die Untersuchung auf einen bestimmten Gewerbebezweig verschiedener Volkswirtschaften begrenzt wird, doch dürfte das ein wichtiges Kriterium unnötig preisgeben²⁾. Ja, es wäre sogar geradezu falsch, diese Größe zu eliminieren, der sowohl national eine nicht unbeträchtliche Bedeutung zukommt und die in das Kalkül mit den oft gepriesenen "safety first" -Maßnahmen der Amerikaner unbedingt einbezogen werden muß. Doch kann dies hier auf sich beruhen, da weiter unten darauf näher Bezug genommen wird (s. Kap. VII 3).

Zum Verständnis der Zusammenhänge und Probleme scheint jedoch noch ein Beispiel wichtig, das die Fragwürdigkeit der bisher angezogenen Vergleiche teilweise erhellt. Der Begriff "Arbeitsunfall" hat in den USA, die einzelstaatliche Unfallgesetzgebung kennen, einen durchaus flexiblen Charakter. Das sieht man aus folgendem Fall: Ein in einem Betrieb für feuergefährliche Materialien, in dem striktes Rauchverbot bestand, tätiger Arbeiter wurde durch das Wegwerfen eines Streichholzes, das ein Waschbecken in Brand setzte, bei Löschversuchen erheblich verletzt (der Arbeiter hatte sich eine Zigarette angezündet). - Ein Arbeitsunfall lag nach der Entscheidung des New Yorker Supreme Court Appellate Division³⁾ nicht vor, da der Verletzte durch freiwillige Übertretung des ihm bekannten Verbotes sich außerhalb des Beschäftigungsverhältnisses stellte. Daran änderte auch nichts der Versuch des Arbeiters, durch die

1) "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 25.

2) vgl. BOHR, K.J., in Mod. UV (5) 1959, S. 96.

3) 3rd Judicial Dept. Nr. 2157, vom 16.5.1961, nach KOCH, Hans, in: BG 1961, S. 129.

Löschversuche die Interessen des Unternehmens zu schützen. Daß aus derartiger Stellungnahme bedeutsame Abweichungen in den statistischen Angaben über die Unfälle von den tatsächlichen Verhältnissen angenommen werden können, dürfte nicht sonderlich fern liegen.

Des weiteren stellt man bei Durchsicht einschlägiger Veröffentlichungen fest, daß Zahlenwerke über das Unfallgeschehen vornehmlich in Amerika auch dann genauester Nachprüfung bedürfen, wenn sie scheinbar fehlerfrei sind. Die Angaben über tödliche Unfälle in der amerikanischen im Vergleich zur deutschen Eisen- und Stahlindustrie lassen sich z. B. von verschiedenen Standpunkten aus unterschiedlich interpretieren, je nachdem, welche Quellen zur Auswertung herangezogen worden sind. Hier ist an die Statistik einerseits des National Safety Council, andererseits des Department of Labor gedacht. Zieht man die Zahlen der ersteren Stelle heran, so ergibt sich eine mit der Bundesrepublik Deutschland in etwa konforme Quote tödlicher Arbeitsunfälle; dies verändert sich jedoch stark zu Gunsten der USA, wenn die Angaben des DoL noch berücksichtigt werden, da das NSC einen vergleichsweise nur engen Kreis der gewerblichen Wirtschafts umfaßt¹⁾.

Hier konnte nur andeutungsweise auf die Schwierigkeiten der Analyse statistischer Werte hingewiesen werden. Auch muß im Rahmen dieser Arbeit auf die weitere Erörterung dieser Tatbestände verzichtet werden.

2. Betriebliche Unfallursachenstatistik

Wenn die "statistische Bearbeitung eines Zahlenmaterials in erster Linie darauf abzielt, einen Überblick über dieses Material zu schaffen"²⁾, so ist damit schon implicite das Vorhandensein eben eines bestimmten Untersuchungsfeldes, einer Ansammlung von Fakten oder Daten, vorausgesetzt. Demgemäß

1) s. KOCH, Hans, Ergänzung zur Schrift "Amerikanische Unfallzahlen", in: BG 1960, S. 269.

2) HENRYSSON, HASELOFF, HOFFMANN, Kleines Lehrbuch der Statistik, Berlin 1960, S. 21.

entspricht also der Terminus "Unfallursachenstatistik" der Absicht, eine nach vorher festgelegten Kriterien aufzugliedernde 'Menge' von Unfallursachen dadurch überschaubar zu machen und planmäßig auszuwerten. Hier erhebt sich aber sogleich die Frage, wie weit überhaupt von einer bekannten Anzahl solcher "Ursachen" gesprochen werden kann, und welche Zuordnungsmaßstäbe zur Verfügung stehen. Denn auch jetzt gilt die Maxime, die Statistik mit ihren Methoden einzusetzen, um gewisse allgemeine Aussagen für die Belange der UV (der Arbeitssicherheit) zu gewinnen.

Die gewerblichen BGen haben, wie oben ausgeführt, in ihrer nach Gegenstands-, Tätigkeits- und Vorgangsliste aufgegliederten Statistik keine Übersicht über die Unfallursachen geben wollen. Darin ist vielmehr nur die Gliederung des Unfallvorkommens zu sehen.

Die einen Unfall auslösenden Ursachen sind so vielgestaltig, vielschichtig und komplex wirksam, daß lange Zeit hindurch eine eigentliche Annäherung an diese Problematik nicht erfolgte, geschweige denn eine systematische Abgrenzung und Differenzierung der Einflußfaktoren möglich war. Da aber der Grundsatz gilt, daß "Unfälle verhüten ihre Ursache ausschalten" heißt¹⁾, kann nach dem Grobtest der Unfallgegebenheiten mit Hilfe der Unfallstatistik nunmehr das planmäßige Aufspüren und Abstellen der Ursachen die UV weiterbringen, d.h. die Arbeitssicherheit erhöhen.

Das bedeutet für die Unfallforschung als eine Realwissenschaft²⁾, daß sie - hier nur national betrachtet - folgende Anforderungen erfüllen muß²⁾:

(1) Unfallursachenfaktoren aus den verschiedenen Lebens- und Arbeitsgebieten müssen durch Empirie in ihrer Zuordnung zueinander und zum - heute als Komplex als gesichert geltenden - Unfallereignis selbst ermittelt werden.

1) vgl. FREITAG, Helmuth, aaO, S. 48.

2) Hier und im nächstfolgenden in Anlehnung an NEULOH u.a., Der Arbeitsunfall und seine Ursachen, S. 43 ff.

(2) Zahlreiche Wege stehen für die Untersuchungsmethodik offen und sind unter dem Gesichtspunkt einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Unfallereignisses von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (d.h. auch verschiedenen Standpunkten praktischer Beurteilung der Einflußgrößen) zu beschreiten.

(3) Die empirische Datenermittlung muß sich so eng wie irgend möglich an das Betriebs-(und Unfall-) geschehen anlehnen.

In einer 1954 im Auftrage der WiV EstInd. durchgeführten Unfallforschung in drei westdeutschen Hüttenwerken wurden zum ersten Mal in systematischer Zusammenarbeit von Technikern, Psychologen, Medizinerinnen und Soziologen die komplexen Zusammenhänge der Unfallereignisse als Endpunkte einer Kette von Verursachungsmomenten¹⁾ in der Praxis an Ort und Stelle des Betriebsgeschehens analysiert und in ein System der Beeinflussungssignifikanz gebracht. Für den untersuchten Bereich von annähernd 700 Unfällen ergibt sich nach den Angaben der Autoren eine genügende Repräsentanz für die Gesamtverteilung der Unfälle in ähnlicher Weise wie im Untersuchungsfeld auf die gesamte Hüttenindustrie²⁾. Als der Reihenfolge nach am wichtigsten (bedeutsamsten) erwiesen sich Faktoren des psychologischen, soziologischen, technischen und medizinischen Bereichs. Der psychologische Einflußbereich hatte mit etwa 40 % aller Faktoren das meiste Gewicht. - Hier soll nicht näher auf die Ergebnisse und Folgerungen der Untersuchung eingegangen werden, zumal noch an anderer Stelle deren Aussagen erörtert und zur Beurteilung der praktischen Bemühungen um die Arbeitssicherheit herangezogen werden.

In Fortführung der beschriebenen Forschung galt und gilt es, ein brauchbares "Schema" zu entwickeln, das den Anforderungen der Betriebspraxis nach Ausführlichkeit, Treffsicherheit und Genauigkeit der Aussage genügt und es ermöglicht, eine Übersicht über die zum Unfallereignis beitragenden Situationsbereiche zu gewinnen, dergestalt, daß daraus Maßnahmen zur Abstellung der Gefahrenmomente abgeleitet werden können. Damit

1) NEULOH u.a., aaO, S. 48.

2) dieselben, aaO, S. 83.

hat sich etliche Jahre hindurch ein eigener Arbeitskreis in der Abteilung Sozialwirtschaft der WiV ESTInd. (s.o.) beschäftigt, der zunächst in einem Entwurf eines "Unfallsachenkataloges" zwischen "unmittelbaren, den Unfall direkt auslösenden", und mittelbaren Ursachen unterschied. Darüber hinaus wurde Sorge getragen, sicherheitswidrige Zustände bzw. sicherheitswidriges Verhalten von körperlichen und psychischen Leistungsmängeln zu trennen und die aus der betrieblichen Sphäre erklärbaren Ursachen für die sicherheitswidrigen "Tatbestände" zu berücksichtigen¹⁾.

1961 erschien ein solcher "Unfallursachenkatalog", der den Mitgliedswerken der WiV an die Hand gegen und in den Betrieben einzuführen empfohlen wurde. Ausgehend von der Sicht, daß Unfallursache "jeder vermeidbare Umstand im technischen, persönlichen und organisatorischen Bereich (ist), der mitgewirkt hat, ein Unfallereignis auszulösen"²⁾, legte man in zwei korrespondierenden "Listen" die Merkmale nieder, die im technischen Bereich als "sicherheitswidrige Zustände" und im menschlichen (organisatorischen) Bereich mit "sicherheitswidrigem Verhalten" gekennzeichnet wurden. Hier soll ein Abriß dieser Katalogisierung folgen.

Nach obigem ergeben sich eine "Zustands"- ("Z"-) und eine "Verhaltens"- ("V"-)Liste. Die meisten Unfälle werden durch das Zusammenwirken mehrerer Ursachenfaktoren ausgelöst, so daß darauf abgestellt werden muß, eine Kombination verschiedener Ursachen auf möglichst einfache, aber zutreffende Weise als "Verursachungskomplex" durch Zusammentragen einzelner "Teilursachen" zu erstellen. Danach ist jede der beiden Listen in zwei "Dimensionen" gegliedert, die durch korrespondierende Verbindungen sowohl in sich als auch untereinander den Gesamtbereich der (bisher bekannten) Unfallursachen abgrenzen sollen.

1) Vgl. Jahresbericht der WiV für 1957, S. 50 f.

2) WiV ESTInd., Richtlinien zur Erfassung von Unfallursachen (Unfallursachenkatalog) Düsseldorf 1961, S. 8.

In jeder der beiden Listen entspricht den verschiedenen "objektiven" Tatbeständen (z.B. in der "Z"-Liste Grund und Boden, Arbeits- und Kraftmaschinen; in der "V"-Liste sicherheitswidrig Last verladen oder Sicherheitseinrichtungen entfernen) in der Regel ein Mangel, etwa: "nicht oder unzureichend gesichert" (Z-Liste) oder (als körperlicher Mangel) "vorübergehende Einschränkung der körperlichen Leistungsfähigkeit".

Beide Listen enthalten je 10 "objektive" Tatbestände; die Z-Liste verzeichnet 8 Kategorien von Mängeln, die V-Liste "geistig-seelische" und "körperliche" Mängel (6 Untergruppen) sowie "organisatorische Mängel" (4 Untergruppen).

Die innerhalb der einzelnen Listen wie auch durch Auswertung der Ergebnisse beider Listen sich ergebenden "Schnittpunkte" grenzen den Unfallbereich ein und erlauben vor allem auch eine gleichmäßige Beurteilung der Vorkommnisse auf ein- und überbetrieblicher Ebene.

Über die praktische Anwendbarkeit und ersten Erkenntnisse der genannten Klassifizierung von Unfallursachen heißt es aus der Eisen- und Stahlindustrie¹⁾, die Richtlinien hätten "sich in der Praxis bewährt"; als Hindernis einer wahrheits- und sachgerechten Erfassung wird die Neigung bekannt, die zur Erstellung des Unfallursachenberichts notwendigen Fragen an die Beteiligten häufig im Sinne einer Schuldaufklärung betrachtet zu finden. Daraus ergeben sich dann verzerrte Darstellungen, weil die Befragten eine Verschuldensforschung argwöhnen. Obgleich der Katalog die Frage nach der Schuld nicht enthält und diese Problematik auch bewußt schon seit langem aus der Unfalluntersuchung herausgehalten wird²⁾, scheint hier noch eine verbreitete Unkenntnis zu herrschen. Deren Auswirkungen sucht man tunlichst dadurch zu umgehen, daß von vornherein nur ein "Verletztengespräch", nicht jedoch eine inquisitorische Prüfung angestellt und durchgeführt werden soll³⁾.

1) s. Jahresbericht WiV EstInd. für 1961, S. 30.

2) "Richtlinien ...", wie vor, aaO, S. 6.

3) Vgl. Schriftenreihe Arbeitssicherheit der IG Metall, Heft 3, S. 15.

3. Die Unfallverhütungsvorschriften

Da in der hochmechanisierten und technisierten Industriewirtschaft erhebliche Unfallquellen gerade in den Fabrikationsmitteln liegen, wurde seit je besonderer Bedacht auf die sichere Gestaltung der Betriebseinrichtungen, Maschinen, Apparate, Geräte und sonstigen technischen Anlagen gelegt¹⁾. Deren betriebssicheren Zustand schreiben die Unfallverhütungsvorschriften (UVVen) der BGen vor; außerdem regeln sie weitgehend das Verhalten der Versicherten beim Umgang mit den Produktionseinrichtungen aller Art. Eine Produktion sollte immer so angelegt sein, daß auch bei anomaler Reaktion der Arbeiter noch ein weites Maß an Sicherheit gewährleistet ist²⁾.

a) Praktische und rechtliche Natur der UVVen

a₁) Praktische Natur der UVVen

Grundsätzlich kommt den Sachleistungen in der UVers. der Vorrang vor den Geldleistungen zu³⁾; die wichtigste und bedeutendste Kodifikation dieser Sachleistungen findet sich in dem umfangreichen Komplex der UVVen, der aus derzeit 118 Abschnitten besteht⁴⁾. Aus praktischen und rechtlichen Gründen werden die Vorschriften so abgefaßt, daß sie möglichst für alle 36 BGen anwendbar sind.

Der "allgemeine Teil" der UVVen (VBG 1) gilt gemeinsam in allen BGen, während im übrigen die einzelne BG Auszüge aus dem Gesamtwerk je nach ihrem Fachgebiet für hauptsächlich bedeutsam erklärt. Die Eisen- und Stahl-BGen, zu denen auch die HWBG rechnet, stützen sich auf 37 Abschnitte des Kataloges der Vorschriften.

1) "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 21.

2) s. hierzu u.a. Technischer Bericht der HWBG für 1913, Pkt. III, in AN 1914, 2. Beiheft; HARTMANN, Konrad, aaO, S. 23.

3) Vgl. ROEWER, Gustav, Beseitigung der bg-lichen Betriebsüberwachung? in BG 1928, Sp. 305.

4) s. Verzeichnis der Einzel-UVVen der gewerblichen BGen (VBG-Vorschriften), Stand vom 1. August 1961.

Die UVVen gelten als "anerkannte Regeln der Technik"¹⁾; sie geben jedoch in der Regel nur das Ziel an, das aufgrund der Sicherheitserfordernisse erreicht werden muß, die Wahl der Mittel im einzelnen bleibt dem Unternehmer überlassen²⁾.

Form und Umfang der UVVen werden seit langem³⁾ von der Betriebspraxis als Belastung empfunden. Meist ist es schwierig, die formalistisch aufgebauten Vorschriften denjenigen, die es angeht, nahezubringen; sehr oft müssen sie erst "in Kumpeldeutsch übertragen" werden. Der häufig zu hörende Vorwurf, die UVVen seien in unverständlicher Juristensprache abgefaßt, berücksichtigt nicht, daß die BGen bemüht sein müssen, verschiedene Dinge mit einem und demselben Mittel gleichzeitig zu erreichen: auf der einen Seite ist es nötig, möglichst alle Gefahrenkonstellationen bei der Formulierung der Gebote oder Verbote zu berücksichtigen, auf der anderen Seite soll aber ein möglichst weiter Spielraum für die Durchführung der Anordnung im Einzelfall gewährt werden. Beides soll außerdem mit möglichst wenigen Worten ausgedrückt werden: aus diesen drei Umständen ergeben sich gewiß hier und da "starre" Wendungen, die auslegungsbedürftig sind oder einen individuellen Zuschnitt erfordern. Das wird sich aber im Rahmen selbst einer BG nicht vermeiden lassen, da die tatsächlichen Verhältnisse in den Mitgliedswerken vielfältige Unterschiede aufweisen; umsomehr gilt das für alle Gewerbezeige einheitlich "definierten" Gefahrenmomente und die Maßnahmen zu ihrer Abwehr. - Die UVVen sind als "Niederschlag" der in den einzelnen Gewerbezeigen gemachten Betriebserfahrungen zu Sammelkennzeichnungen "typischer Gefährdungsmöglichkeiten" verdichtet worden⁴⁾. Gerade deshalb scheint es aber nötig und sinnvoll, den Einzelgefahren in verschiedenen Betrieben evtl. mit verschiedenen praktischen Maßnahmen zu begegnen, die allerdings das

1) s. z.B. VDSI Schriftenreihe Arbeitssicherheit, Heft 2, Essen 1960, S. 18.

2) Niederschrift Sitzung BG-Verband v. 16.1.35, Pkt. 3, S. 10.

3) HARTMANN, Konrad, aaO, S. 14.

4) BGH vom 24.6.1953, BG 1953, S. 401. (Hervorhebung nicht i. Orig.)

generelle Ziel der UVV erreichen müssen (vgl. oben). Die geeigneten Mittel und Wege zu finden ist Sache der Unternehmer (bzw. der SiBen als Betriebspraktiker in Sicherheitsfragen); daß die BG-Verwaltung dabei durch Information, Ausbildung und Rat helfen kann und muß, daß sie das aber auch tut, soll nachdrücklich betont werden.

a₂) Rechtliche Natur der UVVen¹⁾

Die UVVen sind autonome Rechtsnormen²⁾, die im Verhältnis der BG zu ihren Mitgliedern, nicht jedoch gegenüber Dritten, "schlechthin bindend"³⁾ sind; ein Verstoß gegen sie gilt regelmäßig als strafrechtliche Fahrlässigkeit⁴⁾.

"Die UVVen haben nicht die Bedeutung, daß durch sie der Umfang der zivilrechtlichen und strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Betriebsunternehmer begrenzt würde. Sie entheben diese keineswegs selbständigen Denkens und eigener Sorge bei der Anwendung geeigneter Maßnahmen zum Zwecke der UV. Eine Nichtbeachtung auch nur allgemein gehaltener UVVen kann daher Ersatzansprüche der BG begründen. Denn es ist Pflicht des Unternehmers, sich über den Stand der Technik selbst zu unterrichten und in der Praxis bewährte Schutzvorrichtungen anzuwenden, gleichgültig, ob diese eine unbedingte und absolute Sicherung zu schaffen vermögen"⁵⁾.

Soweit erforderlich, gehen die UVVen über die staatlicherseits erlassenen Sicherheitsbestimmungen hinaus. Es gilt der Grundsatz, daß in jedem Fall die weitergehenden Vorschriften zu beachten sind⁶⁾. Sie haben hingegen nicht den Charakter von Schutzgesetzen iDs § 823 Abs. 2 BGB⁷⁾, was von mancher Seite als unbefriedigend empfunden wird⁸⁾.

1) s. hierzu die ausführliche Darstellung bei PFLAUM, Hans-Joachim, 'Die Bedeutung der UVVen, Köln o.J.

2) RG IV v.29.11.1908; abwchd. RVA v.14.1.1913, AN 1913, S.548.

3) RG vom 3.4.1919 (Breith., 25 Jahre I, 598; Breith. Slg.10, u.dortige Verweise); BGH v.10.11.54 - VI ZR 154/53 -.

4) RG vom 6.10.1913 (Breith. 25 Jahre I, 589).

5) Zu ihrer Gültigkeit bedürfen sie der Genehmigung des BAM; über das Verfahren der Aufstellung, des Erl. und der Genehmigung s. in "75 Jahre Hauptverband", aaO, S. 22.

6) RVA v.12.5.1939, AN 1939, 258; Erl. RAM v.17.4.1939 (AN259).

7) RGZ 48,327; 72,197. HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch I, S. 375.

Anders bei staatlichen Vorschriften, vgl. dies., I, S.127.

8) HERSCHEL, Wilhelm, aaO I, S. 571.

Für die praktische Wirksamkeit der UVVen ist ihre Ausstrahlungswirkung von Bedeutung, die sich darin ausdrückt, daß den Unternehmern vorgeschrieben wird, bei Bestellung von Maschinen, Aggregaten u. dgl. zu verlangen, daß die bg-lich vorgesehenen Schutzeinrichtungen mitgeliefert werden (VBG 1, § 14).

Die Rechtsprechung hat das Gewicht der UVVen überaus deutlich gemacht, wenn sie feststellt, daß "Maschinen, die den UVVen nicht entsprechen, unbrauchbar" sind¹⁾.

Bei Verstößen gegen die UVVen haften der Unternehmer sowie von ihm eigens beauftragte Personen²⁾ nach den Vorschriften des StGB, insbesondere über fahrlässige Körperverletzung oder Tötung (§§ 230, 222)³⁾.

b) Aufgaben und Grenzen der UVVen

Abweichungen von den durch die UVVen gesetzten Maßstäben nach eigenem Ermessen sind weder dem Unternehmer noch dem Versicherten erlaubt⁴⁾. Das kann praktisch aber nur dort Gültigkeit haben, wo auch eine echte Kontrolle möglich ist. Davon wird man in der Regel nur im Betriebsbereich sprechen können. Da aber auch Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit dem Versicherungsschutz unterliegen, bleibt die Frage, inwieweit die UVVen Einfluß auf das Verhalten der Versicherten auf dem Arbeitsweg rechtlich und tatsächlich nehmen können. In verschiedenen Werken der HWBG wurde mit Erfolg die Verkehrssicherheit in die UV einbezogen; die rechtlichen Grundlagen sind teilweise umstritten⁵⁾. Dennoch dürfte kein Zweifel sein, daß im Interesse einer UV in allen Lebensbereichen, die neuerdings stark in den Vordergrund tritt⁶⁾, auch die Erziehung zur Si-

1) OLG Düsseldorf vom 20.6.1952 - 54 26/52;
BGH vom 23.6.1952, III ZR 168/51; BG 1953, S. 60.

2) vgl. § 899 RVO.

3) s. § 903 Abs. 1 RVO; RG St 61, 318 (320);
RGZ 170, 161. - s.a. BAG vom 23.11.1962 - 1 AZR 304/61 -
in: DB 1963, S. 173.

4) so LAUTERBACH/PODZUN, aaO, S. 59.

5) PFLAUM, Hans-Joachim, aaO, S. 68 ff.

6) s. RITTER, Erik H., Mehr Sicherheit ..., aaO, S. 13 ff.

cherheit außerhalb des Werksgeländes fruchtbringend ist. Für die Durchführung der UV durch Überwachung der Betriebe geben die UVVen bis heute noch den TABen die wichtigste und ausführlichste, sowie auch rechtlich stärkste Handhabe, ihre Forderungen an die Betriebssicherheit zu stützen, zu begründen und zu verfolgen. Hier wird die Basis für eine gleichgerichtete Marschroute in dem Gesamtplan der technischen UV festgelegt. Allerdings sind die TABen nur "Förderer der Unfallsicherheit und Berater der Unternehmer; sie nehmen diesen nicht die Verantwortung und Haftung ab"¹⁾.

4. Unterstützung der UV durch Richtlinien, Merkblätter und sonstige Sicherheitsanweisungen

a) Richtlinien

Zu der technisch sicheren Arbeitsweise von Maschinen und Anlagen aller Art sowie der daran beschäftigten Menschen sollen die von den BGen herausgegebenen Richtlinien und Merkblätter beitragen, kurz gefaßte zusammenstellende Übersichten über die technisch einwandfreie Ausgestaltung und Überwachung von gefährlichen Arbeitsprozessen.

Ihrem Wesen nach sind die Richtlinien Zusammenfassungen der wichtigsten technischen Erkenntnisse, die über bestimmte Maschinen, Aggregate, Fertigungsprozesse, Reaktionen gewonnen wurden und geeignet erscheinen, als Anleitung zur sicheren Arbeitsweise zu dienen. Sie werden aufgestellt, "wenn UVVen noch nicht angängig erscheinen", weil eine abgeschlossene Forschung noch nicht vorliegt oder aus praktischen Gründen der Erlaß von Vorschriften zu umständlich, in gewisser Hinsicht zu allgemein und auch zu starr wäre²⁾. Richtlinien können rasch dem jeweils neuesten Stand der Entwicklung angepaßt werden und brauchen nicht den langen Weg des Genehmigungsverfahrens der UVVen³⁾ zu durchlaufen. Sie ermöglichen eine elasti-

1) Schöffengericht Bremen, Urteil vom 10.7.1958 - 13 Ms 4/58.

2) SINGERHOFF, Gustav, aaO, S. 26.

3) Über den Gang des Verfahrens vgl. FN 5) auf S. 119.

sche Handhabung der generellen Sicherheitserfordernisse in den Betrieben, die eine detaillierte Instruktion an die Hand bekommen. Die HWBG hat derzeit 15 Richtlinien in ihren Mitgliedswerken ausgegeben.

b) Merkblätter und Sicherheitslehrbriefe

Merkblätter wenden sich in erster Linie und überwiegend an diejenigen Personen, die laufend, nicht etwa nur zu Kontroll- oder Überwachungsarbeiten, mit besonders gefährlichen Arbeiten beschäftigt sind. Sie sollen "auf die Gefahren ... hinweisen und das Bewußtsein der Gefahr wachhalten"¹⁾. Allgemein verständliche Formulierungen, die auch verbreitete richtige oder falsche Ansichten über den Schutz vor Gefahren bestimmter Art aufnehmen und die geeigneten Sicherheiten empfehlen, helfen zu einer verstärkt sicherheitsbewußten Verhaltensweise der Arbeitnehmer. Sie sind darüberhinaus selbstverständlich geeignet, als Basis für Schulungs- und Aufklärungs- sowie Kontrollmaßnahmen im Betrieb den für die Sicherheit Verantwortlichen Unterlagen und Anhaltspunkte zu geben, die grundsätzlich auch bei der Belegschaft bekannt sein sollten. Die HWBG benutzt augenblicklich hauptsächlich 14 Merkblätter.

Sicherheitslehrbriefe erscheinen in umfassender Zahl für viele Berufe, getrennt nach Fachrichtungen und Gewerbszweigen. Sie geben den Beschäftigten eingehende Anweisungen, wo nach aller Erfahrung die hauptsächlichsten Gefahrenquellen in ihrer speziellen Arbeit, und wo die Möglichkeiten zur Sicherung der eigenen Person und der der Mitarbeiter liegen.

c) Sicherheitsanleitungen für Ausländer

Für die ausländischen Gastarbeiter sind Merkblätter und Anleitungen zu sicherem Arbeiten zusammengestellt und den Mitgliedsbetrieben nach Bedarf zugestellt worden. Es sind Ausgaben in deutsch-italienischer, -spanischer, -griechischer, -französi-

1) s. Merkblatt "Rangieren", hrsg. von der BG für Straßen-, Privat- und Kleinbahnen, S. 1.

scher, -englischer, -holländischer und -türkischer Fassung verfügbar¹⁾. -

Bemerkenswert ist die inzwischen wieder beseitigte Vorschrift der RVO, UVVen bei Bedarf in fremden Sprachen abzufassen²⁾.

d) Betriebsanleitungen - Einzelanordnungen - Regeln der Technik

Die HWBG gibt für Arbeiten an Maschinen, Fahrzeugen und anderen Geräten, die bei unsachgemäßer Bedienung besondere Gefahren entstehen lassen können, auch "Betriebsanleitungen" heraus. Hier sind in einem Minimum an Wortaufwand mit Hilfe vergleichender bildlicher Darstellung richtiger und falscher Bedienung und mit Angaben der wichtigsten technischen Daten die einzelnen Arbeitsgänge aufgeführt, die besondere Aufmerksamkeit und sachgemäße Handhabung erfordern³⁾.

Eine beachtliche Erweiterung des Instrumentariums der "Direktiven" der Genossenschaftsverwaltung für die UV stellt offenbar die "Einzelanordnung" dar. Dabei handelt es sich um eine aus aktuellem Anlaß dringend benötigte Sammlung wichtiger Verhaltensmaßregeln und technischer Einrichtungsbestimmungen; sie werden nur in Sonderfällen erlassen, wenn die Beratungen und Untersuchungen der zuständigen Fachgremien noch nicht so weit gediehen sind, daß Richtlinien daraus entwickelt werden könnten, andererseits aber Leitsätze den Unternehmen unbedingt an die Hand gegeben werden müssen. Die Sicherheitsmaßnahmen werden dann für "sofort verbindlich" erklärt⁴⁾.

Wichtige Grundsätze für die technische Seite der Arbeitssicherheit sind die "Regeln der Technik", vom VDE oder nach DIN vorgeschriebene Schutzbestimmungen für die Herstellung, Aufstellung und Inbetriebnahme gefährlicher Arbeits- und Kraftmaschinen, Anlagen, Werkzeuge etc. Wo auf sie in den UVVen ausdrücklich Bezug genommen ist, kommt ihnen dieselbe rechtliche Bedeutung wie den UVVen zu⁵⁾.

1) herausgegeben von dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn, s. Betriebswacht 1963, S. 93.

2) Vgl. § 848 Abs. 4 RVO idF vom 19.7.1911 (weggefallen durch das 5. ÄndG. vom 17.2.1939).

3) so z.B. "Betriebsanleitung für das Be- und Entladen von OÖt-Wagen", hrsg. von der HWBG o.J.

4) Vgl. Jahresbericht des TAD der HWBG für 1961, S. 19ff.

5) Vgl. PFLAUM, Hans Joachim, aaO, S. 71 ff.

5. Ordnungsstrafen

Unternehmer und Versicherte können bei Zuwiderhandlungen gegen die UVVen mit Geldstrafen einerseits bis zu DM 10.000,--, andererseits bis zu DM 1.000 belegt werden (vgl. § 850 RVO). Es handelt sich bei dieser Strafe um sog. Ordnungsstrafen, für die der Rechtsgrundsatz "ne bis in idem" nicht gilt. Eine Ordnungsstrafe kann also auch neben einer strafgerichtlichen Verurteilung verhängt oder in wiederholten Fällen für denselben Verstoß ausgesprochen (und bis zur Höchstgrenze in Abstufungen verschärft gefordert) werden¹⁾. -

Sie stellt schon die Gefährdung eines Arbeitsplatzes- oder Vorgangs allein unter Strafe, ohne daß es im konkreten Fall zu einem Unfall gekommen zu sein braucht²⁾. Einwendungen, die wirtschaftliche Gründe für unterbliebene Sicherheitsvorkehrungen vorbringen wollen, gelten wie im strafrechtlichen Verfahren nicht; nur eine "Ausnahmegenehmigung" der BG, die zumeist eine verlängerte Frist setzt, um erhebliche Kosten zeitlich besser anpassen zu lassen (z.B. bei der HWBG in weitem Umfang zwecks neuartiger Sicherungen bei alten Hüttenwerks-Krananlagen), schafft hier einen Exkulpationsgrund.

In der Praxis wird die Ordnungsstrafe in der Regel nur sehr selten verhängt. Eine Veröffentlichung aus jüngster Zeit gibt für alle gewerblichen BGen die Gesamtbelastung der Unternehmen mit solchen Strafen für 1960 mit rd. DM 16.000,-- an. 25 % aller gewerblichen BGen verhängten überhaupt keine Strafen³⁾.

Es wird das Argument gebraucht, die Bedrohung mit Ordnungsstrafen aus einem Gremium, das sich ja aus den Genossen der Genossenschaft selbst zusammensetze⁴⁾, erschwere eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, weil solches Vorgehen der Aufgabe der bg-lichen Verwaltung, beratend tätig zu werden, widerspreche. Eine Art "Amtsanmaßung" wird abgelehnt.

1) Urteil SG Trier vom 19.10.1954, SGU - 1840/54 - vgl. BG 1955, S. 223.

2) PFLAUM, Hans Joachim, aaO, S. 110.

3) BOHR, Klaus J., Sozialreform und Arbeitssicherheit, in: ZSR 1962, S. 205.

4) Der Vorstand der BG erläßt die Ordnungsstrafe (vgl. § 851 RVO, § 33 der Satzung der HWBG vom 30.4.1954).

Es dürfte schwierig sein, die berechtigten Fälle einer Strafzumessung im Sinne einer genossenschaftlichen Bemühung um die UV so klar herzustellen, daß allen Genossen der Sinn solcher Maßnahmen einleuchtet. Dazu muß offenbar hinsichtlich der UV bedeutend mehr genossenschaftliches Denken erreicht werden.

Über die von der HWBG seit ihrem Bestehen verhängten Ordnungsstrafen konnte ein Nachweis nicht erbracht werden. Die amtlichen Veröffentlichungen¹⁾ verzeichnen ein derartiges Vorgehen der HWBG in keinem Falle. Der Genossenschaftsvorstand hat in früherer Zeit die Mitgliedswerke angehalten, Versicherte von sich aus zu bestrafen²⁾; auch hier erging von der Genossenschaftsverwaltung selbst keine solche Maßnahme.

6. Das Vorbelastungsverfahren

a) Allgemeines

Gemäß § 712 RVO haben die BGen das Recht, durch Satzungsbestimmung ihren Mitgliedern "unter Berücksichtigung der Unfälle, die in ihren Betrieben vorgekommen sind", Zuschläge aufzulegen oder Nachlässe zu bewilligen³⁾. Diese durch die Gesetzesregelung der RVO aufgestellte Norm soll "andeuten, daß nicht nur die Zahl, sondern auch die Schwere der Unfälle und die hieraus den Betrieben entstehende finanzielle Last überhaupt maßgebend ist"⁴⁾. Gleichzeitig wird damit auf den wirtschaftlichen und im eigentlichen Sinne ja auch grundlegenden Charakter der UV aufmerksam gemacht, der sich in der Möglichkeit ausdrückt, durch Verhinderung von Schadensereignissen die Folgen daraus vernachlässigen zu können. In den Kreisen verschiedener BGen werden solche Fragen seit fast 40 Jahren ventilert.

1) AN Jahrgang 1891 bis 1944.

2) so: Verw.Ber. der HWBG für 1910, S. 26; Techn. Bericht für 1936, S. 2 ff.

3) Vgl. § 18 Abs. 3 der Satzung der HWBG vom 30.4.1954.

4) s. amtliche Begründung zur RVO, S. 316. Vgl. auch STIER-SOMLO, Fritz, Komm., Anm. 1 und 4 zu § 851.

Eine Intensivierung der werksseitigen Bemühungen um Arbeitssicherheit suchten auf direktem Wege durch variable Gestaltung der Jahresumlage sämtlicher Genossen in den 30er Jahren zunächst die Lederindustrie-BG, dann die Papiermacher-BG, die BG der Gas- und Wasserwerke sowie die BG der Feinmechanik und Elektrotechnik zu erreichen¹⁾. Der Vorstand der HWBG erörterte 1930 gleichfalls diese Fragen, unter Bezugnahme auf das Vorgehen der damaligen Knappschafts-BG, die je nach Anzahl und Schwere der Unfälle den Unternehmern für tödliche Unfälle RM 2.000,--, für entschädigungspflichtige RM 1.000,-- auferlegte²⁾; zur praktischen Ausgestaltung eines Verfahrens kam es in der Eisen- und Stahlindustrie jedoch noch nicht.

Nach 1945 nahmen zwei BGen die flexible Gestaltung der Umlage wieder auf; die BG der Feinmechanik und Elektrotechnik führte das Vorbelastungsverfahren ab 1.1.1950 erneut ein³⁾. Derzeit sind nur 3 der insgesamt 36 gewerblichen BGen zu einer derartigen Regelung übergegangen. Die auffällig geringe Neigung zur finanziellen "Beweglichkeit" zum Zwecke der UV soll zum Anlaß genommen werden, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich im wesentlichen bei der Anwendung des Verfahrens bemerkbar machen.

Es werden generell - neben der herkömmlichen Umlage-Beitrags-erhebung im nachhinein nach dem Prinzip der Kostendeckung - folgende Verfahren unterschieden⁴⁾:

(a) Das Umlageverfahren mit Kapitaldeckung⁵⁾.

Hier handelt es sich darum, nicht nur die jeweiligen Kosten, sondern auch den Kapitalwert der von der BG neu festgesetzten Rentenansprüche zu decken. - Das Verfahren wird kaum praktiziert; ebensolches gilt von dem

(b) Prämienverfahren mit Kapitaldeckung⁵⁾, das auf Grund eines vom RVA aufgestellten Prämientarifs die Beitragshöhe der Genossenschaftsmitglieder bestimmt.

1) Vgl. BG 1931, Sp. 425, 657. MEESMANN, Paul, Berücksichtigung der Unfälle durch Einführung einer Vorbelastung, in: BG 1931, Sp. 121, 425. KÖHLER, Otto, Betrieb und BG, in: BG 1931, Sp. 537.

2) Bericht über die 84. Sitzung des Vorst. der HWBG 1930, Pkt. 3.

3) s. GOSSELK, F.W., Das Vorbelastungsverfahren (BG 1950, 196).

4) Vgl. hierzu und für folgendes HOFMANN, Friedr., Untersuchung der bekannten Beitragsverfahren ..., o.O.u.J., S. 7 ff.

5) s. hierzu auch HOFMANN, Friedrich, aaO, S. 41 ff.

Wichtig im Rahmen dieser Erörterung sind grundsätzlich das

- (c) Prämienverfahren,
- (d) Ausgleichsbelastungsverfahren¹⁾ und das
- (e) Vorbelastungsverfahren.

Auf die Verfahren zu (c) und (d), die eine nachträgliche, am Jahresende erst bei den Genossen fühlbar werdende Beitragsveränderung - je nach Erfolgen in der UV mit Erhöhungen oder Nachlassen - bewirken, soll hier nicht eingegangen werden. - Zu (e): Eine "V o r belastung" im eigentlichen Wortsinn kann nur vorliegen, wenn ein bestimmter, flexibel gestalteter Teil der Gesamtumlage der BG vor Ablauf des Beitragszeitraumes, also in der Regel eines Jahres, von den Mitgliedswerken gemäß deren individueller Unfallbelastung aufgebracht wird. Das würde zum Inhalt haben müssen, daß jedes Unternehmen für die bei ihm eingetretenen Unfälle in engstem zeitlichen Anschluß an das Unfallgeschehen diejenigen Geldbeträge an die Genossenschaftsverwaltung entrichtet, die der Schwere des Unfalls in etwa angemessen sind.

Hier entstehen folgende Überlegungen, die eine nicht ganz befriedigende Praxis der Vorbelastung (s. a. "Umfrage", unten S. 135) kennzeichnen dürften:

1. Das Vorbelastungsverfahren darf im Grunde das "genossenschaftliche Prinzip" einer solidarischen Haftung aller in der BG vereinigten Mitglieder nicht aufheben. Es kann, wenn man die Struktur der genossenschaftlichen Unfallentschädigung beibehalten will, nicht angehen, "jedem Betrieb seine eigene Unfallast" aufzuerlegen²⁾. Gleichwohl soll aber gerade der wirtschaftliche Wert der unfallverhütenden Maßnahmen auf genossenschaftlicher Basis verstärkt betont werden.

2. Das Verfahren muß die finanziellen Anreize, UV in erhöhtem Maße zu betreiben, den jeweiligen Betriebs stellen so deutlich werden lassen, daß die zahlenmäßige Belastung auch eine intensitätsmäßige Veränderung der UV bewirkt.

1) im Anschluß an HOFMANN, Friedrich, aaO, S. 20 ff.

2) WICKE, Die finanziellen Grundlagen der gewerblichen BGen, in BG 1955, S. 341, 380.

3. Sinnvoll kann dies letztlich nur geschehen, wenn die individuellen Umstände jedes einzelnen Betriebes der BG gebührend berücksichtigt werden. Das bedeutet eine Ausgestaltung des Verfahrens derart, daß einerseits Groß- und Kleinbetriebe mit ihren verschiedenen hohen Belegschafts- und Unfallzahlen angemessene Belastungen zu gewärtigen haben, daß andererseits aber auch die innerbetrieblichen Relationen der Unfallhöhe und der Anstrengungen zur Arbeitssicherheit nicht übergangen werden dürfen. (Es ist etwas anderes, eine geringe Zahl schwerer Unfälle nachhaltig abzubauen oder eine dann nurmehr vorhandene Menge leichterer Unfälle wirksam zu bekämpfen.)

4. Die tatsächliche Höhe der Vorbelastungsbeträge kann nicht den effektiven Unfallkosten entsprechen, die der BG für den Einzelfall erwachsen. Anderenfalls wäre, einmal abgesehen von der Schwierigkeit einer exakten Vorausbestimmung, das genossenschaftliche Prinzip aufgegeben. Mit der Vorbelastung muß aber gerade zu erreichen versucht werden, daß der wirtschaftliche Schaden, den das einzelne Unternehmen primär aus seinen eigenen und sekundär aus den Unfällen der übrigen Mitgliedswerke erleidet, so prägnant wie möglich am Einzelgeschehen sichtbar wird.

Die vorstehend aufgezeigte Problematik ist in den genannten Systemen zum finanziellen Anreiz der UV unterschiedlich bewältigt worden. Hierauf kann näher nicht eingegangen werden; ausführlich nimmt eine "Untersuchungsstelle für Arbeitsschutzfragen im Auftrage der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie" dazu Stellung, die auch die Empfehlungen zu dem bei der HWBG eingeführten Vorbelastungsverfahren gegeben hat¹⁾. Darüber wird nunmehr zu handeln sein.

b) Das derzeit gültige Vorbelastungsverfahren der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Die HWBG führte mit Wirkung vom 1.1.1956 ein Vorbelastungsverfahren ein, um "letztlich ... eine Verminderung der Un-

1) s. Untersuchungsstelle ...; HOFMANN, Friedrich, Untersuchung der bekannten Beitragsverfahren ..., aaO.

fälle ..." zu erreichen¹⁾. Berücksichtigt werden sollten in diesem Verfahren nach Vorschlag eines Sonderausschusses der Genossenschaftsverwaltung alle Arbeitsunfälle i.e.S., d.h. also alle "Betriebsunfälle", sowie alle Berufskrankheiten (gem. den §§ 542, 545 RVO). Nicht einbezogen sind die Wegeunfälle gemäß § 543 RVO; hierfür war offenbar die erschwerte Einflußnahme in unfallverhütender Sicht der Grund, eine aus solchen Unfällen resultierende Belastung nicht mit den im Betriebsgeschehen entstehenden Schädigungen gleichzusetzen.

Als flexibler Betrag der Umlage wurden 20 % gewählt, weil dies als "Mittelwert" gelten könne, der einerseits wirkungsvolle Beträge gewährleistet, andererseits aber nicht zu einer allzu starken Heranziehung einzelner Werke im Vorbelastungsverfahren führt²⁾. Die Belastungssumme setzt sich zusammen aus Beträgen dreier Gruppen von Unfällen, die nach den Folgen, gemessen an Arbeitszeitverlust, gewertet werden:

- Gruppe 1: meldepflichtige Unfälle mit Arbeitsunfähigkeit bis zu 45 Tagen;
- Gruppe 2: meldepflichtige Unfälle mit Arbeitsunfähigkeit über 45 Tage ohne Rentengewährung;
- Gruppe 3: rentenpflichtige und tödliche Unfälle.

Die Höhe der Vorbelastungsbeträge wurde zunächst mit (für Gruppe 1 bis 3) DM 50,--, DM 500,-- und DM 2.000,-- festgesetzt; nach Ablauf einer 2-Jahresfrist gilt ab 1.1.1958³⁾ und derzeit folgende Abstufung:

Gruppe 1:	DM 50,--
Gruppe 2:	DM 1.000,--
Gruppe 3:	DM 3.000,--.

Für die weitere Erörterung sind die "Richtlinien für das Vorbelastungsverfahren" der HWBG vom 9.12.1957, die ab 1.1.1958 Gültigkeit haben, zu Grunde gelegt. Dabei sind nur die für eine allgemeine Übersicht notwendigen Angaben gemacht; detaillierte Ausführungen können zurückgestellt werden, soweit

1) Vgl. Rdschr. der HWBG 5/1955 vom 3.11.1955; Beilage "Bemerkungen zum Vorbelastungsverfahren", S. 3.
2) Quelle wie unter FN 1), aaO, S. 2.
3) HWBG, Richtlinien für das Vorbelastungsverfahren vom 9.12.1957, gültig ab 1.1.1958, S. 2.

sie interne verfahrenstechnische Regelungen berühren.
Für die Erhebung des Beitrages gilt das folgende¹⁾:

- (1) Das Vorbelastungssoll wird von der Umlage der BG abgezogen. Der Unterschiedsbetrag wird durch die Umlage der BG geteilt und ergibt die Umrechnungsziffer.
- (2) Zur Feststellung des Grundbeitrages wird der Normalbeitrag der einzelnen Mitglieder mit der Umrechnungsziffer vervielfältigt. Zur Errechnung des Gesamtbeitrages werden dem Grundbeitrag die Beträge zugerechnet, mit denen das einzelne Mitglied vorbelastet ist.
- (3) Übersteigen Grundbeitrag und eigene Vorbelastung den Normalbeitrag um mehr als 30 v.H., wird der Beitragszuschlag auf diesen Hundertsatz beschränkt.
- (4) Die Zuschläge und Nachlässe auf Grund des Vorbelastungsverfahrens werden nach jedem Kalenderjahr zugleich mit dem Umlagebeitrag errechnet. Die Mitglieder können die Nachlässe oder Zuschläge an Hand des Auszugs aus der Heberolle (§ 754 RVO) überprüfen.

Erläuterungen zu (1):

$$\text{Umrechnungsziffer} = \frac{\text{verkürztes Umlagesoll}}{\text{Umlagesoll der BG}} \quad (\text{s.u.})$$

zu (2):

$$\text{Normalbeitrag} = \text{anteiliger Umlagebeitrag der Mitglieds-} \\ \text{werke gemäß § 753 RVO.}$$

Anhand der für 1961 ausgewiesenen Sollbeträge der Umlage und Vorbelastung der BG sei an einem fingierten Beispiel eines Hüttenwerkes das Verfahren verdeutlicht:

$$\begin{aligned} \text{Umlage der HWBG für 1961 (abgerundet)} &= \text{DM } 53.500.000,-- \\ \text{Vorbelastung (20 \%²⁾ von DM } 53.500.000,-- &= \text{DM } 10.700.000,-- \end{aligned}$$

$$\text{Umrechnungsziffer (s.o.)} = \text{DM } \frac{42.800.000,--}{53.500.000,--} = 80 \%$$

Beitragsberechnung für Werk X unter Berücksichtigung der Vorbelastung:

Normalbeitrag (gem. § 753 RVO)	= DM 2.000.000,--
Grundbeitrag	= DM 1.600.000,--
300 Unfälle mit DM 50,--	DM 15.000,--
25 Unfälle mit DM 1.000,--	DM 25.000,--
8 Unfälle mit DM 3.000,--	DM 24.000,--
	DM 64.000,--
	DM 1.664.000,--
	=====

1) In Anlehnung an Abschn. V der Richtlinien 1958, S. 3.
2) als "angemessen" nennt die Untersuchung über die Beitragsverfahren, aaO, S.55, für die eisenschaffende Industrie 40%.

Da der Gesamtbeitrag 130 % des Normalbeitrages nicht übersteigt, gilt gemäß obigem (3) die Leistung von DM 1.664.000,--. Die Ersparnis aus dem Vorbelastungsverfahren beträgt also DM 336.000,-- oder 16,8 %.

Kritisch bleibt zum Vorbelastungsverfahren, wie die HWBG es zur Zeit durchführt, an dieser Stelle anzumerken (s.a. unten, "Umfrage", Teil III):

Das Verfahren berücksichtigt in seiner jetzigen Form nicht die Unterschiede, die bei Groß- oder Kleinbetrieben der BG durch diese Berechnungsart eintreten. Unternehmen mit geringer Belegschaftszahl, bei denen einige wenige Unfälle die relative Belastung merklich steigern, werden mit denselben Werten belastet, wie die mehrere tausend Mann beschäftigenden Werke. Deren Vorbelastung macht in Bezug auf den Beitragssatz nur eine wesentlich geringere Größe aus. 19 % aller Werke der HWBG hatten 1953 höchstens je 50 Versicherte in ihren Diensten, während 8 % der Mitglieder je über 7.500 Personen beschäftigten¹⁾. Hieraus ist ersichtlich, daß eine dem Vorbelastungsverfahren "inhärente Adäquanz" die strukturelle Seite der Mitgliedswerke günstiger in Betracht ziehen und eine angemessenere Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse bieten würde. Es bleibt nämlich noch zu beachten, daß rd. 75 % des Umlagesolls von etwa 8 % aller Genossenschaftsmitglieder aufgebracht werden. Es war deshalb vorgeschlagen worden, ein "progressives" Vorbelastungsverfahren²⁾ anzuwenden, das die individuellen Gegebenheiten der jeweiligen Betriebe gerecht bewertet hätte. Dieses Verfahren sollte mit einem jährlich für jedes Unternehmen neu zu berechnenden "Vorbelastungsfaktor", der die Abhängigkeit von der Größe des Unternehmens charakterisiert, die Angleichung an die werksseitigen Verhältnisse so weit wie möglich erzielen und sie in der verschiedenartigen Staffelung der Vorbelastungsbeträge ausdrücken. - Auf Einzelheiten einzugehen, würde hier zu weit führen; soviel kann gesagt werden, daß die Neigung, ein wie zuletzt beschriebenes Verfahren durchzuführen, in der HWBG nicht unbeträchtlich ist.

1) Vgl. HOFMANN, Friedrich, aaO, S. 66 a.

2) ders., aaO, S. 66 ff., 49 f.

Die Wegeunfälle sind neben den Berufskrankheiten aus den derzeit gültigen Berechnungen der Vorbelastungsbeträge ausgeschaltet, da auf diese Unfälle die Werke keinen direkten Einfluß nehmen können.

Die zitierte Untersuchung über die Vorbelastungsverfahren empfiehlt eine Einbeziehung der Wegeunfälle in das geldliche Anreizsystem¹⁾; dabei scheint sie Unterstützung aus der Beobachtung zu finden, die bei einem großen Hüttenwerk, das einen Sicherheits-Prämienwettbewerb in seinen einzelnen Meisterbezirken veranstaltete, gemacht wurde. Die Werksleitung hatte die Wegeunfälle in das Verfahren nicht einbezogen, gleichwohl war auch in dieser Kategorie eine spürbare Senkung der Unfälle festzustellen. Die sicherheitsfördernde Auswirkung finanzieller Anreize hatte sich im Werksgeschehen nicht erschöpft. Es ist denkbar, daß sie über den "Gewohnheitseffekt" im Straßenverkehr hinaus auch noch stärker zur Geltung gekommen wäre, wenn ein direkter geldlicher Vorteil hätte "eingehandelt" werden können²⁾.

Die Berufskrankheiten vorzubelasten wäre zwar systematisch richtig, doch wenig sinnvoll, da hier "Unfall"ereignis und Unfallquelle zeitlich nicht in einen Rechnungszeitraum fallen. Im übrigen sind zu vergleichen die Ausführungen unter Punkt D Teil III dieses Kapitels.

D. Ergebnisse und Analyse der Befragung über Teilgebiet 2
der Umfrage
(Unfallstatistik, UVVen, Vorbelastungsverfahren)

Es wurde versucht, ein Bild über die Wirksamkeit der wichtigsten Maßnahmen, die die BG zur Information über Unfälle, zur Steuerung und zur Intensivierung der UV einsetzt, zu gewinnen. Zum Gegenstand der Befragung wurden deshalb die monatliche Arbeitsunfall-Statistik der HWBG, die UVVen und das Vorbelastungsverfahren gemacht.

1) HOFMANN, Friedrich, aaO, S. 66 b.

2) Vgl. auch HOFMANN, Friedrich, aaO, S. 43, 51 ff., 87.

I. Auf die Frage (17)

"Welchen Hauptnutzen sehen Sie in der vom Technischen Aufsichtsdiens t monatlich herausgegebenen 'Arbeitschutz-Statistik'?"

gingen, generell nach dem Gesamtsinn der Stellungnahme beurteilt,

3 Antworten ohne Einschränkung und
11 Antworten mit Einschränkung ein.

Als "Hauptmerkmal" der Statistik wurde die Nutzbarkeit zu Vergleichszwecken 6mal angeführt; die Orientierung an dem Unfallgeschehen ähnlich gelagerter Betriebe kann dem SiBen für seine Arbeit in mehrerer Hinsicht dienlich sein.

Hervorgehoben wird der "gegenseitige Ansporn" im Sinne eines "Wettbewerbs" der Werke untereinander um niedrige Unfallzahlen.

Auch die 3 ohne weitere Einschränkung des Urteils gegebenen Antworten betonen ausnahmslos den Vergleichswert der statistischen Angaben. Die mit Einschränkungen oder Vorbehalt gegebenen Antworten stellen in 3 Fällen den Hauptnutzen für Vergleichszwecke heraus, 4mal wird dieses Faktum jedoch nicht sonderlich bewertet.

1 Stellungnahme spricht "wegen der verschiedenen Strukturen der Werke" lediglich von einer "Unterrichtung", die einen Vergleich nicht gestatte. 2 weitere Äußerungen bemängeln die "verletzungsmäßig bedeutungslosen Zahlen", d.h. den Aussagewert der Spalte "Unfälle in stationärer Behandlung". Dieser kann, wie aus mehreren Gesprächen deutlich wurde, nicht unerheblich von Zufälligkeiten beeinflußt sein; dazu zählen so gut wie der Umstand, daß "im Krankenhaus gerade kein Bett verfügbar ist" auch die zeitlichen Überschneidungen, die z. B. entstehen, wenn sich stationäre Behandlung als notwendig erweist, nachdem die Meldungen über die monatlichen Unfallzahlen bereits das Werk verlassen haben und in die Statistik eingegangen sind.

Solche Erwägungen mögen auch das Urteil, der Monat besitze als Berechnungszeitraum wenig repräsentative Resonanz, gebildet haben.

In eine besondere Richtung tendieren die Vorschläge, die Statistik mehr noch im Zeitvergleich als im zwischenbetrieblichen Vergleich für das einzelne Werk zu nutzen bzw. als Vergleichsbasis die Unfallhäufigkeit (Unfälle je 1 Mill. Arbeitsstunden) zu wählen.

Wie schwierig ein "geschlossenes Urteil" ist, zeigen die Meinungen, die Statistik sei "je nachdem günstig oder ungünstig, ob das Werk mit seinen eigenen Unfallzahlen unter oder über dem Durchschnitt" liege, und sie befriedige den "sportlichen Ehrgeiz" des einen, mache dem anderen hingegen nur "unnötigen Ärger".

II. Welche Ansicht über Brauchbarkeit und praktischen Nutzen der UVVen herrscht, sollte

Frage (11) klären:

"Äußern Sie sich bitte zu Form, Umfang und Zweckmäßigkeit der Unfallverhütungsvorschriften!"

Die in der Formulierung außerordentlich unterschiedlichen Stellungnahmen wurden zunächst gemäß ihrem Grundtenor (positiv oder negativ) eingeordnet.

Die näheren Erläuterungen sind anschließend wiedergegeben.

	Form	Umfang	Zweckmäßigkeit
Grundtenor			
positiv	5	6	8
negativ	9	5	4
keine Antwort	-	3	2
	14	14	14

Zunächst fällt auf, daß die Zweckmäßigkeit der UVVen 8mal ausdrücklich betont wird, während nur 6 Stimmen ihren Umfang für günstig halten und lediglich 5 eine positive Form der Vorschriften annehmen.

Gleichzeitig erstaunt aber, daß 4 Befragte die Zweckmäßigkeit verneinen und 2 überhaupt keine Stellung beziehen.

Die äußere Form, d.h. der textliche Aufbau und die sprachliche Regelung, stoßen auf regen Widerstand; in 9 Fällen wird eine ablehnende Meinung dazu bekannt.

Auch der Umfang der Vorschriften wird durchweg nicht allzu gut beurteilt (5 negative Stimmen). 3 SiB bezogen dazu keine Stellung.

Im folgenden soll näher auf die 3 genannten Kriterien eingegangen werden.

(1) Die Form wird in positiver Weise für "richtig" gehalten, wenn darauf hingewiesen wird, daß ihre juristische Haltbarkeit (vor Gericht) wichtig sei.

Außerdem ist die Möglichkeit gesehen - und genutzt - worden, die UVVen und UV-Regeln allen Führungs- und Aufsichtskräften wie auch den Unfallvertrauensmännern bereichsweise auszuhändigen, so daß "nunmehr gefordert werden kann, jeder Verantwortliche solle sich mit den ihn angehenden Vorschriften befassen."

Die Form wird auch - gleich wie Umfang und Zweckmäßigkeit - generell mit "genügend" bezeichnet, was im ganzen ein positives Urteil darstellen dürfte.

Eine vorwiegend negative Stellungnahme ist wohl in der Feststellung zu erblicken, daß die UVVen des "ergänzenden und erläuternden Kommentars" bedürfen (2 Werke). In dieselbe Richtung zielen auch die Vorschläge, den Vorschriften "Bilder und Zeichnungen, in besonderen Fällen technische Skizzen" anzufügen (4 Meinungen) oder sie auf eine andere Basis zu stellen dadurch, daß sie durch Regierungsverordnung zu erlassen wären.

(2) Über den Umfang liegen im wesentlichen recht ungünstige Meinungen vor. Der Gesamtkomplex der Vorschriften erscheint wenig vorteilhaft, wenn auch die "Einzel-UVVen angemessen" sind.

Obgleich die Ausgabe und Verwendung gerade der bereichsweise gegliederten Vorschriften seit Jahrzehnten empfohlen wird, scheint doch den für den Gesamtbereich Betriebssicherheit zuständigen Personen die Fülle der Einzelanordnungen als Summe zu unübersichtlich.

So erklärt sich die Forderung, ein Gesamtstichwortverzeichnis zu erstellen, als der Wunsch nach den einfachsten formalen Hilfsmitteln zur Bewältigung des Vorschriftenapparates.

Das Erlaßverfahren (etwa 2-3 Jahre Dauer) wird als zu lang bezeichnet, insbesondere, da deshalb in manchem die Vorschriften mit der technischen Entwicklung nicht Schritt hielten.

Trotz allem wird 2mal der Standpunkt vertreten, eine Erweiterung der Vorschriften sei besser als eine Kürzung.

(3) "Unbestritten" ist nach Ansicht dreier Werke die "Zweckmäßigkeit" der UVVen. Das drückt sich auch darin aus, daß sie an alle für die Sicherheit verantwortlichen Personen bereichsweise ausgegeben werden (s. o. zu 1).

Allerdings wird auch verlangt, mehr den Arbeiter speziell betreffende Vorschriften zu erlassen, um ihn mehr für die Belange der Arbeitssicherheit "anzusprechen". Die Zweckmäßigkeit würde durch ein Gesamtstichwortverzeichnis zu dem Sammelwerk der Vorschriften erhöht werden (s. o. zu 2).

2 Werke betonen, daß die Vorschriften oftmals die einzige offizielle Basis für die Arbeit der Sicherheits-Ingenieure sind und diesen den grundsätzlichen Rückhalt für die Durchsetzung sicherheitstechnischer Erfordernisse geben, wenn innerbetriebliche Schwierigkeiten auftauchen.

III. Zum Vorbelastungsverfahren wurden die nachstehenden Ansichten bekannt; die

Frage (10) ¹

"Betrachten Sie das Vorbelastungsverfahren als ein (wirksames) Mittel der BG, die werksseitigen Bemühungen und Fortschritte auf dem Gebiet der (gesamten) Unfallverhütung anzuregen, zu begünstigen und auf ihre Ergebnisse hin zu kontrollieren?

Wie sollte bei etwaiger Änderung das Vorbelastungsverfahren gestaltet sein?"

ergab zum Absatz 1

9 im ganzen positive und
5 im ganzen negative

14

Antworten.

Absatz 2 wurde in den Antworten 12mal behandelt,

2 Befragte antworteten
darauf nicht.

14

Keine grundsätzliche Änderung, aber eine Verbesserung des bestehenden Verfahrens schlugen 9 Werke vor; eine Änderung auch der zur Zeit gültigen Form (20 % variable Umlagesumme) hielt ein SiB nicht für erforderlich.

2 Befragten erscheint ein gänzlich neues Verfahren ratsam.

Zur ersten Kategorie (Verbesserung ohne grundlegende Änderung) wird allgemein die Verbreiterung des variablen Teils der Umlage angeführt; genannt werden Sätze von 50 %. Deutlich kommt das in 5 Antworten zum Ausdruck.

Auch die Ansicht, das Vorbelastungsverfahren müsse "bis zur Grenze der bg-lichen Möglichkeiten" (d.h. also ohne das Prinzip der Solidarhaftung aufzugeben) ausgenutzt werden, geht denselben Weg. -

Die Grenze der genossenschaftlichen Haftung sehr erweitern bzw. ganz sprengen wollen diejenigen, die für individuelle Vorauszahlungsbeträge bei Großunternehmen mit bedeutenden Erfolgen in der UV eintreten (vgl. progressives Verfahren, oben C Abschn. 6b). Auch ein Prämienverfahren mit aktueller Bestimmung der jeweiligen Beitragshöhe wird empfohlen; 2 Sicherheitsbeauftragte raten zu einem den Verfahren in den USA ähnelnden System.

Die vorstehenden Ansichten sind absichtlich an erster Stelle aufgeführt, da sich aus ihnen grundsätzlich die Beantwortung des Absatzes 1 der Frage ergibt.

Daß immerhin 11 von 12 Antworten zu Absatz 2 für eine Änderung des Verfahrens nachdrücklich eintreten, schränkt die Wertung der Wirksamkeit des Vorbelastungsverfahrens nicht unbeträchtlich ein.

Der finanzielle Anreiz, das ist der Tenor der Stellungnahmen, muß größer sein, wenn das Verfahren wirksam bleiben soll. Sein Erfolg hängt aber auch davon ab, ob die einzelnen Betriebsabteilungen "echt belastet" werden bzw. ob die Betriebsleiter dem Verfahren Verständnis entgegenbringen.

Daß man sich bemüht, auch aus den derzeit gegebenen Bedingungen soviel wie möglich an Vorteilen zu gewinnen, zeigen die Verlautbarung, man bekomme "gute" Vergleichs- und Kontrollmöglichkeiten über den Standort des eigenen Werkes zu anderen, oder die Erklärung, man wolle trotz der unzureichenden finanziellen Anreize auch jetzt immer "lieber DM 100,-- sparen als DM 1.000,-- mehr bezahlen".

Kapitel V: Technisch-organisatorische Wege zur Arbeitssicherheit

=====

Im folgenden sollen die Fragen behandelt werden, die die in Kap. IV (3) angezogenen UVVen in die tägliche Betriebspraxis hineinragen; deshalb stehen hier Probleme der technischen und organisatorischen Unfallverhütung im Vordergrund. Beide Teilgebiete stellen die eigentliche Basis der UV oder besser das primäre Angriffsziel der Sicherheitsmaßnahmen dar, erwächst doch gerade aus der Technisierung der Fertigungsverfahren und der damit verbundenen komplizierten Betriebsorganisation ein bedeutsames Maß an Gefahren für den Arbeiter.

Daß der Mensch am Arbeitsplatz gleichwohl eine entscheidende Rolle in dem Bemühen um die Sicherheit am Arbeitsplatz spielt, wird im nächsten Kapitel aufzuzeigen sein.

1. Unfallverhütung durch technische Sicherungen

a) Sinn und Wesen der technischen Unfallverhütung

"Das Ziel aller Arbeitssicherheitsmaßnahmen ist, vermeidbare Risiken auszuschließen"¹⁾; dieser Forderung am ehesten zugänglich sind die Betriebseinrichtungen²⁾ aller Art, deren Arbeitsweise grundsätzlich einer weitgehenden Steuerung und Kontrolle, auch im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsganges, unterworfen ist.

In dieser Untersuchung kann nicht die Vielzahl der technischen Möglichkeiten der UV auch nur annähernd ausführlich umrissen werden; die UVVen, durch die die technische Sicherheit weitgehend geregelt wird, sind seit je gerade nicht auf die Anwendung ganz bestimmter Vorkehrungen abgestellt, sondern lassen einen weiten Spielraum, die "durchgängig selbe technische UV-Forderung durch verschiedene Konstruktionen zu erfüllen"³⁾. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf die fort-

1) BALKE, Siegfried, Arbeitsschutz als ethische und technische Aufgabe unter besonderer Berücksichtigung des Strahlenschutzes, in: BG 1959, S. 271.

2) hierunter werden Maschinen, Anlagen, Bauten und technisches Gerät aller Art verstanden.

3) HARTMANN, Konrad, aaO, S. 23.

während der Weiterentwicklung der Technik, die jeweils neue, verbesserte und den veränderten Umständen der Verfahrensweise adäquate Sicherungsmaßnahmen notwendig macht.

Ohne Zweifel hat jedoch am Beginn der bg-lichen UV-Tätigkeit der "Maschinenschutz" und "Anlagenschutz" gestanden, was die o. a. Gründe hinreichend kennzeichnen.

Über die stufenweise Anpassung der Sicherheitsvorkehrungen an die technischen Gefahren aus Maschinenbetrieb sind durch (1) nachträgliche Anbringung von Schutzvorrichtungen an gefährlichen (in der Regel beweglichen) Teilen und (2) konstruktionsmäßig eingeplante (Zusatz-) Schutzvorrichtungen wie schließlich durch (3) Versenken der gefährlichen Teile in die Umkleidung der Maschinen sämtliche gefahrbringende Momente ausgeschaltet worden, und man gelangte näher an das Ziel der "integrierten Sicherheit".¹⁾

Dieser theoretisch erkannte Weg ist allerdings noch nicht allgemein beschritten worden; mit der letzten Stufe der Integration der Sicherheit befassen sich die BGen seit Jahrzehnten weithin durch Einflußnahme auf Maschinenhersteller- und Lieferanten, denen sie direkt (über Ausstellungen, Messeberatungen s. u.) oder indirekt durch ihre UVVen (VBG 1 § 14 - vgl. oben Kap. IV C 3) diese Forderung entgegenhalten.

Die Technischen Aufsichtsdienste der BGen sind, wie schon ihr Name andeutet, durchweg mit der technischen Beratung und Überwachung der UV betraut; nicht zuletzt ihrem Wirken ist es zuzuschreiben, daß die durch "technische Unfallursachen" (überwiegend) ausgelösten Schadensfälle beachtlich gemildert und in bedeutendem Maße ausgeschaltet werden konnten. Gemeinhin wird dies durch die Auffassung bestätigt, die das Wirken der BGen in erster Linie der technologischen Sicherung der Arbeitsplätze zuschreibt und die deutlich sichtbaren Erfolge auf diesem Sektor nicht zu Unrecht heraushebt.²⁾

1) dies wurde schon vor über 50 Jahren hervorgehoben - vgl. HARTMANN-SCHLESINGER, aaO, S. 20 f., 34.

2) Vgl. statt vieler: Niederschrift Festsitzung, S. 32.

Die abnehmende Rate der technischen Gefahrenquellen ist gewiß ein begrüßenswertes Faktum und kann in keinem Stadium der technischen Entwicklung als "ausreichend gering" angesehen werden, weil mit neuartigen Herstellungsmethoden unbekannte Gefährdungen auftreten können. Insofern ist die UV in mancherlei Hinsicht eine rein technische Problemstellung, die mit dem Fortgang der Verfahrenstechnik Schritt halten muß¹⁾. Das darf aber nicht die Tatsache verdecken, daß die wesentlichen Beiträge zur Arbeitssicherheit heutzutage von anderen Größen geleistet werden, die nur mittelbar die technologische Ausgestaltung der Arbeitsabläufe bestimmen. Das bedeutet, daß die Technik, soweit sie die sichere Produktion will, auf den Kontakt und die Mitgestaltung aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen angewiesen sein wird, solange in einem Industriebetrieb Menschen beschäftigt sind.

b) Grenzen der technischen Unfallverhütung

Die technologische Unfallverhütung ist daher kooperative Tätigkeit, die zusammen mit den betriebsorganisatorischen sowie den allein persönlichkeitsbezogenen Fachrichtungen und Mitteln eingesetzt werden muß. Das hindert nicht, von der Technik als dem Bezugspunkt und auslösenden Element der Sicherheitsmaßnahmen zu sprechen, wie es oben bereits geschehen ist. Hierin ist im Grunde die weitgezogene Grenze zu sehen, die zugleich mit den übrigen Teilbereichen auch der technischen UV gesetzt ist. Das gilt jedoch nur auf lange Sicht; für den jeweils gegenwärtigen Stand der Technik kommt es darauf an, tunlichst jede Unfallmöglichkeit auszuschließen, indem eine weitgehende Integration der Sicherheit in den "normalen" Arbeitsprozeß durchgesetzt wird. Eine technische Sicherung vermag noch in vielen Fällen nur dann erfolversprechend zu wirken, wenn die menschliche Arbeitsverrichtung diesen Schutz ganz berücksichtigt und in dieselbe Richtung geht.

1) z.B. SCHRÖDER in: Niederschrift Festsitzung, S. 26; CHOSSY, A. von, Unfallverhütung als Aufgabe der BGen, in: Lauterbach-Festschrift S. 261; SAUERTEIG, Hans, in: BG 1960, S. 431.

So ist eine abgenommene Verkleidung an bewegten Teilen einer Maschine für die Sicherheit des Arbeiters wertlos, genauso wie eine nicht eingeschaltete Belüftungs- oder Beleuchtungsanlage allein durch ihr Vorhandensein noch keinen Nutzen bringt. Hier liegt eine offenbar recht empfindliche und dazu noch beachtlich weitläufige Nahtstelle zwischen den Teilbereichen des Unfallschutzes; die zahlreichen Verstöße gegen die UVVen, die Unfälle nach sich zogen, beweisen das. Aber nicht nur allein die "normative" Seite des Problems ist wichtig; von gleicher Bedeutung erscheint die "praktische" Ausgestaltung der technologischen Zusammenhänge. Eine technisch zwar vollkommene, betriebsorganisatorisch aber "artfremde" Schutzvorrichtung kann ein (psychologisches) Hindernis zu sicherer Arbeitsweise der Beschäftigten darstellen. Hier sei auf das Beispiel der Zweihandeinrückung von Pressen verwiesen, die grundsätzlich einen umfassenden Schutz gegen Handverletzungen bieten dürfte. Dennoch sind öfter Unfälle dadurch entstanden, daß ein Sicherungshebel seiner Funktion enthoben wurde; meist wurde "Notwendigkeit, die Arbeit zu beschleunigen", angegeben. Das ließe sich dadurch vermeiden, daß eine Einrückung dem Niedergang der Presse, die andere aber dem zwangsläufig notwendigen Transport der Werkstücke (zur selben Zeit) diene¹⁾. -

Hieran wird deutlich, daß die ausschließlich sichere Anlage der technischen Vorgänge dann nicht ausreicht, wenn die übrigen Komponenten der Sicherheit nicht harmonisch darauf abgestimmt sind. Davon wird weiter unten zu handeln sein. Hingegen wird man nicht gänzlich in der Lage sein, überall eine lückenlose Kombination der Sicherheitskomponenten zu erreichen. Ein völliges Ausschalten auch technischer "Störungen", die zu einem Schadensfall führen können, liegt wohl kaum im Bereich des Möglichen. Umso mehr muß mit dem jeweils verfügbaren technischen Wissen ein Höchstmaß an augenblicklicher und auf die nächste Zukunft extrapolierte Sicherung (im Sinne einer echten Prävention) angestrebt werden, damit die

1) Vgl. statt vieler: DIDIER, Paul, aaO, S. 27 ff.

Mitarbeit des Menschen im Produktionsprozeß nurmehr von einem Minimum an technischen (technologischen) Gefahren belastet wird.

Die absolute Grenze technischer UV an einem gegebenen Aggregat ist da erreicht, wo trotz menschlicher "Unzulänglichkeiten", d.h. im Menschen begründeter "Fehlhandlungen", die Unfallgefahr nicht mehr zutage tritt. Eine solche Situation stellt die günstigste Entwicklung der Sicherung der Arbeitsprozesse dar.¹⁾

c) Gegenwärtige Gestaltung der Sicherheitsarbeit auf technologischem Gebiet

Die Entwicklung rationeller Fertigungsverfahren hat häufig eine Verminderung der Betriebsgefahr im Gefolge; genannt sei hier als Beispiel die Umstellung von Walzenstraßen mit Reversiergerüsten und Handbedienung einzelner Fertigungsverfahren auf halb- oder vollautomatische, kontinuierliche Straßen; ferner kann die automatische Begichtung der Hochöfen unmittelbar als Anlaß zur Verhinderung erheblicher Unfallgefahren (Gasvergiftungen) angesehen werden. Beide Tatbestände belegen die einer verbesserten technologischen Gestaltung inhärente Erhöhung der Sicherung, die allerdings nicht in jedem Falle zu verzeichnen ist. Das gibt Anlaß und Auftrag zu beratender und aufklärender Tätigkeit, die vornehmlich von den TABen bzw. deren Mitarbeitern auf Betriebsebene, den Sicherheits-Ingenieuren, wahrgenommen und weitergegeben wird. Gerade für die technische UV ist eine recht verstandene und korrekt durchgeführte Betriebsüberwachung von Wert, da durch sie die Kontakte mit den gegenwärtigen und zukünftigen Gefahrenbereichen der Mitgliedswerke erhalten bleiben und zu einer wirk-samen, präventiven UV führen können. Hier müssen die Beziehungen zwischen Betriebsabteilungen über die Sicherheitsabteilungen und die TABen zu den Organen der BG laufen, die ihrerseits durch die Abfassung geeigneter UVVen oder ähnlicher Maßnahmen

1) Vgl. auch die in FN 1) auf S. 139 genannten Beiträge.

(s.O., Kap. IV B) das Betriebsgeschehen auf seine Sicherheit hin "steuern" könnten. Eine intensive und umfassende Unterrichtung der Genossen vonseiten der Genossenschaftsverwaltung mit den neuesten Ergebnissen praktischer und wissenschaftlicher Bemühungen um die technische Sicherheit wird von der HWBG seit langem durchgeführt¹⁾). Dazu dienen neben Empfehlungen sicherer Aggregate, bestimmter Schutzvorkehrungen und Angabe der Bezugsquellen auch eingehende Abhandlungen über Unfalluntersuchungen und die daraus nötigen Folgerungen.

Die BG gibt seit 4 Jahren laufend nach Bedarf "technische Mitteilungen" heraus, die aktuelle Geschehnisse berücksichtigen, von allen Seiten der Sicherungstechnik beleuchten und entsprechende Schutzmaßnahmen herausstellen. (Die Darstellung wird auch in den Technischen Jahresberichten zusammengefaßt.) Sie beschränkt sich nicht grundsätzlich auf die Erörterung bereits eingetretener Unfälle, sondern gibt darüberhinaus präventiv wirksame Hinweise zur Erhöhung der Arbeitssicherheit. So sind in den vorliegenden 15 Mitteilungsblättern 41 Hinweise enthalten, die Präventionsmaßnahmen der UV kennzeichnen.

Die Aus- und Weiterbildung der hauptamtlich mit den Sicherheitsproblemen betrauten Ingenieure, besonders in neuartigen Verfahren, geschieht durch zahlreiche Vortragsveranstaltungen, Seminare, Arbeitstagungen und Kongresse des Vereins Deutscher Revisions-Ingenieure, des Vereins Deutscher Sicherheits-Ingenieure, der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz und weiterer Institutionen. Die Fachpresse dieser Gremien unterrichtet laufend über Verbesserungen verschiedenster Art, und das einschlägige Schrifttum behandelt die technologischen Probleme zunehmend unter einem weitgespannten Gesichtskreis im oben angedeuteten Sinne der kooperativen Verbindung zu anderen Disziplinen.

Ferner wird durch die Gemeinschaftsarbeit aller BGen die speziell erworbene genaue Sachkenntnis eines Gewerbebezuges an die jeweilig sicherungsbedürftigen Bereiche anderer Fachgebiete

1) Vgl. vor allem die Technischen Berichte ab 1920.

te herangetragen. Hier möge als Beispiel die Beratung dienen, die die Eisen- und Stahlindustrie vom Baugewerbe aus dessen Sondergebiet erhält¹⁾.

Die genossenschaftlichen Prüfstellen, deren Aufgabe die Erprobung und Entwicklung technischer Körperschutzgegenstände für den Arbeiter ist (Prüfstellen für Sicherheitsschuhe sowie für Schutzkappen und Kopfschutzmittel²⁾), und die Wirkungsweise und Sicherheitsgrad besonders gefährlicher Arbeitsmittel, wie Bolzensetzwerkzeuge, Druckminderer, Werkzeuge für Holzbearbeitungsmaschinen, kontrollieren, tragen wesentlich zum unmittelbaren Schutz des arbeitenden Menschen bei.

Wissenschaftlicher Grundlagenforschung wird auf Sondergebieten hüttenmännischer Arbeit auch beim Kampf gegen Gesundheits- und Unfallgefahren besonderer Raum gegeben (Staubforschungsinstitut, Silikoseforschungsinstitut Bochum der Bergbau-BG; Forschungsaufträge der HWBG über Ofengewölbe von SM-Öfen, Drahtseilbelastungen, Gefahren beim Umgang mit Sauerstoff³⁾). Allerdings sollte eine mehr koordinierte und verstärkte Tätigkeit hier zu noch günstigeren Ergebnissen führen können. - Die Zusammenarbeit mit allen technischen und überwachungstechnischen Institutionen pflegen die BGen seit langem und gewinnen damit für ihre eigenen Belange nutzbringende Resultate. Von 1921 bis 1945 manifestierte sich das Bestreben um eine "gewerbliche Unfallverhütung" in der "Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung", in der zusammengeschlossen waren:

Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA), Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie, Verband Deutscher Elektrotechniker, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure, Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring Deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände⁴⁾.

- 1) s. WEBER, H. Gefahren im Hochbau unter besonderer Berücksichtigung der Werksgefahren, in: Mod. UV 1958, S. 46.
- 2) letztere Prüfstelle befindet sich bei der HWBG, vgl. Betriebswacht 1963, S. 73 f.
- 3) Vgl. Techn. Bericht für 1961 der HWBG, S. 79 ff.
- 4) Bestand 1929. Siehe auch SYRUP, Handbuch I, S. 53 f. Über die von der Afu herausgegebenen "Allgemeinen Leitsätze zur Förderung der UV an Maschinen für Hütten- und Walzwerksanlagen" vgl. Techn. Ber. für 1922, Anl. 1 der HWBG.- Über Neuregelung und Erweiterung der Afu s. BG 1939, S. 37 f.

Ferner sind, wie bereits oben erwähnt (o. Kap. IV, B 5), die privaten und staatlichen Stellen der Überwachung in die Vorgänge zur Sicherheit am Arbeitsplatz eingeschaltet und auch für Sonderfragen der technischen Gestaltung von den BGen ausdrücklich anerkannt (z.B. Krsachverständige der Technischen Überwachung)¹⁾.

d) Ausblick

In jüngster Zeit wird in Anbetracht der zunehmenden Unfallzahlen in der Bundesrepublik mit Recht die Ausbildung der Ingenieure auch in Angelegenheiten des Arbeitsschutzes gefordert²⁾.

Vom Standpunkt des Arbeitsschutzes aus müßte den rein produktionstechnischen Aufgaben des Betriebsingenieurs die Beachtung auch soziologischer und betriebswirtschaftlicher Fragen zur Seite gestellt werden. Das läßt sich aber nur durch eine Hoch- und Fachschulausbildung erreichen, die bereits den Studenten mit den einschlägigen Problemen vertraut macht. - Es hat den Anschein, als sei der Weg, wie dies geschehen solle, nicht endgültig gefunden und das wiederum ein bedeutsames Hemmnis bei der Verbreitung der dringend benötigten "Sicherheitskunde". Auf der einen Seite wird abgelehnt, die Arbeitssicherheit gleichsam dem engeren Fachstudium "aufzupfropfen", sie müsse vielmehr organisch in die Sachgebiete des Studiums verwoben werden. Andererseits haben auch Meinungen Gewicht, die - nach amerikanischem Vorbild - Sonderschulung der Ingenieurstudenten in Seminaren und praktischen Betriebsbegehungen empfehlen³⁾. Wie die Entscheidung auch ausfallen mag, sicher ist die entsprechende Unterweisung eine Notwendigkeit,

1) vgl. "100 Jahre Gewerbeaufsicht", Sonder-Nr. des BARbBl. 1954. SANDER, Otto, aaO, S. 369. Richtlinien "Krane" der HWBG I Abschn. 2. - § 24 Abs. 1 GewO.

2) FORD-Werke, Köln: Über den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten der UV in allen Lebensbereichen der Bundesrepublik Deutschland, o.J., S. 11. STROHMENGER, Karl, Wie kann das Interesse der Vorgesetzten am Arbeitsschutz gestärkt werden? in: Verhandlg. der Dt. Gesellschaft für Arbeitsschutz, Bd. 6, 1960, S. 90 f.

3) HEIDBERG, Heinz-Siegfried, Arbeitsschutz als Lehrfach der Technischen Fakultäten, in: BG 1954, S. 377.

die im Hinblick gerade auch auf die zunehmende Mechanisierung und Automatisierung aller Produktions-(und -Verwaltungs) bereiche nicht gering erachtet werden sollte¹⁾. Es braucht nicht einer übersteigerten Einseitigkeit das Wort geredet zu werden, wenn die Arbeitssicherheit in den Hochschulunterricht einzubeziehen gefordert wird; dazu sind die umfangreichen Belastungen der Studierenden mit dem Stoff der engeren Fachkunde hinreichend bekannt. Es dürfte sich aber doch eine adäquate Form finden lassen, die die "Schutzgüte"²⁾ in der technischen Konstruktion und Verfahrensweise berücksichtigt.

Eine Erhebung des VDSI ergab 1961 den folgenden Stand der Lehrtätigkeit über Fragen der Arbeitssicherheit an deutschen "Studienanstalten" (Technischen Hochschulen, Ingenieurschulen, Akademien)³⁾:

Befragte Studienanstalten insgesamt	100
Davon haben den Arbeitsschutz berücksichtigt	
(1) im Rahmen der vorgesehenen Lehrpläne	10
(2) als Lehrplanbestandteil vorgesehen	1
(3) "mitbehandelt" in anderen Vorlesungen	33
(4) in besonderen Kursen	4
(5) als Prüfungsfach	5
	53

Abgesehen von der Tatsache, daß immerhin erst die Hälfte der befragten Ausbildungsstätten die Arbeitssicherheit berücksichtigt hat, muß die geringe Zahl der Fälle aufmerken lassen, in denen diese Fragen zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden. Es ist bekannt und leuchtet unschwer ein, daß ein nicht "examensrelevanter" Stoff grundsätzlich bei der Fülle der Anforderungen vernachlässigt wird. - Es ist nicht angegeben, in welchem Rang das bei 5 Studienanstalten genannte Prüfungsfach "Arbeitsschutz" steht, ob als Pflicht- oder Wahlfach.

-
- 1) GOSSELK, Friedr. Wilh., Der Arbeitsschutz im Lehrstoff der Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen, Berlin 1961, S. 11 f. SCHELSKY, Helmut, Die Zukunft des Menschen in der industriellen Arbeitswelt, Düsseldorf 1962.
 - 2) AUTORENKOLLEKTIV, Der Arbeitsschutz im Industriebetrieb, 3. Auflage, Berlin 1961.
 - 3) GOSSELK, F. W., aaO, wie oben FN 1); dort S. 21.

Die Technische Hochschule im Bereich der HWBG hat das Fach seit 1949 als Wahlfach eingeführt, das fakultativ Bestandteil der Hauptprüfung sein kann. Bisher haben 20 bis 30 Studierende von dieser Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht¹⁾.

Die neueste gesetzliche Regelung des Landes Nordrhein-Westfalen, das den größten Teil der Schwerindustrie der Bundesrepublik Deutschland beherbergt; mißt der zur Erörterung stehenden Frage augenscheinlich keine sonderlich große Bedeutung zu. Zwar wird zugegeben, daß "bei der raschen Entwicklung der Technik ... der Arbeitsschutz, insbesondere die Teilgebiete Unfallverhütung und Gewerbehygiene, immer mehr an Bedeutung (gewinnen)", doch ist - nach dem Verweis auf die Belastung der Fachschulbesucher mit dem übrigen Lehrstoff - folgende Anordnung getroffen:

"... An allen Ingenieurschulen für Maschinenwesen und für Bauwesen (sowie an den Textilingenieurschulen) sind nach Bedarf, wenigstens jedoch halbjährlich, ... zwanglose Besprechungen zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten und den Kollegien der Schulen über jeweils interessierende Fragen des Arbeitsschutzes abzuhalten"²⁾ (Hervorhebung nicht i. Orig.).

Diese Verlautbarung liegt auf derselben Linie, wie die seit Jahrzehnten über bescheidene Ansätze hinaus nicht realisierten Pläne zur Förderung einer sicherheitstechnischen Ingenieurausbildung an den Schulen des früheren Reichsgebietes³⁾.

Die unergiebige Sachlage suchte die Eisen- und Stahlindustrie durch eine Art Selbsthilfe zu verbessern, die sie in Form von "Internatslehrgängen" von 4 bis 6 Wochen Dauer einsetzte, um den Sicherheits-Ingenieuren zumindest neben den technischen Forderungen der Arbeitssicherheit auch pädagogische und psychologische Fähigkeiten zu vermitteln⁴⁾. Darüberhinaus ist der VDSI seit Jahren bemüht, seinen Mitgliedern das notwendige

1) Auskunft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, März 1963.

2) Gem. RdErl. des Arb. u. Soz.-M. und des Kultus-M. des Landes NW vom 29. 3. 1962, MBl. NW Nr. 50 vom 3.5.1962, S.757.

3) s. HARTMANN/SCHLESINGER, aaO, S. 21 f.; BG 1919, S. 112; BG 1922, S. 179; MÜLLER, UV und Gewerbehygiene als Lehrfach an Technischen Hochschulen, BG 1929, Sp. 519; Niederschrift Festsitzung S. 75 f.

4) JUNGBLUTH, Adolf, Gibt es neue Wege in der UV? in: Mod. UV Heft 6, 1962, S. 9 f.

Rüstzeug u. a. durch die planmäßige Erfassung und Gruppierung der täglichen Anforderungen an die Hand zu geben. Eine "allgemeine technische Prüfliste" mag mit den folgenden Punkten zur Illustration dienen¹⁾ (Auszug):

Sicherheitskontrollen im Außenbereich des Betriebes (Zufahrtsstraßen, Schienenwege, Park- und Ladeplätze, Sicherheitszonen); Gebäude und überwachungsbedürftige Anlagen; allgemeiner Maschinen- und Anlagenschutz nach den Richtlinien und UVVen; Kranrevision, Prüfung der Kranführer, Transportsicherheit; Gas- und Atemschutz; Baustellenkontrolle und Kontrolle der Unternehmerarbeiten (Arbeiten auf Werksgelände durch Beschäftigte fremder Firmen).

Durchgehend wird die Meinung vertreten, daß die zukünftige Gestaltung des Sicherheitswesens in den deutschen Industriebetrieben von einer gründlichen und grundsätzlichen Gesamtplanung beherrscht sein muß, die soweit wie möglich die Ansatzpunkte vorverlagert, d.h. UV möglichst an der Quelle, im Konstruktionsstadium gültig sein lassen soll.

Die technischen Unfallursachen im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie sind außerordentlich verschieden, aber doch überschaubar und erfaßbar²⁾. Ihre Beseitigung muß mit Hilfe eines planvoll geführten Zusammenwirkens aller im technischen Produktionsapparat tätigen Kräfte in Angriff genommen werden³⁾.

2. Betriebsorganisation und Unfallverhütung

a) Rationelle Arbeitsablaufgestaltung und deren Wirkungen auf die Arbeitssicherheit

Die neueren Vorstellungen von der integrierten, d.h. in den Arbeitsprozeß organisch eingebauten Betriebssicherheit gehen von dem ineinander verwobenen Dreiersystem der Konstruktion, Organisation und Person aus⁴⁾. Die bekannte Tatsache, daß die

1) VDSI, Die Aufgaben und Ziele im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der Arbeitssicherheit, Essen 1960, S. 16 ff.

2) NEULOH u.a., aaO, S. 137.

3) Vgl. z.B. den Zusammenschluß der Verbände VDGB, VDRI, VDSI zur "Fachgemeinschaft Arbeitssicherheit", 1960.

4) COMPES, Peter C., Die Aachener Lehrschau "Sicherheit am Arbeitsplatz", in: Der Arbeitgeber 9/1960 (Sonderdruck), S. 4 ff.

technischen Mängel durchaus nicht allein und nur zu einem geringen Teil zu den Unfallgeschehnissen beitragen, hat aber schon früher die Aufmerksamkeit der Sicherheitsverantwortlichen auf die Notwendigkeit gelenkt, den Organismus des Betriebes insgesamt zur Angriffsfläche der UV zu nehmen. Von der HWBG gingen bereits kurz nach dem 1. Weltkrieg bedeutende Anregungen in dieser Richtung aus, die eine zweckentsprechende Betriebsregelung auch für die Arbeitssicherheit als nützlich und erfolgversprechend herausstellten¹⁾. Es wird aufmerksam gemacht auf den engen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftlichkeit des produktionstechnischen Betriebsablaufes und der hiermit gleichzeitig erreichbaren technischen Sicherheit (z.B. Übersichtlichkeit und Verkürzung der Transportwege, die gerade in Hüttenwerken eine wesentliche Rolle spielen, Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz und in dessen Umgebung). Gleichzeitig wird betont, daß Konstruktion der Betriebsanlage und generelle Betriebsregelung (nach Arbeitsablaufplanung, Zeitenvorgabe, Personaleinsatz) nicht voneinander zu trennen und demnach gleichermaßen bedeutsam für die Maßnahmen der Arbeitssicherheit sind. - Von besonderem Interesse sind die Umstände, die aus den häufig erfolgenden Umstellungen, Umbauten, Erweiterungen der Produktionsanlagen vornehmlich in den Großunternehmen der Eisen- und Stahlindustrie herrühren und merkliche Unfallgefahren mit sich bringen. Hier vermag letztlich nur eine umfassende und den Sicherheitsgedanken zweckvoll betonende Betriebsregelung im Sinne einer aktiven Sicherheitsarbeit aller Stellen der Betriebshierarchie den Unfallzahlen zu steuern. Die HWBG weist in ihren Technischen Berichten hierauf vordringlich hin, wie auch der Genossenschaftsvorstand in den Fragen der Betriebsführung die wesentlichen Momente der UV sieht²⁾.

Die Rationalisierung des Arbeitseinsatzes hat in "straffster Betriebsorganisation"³⁾ auch für die Vermeidung von Unfällen Bedeutung, und gerade hier muß die Erziehung der Arbeiter zur

1) MICHELS, Wilhelm, Unfallverhütung und Betriebsregelung, in: BG 1919, S. 39; Techn. Bericht für 1926, S. 7.

2) MICHELS, Wilhelm, in: BG 1919, S. 39.

3) Bericht über die 43. Genossenschaftsversammlung der HWBG, 1924.

Mitwirkung am Sicherheitsgedanken einsetzen. Die Betriebe gingen vornehmlich in den 20er Jahren zur "Selbstüberwachung", d.h. Kontrolle der Unfallgefährdung- und Verhütung mit Hilfe eigener Sicherheitsorgane, über¹⁾. Immer mehr wurde auch die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitssicherheit herausgestellt, deren praktischer Nutzen eng an die technisch-organisatorischen Neuerungen angelehnt ist; so wurde der Standpunkt vertreten, mit dem nach dem Taylor-System propagierten Funktionsmeister sei eine brauchbare Lösung für die Kontrolle und Überwachung der Sicherheitsbestimmungen- und Vorkehrungen in den Betrieben gewonnen²⁾.

Auch die betriebswirtschaftliche Seite der Betriebsorganisation erhält besonderes Gewicht. Die Verantwortlichkeit für die aus Betriebsunfällen entstehenden Kosten wird den einzelnen Betrieben (Betriebsabteilungen) angelastet³⁾; von Arbeitgeberseite ist energisch der Standpunkt vertreten worden, nach einer wirksamen UV seien die Betriebsunkosten zu senken⁴⁾.

Hier soll im einzelnen nicht auf die Kostenprobleme eingegangen werden, da ihnen an anderer Stelle Raum gewidmet ist. Wichtig bleibt jedoch festzustellen, daß die ökonomische Betrachtung der Zusammenhänge Unfälle - Betriebsaufwand⁵⁾ nur in Ansätzen postuliert wurde; die Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung (s.o. S. 143) hätte evtl. die Möglichkeit gehabt, auch auf die Erfassung der Unfallkosten in der Betriebsabrechnung hinzuwirken. Dazu hätte sich eine Gelegenheit geboten bei der Abfassung der Kostenrechnungsrichtlinien für den Metallblock (KRRMe)⁶⁾, an der auch der VDMA maßgeblich beteiligt war. Eine gesonderte Aufzeichnung der aus den Unfällen betriebsintern erwachsenden (sog. indirekten) Kosten hätte vielleicht als Gemeinkosten der jeweiligen Kostenstelle möglich sein dürfen.

1) s.a. SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 81 f.

2) MICHELS, Wilhelm, in: BG 1919, S. 39 und Techn. Bericht der HWBG 1926.

3) KLEDITZ, Emil, I, aaO, Sp. 497.

4) VÖGLER, Albert (Generaldirektor der damaligen Vereinigten Stahlwerke AG) auf dem Eisenhüttentag 1927, vgl. BG 1927, Sp. 64.

5) im Sinne von Kosten; vgl. z.B. SCHNETTLER, Albert, Betriebsanalyse, 2. Aufl. Stuttgart 1960, S. 96 ff, 104.

6) Vgl. hierzu u.a. HENZEL, F., Die Kostenrechnung, 2. Aufl., Stuttgart 1950, S. 275.

Generell wird ersichtlich, wie sich im Anschluß an die Überlegung "Sicherheit ist Gewinn" die verschiedensten Bemühungen darauf richten, zur wirtschaftlichen Betriebsführung auch die Mittel des Arbeitsschutzes hinzuzuziehen.

Die deutsche Industrie orientiert sich in den 30er Jahren auch an internationalen Auffassungen, die die Unfallziffer als "Indikator für den allgemeinen Organisationszustand eines Betriebes" ansehen¹⁾.

Beachtet man die seit 1945 verstärkt fortschreitende Mechanisierung und Rationalisierung/Automatisierung in den großen Werken auch der Eisen- und Stahlindustrie, so muß von einem der Technik inhärenten "Sicherheitsgrad" gesprochen werden. Technische Ausrüstung und Anlage der Aggregate des Betriebes sind in gewissen Grenzen nicht zu trennen; wie bedeutsam auch für den hier behandelten Organisationsgrad des Betriebes die Neuerungen in der Entwicklung technischer Verfahren sein können, mag am Beispiel des vollautomatischen Gerüstwechsels in Walzwerken demonstriert werden, der heute in 4 Minuten vollzogen ist, wogegen er in früheren Jahren bis zu 8 Stunden dauerte²⁾. Eine Fülle von Sicherheitsproblemen kann, allein schon aus dem Grunde der nahezu völlig ausgeschalteten "Gefährdungszeit", als gegenstandslos angesehen werden.

b) Die Sicherheitsanalyse des Arbeitsplatzes

Die jüngsten Vorschläge aus der Betriebspraxis unterstreichen die Bedeutung der Betriebsorganisation für die Arbeitssicherheit, wenn sie nach amerikanischem Vorbild in arbeitswissenschaftlichen Studien des Arbeitsablaufes zu dessen sicherer Gestaltung vorzudringen versuchen³⁾. Der Mensch wird als der Mittelpunkt der Bestrebungen gesehen, gleichzeitig sind jedoch alle Komponenten aus Technik, Arbeitsplatzgestaltung und Orga-

-
- 1) Vgl. SIEGEL, Otto, Wechselbeziehungen zwischen der Rationalisierung und der Unfallverhütung, in: BG 1933, Sp. 19. Siehe auch BG 1932, Sp. 193.
 - 2) s. Stahl und Eisen 1962 (Industrie und Wirtschaft), S. 759.
 - 3) s. z.B. BOHR, Klaus J., Aktion sichere Arbeitsweise, in: BG 1958, S. 175; JUNGBLUTH, Adolf, aaO I, S. 10 f.

nisation berücksichtigt, mit denen er bei seiner Arbeitsverrichtung zu tun hat.

Die Sicherheitsanalyse untersucht Schritt für Schritt die Teilhandlungen des Arbeitsablaufs auf die aus ihnen möglicherweise resultierenden Gefahren und gibt gleichzeitig ein "Abwehrmittel" in Form technischer oder verhaltensmäßiger Hinweise an. Dieses Verfahren erfordert die Durchdringung sämtlicher Zweige und Stufen der betrieblichen Führungsschicht und eine mit der produktionstechnischen Ablauforganisation gekoppelte Sicherheitseinrichtung. Im folgenden sei in kurzen Zügen auf das Wesen der Methode eingegangen.

Von der mit den Sicherheitsfragen beauftragten oberen Werkstelle (Sicherheitsabteilung, hauptverantwortlicher SiB) kann die "Analyse" in 6 Schritten bis an den einzelnen Arbeitsplatz herangetragen und wirksam werden.

Im 1. Schritt erfolgt eine Schulung von Sicherheitsinstruktoren - neben den sicherheitstechnischen vornehmlich in Führungsaufgaben; es soll auf jeweils 500 Beschäftigte ein Instrukteur eingesetzt werden.

Schritt 2 sieht eine Unterweisung aller unmittelbaren Aufsichtskräfte des Betriebes durch die Instruktoren vor, wobei jedoch in der Regel je Betrieb nur 2 bis 4 Führungskräfte ausgewählt werden. Den betrieblichen Führungskräften obliegt die Erstellung von Sicherheitsanalysen, d.h. also der Zergliederung, Prüfung und Bewertung der verschiedenen Arbeitsgänge in ihrem Bezirk für die Zwecke des Arbeitsschutzes. Die Analysen werden in Rundgesprächen erörtert und nach Bedarf überarbeitet.

Der 3. Schritt besteht darin, daß das unter 2. genannte theoretisch erworbene Rüstzeug in der Anwendung im Betrieb eingeübt wird. Danach werden (Schritt 4) Kontrollen dieser Bemühungen vorgenommen.

Im Schritt 5 wird die Erstellung von Sicherheitsanalysen regelmäßig durchgeführt; der SiB muß durch wiederkehrende Kontrollgänge und "Kontaktgespräche" mit den Arbeitern die Wirksamkeit des Verfahrens zu festigen und zu intensivieren versuchen.

Ein monatlicher Sicherheitsbericht rundet das Pensum der Sicherheitsaktion auf Kontrollzeiträume ab (6. Schritt).

Die beschriebene Methode will durch die Ausfertigung von "Sicherheitsmerkkarten", die dem jeweiligen Arbeitsplatzinhaber ausgehändigt werden, eine manifeste Stütze für die sichere Arbeitsweise schaffen. Ihre Wirksamkeit wird von Praktikern der Eisen- und Stahlindustrie sowohl für den einzelnen angesprochenen Ar-

beiter als auch für die unterweisenden Meister, UVM oder sonstigen SiBen als "vorzüglich gezielte Hilfe" angesehen¹⁾. Es wird sich in längerer Beobachtung erweisen, ob dieses Verfahren wirklich durchgreifenden Erfolg mit sich bringt. - Nicht unbeachtet darf bleiben, daß die verwaltungsmäßige Arbeit der Aktion zumindest in einem längeren Zeitraum der Anlaufperiode, die wahrscheinlich Korrekturen nötig machen wird, nicht unbedeutend ist. Jeder der o.g. 6 Schritte ist nämlich für die verschiedenen Arbeitsplätze auf eigenen Karten festzuhalten. Die reibungslose Ausfertigung aller Unterlagen der Analyse dürfte erst nach erheblichen Mühen erreicht werden. Dennoch bietet, gerade im Hinblick auf die zunehmend differenzierter werdende Form der Arbeitsverfahren, das Prinzip der Sicherheitsanalyse der betriebseigenen UV ein beachtenswertes Instrumentarium.

In nicht so weit ausgearbeiteter Form sind bereits seit Jahren bedeutende Werke der eisenverarbeitenden Industrie dazu übergegangen, ein Sicherheitskontrollsystem einzurichten, indem an Hand von Sicherheitsprogrammen (s. u. d.) und Merkbüchern für die SiBen Gefahrenstellen und Schutzmaßnahmen festgehalten werden.

Von besonderem Interesse ist hier, daß das Verfahren bereits vor dem 1. Weltkrieg in Deutschland bekannt war: Die Maschinenbau- und Kleisenindustrie-BG²⁾ berichtet von einem "Rapportzettel, betr. Schutzvorrichtungen" für Meister und Vorarbeiter, auf denen der Vorgesetzte bescheinigt, an einem bestimmten Tag zu gewisser Stunde "sämtliche ... Schutzvorrichtungen in den ihm unterstellten Abteilungen ... auf ihre richtige Funktionierung geprüft zu haben" und gleichzeitig angibt, an welcher Maschine die Schutzvorrichtung erneuert werden müsse. Offenbar war es zunächst nur der Mentalität der amerikanischen Industriearbeiter möglich, dieses Vorgehen als einen wichtigen Bestandteil einer umfassenden "Analyse" (s.o. Schritte 4 und 5) wirksam einzusetzen.

c) Fragen der personellen Organisation im Hinblick auf die Sicherheit am Arbeitsplatz

Die Vielgestaltigkeit und die z.T. erheblichen Anforderungen an Körper und Geist des Arbeiters in den Betriebsprozessen der Eisen- und Stahlindustrie führte vor geraumer Zeit dazu, in

1) JUNGBLUTH, Adolf, aaO I, S. 11.

2) Techn. Bericht für 1913 in AN für 1914, 1. Beiheft.

besonderen Ausleseverfahren den "richtigen Mann an den richtigen Platz" zu stellen. Immerhin hielten die Leitungen mehrerer Mitgliedswerke der HWBG nach den Feststellungen von SCHWENGER es schon in den frühen 30er Jahren für erforderlich, mittels psychologischer Eignungsprüfungen die für bestimmte Arbeiten am besten geeigneten Kräfte zu gewinnen¹⁾. Hier spielte vor allem das Moment der Arbeitssicherheit insofern eine Rolle, als die Ausleseverfahren hauptsächlich solchen Belegschaftsangehörigen galten, die für die Integrität ihrer Mitarbeiter in gewissem Umfang mitverantwortlich sind, so Kranführer, Kraftfahrer, Steuerleute an Walzenstraßen, Lokomotivführer²⁾. Über einen zweckgerechten Einsatz tätiger Kräfte konnte somit zugleich eine Verminderung der Unfallgefahr oder doch eine Verringerung der "subjektiven", d.h. im Menschen selbst liegenden Unfallursachen erreicht werden.

Die Weiterentwicklung der Psychologie und die im Laufe der Zeit akzeptierte Verfahrensweise dieser Disziplin zur "Arbeitsbegutachtung" hat eine systematische Sicherheitskontrolle ermöglicht, die mit den speziellen Untersuchungen einer Experimentalwissenschaft gute Auskunft für die UV geben kann.

Es wurde mit der Ansicht aufgeräumt, die Vergangenheit könne auf leistungspsychologischem Gebiet einen Maßstab für die Zukunft geben; ein "guter Schlosser" braucht, wie GÜRTLER ausführt³⁾, eben noch lange nicht ein "guter Kranführer" zu sein. Insofern muß die These von der "richtigen" Arbeitsplatzbesetzung, nach den Erfahrungen der Betriebspraxis ohne Kenntnis psychologischer Zusammenhänge, revidiert werden. Dem Einwand der täglichen betrieblichen Übung, daß bewährte Arbeiter auch hin und wieder innerbetrieblich umgesetzt werden könnten und müßten, kann nur die Forderung entgegengehalten werden, die spezielle Eignung des betreffenden ausgetauschten Arbeiters nicht zu überschätzen. Unter Einbeziehung der Komponente "Sicherheit" in die Arbeitsplatzbewertung im weitesten Sinne lassen sich die häufigen Kompromisse der Kompensation offenbar

1) SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 90 f.

2) Vgl. Jahresbericht für 1956 der WiV EStInd., S. 33.

3) GÜRTLER, Heinz, Eignungsuntersuchung und ihre Methoden, in: Mod. UV Heft 6, 1962, S. 93 ff.

personeller Mängel (Sehuntüchtigkeit, Unachtsamkeit, Unordentlichkeit) durch verschärfte Organisation (Aufsicht, Lohnregulierung) grundsätzlich nicht aufrechterhalten¹⁾. Neben der Prüfung auf "Tauglichkeit" zur Verrichtung bestimmter Tätigkeiten nach den medizinischen und biologischen Kriterien (s. u. S. 193) hat zweckmäßig die psychologische Eignungsuntersuchung zu treten. Eine solche Untersuchung muß in möglichst individueller und ständig verfeinerter Weise die Arbeit oder den Arbeitsplatz im Betrieb auf Aufgabenstellung, geforderte menschliche Fähigkeiten und Umgebungsbedingungen prüfen²⁾. Methodisch gesehen handelt es sich also wiederum um eine Arbeitsplatzanalyse, die nicht zuletzt der Sicherheit der Untersuchten wie auch deren Mitarbeiter im Betrieb dient. Auf Einzelheiten kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden. Hervorgehoben sei jedoch, daß die Arbeit der Psychologie in diesem speziellen Falle auf der Vorarbeit des Mediziners und des Technikers aufbaut und von deren Erfahrungen wenigstens zum Teil profitiert³⁾. Die geistig-seelische Komponente der Arbeitsverrichtung des Menschen ist ohne Zweifel auch im Hinblick auf die sichere Arbeitsweise von den physiologischen und technischen Faktoren mitbestimmt bzw. von ihnen abhängig. Die psychologischen Anforderungen an Bewerber, die besondere, in den Hüttenbetrieben äußerst zahlreich vorhandene Arbeitsstellen des Transportbereiches (Krane, Steuerstände, Werksbahnen, Fördereinrichtungen) ausfüllen wollen, sind beachtlich hoch³⁾. Nach den verschiedenen Teilmerkmalen der drei großen Untersuchungskreise

- (1) psychologische Anforderung des Arbeitsplatzes -
- (2) Begabungs- und Charakterstruktur des Bewerbers -
- (3) Frage: entsprechen die Merkmale zu (2) den Erfordernissen aus (1) ?

ist die Eignungsprüfung anzulegen⁴⁾.

-
- 1) KARL, Helmut, Bedeutung der psychologischen Eignungsuntersuchungen für die Arbeitssicherheit, in: Mod. UV Heft 6, 1962, S. 97 ff. (vgl. auch die dort angegebene Literatur).
 - 2) GÜRTLER, Heinz, aaO, S. 93.
 - 3) NIEMANN, U. / FUCHS, H.W., Anforderungen an Eignungsuntersuchungen und ihre Notwendigkeit, in: Mod. UV Heft 4, 1960, S. 58, 60.
 - 4) KARL, Helmut, aaO, S. 97 f.

Von nicht geringerer Bedeutung dürfte die Nachuntersuchung solcher Beschäftigten sein, die an besonders gefährdeten Arbeitsplätzen stehen oder den Arbeitsplatz wechseln¹⁾. Unter dem Aspekt einer besonderen Gefährdung des Arbeiters selbst sowie seiner Mitarbeiter muß dem Streben Einhalt geboten werden, beliebige umsetzungen innerhalb der Betriebe vorzunehmen.

Die Erkenntnisse der Betriebspsychologie (und -Medizin) sind in der Lage, die notwendigen Aufschlüsse über das zukünftige Verhalten des Bewerbers für einen Arbeitsplatz zu geben. Demnach ist der Arbeitsplatzzuweisung besonders für die Berufszweige, die in den Werken der Schwerindustrie umfassende Qualifikation verlangen, die psychologische Begutachtung notwendig und gleichrangig zur Seite zu stellen. Hier gilt in besonderem Maße die Erfahrung, daß eine noch so gute und richtige Arbeitsnorm (= technologisches Verfahren des Arbeitsablaufs) Mängel in der Eignung nicht aufheben kann²⁾.

d) Das Sicherheitsprogramm des Betriebes

Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß die Effizienz der UV von den sie tragenden und ihr Unterstützung leihenden Betriebsstellen abhängt. Für die Arbeitssicherheit sind nach dem Gesetz sowohl in zivil- wie in öffentlich-rechtlicher Hinsicht die Unternehmer bzw. die Organe juristischer Personen, im weiteren Sinne die "Arbeitgeber" allgemein, verantwortlich³⁾. Das sind aber dieselben Stellen, die auch im technischen und kaufmännischen Bereich die Planung des Fertigungsprogramms, des Fertigungsverfahrens, der Termine und Nebenbedingungen einzuleiten und zu verfolgen haben. "Ausfälle", die aus Fehlern in Planentscheidungen resultieren, werden durch Plankorrektur für die Zukunft möglichst auszuschalten, evtl. sogar noch vor ihrem Wirksamwerden durch rasche Umdisposition zu vermeiden gesucht. Was für die betriebs- und marktpolitische Seite unternehmeri-

¹⁾ NIEMANN/FUCHS, aaO, S. 60 f.

²⁾ nach HISCHE, Wilhelm, aaO, S. 162 ff.

³⁾ vgl. HUECK-NIPPERDEY, Lehrbuch I, aaO, S. 374 f.;
vgl. auch § 120 a GewO.; § 16 Bestimmung RVA vom
19. 6. 1936, AN 1936, S. 195.

schen Handelns gilt, sollte und kann auch für die Belange der Arbeitssicherheit erreicht werden.

Dabei wird nicht verkannt, daß eine gewisse psychologische Hemmung auftreten könnte, wenn zusätzliche Ausgaben für die Arbeitssicherheit den Punkt oder die Zone des Kostenminimums¹⁾ zunächst wieder in "ungünstiger" Richtung verschieben. Doch dürfte bald erkannt werden, insbesondere mittels der Methoden der verfeinerten Kostenerfassung²⁾, daß eine Art Erfolgsrechnung bei der UV³⁾ eine betriebswirtschaftlich wie technisch rentierliche Maßnahme ist, die auch echte Kostenvorteile in der betrieblichen Gesamtrechnung sichtbar machen wird⁴⁾. Wie weite Teilbereiche der Produktion hinsichtlich Vorbereitung, Ablaufsteuerung, Kontrolle/Überwachung und Prüfung der Ergebnisse ausgegliedert sind, (Güteprüfung, Reparatur, Instandhaltung, Terminwesen), so kann auch die Arbeitssicherheit in "Stabsstellen" geplant und ihre Durchführung von dort aus angesetzt werden. Wichtig bleibt jedoch, daß sie auf allen Ebenen der Betriebsstruktur Bestandteil der Planung ist, angefangen bei der obersten Unternehmensführung. Arbeitssicherheit, mit den praktischen Mitteln der technischen Gestaltung, der organisatorischen Handhabung, der Verwendung psychologischer, soziologischer und medizinischer Erkenntnisse betrieben, kann, so eigenartig das klingen mag, die Produktivität der Unternehmung erhöhen, wenn sie Bestandteil des umfassenden (Produktions-) Plans geworden ist⁵⁾.

Die Realisierung der Arbeitssicherheit in den Betrieben beruht, für sich betrachtet, auf den folgenden drei Schritten, die zugleich die Abschnitte eines selbständigen Sicherheitsprogramms darstellen:

-
- 1) im Sinne des Minimums der Stückkosten; vgl. hierzu u.a. MELLEROWICZ, Konrad, Kosten und Kostenrechnung, Bd. I, 3. Aufl., Berlin 1957, S. 374 ff.
 - 2) mittels subtiler Verfahren, z.B. Grenzplankosten- und Grenzpreisrechnung.
 - 3) BERCKHOFF, H.O., aaO, S. 19.
 - 4) Der amerikanische Unternehmer sieht jährlich beim Aushandeln der Prämie für den Haftungseintritt der privaten Versicherungsgesellschaft unmittelbar den "Erfolg" seiner Bemühungen um die UV.
 - 5) BERCKHOFF H.O., aaO, S. 28 ff.

Erforschung der Unfallursachen in den statistisch erfaßten Schwerpunktbezirken der Unfälle - Bekämpfung der Ursachen mit den im groben vorstehend und nachfolgend aufgezeigten Methoden - "Sicherung" des sicheren Zustandes durch konstruktive, d.h. sicherheitsbewußte Planung.

Kapitel VI: Arbeitssicherheit als Teilbereich betrieblicher Personalpolitik

=====

Vom Systematischen her bedarf es grundsätzlich einer Vorab-orientierung über die in einem Betrieb (Werk, Unternehmen) vorgefundenen Tatbestände der personellen Struktur der Belegschaft (im weitesten Sinne) und der zwischenmenschlichen Beziehungen, um die für die Arbeitssicherheit notwendigen Gesamtmaßnahmen richtig einsetzen und die Detailpläne - auf technisch-organisatorischem, (soziologischem), psychologischem und medizinischem Gebiet zweckentsprechend abzustimmen. Aus einer derartigen Globalübersicht lassen sich auch gewisse Schwerpunkte einer überbetrieblichen Einflußnahme (Beratung, Werbung, Schulung) ableiten, die auf die Komplexität des Unfallgeschehens ausreichend Rücksicht nimmt.

Im folgenden sollen grundsätzliche Bedeutung und Hauptaufgaben der Betriebssoziologie, der (Arbeits-) Medizin und der (Arbeits-) Psychologie herausgestellt werden, soweit sie für die Belange der UV von Interesse sind.

1. Die Soziologie in der Unfallverhütung

a) Grundsätzliche Bedeutung der Betriebssoziologie für die Arbeitssicherheit

Die wissenschaftliche und auch praktische Auffassung vom Betrieb als von einem in sich abgeschlossenen, mit der Umwelt in gewissem Grad nicht verbundenen Gebilde ist aufgegeben¹⁾; die neue

1) Vgl. SCHELSKI, Helmut, Art. "Betriebssoziologie", in: HdB Bd. I, Sp. 858 ff. ("IV").

Betrachtung berücksichtigt die Erkenntnis, daß der Betrieb sowohl in sich selbst wie auch durch Einflüsse aus seiner Umgebung von zwischenmenschlichen Beziehungen durchzogen und bis zu einem gewissen Umfang geprägt ist. -

Das stellt an die für die Arbeitssicherheit Verantwortlichen die Aufgabe, sich sowohl um die das Betriebsgeschehen gestaltenden Arbeitswissenschaften zu kümmern als auch die "Gruppenbeziehungen" - und diese wiederum unter dem Gesichtspunkt von Autorität und Hierarchie - zu bewerten. Beides muß gemäß dem Charakter der Soziologie als einer "theoretischen Vorstufe vor der Praxis" geschehen¹⁾. Es handelt sich also um eine Tatbestandsaufnahme, die die Grundlage für die Anwendung praktischer Maßregeln liefern soll.

Am Beginn der Entstehung der Betriebssoziologie kurz vor dem und während des 1. Weltkrieges standen (in Amerika) die "nicht-ökonomischen Bedürfnisse des Industriearbeiters"²⁾ als Einzelperson wie als Glied einer (Arbeits-)Gruppe. Ihre Belange mit den zumeist schon gegebenen festen Gliederungen betrieblicher Autorität und Hierarchie in Einklang zu bringen, liegt im Aufgabenbereich der Betriebssoziologie. Das wird besonders dort notwendig, wo durch die Art der Arbeitsverfahren (Fertigungsgänge) die Tendenz zur "Entpersönlichung" der menschlichen Arbeit groß ist; hier muß die Betriebssoziologie zur Versachlichung der Probleme beitragen und vermag im Erfolgsfalle auch günstig diejenigen Unfallursachen zu bekämpfen, die aus den allgemeinen menschlichen Spannungen der Arbeitnehmer erwachsen³⁾.

- b) Die Erforschung der soziologischen Gegebenheiten der Betriebswelt für die Zwecke der Unfallverhütung

Die Wissenschaft kennt "Fachuntersuchungen mit soziologischer Optik"⁴⁾, d.h. fachliche Erörterungen, die über ihren eigent-

1) s. FN 1) auf S. 157.

2) im "scientific management" der USA; Beginn der "human relations". S. hierzu und zum folgenden SCHELSKY, H., Aufgaben und Grenzen der Betriebssoziologie, in: Wege zum sozialen Frieden, Stuttgart/Düsseldorf 1954, S. 207 ff. ("I").

3) SCHELSKY, H., aaO I, S. 225 f.; aaO IV, Sp. 862.

4) WIESE, Leopold von, Art. "Soziologie", in: HdSw Bd. 9, S. 634 ff.

lichen Grundbereich hinaus eine "soziologische Problematik"¹⁾ enthalten. Das trifft offenbar auf die Fragen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit in besonderem Maße zu. Da die Vertreter der Soziologie dazu neigen, den genannten Charakteristika ihrer Disziplin gemäß die soziologischen Kenntnisse den jeweiligen Fachleuten zusätzlich nahezubringen²⁾, (also "nicht immer neue Spezialisten zu schaffen"²⁾), dürfte nach entsprechender Ausbildung für die Sicherheitsfachleute auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene eine harmonische Erfassung eines weiten Bereichs der Unfallursachen und damit deren wirksame Bekämpfung möglich sein.

Hier wird vornehmlich Bezug genommen auf die in Fallstudien in 3 Hüttenwerken (1954) gewonnenen Ergebnisse über den Einfluß soziologisch bedingter Unfallursachen. (Wieweit diese Werte derzeit noch aussagekräftig sind, soll hier des näheren nicht erörtert werden³⁾.) Der Untersuchung lagen rd. 700 Unfälle zu Grunde; deren soziologische Hintergründe müssen bei sachgerechter Gruppierung vor allem in der Sphäre der Betriebshierarchie, der arbeitswissenschaftlichen Zusammenhänge und der Umwelteinflüsse gesucht werden. Es handelt sich also um

- (1) a) Beziehungen der Arbeiter untereinander (Verhältnis zum gleichgestellten "Kollegen")
b) das Verhältnis zum Vorgesetzten (Untergebenen)
c) die Spannungszustände, die von außerbetrieblichen menschlichen Einflüssen die betriebliche "Verfassung" des Arbeiters bestimmen;
- (2) Faktoren, die aus der Beachtung besonderer Arbeitsplatzbedingungen sowie betrieblicher und überbetrieblicher sozialer Normen⁴⁾ erwachsen.

Die Untersuchung ergab, daß die zahlenmäßig häufigsten Verstöße durch Nichtbeachtung von UVVen und Gesetzen sowohl von Unfallbeteiligten als auch von Vorgesetzten begangen wurden (32 % aller erfaßten Fälle). In der Reihenfolge der Häufigkeit sind "gestörte kollegiale Beziehungen" (18 %), "gestörte hierarchische

1) s. FN 4) auf S. 158

2) SCHELsky, H., aaO I, S. 240.

3) vgl. hierzu auch WIESE, L., aaO, S. 635, NEULOH u.a., aaO, S. 338 ff.

4) UVVen, Gesetze, Betriebsanweisungen, NEULOH u.a., aaO, S. 293 ff.

Beziehungen" (etwa: ungenügende Arbeitseinweisung, falscher Arbeitseinsatz) (17 %) und "Zeitdruck" (13,7 %) zu verzeichnen.

Bei allem ist zu berücksichtigen, daß die absolute Häufigkeit der sozialen Faktoren im (untersuchten) Unfallgeschehen die zweite Stelle (nach den psychologischen Faktoren) einnimmt¹⁾. Das bedeutet eine beachtliche Wirkung der Ursachengruppe "Verstöße gegen Vorschriften" auch im Gesamtkomplex der Unfallverursachung. Zwar war seit langem auch ohne wissenschaftliche Erhärtung dieser Umstand bekannt und auch eingehend behandelt (s.u. psychologische Fragen der UV), doch zeigt die Analyse die Relationen deutlich und gibt u.a. Anlaß, den übrigen Teilbereichen gleichfalls verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

c) Herausragende Gruppenpersönlichkeiten und ihr Einsatz für die Arbeitssicherheit

Betriebliche Führungskräfte können schon von ihrer hierarchischen Stellung her geeignet sein, den Gedanken der UV zu vermitteln und mit Nachdruck zu vertreten. Neben Meistern²⁾ und Vorarbeitern kommen aber besonders ausgebildete "Sicherheitsfachkräfte" in Betracht (Unfallvertrauensmänner - UVM - Unfallobleute).

c₁) Der Meister im Verhältnis zur Arbeitssicherheit

Die herausragende Stellung, die der Meister in der Betriebs-hierarchie einnimmt, ist seit jeher eingehend gewürdigt worden³⁾. Seine den Kontakt zu den höheren Führungsstellen des Betriebes (Werkes) wie zu den unmittelbaren Arbeitsgeschehnissen vereinigende Position macht ihn zu einer Schlüsselfigur im Betriebsgeschehen.

1) NEULOH u.a., aaO, S. 351; Der psychologische Bereich steht mit der Häufigkeit 749 an erster Stelle, es folgen der soziologische (700), der technische (184) und der medizinische Bereich (165).

2) SCHELSKY, H., aaO IV, Sp. 862, nach AHRENSBERG.

3) GECK, A., Die sozialen Arbeitsverhältnisse im Wandel der Zeit, Berlin 1931, S. 54. -
Ifo-Institut, Die sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts, Berlin/München 1962, S. 101 f.

Das gilt auch für die Belange der Arbeitssicherheit, wie die bg-lichen Stellen frühzeitig unterstrichen¹⁾; sie forderten selbst neben den eigens für die UV abgestellten Personen (UVM) noch die systematische Unterweisung der Meister, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß mit dem technischen Ablauf der Produktion die Sicherheit Hand in Hand gehen müsse²⁾. Heutzutage sind für den innerbetrieblichen Aufstieg in eine Vorarbeiter- oder Meisterstellung in Werken der Eisen- und Stahlindustrie qualifizierte Kenntnisse auch in der Arbeitssicherheit erforderlich³⁾.

Außer acht bleiben darf jedoch bei dieser Einstufung der Meister und ihrem sinnvollen Einsatz im personellen Bereich der Sicherheitsorganisation nicht die Forderung, daß die weiteren Vorgesetzten in Einstellung und Tat Vorbild für ihre Mitarbeiter sein müssen. Sonst wird sich auf diesem weitgehend mit menschlichen Problemen angefüllten Sektor kaum eine fruchtbare Korrespondenz zwischen der oberen und niederen Betriebsebene ergeben.

c₂) Stellung und Aufgaben des Unfallvertrauensmannes

Kurz nach dem 1. Weltkrieg wurde von den gewerblichen BGen eine Einrichtung geschaffen, die als "Zelle des Unfallschutzes" in den Betrieben gelten sollte, der Unfallvertrauensmann (UVM). Die Hauptaufgabe des UVM soll in seinem persönlichen Einsatz, durch sicheres Arbeiten, durch Rat, Belehrung und Hilfeleistung, kurz: in vorbildlichem Verhalten⁴⁾ liegen, welches ihn befähigen soll,

"sich von dem Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fortlaufend zu überzeugen und auch sonst für die Durchführung des Unfallschutzes Sorge zu tragen ..., Mängel dem Betriebsleiter (zu) melden und auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen selbst Vorschläge zur Verbesserung (zu) machen), auch das Interesse ihrer Mitarbeiter für den Schutz gegen Unfallgefahren (zu) wecken ..." 5)

1) so z.B. Techn. Bericht für 1913 der Südd.Eisen-und Stahl BG und der Masch.-Bau u.Kleineisenindustrie-BG.

2) MICHELS, Wilhelm, Ausbildung von UVM, in: BG 1922, S.78, 86.

3) STROHMENGER, Karl, aaO, S. 96.

4) "Der UVM im Betrieb", hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metall-BGen, Hannover o.J., S. 7 f., 12 f.

5) § 7 Abs. 4 VBGB 1.

Erziehungsarbeit kann aber - gerade auf der unteren Stufe der Betriebshierarchie - nur dann nutzbringend sein, wenn die äußeren Umstände günstig sind. Das bedeutet hier, daß von der Gestaltung der sinnvollen Ausgestaltung der UV auch alle übrigen Führungsstellen erfüllt sein müssen. Der in technischen Berechnungen geläufige "Sicherheitsfaktor" muß die Unterweisung zu sicherer Verhaltensweise umfassen; dabei kann der Meister größere Bedeutung haben als der Betriebschef¹⁾.

In jüngerer Zeit hat sich die Frage erhoben, ob dem UVM strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Eintritt eines Unfalls durch Außerachtlassung der ihm besonders auferlegten Sorgfaltspflicht zukomme. Nach hM wird das verneint; im einzelnen kann hierauf näher nicht eingegangen werden²⁾.

c₃) Der Unfallobmann - gewerkschaftlicher Sicherheitsbeauftragter-----

Erstmals durch das Betriebsrätegesetz vom 4. 2. 1920³⁾ war den Arbeitnehmerorganisationen die Mitarbeit in den Betrieben auch auf sozialem Gebiet gesetzlich eingeräumt. Die Betriebsvertretung hatte danach die Aufgabe, "... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in den Betrieben zu achten..." (§§ 66, 77, 78 BRG). U.U. konnten Mitglieder des Betriebsrates aus eigener Machtvollkommenheit die Aufgaben der bg-lichen UVM wahrnehmen⁴⁾, die Unternehmer also auf ihr Recht zur "Bestellung" von UVM verzichten. Im Allgemeinen ist es wegen der neuartigen und viel innerbetrieblichen Zündstoff enthaltenden Bestimmungen des BRG "im Interesse des Betriebs-

1) MINTERT, Heinrich, Deutsche UV-Arbeit im Hinblick auf amerikanische Erfahrungen, in: BG 1954, S. 250.

2) Vgl. dazu hauptsächlich: "Strafbarkeit des UVM", in: BG 1956 S. 91. ARTZT, Heinz, in: BG 1956, S. 529; NOTTBOHM, Gustav, Der UVM im Zwielficht, in: BG 1957, S. 153; KAUFMANN, Günter, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des UVM, in: BG 1957, S. 154; SCHMIDT, Eberhard, Gutachten zur Frage der Strafbarkeit des UVM, in: BG 1958, S. 27.

3) RGBl. I, S. 147.

4) Vgl. § 14 a Abs. 2 NUVVen, BG 1921, S. 87.

friedens" nur selten zu einer effektvollen Arbeit der gewerkschaftlichen SiBen gekommen. Eine Initiative wird jedoch seitens der Arbeitnehmerschaft darin sichtbar, daß Vertreter der Versicherten im UV-Ausschuß der HWBG die Teilnahme der Betriebsvertretungen an der Arbeit der Sicherheitsabteilungen der Werke forderten und dazu die Errichtung von Sicherheitsausschüssen vom Genossenschaftsvorstand unterstützt zu sehen wünschten¹⁾.

In der nationalsozialistischen Zeit waren "Arbeitsschutzwalter" von der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) eingesetzt, doch waren sich BGen und DAF einig über die "besondere Bedeutung des UVM"²⁾. Nach dem 2. Weltkrieg entstand die Position des Unfallobmanns³⁾ als des Betriebsratsmitgliedes, das sich für die Fragen der Arbeitssicherheit besonders einzusetzen hat. Die IG Metall unterstreicht allgemein den Gedanken der Zusammenarbeit ihrer Repräsentanten in den Betrieben, die gem. § 58 Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952⁴⁾ den Unfallschutz als besondere Aufgabe zugeordnet erhalten - "der Betriebsrat hat auf die Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten ... sowie sich für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz einzusetzen" - mit den Stellen der Betriebsführung⁵⁾. - Die Gewerkschaft bildet geeignete Mitglieder in Sonderlehrgängen aus.

Über die Tätigkeit der Unfallobleute im Bereich der HWBG ist an anderer Stelle Näheres gesagt. Hier sei nur noch hervorgehoben, daß der Unfallobmann von sachverständiger Seite bisweilen als "wichtigster Helfer des Sicherheits-Ingenieurs beim Einsatz der UVM" bezeichnet wird⁶⁾. Insofern kommt ihm eine Doppelfunktion zu, in der er einmal - aus seiner Stellung als Betriebsrat - unmittelbaren Zugang zu den vorbereitenden und planenden Stellen des Betriebes hat, zum andern - kraft Auftrages seiner Mit-

-
- 1) Bericht der HWBG über den 48. Genossenschaftstag 1929, Pkt.6.
 - 2) Vereinbarung DAF - Verband BGen vom 29.8.1935, BG 1935, S. 254; 1937, S. 121.
 - 3) Die Bezeichnung ist nicht offiziell, aber im Ruhrgebiet bzw. NRW geläufig; vgl. RUHE, H., aaO I, S. 407; NEULOH u.a., aaO, S. 139.
 - 4) BGBI. I, S. 43.
 - 5) Vgl. auch Schriftenreihe IG Metall Heft 2: "Für die Sicherheit ist die Unternehmensleitung verantwortlich".
 - 6) NEULOH u.a., aaO, S. 139.

arbeiter - die Pflicht, diesen die Forderung der Arbeitssicherheit nahezubringen. Dieser Umstand dürfte, vom Theoretischen her gesehen, eine den Erfordernissen der Belegschaft adäquate Unfallschutzpraxis begünstigen; daß das z.Zt. noch nicht überall zutrifft, im Gegenteil die Arbeit von Sicherheits-Ingenieuren z.T. von Betriebsratsmitgliedern beträchtlich gehemmt wird, mußte der Verf. in einigen großen Werken der HWBG feststellen.

d) Stahlarbeiterwohnungsbau - Beitrag zur soziologischen Unfallverhütung

Die Frage gesunden und ausreichenden Wohnraums ist einer der zahlreichen Umwelteinflüsse, die die Situation des Arbeiters auch am Arbeitsplatz wesentlich mitbestimmen. Da seit langem dieses "außerökonomische Interesse" des Arbeiters als sehr gewichtig für eine günstige Arbeitsverfassung erkannt ist¹⁾, soll diese Art Prävention hier kurz skizziert werden. In der günstigen Lösung der Wohnungsfrage kann sich die "Produktivität der Sozialversicherung" als "biologisch-organische Produktion von Arbeitsfähigkeiten"²⁾ erweisen.

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie begann 1949 mit einem Wohnbauprogramm für Stahlarbeiter, zu dessen Finanzierung das Land Nordrhein-Westfalen, die Hohe Behörde der Montanunion, die Arbeitgeber der ESTInd, die HWBG sowie andere Sozialversicherungsträger beitrugen. Der Schwerpunkt des Programms liegt naturgemäß im Land Nordrhein-Westfalen, obwohl der Bereich der Wirtschaftsvereinigung über dieses hinausgeht.

Der Wohnbedarf der Stahlarbeiter ist noch heute recht groß und übersteigt den der Bevölkerung der jeweiligen Städte durchschnittlich um das Doppelte³⁾. Von einem Mitgliedswerk der WIV sind Ergebnisse dieses Umstandes bekanntgeworden: Die Fluktuation der in werkseigenen bzw. werksverbundenen Wohnungen leben-

1) KAUFMANN, Paul, Schadenverhütendes Wirken in der deutschen Sozialversicherung, Berlin 1913 (zit. nach PREILLER, Ludwig, in: Sitzler-Festschrift, S. 166).

2) WEDDIGEN, Walter, Art. "Sozialversicherung (I)", in: HdSW Bd. 9, S. 598 f.

3) Jahresbericht 1961 WIVest Ind., S. 45 f.

den Belegschaft war 32mal geringer als die der restlichen Arbeitnehmer (0,9 % gegenüber 29,5 %) ¹⁾. Beide Fakten - Gesundheit und Arbeitsplatzzufriedenheit ²⁾ - geben wesentliche Merkmale für den soziologischen Bereich der Unfallursachen ab. Sie verdienen deshalb gebührende Beachtung, die ihnen die HWBG in einem Umfang gewidmet hat, wie er aus der folgenden Tabelle ersichtlich wird.

Die für 1962 geplanten Wohnbauvorhaben der WiV werden nach dem Voranschlag ca. DM 50 Mill. erfordern. Daran ist die HWBG als Institution mit etwa 7 % beteiligt. Ihre Beiträge zum Stahlarbeiterwohnungsbau sind den "Arbeitgeber-Darlehn" der Eisen- und Stahlindustrie gegenübergestellt ³⁾.

Jahr 1	Arbeitgeber-Darlehn ⁺ 2	Darlehn HWBG ⁺⁺ 3	% von Sp. 2 4
1949- 1955	196.378.000,--	-	-
1956	28.254.000,--	3.000.000,--	10,58
1957	29.779.000,--	700.000,--	2,46
1958	30.854.000,--	2.000.000,--	6,49
1959	22.344.000,--	1.000.000,--	4,41
1960	25.514.000,--	1.000.000,--	3,99
1961	45.200.000,--	4.600.000,--	18,00
1962	(50.000.000,--)	(3.000.000,--)	(6,00)
1956- 1961	181.945.000,--	12.300.000,--	6,89

+) = abgerundet auf 1.000 DM

++) = einschließlich Darlehn an Mitgliedswerke in Höhe von DM 800.000,--

() in Sp. 2: geschätzt durch WiV, s. Jahresbericht 1961

1) s. FN 3) auf S. 164.

2) NEULOH u.a., aaO, S. 252 f.

3) entn. Jahresbericht 1961 WiVEST Ind., S.41.

2. Psychologische Maßnahmen der Unfallverhütung

Die Entwicklung der industriellen Arbeit hatte es notwendig gemacht, daß die "zweite Aufgabe der UV" angegriffen werden mußte, nämlich "die Menschen selbst für den Umgang mit der Gefahr zu rüsten, sie immer wieder zu belehren und darauf hinzuweisen, daß menschliche Schwäche und menschliche Unvollkommenheit auch das vollendetste Werk des Schutzes zunichte machen können"¹⁾.

a) Generelle Kennzeichnung des Problems

Soweit nicht ausschließlich "physische" (technische) Verfahren ausreichen, die Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten, sollten kombinierte physisch-psychische UV-Methoden angewandt werden²⁾. Der Vorzug gebührt grundsätzlich der Technik, die aber in vielen Fällen von einer gleichgerichteten, d.h. auf Sicherheit bedachten Verhaltensweise der Arbeiter begleitet sein muß; erinnert sei hier an die vielfältigen Transportvorgänge in Hüttenwerken, bei denen "Maschine und Mensch" zusammenwirken ("Hüttenunfälle sind Transportunfälle"³⁾).

Namentlich für den Bereich der nichtmaschinellen Fertigungsgänge (Arbeitsabläufe) ist der Arbeitnehmer aktiv an der UV zu interessieren⁴⁾, damit aus seiner eigenen Mitarbeit die Sicherheit in allen Stadien des Betriebes gewährleistet werden kann. Die psychologische UV muß aber genauso an die Werkleitungen und höheren betrieblichen Führungskräfte herangetragen werden. Mit dieser "direkten" Methode des Arbeitsschutzes, die den Menschen unmittelbar anspricht, muß versucht werden, die Aufmerksamkeit der Arbeiter gegenüber den Gefahren zu wecken oder zu verstärken und für die allgemeinen Gefahren ständig, für besondere Gefahren zum rechten Zeitpunkt (ad hoc) zu mobilisieren.

1) KROHN, Johannes, in: Niederschrift Festsitzung, S. 12.

2) Vgl. LIPMANN, Otto, Psychische Unfallursachen und psychologische Unfallbekämpfung, in: BG 1924, S. 155, 162, 170, 177.

3) so Techn. Bericht für 1957 der HWBG, S. 8.

4) HILDEBRANDT, Hubert, Die persönliche Unfalldisposition, in: BG 1928, Sp. 267, 303.

Das bedingt aber wiederum, daß die Aufmerksamkeit auch "richtig funktionieren", d.h. in individuell geeigneter Weise die Gefahrensituation begreifen, werten, und sinnvoll behandeln muß¹⁾. Gerade das Erfordernis einer individuellen Bezogenheit macht die Schwierigkeiten aus, denen sich die Bemühungen um Beeinflussung des Menschen zum Sicherheitsbewußtsein gegenübersehen.

Hier sollen die wichtigsten Wege dazu aufgezeigt werden.

b) Einflußnahme auf die gefährdeten Arbeitnehmer

Hier wird nur den Blickrichtungen der psychologischen UV Aufmerksamkeit geschenkt, denen in der Betriebspraxis wie in der wissenschaftlichen Forschung überwiegende Bedeutung beigemessen wird. Im übrigen sei auf das umfangreiche Spezialschrifttum verwiesen²⁾.

b₁) Psychologische Unfallverhütung durch gegenständliche
"Werbemittel"-----

Historisch gesehen hat, in Verbindung mit dem Gedanken an eine möglichst nachhaltige Wirkung, offenbar die Ansprache des Arbeiters durch geschriebenes und illustriertes Wort im Vordergrund gestanden. Noch heute sind weithin Bilder und Plakate als besonders eindrucksvolle Unterstützung von "Schlagzeilen" bekanntermaßen bevorzugt. Es bedarf keiner ausführlichen Erörterung, daß diese Art, den Menschen anzusprechen, im großen und ganzen ausgezeichnete Erfolge aufzuweisen hat; dafür geben die Werbeergebnisse der Wirtschaft hinreichende Anhaltspunkte. Hier wie dort wird versucht, durch Kombination von einprägsamen Lehrsätzen, Hinweisen oder Aufklärungen mit bildlicher Ausgestaltung die Entscheidung der angesprochenen Personen in eine bestimmte Richtung zu lenken und die Verfügung über bestimmte "Vorräte" von geistiger Haltung, Besitzneigung oder Interessen- ausrichtung nach vorgeplanten, durch die Werbung beabsichtigten Regeln zu steuern. Es bedarf bedeutenden Aufwandes, zu überzeugender Darlegung der Zusammenhänge durchzudringen, und das

1) LIPMANN, Otto aaO.

2) s. auch die Schrifttumshinweise in diesem und in den folgenden Abschnitten.

wird durch verschiedene äußere Umstände ("schlechte Gewöhnung", falsche Auffassung von "Mut", soziale Begünstigungen - s.u., Kap. VII -) nicht gerade erleichtert. Insofern müssen die im Bereich der Wirtschaftspsychologie sehr zugkräftigen Werbemittel für die Arbeitspsychologie mit Vorbehalten betrachtet werden.

Hinzu kommt noch der Umstand, daß sich augenscheinlich in einer mehrere Jahrzehnte dauernden Praxis die Fachleute der grafischen Sicherheitswerbung noch nicht über die grundlegende Ausgestaltung des Motivcharakters klar geworden sind.

Wieweit sind Texte nützlich, die etwa allgemein belehren ("Vorsicht ist keine Feigheit und Leichtsinns kein Mut"; "Enge Kleidung schützt Dich!"; "Prüfe die Ketten!") oder warnen ("Unter schwebenden Lasten lauert der Tod!"; "Schutzgitter schließen!"; "Eine schlechte Leiter kann Dein Tod sein!"), abschrecken (durch Darstellung von Szenen schwerer Unfälle) oder gleichsam "verlockend" die positiven Seiten sicheren Arbeitens herausstellen ("Es lohnt zu leben!"; "Lieber ohne Unfall leben!") ?

Die Antwort darauf kann, und das ist entscheidend, niemals einseitig, d.h. von der Werbestelle, dem "Erzieher zur Sicherheit" allein ergehen. Es hat den Anschein, als wäre manche günstigere Entwicklung in der Plakatwerbung für die Arbeitssicherheit nicht ausgeblieben, wenn vor einem endgültigen "Einsatz" des Werbemittels die Reaktion und Einstellung der Werbeempfänger auf breiter Linie erforscht worden wären.

Nicht weniger wichtig ist ein Moment, das die geistige Aufnahmefähigkeit und dabei besonders das Vermögen des Arbeiters berücksichtigt, assoziativ zu denken. Im allgemeinen dürfte es nicht leicht sein, Verbindungen zu bildlichen Belehrungen oder dergleichen von der praktischen Gefahrensituation aus herzustellen und entsprechende Schlüsse auf den konkreten Unfallschutz in der meist gebotenen Eile zu ziehen. Deshalb scheint richtig, soweit wie möglich neben den Plakaten allgemeinen Inhalts auch solche zu verwenden, die auf Sonderumstände aufmerksam machen. Das kann etwa durch Gegenüberstellung von "falsch" und "richtig", unterstrichen ggf. durch verschiedene

Farben des jeweiligen Bereiches (rot: Gefahr, grün: Sicherheit), geschehen. Gerade hierzu ist aber neben optischen oder demonstrativen Kunstgriffen eine vorbereitende und anleitende Schulung sehr von Nutzen (s. weiter unten).

Generell dürfte die Nachhaltigkeit einer Bild- oder Plakatwerbung sowohl durch Wechsel der Motive als auch durch zeitliches Aneinanderreihen zu einem gleichen Themenkreis gehoriger "Probleme" (Plakatserien) verstärkt werden (über die weiteren technischen Erfordernisse einer günstigen Bildwerbung siehe das genannte Schrifttum).

Das Medium des Films brachte beschtlich erweiterte Möglichkeiten der UV-Werbung und wurde als Stumm-, Ton-, Schwarz/Weiß- und Farbfilm bald nach der jeweiligen kommerziellen Verwendung in den Dienst der Sicherheitserziehung gestellt. Die HWBG war in den ersten Anfängen der Filmarbeit als einzige BG mit Erfolg tätig, ehe die Filmaufklärung in die Leitung der Zefu überging¹⁾. Heute bedienen sich ihre Mitgliedswerke zahlreicher Filme allgemeinen und speziellen Inhalts, um die UV-Arbeit zu intensivieren.

Die Probleme der Erfolgswirksamkeit sind die gleichen wie die für die Plakatwerbung aufgezeigten. Eine lebhafte Erinnerung an wichtige Einzelheiten dürfte bei den Zuschauern nur dann nachhaltig zu erwarten sein, wenn sie Ereignisse oder Gefahrenmöglichkeiten ihres engeren Arbeitsbereiches dargestellt sehen. Die psychologischen und generellen Schwierigkeiten der Gestaltung sind beim UV-Film noch größer als bei plakativer Form.

Die HWBG hat besonders in den letzten Jahren versucht, die spezifischen Belange der Hüttenindustrie in den UV-Bildern und -Filmen ausreichend zu berücksichtigen. Durch einige im Auftrag sowohl der Genossenschaftsverwaltung als auch von Mitgliedswerken gedrehte Filme wurden die Gefahren dieses Gewerbezweiges besonders gewertet²⁾. Seit 1961 sind die folgenden Plakatserien erschienen, die gleichfalls typische Gefährdungen der Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie zum Gegenstand haben:

1) Vgl. BG 1922, S. 15.

2) SCHWENGER, Rudolf, aaO, S. 91. BG 1939, S. 279, 313.
Techn. Bericht für 1961 der HWBG, S. 32 ff.

- 1961: 6 Bilder zum Thema "Lieber ohne Unfall leben",
mit Hinweisen auf
Kopfschutz, Augenschutz, Handschutz,
Fußschutz, Atemschutz, Hitzeschutz;
- 1962: 4 Bilder zum Thema "Gerahr", mit Hinweisen auf
Schutzbekleidung, Sicherheitsschuhe,
Kopfschutz, Augenschutz;
- 3 Bilder zum Thema "Hab acht auf den Menschen",
mit Hinweisen auf die Sicherheit von
Ketten, Seilen, Haken;
- 1963: 1 Bild zum Thema "Halte Abstand!", mit Text
in 6 Sprachen.

Die Mitgliedswerke beziehen "nach Bedarf" die für die Arbeiter bestimmten Unfallverhütungs-Kalender, die Fachzeitschrift "Unfallwehr" sowie weitere Schriften, die zugleich mit anderen Verwendungsmöglichkeiten auch der fortgesetzten Belehrung über die Sicherheit am Arbeitsplatz dienen (z.B. Vormerkbuch "Betriebswacht"). Die offiziellen Meinungen über die Brauchbarkeit der zuletzt genannten Werbemittel lauten sehr positiv¹⁾. Die HWBG setzt UV-Bilder und -Plakate seit 1924, Filme seit 1919/1926, Tonfilme seit 1931 für die UV ein; auch Sprechtexte auf Schallplatten finden im Werksrundfunk Verwendung²⁾. Auch Werkszeitschriften befassen sich zunehmend mit der Arbeitssicherheit.

In gewissem Sinn zählen auch Richtlinien, Merkblätter, Sicherheitslehrbriefe und Technische Mitteilungen zu den psychologischen Mitteln der UV. Sie sind jedoch ihrem Inhalt nach so sehr an die ablaurtechnische Beschreibung des Arbeitsprozesses angelehnt, daß auf sie an anderer Stelle eingegangen ist. Wieweit es gelungen ist, mit den erörterten Werbemitteln einen "bunt zusammengesetzten Personenkreis aufzuklären und zu beeinflussen", noch dazu unter Beachtung der dauernden Wandlung im Denken, Fühlen und Verhalten der Menschen³⁾, kann abschließend und exakt nicht geklärt werden. Unfallstatistik (Kap. IX) und Umfrage durch den Verf. (s.u. S. 185) geben einigen Aufschluß.

1) so BG 1958, S. 453; Betriebswacht 1963, S. 122.

2) Vgl. BG 1922, S. 15; 1925, Sp. 107; 1930, Sp. 433; 1938, S. 37; 1939, S. 297, 313. Werkzeitschrift Böhler 1939, S. 6 f.

3) VOLKMANN in Lauterbach-Festschrift, S. 281 f.

b₂) Schulung in Fragen der Arbeitssicherheit

Die unter b₁ erörterten Werbemittel sind im wesentlichen mit dem Mangel behaftet, daß sie eine nur einseitige Ansprache an die Werbeempfänger richten und sich hinsichtlich ihrer Treffsicherheit nicht unmittelbar kontrollieren lassen. Dieser Umstand entfällt, sobald eine erstens persönliche und zweitens korrespondierende Form der Kontaktaufnahme zum Arbeiter gefunden ist. Solche Möglichkeiten bieten die verschiedenen Arten einer "Sicherheitspädagogik", die selbstverständlich eng mit der allgemeinen Sicherheitspsychologie verbunden ist und in gewisser Weise nur deren praktische Anwendung darstellt.

Ohne auf Einzelheiten der historischen Entwicklung näher einzugehen, sei hier festgehalten, daß die Erziehung zu sicherheitsbewußtem Arbeiten bereits vor dem 1. Weltkrieg in der Eisen- und Stahlindustrie auf dem Weg über eine aktive Mitarbeit ausgewählter Arbeitnehmer versucht worden ist. 1913 hat ein Mitgliedswerk der HWWBG Unfallkonferenzen einberufen, auf denen Vertreter der Betriebsführung und der Belegschaft die Unfalltatbestände und Schutzvorkehrungen besprachen¹⁾. Es handelte sich hier verständlicherweise um einen Einzelfall, doch zeigt die Bekanntgabe dieser Einrichtung durch die Genossenschaftsverwaltung, daß der Wert derartiger gemeinsamer Aussprachen durchaus in das Blickfeld mancher Sicherheitsstellen gerückt war.

Derzeit werden Sicherheitsgespräche in verschiedener Form durchgeführt. Als "round table - Sicherheitsgespräche" sind Zusammenkünfte von Sicherheits-Ingenieuren, Betriebsleitern, Meistern, Betriebsvertretungen und UVM bekannt, auf denen aus den unterschiedlichen Blickwinkeln Sicherheitsfragen behandelt werden²⁾.

Verschiedene weitere Formen der Sicherheitsschulung³⁾ und "Gefahrendiskussion" durch Sachverständigenbefragung und Fallstudien⁴⁾ sind zur besseren theoretischen Erfassung und prak-

1) Vgl. Techn. Bericht für 1913 der HWWBG, Anl. I (Rundschr. vom 4.2.1913), S. 19.

2) s. dazu u.a. PAUL, Helmut, Die Anwendung von Gruppenmethoden im Dienste der UV, in: BG 1954, S. 287.
WALTER, Heinz, in: BG 1953, S. 374.

3) Vgl. BENDLER, Fritz, Die Lateiner-Methode, in: BG 1955, S. 493. Siehe auch GLIWITZKI, Wilhelm, in: BG 1952, S. 443.

4) PAUL, Helmut, aaO, S. 287.

tischen Bekämpfung der Gefährdungen entwickelt worden.

"5 Minuten-Sicherheitsgespräche"¹⁾ in Arbeitsgruppen und Wettbewerbe um die sichersten Betriebsabteilungen²⁾ mit Prämienzahlungen für die erfolgreichste Gruppe sollen die persönliche Initiative und die hilfreiche Bedachtsamkeit für den Arbeitskameraden wecken und erhalten. Gerade gegen die "Prämisierung selbstverständlicher Verhaltensweisen" ist öfter Kritik laut geworden; man darf aber nicht übersehen, daß vielfach durch den Prämienwettbewerb das aktuelle Sicherheitsbewußtsein des Arbeiters gehoben und auf eine generelle Prävention hin gerichtet werden soll. Nach einiger Zeit wird der geldliche Anreiz fallen gelassen, wenn man der Ansicht ist, der UV-Gedanke sei hinreichend "lebendig".

Auf besondere Weise kann die Mitarbeit der gesamten Belegschaft allerdings gewonnen werden, wenn alle Betriebsangehörigen mit den Grundforderungen der Sicherheit vertraut sind. Es handelt sich um den Versuch, die Arbeiter - nach ausländischem Vorbild - an der Aufstellung und Abfassung betriebseigener UV-Regeln selbst zu beteiligen. Nimmt man an, daß im Anschluß an eine durchgehend erfolgreiche Aufklärung über Arbeitssicherheit, die wahrscheinlich manchem in vieler Hinsicht wieder Neues sagen dürfte, eine "Betriebsblindheit" nicht vorhanden ist, so ist durch die Mitwirkung der Arbeiter eine weitgehend arbeitsplatzgerechte, weil ja arbeitsplatzbezogene Schutzregelung zu erwarten. Sie wird im übrigen davon profitieren, daß sie in der Sprache des Arbeitsplatzes geschrieben bzw. bildlich dargestellt ist³⁾. (Auf technischem Sektor sind entsprechend seit langem Verbesserungsvorschläge der Arbeiter üblich, die von den Werken - z.T. auch von der BG - honoriert werden.)

Die innerbetriebliche Erziehung zur sicheren Arbeit wird verstärkt durch überbetriebliche Schulungslehrgänge. Bei den BGen der Eisen- und Stahlindustrie bestand seit 1936 eine eigene

1) s. RUHE, Heinrich, Schriftenreihe IG Metall Heft 34, 1958, S. 21 ("II").

2) s. auch GRÖNEMANN, Amerikanische Sicherheitspsychologie, in: BG 1955, S. 13.

3) Vgl. "Sie schreiben ihre eigenen Sicherheitsvorschriften", in: Ration, 12. Jg. 1961, S. 142.
Ähnlich HAJEK, Helmut, aaO, S. 251.

'Schulungsburg Mattern' in Königswinter/Rhein, auf der in Wochenkursen, die nach Fachgebieten gegliedert waren, etliche tausend Sicherheitsbeauftragte der Mitgliedswerke (durchweg UVM) in den Notwendigkeiten ihrer speziellen Schutzmaßnahmen vor Arbeitsunfällen unterwiesen wurden¹⁾.

Die HWBG intensivierte die Information der Sicherheitsstellen durch wiederholte ganztägige Zusammenkünfte mit den Sicherheits-Ingenieuren und Haupt-UVM der Werke²⁾.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist die Schulungsarbeit im Bereich der HWBG allein in der Schulungsstätte für Arbeitsschutz, Gelsenkirchen, weitergeführt. Seit 1957³⁾ werden in Speziallehrgängen von je 5 Tagen Betriebsleiter, Meister und UVM der verschiedenen Berufsrichtungen aus den Mitgliedswerken in Lehrgesprächen und -Diskussionen in sicherheitsgerechter Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in medizinischen, soziologischen, psychologischen und juristischen Problemen der Arbeitssicherheit unterwiesen. Als Dozenten fungieren neben dem hauptamtlichen Leiter der Schulungsstätte die TABen und juristischen Experten der BG sowie Fachkräfte der Mitgliedswerke und Sachverständige aus dem staatlichen Arbeitsschutzdienst.

Die Kurssteilnehmer - bisher etwa 50 je Lehrgang - erarbeiten in der Regel durch eigene Beiträge zur Diskussion der Vortragsthemen die Lösungsmöglichkeiten für die Praxis und leisten sich selbst und den Bestrebungen der BG damit wertvolle Dienste. - Die derzeitige Lehrgangsstärke wird als zu hoch angesehen; die BG ist um die Erweiterung der Schulungsstätte bemüht, zumal auch die Anfragen der Mitgliedswerke nach Teilnehmerplätzen die vorhandene Kapazität weit übersteigen⁴⁾.

Einrichtung und Wirkungsweise der Schulungsstätte werden als besonders wirkungsvoll für die Belange der betrieblichen Sicherheitsarbeit gekennzeichnet; vgl. dazu die Ergebnisse der Umfrage, unten S. 188. Nicht zuletzt dürfte der Erfolg auch darin zu suchen sein, daß Aufbau und Anfangstätigkeit der Schulungsstätte

1) vgl. Die Schulung von UVM in der Eisen- und Metallindustrie, BG 1937, S. 173.

2) Techn. Bericht für 1937 der HWBG, S. 2 f.

3) ab 1.9.1957; vgl. Techn. Bericht für 1957, S. 11 f.

4) s. Techn. Bericht für 1961 der HWBG, S. 26.

in der Hand eines mit spezifischen psychologischen Kenntnissen ausgestatteten Technikers lagen. Daraus entstand die günstige, breit-angelegte Stoffkombination zur Erfassung des komplexen Tatbestandes "Unfall", wie sie nach neuesten Erkenntnissen allgemein angemessen ist. - Die Wirksamkeit der Lehrgänge wurde noch vertieft dadurch, daß in den jeweiligen Mitgliedswerken, deren Angehörige Kurse besucht hatten, nach geraumer Zeit mit diesen Sicherheitsbeauftragten Rundgespräche stattfanden, die eine Kontrolle und Nachprüfung der Schulungsmaßnahmen gestatteten¹⁾. Auf der gleichen Linie bewegt sich die beratende Tätigkeit, die die Schulungsstätte in den Mitgliedswerken ausübt²⁾. - Betriebsleitern und deren Assistenten werden gleichfalls in entsprechenden Lehrgängen die in ihr Sachgebiet fallenden Fragen der Sicherheit nahegebracht. Damit ist der Weg zu einer umfassenden Gemeinschaftsarbeit aller drei "Kompetenzbereiche" in der BG (Betriebsleitung - Belegschaft - Genossenschaftsverwaltung) eingeschlagen.

Die folgende Übersicht (4) gibt die Zahl der Kurse und der Lehrgangsteilnehmer nach Fachrichtungen und Betriebsstellung - seit Bestehen der Schulungsstätte bis einschließlich 1962 - wieder. Grundsätzlich muß beachtet werden, daß jeder Sicherheitsingenieur als die maßgeblich mit den Aufgaben des Arbeitsschutzes betraute Person seine eigenen Wege gerade auf dem Gebiet der psychologischen UV geht, weil es die individuellen Verhältnisse des Betriebs so erfordern. Einigkeit besteht jedoch in der Zielsetzung der psychologisch-pädagogischen Maßnahmen, die sämtlich anstreben, "Automatismen der sicheren Handlungsweise"³⁾ heranzubilden. Wie es unbewußt, "automatisch" ablaufende Vorgänge bei der menschlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit dem technischen Arbeitsablauf gibt, so müssen die sicherheitstechnischen Komponenten der menschlichen Handlungsweise gleichermaßen systematisch anerzogen werden. Es kommt also darauf an, die Sicherheit von Grund auf zu einem Bestandteil der Lebensgewohnheit des arbeitenden Menschen zu machen. Solange noch nicht durchgängig in allen Lebensbereichen systematisch darauf hingewirkt wird, haben die Betriebe sowohl für sich als auch qua Mitglieder der BG hier eine essentielle Aufgabe.

1) Vgl. Techn. Bericht für 1958 der HWBG, S. 19.

2) s. Techn. Bericht für 1957 der HWBG, S. 12.

3) Vgl. FEHLAUER, Rudolf, Die Sicherheitseinstellung des arbeitenden Menschen, in: Mod.UV Heft 6, 1962, S. 13. BERTSCH, E., UV, Erfolg oder Mißerfolg, Thun/München o.J., S. 39 ff.

Jahr	Höhere Führungskräfte	Meister	UVM	Gerätewarte	Insgesamt Teilnehmer	Lehrgänge
1957 ⁺	-	105	180	-	285	11
1958	108	316	438	-	862	33
1959	264	185	380	84	913	39
1960	62	306	668	-	1 036	37
1961	219	341	663	71	1 294	41
1962	286	263	637	51	1 237	43
Summe	939	1 516	2 966	206	5 627	204

Zahl der Lehrgänge in der Schulungsstätte für Arbeitsschutz
und Teilnehmer nach Betriebsstellung

= seit 1.9.1957

Quelle: Techn. Ber. für
1957,11 ff.; 1958,18 ff.; 1959,25;
1960,19; 1961,26. Mitteilungen des
TAD 1/63, S. 2 .

Lehrgang für Betriebsabteilung	Anzahl der Lehrgänge	Führungskräfte	Meister	UVM	Teilnehmer insgesamt
Maschinen- und Werkstattbetrieb	56	258	479	893	1 630
Hochofen, Stahl- werk, Gießerei	34	214	225	471	910
Walzwerk, Warm- und Kaltverformung	31	205	217	429	851
Elektrobetrieb	15	40	126	272	438
Baubetrieb	5	30	22	63	115

Teilnehmerzahl nach Lehrgangsart und -Häufigkeit 1957 bis 1962 (Auszug)

Quelle: Mitteilungen
des TAD 1/63, S. 2 .

Lehrgänge und Besucher

Übersicht 4: der Schulungsstätte für Arbeitsschutz bei
der Hütten- und Walzwerks- Berufsgenossenschaft
1957 - 1962

c) Gespräche mit hohen betrieblichen Führungskräften über die Arbeitssicherheit

Arbeitssicherheit liegt in der Verantwortung der Unternehmensleitung; es fragt sich, wieweit die höchsten Führungsstellen der Werke, die sich auf Grund der allgemeinen Entwicklung immer mehr darauf beschränken müssen, nur die Leitlinien für die Unternehmenspolitik zu bestimmen, mit den Fragen des betrieblichen Unfallschutzes in Berührung gebracht werden sollen. Allgemein gilt, daß die "psychologische UV ... auch den Unternehmer ... aufrütteln und anspornen"¹⁾ soll. Hierzu bieten sich allerdings nur sehr wenige Möglichkeiten an. kaufmännische wie technische Führungskräfte sind praktisch noch ohne jede sonderliche Unterrichtung über die Arbeitssicherheit während ihrer eigenen Ausbildungszeit geblieben. Nachträglich die Aufmerksamkeit dafür zu gewinnen, vermag nur Aussicht auf Erfolg zu haben, wenn es gelingt, gleichzeitig essentiell fachlich interessierende Fakten mit Darlegungen zu diesem Thema zu verknüpfen. Im einzelnen werden auch hier nach Berufsrichtung und allgemeiner sozialer Aufgeschlossenheit des Anzusprechenden verschiedene Wege beschritten werden müssen. Auch die jeweilige allgemeine Wirtschaftslage und der Stand des betreffenden Unternehmens im Marktgeschehen sind dabei zu berücksichtigen. Grundsätzlich waren solche Schritte von der Leitung der Schulungsstätte der HWBG vorgesehen. Bisher sind sie allerdings noch nicht realisiert. Den Gründen ist an dieser Stelle nicht nachzugehen; es scheint aber aus der Konzeption der bg-lichen Tätigkeit, wie sie oben entwickelt wurde, verständlich, daß die Distanz zu der als außenstehend empfundenen "BG" noch nicht überbrückt werden konnte.

Es wird mehr und mehr üblich (und notwendig), die höchsten Führungskräfte an Fachlehrgängen wissenschaftlicher Art zu beteiligen. Ähnliches wäre entsprechend hinsichtlich der Information über die Arbeitssicherheit zu erwarten, wenn die BG (im Sinne des Zusammenschlusses der Werksgenossen) ein hierfür "attraktives" Gremium erhielte. Darüber zu verfügen steht aber gerade den Unternehmensleitungen selbst zu.

1) KREMER, Dionys, aaO, S. 147.

Einen nützlichen Vorschlag für die Information der Werksleitung hat man in der Anregung zu sehen, die Fachpresse mit geeigneten Beiträgen zur Arbeitssicherheit zu versorgen. Es handelt sich dabei vorwiegend um den psychologisch zu verwertenden Sachverhalt, daß die von der autoritativen bzw. objektiven Fachpresse verbreiteten Abhandlungen in der Regel von den angesprochenen Lesern zumindest zur Kenntnis genommen werden. Darüberhinaus gelten sie i.a. als dem Unternehmensinteresse dienlich. - Dieser Ansatzpunkt, die Aufmerksamkeit der Werksleitung zu erregen, sollte genutzt werden. - In gleicher Weise könnten und müßten die engeren Fach- und Unternehmensverbände wirken¹⁾.

Daß es gelingt, die Führungskräfte auf Betriebsleitererebene zu Zusammenkünften aus Anlaß der Arbeitssicherheit zu gewinnen, ist oben als ein bedeutsamer Umstand gewertet worden. Neben der genossenschaftlichen Schulungsstätte bieten sich diesen Kreisen weitere Ausbildungsmöglichkeiten vornehmlich in den "Kolloquien Arbeitsschutz für höhere betriebliche Führungskräfte" des VDRI, die in regelmäßigen Abständen Fachfragen der Sicherheitsanforderungen in den verschiedenen technischen Bereichen erörtern.

Eine vorzügliche Informationsquelle bieten gerade auch den hier in Betracht gezogenen Kreisen die jährlich mehrmals stattfindenden "Vorträge über Arbeitsschutz", die seit 1956 im Haus der Technik, Essen, vom VDRI in Zusammenarbeit mit der Gewerbeaufsicht, den BGen, dem VDSI, dem VDI (Ruhrbezirk) und dem VDI Arbeitskreis der Betriebsingenieure umfangreiche Kenntnisse modernster Ergebnisse für die Sicherheit am Arbeitsplatz vermitteln und diese Abhandlungen veröffentlichen²⁾.

d) Verbindungen der psychologischen Unfallverhütung zu anderen Bemühungen um die Arbeitssicherheit

Mit Recht wird herausgestellt, daß dem heutigen Industriemessen eigentlich keine weitere Belastungen seines Nervenapparates mehr zugemutet werden dürfte³⁾. Deshalb und auch aus

1) HARR, Albrecht, aaO, S. 99.

2) s. Heft 1 bis 6 der Schriftenreihe "Mod. UV" Essen, seit 1957.

3) WALTER, Heinz, Psychologische oder physiologische UV ?
in Mod. UV Heft 1, 1957, S. 38.

arbeitsphysiologischen Gründen muß für eine grundlegende Sicherheitseinstellung eingetreten werden. Es ist nachgewiesen, daß bestimmte manuelle Beschäftigungen oder andere Tätigkeiten die Konzentration des Arbeitenden in bedeutendem Maße für diese Verrichtung beanspruchen. So wird beispielsweise auf der Bezugsgrundlage "Grundfunktion geistiger Tätigkeit bei Haupt-handlungen und Zusatz Tätigkeiten" folgendes Resultat ermittelt:

Die Konzentration auf die "Hauptnandlung", neben der gleichzeitig eine Zusatzhandlung, die in der Regel gut benerrscht wird, ausgeübt werden soll, beträgt beim Meißeln einer Nute 22 %, für Gewindeschneiden und Feilen 25 %, für das Einschlagen von Nägeln 44 % und für Zweihand-Support-Drehen schon 52 % (jeweils Hauptnandlung).

Das besagt, daß nur noch neben dieser geistigen Beanspruchung Raum für die Errassung und Verarbeitung anderer Vorgänge und Tatbestände bleibt, der arbeitende Mensch also einer Gefahr nicht vollkommen aktionsbereit gegenübertreten kann, solange er nicht den jeweils möglichen Bestandteil der darauf zu verwendenden Aufmerksamkeit bereits mit in die Beobachtung des technologischen Arbeitsvorganges einbezieht.

Die genannten Umstände sind in der Praxis insofern berücksichtigt, als psychologische Eignungsuntersuchungen¹⁾ in den Dienst der UV gestellt werden. - Hier gibt es u.a. Berührungspunkte zur technisch-organisatorischen und medizinischen UV (vgl. oben S.154 und die Ausführungen zur medizinischen UV). -

Das gilt besonders für solche Belegschaftsmitglieder, die durch ihre Tätigkeit leichter als gemeinhin sich selbst und auch ihre Mitarbeitere gefährden können, so Kranführer, Lok- und Elektrokarrenfahrer, Steuerleute, Rangierer, Kraftfahrer, Monteure. Der technische Tatbestand, daß ein Großteil der Hüttenarbeit auf dem Transportsektor liegt, bedingt hier zusammen mit dem arbeitswissenschaftlichen Moment der Konzentrationsbelastung und dem soziologischen Faktor der Gruppenarbeit (Kommunikationsbereitschaft bzw. -Mängel²⁾) die gründliche, auf psychologische

1) Vgl. u.a. Jahresbericht WiV 1957, S. 33 f.; SiS 1962, S.212; RUSSEL, A. in BG 1956, S. 147; KARL, Helmut, Bedeutung der psychologischen Eignungsuntersuchungen für die Arbeitssicherheit in Mod. UV 1962, S. 97 ff.; aus der älteren Literatur: MOEDE, Walther, Eignungsprüfung und Arbeitseinsatz, Stuttg.1943
2) NEULOH u.a., aaO, S. 296 ff.

Verfahren gestützte Auslese der Arbeitsplatzbewerber. Diesen muß neben einer gleichsam inhärenten Sicherheitseinstellung noch genügend geistige Beweglichkeit verbleiben, um im Ernstfall sachdienlich, d.h. auch unfallverhütend, zu handeln¹⁾. Hier kommt es darauf an, die "Zielspannung"¹⁾ der arbeitenden Person, d.i. ihre auf die Fertigstellung einer bestimmten Arbeit gerichtete konzentrierte Handlungsabsicht, mit einer hinreichenden Dosis vernunftmäßiger Einsicht in die Sache der Sicherheit zu koppeln.

Im einzelnen kann darauf hier nicht eingegangen werden; die Problemstellungen sind jedoch im Begriff, die tägliche Praxis der UV weithin mitzubestimmen.

3. Ergebnisse und Analyse der Umfrage (Teilgebiet 3)

Im folgenden sind die Antworten auf einige spezielle Fragen wiedergegeben, die sich mit in den Kap. V und VI behandelten Problemen befassen; der Verf. wollte vor allem ermitteln, wie sich die Beratungstätigkeit des technischen Aufsichtsdienstes der HWBG in praxi gestaltet und wie verschiedene charakteristische Mittel und Wege zur UV bewertet werden (vgl.o.S.83). Die Umfrage sollte auch untersuchen, inwieweit über die gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen hinaus noch Beziehungen der Mitgliedswerke der BG zu dem TAD bestehen, oder in welcher Weise von dort aus versucht worden ist, die Sicherheitsarbeit auf Gebieten, die nicht primär technische Probleme stellen, zu intensivieren. Dazu wurden die in den nachstehend wiedergegebenen Fragen gekennzeichneten Punkte herausgegriffen. In den ersten dieser Fragen ist auch hier wieder Bezug genommen auf den Nachweis eines Schriftverkehrs, was bekanntlich nicht ohne Vorbehalte zu betrachten ist. Doch dürfte anzunehmen sein, daß bedeutsame Fragen der Sicherheitsarbeit zumindest über einen längeren Zeitraum hinweg sich in irgendeiner Form in schriftlichen Unterlagen niedergeschlagen hätten, wenn auch der überwiegende Teil der Probleme zwischen Werkssicherheitsstellen und TABen mündlich erörtert wird.

1) KARL, Helmut, aaO, S. 98 f.

Einbezogen sind auch die von der Genossenschaftsverwaltung versandten Schriften aller Art zur Arbeitssicherheit (außer Texten der UVVen), so daß damit alle erdenklichen Möglichkeiten erfaßt sein dürften.

Die besondere Beratung der Mitgliedwerke durch die Aufsichtsstellen der BG ist gekennzeichnet durch Aufklärung, Belehrung und Unterweisung (Beratung) auf außertechnischem Gebiet. Dazu heißt es auf die Frage (6)

"Wie oft (seit Kriegsende) erhielt Ihr Werk von der BG technische und sonstige Beratung (außer UVVen), die zu werksseitigem Handeln Anlaß gab ?
Welcher Art war die Beratung (Rundschreiben, Mitteilungsblätter, persönliche Hinweise des TABen, Schulungen o.ä.) ?"

Antwort zu	Absatz 1	Absatz 2
exakte Antwort	6	11
keine exakte Antwort	7	2
"enträht"	1	1
	14	14

Ein Nachweis, wie er in Absatz 1 gewünscht wird, läßt sich offenbar nur schwer oder überhaupt nicht führen.

Nur 6 der Befragten vermochten in ihrer Stellungnahme leidlich verständliche und verwertbare Angaben zu machen. Doch ist in einigen Fällen eine exakte Erinnerung und Nachweisung solcher Tatbestände möglich gewesen, die von überragender Bedeutung waren und entsprechend in den Akten festgehalten wurden. Das war in einem Werk einmal, in einem anderen 3mal der Fall.

In derartigen Sonderfällen wird auch von einer dritten Stelle die "schriftliche Beratung wertvoll" genannt.

4mal findet sich die Erwähnung, "oft" und "häufig" finde eine Beratung, wie sie die Frage ausdrückt, statt, "mindestens 1mal monatlich", "bei jedem Betriebsrundgang mit dem TABen", also "laufend gelegentlich der Besuche".

Die Werke, die eine "zahlenmäßige Auskunft" nicht geben zu können glaubten, berufen sich durchweg auf die Vielzahl der verschiedenen Probleme, die in aller Regel mündlich behandelt würden.

In einem Fall entfiel die Frage wegen der besonderen Stellung des Befragten, der nicht unmittelbare Weisungsbefugnis hat.

Zu Absatz 2 läßt sich folgende Übersicht aus den Antworten gewinnen:

Die Werke verweisen auf

	-mal
Rundschreiben	7
Mitteilungsblätter	7
persönliche Hinweise	4
Schulungen	4
Sonstiges	4

Einer Antwort kann entnommen werden, daß die betreffende Sicherheitsabteilung 1mal eine wichtige Anregung durch ein Rundschreiben des TAD erhalten hat.

Die Mitteilungsblätter sind zwar in der Hälfte aller Fälle namentlich genannt, doch fehlt jeder weitere Kommentar. Die persönlichen Hinweise werden von 1 Werk "in der Reihenfolge der Wichtigkeit" vor Mitteilungsblättern und Schulungen genannt; eine andere Stelle nennt sie als "überwiegende" Beratungsform. 4 Werke ziehen hier schon die Wichtigkeit der Schulungen an, nicht ohne auf die bg-liche Schulungsstätte in Gelsenkirchen zu verweisen (2 davon führen außerdem werksinterne Schulungen durch).

In der Rubrik "Sonstiges" sind eingeordnet die Stellungnahmen, die Zeitschriften, Plakate und "alle Veröffentlichungen der BG" anführen. Hierzu sind auch Bemerkungen gezählt wie: "die bg-lichen Mitteilungen veranlassen, die Werksanlagen zu überprüfen", "die Veröffentlichungen der BG werden den zuständigen Betriebsstellen in zweckdienlicher Weise bekanntgegeben", oder die Art der Werbung sei "gemischt".

Auf den Umfang der Korrespondenz in der oben erörterten Materie stellt

Frage (5) ab: "Können Sie Angaben machen über das Ausmaß der Korrespondenz, die Ihr Werk seit Kriegsende mit der BG über spezielle Beratung außerhalb des durch die UVVen geregelten Bereichs führte? Handelt es sich hierbei um vom Werk ausgehende Anfragen oder um Anordnungen seitens der BG?"

Es antworteten mit

ja	nein	entfällt	
5	8	1	zu Teilfrage 1
Anfrage	Anordnung	beides	
4	4	4	zu Teilfrage 2

Diejenigen Antworten, die die Teilfrage 1 hinlänglich genau berücksichtigen, nennen das Ausmaß der Korrespondenz in 2 Fällen "gering", in 3 weiteren wird - negativ ausgedrückt und entsprechend unter "Nein" gruppiert - davon gesprochen, daß "häufig mündlich" spezielle Beratung erfolge.

1 Werk nennt "etwa 3 - 4 Fälle im Jahr", wegen denen Schriftverkehr mit dem TAD aufgenommen werde, 2 andere sprechen von "seltenen" Anlässen für eine spezielle Korrespondenz, solche Anlässe seien allerdings "wichtige Angelegenheiten".

Die Richtung dieses Schriftwechsels (vgl. Teilfrage 2) ist, wie die Übersicht zeigt, im ganzen von beiden Seiten (Werken und TAD) bestimmt.

2 Werke schieden für die Bewertung aus, da sie keine oder unklare Angaben machten.

Die übrigen Meinungen verteilen sich mit Formulierungen wie etwa "sehr selten werksseitige Anfragen" bis zur Antwort "sowohl als auch"; in 2 Fällen wird berichtet, daß der Betrieb die Genossenschaftsverwaltung um Bestätigung werksseitig vorgenommener Sicherheitsmaßnahmen ersucht.

Frage 9 des ursprünglichen Fragebogens will in Fortführung des Gedankens über folgendes Auskunft einholen:

"Ist Ihr Werk bereits einmal in die Lage versetzt gewesen, von der BG Beratungshilfe zu erbitten, die sich auf umfassende überbetriebliche Untersuchungen stützen müßte (z. B. Ergebnisse von Forschungsaufträgen seitens der BG) ?

Würden Sie eine solche Verfahrensweise in Ihrem Werk begrüßt haben oder für richtig halten ?"

Dazu stellten sich die befragten Sicherheitsbeauftragten wie die Übersicht zeigt:

	Teilfrage 1	Teilfrage 2
Es bejahten	4	14
verneinten	7	-
Ohne Stellungnahme zu	3	-

Die Antworten, die den ersten Teil der Frage bejahten, gaben z.T. keine näheren Erläuterungen, doch wurden allgemeine Probleme der Staub- und Gasgefahr, aber auch die Sicherung von Krananlagen, genannt.

Die negativen Stellungnahmen verweisen z.T. auf überbetriebliche Untersuchungen der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie.

Unter "entfällt (ohne Stellungnahme)" sind eingereicht diejenigen Auskünfte, die einen genossenschaftlichen oder überbetrieblichen Beitrag des betreffenden Unternehmens zu Sonderfragen herausstellen, z.B. Einsatz von Trichloräthylen, Lärmmessungen und deren Ergebnisse, Unfallkostenuntersuchungen.

Wie sehr eine breite Grundlagenforschung gewünscht wird, zeigt die einhellige Zustimmung zu Absatz 2 der Frage.

Über die systematische "Gemeinschaftsarbeit", also über das planvolle Zusammenwirken von TAD und Mitgliedswerken auf dem Gebiet der "psychologischen UV" sollen die Antworten zu den beiden nächsten Fragen Aufschluß geben.

Frage (7) "Hat die BG in der Vergangenheit von Ihrem Werk Berichterstattung über den Stand oder die Entwicklung von Sicherheitsmaßnahmen gefordert, die auf anderen Direktiven als auf denen der UVVen beruhten (z. B. UV durch betriebsorganisatorische, psychologische, pädagogische Maßnahmen)?"

Diese Frage hat, wie die folgende, die Überlegung entstehen lassen, daß es ein "Hin und her", eine permanente Wechselbeziehung, auch auf dem Sektor der außertechnischen UV zwischen den Werkstellen und dem TAD geben müsse, falls letzterer wirklich als eine Art "Generalstab" fungiert, wie es bisweilen ausgedrückt zu werden pflegt. Eine solche Stelle wäre aber nur dann voll einsatzfähig, bzw. ihre Anordnungen hätten erst dann volle Wirkungskraft, wenn eine kontinuierliche Beobachtung, Berichterstattung und Abstimmung der wichtigsten Leitsätze zu verzeichnen wären. Wie es damit bestellt ist, läßt sich aus der nächsten Übersicht entnehmen.

Mit "ja" antworteten 3 der befragten Stellen,
mit "nein" antworteten 11.

Die einzelnen positiven Äußerungen lauteten wie folgt:

"Diese Probleme werden zwischen der Unternehmensleitung (!) sowie den Mitarbeitern der Abteilung Arbeitsschutz und den Vertretern der BG erörtert". -

"Die BG hat gelegentlich Entwicklungsmaßnahmen von allgemeinem Interesse im Werk begonnen". -

"Mündlich" hat die BG "sehr oft" solche Berichterstattung gefordert. -

Unter den negativen Antworten sind 3 besonders aufschlußreich.

Einmal wird festgestellt, daß sich zwar nicht die BG, wohl aber die GA entsprechend informiert habe.

Zum ändern hebt man hervor, daß die BG (allgemein) von der "Verteilungsorganisation" unterrichtet sei, die das Werk für spezielle UVVen und UV-Regeln aufgebaut habe; außerdem erfolge Orientierung über "organisatorische, pädagogische und werbende UV-Maßnahmen".

Ferner wird in einem Fall bedauert, daß auch durch die Haltung der Aufsichtsstelle in rein technischen Fragen die außertechnischen Belange zwangsläufig zurücktreten: Wenn durch zu lang befristete Ausnahmegenehmigungen für den Betrieb gefährlicher Anlagen schon vom Sicherheitsstandpunkt aus dringend nötige Maßnahmen über Gebühr verzögert würden, könne wohl auf dem hier zur Erörterung stehenden Sektor keine besondere Intensität (von der TA) erwartet werden.

Wichtig scheint, daß in den zwei letztgenannten Fällen offenbar eine beachtliche Neigung besteht, von Seiten der Mitglieds-
werke die Genossenschaftsaufgabe stärker zu betonen und über
die Zentrale des TAD für größere Effizienz der betreffenden
Bemühungen zu sorgen.

Präzisiert im Hinblick auf diese Zusammenarbeit in der psycholo-
gischen UV wünscht

Frage 8 Auskunft darüber,

"Wie oft haben (nachweislich) die Technischen Auf-
sichtsbeamten Erkundigung eingeholt über Maßnahmen
Ihres Werkes auf dem Gebiet der psychologischen
oder pädagogischen UV ?"

Auf diese Frage gingen, nach hinlänglich "genauen" Maßstäben
gemessen,

7 positive und

6 negative

1 entfällt.

Antworten ein; während

Zwar findet sich keine exakte Zahlenangabe, wie das u.U. aus
dem Text der Frage hätte erwartet werden können; doch braucht
nicht unbedingt die Formulierung "wie oft ?" die konkrete
ziffernmäßige Bezeichnung eines Sachverhaltes zu wünschen.

Daher mußten Äußerungen wie "läßt sich zahlenmäßig nicht beant-
worten" oder "keine Angaben möglich" als negativ rubriziert
werden, sofern sie keine näheren Erläuterungen enthielten.
Dagegen wurde die Antwort: "gesprächsweise sehr oft..., zahlen-
mäßig nicht zu erfassen" in die positive Gruppe eingereiht.
Aus der letzten Stellungnahme geht z.B. hervor, daß die Frage,
wie es beabsichtigt war, im Zusammenhang mit den übrigen (etwa
mit Frage 3 nach der Anzahl der Besuche des TABen) gesehen
wurde; interpretiert man mit Blick darauf die Kennzeichnung
"oft", "laufend", "mündlich bei Besuchen des TABen", "mündliche
persönliche Information", "gesprächsweise oft", "mit Unterneh-
mensleitung und Arbeitsschutzstellen",
so vermag man sich ein einigermaßen genaues Bild zu verschaffen.

In einem Falle ist nachdrücklich von einem persönlichen Erfah-
rungsaustausch über pädagogische UV die Rede, in einem anderen
wird jedoch betont, daß die "Tätigkeit der TABen im Werk sich
vorwiegend auf sicherheitstechnische Angelegenheiten beschränkt,
wobei dann, wenn im Zusammenhang organisatorische, psycholo-
gische oder pädagogische Fragen auftauchen, auch auf diese ein-
gegangen wird".

Mit dieser Feststellung ist augenscheinlich, was das primäre
Aufgabengebiet des TAD anlangt, unter den bislang herrschenden
Verhältnissen das richtige gesagt; der Zusammenhang aller Ge-
biete der Arbeitssicherheit mag z. T. noch nicht genügend ge-
sehen und, selbst wenn er erkannt ist, aus den unterschiedlich-
sten Gründen nicht voll gewertet werden.

Über einige der in der psychologischen UV konkret eingesetzten "Werbemittel" der BG und ihre praktische Effizienz informieren die nachstehenden Antworten zu Frage 12 und 13.

- Frage (12): "Wie beurteilen Sie folgende von der BG eingesetzte "Werbemittel":
- a) UV-Plakate
 - b) UV-Filme
 - c) Sicherheitslehrbriefe
 - d) UV-Kalender
 - e) UV-Schrift "Unfallwehr"
 - f) Zeitschrift "Moderne Unfallverhütung"
 - g) Prämien für Hilfs- und Rettungstaten
- jeweils hinsichtlich (1) Umfang, (2) Zweckmäßigkeit und (3) Wirksamkeit?"

Der Tenor aller abgegebenen Stellungnahmen, die keine Sonderausführungen enthalten (11), kann wie folgt verteilt angesehen werden:

Es äußerten sich zu	positiv	negativ	unterschiedlich
a) Plakate	3	4	4
b) Filme	4	4	3
c) Lehrbriefe	6	4	1
d) Kalender	5	3	3
e) Unfallwehr	7	3	1
f) Moderne UV	11	-	-
g) Prämien	10	1	-

Die globale positive Beurteilung ist interessanterweise am stärksten bei denjenigen Medien, die der unmittelbaren Erziehung zu sicherem Verhalten der Arbeiter von der täglichen Betriebspraxis aus am fernsten stehen. So gilt die uneingeschränkte Zustimmung der Sammlung von Fachvorträgen in der 'Modernen UV', die aber hauptsächlich den weit vorgebildeten Fachmann anspricht. Daß sie eine sehr gute Bewertung erfährt, dürfte zumindest für die Sicherheitsplanung äußerst wertvoll sein.

Die zweitbeste Beurteilung ist im Kreis der Befragten auf die Prämien für Hilfs- und Rettungstaten entfallen. Wenn sie auch in ihrem ethischen Wert sehr hoch dastehen, so kann doch nicht übersehen werden, daß hierbei primär die "Caritas" im Vordergrund der Belohnung steht, weniger die "präventive Sicherheitsarbeit", wie es die (einzige) negative Stellungnahme ausdrückt.

Neben der "Unfallwehr", die als Zeitschrift für Arbeitssicherheit mit einem noch zu "allgemeinen" Inhalt erscheint, finden die Sicherheitslehrbriefe noch den meisten Anklang.

Bemerkenswert ist, daß nur 3 der SiBen die Plakate uneingeschränkt für nützlich und wirksam halten; zu den 4 negativen Antworten müssen immerhin noch teilweise die Urteile gezählt werden, die eine unterschiedliche Brauchbarkeit annehmen.

Negativ in nicht unbeträchtlichem Ausmaße sind auch Filme und Lehrbriefe eingestuft; dabei muß immer berücksichtigt werden, daß es sich um Globalurteile handelt, die die Dreiteilung nach den in der Frage genannten Kriterien nicht ausdrücklich vornehmen.

Auch dabei spielen noch die Meinungen eine Rolle, die von unterschiedlicher Nützlichkeit sprechen (allerdings auch nach der positiven Seite).

Um die konkrete Beurteilung möglichst genau wiederzugeben, sind zunächst noch 3 Sonderfälle der Stellungnahme zu dieser Frage angeführt. Daran schließt sich eine Zusammenstellung von Merkmalen an, die den einzelnen Werbemitteln von den Befragten zuerkannt wurden.

Auf diese Weise dürfte es am ehesten gelingen, die globale Beurteilung des Sachverhaltes aufzuschließen.

Sonderstandpunkte der Beurteilung

1. Stellungnahme:

Es wird zu allen unter a) bis g) genannten Werbemitteln generell der Standpunkt vertreten, "nach der Ausführung" seien "die einzelnen ... Mittel mehr oder weniger wirkungsvoll: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen".

2. Stellungnahme:

Alle genannten Maßnahmen werden nur für wirksam gehalten, "wenn sie zusammenwirken. Die Liste der verschiedenen Maßnahmen kann nicht lang genug sein."

Die 3. Stellungnahme

hält sich eng an die Fragestellung und differenziert ihre Beurteilung nach "Umfang", "Zweckmäßigkeit" und "Wirksamkeit" (1 - 3). Stichwortartig sind diese Einzelwertungen angegeben.

Zu a): (1) Befriedigt, vor allem durch Plakatserien.
(2) Nicht immer auf ... Betriebsverhältnisse zutreffend.
(3) Kann heute noch nicht beurteilt werden
(Plakate nur von einem Bruchteil der Vorbeigehenden wahrgenommen).

Zu b): (1) Befriedigt.
(2) Zur Behandlung eines Themas nützlich.
(3) Nachhaltig.

- Zu c): (1) Befriedigt.
(2) Als Ergänzung zu UVVen unentbehrlich.
(3) Besser als UVVen verstanden.
- Zu d): (1) Umfang und Ausstattung genügen nicht den Anforderungen.
(2) und (3) stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand.
- Zu e): (1) bis (3) wie bei d).
- Zu f): (1) Entfällt.
(2) Vorträge einem größeren Kreis bekanntmachen.
(3) Über neuesten Stand der Bemühungen ... wird berichtet ..., sehr oft Anregungen für den eigenen Betrieb.
- Zu g): (1) Richtig gewählt. - Nur wirkliche Rettungs- und Hilfstaten belohnen.
(2) und (3) zweckmäßig, uneigennützig Retter ... als Vorbild hinzustellen.

Die globalen Kennzeichnungen heben hervor:

- zu a): Positiv: Plakate genügen im allgemeinen, "die letzten 4 sind gut". - Erst im jüngst entworfenen Stil (psychologisch wirkungsvolle Motive auf speziell gefährdete Projekte bzw. Arbeitsvorgänge bezogen) wirkungsvoll.
Negativ: Meistens veraltet oder (wegen mehr künstlerischer Gestaltung) nicht ansprechend. - Keine nachhaltige Wirkung. - "Mäßig". - "Gering".
- zu b): Positiv: Allgemein als Werbemittel gut (aber Qualität der vorhandenen Filme unterschiedlich). - Einige sind gut, die Mehrzahl nicht. -
Negativ: Fast alle veraltet oder mangelhaft durchdacht; entsprechen nur in den seltensten Fällen den Gegebenheiten des Betriebsablaufs. Zu wenig Filme. - Gute Filme sind rar; ausländische Filme sollten synchronisiert und möglichst weit verbreitet werden (Fernsehen). - "Wenige, aber Spitzenfilme drehen". - Besser sind speziell aufgebaute "Tonbildschauen".
- Zu c): Positiv: "Sehr gut". - In Verbindung mit Schulung gut und wirksam. - Sollten auf weitere Berufe ausgedehnt werden (Arbeiter sollen sie selbst erstellen). -
Negativ: Bedürfen dringend der Überarbeitung. - Fast alle Überholungsbedürftig. - Manchmal nicht präzise genug, müssen vom Werk ergänzt werden; - zu lang. - Müßten als Ausbildungsunterlage dienen können. -
- Zu d): Positiv: "Gut" (in 4 Fällen, ohne weiteren Kommentar).
Negativ: Ohne Wirkung. - Kaum erfolgreich. - "Mäßig". - Spricht nur Jugendliche an. - Findet in bisheriger Form wenig Anklang (sinngemäß 2mal übereinstimmende Äußerung). - Unzweckmäßige Form.

- Zu e): Positiv: "Gut" (in 5 Urteilen, ohne weitere Ergänzung).-
Beliebt; - gern gelesen. -
Negativ: Könnten betriebsnaher gestaltet werden; - noch
mehr praktische Beispiele in Schrift und Bild. - Von
denen, die es angeht, kaum gelesen. -
- Zu f): "Sehr gut" in 2, "gut" in 4 Stellungnahmen. - Für Füh-
rungskräfte gut bzw. einwandfrei; - wirksames Hilfs-
mittel für Führungs- und Aufsichtspersonal. - Beliebt. -
Bedeutung auch als Nachschlagewerk.
Vorschläge zur formellen Gestaltung: Mehr systematisieren;
Text kürzen oder kurze Zusammenfassung voranstellen.
- Zu g): Positiv: "Sehr gut"; - "gut" (in 6 Antworten). - Beste
Wirkung auf alle bei Aushändigung der Prämie Beteiligten,
besonders auf an der Arbeitssicherheit wenig inter-
essierte Personen. - Sehr wirksam (sollten auch in der
"Unfallwehr" bekanntgemacht werden). - "Zeitgemäß". -
("Werden gern angenommen".)
Negativ: Bei heutigem hohen Verdienst der Arbeiter
"nicht mehr so zugkräftig. Nur Caritas, nicht voraus-
schauende UV gewürdigt."

Die HWBG hat mit der "Schulungsstätte für Arbeitsschutz" eine
Einrichtung geschaffen, die für moderne erfolgversprechende
Sicherheitsarbeit gerade in den vielfältigen Berufsgruppen der
Eisen- und Stahlindustrie vordringlich nötig ist.

Die befragten SiBen äußerten sich zu der

Frage (13) "Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit der von der
berufsgenossenschaftlichen Schulungsstätte durch-
geführten Lehrgänge zur Arbeitssicherheit ?
Sehen Sie notwendige Lehrgebiete, die das Pro-
gramm der Schule noch enthalten müßte ? -
Beurteilen Sie bitte auch ihre Wirksamkeit hin-
sichtlich der Information hoher betrieblicher
Führungskräfte!"

	Absatz 1	Absatz 2	Absatz 3
positiv (ja)	11	5	2
negativ (nein)	1	4	-
entfällt +)	2	5	12
	14	14	14

- +) = abweichende Antwort, ohne Meinung oder "nicht
beantwortbar"
(ja, nein) = bezieht sich auf Absatz 2

Die Wirksamkeit der Schulungsstätte wird insgesamt gesehen fast ausnahmslos positiv bewertet.

Die einzige negative Stellungnahme rührt von der Erwägung her, daß die Überbesetzung der Kurse allein bereits den Nutzeffekt schmälere.

2 Antworten konnten nicht endgültig einer bestimmten Richtung eingefügt werden; die eine davon spricht von "sehr unterschiedlicher Wirksamkeit", die aber "nur z.T. von der Qualität der Lehrgänge abhängig sei, zum anderen "durch die Eigenart der Teilnehmer" bestimmt werde.

Diese Stellungnahme verdient wohl besondere Beachtung, da sie aus einer sehr umfangreichen Schulungserfahrung herrührt; sie läßt erkennen, daß moderne Sicherheitsarbeit in erheblichem Maße Sache des Verstandes, des Willens und des geistigen Leistungsvermögens des einzelnen ist.

1 SiB enthielt sich der Äußerung, da das Werk, in dem er tätig ist, bislang keine Arbeitnehmer nach Gelsenkirchen entsandt hat.

Im einzelnen sind die Ansichten durchweg besonders günstig; man beurteilt die Kurse als "ausgezeichnet und äußerst anregend", "besonders gut" und stellt fest, die Schulungsstätte werde "in allen interessierten Kreisen beachtet".

Die Lehrgangsteilnehmer müssen z.T. für die Werkssicherheitsabteilung Erfahrungsberichte anfertigen.

Die "besten Erfolge" mögen nicht zuletzt auch daher rühren, daß die "Teilnehmer von der Schulungsmethode beeindruckt" sind.

Allgemein darf wohl - mit der Kennzeichnung eines Werkes - der Schulungsstätte als einem "Fortschritt" in der UV eine "verdiente Anerkennung" zugedacht werden.

Zu Absatz 2 der Frage wurde wie folgt Stellung genommen:

Generell betrachtet man die zahlenmäßig zu starken Besuchergruppen der einzelnen Kurse als Hemmnis und spricht sich daher einmal von dieser Seite für eine Erweiterung der Lehrgangsarten aus.

Es wird nämlich angeführt, daß nicht nur bestimmte Sachgebiete noch stark vernachlässigt werden (z.B. Fragen der innerbetrieblichen Organisation der UV), sondern daß auch zu viele Berufsgruppen in einem und demselben Lehrgang zusammengefaßt werden.

Die Anregung, der Schulungsstätte eine Kranführerschule anzuschließen, wird ebenso gegeben wie die, auf die Grundlehrgänge möglichst auch "Aufbaulehrgänge" (auch: Wiederholungslehrgänge nach 2 - 3 Jahren) folgen zu lassen. Letztere sollten im Rahmen einer internatsmäßigen Unterbringung abgehalten werden.

Auch Ergänzungen des in der Schulungsstätte vermittelten Lehrstoffes durch werksseitige Schulungen kommen zur Sprache. (Damit wird allerdings dem Lehrgebiet der Schule bald eine Grenze gezogen). Daß das erfolgen müsse, meinen 3 der Befragten, das Schulungsprogramm sei bereits jetzt zu umfangreich.

In einem Falle werden die durch die Schulungsstätte vermittelten Kenntnisse als wichtiger als alle in Frage 12 a) - g) genannten "Werbemittel" (vgl. oben S. 185 ff.) hingestellt.

Absatz 3 vermag grundsätzlich noch nicht erschöpfend beantwortet zu werden, da hohe Führungskräfte die bestehenden Schulungseinrichtungen noch nicht genutzt haben. Dazu dürften auch dort die Voraussetzungen fehlen; ist doch bekannt, daß "selbst ein gelockerter Schutetrieb" in diesen Kreisen nicht erwünscht ist und außerdem die Werksleitungen nur zu ganz speziellen, meist technischen Fragen dienenden Gesprächen in größeren Gremien zusammengebracht werden können. Daher wird man sich an die hohen Führungskräfte "im anderen Rahmen und mit anderen Mitteln" zu wenden haben. (In diesem Zusammenhang gibt ein SiB einen Hinweis auf eine unabhängige wissenschaftliche Stelle, die aus einschlägiger Erfahrung Näheres über die Gestaltung solcher Unterweisungen auf "höchster Ebene" mitteilen kann.) "Beste Fachleute" müßten in den einzelnen Werken die Führungsstellen der höchsten Ebene ansprechen.

Die Meinung der sog. "höheren betrieblichen Führungskräfte" (Betriebsleiter und deren Vertreter bzw. Assistenten) über die eigens für sie veranstalteten Lehrgänge gibt dem Verfahren Recht, das schon bald nach Gründung der Schulungsstätte die oberen Ränge der Betriebshierarchie in die Unterrichtung über Arbeitssicherheit einbezog. Es finden sich Urteile wie: "Die Kurse sind sehr wertvoll (auch) für höhere betriebliche Führungskräfte"; "die Führungskräfte beurteilen die Kurse als besonders wertvoll" oder "Betriebsleiter sind ebenso beeindruckt wie Arbeiter".

Über den Nutzen publizistischer und fachwissenschaftlicher Sondereinrichtungen der BG(en) für die Arbeitssicherheit suchten die nachstehend erörterten Fragen Näheres zu erfahren.

Frage 18 wollte klären, wie bestimmte Sonderstellen der BGen beurteilt werden:

"Welche Bedeutung messen Sie den berufsgenossenschaftlichen Prüfstellen, Fachausschüssen und Forschungsinstituten für die werksseitige UV bei ?"

- Hier sei noch einmal daran erinnert, daß "Prüfstellen" Einrichtungen zur Entwicklung und Beobachtung verschiedener Arten von Körperschutzgegenständen (Helmen, Schuhen) und zur Sicherung gefährlicher Arbeitsmittel (z.B. Bolzensetzwerkzeuge) sind; in den bg-lichen "Fachausschüssen" erfolgt die Erörterung und Beratung der UVen auf zentraler Ebene; als Forschungsinstitute kommen das Staubforschungsinstitut bei der Zefu sowie das Silikoseforschungsinstitut Bochum in Betracht. -

Die Umfrage zu diesem Punkt ergab folgendes:

Die Bedeutung der drei genannten Institutionen beurteilten die Befragten so, wie es die Übersicht (s. S. 191) zeigt, in die wie bisher die Grundzüge der Ansichten der einzelnen Werksstellen zu "positiven" oder "negativen" Hauptmerkmalen zusammengefaßt wurden.

	Prüfstellen	Fachaus- schüsse	Forschungs- institute
Beurteilung			
positiv	12	13	12
negativ	1	1	2
entfällt	1	-	-

Bemerkenswert ist die fast gänzlich zustimmende Haltung zu der Arbeit und dem Nutzen der drei Einrichtungen.

Die positiven Ansichten werden zumeist durch eindeutige Äußerungen gekennzeichnet, die die genannten Einrichtungen als "willkommene Stütze", "für vorbeugenden gezielten Arbeitsschutz unentbehrlich" und wegen "Klärung spezieller Fragen für jeden Wirtschaftszweig sehr bedeutungsvoll" bezeichnen.

Die Prüfstellen werden günstig beurteilt, da sie für die dringend nötige Qualität bei Körperschutzartikeln sorgen.

Die Fachausschüsse geben durch ihren Beitrag zur Erstellung der UVVn Leitlinien für die UV-Arbeit und "haben die Beachtung der verantwortlichen Unternehmensleitungen gefunden". In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß sich mit der Besetzung der Ausschüsse in letzter Zeit die WiV EStInd., der VDEh und "andere Hersteller- und Betreiberverbände" eingehend befaßt haben.

Betont wird auch die enge Verbindung von Prüfstellen und Forschungsinstituten zur Betriebspraxis, wodurch die Arbeit beachtlich an Wert gewinne. Daraus wird die Empfehlung verständlich, einerseits die Forschungen zu intensivieren, andererseits aber auch diese Sonderinstitutionen mehr in Anspruch zu nehmen. Beide Anregungen können gerade auf genossenschaftlicher Basis mit besonderem Nutzen verwirklicht werden.

Es finden sich auch negative Urteile, die vornehmlich die Tatsache ansprechen, daß die bg-liche Arbeit in sehr wesentlichem Umfang der "Schadennachsorge" zugewandt ist.

So "beschäftigen sich die Forschungsinstitute in der Regel mehr mit der Rehabilitation als mit der Ursachenbestimmung der Unfälle" (ausgenommen wird das Staubforschungsinstitut); nach Ansicht einer anderen Stelle sind die "Prüfstellen und Forschungsinstitute nur wenig in Erscheinung getreten"; dieses betreffende Werk behandelt wesentliche Fragen selbst oder läßt sie von Stellen außerhalb der BG klären. Dies wird als "äußerst bedauerlich" vermerkt, und man sieht den Grund darin, daß der Hauptverband der gewerblichen BGen "die hohen Kosten scheue". Ferner stellt man fest, daß die Fachausschüsse zu langsam und nicht immer mit den bestqualifizierten Kräften arbeiten.

Die positiven Merkmale sind im ganzen freilich von solchem Gewicht, daß die Folgerung berechtigt scheint, in den hier erörterten Stellen nützliche Einrichtungen zur Förderung des Bemühens um die Arbeitssicherheit zu sehen.

Zu Frage 19 "Welchen Einfluß haben nach Ihrer Ansicht die Zeitschrift "Die Berufsgenossenschaft" und der "Jahresbericht der gewerblichen BGen über Unfallverhütung" auf die betrieblichen Bemühungen um Arbeitssicherheit ?"

konnte folgendes ermittelt werden:

Das Gesamturteil war

zu der (dem)	"Berufsgenossenschaft"	Jahresbericht
positiv	in 11 Fällen	in 11 Fällen
negativ	in 3 Fällen	in 3 Fällen .

Von den beachtlich zahlreichen positiven Ansichten sind die meisten zwar recht allgemein abgefaßt, doch kommen einige mit gewichtigen Argumenten zum Tragen, etwa der Feststellung, daß diese Publikationsmittel "über den neuesten Stand der Bemühungen um Arbeitssicherheit berichten und sehr oft Anregungen für den eigenen Betrieb" geben.

Man legt auch auf Sonderdrucke Wert, die durch werksinternen Umlauf bekanntgemacht werden.

Wenn auch aus der "Berufsgenossenschaft" nur "gelegentlich neue Erfahrungen", aus dem Jahresbericht "hier und da gewisse Anregungen" gewonnen werden, so wird doch die "Bedeutung beider Zeitschriften für die allgemeine Unterrichtung nicht bestritten".

Eine Antwort unterstreicht sogar, daß die Publikationen "innerhalb des Führungsgremiums wesentlich dazu beitragen, das Verständnis für den Arbeitsschutz zu fördern und neue Gesichtspunkte für die UV zu erhalten". Es steht einem anderen Befragten "außer Zweifel, daß diese Literatur zur Förderung der Verantwortlichkeit und auch des Sicherheitsbewußtseins beiträgt".

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß der primäre Informationsbereich, den diese Schriften überdecken, recht klein ist; erst über die Sicherheits-Ingenieure (evtl. Unternehmensleitungen) kann für eine größere Verbreitung gesorgt werden. Dieser Umstand wird immerhin 4mal zur Sprache gebracht.

Auch die zuweilen stark verspätete Publikation der "Jahresberichte über UV" ist ihrem Nutzen abträglich.

Ein indirektes Eingeständnis dieses Faktums sieht man darin, daß die HWBG seit 2 Jahren aktuelle "Mitteilungsblätter" herausgibt, die den Vorzug einer engen zeitlichen Bezogenheit zum Unfallgeschehen (oder zu Präventionsmaßnahmen) haben.

4. Medizinische Fragen und Beiträge zur Unfallverhütung

Die prophylaktischen Probleme der Arbeitssicherheit sind im medizinischen Bereich im Laufe der Jahre zu einem Spezialgebiet dieser Wissenschaft geworden¹⁾ und müssen in der Betrachtung des Unfallgeschehens als eines komplexen Tatbestandes durchaus in einer Linie mit den übrigen Disziplinen zur Gefahrenabwehr gesehen werden.

Die folgende Darstellung gibt einen kurzen Abriss über die Maßnahmen, die auf medizinischem Gebiet bei Arbeitsantritt (Einstellung oder Umsetzung) und Arbeitsausübung zur Verbesserung der Arbeitssicherheit zweckmäßig getroffen werden.

a) Medizinische Betreuung bei Einstellung und Tätigkeit im Betrieb

Die physischen Komponenten, die einen Unfall herbeiführen können, sind von beachtlichem Gewicht; dies gilt in besonderem Maße auch heute noch für weite Bereiche gerade der Tätigkeit der Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie. Zwar hat eine spezielle wissenschaftliche Untersuchung nachgewiesen, daß im Endergebnis der Anteil der medizinischen "Ursachenfaktoren" an der Gesamtzahl aller bei der Erhebung registrierter Einflußgrößen nur etwa bei 20 % liegt²⁾, doch ist aus den Detailberichten zu entnehmen, daß eine erhebliche Anzahl von Schadensfällen hätte vermieden werden können, wenn die physischen Bedingungen in der Person des Verletzten besser gewesen wären.

Damit in jedem Falle der "richtige Mann am richtigen Platz" steht, ist es zur Aufgabe der Werksärzte (in haupt- oder nebenamtlicher Stellung) geworden, Eignungsuntersuchungen durchzuführen. Hier geht es um die Besetzung von Arbeitsplätzen mit möglichst nur solchen Personen, die den entsprechenden Anforderungen körperlich, in nicht wenigen Fällen aber auch geistig, gewachsen sind (sein müssen). Solche Untersuchungen sollen nach

1) Vgl. NEULOH u.a., aaO, S. 35; WÄNGLER, Kurt, Die Sozialmedizin als Hochschuldisziplin, in ZSR 1961, S. 513.

SYMANSKI, H. Die Aufgaben des Werksarztes im Rahmen der Arbeitssicherheit, S. 2 f.

2) Vgl. NEULOH u.a., aaO, S. 351.

Möglichkeit selbstverständlich v o r dem ersten Arbeitseinsatz durchgeführt werden und der Gesundheitszustand der besonders Gefährdeten auch in Form "mitgehender Beobachtung"¹⁾ unter regelmäßiger Kontrolle bleiben. Leider läßt der Mangel an Fachkräften dies noch lange nicht überall zu. Es wird gefordert, auf je 3.000 Beschäftigte einen hauptamtlichen Werksarzt einzustellen²⁾; derzeit sind in den "Großbetrieben der Schwerindustrie" jedoch etwa nur 1.000 Werksärzte (haupt- oder nebenberuflich) tätig (1954: 400)³⁾.

Eine sichere Gestaltung des Arbeitsablaufes wird aber nicht zuletzt gewährleistet durch die profunde Kenntnis und Beobachtung des Einflusses von Arbeitsplatz- und Umgebungsbedingungen nach verschiedensten Richtungen. Verdeutlicht mag dies werden durch die Darstellung einiger ausgewählter medizinischer Probleme, die besonders in der Eisen- und Stahlindustrie vorherrschende Schädigungen für den Menschen behandeln.

Die weitverbreitete Gefahr durch industrielle Stäube mit den häufigen Silikose- oder silikoseähnlichen Erkrankungen ist in Prophylaxe und Test-, Kontroll- und Nachuntersuchungen zum bedeutenden Gegenstand ärztlicher Bemühungen geworden. Die Untersuchung und Festlegung von Werten für die "maximale Arbeitsplatzkonzentration" schädlicher Gase, Rauche und Dämpfe (MAK-Werte) nimmt einen wesentlichen Raum ein. Der Einfluß von Hitze, Beleuchtungsverhältnissen, Luftbedingungen, Strahlungstätigkeit und Giften⁴⁾ hat gezielte Forschungen mit erheblichem Mittelaufwand nötig gemacht. Den Belästigungen und Schädigungen durch Lärm muß eingehende medizinische Beachtung geschenkt werden⁵⁾.

Der dauernden Entwicklung der Technik muß sich eine ebenso rührige ärztliche Wissenschaft von den Betriebsgefahren zur Seite stellen, damit die Belegschaften weitgehende Sicherung erhalten: hier sei nur hingewiesen auf die zunehmende Verwendung radioaktiver Isotope in vielen Zweigen der Eisen und Stahl produzierenden Industrie (z. B. Hochöfen, Schweißnahtprüfungen an Rohren).

1) s. NEULOH u.a., aaO, S. 176 f.;
NIEMANN/FUCHS, aaO, S. 60 f.

2) s. SYMANSKI, H., aaO, S. 16 f.

3) ebenda (nach KOETZING), aaO, S. 1.

4) z.B. Trichloräthylen, Perchloräthylen,
Tetrachlorkohlenstoff.

5) Vgl. u.a. PROLINGHEUER, K.H., Betriebliche Lärmbekämpfung
im Rahmen des Arbeitsschutzes, in: Mod. UV 1959, S. 45.

Die Biologie der Nacht- und Schichtarbeit, die Untersuchung der Beziehungen zwischen Leistung und Unfallhäufigkeit, des Phaenomens der Arbeitsbelastbarkeit verschiedener menschlicher Grundtypen, aber auch der Rolle, die spezielle Krankheiten, Klima, Wetter und Nervenbelastung spielen, sind wertvolle medizinische Beiträge zur UV.

Auch die durch das Gesetz festgelegte ärztliche Begutachtung von Jugendlichen trägt zu einer vorteilhaften Auswahl und zur Verhütung ungeeigneter Berufstätigkeit bei, wenn hierzu die besonders erfahrenen Werksärzte herangezogen werden¹⁾.

Der Werksarzt muß dem Betriebsgeschehen bis in die Verästelungen hinein folgen und stets über die wichtigen personellen und technischen Veränderungen informiert sein.

b) Rangstellung der Medizin in der betrieblichen und genossenschaftlichen Unfallverhütung

Durch die Notwendigkeit, die UV systematisch auf den Menschen abzustellen, ist die Arbeitsmedizin Bestandteil einer "Teamarbeit", zusammen mit den Vertretern der technischen, psychologischen und soziologischen Disziplinen. Dies gilt nachgerade im Hinblick auf die zunehmende Belastung durch die Monotonie der Automation.

Die Medizin braucht keine eigentliche "Vorrangstellung" innerhalb dieser Gemeinschaftsarbeit, sie sollte aber mit Rücksicht auf die physiologische Beanspruchung des Menschen (auch durch verkürzte Arbeitszeit/erhöhte Arbeitsintensität) ihre unmittelbare Verbindung zu der physischen Struktur des Arbeiters so weit wie möglich ausnutzen.

Der Werksarzt kann aus seiner Sicht der Verhältnisse nur Empfehlungen geben; ihm steht eine unmittelbare Entscheidungsbefugnis über den wirklichen Einsatz der untersuchten Personen nicht zu. Auf manche bedeutsamen Probleme des täglichen Werksgeschehens, z.B. die Überstundenpraxis oder die Arbeitsbewertung, kann er nur sehr begrenzten Einfluß nehmen. Es wurden daher Forderungen erhoben, die auf eine wesentlich erweiterte werksärztliche Tätig-

1) Vgl. Jahresbericht 1961 der WIV EStInd. S. 32.

keit zielen¹⁾.

So stellt sich die medizinische UV-Aufgabe vor allem in der Notwendigkeit dar, eine allgemeine betriebliche Gesundheitspflege, vornehmlich in vorbeugendem Sinn, durchzuführen. Dazu wurde schon vor einiger Zeit im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie systematisch mit der Erfassung arbeitsbezogener Erkrankungen begonnen²⁾. Deren Ergebnisse werden nutzbringend für die Mitgestaltung der Gesamtplanung zur Arbeitssicherheit Verwendung finden.

In jüngster Zeit sind beachtenswerte Schritte mit der Gründung einer ersten Akademie für Werksärzte in Berlin und mit den Vorschlägen unternommen worden, die sich mit der Schaffung eines eigenen Ausbildungsganges für Sozialmediziner befassen³⁾.

Kapitel VII: Der Einfluß exogener Faktoren auf die Unfallverhütung

=====

In dieser Arbeit wurde schon hervorgehoben, daß der Betrieb nicht als isoliertes Gebilde innerhalb der Gesamtwirtschaft betrachtet werden kann, und daß gerade auch auf den Gebieten, die außerhalb oder am Rande seiner ökonomischen Verbindungen zu den Umweltgegebenheiten liegen, lebhafteste rechtliche, soziologische und sozialpolitische Strömungen in ihn hineinreichen. Daraus muß notwendig auch für die Fragen der UV die Folgerung abgeleitet werden, daß hier wichtige Gestaltungsmomente zu finden sind, die die jeweilige Praxis der betrieblichen Bemühungen um Arbeitssicherheit mitbestimmt haben. Im folgenden ist Bezug genommen auf "exogene", d.h. also außerhalb des Betriebs- und Genossenschaftsbereichs wirkende Faktoren, die als wichtig zu erachten sind.

1) so z.B. NEULOH u.a., aaO, S. 176 f.; SYMANSKI, H., aaO, S. 6 f.

2) s. Jahresbericht für 1957 der WiV EStInd., S. 54 f.

3) Vgl. BG 1962, S. 220, 260; s.a. oben, WÄGLER, Kurt, aaO. (FN auf S. 193).

1. Bestimmung der normativen Unfallverhütungspraxis durch Gesetzgebung und politische Umstände

Hier kann selbstverständlich nur die Rede von solchen Einflüssen sein, die sich sichtbar in Gesetzen, Einrichtungen oder Vorkehrungen niedergeschlagen haben, welche ihrerseits zur Neuorientierung der UV beitrugen. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, daß die Konzeption der UV über die Jahre ihrer gesetzmäßigen Geltung nicht entscheidend verändert worden ist, soweit man die Forderung nach der engen Koppelung der "Verhütung" an die "Entschädigung" von Unfällen ihrem Wortlaut nach aufrechterhält bzw. der Verhütung gegenüber der Entschädigung den Vorrang gibt.

Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Meinung zutrifft, auch in der täglichen Betriebspraxis sei fast immer die historisch gesehen erste Aufgabe der UVers., die Entschädigung, vorrangig behandelt worden.

Es wird die Ansicht vertreten, BISMARCK habe mit einer "technikerfeindlichen Haltung" die Besetzung von Staatsstellen mit Angehörigen dieser Disziplin erfolgreich verhindert und juristische und politische Bildung noch vor die soziale gesetzt¹⁾; hier mag eine nicht ganz nebensächliche Quelle einer "Juridifizierung" der UVers. gesehen werden, die auf die Phase der Entschädigung die Hauptgewichte legte. Deutlich wird das auch an der vom Kanzler beschleunigt vorangetriebenen Versicherungsgesetzgebung zum Schutze der Arbeitnehmer in Notzeiten, die ihm "im Gegensatz zum Arbeitsschutzrecht besonders am Herzen lag"²⁾. Nicht unbeachtet sollte auch für die fernere Entwicklung das Argument bleiben, die Wirtschaft werde durch die Vornahme von (kostspieligen) Sicherheitsmaßnahmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beschränkt³⁾; diese ausdrückliche Schranke hat etliche Jahre hindurch expressis verbis im Gesetz gestanden, wenn es hieß, die BGen hätten dafür zu sorgen, daß Unfälle verhütet werden ..., "soweit es nach dem Stand der Technik ... und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist"⁴⁾.

1) vgl. SANDER, Otto, aaO, S. 372.

2) vgl. HUECK-NIPPERDEY, aaO Bd. I, S. 10.

3) dieselben, aaO Bd. I, S. 471.

4) 2. Änd.G. vom 1.4.1925 (RGBl I, 97), § 848 RVO.

Im ganzen gesehen kann jedoch von einer fortschreitenden Beachtung der UV auch in der Legislative des Deutschen Reiches gesprochen werden, die vornehmlich durch die im allgemeinen feste Verankerung der bg-lichen Selbstverwaltung eine breite Basis für das ausgedehnte Wirken der BGen auf dem Sektor der Arbeitssicherheit legte. - Die Bedeutung der Gesetzgebung über die Betriebsräte wird im nächsten Abschnitt erörtert. -

Die nationalsozialistischen Gesetze erhoben die UV zu einer "Treuepflicht", die der Leiter des Betriebs zur "Gefolgschaft, für Gemeinnutzen und Volksgemeinschaft" zu beweisen hatte¹⁾.

Durch eine einschlägige Vorschrift sollte die Entfernung von Schutzvorrichtungen oder Sicherheitsvorkehrungen unter Strafe gestellt werden²⁾. Entsprechend kann aus den Urteilen der Gerichte auf die Wertschätzung geschlossen werden, die der UV in ihren verschiedenen Ausgestaltungen zukam: Das Amtsgericht Gleiwitz bestrafte einen Arbeiter mit einem Monat Gefängnis, "wegen mutwilligen Zerreißens eines UV-Plakates"³⁾.

Zum Leiter einer BG wurde seinerzeit nur jeweils ein "Führer des Betriebes" bestellt; das rechtfertigte nach Ansicht des Gesetzgebers die Annahme, daß gerade die betrieblichen Belange (zu denen auch die UV zählt) von der Genossenschaftsverwaltung her in gebührendem Umfang berücksichtigt würden⁴⁾.

Die Jahre der beiden großen Weltkriege dieses Jahrhunderts haben auf die praktische Durchführung der UV naturgemäß eigenen Einfluß gehabt. Für den ersten Weltkrieg galten in Ansehung der betrieblichen Verhältnisse hauptsächlich produktionstechnische Veränderungen (schnelle Produktionsumstellung; Überlastung der Kapazitäten, Materialmängel, Gefährlichkeit der hergestellten Erzeugnisse) sowie personelle Momente (Wehrdienst geschulter Arbeiter, Einsatz ungelernter nur bedingt tauglicher Personen, Wehrdienst des geschulten Aufsichtspersonals; Reparaturen aus technischen und personellen Gründen nur an unmittelbar die Pro-

1) QUENTIN, Erich, UV als Treuepflicht, in: BG 1937, S. 13.

2) QUENTIN, Erich, Unfall- und Krankheitsverhütung im kommenden Strafgesetz, in: BG 1936, S. 249; s.a. dens., in: BG 1933, Sp. 523.

3) Urteil vom 8. 2. 1940 15 Ds 5/40; BG 1941, S. 199.

4) SCHOLZ, Walter, aaO 1941, S. 1.

duktion fördernden Anlagen). Die bg-liche Verwaltung und damit. die Tätigkeit der TABen war durch Reiseerschwernisse und Kriegsdienst der Beamten in Mitleidenschaft gezogen¹⁾.

Ähnlich lagen die Bedingungen auch während der Jahre 1939 - 45. Über die Durchführung der UV in den Betrieben ist aus dieser Zeit bekanntgeworden, daß nur die unbedingt nötigen und in den kriegswichtigen Betrieben besonders erforderlichen UV-Maßnahmen getroffen werden sollten; soweit es sich dabei um die Mitwirkung der TABen handle, müsse u.U. eine zeitweilige Suspendierung deren Tätigkeit erwogen werden, da es "bis zu einem gewissen Grade unverständlich" sei, auf der einen Seite "Millionen von Volksgenossen im Granatfeuer" zu wissen, auf der anderen aber in den Betrieben die "verfeinerte Fürsorge der UV für einzelne" durchzuführen²⁾.

Nicht zuletzt sind den Bestrebungen nach der wohlverstandenen Mitarbeit aller Beteiligten auf allen Stufen der Betriebsebene durch die Sozialgesetzgebung ungewollte Hemmnisse erwachsen. Es "mag eigentümlich erscheinen; doch denkt man i.a. bei der UVers. in erster Reihe nicht an die so viel wichtigeren Aufgaben der UV, Unfall-Heilbehandlung und Berufsfürsorge, sondern an die Renten ..."²⁾. Mit diesen Worten mag die Einflußsphäre umrissen werden, die aus dem Hang zum perfektionierten Versorgungsdenken gebildet und von der einschlägigen Gesetzgebung nicht unbeträchtlich unterstützt wird. -

Auffällig ist, daß die Unfallzahl (gemeldete Unfälle) bei der HWBG nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfalle von 1957³⁾ um 9,2 % sprunghaft anstieg⁴⁾, während die Zunahme in den Vorjahren ca. -1,3 % (von 1955 auf 1956) bzw. +5,8 % (1956 - 57) betragen hatte⁴⁾. - Manche sozialpolitische Norm kann negativ auf die UV wirken, soweit sie das allgemeine Gefühl verstärkt, für die "Sicherheit" des einzelnen sorgten andere, zumeist der Staat. Dabei verkennen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer noch oft auch den Charakter der sozialen UVers., deren Hauptaufgabe die Schadensverhütung ist.

1) s. "UV im 1. Weltkrieg" in: BG 1918, S. 161. - Techn.Bericht für 1915, S. 1; 1918, S. 2 der HWBG.

2) KNOLL, Ernst, Sind Renten in der UVers. nötig? ..., in: ZSR 1958, S. 369.

3) vom 27. 7. 1957 (BGBl I, S. 101)).

4) vgl. Verw.-Ber. 1956 u. 1957; 1958, S. 4 der HWBG.

2. Unfallverhütung und arbeitsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten

Nachdem die gesetzliche Regelung der Schadensverhütung zu einem für den mittellosen Arbeitnehmer leidlichen Anspruch gegen den Betriebsunternehmer geführt hatte, mußte man sich auf die selbstverständliche Aufgabe besinnen, die Arbeitskraft des einzelnen von vornherein zu schützen.

Der Katalog der "Arbeitsschutzgesetzgebung" weist im Laufe der industriellen Entwicklung weitreichende Bestimmungen auf, die auf unterschiedliche Teilgebiete des Arbeitsverhältnisses abgestellt sind. - Mit den Fragen des Schutzes der körperlichen Integrität am Arbeitsplatz hat sich, wie unten noch zu zeigen sein wird (s. Abschn. 3), nur in wenigen Fällen eine Gesetzesnorm konkret beschäftigt. Die Dinge sind auch vielfältig und wegen des dauernden Flusses der Technik zu unübersichtlich, als daß hier gut eine einheitlich-verbindliche Vorschrift hätte erwachsen können. Dennoch scheint es diesem Umstand zuzuschreiben zu sein, daß gegenüber konkret erfaßbaren sozialpolitischen Tagesfragen verschiedener Zeitabschnitte die UV im ganzen nicht zum Angriffspunkt einer ständigen, zielstrebigen "Reformarbeit" gemacht worden ist.

Zu seiner eigenen Sicherheit muß auch der einzelne Arbeiter einen gebührenden Beitrag leisten. Die Gewerkschaften in ihrem Bemühen um die Grundforderung der "Sicherheit für den Arbeiter" dürften hierzu wohl durch ihre überbetriebliche Sicht Entscheidendes zur Aufklärung beitragen können.

Ihre Tätigkeit ist hier als "exogener Faktor" aufgefaßt, weil die UV durch rechtliche Konstruktion der weisungsbefugten Betriebsleitung obliegt. Gleichwohl ist die Einflußnahme der Gewerkschaft auf ihre Mitglieder eine bedeutende Größe bei der Bemühung, eine grundlegend sichere Verhaltensweise in den Betrieben zu erreichen.

a) Gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Unfallverhütung

In Anbetracht der wirtschaftlichen, betriebsbedingten, technischen und sozialen Umstände, unter denen die Fabrikarbeiterschaft der aufstrebenden deutschen Industrie tätig sein mußte, ist es verständlich, daß sich die volle Aufmerksamkeit und überwiegende Initiative gewerkschaftlicher "Agitation" (seit 1890) zunächst der Beseitigung der Überbeanspruchung der Arbeitskraft von Jugendlichen, Frauen und Arbeitern galt. Die Verhältnisse in der (west-)deutschen Eisen- und Stahlindustrie unterlagen wegen der Besonderheit des Fertigungsprogramms (schwerste Eisen-, Guss- und Stahlerzeugnisse sowie deren Verarbeitung und Montage) seit jeher von der Regel abweichenden Bedingungen. Neben schwerster körperlicher Arbeit traten Belästigungen und Gefahren in erheblichem Umfang auf (Rauch, Staub, Hitze, Lärm), die im Zuge des raschen Aufbaus der Schwerindustrie kaum berücksichtigt und für zwangsläufig und unvermeidbar gehalten wurden.

Die Gewerkschaftsbewegung manifestierte sich in diesem Wirtschaftszweig in dem Deutschen Metallarbeiterverband¹⁾, der für die sozialen Belange seiner Mitglieder seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts in gewissem Umfang einzutreten vermochte. Außerdem nahm sich die christliche Gewerkschaft der Nöte der Arbeiter auch der "gesundheitsschädlichen und schweren Industrie" an²⁾.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gelang es dem Deutschen Metallarbeiterverband und wenig später dem christlichen Metallarbeiterverband, eine Erhebung über die Arbeitsbedingungen der Hütten- und Walzwerksarbeiter durchzuführen. Ausgehend von der Tatsache, daß die "in der sozialen Entwicklung zurückgebliebene Großeisenindustrie" "im höchsten Grade ungenügende" Schutzvorschriften besitze, wurde die naheliegende Aufgabe darin gesehen, die "Arbeiter von der Unzulänglichkeit der getroffenen Schutzmaßregeln zu überzeugen und sie zum Kampf für bessere Arbeitsbedingungen zu begeistern"³⁾.

1) gegründet 1891.

2) S. WIEBER, Franz, Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie, Duisburg 1909.

3) Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1907, Stuttgart 1908, S. 169.

Die über die Dauer der Arbeitszeit, den Schichtwechsel und die sanitären Verhältnisse gewonnenen Ergebnisse wurden 1907 dem Reichstag als Denkschrift mit dem Ersuchen vorgelegt, eine Enquête durch das Reich über die Bedingungen in der Großeisenindustrie durchzuführen. Vorrangiges Ziel war, die achtstündige Tagesarbeitszeit zu erreichen, nachdem Vorschläge der Reichsregierung über die Neuregelung von Arbeitszeit und Pausen als unzureichend abgelehnt worden waren¹⁾.

1912 wurde in einer Petition an den Bundesrat und den Reichstag festgestellt, daß "die vielfache Anwendung technischer Hilfsmittel bei der Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Stahl die Betriebsgefahren in ganz bedeutendem Maße gesteigert (hat)", die "sanitären und hygienischen Einrichtungen der Hüttenwerke mit der raschen Entwicklung (jedoch) leider nicht Schritt gehalten" und "die Sozialgesetzgebung ... leider die sprunghafte Entwicklung der Großeisenindustrie nicht gebührend berücksichtigt" hat²⁾. Beigefügt wurde eine umfangreiche Schrift, die neben ausführlichen Erläuterungen der betriebstechnischen, organisatorischen und kaufmännischen Struktur der Hüttenwerke eine 1911 veranstaltete Enquête wiedergab. Auf Grund dieser Untersuchung forderte der Metallarbeiterverband u.a. einen "besonderen Unfallschutz" für die Hütten- und Walzwerke.

Die Einzelheiten bezogen sich auf die Ausstattung der die Hüttenbetriebe revidierenden Gewerbeaufsichtsbeamten mit polizeilicher Strafbefugnis, das Arbeitsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren an "gefährlichen mit elementarer Kraft bewegten Maschinen" sowie das Verbot der Frauenarbeit in Hüttenwerken. Auch die Abschaffung der Nachtarbeitszeit für Jugendliche in Walz- und Hammerwerken wurde gefordert. Besonderer Wert wurde auf detaillierte Vorschriften über den Unfallschutz in Hütten- und Walzwerken gelegt. Eine entsprechende Verordnung sollte bewirken, daß "erprobte Schutzvorrichtungen ... an den Hochöfen, in Bessemer- und Thomaswerken, Martin- und Puddelwerken; an Aufzügen, Hebekranen, Dampfhämmern, hydraulischen Pressen, Walzenstraßen, Betriebsmaschinen und Apparaten aller Art" anzubringen seien.

1) wie FN 3) S. 201, aaOS.174 f.; über die Arbeits- und Pausenregelung s.a. "Metallarbeiterverband" 1908, S. 284 ff.

2) "Metallarbeiterverband" 1912, S. 243.

In 6 weiteren Punkten wurde verlangt

"wiederholte Überprüfung der ... zum Lastentransport verwendeten Ketten ... durch ... Gewerbeinspektoren, regelmäßige Reinigung der Gasleitungen, Freihalten der Gehwege von "Arbeitsstücken", Sicherung des Arbeiterverkehrs ... gegen die erheblichen Gefahren des Bahnbetriebes durch Über- oder Unterführungen (evtl. Schranken), Vornahme häufigerer Revisionen der Hochofen-, Hütten- und Walzwerke durch die ... Gewerbeinspektion unter Hinzuziehung von erfahrenen Hüttenarbeitern" sowie "Veranstaltung belehrender Vorträge in Arbeiter- und Unternehmerkreisen der Hüttengebiete über Arbeiterschutz und UV durch die Gewerbeinspektion 1).

Den BGen sollte "anheimgegeben" werden, "eine häufigere Revision der Hüttenwerke durch die Beamten der BGen vorzunehmen (und) Beamte zu entfernen, die der Durchführung der erlassenen Schutzvorschriften durch Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit entgegenwirken" 1).

Erstaunlich "modern" und "aktuell" muten vor allem die Forderungen der Gewerkschaft nach der verstärkten Kontrolle der wichtigsten Gefahrenpunkte in Hüttenwerken (Transportsektor) sowie die nach der Schulung bzw. Unterweisung von Arbeitern und Arbeitgebern an. Die maßgeblichen Kräfte der Gewerkschaft hatten allerdings auch schon früher erkannt, daß es "von den Hütten- und Walzwerksarbeitern abhängt, wie groß (das) Maß von Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit sein wird" 2).

Bemerkenswert bleibt festzustellen, daß nach 1912 jegliche Aktivität auf dem Gebiete der UV und der Arbeitssicherheit zumindest so stark reduziert ist, daß sie keinen Niederschlag mehr in den Jahrbüchern des Metallarbeiterverbandes findet. Das ändert sich auch nicht, als die Kriegsproduktion bedeutende Gefährdungen (s.o.) mit sich bringt. Jedenfalls weisen die bis 1916 vorliegenden Quellen keine einschlägigen Angaben aus.

Nicht zu verkennen bleibt dennoch eine Belebung der allgemeinen Bemühungen um die Arbeitssicherheit, wie es an den von "unternehmerfreundlichen" Fraktionen des Reichstages eingebrachten Entschlüssen zum genannten Problem sichtbar wird, aber auch an der geneigten Haltung von Arbeitgebern, solche Schutzvorrich-

1) "Metallarbeiterverband" 1912, S. 245 f.

2) vgl. "Metallarbeiterverband" 1907, S. 175.

tungen anzubringen, die auf der bg-lichen Arbeitsschutzausstellung (in Berlin-Charlottenburg) gezeigt und "nicht der Arbeit hinderlich" sind¹⁾.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges war den Arbeiterorganisationen mit den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes (vom 4.2.1920²⁾) Gelegenheit gegeben, die Fragen der Arbeitssicherheit in den Betrieben unmittelbar durch ihnen nahestehende Personen mitbestimmen zu lassen. § 66 des Gesetzes schrieb dem Betriebsrat vor, "auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken."

Damit wurden die Betriebsräte zum unterstützenden Organ der Arbeitsschutzbehörden³⁾, da die Arbeitssicherheit vornehmlich durch "Belehrung der Arbeitnehmer ..., Veranstaltungen und Vorträge im Betrieb"⁴⁾ zu erreichen ist. Die Aufgabe, "hinzuwirken", daß die Sicherheitsvorschriften beachtet werden, ist sowohl gegenüber dem Arbeitgeber als gegenüber den Arbeitnehmern verpflichtend; die einen sind zu beobachten, ob sie die ihnen auferlegten Verpflichtungen innehalten, die anderen zur Beachtung der Schutzvorschriften anzuhalten und "über deren Notwendigkeit zu belehren"⁵⁾. Auch ist die Rede von tariflichen Erweiterungen des vorgenannten Rechts der Betriebsräte⁶⁾.

In diesem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß Vertreter der Versicherten der HWBG in einer Besprechung mit dem Technischen Aufsichtsdienst forderten, daß "von den Werken, nötigenfalls unter Einwirkung der BG, eine stärkere Zusammenarbeit der mit der UV betrauten Stellen mit dem Betriebsrat" anzustreben sei⁷⁾. Dabei wurde die Bildung von "Sicherheitsausschüssen" angeregt, wie sie dementsprechend in der Folgezeit bei Genossenschaftswerken entstanden. - Noch 1931 wird allerdings betont, daß es

1) s. dazu "Metallarbeiterverband" 1908, S. 206 f.; 1906, S.228.

2) RGBl. I, S. 147.

3) FLATOW/KAHN - FREUND, Kommentar, Anm.1 zu § 66, Ziff. 8.

4) FLATOW aaO Anm. 2 zu § 66, Ziff. 8.

5) FLATOW aaO Anm. 6.

6) FLATOW aaO Anm. 7.

7) vgl. Bericht über den 48. Genossenschaftstag der HWBG, 1929, Pkt. 6.

sich bei der angeführten Möglichkeit zur Mitarbeit in der UV um eine "in ihrer Bedeutung noch oft verkannte und nicht genügend gewürdigte Aufgabe des Betriebsrats" handele¹⁾.

In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde durch die Einflußnahme der Dienststellen der "Deutschen Arbeitsfront" die UV zwar in staatlich gelenktem Sinne wahrgenommen, doch in ihrer praktischen Ausgestaltung im allgemeinen den herkömmlichen Verfahren unterworfen.

Die "Arbeitsschutzwalter" (als Hauptunfallvertrauensleute) und die UVM hatten

"alle Maßnahmen, die der Ausgestaltung und Verbesserung des Betriebsschutzes dienen, zu beobachten, ihre Kenntnis den Gefolgschaftsmitgliedern in geeigneter Form zu vermitteln, den Unfallschutz im Vertrauensrat zu beraten und in jeder Weise für die Durchführung der Unfallschutzmaßnahmen Sorge zu tragen" 2).

Das Betriebsverfassungsgesetz (vom 11.10.1952³⁾) schreibt im § 58 vor, der Betriebsrat habe

"auf die Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie sich für die Durchführung der Vorschriften über den Arbeitsschutz einzusetzen".

Damit kommt dem Betriebsrat "eine seiner wichtigsten Aufgaben" als "selbständige Überwachungspflicht" zu⁴⁾, die er durch Beachtung aller Mißstände und Gefahrenquellen sowie Entgegennahme und Nachprüfung von Beschwerden der Belegschaft wahrzunehmen hat. Überdies soll er "auf die Bedeutung der Einhaltung der Vorschriften des Arbeitsschutzes, auch wenn sie manchmal als lästig empfunden werden, hinweisen"⁵⁾; das soll vor allem geschehen durch Betriebsversammlungen, "kollegiales Gespräch mit Arbeitnehmern, die für ihre Unachtsamkeit bekannt sind", und durch Belehrung der Jugendlichen⁶⁾.

1) FIATOW, aaO Anm. 1 Abs. 2 zu § 66, Ziff. 8.

2) Handbuch des Betriebsführers, Berlin 1940, Art. "Unfallvertrauensmänner", S. 941.

3) BGBI I., S. 43.

4) FITTING/KRAEPELOH/AUFFARTH, BetrVG. Komm.Anm. 1 und 2 zu § 58.

5) FITTING aaO Anm. 2 zu § 58.

6) FITTING, aaO Anm. 2 zu § 58.

Ebenso bedeutsam sind die Vorschriften des § 58 Abs. 2, die verlangen, den Betriebsrat

"bei Einführung und Prüfung von Arbeitsschutzeinrichtungen und bei Unfalluntersuchungen, die vom Arbeitgeber, den Gewerbeaufsichtsbeamten oder sonstigen in Betracht kommenden Stellen vorgenommen werden, zuzuziehen".

Dieses Recht ermöglicht dem Betriebsrat bzw. einem besonders beauftragten Mitglied, eigene Erfahrungen zu sammeln, die für die "Erfüllung seiner Pflichten nach § 58 Abs. 1 von besonderer Bedeutung sind" sowie Wünsche und Ansichten der Belegschaft zur zweckmäßigen Ausgestaltung der Schutzmaßnahmen vorzubringen¹⁾.

Im Rahmen der freiwilligen Mitbestimmung kann über die "Maßnahmen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Gesundheitsschädigungen" eine Betriebsvereinbarung getroffen werden (§ 57 Ziff. a). - Die Wichtigkeit solcher betrieblicher "Solidarnormen", d.h. die Gesamtheit der Arbeitnehmer angehender Regelungen, ist an dem eigens genannten Problemfeld des Arbeitsschutzes hervorgehoben²⁾. Wenn diese Art Betriebsvereinbarung auch nicht erzwingbar ist³⁾, so kommt ihr doch gerade im Hinblick auf die für die Arbeitssicherheit erforderliche vertrauensvolle Zusammenarbeit der Betriebspartner wesentliche Bedeutung zu³⁾ (s.u. Kap. XI, 2).

Eine enge Zusammenarbeit auch mit dem TABen der BG kann sich für die Schadenverhütung genauso günstig auswirken, wie sie auch evtl. auftretende Schwierigkeiten bei Entschädigungsfällen überbrücken helfen wird, wenn im Unfallfeststellungsverfahren Unklarheiten auf Seiten sowohl der Versicherten als auch des Versicherungsträgers beseitigt werden können⁴⁾.

Eine gleichfalls nicht zu unterschätzende Bedeutung der Rolle des Betriebsrates muß mit Recht darin gesehen werden, über eine enge Zusammenarbeit mit der Betriebsvertretung u.a. zu einer "objektiven Unfallursachenvermittlung" zu gelangen, was dadurch zu erreichen wäre, daß die "Einstufung der Unfallursachen" unter

1) FITTING - KRAEGELOH, Anm. 12, 13 zu § 58.

2) dies. Anm. 7 zu § 57.

3) GALPERIN/SIEBERT, Komm. Anm. 1, 3, 4 zu § 57
DIETZ, Rolf, Komm. Anm. 8 zu § 57.

4) vgl. KUBE, Walter, Die Beziehungen zwischen Sozialversicherung, UV und Arbeiterschutz in: BG 1953, S. 351.

Hinzuziehung des Betriebsrates erfolgt und nur mit dessen Einverständnis endgültig festgelegt wird¹⁾.

Angesichts des breiten Betätigungsfeldes, das sich somit den Mitgliedern der Betriebsvertretungen und den gewerkschaftlichen "Agitationen" öffnet, muß gefragt werden, wieweit insbesondere in jüngerer Zeit diese Materie von den genannten Stellen aufgegriffen und wirksam vorangetrieben worden ist. - Im Sinne der Feststellung des 3. Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1954, daß "... zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des schaffenden Menschen noch viele echte gewerkschaftliche Aufgaben zu lösen ..." seien, hat die Industriegewerkschaft Metall (als Nachfolgeorganisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes) 1950 eine erste "Bestandsaufnahme" über Aufgaben, Tätigkeit und Arbeitsobjekte ihrer Vertreter in den UV-Ausschüssen der Eisen- und Metall- BGen durchgeführt. 1958 schloß sich hieran eine Sonderschulung dieser Arbeitnehmervertreter in den Organen der betreffenden BGen an, auf der ein weiterer Überblick über die Grundsätze, Modalitäten, Schwierigkeiten und Zukunftsaufgaben einer wirksamen UV gegeben wurde. Zu der Schulung wurde der damalige Leiter des Technischen Aufsichtsdienstes der HWBG hinzugezogen²⁾.

Der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der IGMetall (1960) brachte in einer Entschliebung die Forderung zum Ausdruck, sich für die "Arbeitssicherheit als vordringliche Aufgabe" mit allen Mitteln der neuzeitlichen Unfallbekämpfung einzusetzen. Hieraus werden die wissenschaftliche Ermittlung von Unfallursachen, die Einbeziehung der organisatorischen und menschlichen Bedingungen des Betriebsablaufs, die Schulung aller betrieblichen Führungskräfte und die Verabschiedung eines Maschinenschutzgesetzes hervorgehoben³⁾.

Der Gedanke, daß die Arbeitssicherheit "nicht zuletzt auch davon abhängt, inwieweit das Sicherheitsbewußtsein der Arbeitnehmer gesteigert wird und die erforderlichen Arbeitssicherheitsmaßnahmen der Betriebsleitungen und BGen von ihnen unterstützt werden", bricht sich in der Entschliebung zur Arbeits-

1) s. HAJEK, Helmut, aaO, S. 251.

2) Schriftenreihe der IG-Metall Nr. 34, Frankfurt/M. 1958.

3) s. Entschliebung Nr. 11, S. 2 f.

sicherheit des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages 1962 Bahn¹⁾.- Damit wird auf das eigentliche und entscheidende Moment hingewiesen, das die Gewerkschaftstätigkeit in diesen Fragen gestalten muß; der positive und nützliche Einfluß der Funktionäre muß sich nach deren gründlicher Ausbildung in den Belangen der Sicherheit am Arbeitsplatz so rasch und stark wie möglich in den Belegschaften zeigen.

Gerade auf diesem Sektor, der auch nach Ansicht der IG Metall heute wesentlich von zielstrebigter Erziehungsarbeit ausgefüllt sein muß, wird sich erweisen, ob und ggf. daß die Interessenvertretung der Arbeitnehmer einen, vielleicht den entscheidenden Beitrag zu der "Arbeitssicherheit als gesellschaftlicher Aufgabe" zu leisten in der Lage ist. Man sollte nicht übersehen, daß das unmittelbare Gespräch auf gleicher Ebene zwischen Arbeiter und "sachverständigem" Mitarbeiter am ehesten eine Überzeugungskraft auf den Angesprochenen ausüben wird.

Im Rahmen ihrer 1. Arbeitssicherheitstagung vertrat die IG Metall 1962 in einem Grundsatzreferat die Ansicht, daß in "weiterer Verwirklichung des gewerkschaftlichen Aktionsprogramms" (in dem der Arbeitsschutz an letzter Stelle hinter den Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit, höheren Löhnen und Gehältern, größerer sozialer Sicherheit und gesicherter Mitbestimmung genannt ist²⁾) "ihre Funktionäre und Mitglieder sich die Erhöhung der Arbeitssicherheit zur persönlichen Aufgabe machen"³⁾.

Dazu sollen vor allem auch die o.a. Maßnahmen dienen. Darüberhinaus führt die Gewerkschaft in einer "Schriftenreihe Arbeitssicherheit"⁴⁾ die Grundsätze fort, die in Darstellungen über die "Arbeitssicherheit als Element der Betriebsführung", "psychologische UV in Theorie und Praxis", "Aufgaben des Werksarztes im Rahmen der Arbeitssicherheit" und "kulturellen und gesellschaftlichen Probleme der technisierten und industriellen Lebensbereiche" auf der Arbeitssicherheitstagung erörtert worden sind⁵⁾.

1) EntschlieBung Nr. 8, S. 2.

2) BRENNER, Otto, Sicherheit des arbeitenden Menschen - eine gewerkschaftliche Aufgabe, 1962, S. 6.

3) ders., aaO S. 10.

4) Erschienen Heft 1 - 3, Frankfurt/M. o.J.; Titel s. Schrifttumsverzeichnis.

5) Verf.: BROCKERHOFF; BURKHARDT; SYMANSKI; LEJEUNE, s. Schrifttumsverzeichnis.

Im Zuge der praktischen Verwirklichung der Forderungen ist ein Entwurf zur "Förderung der Arbeitssicherheit in den Betrieben" getrennt von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem DGB verfaßt worden. Hierin ist an erster Stelle die Schaffung einer einheitlichen Linie für die Bestellung betrieblicher Arbeitssicherheitsorgane versucht. Sicherheitsbeauftragte, Sicherheitsvertrauensleute und ein Ausschuß für Arbeitssicherheit sind die wichtigen Repräsentanten. Die endgültige Ausgestaltung wird sich im wesentlichen nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen richten, die mit der Reform der gesetzlichen UVers. ergehen.

An anderer Stelle wurde schon auf die "Arbeitsgemeinschaft der Unfallobleute im Bereich der HWBG" hingewiesen. Dieses Gremium aus gewerkschaftlich orientierten Sicherheitsbeauftragten hat in enger Zusammenarbeit mit der HWBG und deren Betrieben, aus denen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft kommen, eine im Bereich der IG Metall erstrangige UV-Arbeit entwickelt, die in laufendem "Erfahrungsaustausch" verbessert werden soll.

Der auch für die Hüttenwerke bedeutsame Schutz vor den Gefahren radioaktiver Strahlung ist nach Angaben des Vorstandes der IG Metall unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaft in der 1. Strahlenschutzverordnung der Bundesrepublik¹⁾ konkretisiert worden²⁾. - Ferner sei auf die häufig erhobene Gewerkschaftsforderung nach einem "Maschinenschutzgesetz" hingewiesen, über das Ausführungen an anderer Stelle gemacht sind.

b) Besondere Stellungnahme der Arbeitgeberorganisationen zur Unfallverhütung

Im folgenden sollen einige Merkmale herausgestellt werden, die die Einstellung der Gesamtheit der Arbeitgeber zur UV über ihr Wirken in den BGen hinaus kennzeichnen.

Dennoch ist hier versucht, an einigen markanten Stellungnahmen der Organisationen der Arbeitgeber aufzuzeigen, welche Proble-

1) vom 24.6.1960 (BGBl I, S. 430) - vgl. a. Arbeitsschutz 1962, S. 172 ff.

2) Schriftliche Stellungnahme des Vorstandes der IG Metall, Frankfurt/M., auf Anfrage des Verf. zum vorliegenden Thema, vom 31.10.1962.

matik aus der Sicht der Betriebsleitungen die Jahrzehnte bgl-licher Arbeit beherrscht hat.

Für die Zeit seit Inkrafttreten des Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie¹⁾ kann zwar generell die Meinung der "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) nicht auf die in der Eisen- und Stahlindustrie vorherrschende Ansicht ausgedehnt werden, da die Werke der Eisen- und Stahlindustrie, soweit sie dem Mitbestimmungsgesetz unterliegen, der BDA nicht angehören. Gleichwohl darf mit einer gewissen Berechtigung angenommen werden, daß die Grundsätze unternehmerischer Entscheidungen in diesen Fragen nicht weit voneinander abweichen, im Gegenteil nur noch mehr aufgeheilt und einander angenähert werden.

Grundlegende Anregungen und Maßnahmen für die zweckmäßige Konzeption der gesetzlichen UVers. kamen gerade aus den Kreisen der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie²⁾. Die "Nordwestliche Gruppe des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" (kurz: "Arbeitnordwest") hat sich wiederholt auch in öffentlichen Verlautbarungen und Veranstaltungen zu den "großen Aufgaben der UV (und der Ausgleichung der wirtschaftlichen Folgen der Betriebsunfälle)" bekannt³⁾. - Gegen eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung stellte die Arbeitgeberschaft in den späten 20er Jahren die Notwendigkeit der allein auf der Selbstverwaltung ruhenden selbständigen UVers. und UV⁴⁾ (vgl. hierzu Kap. VIII 2).

Während der totalitären Herrschaft in Deutschland war unter veränderten Bedingungen gleichwohl Aufgabe des Unternehmers, prinzipiell den "Schutz des einzelnen im Einklang mit der Produktionskraft der Wirtschaft" im Rahmen der "Treuepflicht" in der Betriebsgemeinschaft anzustreben⁵⁾.

1) vom 21. 5. 1951 (BGBl. I, S. 347.).

2) vgl. Louis BAAREs Anregungen zur Reichsunfallversicherung, in: BG 1935, S. 287.

3) vgl. EntschlieÙung des 31. BG-Tages 1920, BG 1920; S. 137, 25 Jahre Arbeitnordwest, Berlin 1929, S. 158 f.

4) s. Denkschrift "Die Reform der Sozialversicherung - eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes", Vorschläge der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin 1930, S. 3, 33 f.

5) Monatshefte für NS-Sozialpolitik, Jg. 1935/36, S. 50, 53.

Die Situation der westdeutschen Nachkriegswirtschaft ist mit einem rapiden Aufschwung der Leistungsfähigkeit aller Bereiche, aber auch einer steigenden Unfallhäufigkeit verbunden. Dieser Umstand wurde von Arbeitgeberseite mit der Äußerung erkannt, daß "Sicherheit eine Leistung" ist, die von der Betriebsleitung als verantwortungsvolle Aufgabe geschaffen werden müsse¹⁾. Daß dies, "von Ausnahmen abgesehen, in der gesamten gewerblichen Wirtschaft noch viel zu wenig erkannt wird"¹⁾, hat Veranlassung gegeben, die unternehmenspolitischen Aspekte des Arbeitsschutzes klar herauszustellen.

In einem "Arbeitsbericht des Ausschusses für soziale Betriebsgestaltung bei der BDA"²⁾ wird die Sicherheit am Arbeitsplatz als "unternehmenspolitische Aufgabe" gekennzeichnet. Dieser Aufgabe unterworfen sind

die UV als menschliche Verpflichtung wie als Gebot wirtschaftlichen Handelns;
die Einhaltung der zur UV bestimmten überbetrieblichen Vorschriften und die sinnvolle Koordinierung aller UV-Maßnahmen unter Mithilfe aller Mitarbeiter.

Das bedeutet für die praktische Ausgestaltung, daß die Unternehmensleitung

1. für das Wissen um die Ansatzpunkte der UV im Betrieb sorgt,
2. ihren Willen zur UV in gleichem Maße wie für die technischen und kaufmännischen Belange jederzeit sichtbar und fühlbar macht,
3. für die planvolle Anwendung technischer Möglichkeiten der UV sorgt,
4. durch Anwendung bewährter Personalführungsgrundsätze die günstigste Verbreitung des UV-Gedankens fördert,
5. die UV durch innerbetriebliche Kooperation fördert und
6. mit Hilfe der Werbung das Sicherheitsbedürfnis im Betrieb weckt und wachhält.

Diese Richtlinien sind offenbar geeignet, die Verpflichtung und den Auftrag der Arbeitgeber nicht nur zu kennzeichnen, sondern zugleich auch in die Tat umsetzen zu helfen, wie die näheren Erläuterungen zu den sechs genannten Hauptpunkten zeigen.

1) Der Arbeitgeber 1961, S. 132 f.
2) "Informationen für die Betriebsleitung" Nr. 14 (Stand: Juli 1961), - vgl. auch PAULSEN, H.C., Der Arbeitsschutz als unternehmerische Aufgabe, in: Der Arbeitgeber 1960, S. 3.

Nicht allein die Forderung ist erhoben, es ist auch der Weg gewiesen, über den man zu einer umfassenden Arbeitssicherheit wird gelangen können.

Auch die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge, die bei Nennung des Fragenkreises "Arbeitssicherheit" berührt werden, sind seit mehreren Jahren intensiv angegangen worden. So wurden die Belange der Arbeitssicherheit in Beziehung und Abwägung gebracht mit den Einzelheiten der Arbeitsbewertung, -Vorbereitung und -Studien, ferner die physiologischen, psychologischen und soziologischen Bestandteile eingehend erörtert. Die Werksleitungen unterstützen dazu vornehmlich die o.g. Arbeitsausschüsse der WiV EStInd. (vgl. Kap. IV B).

Die Vorbelastung der Mitgliedswerke (s.o. Kap. IV C 6) und die Unfall-(-Ursachen-)statistik sind wiederholt auch von Arbeitgeberseite vorgeschlagen worden¹⁾.

Die Einführung eines "Sozialkontenplans" wurde in der Industrie erwogen²⁾, weil man auch hier durch einen Vergleich der Kosten und Erträge³⁾ zu einer besseren Sicht der wirtschaftlichen Belastung durch Unfälle kommen wollte. Mit Hilfe der modernen Kostentheorie dürften sich auch die durch Unfälle bzw. UV entstehenden "Sozialkosten" als Einzelkosten⁴⁾ erfassen lassen.

3. Wirtschaftliche und soziale Bedingungen und ihr Einfluß auf die Arbeitssicherheit

Es dürfte deutlich geworden sein, daß es das Wichtigste ist, jeweils und überall den Menschen - in allen Bereichen des Betriebsgeschehens, je nach Arbeitsplatz und Stellung - für die Arbeitssicherheit zu interessieren, zu gewinnen und zu aktivieren. Verschiedene Umstände, darunter auch bedeutsame histo-

-
- 1) vgl. BERCKHOFF, H.O., Gefahrenrentarife, Statistik, Prämienverfahren in der UVers., in: Arbeitgeber 1953, S. 1016; - s.a. "Sozialwirtschaft bei Eisen und Stahl", in: Arbeitgeber 1956, S. 497.
 - 2) SPIEGELHALTER, Franz, Ein Sozial-Kontenplan für die Industrie, in: Arbeitgeber 1952, S. 544.
 - 3) s. SOMMERFELD, Erich, Unfallforschung im Dienste der betrieblichen UV, Frechen/Köln 1961, S. 25 ff.
 - 4) Einzelkosten können dem Produkt direkt zugerechnet werden; vgl. MELLEROWICZ, Konrad, Art. "Kosten und Kostenbegriffe", in: HdB Bd. II, Sp. 3374.

rische Einflüsse, haben dieses Vorhaben jedoch nicht unbedeutend gehemmt.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die innere Einstellung der deutschen Arbeiter zu den mit der Arbeit verbundenen Gefahren nicht allein aus einer unergründlichen, unumstößlichen und vielleicht "eingewurzelten" Artanlage der nationalen Charaktereigenschaften herrührt, sondern durch mancherlei äußere Momente in den letzten 150 Jahren geformt worden ist. Mit Recht wird auf die an sich höchst bedauerliche Tatsache hingewiesen, daß Deutschland seine ersten Schutzmaßnahmen gegen Arbeitsgefährdung den Vorstellungen eines preußischen Generals beim König in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verdankt¹⁾. Der Nachwuchsmangel bei den Streitkräften leitete die Anfänge der "Arbeitssicherheit" ein; das Bewußtsein des einzelnen wurde jedoch gerade in diesen Einheiten auf die Verachtung der Gefahr gelenkt und über fast 100 Jahre in mancher ernsthaften Lage auf höchste Proben gestellt. Es kann daher nicht verwundern, wenn noch häufig wie eh und je die Vorsicht und Umsicht beim Arbeiten als "Feigheit", Leichtsinn und Unbedachtsamkeit hingegen durchweg in bestimmten Situationen als "Mut" bezeichnet werden. - Die Weltkriege haben in potenziierter Form derartige Einstellungen gefördert²⁾; dazu traten in ihrem Gefolge schwere Wirtschaftsspannungen und Krisen auf, die in vielfältiger Form den "ordnungsgemäßen Produktionsablauf" störten. So mußte in den Jahren 1918 bis 1938 mit den Revolutions- und Inflationseinflüssen, dem passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung und der Wirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre gerechnet werden, und die sich aus Arbeitslosigkeit und Wiedereinstellung nach langer Umgewöhnung ergebenden Mängel in der gewohnten "Sicherheit des Arbeitens" haben bedeutsamen Einfluß gehabt³⁾. - Nach 1945 lagen auch die industriellen Grundlagen der Arbeitsschutzpraxis darnieder, und eine aufstrebende Wirtschaft ging an den menschlichen - aber letztlich

1) vgl. BG 1926, Sp. 95.

2) KOHLBECK, Alois, Die Gewerbeaufsicht nach dem Kriege, in: Arbeitsschutz (brit. Zone) 1949, S. 46.

3) s. Bericht über den 43. Genossenschaftstag der HWBG 1924; Erl. des Preuß. M. für Wirtschaft und Arbeit vom 30.9.1933: "Die Weckung des UV-Gedankens bei den vermehrten Neueinstellungen", in: Reichsvers. 1933, 377.

ja auch zur Produktion rechnenden - Belangen geraume Zeit "achtlos" vorbei. Die Zeitläufte brachten einen Wandel in der Auffassung vom Arbeitsplatz mit sich, der nicht mehr so sehr als eine gesicherte Erwerbsquelle und Schaffensstätte, sondern zunehmend als "Job" (im pejorativen Sinne) angesehen wurde¹⁾.

In gleicher Richtung bewegt sich das sog. Rentendenken, das wohl merklich von den weitreichenden Sozialleistungen unseres Staatswesens beeinflußt und herausgebildet worden ist. War bereits von fachkundiger Seite, nämlich dem VDRI, Ausgang der 20er Jahre die Feststellung zu hören: "Dem Wahlspruch 'hilf dir selbst!' steht in Deutschland der Gedanke an die gesetzliche, jedem Arbeiter zustehende Fürsorge hemmend entgegen"²⁾, so gilt dies insbesondere für die Nachkriegsentwicklung seit 1950.

Eine Repräsentativerhebung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung³⁾ über die Arbeitsverdienste Unfallverletzter hat überraschende Resultate gebracht.

Von den wieder im Arbeitsprozeß stehenden Schwerverletzten der gesetzlichen UVers., ohne Berücksichtigung des Bergbaus, verdienen im Verhältnis zum Normalverdienst, berechnet auf Basis 1959, die Unfallverletzten in 1960 mit einer Erwerbsminderung (gem. § 1247 RVO) von

50	durch- % schnitt- lich	94	% + Rente (Ø) ⁺	25,6 %	=	119,6 %
66 2/3 %		104 %		34,2 %	=	138,2 %
70 %		97,4 %		35,9 %	=	133,3 %
80 %		79,1 %		41,0 %	=	120,1 %
90 %		93,4 %		46,2 %	=	139,6 %
100 %		66 %		51,3 %	=	117,3 %

+) = des Normalverdienstes

Zu berücksichtigen ist, daß nach dem Grad der Verletzung (in %) folgende Personenanteile wieder arbeiten (1960):

<u>Erwerbsminderung (%)</u>	<u>Verletzte arbeiten wieder zu (%)</u>
50 - 66 2/3	40 - 50
70 - 80	30 - 40
90	25
100	8,5

1) BALKE, Siegfried, aaO II, S. 271.

2) vgl. BG 1927, Sp. 64.

3) BARBl. 1959, S. 515; 1962, S. 220. - Soziale Selbstverwaltung 1962, S. 46.

Eine ältere Untersuchung (aus dem Jahre 1956) gibt für die Verletzungsgrade bis 50 % folgende Verdienste an ¹⁾:

<u>Erwerbsminderung (%)</u>	<u>Prozent des Normalverdienstes ⁺</u>
20	98,1
25	106,4
33 1/3	103,7
40	91,7
45	101,6

⁺) = berechnet unter Berücksichtigung der Lohnveränderungen und Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf.

Diese Ergebnisse lassen vielleicht auch den Schluß zu, daß den Unfallgefahren nicht immer die volle Beachtung geschenkt wird, weil zumindest keine Befürchtung besteht, durch Arbeitsunfall wirtschaftlich in Not zu geraten.

Dennoch kann nicht übersehen werden, daß das Versorgungsdenken in zunehmendem Maße auch das Unfallgeschehen beeinflusst. Der Verletzte ist wirtschaftlich "gesichert" und weiß in der Regel gar nicht, welche weittragenden einzelbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sein persönlicher Unfall haben kann.

Man hat festgestellt, daß die Unfallmeldungen der letzten Jahre sich häufig nicht nach den Maßstäben der Meldepflicht, sondern nach den voraussichtlich eintretenden Unfallfolgen richten, oder daß zumindest in Grenzsituationen derartiges zu beobachten sei ²⁾.

Hier scheint der Gedanke an die materielle Sicherung die ideellen Kräfte stark zu überlagern. In den USA kann wegen der Gepflogenheit, nur während eines bestimmten Zeitraums "Wiederherstellungsgelder" zu zahlen ("Aussteuerung") solche Neigung kaum aufkommen.

Es wird der Standpunkt vertreten, die Ausrichtung der Sozialversicherung auf "Krankheit" statt auf "Gesundheit" habe einen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung zu einer Art Vorrangstellung des Siechtums im Denken weiter Volksschichten ³⁾. Der Vergleich

1) Sozialversicherung und Versorgung, in: Arbeitgeber 1956, S. 632.

2) vgl. SCHNEIDER, Bruno, aaO, S. 365.

3) PRELLER, Ludwig, Vorsorge als Grundanspruch eines modernen Sozialrechts, aaO, S. 174 f.

mit den Vereinigten Staaten zeigt deutlich, welche materiellen Ursachen¹⁾ die verschiedenartige Unfallentwicklung und die Konzeption und Durchführung der UV bestimmen: "In Amerika hat die Unfallbekämpfung mehr den Charakter der Selbsthilfe", die wohl in entscheidendem Maße davon geprägt ist, daß "wirtschaftliche und sozial-moralische Bedeutung des Sicherheitsziels richtig eingeschätzt" werden²⁾. "In den USA hatte die Unfallverhütung" - und das ist in diesem Zusammenhang mit Nachdruck nochmals hervorzuheben - "auch zeitlich den Vorrang vor der Unfallversicherung". Bei der vorbildlichen Sozialversicherung Deutschlands lag das Schwergewicht mehr auf der Unfallversicherung"³⁾ (Hervorhebung nicht i. Orig.).

Daß letzteres aus dem Kreise der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik verlautet, dürfte zu der Hoffnung berechtigen, eine bedeutsame Neuorientierung der UV-Praxis zu erleben.

Kapitel VIII: Alternativen zur berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung

=====

Für die Bekämpfung der Gefahren, die außerhalb der Betriebe der gewerblichen Wirtschaft allgemein aus den Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialbedingungen (z.B. durch zu lange, ungeeignete Arbeitszeit, allgemeine Gefahren aus den Immissionen der Industrie, Beschäftigung schwacher und schutzbedürftiger Personen) entstehen, sind Normen erforderlich, die eine Ordnung der gesamtwirtschaftlichen Abläufe auch von dieser Seite gewährleisten. Die Betriebsgefahren unterliegen weithin der Kontrolle der Wirtschaft selbst, die, wie dargestellt, in den BGen im Staatsauftrag die Aufgaben des Arbeitsschutzes wahrnimmt.

Schwierigkeiten und Mißerfolge der bg-lichen UV-Arbeit haben wiederholt zu Überlegungen Anlaß gegeben, ob und auf welche Weise neben dieser Selbstkontrolle der Industrie eine wirksamere

1) HARR, Albrecht, aaO, S. 99.

2) ARNHOLD, C., aaO, Sp. 95 f.

3) HARR, Albrecht, aaO, S. 99.

Gestaltung der praktischen Arbeitssicherung erzielt werden könne. Dabei wurde von bereits vorhandenen oder auch neuzuschaffenden Institutionen ausgegangen, deren wesentlichste hier erörtert sind.

1. Die staatliche Gewerbeaufsicht

Die seit 1878 in Deutschland obligatorische "Gewerbeaufsicht" hat mit Hilfe besonders vorgebildeter Beamter (Gewerbeaufsichtsbeamter - GAB) die Ausführung der staatlichen Arbeitsschutzvorschriften zu überwachen. Die Gewerbeaufsichtsämter (GAÄ) als untere staatliche Verwaltungsbehörde erteilen z. B. die Genehmigung zum Betrieb besonders gefährlicher Anlagen (§ 16 GewO) im Zusammenhang mit den dazu von der Regierung erlassenen Rechtsverordnungen; sie achten ferner auf die Einhaltung der Bestimmungen über die ausreichende Belüftung und Beleuchtung der Arbeitsstätten, Staub- und Gasbeseitigung (§ 120 a GewO) sowie die generelle Sicherung von Maschinen und Maschinenteilen "gegen gefährliche Berührungen". Auch die Regelung der zweckentsprechenden Verhaltensweise der Beschäftigten "zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes" (§ 120 a Abs.3 GewO) ist ihnen aufgetragen.

Die GAÄ sind zuständig für die Überwachung allgemein- und gewerbe-hygienischer Vorschriften zum Schutze der Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Arbeitsstätten. Im Lande Nordrhein-Westfalen regeln die Verordnungen über die Lärmbekämpfung¹⁾, die Reinhaltung der Luft²⁾ und die Bestimmungen über Strahlenschutz³⁾ diese Fragen.

Der Arbeitsbereich der GA ist fachlich also äußerst stark differenziert. Die regionale, nicht fachliche Gliederung der Behörde bedingt, daß die GA nicht so intensiv wie die BGen den jeweiligen spezifischen Gefahren im ganzen begegnen kann. Sie hat sämtliche Wirtschaftsbetriebe ihres Bezirks zu überwachen

1) VO über die Lärmbekämpfung vom 10.1.1955 (GVBl. S.11) i.d.F. vom 11.12.1956 (GVBl. S. 333).

2) vgl. Bekanntmachung der Landesregierung betr. Immissionsschutz vom 19.6.1962.

3) Erste VO zur Ausführung des Atomgesetzes vom 6.4.1960 (GV NW, S. 74); Zweite VO zur Ausführung ... vom 11.10.1960 (GV NW, S. 339); 1. Strahlenschutzverordnung vom 23. 7. 1962 (MBl. NW, S. 1194).

und muß danach entsprechend selektiv verfahren. Das Schwergewicht liegt selbstverständlich auf den Sektoren größter Gefährdung, also bei der Großindustrie.

Auch die GA soll vorwiegend vermittelnd und beratend tätig sein; bei Bedarf hat sie jedoch auch polizeiliche Befugnisse, insbesondere das Recht zu jederzeitigem Besuch der Betriebsräume und zu unmittelbarem Zwang (Stilllegung eines Betriebs oder Betriebsteils bei Gefahr im Verzuge).

Als Ergebnis der praktischen Tätigkeit - 1959 wurden im Bundesgebiet von 905.113 der GA gemeldeten Unfällen 64.295, das ist etwa der 14. Teil, untersucht - sei hervorgehoben, daß in etwa 50 % aller Fälle "der Mensch" als die Unfallursache ermittelt wurde. Dementsprechend verwendet die GA eine neue Unfall-Ursachenstatistik, die nach

technischen Mängeln in dem Einflußbereich des Konstrukteurs, Herstellers, Lieferers, Betreibers, organisatorischen Mängeln in dem Einflußbereich der Aufsichtspersonen des Betriebes, Verhaltensmängeln in dem Einflußbereich der Beschäftigten (d.h. des Verunglückten und anderer Personen)

unterscheidet¹⁾.

Das Nebeneinander von staatlicher und bg-licher Aufsicht hat im Laufe der Zeit zuweilen zu Unzuträglichkeiten geführt. Diese bestanden einmal in der Frage, welche der genannten Stellen weitergehende Anordnungen treffen könne und welche der dann konkurrierenden Vorschriften vom Betrieb einzuhalten seien. Wie an anderer Stelle erwähnt, ist hier für den zweiten Teil maßgebend, daß die weitergehenden Vorschriften zu befolgen sind²⁾. Der erste Teil muß, nach den praktischen Druckmitteln, für die Gewerbeaufsicht, nach den fachlichen Kenntnissen und der Betriebsverbundenheit jedoch für den TABen der BG entschieden werden. - Zum andern traten Belästigungen des Betriebsganges durch Doppelinspektionen beider Aufsichtsorgane ein. - Zwecks einheitlicher und praktikabler Regelung sind vor etlichen Jahren Anordnungen über die Gemeinschaftsarbeit der TABen der

1) BEGRICH, K., Der Anteil der menschlich bedingten Faktoren bei der Verursachung von Betriebsunfällen, in: Arbeitsschutz 1961, S. 116.

2) vgl. oben, Kap. IV Abschn. 3, S. 119.

BGen mit den GABen ergangen¹⁾. Derzeit gelten nach den "Richtlinien über die Gemeinschaftsarbeit der GABen und der TABen der BGen"²⁾ des Bundesarbeitsministeriums folgende Grundsätze (Auszug):

1. Die Beamten beider Stellen sollen gegenseitig schriftlich und mündlich Fühlung aufnehmen.
2. Falls eine Seite dies wünscht, werden gemeinsame Besichtigungen durchgeführt.
3. Bei besonderen Unfällen sollen gemeinsame Untersuchungen durchgeführt werden.
- 4/5. Besondere bemerkenswerte Mängel und Vorkommnisse soll die eine Stelle der anderen mitteilen, sofern nicht anzunehmen ist, daß eine Unterrichtung anderweitig schon erfolgte.
6. Vor Bewilligung von Einzelausnahmen und die UVVen überschreitenden Anordnungen haben einerseits die BGen, andererseits die Gewerbeaufsicht die jeweils andere Stelle in Kenntnis zu setzen.
"Die Erfüllung der in den Verfügungen und Anordnungen gemachten Auflagen soll von beiden Seiten nachgeprüft werden."

Gemäß § 24c Abs. 1 GewO müssen bzw. können die Prüfungen der sog. überwachungsbedürftigen Anlagen nach § 24 GewO (z.B. Dampfkesselanlagen, Druckbehälter, Aufzugsanlagen, Anlagen zur Erzeugung und Verwendung von Röntgen- oder radioaktiven Strahlen - vgl. § 24a Abs. 3 GewO) von den Technischen Überwachungsvereinen durch amtlich anerkannte Sachverständige durchgeführt werden. - Über diese Sonderfragen des technischen Arbeitsschutzes unterrichtet Spezialschrifttum, auf das hier verwiesen sei³⁾.

2. "Einheitliche" Unfallverhütung von Staatsseite

Auch in anderer Richtung gab es Bestrebungen zu einer "Gemeinschaftsarbeit" in der UV. Eine zentrale Steuerung der UV-Arbeit sollte von Staats wegen und durch staatliche Behörden allein ausgeführt werden.

- 1) s. RdErl. des RVA an die ihm unterstellten gewerblichen BGen über die Gemeinschaftsarbeit bei der Durchführung der UVVen, v. 26.2.1926 - I U¹ 462; Erl. des RAM v. 28.12.1925 - III B 6769 (Anlage); Erl. RuPrAM v. 21.6.1937; Rdschr. an BGen v. 5.7.1937; Erl. RAM v. 17.4.1939 (AN 1939, 259); Rdschr. RVA v. 12.5.1939 (AN 1939, 258); Richtl. BAM v. 17.11.1950 (BARbBl. 1950, 467).
- 2) s. die unter FN 1 zitierten Richtl. BAM v. 17.11.1950.
- 3) vgl. SANDER, Otto, aaO, und die dort angegebene Literatur.

Es handelt sich dabei einmal um die Frage der "Vereinheitlichung der Sozialversicherung", deren Aufspaltung in die vier herkömmlichen Sparten abzuschaffen angeregt wurde, um mit einer territorialen statt fachlichen Gliederung eine angeblich gestraffte soziale Versorgung zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist die Auflösung der BGen, die zwangsläufig hätte erfolgen müssen, bis in die 30er Jahre hinein erörtert worden¹⁾. Damit verbunden waren Erwägungen zur Stärkung der Staatsaufsicht, namentlich auch im Bereich der (bg-lichen) Selbstverwaltung: Diese Pläne führten durch die Bestimmungen des "Aufbaugesetzes" zu der Aufsicht auch über die Zweckmäßigkeit bg-licher Maßnahmen durch das RVA²⁾. In die gleiche Richtung zielten die seit 1934 zu verzeichnenden Bestrebungen, in der Teilnahme des RVA oder dessen Vertreters an den Leiterbesprechungen der BGen erweiterten Einfluß zu nehmen³⁾. - Ferner müssen die Vereinbarungen der damaligen Deutschen Arbeitsfront (DAF) mit dem Verband der gewerblichen BGen so gedeutet werden, worauf noch unten verwiesen ist. -

Wichtig erscheint hier die ausdrückliche Betonung des Staatsauftrages und der überwiegenden Staatsinteressen an dem Wirken der Selbstverwaltungskörperschaften⁴⁾; dies ist aus dem Anspruch auf die totalitäre Machtausübung auf allen Gebieten des Staatswesens zu erklären.

Im einzelnen soll darauf näher nicht Bezug genommen werden; die Schrifttumsmeinungen geben mit umfangreichen Stellungnahmen zu diesen Fragen Aufschluß. - Bemerkenswert bleibt, daß die Versuche, eine Zentralisierung der Sozialversicherung und damit auch der UVers. zu erreichen, gerade im Bereich der UVers. vornehmlich mit wirtschaftlichen Argumenten zurückgewiesen werden konnten und die berufsständische Gliederung die letztlich nicht negierbare Basis für die Eigenständigkeit dieses Versicherungszweiges abgab.

- 1) KNOLL, Ernst, Die Grundfragen der Neugestaltung der Sozialversicherung, in: Reichsvers. 1932, S. 125.
- 2) vgl. BG 1935, S. 327; 1931, Sp. 393; Amtl. Begründung zu Abschn. IV des Gesetzes über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. 7. 1934, in: Reichsvers. 1934, S. 139.
- 3) vgl. Protokoll über die Sitzung des Beirats des Verbandes der Deutschen BGen vom 5.3.1936, Pkt. 1a.
- 4) KROHN, Johannes, in Niederschrift Festsitzung, S. 13.

Des weiteren sind Anstrengungen gemacht worden, aus dem "Innern der Selbstverwaltung" heraus eine Umgestaltung der Zuständigkeiten in der UV zu erreichen.

Dazu sind vor allem das Institut der "Arbeiterkontrolleure" unmittelbar nach Ausgang des 1. Weltkrieges sowie die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung der BGen bekanntgeworden. Mit den "Arbeiterkontrolleuren", deren Rechte und Aufgaben gesetzlich fixiert, jedoch von den BGen so gut wie gar nicht in Kraft gesetzt wurden (Überwachung der Betriebe durch Arbeiter, die früher in bestimmten Gewerbebezügen langjährig tätig gewesen waren, in der Funktion von TABen) sollte eine überbetriebliche "Mitbestimmung in der UV" geschaffen werden. -

Die Beteiligung von Versicherten-Vertretern an der Verwaltungsarbeit der BGen, die bis 1934 ausschließlich von Vertretern der Arbeitgeber in den Organen der BG geleistet wurde, war in einem mit weitreichenden Kompetenzen auszustattenden, organähnlichen "UV-Ausschuß" vorgesehen.

Im einzelnen können diese Bestrebungen zu einer zentralistischen Ausgestaltung der UV in den Gesetzentwürfen über eine "allgemeine Arbeitsschutzgesetzgebung" verfolgt werden, die in dem damaligen Reichswirtschaftsrat auch von den Verbänden der Wirtschaft behandelt und im Prinzip großenteils gutgeheißen wurde¹⁾.

Die konkreten Ergebnisse der Reformvorstellungen haben sich, soweit sie für diese Erörterungen wichtig sind, in den Gesetzentwürfen zum Maschinenschutz, zur Reichsarbeitsaufsicht und zur UV verdichtet. - Das Maschinenschutzgesetz hatte bereits nach kurzer Erörterung in den beteiligten Kreisen, zu denen vornehmlich auch die BGen zählen, eine generelle Bedeutung auch nach seinem Inhalt nicht mehr aufzuweisen²⁾; noch zur Zeit gilt weiterhin der Grundsatz, wegen der umfassenden Tätigkeit der BGen vor allem auch auf dem Gebiet des technischen Arbeitsschutzes bedürfe es einer solchen Regelung nicht³⁾.

1) Geschäftsbericht 1927/1929 der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, S. 214 f., 222. S.a. Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz 1926, in RARB1. Teil III.

2) wie FN 5) S. 161. MENSLAGE, Rudolf, Neuzeitliche Grundlagen der technischen UV, in: BG 1937, S. 93, 105.

3) wie FN 1) S. 167. MILLER, M., Besteht ein Bedürfnis für ein Maschinenschutzgesetz? in: BG 1953, S. 383; KREMER, D., Der Maschinenschutz und die Aufgabe der Konstrukteure, in: BG 1955, S. 395.

Eine "Reichsarbeitsaufsicht" kam wegen besonderer Probleme der Organisation und Zuständigkeit nicht zustande¹⁾).

Die nachdrücklichste Steuerung bg-licher UV-Maßnahmen durch Staatsstellen suchte der Referentenentwurf eines Gesetzes über Unfallverhütung²⁾ zu erreichen, der namentlich durch drei Merkmale gekennzeichnet war:

Im Zusammenhang mit einer "Neuordnung der bg-lichen Betriebsaufsicht" (amtliche Begründung, S. 56) sollte angestrebt werden

- (a) "ein engeres Zusammenarbeiten zwischen staatlicher und bg-licher UV zu sichern und
- (b) den Versicherten den ihnen zustehenden maßgebenden Einfluß namentlich bei der Schaffung der UVVen zu sichern, ferner
- (c) über die erweiterte Mitarbeit in dem 'Organ UV-Ausschuß' den Versicherten die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern (zu) gewährleisten" ³⁾.

Die Forderung zu (a) ist in gewissem Umfang durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 8.12.1931⁴⁾ erreicht worden, die in der Besetzung sog. erweiterter Organe (Vertreter der Versicherten neben den Unternehmern) mit einem Gewerbeaufsichtsbeamten letzteren als "Verbindungsmann zwischen der UV und dem allgemeinen Arbeitsschutz"⁵⁾ fungieren ließ. Darüberhinaus war vorgesehen, die Bezirke der TABen der BGen möglichst denjenigen der (neu zu errichtenden) "Arbeitsschutzämter" anzugleichen. Außerdem sollte der Reichsarbeitsminister befugt sein, "Vorschriften über den Inhalt der UVVen" zu erlassen.

Die unter (b) genannten Ziele versuchte man durch Errichtung eines "vollparitätischen UV-Ausschusses mit einem unparteiischen Vorsitzenden" zu erstreben; dabei sollte der Ausschuß recht weitgehend selbständig (nach eigener Geschäftsordnung) über alle Bereiche der UV zu entscheiden haben. Das erstreckte sich nicht zuletzt auf die Stellungnahme zu den Berichten der TABen, sowie zu Anstellung und vorläufiger Beschäftigung solcher Aufsichts-

1) s. FN 3 auf S. 221.

2) s. BG 1929, Sp. 231, 287; vgl. a. ROEWER, Gustav, Beseitigung der bg-lichen Betriebsüberwachung? in: BG 1928, Sp. 305, und Zitate wie nach FN 1 S. 220.

3) vgl. Geschäftsbericht 1927/1929 der VDA, S. 133.

4) 4. VO des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen u. zum Schutz des inneren Friedens vom 8.12.1931 (RGBl. I, 721); vor allem 5. Teil, Kap. II, Abschn. 2.

5) GRIESER, Andreas, Das Notrecht in der Sozialversicherung, in: Reichsvers. 1931, S. 341.

personen und auf die Festsetzung von Ordnungsstrafen, womit die Grenzen des zu (c) behandelten Wirkungsbereiches abgesteckt sind.

Hier sei nur bemerkt, daß den in dem Entwurf zu einem Gesetz über die UV ausgesprochenen Neuregelungen im allgemeinen bereits einschlägige Bestimmungen der RVO entsprachen, die allerdings eine so weitgehende Interpretation noch nicht erfahren hatten¹⁾. Die von Seiten des Verbandes der BGen und der deutschen Arbeitgeberverbände vorgetragenen schweren Bedenken gegen eine "Selbstverwaltung unter Aufsicht (und verwaltungsmäßiger Mitwirkung²⁾) einer Behörde" haben nach der Übergangsregelung auf Grund o.a. NotVO eine weitgehende Distanzierung der staatlichen Stellen von der Selbstverwaltung bewirkt, die auch in der totalitären Zeit noch beachtet wurde - vgl. "Vereinbarung zwischen DAF und Verband der Dt. gewerbl. BGen über Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der UV" vom 29.8.1935³⁾, nach der der Erlaß von UVVen und die Überwachung der Betriebe einschl. Unfalluntersuchungen, in die "ausschließliche Zuständigkeit" der BGen fällt (Hervorhebung i. Orig.); - sie wurde durch das Selbstverwaltungsgesetz vollständig gesichert.

Die angemessene Mitarbeit der bei den BGen Versicherten hingegen ist in den damaligen Erörterungen durchaus als "zweckmäßig und erforderlich" angesehen worden⁴⁾.

Der Entwurf eines Gesetzes über Unfallverhütung aus dem Jahre 1929 stellt einen bedeutsamen Abschnitt auf dem Wege zur gleichberechtigten Mitarbeit der Versicherten in der Verwaltung der BG dar, die erstmalig in den nach Aufbaugesetz gültigen Bestimmungen in der paritätischen Besetzung des "Beirats" (s.o.) manifestiert wurde. Vom Methodischen her muß hier der sichtbare Beweis für den Versuch erblickt werden, auch die Fragen der UV in einer rechtverstandenen "Gemeinschaftsarbeit" zu lösen.

1) vgl. ROEWER, Gustav, Referentenentwurf eines Gesetzes über UV in der Unfallversicherung, in: BG 1929, Sp. 231.

2) Ergänzung des Verf.; folgt sinngemäß aus einer späteren Stellungnahme zu diesem Komplex; Quelle: Geschäftsbericht 1927/1929 der VDA, S. 135.

3) vgl. BG 1935, S. 1254; 1937, S. 121.

4) Geschäftsbericht 1927/1929 der VDA, S. 135.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Arbeiten zu einem "Deutschen Arbeitsschutzgesetz" wieder aufgenommen worden. Wie jüngste Verlautbarungen¹⁾ erkennen lassen, sind "vorbereitende Arbeiten zur Schaffung eines deutschen Arbeitsgesetzbuches" im Gange. Insbesondere befassen sich ein "Sachverständigen-Beirat" und die Ausführenden mehrerer Forschungsaufträge mit den einschlägigen Problemen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat auf eine diesbezügliche Anfrage des Verf., die im Wortlaut wiedergegeben ist, den derzeitigen Stand der Arbeiten an diesem Gesetzeswerk wie folgt umrissen²⁾:

Frage (1): "Wieweit sind insgesamt die vorbereitenden Arbeiten zur Kodifikation der Arbeitsschutzbestimmungen gegeben?"

Antwort: Die Arbeiten zur Vorbereitung eines Deutschen Arbeitsgesetzbuches befinden sich noch im Anfangsstadium grundsätzlicher Erwägungen über Inhalt und Ausgestaltung des gesamten Gesetzgebungsvorhabens. Formulierten Gesetzentwürfe zu Einzelbereichen, also auch zum Arbeitsschutzrecht, liegen noch nicht vor. Nähere Angaben zu den bisherigen Überlegungen und Arbeitsergebnissen über die ... angezogene Veröffentlichung hinaus können zur Zeit noch nicht gemacht werden.

Frage (2): "Inwieweit hat sich ein Sachverständigenbeirat (...³⁾) mit den Fragen des Arbeitsschutzrechtes bereits befaßt?"

Antwort: Die ... erwähnte Sachverständigenkommission ist bisher noch nicht zusammengetreten.

Frage (3): "Sind auch für den Bereich des Arbeitsschutzrechts Forschungsaufträge (...³⁾) vergeben worden?" - Wenn ja, liegen bereits Ergebnisse hieraus vor?"

Antwort: Weitere als die seinerzeit aufgeführten⁴⁾ Forschungsaufträge sind im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für ein Deutsches Arbeitsgesetzbuch noch nicht erteilt worden ... Spezielle derartige Aufträge zur Frage der UV im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie sind ... in den letzten Jahren nicht erteilt worden.

1) TRIESCHMANN, Günther, Stand der Vorarbeiten zur Schaffung eines Deutschen Arbeitsgesetzbuches, in: DB 1962, S.271,303.

2) Schreiben vom 24. 1. 1963.

3) Die Auslassungen in () betreffen in der Anfrage verzeichnete Zitate.

4) Es handelt sich um insges. 8 Forschungsaufträge, die ausnahmslos die Problematik des Arbeitsschutzes jedoch nicht betreffen (Anm. des Verf.).

Frage (4): "Können einige Grundzüge darüber genannt werden, in welcher Form der Arbeitsschutz Bestandteil der privatrechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses werden soll, insbesondere auch hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer (...¹⁾)?"

Antwort: (Anm..des Verf.: Fehlt. Dies ist wegen der Antwort zu 1, Satz 1 und 3, folgerichtig.)

3. Arbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit

Die Aufgabe, einen sicheren Arbeitsplatz zu schaffen und zu erhalten, kann nur in gemeinsamem übereinstimmendem Zusammenwirken aller beteiligten Stellen, Kreise und Personen erfolgen. Dazu ist notwendig, nach den technischen Voraussetzungen ein "Sicherheitsbewußtsein" als Allgemeingut zu schaffen, das "von Grund auf", d.h. in allen Lebensbereichen, inner- und außerhalb des Betriebes herrschen soll.

Unter dem Eindruck und Vorbild amerikanischer "nationaler Sicherheitsaufgabe"²⁾, wie sie richtig schon vor über 30 Jahren von maßgeblicher bg-licher Seite erkannt worden ist, entstand in Anlehnung an die Institution des National Safety Council der USA aus dem VDSI der beachtenswerte Gedanke, eine "zentrale Stelle für die Förderung des Sicherheitsgedankens, insbesondere für die Intensivierung der Arbeitssicherheit"³⁾ ins Leben zu rufen. Erste Anregungen dazu ergingen in den Jahren 1953/54 unter dem Gesichtspunkt, daß steigender Verkehr, fortschreitende Technisierung in den Haushaltungen und in der Öffentlichkeit sowie die gesteigerte Arbeitsintensität der Wirtschaft ... unliebsame Begleiterscheinungen ... in Form von Unfällen bisher ungekannten Ausmaßes⁴⁾ mit sich brachten, "weil keine genügende Vorsorge getroffen war". - Gedacht war an ein Gremium, das die für Teilbereiche der Sicherheit in den verschiedenen Kreisen des gesamten Lebens der Nation zuständigen Institutionen in einer losen Zusammenfügung zur planvoll koordinierten und gezielten Gemeinschaftsarbeit vereinigen sollte.

1) vgl. FN 3 auf S. 224.

2) vgl. MICHELS, Wilh., UV in Amerika, in: BG 1926, Sp.275.

3) Bericht und Denkschrift über die Bildung der Arbeitsgem. f. Arbeitssicherheit, hrsg. v. VDSI, Hattingen 1961, S.4.

4) RITTER, Erik H., Geschichtliches und Kritisches zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitssicherheit, Hattingen 1961, S. 3 f.

Über etliche Widerstände aus unterschiedlichsten Gründen und von vielen Seiten, über die im einzelnen hier zu handeln nicht der Ort ist¹⁾, konnte 1960 der Organisationsplan der "Arbeitsgemeinschaft" vorgelegt werden²⁾.

Dem Zweck, "durch Koordinierung, Werbung und Schulung die Arbeitssicherheit allgemein zu fördern", und der

Aufgabe, "die hierfür notwendigen Maßnahmen zu erörtern und ihre gemeinsame Durchführung zu empfehlen"³⁾,

sollte ein "Zentralverband für Unfall- und Schadenverhütung (Deutscher Sicherheitsrat)"⁴⁾ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten dienen, in dem die "Arbeitsgemeinschaft Arbeitssicherheit" mit den Arbeitsgemeinschaften "Sicherheit in Haus und Familie" und "Verkehrssicherheit" als Koordinierungsstellen der vielseitigen praktischen Tagesfragen und grundsätzlichen Entscheidungen in den einzelnen Bereichen vorgesehen waren.

Ihre Tätigkeit entsprach nach dem Plan der harmonisierten Einzelarbeit jeder der angeschlossenen Institutionen. Aus den Verhandlungen beim BAM unter den bisher für die Arbeitssicherheit tätigen Stellen⁵⁾ im Jahre 1960 erfolgte am 24.3.1961 die Gründung der "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit", die die folgenden Mitglieder hat 6):

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, DGB, DAG, Hauptverband der gewerblichen BGen, Bundesverband der landwirtschaftlichen BGen, Bundesarbeitsgemeinschaft der gemeindlichen Unfallversicherungsträger, Bundesbahn, Bundespost, Gewerbeaufsicht, Deutsche Gesellschaft für Arbeitsschutz, Bundesinstitut für Arbeitsschutz, WiV ESTind., VDGA, VDRI, VDSI, Werksärztliche Arbeitsgemeinschaft, RKW (Arbeitskreis "Mensch und Arbeit"), Sektion Arbeits- und Betriebspsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen.

Die Federführung liegt bei dem Hauptverband der gewerblichen BGen, Zefu, unter dessen Leitung bis jetzt als "vordringliche Aufgaben" die Gebiete "Ausländische Arbeitskräfte", "betriebliche Sicherheitsorgane", "Unternehmer und Führungskräfte" und "Unfallstatistik" in besonderen Arbeitsgruppen erörtert wurden 7).

- 1) vgl. dazu die Schriften unter FN 3 S. 225 und FN 4 S. 225.
- 2) s. Bericht und Denkschrift ... S. 7; und FN 4 S.225,aa0 S.9.
- 3) Bericht und Denkschrift ... aa0, S. 9.
- 4) Geschichtliches ... aa0, S. 8 f.; vgl. a. RITTER, E.H., Mehr Sicherheit durch UV von Grund auf, Hattingen 1960 (Manuskript), S. 8 ff.
- 5) so u.a. die GA, der Hauptvbd. der gewerbl. BGen, die TÜV, die Arbeitsgem. der Werksärzte, der VDRI, VDSI, VDGA.
- 6) s. BG 1961, S. 133 f.
- 7) "75 Jahre Hauptverband...", aa0, S. 28.

Teil 3:

ERGEBNISSE DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel IX: Gesamtübersicht in tabellarischer
Darstellung

=====

1. Übersicht über das Unfallgeschehen in der Eisen- und
Stahlindustrie der Bundesrepublik seit 1950

Das Unfallgeschehen in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik hat seit 1950 im großen und ganzen eine ungünstige Entwicklung genommen.

Wenn auch bei "verschiedenen Unternehmen Erfolge" in der Unfallbekämpfung zu verzeichnen waren¹⁾, so muß doch allgemein noch mit einer zu hohen Unfallziffer gerechnet werden.

Das hat aber gerade zentrale Bemühungen auch bei dem Unternehmensverband der eischaffenden Industrie ausgelöst, der u. a. über eine zentrale Unfallstatistik genaue Anhaltspunkte über den Stand und Verlauf der Unfallhöhe gewinnen will, um zu zielstrebigem Gegenmaßnahmen zu kommen.

Im folgenden sind die statistischen Ergebnisse wiedergegeben, die die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in den Jahren 1950²⁾ bis 1962 in ihren Mitgliedswerken festgestellt hat.

Die Erhebungen beziehen sich auf praktisch die gesamte eischaffende Industrie der Bundesrepublik, da in den Jahren 1952 - 1954 zwischen 37 und 52 %, von 1956 ab jedoch zwischen 87 und 98 % aller Mitgliedswerke ihre Belegschafts- und Unfallzahlen in diese Statistik eingaben¹⁾.

a) Die "anzeigepflichtigen" Betriebs- und Wegeunfälle seit 1950

Die nachstehenden Übersichten zeigen die Höhe und Entwicklung derjenigen Unfälle in den Werken (Übersicht 5) und auf dem Wege

1) Zehn Jahre Unfallstatistik, S. 5; vgl. a. Stahl und Eisen 1954, 641; 1958, 1896; 1959, 1495; 1960, 1824; 1961, 1820; 1963, 36. Die Unfälle 1960, S. 13; Die Unfälle 1961, S. 15.

2) dass., S. 3: Erst ab 1950 liegen Gesamtzahlen über das Unfallgeschehen in der Eisen- und Stahlindustrie vor.

zu und von der Arbeitsstätte (Übersicht 6), die nach den Bestimmungen der RVO "meldepflichtig" sind, d.h. einen Arbeitsausfall bei dem Verletzten von mehr als drei Tagen zur Folge hatten.

Über die nur bedingte Aussagefähigkeit der angezeigten Unfälle ist oben (Kap. IV,C) näheres ausgeführt; an dieser Stelle sei nur noch einmal auf den Umstand hingewiesen, daß ein nicht unerheblicher Teil der "leichteren" Unfälle - etwa ohne Krankenaus- oder stationäre Behandlung in der Wohnung des Verletzten - von gewissen Faktoren abhängt, die mit dem eigentlichen Unfallereignis nur noch wenig zu tun haben.

Es kann manchmal "günstig" sein, einige Tage länger als erforderlich "krank zu feiern", wie es auch von der Einsicht und der Erziehung der betrieblichen Führungskräfte und anderer Belegschaftsmitglieder abhängt, ob ein Unfall - statistisch gesehen - weniger oder mehr als 3 Tage Arbeitsausfall nach sich zieht. Unter dieser Bedingung sind die folgenden Angaben zu werten.

Zum Methodischen sei vermerkt, daß in der Hauptsache von Verhältniszahlen ausgegangen ist und die absolute Höhe der Unfallzahlen nur am Rande in Betracht gezogen wurde. Das hat den Vorteil, die Beschäftigung in die Auswertungen mit einbeziehen zu können, wie das durch die Bezugnahme auf je 1.000 Lohnbeschäftigte geschehen ist (" 1.000 Mann - Quote "). Gleichzeitig gewinnt man durch den Quotienten eine anschauliche Aussage, deren Entwicklungstendenz durch die ziemlich "kleinen" Zahlenwerte noch verdeutlicht wird.

"Die 1.000 Mann-Quote bildet in Anbetracht der großen Schwankungen der Arbeitszeit in den letzten Jahren nicht unbedingt eine einwandfreie Bezugsgröße für die Zahl der Unfälle"¹⁾; so sagt sie nichts aus über den Zeitraum, in dem der Arbeiter den Unfallgefahren ausgesetzt war.

In Anlehnung an die Übung des Internationalen Arbeitsamtes hat die WiV EstInd. deshalb auch die Basis "1 Mill. verfahrene (bezahlte) Arbeitsstunden" gewählt.

1) Zehn Jahre Unfallstatistik, S. 6.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Arbeiterbelegschaft in den Werken den Unfallgefahren ungleich mehr ausgesetzt ist als die Angestellten, werden die statistischen Angaben zumeist (und auch hier) auf die Lohnbelegschaft bezogen, soweit dafür gesonderte Zahlenwerte ausgewiesen sind¹⁾.

Schließlich werden noch die Unfallzahlen im Zusammenhang mit der Produktion betrachtet, um die Einflüsse herauszustellen, die u.U. von der Arbeitsintensität bzw. der zusätzlichen Belastung von Mensch und Maschine her (in Zeiten der Hochkonjunktur) die Unfallhäufigkeit mitbestimmt haben.

Ähnlich wie für die Betriebsunfälle wird mit den Wegeunfällen verfahren.

Diese Übersichten versuchen die Gesamtsituation zu charakterisieren, der sich die Stellen gegenübersehen, denen Arbeitssicherheit zur Notwendigkeit und Aufgabe geworden ist oder noch werden muß.

Im Anschluß an die für die WiV ESTInd. ermittelten Erkenntnisse soll die entsprechende Kennzeichnung für die Mitgliedswerke der HWBG erfolgen.

a₁) Betriebsunfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950-1962

Definitionen 2):

$$1.000 \text{ Mann} - \text{Quote} = \frac{\text{Unfälle im Jahr} \times 10^3}{\text{Zahl der Beschäftigten}}$$

$$\text{Unfallhäufigkeitsrate} = \frac{\text{Unfälle} \times 10^6}{\text{verfahrene Arbeitsstunden}}$$

Die Übersicht auf S. 231 zeigt die Unfallentwicklung im Betriebsbereich der bei der WiV ESTInd. zusammengeschlossenen Mitgliedswerke, soweit sie ihre Unfallzahlen für die Untersuchung zur Verfügung gestellt haben.

Die Betrachtung erstreckt sich vornehmlich auf den Zeitraum seit 1956. Davor wurden zentrale Erhebungen in der Regel nur im Abstand von 2 Jahren durchgeführt 3); hinzu kommt noch, daß bei Beginn der systematischen Erfassung nur ein relativ geringer Teil

1) Zehn Jahre Unfallstatistik, S. 5 ff.; Die Unfälle 1960, S.2; Die Unfälle 1961, S. 2.

2) wie FN 1, aaO, S. 3.

3) s. Die Unfälle 1960, S. 3; Die Unfälle 1961, S. 1.

aller Werke der eisenschaffenden Industrie auswertbare Unterlagen zur Verfügung stellen konnte.

Jahr	Absolute Unfallzahlen	Veränderung der Unfallzahlen gegen Vorjahr		1.000-Mann-Quote		Unfallhäufigkeitsrate		Lohnbelegschaft, statistisch erfaßt	= der Gesamtbelegschaft	Anzahl der Werke
		absolut	relativ	Quote	1950 = 100	Rate	1950 = 100			
1	2	3		4		5		6	7	8
1950*	2 602	-	-	144	100	62	100	29 326	46	28
1951	14 415	11 813	...	157	109	64	103	91 761	..	64
1952	15 314	899	...	167	116	67	108	91 761	37	42
1953	...	...	...	...	...	..	...	...	..	..
1954	20 474	5 160	...	164	114	68	110	124 978	52	60
1955	...	...	...	...	...	..	...	...	..	..
1956	38 269	18 154	88,67	155	108	68	110	246 294	87	113
1957	45 267	6 447	16,85	160	111	76	122	282 238	94	130
1958	47 545	2 278	5,03	164	114	82	132	289 140	96	120
1959	52 820	5 285	11,12	174	121	88	141	303 097	91	134
1960	66 310	13 490	25,54	194	134	97	156	340 933	97	130
1961	65 665	/. 645	/. 0,97	186	129	94	151	353 752	98	125
1962	55 851	/. 9 814	/. 14,95	162	112	85	137	343 379	98	165

* = siehe Erläuterungen im Text

... = Angaben liegen nicht vor oder entfallen

Für 1953 und 1955 sind Erhebungen nicht erfolgt

Quelle: Stahl und Eisen 1951,103; 1954,638; 1956,1178; 1957,1692; 1958,1891; 1959,1491; 1961,1820; 1963,36.

Angaben für 1962 von der WIV

Übersicht 5:

Anzeigepflichtige Betriebsunfälle (einschl. Todesfälle)
in den Werken der Wirtschaftsvereinigung
Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962

Für das Jahr 1950 sind lediglich Angaben über das 1. Halbjahr berücksichtigt, die sich außerdem ausschließlich auf gemischte Hüttenwerke, Stahl- und Walzwerke beziehen und damit die Gruppe der "Hilfs- und Nebenbetriebe" noch ganz und einen Teil der übrigen Produktionsbetriebe (z.B. Gießereien, Schmiedebetriebe) außer acht lassen.

Die Werte für die Jahre 1951 und 1952 sind mit Mängeln behaftet, die aus der unzulänglichen Erfassungsmöglichkeit herrühren; sie sind deshalb im allgemeinen nur unter Vorbehalt für Vergleiche zu benutzen.

1953 und 1955 führte die WIV überhaupt keine Erhebungen durch; erst ab 1956 wurde eine zunehmend verfeinerte Statistik entwickelt. - Gleichzeitig kann von dort an von einem echten repräsentativen Aussagewert gesprochen werden, da durchweg 90 % und mehr der Gesamtbelegschaft der eisenschaffenden Industrie in der Bundesrepublik in die Ermittlungen einbezogen werden konnten. Seit 1959 wird auch das Saarland in die Untersuchungen einbezogen.

Die Anzahl der an der Statistik beteiligten Werke ist lediglich zum Vergleich mit der entsprechenden Zahl der HWBG herangezogen worden. Bedeutung im Hinblick auf den Umfang und die Repräsentanz der Erhebung kommt dem nicht zu, was sich schon daraus ergibt, daß z. B. unter den 125 im Jahre 1961 erfaßten Werken 32 mit Beschäftigtenzahlen unter 500 (Werksgruppe 1), jedoch nur 16 mit über 8.000 Beschäftigten (Werksgruppe 6) waren. Gleichwohl hat die Werksgruppe 1 die höchste Unfallhäufigkeit (9,8) aufzuweisen, während die Werksgruppe 6 mit 5,9 am günstigsten lag¹⁾.

Die Unfallentwicklung seit 1950 im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie ist im großen und ganzen recht ungünstig gewesen. Setzt man schätzungsweise für den Zeitraum 1950 - 1954 eine jährliche Unfallziffer von etwa 14.000 - 18.000 an (im Durchschnitt waren damals erst 45 % der Mitgliedswerke in die Erhebung einbezogen, vgl. Sp. 7), so ergibt sich für die letzten 5 Jahre eine rd. 3mal so hohe Zahl. Bis 1961 ist auch ein unverminderter Anstieg der absoluten Werte zu verzeichnen.

Das drückt sich nicht nur in der sog. 1.000 Mann-Quote aus, die immerhin um fast 20 Punkte (mit Schwankungen) anstieg, sondern zeigt sich auch in dem Quotienten, der die Dauer der Gefährdung ausdrückt, der die einzelnen Belegschaftsmitglieder ausgesetzt waren (Unfallhäufigkeit).

Die Unfallhäufigkeit wuchs beständig, von 64 auf 97, und fiel 1961 erstmalig ab. Die Gefährdung der Arbeiter weitete sich um gut die Hälfte des Satzes von 1950 aus.

Seit 1960 scheint sich eine positive Entwicklung anzubahnen; absolute und relative Ziffern weisen fallenden Trend auf, der zudem mit steigender Zuwachsrate in allen Angaben verbunden ist.

Man ist geneigt, dies den wirklich intensiv und breitlinig vorgetriebenen Sicherheitsbemühungen, über deren Einzelmethoden in dieser Schrift gehandelt ist, zuzuschreiben.

Berücksichtigt man den Umstand, daß die genannten absoluten Unfallzahlen nach der "Meldepflicht" im Sinne des § 1552 RVO (Unfallfolge: Tod oder mehr als 3 Tage Arbeitsunfähigkeit) erfaßt sind, diese Werte aber durchaus nicht immer ein zutreffendes Bild vom wirklich gravierenden Unfallgeschehen geben, so zeigen die beiden letzten Jahre eine positivere Bilanz.

War 1960 durchschnittlich gut jeder 5. Mann von einem Unfall bedroht, so traf das 1962 lediglich auf jeden 6. Mann zu.

a₂) Wegeunfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962

Die Definitionen der nachfolgenden Quotienten gelten wie vorstehend benutzt (vgl. S. 230).

Die Übersicht gibt an, wieviel Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit sich ereigneten, die mehr als 3 Tage Arbeitsunfähigkeit des Verletzten bedingt haben.

1) vgl. Die Unfälle 1961, Bild 5.

In diesen Zahlen sind nicht enthalten diejenigen Unfälle, die sich zwar im Straßenverkehr, aber nicht auf dem eigentlichen "Arbeitswege", sondern auf Dienstfahrten, also in Verrichtung der Arbeit, ereignet haben. Diese sind in den unter a₁ genannten Werten miterfaßt.

Jahr	Absolute Unfallzahlen	Veränderung gegen Vorjahr		1.000 Mann-Quote	
		absolut	relativ	Quote 1956	Quote 100
1	2	3		4	
1950	126	-		...	
1951	734	608		8,0 ⁺	
1952	802	68		8,7	
1953	...	...		...	
1954	1 681	779		13,5	
1955	...	...		...	
1956	3 956	2 275	-	16,3	100,00
1957	4 197	131	3,31	15,0	92,02
1958	4 836	639	15,23	16,8	103,07
1959	4 990	154	3,18	16,7	102,45
1960	6 215	1 215	19,55	18,4	112,88
1961	6 200	./. 15	./. 0,24	17,6	107,98
1962	5 186	./. 1 014	./. 16,35	15,1	92,64

* = Dezimalstellen für 1951-1954 aus graphischer Darstellung geschätzt

Quelle: wie zu Übersicht 5

Übersicht 6:

Wegeunfälle (ohne Todesfälle) in den Werken der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962

Seit 1956 stellt das Jahr 1960 die Spanne mit dem größten Ausmaß an Wegeunfällen dar.

Von 1.000 Arbeitern verunglückten 1956 16,3, 1960 jedoch 18,4. In ähnlichem Umfang wie die Betriebsunfälle sinken jedoch auch die Wegeunfälle in den beiden letztvergangenen Jahren.

Gleichwohl liegt erst in 1962 das Ergebnis, auf 1.000 Mann bezogen, unter dem von 1956.

Man darf auch nicht übersehen, daß das absolute Zahlenbild noch "erschreckend"¹⁾ ist. 1960 weist noch einen Wert aus, der um 57 % höher ist als 1956; 1961 beträgt die Relation noch fast dasselbe, während sie 1962 auf 31 % abgefallen ist.

Es ist zu hoffen, daß diese jüngste günstige Wendung von Dauer ist. Sollte das zutreffen, so würde das eine besondere Bedeutung haben, kann doch die Werkssicherheitsstelle zum sicheren Verhalten der Belegschaft auf dem Weg zur Arbeit und nach Hause nur in sehr geringem Umfang beitragen.

Die Zukunft wird erweisen, ob nicht vielleicht sogar die hier und da angenommene Beziehung zwischen umsichtigem, unfallsicherem Verhalten im Betrieb und auf dem Arbeitswege wirklich besteht, insofern, als das Sicherheitsbewußtsein im Betrieb sich auch auf die Beachtung der Gefahren des Verkehrs überträgt.

Die Entwicklung der Wegeunfälle 1961 und 1962, verglichen mit den jeweiligen Vorjahren, gibt einen gewissen Anhalt dafür (vgl. Sp.3).

b) Tödliche Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962

Dieser Abschnitt macht Angaben über die Entwicklung der Zahl der Unfälle mit Todesfolge, sowohl im engeren Betriebsbereich, als auch auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte. Wie bisher sind nur die Werte wiedergegeben, die sich auf die Lohnbelegschaft beziehen.

Die Meßzahlen sind dieselben wie unter a), mit der Einschränkung, daß die Basis zur Ermittlung der Unfallquote hier = 10.000 (im Gegensatz zu 1.000) Lohnbeschäftigte angesetzt wurde. Das wird bedingt durch die Ziffernbereiche, in denen sich die Gesamtzahlen der tödlichen Unfälle bewegen; eine Relation zu 1.000 Personen ergäbe durchweg eine Größe, die kleiner als eins wäre.

Die tödlichen Betriebs- und Wegeunfälle sind, anders als bei den "anzeigepflichtigen" Unfällen (s.o., S.231 ff), hier nicht in getrennten Übersichten aufgeführt, sondern in einem Schaubild vereinigt.

Da die WiV erst seit 1956 die tödlichen Unfälle nach solchen im Betriebe und auf dem Arbeitswege aufgliedert, müssen die Gesamtzahlen 1950/1954 (1955) übernommen werden; evtl. läßt sich annähernd bestimmen, wie hoch die absoluten oder relativen Werte dieser Jahre waren, wenn man das Verhältnis entsprechend anwendet, in dem von 1956 bis 1962 die tödlichen Betriebs- zu den tödlichen Wegeunfällen standen.

Diese Angaben sind daher in der Übersicht vermerkt.

1) s.a. Die Unfälle 1960, S. 7.

Jahr	Absolute Zahl der tödlichen		Summe tödl. Betriebs- u. Wegeunfälle	Veränderung in % (1956 = 100)		tödliche Betriebs- Wegeunfälle auf 10.000 Lohnbeschäftigte		Verhältnis Betriebs- zu Wegeunfälle
	Betriebsunfälle	Wegeunfälle		Betriebsunfälle	Wegeunfälle			
1	2		3	4		5		6
1950	6	1)	6	2)				
1951	61		61			6,6		
1952	59		59			6,4		
1953	...	...	...	...	...	...		...
1954	73		73			5,8		
1955	...	...	...	...		...		...
1956	104	52	156	100,0	100,0	4,2	2,1	2,08 : 1
1957	107	32	139	102,9	61,5	3,8	1,1	3,34 : 1
1958	96	36	132	92,3	69,2	3,3	1,3	2,67 : 1
1959	106	39	145	101,9	75,0	3,5	1,3	2,72 : 1
1960	103	56	159	99,0	107,7	3,0	1,6	1,84 : 1
1961	74	25	99	71,2	48,1	2,1	0,7	2,96 : 1
1962	107	35	142	102,9	67,3	3,1	1,0	3,06 : 1

1) = tödliche Wegeunfälle sind von 1950-1955 nicht getrennt erfaßt
 Quelle: wie zu Übersicht 5

2) = hier wird auf eine Berechnung für 1950 bis 1955 verzichtet, da die Zahlenwerte für diesen Zeitraum das Unfallgeschehen nur sehr lückenhaft widerspiegeln (vgl. Übersicht 5)

**Tödliche Unfälle in den Werken
 der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie
 1950 - 1962**

Wie die obige Übersicht zeigt, haben sich die tödlichen Unfälle im Zeitraum von 1956 bis 1962 durchweg von Jahr zu Jahr verringert.

Ausnahmen machen lediglich die Jahre 1959 und 1960 sowie 1962, in denen ein Anstieg zu verzeichnen ist.

Label verläuft die Entwicklung im großen und ganzen parallel zu den Betriebs- und den Wegeunfällen. Es fällt aber auf, daß die Betriebsunfälle mit Todesfolge seit 1956 ständig etwa um den gleichen Mittelwert (100) oszillieren - nur in 1961 konnte ein verstärktes Absinken beobachtet werden -, während die tödlichen Wegeunfälle sichtlich ein erheblich tieferes Niveau als im Ausgangsjahr des Vergleiches eingenommen haben (dieser Trend war allerdings in 1960 durchbrochen).

Die Werte für 1962 liegen immerhin um rd. 54 % unter denen des Jahres 1956.

Das Verhältnis der tödlichen Betriebsunfälle zu den tödlichen Wegeunfällen stieg im Jahre 1962 erstmals wieder seit 1957 auf einen Quotienten an, der über 3 liegt, d.h. es ereigneten sich mehr als dreimal soviel Unfälle mit Todesfolge im Betrieb als auf dem Arbeitswege.

Die Unfallhäufigkeit der tödlichen Betriebsunfälle blieb durchweg auf derselben Höhe; lediglich 1961 war vorübergehend ein günstigerer Stand erreicht, der leider 1962 nicht gehalten oder gar unterschritten werden konnte. Insgesamt überwiegt der Rückgang bei den tödlichen Wegeunfällen den der Betriebsunfälle.

Bezogen auf 10.000 Lohnbeschäftigte kann bei der Untersuchung der tödlichen Betriebsunfälle der Jahre 1956 und 1962 ein Rückgang von ca. 25 % festgestellt werden, während die Abnahme bei den tödlichen Wegeunfällen über 50 % beträgt. Gleichwohl darf man nicht übersehen, daß bei beiden Unfallarten im vergangenen Jahr wieder die Werte des Jahres 1959 fast erreicht wurden, so daß der 1960 begonnene günstige Trend zunächst unterbrochen ist.

Insgesamt ergibt sich, daß die Entwicklung der tödlichen Unfälle offenbar nur recht allmählich in durchgreifend "günstige" Größenordnungen gelangt.

Die "Erfolge" des einen Jahres werden z.T. durch vermehrte Unfallzahlen des nächsten wieder in Frage gestellt. - Doch bleibt hier wichtig, daß es nur sehr schwer gelingt, die UV vom Betrieb auf den Arbeitsweg auszudehnen; unter Beachtung dieser Tatsache verdienen die im ganzen sinkenden Wegeunfall-Zahlen besondere Beachtung¹⁾.

c) Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Unfallstatistik

Die folgende Tabelle ist mit Bedacht an das Ende der engeren Untersuchung der Unfallzahlen in den Gefahrenbereichen "Betrieb" und "Straße" gestellt worden, um die unter a) und b) herausgestellten Merkmale der Entwicklung hier in Beziehung zu der Gesamtzahl aller Unfälle zu rücken.

Seit 1960 nimmt die WiV EStInd. eine Aufgliederung der angezeigten Unfälle in solche mit einer Ausfallzeit von 1 - 3 Tagen und solche von 4 - 45 Tagen vor.

Die letztere Gruppe umfaßt also alle nach den Vorschriften der RVO "meldepflichtigen" Unfälle, da sie einen Arbeitsausfall von mehr als 3 Tagen hervorgerufen haben. - Zusätzlich wird diese Kategorie in den Statistiken der WiV noch unterteilt nach der Zahl der Unfälle mit mehr als 45 Tagen Arbeitsausfall.

Damit ist ein weiterer Anhaltspunkt für die Beurteilung der Unfallschwere gewonnen²⁾.

1) vgl. auch Die Unfälle 1959, S. 12.

2) s. dazu SPELTER, Karl-Heinz, in: Stahl und Eisen 1963, S. 36. Die Unfälle 1961, S. 3, 7 f.

Scheubild I

Anzeigepflichtige Betriebs- und Verkehrsunfälle
sowie Produktionsverluste
1956 - 1962

Anzeigepflichtige Betriebsunfälle

70.000
65.000
60.000
55.000
50.000
45.000
40.000

Anzeigepflichtige Verkehrsunfälle

6.000
5.500
5.000
4.500
4.000
3.500
3.000

Produktionsverluste

147
150
155
160
165
170
175

Anzeigepflichtige Betriebsunfälle

Anzeigepflichtige Verkehrsunfälle

147
150
155
160
165
170
175

Jahr	Gesamtzahl der Unfälle 1956 = absolut 100		anzeigepflichtige Betriebs- und Verkehrsunfälle		Spalte 5 in % von Spalte 2		tödliche Betriebsunfälle		Spalte 5 in % von Spalte 2	
	1	2	a	b	a	b	a	b	a	b
1950	2 508		2 476	126				6		
1951	15 149		14 354	734				61		
1952	15 373		14 512	802				59		
1953	...		...	...				...		
1954	20 547		18 793	1 681				73		
1955	...		...	...				...		
1956	42 381	100,0	38 269	90,5	90,30	9,33	104	52	0,25	0,12
1957	49 603	117,0	45 267	107,0	91,26	8,46	107	32	0,22	0,06
1958	52 513	123,9	47 545	113,6	90,54	9,21	96	36	0,18	0,07
1959	57 955	136,7	52 820	124,7	91,14	8,61	106	39	0,18	0,07
1960	72 581	171,3	66 207	158,8	91,23	8,56	103	96	0,14	0,07
1961	71 890	169,6	65 591	156,1	91,23	8,63	74	25	0,11	0,03
1962	61 072	152,1	55 744	134,6	91,28	8,48	107	35	0,18	0,06

** = hierzu kommen "nicht anzeigepflichtige Unfälle" 1960 = 10 900

1961 = 8 335

1962 = 8 007

+ = vgl. Anmerkung zu Übersicht 5

Querschnitt 3: Gesamtwerte der Unfallgeschehens in den Werken der Vöest-Alpine AG Eisen- und Stahlindustrie 1950 - 1962

Die Angaben in Spalte 3 werden ab 1960 erweitert um die nicht anzeigepflichtigen Unfälle, deren Anteil an der Gesamtzahl aller (einschl. der tödlichen) Unfälle (1960-1962) 13,1, 10,4 und 11,6 % beträgt.

Die Unfallergebnisse werden in der Übersicht auf S. 237 und der zugehörigen Graphik zusammengefaßt dargestellt.

Hauptergebnisse der Unfallstatistik:

1. Die Unfallzahlen haben seit 1950 ständig, in mehreren Jahren sogar mit steigenden Zuwachsraten, zugenommen und erreichten 1960, im Jahr mit der absolut höchsten Unfallzahl bei den Betriebsunfällen, einen um fast 74 % höheren Stand als 1956, von wo aus genaue Vergleiche erstmals möglich sind.

Erst 1961 und 1962 ist ein abnehmender Trend zu bemerken, der erfreulicherweise auch mit wachsenden Jahresraten einhergeht.

Dennoch bedeutet eine Zahl von fast 56.000 Betriebsunfällen bei einer Lohnbelegschaft von rd. 344.000, daß durchschnittlich jeder 6. Mann mit einiger Gewißheit einen Unfall erleiden mußte.

Das ist nach wie vor eine ungünstige Bilanz der westdeutschen Großindustrie.

2. Die Wegeunfälle haben sich in 4 Jahren (seit 1956) um fast 59 % erhöht; ihr Anteil beträgt 1960 gemessen an den Betriebsunfällen immerhin 9,3 %.

Ein Sinken dieser Ziffern ist für die Jahre 1961 und 1962 festzustellen; besonders im letzten Jahr stellte sich mit 1.014 Wegeunfällen weniger als 1961 eine recht positive Entwicklung dar.

Wenn diese Kennzeichen auch nur annähernd gehalten werden können (1962 waren doch bereits 16,35 % weniger Wegeunfälle zu registrieren als 1961), so würde das sehr vorteilhaft sein. Von je 1.000 Lohnbeschäftigten wurden 1960 noch 112, 1962 hingegen 92 betroffen.

3. Die tödlichen Unfälle im Betrieb haben seit 1956 unter Schwankungen einen gleichmäßigen Stand eingenommen; es ist sehr beachtlich, daß im Durchschnitt der Jahre 1956-62 noch immer 95 Todesfälle in den Betrieben eintraten, eine Summe, die im Einzeljahresablauf nur ein Mal (1961) unterschritten wurde. Bei dieser Kategorie ist auch der positive Trend, der seit 1961 bei den übrigen Unfallgruppen zu beobachten ist, durchbrochen.

Die Zahl der Wegeunfälle mit Todesfolge ist hingegen auf einem gegen die Vorjahre niedrigeren Niveau verblieben. Allerdings kommen auch hier noch beträchtliche Ausschläge nach oben vor, doch sind sie geringer als die gleichen Ergebnisse im Betriebsbereich.

Durchschnittlich verliefen von 1956 bis 1962 im Jahr 39 Wegeunfälle tödlich; dieser Wert war 1961 mit 35 %, 1962 immerhin mit 10 % unterschritten.

4. Die Zusammensetzung des Unfallgeschehens hat sich während der letzten Jahre nicht merklich verändert.

Nach wie vor machen die Unfälle in den Betrieben zumeist über 90 % aller Unfälle aus; der zehnte Teil dieser Werte entfällt auf Wegeunfälle.

Die tödlichen Unfälle verringerten ihren Anteil von (1956) 0,37 auf (1962) 0,23 %.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß in dieser Kategorie bereits Jahre mit noch günstigeren Ergebnissen vorliegen (1960 = 0,19 %, 1961 = 0,13 %).

2. Das Unfallgeschehen im Bereich der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Die folgenden Darstellungen zeigen die Entwicklung der Unfälle in den Mitgliedswerken der HWBG.

Grundsätzlich werden alle Jahre des Bestehens der Genossenschaft berücksichtigt, doch ist dem Unfallgeschehen nach dem 2. Weltkrieg aus naheliegenden Gründen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Eine Vergleichbarkeit mit den Angaben in Abschnitt 1 über die Unfälle in der eischaffenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland ist i.a. nicht gegeben, da beide Vereinigungen unterschiedliche Bereiche der Industrie erfassen. Zwar ist bei der HWBG der größte Teil aller Werke der eischaffenden Industrie versichert, doch zählen einige dieser Unternehmen auch noch zu anderen BGen (Nordwestliche Eisen- und Stahl-BG, Süddeutsche Eisen- und Stahl-BG). - Außerdem umfaßt die HWBG etliche Unternehmen der Weiterverarbeitung und anderer Gewerbszweige (vornehmlich z.B. Metallhütten), die ihrerseits nicht der WiV EStInd. angehören¹⁾.

Die teilweise beachtlichen Unterschiede in der Gefährlichkeit der Betriebe, die zwar der einen, nicht aber der anderen Vereinigung angehören, lassen echte Zahlenvergleiche nicht zu; überdies werden vor allem die Relativwerte des Unfallgeschehens auf

¹⁾ vgl. hierzu auch: Jahresbericht 1961 der WiV, S. 26.

verschiedener Basis ermittelt, wie sich noch aus nachstehendem ergibt.

Zu beachten bleibt bei alledem, daß in erster Linie nachzuweisen versucht werden soll, inwieweit die UV der BG in der Vergangenheit auf die Unfallhöhe Einfluß zu nehmen vermochte. Insofern kann diese Darstellung zur Kontrolle dessen dienen, was die Bemühungen um die Arbeitssicherheit im Bereich der Genossenschaft ausgerichtet haben.

Systematisch wird der gleiche Aufbau verfolgt wie bei der Behandlung der Ergebnisse der Unfallstatistik der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie.

a) Vorbemerkungen zur statistischen Methodik

Die HWBG als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist zunächst verpflichtet, in ihrer Eigenschaft als Träger der gesetzlichen UVers. der Aufsichtsbehörde nachzuweisen, welche Ergebnisse aus der jährlichen Sozialversicherungsarbeit resultieren bzw. den Aufwendungen der Genossenschaft zu Grunde liegen.

Die derzeit bestehenden 36 gewerblichen BGen (einschl. See-BG) müssen zur Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit der Verwaltungstätigkeit formal gleichlautende Aufstellungen abfassen. Diese Schematisierung bewirkt, daß manche statistische Aussage nicht primär den spezifischen Anforderungen der jeweiligen Gewerbszweige gerecht werden kann.

So ist insbesondere die Unfallstatistik der gewerblichen BGen in erster Linie eine Statistik des Unfallvorkommens unter der Gesamtzahl der versicherten Personen, die auf Branchenbesonderheiten nur beschränkt Rücksicht nimmt. - Darüber ist an anderer Stelle mehr gesagt (vgl. Kap. IV); darauf sei hier verwiesen. Es war auch die Rede davon, daß die einheitliche Führung einer Betriebsunfallstatistik beim TAD der BG um die 30er Jahre wohl begonnen, dann aber zurückgestellt wurde (s.o. S. 103). Die WiV EstInd. hat mit den o.a. Erhebungsschemata diese Entwicklung weitergeführt. Die BG befaßt sich vorwiegend mit der statistischen Ermittlung, wie sie nach den Anordnungen der Aufsichtsbehörde zu erstellen ist. Diese im Grunde seit Bestehen der BGen unveränderte Erfassung ermöglicht einen vom Methodischen her ungestörten Zeitvergleich.

b) Gemeldete und erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle bei der HWBG, 1886 - 1962

Der Unternehmer ist gem. § 1552 RVO verpflichtet, jeden Unfall der Verwaltung seiner BG anzuzeigen, durch den der Verletzte stirbt oder so verletzt wird, daß er mehr als 3 Tage arbeitsunfähig ist.

Diese "meldepflichtigen" oder angezeigten Unfälle lassen jedoch im großen und ganzen keine exakte Aussage über das Unfallgeschehen zu; sie hängen von mancherlei Zufälligkeiten und Bedingungen ab, die oben erörtert wurden (vgl. S. 111). Derartige Zahlenangaben stehen deshalb nur am Rande der Betrachtung. Das Schwergewicht wird auf die in dem betreffenden Jahr erstmalig durch Geldleistungen entschädigten Unfälle gelegt, aus denen auf die Schwere der Schadensereignisse und die effektive Belastung der Genossenschaft bessere Schlüsse gezogen werden können.

Die Arbeitsunfälle im engeren Sinne (also ohne Wegeunfälle) haben in 1961 nach der Anzahl der eingegangenen Meldungen ein Höchstmaß erreicht. Hier kommt auch zum Ausdruck, daß etwa jeder 6. bei der BG Versicherte im Durchschnitt einen Unfall erlitt. 5 Jahre zurück war es nach diesen Werten "nur" jeder 8., 1950 etwa nur jeder 10.

Obwohl die Bezugsgröße "1.000 Versicherte" erhebliche Mängel aufweist, da sie die Dauer der Gefahreneinwirkungen, der die Arbeitnehmer ausgesetzt sind, nicht berücksichtigt, ist hier der offiziellen Statistik der HWBG gefolgt und insbesondere auch nicht auf "Vollarbeiter" (Jahressumme der Arbeitsstunden, dividiert durch 300) umgerechnet worden, da letztere Angaben nicht vorliegen.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist die Relativgröße ständig angestiegen, wenn man von 1954 und 1956 absieht; erst in 1962 ist wieder ein Rückgang zu verzeichnen.

Die "schweren" (erstmalig entschädigten) Unfälle weisen eine stärkere Differenzierung in der Jahresentwicklung auf. Die Zahlenwerte geben mit nur geringen zeitlichen Abweichungen die jährlichen "schweren Unfälle" wieder; Verschiebungen können dadurch eintreten, daß Rentenfeststellungsverfahren in einem bestimmten Jahr für Unfälle aus dem Vorjahr (aus den Vorjahren) abgeschlossen werden; die erstmals gezahlte Entschädigung wird dann zum Ausgangspunkt der statistischen Erfassung des Unfalls in dem betreffenden Kalenderjahr genommen, obgleich der Unfall selbst in einen früher liegenden Rechnungszeitraum fiel. -

Jahr	Ber- triebe	Ver- sicherte Personen	Gemeldete Arbeitsunfälle im engeren Sinne auf 1.000 absolut Ver- sicherte		Erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle im engeren Sinne auf 1.000 absolut Ver- sicherte	
			4		5	
1	2	3	4		5	
1886	255	70 313	7 291	103,69	374	5,32
1890	250	87 537	9 413	107,53	792	9,04
1895	237	92 963	14 802	152,85	883	9,50
1900	234	134 717	23 416	173,83	1 726	12,81
1905	223	149 888	29 678	198,00	2 189	14,60
1910	218	177 836	50 483	171,41	2 985	14,54
1915	214	188 699	32 230	170,83	2 130	11,29
1920	214	255 748	20 086	78,54	2 143	8,38
1925	220	221 428	28 733	129,77	1 699	7,67
1930	185	185 372	21 708	117,11	1 508	8,13
1935	162	214 858	23 392	108,87	1 063	4,95
1940	149	317 379	48 137	151,67	1 817	5,41
1945	185	153 236	12 885	84,09	746	4,87
1950	222	230 209	29 331	127,41	1 343	5,83
1951	220	253 153	33 351	131,74	1 369	5,41
1952	220	272 933	37 507	137,42	1 521	5,57
1953	221	278 678	39 958	143,38	1 600	5,74
1954	217	283 383	38 529	135,96	1 547	5,46
1955	214	306 301	45 045	147,22	1 471	4,80
1956	210	327 070	44 490	136,03	1 921	5,87
1957	209	341 490	47 084	137,88	1 823	5,34
1958	209	341 975	51 104	149,44	1 836	5,37
1959	205	336 485	51 297	152,45	1 559	4,63
1960	204	355 802	59 473	167,15	1 578	4,43
1961	204	361 821	60 508	167,24	1 727	4,77
1962	200	355 307	50 710	142,72	1 799	5,06

Übersicht 9:

Gemeldete und erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle (ohne Todesfälle)
der Hütten- und Walzwerke- Berufsgenossenschaft
1886 - 1945 (Auszug) und 1950 - 1962

Fortlaufend bleibt zwar seit der Mitte der 20er Jahre die absolute Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle unter der 2.000-Grenze, doch wird sie in 1940 und 1956 fast wieder erreicht. Kriegs- und Konjunkturbelastungen mögen speziell diese beiden Ergebnisse mit beeinflusst haben.

In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg herrscht ein eigenartiger Wechsel von hohen und niedrigeren Unfallzahlen in einem Drei- bzw. Zweijahresturnus vor:

mäßig bzw. stark ansteigende Werte 1950/51 und 1952/53, Absinken in den beiden darauffolgenden Jahren; starker Anstieg in 1956/58, Verminderung 1959 und 1960 um ca. 14 % gegenüber den Vorjahren, ab 1961 ein Zuwachs in annähernd gleicher Größenordnung (11 %).

1962 ereigneten sich in der BG fast wieder genauso viele "schwere" Unfälle wie 4 bzw. 5 Jahre zuvor.

Auch daraus mag ersichtlich werden, wie schwierig offenbar die Arbeitssicherheit nachhaltig zu erreichen ist.

Die Entwicklung des Unfallgeschehens ist auch aus der folgenden graphischen Darstellung ersichtlich.

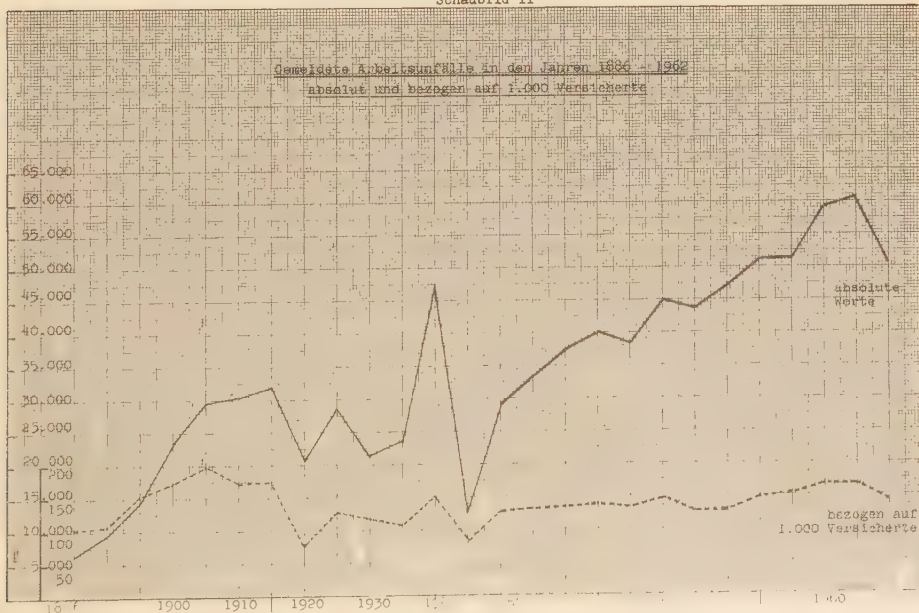
Bei der Betrachtung des Kurvenverlaufes ist rein formal zu berücksichtigen, daß die Jahre 1886 (bzw. 1925) bis 1945 nur in Abständen von jeweils 5 Jahren hinsichtlich der Unfallzahlen aufgeführt sind, während ab 1950 die statistische Periode jeweils ein Kalenderjahr umfaßt.

Rein äußerlich ist das durch eine verstärkte Linienführung ab 1950 sichtbar gemacht.

Für die Interpretation der Graphik bleibt wichtig, daß der Kurvenverlauf von 1886 bis 1945 nach obigem nicht ohne weiteres mit dem ab 1950 verglichen werden kann. Gleiches gilt für entsprechende Darstellungen.

Schaubild II

Gewichtete Arbeitsunfälle in den Jahren 1886 - 1962
absolut und bezogen auf 1.000 Versicherte



c) Gemeldete und erstmalig entschädigte Wegeunfälle und Berufskrankheiten (ohne Todesfälle) bei der HWBG, 1925 - 1962

Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeit sowie bestimmte durch Berufsgefahren hervorgerufene Krankheiten unterliegen seit dem Jahre 1925 dem Versicherungsschutz¹⁾.

Während in gewissem Umfang den Gefährdungen begegnet werden kann, die dem Arbeitnehmer in den Betrieben in Form von Krankheiten erwachsen, ist der Schutz der Versicherten auf dem Verkehrssektor von der Werksseite aus außerordentlich schwer zu bewerkstelligen.

Um ein Bild von der Größe der Unfallgefahr auf dem Arbeitswege zu geben, sind die entsprechenden Zahlenwerte ins Verhältnis auch zu den gesamten "Arbeitsunfällen" im weiteren Sinne gesetzt.

Die Berufskrankheiten werden zwar de jure dem Arbeitsunfall gleichgestellt, sind aber de facto nicht als solcher zu erörtern. Dennoch ist bedeutsam, in welchem Maße der Stahlarbeiter in seinem Gewerbebezweig durch verschiedenste Einwirkungen organischen Körperschäden ausgesetzt sein kann.

Die Wegeunfälle, d. h. die Unfälle auf dem Wege zu und von der Arbeitsstätte, haben sich im Zuge der allgemein zunehmenden Motorisierung nach dem letzten Kriege stark erhöht. In den Vorjahren konnte nur 1940 eine ähnliche Summe verzeichnet werden, was durch die Verdunkelung nicht unbedeutend beeinflusst war (vgl. Techn. Bericht 1940).

Die schweren nichttödlichen Wegeunfälle nahmen von 1950 bis 1962 um fast 300 % zu; innerhalb von nur 5 Jahren war beinahe die doppelte Anzahl, in den letzten 3 Jahren die dreifache Anzahl zu entschädigen. Immerhin muß festgestellt werden, daß seit 1953 fast jeder 9., seit 1955 ungefähr jeder 7. und seit 1960 gar annähernd jeder 5. erstmals entschädigte Unfall ein Wegeunfall war (vgl. Spalte 3).

Die schwere Belastung durch die Wegeunfälle wird auch an der Relation zu den Arbeitsunfällen i.e.S., also den reinen Betriebsunfällen, deutlich.

Waren 1950 die Wegeunfälle noch 13mal geringer als die Betriebsunfälle, so machen sie seit 1956 20 % und mehr der Arbeitsunfälle i.e.S. aus. Die Bilanz hat sich so verschoben, daß auf etwa jeden 4. Unfall im Werksgelände ein solcher auf der Straße entfällt.

1) vgl. 2. And.G. vom 14.7.1925 (RGBl. I, 97) und 1. Berufskrankheiten-VO vom 12.5.1925 (RGBl. I, 69).

Jahr	Gemeldete Wegeunfälle	Berufs- krankheiten	Erstmals entschädigte Wegeunfälle				Erstmals entschäd. Berufskrankheiten	
	absolut	absolut	absolut	auf 1.000 Ver- sicherte	in % aller Unfälle n. Be- rufskr.	Arbeits- unfälle i. e. S. zu Wege- unfälle	absolut	auf 1.000 Ver- sicherte
1	2		3				4	
1925	-	53	-	-	-	-	-	-
1930	790	338	62	0,33	3,87	24,0 : 1	33	0,18
1935	1 061	290	59	0,24	5,18	18,0 : 1	18	0,08
1940	3 822	474	179	0,54	8,75	10,1 : 1	50	0,16
1945	1 409	142	40	0,26	4,85	18,5 : 1	38	0,25
1950	1 791	485	101	0,44	6,67	13,4 : 1	71	0,31
1951	2 366	471	144	0,57	8,98	9,5 : 1	90	0,36
1952	2 866	526	167	0,61	9,44	9,1 : 1	82	0,30
1953	3 600	676	214	0,77	11,14	7,4 : 1	107	0,38
1954	3 436	593	230	0,81	12,25	6,7 : 1	100	0,35
1955	4 777	447	280	0,91	15,14	6,0 : 1	98	0,32
1956	4 990	728	371	1,13	15,42	5,1 : 1	114	0,35
1957	4 815	428	392	1,15	16,87	4,6 : 1	109	0,32
1958	5 621	444	371	1,08	16,00	4,9 : 1	112	0,33
1959	5 454	468	346	1,03	17,27	4,5 : 1	99	0,29
1960	6 079	479	394	1,10	19,31	4,0 : 1	68	0,19
1961	6 299	402	400	1,11	18,18	4,3 : 1	72	0,20
1962	5 255	387	399	1,12	17,41	4,5 : 1	94	0,26

Quelle: Verwaltungsberichte der HWBG,
für 1962 Angaben des TAD

Übersicht 10: Gemeldete und erstmalig entschädigte Wegeunfälle und Berufskrankheiten (ohne Todesfälle) der HWBG 1925 - 1962

In Anbetracht der schwierigen Beeinflussung der Arbeiter zur Umsicht außerhalb der Betriebsstätte, wie das schon oben herausgestellt wurde, muß darin eine gravierende Entwicklung gesehen werden.

Auch die erstmalig entschädigten Berufskrankheiten (ohne Todesfälle) haben in den Nachkriegsjahren noch beachtliche Belastungen mit sich gebracht.

In den 13 Jahren seit 1950 sank ihre Zahl nur in 4 Jahren unter 90 ab, und 5 Jahre weisen 100 und mehr Berufskrankheiten aus.

An dieser Stelle sei darauf aufmerksam gemacht, daß hier Gefahren offenbar werden, die zumeist noch zu wenig Beachtung finden. Die Beeinträchtigung der Gesundheit der Stahlarbeiter durch Stäube, Gase und andere schädliche Emissionen fällt noch sehr ins Gewicht. Technisch-medizinische Prävention ist verstärkt vonnöten.

Die nachfolgenden Schaubilder zeigen die Entwicklung der gemeldeten Wegeunfälle und Berufskrankheiten bei der HWBG von 1925 bis 1962.

Für den Zeitraum bis 1945 sind bei Vergleich des Kurvenverlaufs mit den Nachkriegsjahren die auf S. 243 gegebenen Hinweise zu berücksichtigen.

Schaubild III

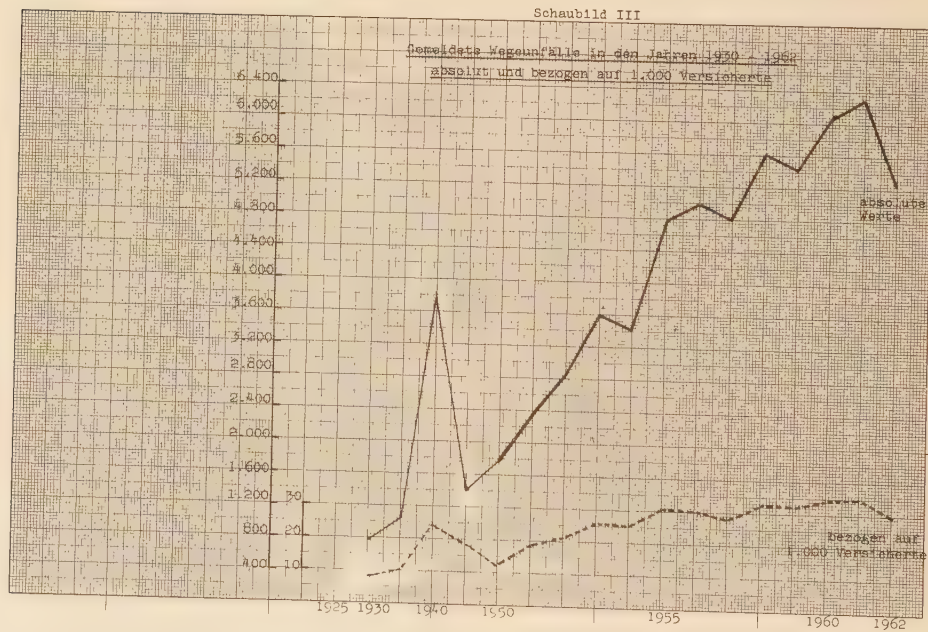
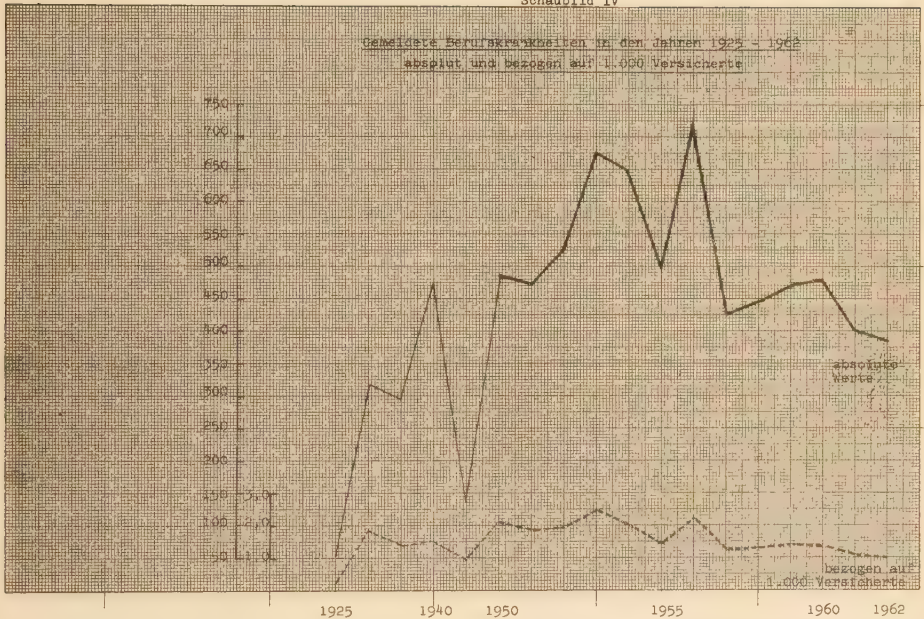


Schaubild IV



d) Tödliche Arbeits- und Wegeunfälle und Berufskrankheiten
1886 - 1962

Im folgenden soll dargestellt werden, wieviel Personen im Bereich der HWBG in den letzten 13 Jahren einen tödlichen Arbeitsunfall (iWS) erlitten oder an einer Berufskrankheit starben.

Zum Vergleich mit den Werten der Nachkriegszeit sind in Fünfjahresabschnitten die Angaben von 1886 bis 1945 gemacht.

Wegeunfälle und Berufskrankheiten werden erst seit 1925 gesetzlich versichert (vgl. oben).

Jahr	Arbeitsunfälle		Wegeunfälle		Berufskrankheiten		Spalte	Sp. 5 in % aller erstmalig entschäd. Unfälle u. Berufskr.
	absolut	auf 1.000 Ver- sicherte	absolut	auf 1.000 Ver- sicherte	absolut	auf 1.000 Ver- sicherte	2 - 4 ins- gesamt	
1	2		3		4		5	6
1886	54	0,77					54	14,71
1890	75	0,88					75	9,47
1895	87	0,94					87	9,85
1900	168	1,25					168	9,73
1905	151	1,01					151	6,90
1910	191	1,07					191	7,39
1915	261	1,58					261	12,25
1920	256	1,00					256	11,95
1925	173	0,78	-	-	-	-	173	10,18
1930	123	0,66	5	0,03	8	0,028	136	8,48
1935	133	0,62	9	0,04	7	0,033	149	13,07
1940	220	0,69	26	0,08	19	0,059	265	12,95
1945	204	1,33	15	0,10	25	0,016	244	32,71
1950	115	0,50	16	0,07	6	0,026	137	9,04
1951	110	0,43	30	0,12	8	0,032	148	9,23
1952	105	0,38	30	0,11	8	0,029	143	8,07
1953	133	0,48	31	0,11	9	0,032	173	9,01
1954	96	0,34	35	0,12	13	0,046	144	7,67
1955	93	0,30	39	0,13	7	0,023	139	7,52
1956	116	0,35	49	0,15	10	0,031	175	7,27
1957	121	0,35	49	0,14	9	0,026	179	7,70
1958	93	0,27	36	0,10	10	0,029	139	5,99
1959	84	0,25	41	0,12	4	0,012	129	6,44
1960	94	0,26	41	0,12	8	0,022	143	7,01
1961	80	0,22	42	0,12	2	0,006	124	5,64
1962	93	0,26	37	0,10	10	0,028	140	6,11

Übersicht 11: Tödliche Unfälle und Berufskrankheiten
der Hütten- und Walzwerke- BG 1886 - 1962

Die Entwicklung der tödlichen Unfälle verlief in den 3 verschiedenen Gruppen differenziert. Seit 1950 sind erfreulicherweise die Arbeitsunfälle i.e.S., die den Tod nach sich zogen, um etwa die Hälfte zurückgegangen.

Wenn dabei auch Schwankungen nicht ausblieben, so ist doch wohl mit einer gewissen "Beständigkeit" des abnehmenden Trends zu rechnen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß praktisch nur ein äußerst geringer Einfluß auf die effektive Unfallfolge besteht, sofern sich überhaupt ein schwerer Unfall ereignet.

Das soll nicht besagen, daß die Leistungen der modernen Unfallchirurgie etwa gering geschätzt würden; im Gegenteil dürfte dadurch gerade mancher tödliche Ausgang eines Unfalls verhütet worden sein. Umgekehrt liegt darin wieder die Erwägung begründet, das Unfallgeschehen mit schweren und schwersten Verletzungen sei im Grunde noch weitaus bedrohlicher, als es etwa nur durch die Angaben über tödliche Unfälle ausgedrückt sei.

Die tödlichen Wegeunfälle lagen in den letzten Jahren nach wie vor noch höher als zu Beginn der 50er Jahre.

Die Jahre 1956 und 1957 zeigen einen Höhepunkt, der leider noch nicht sehr wesentlich (in den letzten 3 Jahren nur um ca. 16 - 24 %) unterschritten werden konnte.

1950 verhielten sich tödliche Arbeitsunfälle iS zu tödlichen Wegeunfällen etwa wie 7 : 1, 1956/57 und 1962 war die Relation 2,5 : 1, während 1961 etwa auf je 2 tödliche Betriebsunfälle 1 Wegeunfall registriert werden mußte.

Die Todesfälle unter den Berufskrankheiten nahmen seit 1950 stark unterschiedliche Werte an.

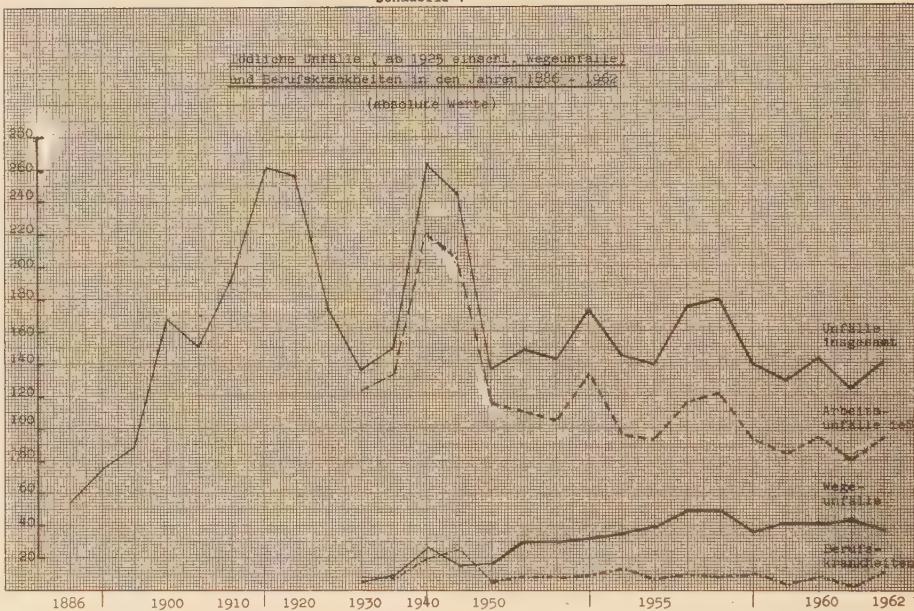
Die ziffernmäßige Aussage kann durch außerbetriebliche Umstände, wie langwierige Abwicklung der Entschädigungsfeststellung, die Todesfälle aus weiter zurückliegenden Jahren betrifft, beeinflusst sein, da die Todesfälle als "entschädigt" erstmalig dann in der Statistik erscheinen, wenn sie juristisch als solche mit Rentenanspruch der Hinterbliebenen anerkannt sind.

Insgesamt liegt die Anzahl der tödlichen Unfälle seit 1950 unter Schwankungen auf etwa gleicher Höhe; die Jahre 1953, 1956 und 1957 weisen Extremwerte nach oben auf. Der Anteil an der Gesamtzahl aller erstmalig entschädigten Unfälle konnte glücklicherweise von rd. 9 % auf durchschnittlich 6,2 % während der letzten 5 Jahre gesenkt werden.

Die Graphik zeigt den Verlauf der tödlichen Unfälle und Berufskrankheiten seit 1925, zusätzlich zum Vergleich die tödlichen Arbeitsunfälle von 1886 bis 1920. (Beachte den Hinweis auf S. 243.)

Graphik über absolute Werte der tödlichen Unfälle von 1886 bis 1962 siehe folgende Seite.

Schaubild V



e) Lokalisierung des Unfallgeschehens bei der Hütten- und
Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Die Unfallstatistik der BGen ist nicht primär darauf angelegt, Aufschluß über die Betriebsabteilungen oder Werksbereiche zu geben, in denen Unfallschwerpunkte anzutreffen sind. Zwar bietet die Kategorisierung nach der sog. Gegenstand-, Tätigkeits- und Vorgangsliste Möglichkeiten, die Unfallumstände genauer in den Griff zu bekommen, doch erschwert eine aus den übergeordneten Zielsetzungen der Statistik resultierende Schematisierung die exakte Abgrenzung des räumlichen Unfallfeldes.

Die ineinandergreifenden Registrierungen nach dem "Gegenstand oder nach der Betriebseinrichtung, bei welchem (welcher) sich der Unfall ereignete", der Tätigkeit oder dem Vorgang, die im Zeitpunkt der Verletzung für den Betroffenen maßgebend waren, erlauben eine gewisse nähere Bestimmung des Unfallherganges und auch Ansätze für Gegenmaßnahmen, doch fehlen mancherlei weitere wichtige Erfordernisse für eine systematisch lokalisierte Unfallbekämpfung (vornehmlich dort, wo die statistische Erfassung keine Möglichkeit bietet, gleichartige Unfälle in Zusammenhang mit den unterschiedlichen Orten ihrer Entstehung zu bringen).

Um eine Lokalisierung der wichtigsten Unfallsachverhalte und der Betriebsbereiche, in denen sie sich zutragen, zu ermöglichen, wurde versucht, das Unfallgeschehen der Jahre 1953 bis 1961 anhand der Gegenstandsliste nach räumlichen Merkmalen zu kennzeichnen.

Dabei wurde einmal die Tatsache berücksichtigt, daß der Arbeitsprozeß in der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie und damit bei den weitaus meisten Werken der HWBG von außerordentlich zahlreichen Transportabläufen gekennzeichnet ist; es wurde also der Transportbereich auf seine Unfallentwicklung hin untersucht.

Hierfür sind die in den Gruppen

4 ("Fördereinrichtungen" - hauptsächlich: Seile, Ketten, Anschlagmittel; Katzen, Krane, Verladebühnen; Aufzüge; Bagger, Lader; Nahfördermittel; etc. -) und

5 ("Lasten und Beförderungsmittel")

verzeichneten Unfälle ausgewertet worden.

Dem wurden gegenübergestellt Unfälle bei Arbeiten und an Arbeitsplätzen, die für die Hüttenindustrie charakteristisch sind, so solche in

Hochofen-, Stahl- und Walzwerken (Warmverarbeitung; heiße und Feuerflüssige Massen), Hammer- und Preßwerken, Gießereien, an und mit Energieumsetzern und mit heißen, brennbaren und explosiblen Stoffen.

Damit sind die zwei wichtigsten Arbeitsbereiche abgegrenzt, die überwiegend die Betriebstätigkeit der zur HWBG gehörigen Werke bestimmen.

Die Einzelangaben sind aus der Übersicht auf Seite 253 ersichtlich; die obere Tabelle zeigt das Unfallgeschehen im Transport-

(Verkehrs-)Bereich, während die untere Tabelle das Unfallgeschehen in Betrieben mit typischen Gefährdungen der Hüttenindustrie wiedergibt.

Die Summe der in den einzelnen Bereichen registrierten Unfälle ist der Gesamtzahl aller (erstmalig entschädigten) Unfälle der BG in den einzelnen Jahren gegenübergestellt (prozentualer Anteil).

Die Spalten 8 und 9 der unteren Tabelle enthalten die Angaben über die "Restgrößen" der Unfälle, d.h. derjenigen Unfälle, die sich in anderen als den hier speziell untersuchten Bereichen ereignet haben.

"Hüttenunfälle sind Transportunfälle"; diese in Branchenkreisen bekannte Tatsache gibt die Übersicht (obere Tabelle) in zahlenmäßigen Unterlagen wieder.

Der Anteil der Transportunfälle im Zeitraum 1953 - 1961 war bei den erstmalig entschädigten, nichttödlichen Unfällen noch höher als der Anteil der Unfälle in "typischen Gefährdungsbereichen" an der Gesamtzahl aller Unfälle.

Die tödlichen Unfälle - sie sind in () gesetzt - im Transportbereich machen im gleichen Zeitraum durchschnittlich fast die Hälfte aller tödlichen Unfälle in der BG aus; durch "typische Gefährdungen" kamen rd. 32 % aller Unfälle mit Todesfolge zustande.

Die obere Tabelle zeigt das deutliche Überwiegen der Unfälle beim Benutzen und Bedienen von Flurförderzeugen (gleisgebunden und gleislos) sowie beim Transport von Lasten mit diesen Hilfsmitteln.

Demgegenüber treten die typisch betriebsgebundenen Fördereinrichtungen, wie Krane, Laufkatzen und deren Ausrüstungsgegenstände (Seile, Ketten, Anschlagmittel) zurück.

Allerdings ist auch ihr Anteil am Gesamtunfallgeschehen sehr beachtlich und noch viel zu hoch.

Insgesamt zeigt die obere Tabelle hinsichtlich der tödlichen Unfälle bei Betrachtung der einzelnen Jahre eine überaus beachtliche Höhe der Transportunfälle.

In 4 der 9 Jahre wird über die Hälfte aller Todesfälle von diesem Sektor her registriert; z.T. reichen die Werte weit über 50 % hinaus (1957, 1959 - 1961).

Der Anteil der nicht tödlich verlaufenen schweren Unfälle hat von 1954 ab generell zugenommen; bis 1961 hatte er fast ein Drittel der Gesamtsumme erreicht. Im 9-Jahresdurchschnitt macht das immerhin noch über ein Viertel der erstmals entschädigten Unfälle aus. Diese Größe wird etwa zu 60 % von den Unfällen an Lasten und Beförderungsmitteln und zu 40 % von Unfällen an Fördereinrichtungen ausgefüllt.

1	2	3	4	5	6
Jahr	Förder- einrich- tungen	Lasten u. Beförde- rungs- mittel	Spalten 2 und 3 gesamt	Arbeits- unfälle insgesamt (ohne Wege- unfälle u. rufekrankh.)	Spalte 4 in % von Spalte 5
1953	(20) 198	(33) 216	(53) 414	(133) 1 600	(39,85) 25,88
1954	(18) 168	(16) 172	(34) 340	(96) 1 547	(35,42) 21,98
1955	(11) 134	(18) 197	(29) 331	(93) 1 471	(31,18) 22,50
1956	(21) 203	(27) 212	(48) 415	(116) 1 921	(41,38) 21,60
1957	(24) 203	(40) 220	(64) 423	(121) 1 823	(52,89) 23,20
1958	(15) 180	(20) 244	(35) 424	(93) 1 836	(37,63) 23,09
1959	(14) 167	(33) 244	(47) 411	(84) 1 559	(55,95) 26,36
1960	(33) 188	(26) 333	(59) 521	(94) 1 578	(62,77) 33,02
1961	(22) 250	(19) 334	(41) 584	(80) 1 727	(51,25) 33,82
Summe 1953- 1961	(178) 1 691	(232) 2172	(410) 3 863	(910) 15 062	(45,01) 25,65

Jahr	Energie- umsetzer	Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Hammer- und Preßwerke, Gießereien	Heiße Stoffe, brennbare und explosible Stoffe	Spalten 2 - 4 insgesamt	Arbeitsunfälle insgesamt (ohne Wegeun- fälle und Be- rufekrankh.)	Spalte 5 in % von Spalte 6	Sonstige Nebenbetriebe absolut	Spalte 7 in % von Spalte 6
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1953	(4) 27	(32) 250	(4) 52	(40) 329	(133) 1 600	(30,08) 20,56	(40) 857	(31,07) 53,56
1954	(1) 23	(24) 266	(3) 35	(28) 324	(96) 1 547	(29,17) 20,94	(34) 883	(35,41) 57,08
1955	(5) 37	(28) 344	(3) 15	(36) 396	(93) 1 471	(38,71) 26,92	(28) 744	(30,11) 50,58
1956	(4) 29	(31) 354	(5) 31	(40) 414	(116) 1 921	(34,48) 21,55	(28) 1 092	(24,14) 56,85
1957	(7) 26	(30) 369	(4) 28	(41) 423	(121) 1 823	(33,88) 23,20	(16) 977	(13,23) 53,60
1958	(6) 29	(32) 419	(1) 22	(39) 470	(93) 1 836	(41,94) 25,60	(19) 942	(20,43) 51,31
1959	(3) 21	(24) 385	(-) 13	(27) 419	(84) 1 559	(32,14) 26,88	(10) 729	(11,91) 46,76
1960	(3) 20	(16) 354	(1) 17	(20) 391	(94) 1 578	(21,28) 24,78	(15) 666	(15,95) 42,20
1961	(3) 18	(16) 332	(-) 19	(19) 369	(80) 1 727	(23,75) 21,37	(20) 810	(25,00) 44,81
Summe 1953- 1961	(36) 230	(233) 3 073	(21) 232	(290) 3 535	(910) 15 062	(31,87) 23,47	(210) 7 664	(23,12) 50,88

Ziffern in () = tödliche Unfälle

Erstmals entschädigte Unfälle der HWBG 1953 - 1961
im Transport-(Verkehrs-)Bereich - obere Tabelle -
und in Betrieben mit für die Genossenschaftswerke
typischen Gefährdungen - untere Tabelle -

Übersicht 12:

Diese Relation ist über den ganzen Betrachtungszeitraum in etwa dieselbe (vgl. Spalten 2 und 3).

Die untere Tabelle gibt Aufschluß über die Unfälle in solchen Betriebsbereichen, wie sie bei den Werken der HWBG besonders häufig anzutreffen sind.

Hier sind besonders "typische" Gefährdungen herausgegriffen und auf den Anteil am Gesamtunfallgeschehen untersucht worden. Dabei wurde grundsätzlich die Terminologie der offiziellen Unfallstatistik der BGen, wie auch in der oberen Tabelle, beibehalten.

Unter den statistischen Sammelbegriff "Energieumsetzer (Energiespeicher und -übertrager, Druckbehälter)" fallen im einzelnen Gasgeneratoren, Dampf- und Heizungskessel, Behälter, Druckbehälter, mechanische und elektrische Kraftmaschinen, mechanische und elektrische Energieübertrager und "elektrischer Strom" verschiedener Spannung.

Die Spalte 3 umfaßt neben den Hochöfen und Walzwerken der Warmverarbeitung die Stahlwerke aller Art (Thomas-, Siemens-Martin-, Elektrostahlwerke) sowie Metallhütten und Metallschmelzen; außerdem sind die Unfälle einbezogen, die sich an Arbeitsplätzen ereigneten, die mit den genannten Betriebsbereichen in enger Verbindung stehen und Bestandteil des Arbeitsprozesses sind, wenn sie auch in der Statistik an anderer Stelle klassifiziert werden (z.B. Unfälle an Tiefofen, Drahterzeugungsmaschinen, Warmscheren). Bei den Hammer- und Preßwerken sind ebenfalls nur die der Warmverarbeitung berücksichtig.

In Spalte 4 handelt es sich hauptsächlich um glühende und feuerflüssige Massen und deren Aggregatzustandsänderung (z.B. durch Explosion, Verpuffung) und um Vorgänge, wie sie beim Schmelzen von Eisen und Metallen auftreten; auch Hitze (z.B. Strahlungswärme) fällt hierunter. Ferner sind Unfälle durch Gaseinwirkungen einbezogen (brennbare Gase, brennbare verflüssigte Gase, erstickende Gase, Sauerstoffmangel).

Die Spalte 8/9 stellt ergänzend zur Gesamtzahl der Unfälle diejenigen dar, die sich in Betrieben ereignet haben, welche im Sinne dieser Erörterung als "Nebenbetriebe" anzusehen sind; dazu rechnen vor allem die Betriebe der Weiterverarbeitung, die z. T. aus historischen, z. T. aus rechtlichen Gründen der HWBG angehören. Zu nennen sind Unternehmen des Stahlbaus, Montagebetriebe sowie andere Stahlverarbeitung.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß in dieser Übersicht die Berufskrankheiten außer Betracht bleiben, die im wesentlichen durch gesundheitsschädlichen Staub, Gase oder giftige organische oder anorganische Stoffe entstehen.

Die Zahl der schweren, nichttödlichen Unfälle in den typischen Gefährdungsbereichen liegt im Durchschnitt der Jahre des Betrachtungszeitraums bei fast einem Viertel der Gesamtunfälle. 1955, 1957 und 1958 wird diese Quote überschritten. Immer aber erreicht die Unfallzahl ein Fünftel der Gesamtsumme.

Naturgemäß ergibt sich in den hier aufgezeigten Bereichen die höchste Zahl bei den großen Betriebsbereichen der einzelnen Stufen der Eisen- und Stahlerzeugung und Verarbeitung zu Halbzeug.

In gewisser Hinsicht gleicht dem aber das Unfallgeschehen, das im Zusammenhang mit "Energieumsetzern" und "gefährlichen Stoffen" (Spalten 2 bzw. 4) zu verzeichnen ist. Es macht insgesamt annähernd 10 % der Gesamtwerte der in dieser Tabelle charakterisierten Unfälle in "Hauptbetrieben" aus (1959 - 61), liegt allerdings 1953 - 58 noch bei fast 20 %.

Die tödlichen Arbeitsunfälle weisen bis 1959 einen beachtlich hohen Stand, auch im Verhältnis zu den Unfällen mit Todesfolge im Transportbereich, auf. Im allgemeinen liegt die Quote bei 30 % und sinkt erst in 1960 und 1961 merklich ab. Demzufolge ergibt sich auch für die Gesamtzeit ein hoher Mittelwert (rd. 32 %).

Die Unfälle durch Einwirkungen elektrischen Stroms verlaufen in der Regel tödlich. Sie sind, wie oben gesagt, in Spalte 2 erfaßt; allerdings wurden, soweit feststellbar, die elektrischen Unfälle an Kranen zur Gruppe "Fördereinrichtungen" (obere Tabelle, Spalte 2) gezogen.

Stellt man obere und untere Tabelle einander gegenüber, so fällt bei den tödlichen Unfällen deren Überwiegen im Transportbereich auf.

Selbst in den Jahren, in denen ein gewisser "Gleichstand" mit den Todesfällen im engeren Produktionsbereich vorliegt, muß beachtet werden, daß damit zum Ausdruck kommt, wie bedeutsam der Transport in den Werken der Eisen- und Stahlindustrie für die Arbeitssicherheitsbemühungen ist, verlangt doch dieser Bereich zumindest die gleiche, meist sogar eine weitaus größere Anstrengung der Arbeitsschutzstellen; das belegen die Unfallzahlen deutlich.

Eine "bessere Annäherung" läßt sich bei den nichttödlichen Unfällen beider Betrachtungsbezirke feststellen; für diese Tatsache gilt das gleiche wie für den Umfang der tödlichen Unfälle.

Die Transportvorgänge nehmen in der Arbeitsgestaltung einen derart großen Raum ein, daß hier mit einer zumindest gleich großen Gefährdung der Arbeiter wie an den "Produktionsplätzen" zu rechnen ist.

Die Gefahr eines tödlichen Unfalls ist jedoch noch erheblich mehr im Transportbereich vorhanden. Das rührt u. a. daher, daß einer Automatisierung des Transports wohl engere Grenzen gezogen sind als bei der maschinellen Fertigung.

Das Element der menschlichen Verhaltensweise wird entsprechend stärker in den Vordergrund gerückt und erschwert die Anstrengungen um "vollkommene" Sicherheit im Sinne einer "willensunabhängigen Sicherung".

1) Rohstahlerzeugung und Unfallvorkommen in der Hütten- und
Walzwerks-Berufsgenossenschaft

Die folgende Tabelle und das Schaubild zeigen die Entwicklung der Rohstahlproduktion in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie seit 1950 (ab 1959 einschl. Saarland) und die Unfälle am Arbeitsplatz in den Werken der HWBG.

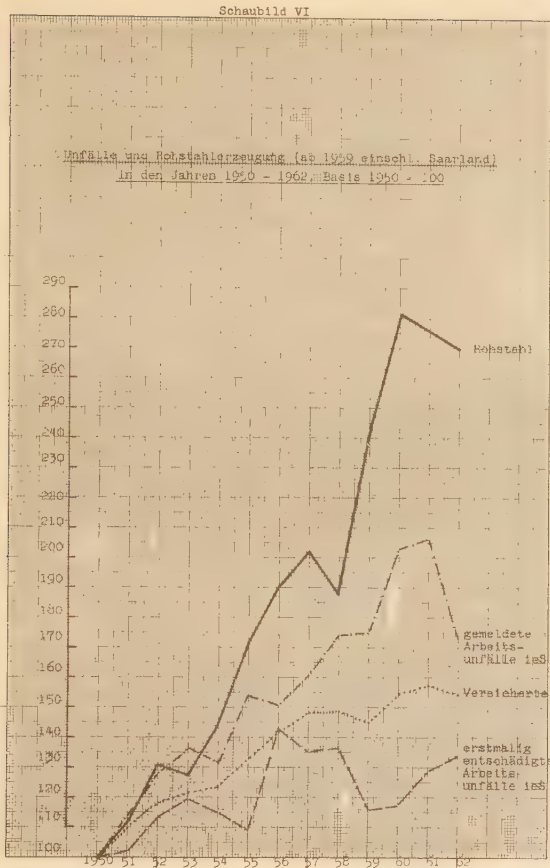
Es ist Bezug genommen sowohl auf die gemeldeten als auch auf die erstmalig entschädigten Arbeitsunfälle i.e.S.

Jahr	Rohstahlerzeugung		Gemeldete Arbeitsunfälle im engeren Sinne		Erstmalig entschädigte Arbeitsunfälle im e.S.	
	in 1.000 Tonnen	1950 = 100	absolut	HWBG Basis 1950 = 100	absolut	HWBG Basis 1950 = 100
1	2		3		4	
1950	12 121	100,0	29 331	100,0	1 343	100,0
1951	13 506	111,4	33 351	113,7	1 369	101,9
1952	15 806	130,3	37 507	127,8	1 521	113,2
1953	15 420	127,2	39 958	136,2	1 600	119,1
1954	17 433	143,8	38 529	131,3	1 547	115,2
1955	21 336	176,0	45 045	153,9	1 471	109,5
1956	23 189	191,4	44 490	152,0	1 921	143,0
1957	24 507	202,1	47 084	160,5	1 823	135,7
1958	22 785	188,0	51 104	174,2	1 836	136,6
1959	29 435 ⁺	242,8	51 297	174,8	1 559	116,1
1960	34 100	281,4	59 473	202,8	1 578	117,4
1961	33 458	275,9	60 508	206,2	1 727	128,5
1962	32 563	269,7	50 710	172,9	1 799	133,8

⁺ = ab 1959 einschl. Saarland

Quelle: Statistische Jahrbücher für die Eisen- u. Stahlindustrie; Technische und Verwaltungsberichte der HWBG

Rohstahlerzeugung in der Bundesrepublik
und Unfälle in den Werken der
Übersicht 13 Hütten- und Walzwerks- Berufsgenossenschaft
1950 - 1962



Bei einer Indexrechnung mit Basis 1950 = 100, durch die die einzelnen Zahlenwerte vergleichbar gemacht werden können, zeigt sich eine rapide Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Stahlproduktion, die bereits nach 5 Jahren um 80 % über dem Stand von 1950 lag und nach 7 Jahren das Doppelte überschritt, nach 10 Jahren fast das Dreifache des Ausstoßes des Basisjahres erreichte.

Die Arbeiterbelegschaft (Gesamtbelegschaft) der Werke der HWBG zeigt im großen und ganzen eine der Entwicklung der Stahlproduktion gleichlaufende Tendenz (s. Schaubild).

In dieser stürmischen Produktionsentwicklung nahm auch die Unfallzahl beträchtlich zu.

Nach Verlauf von 5 Jahren war, mit geringen Abwärtsbewegungen, schon bei den gemeldeten Arbeitsunfällen das Anderthalbfache der Werte von 1950 erreicht, und 1960, also nach 10 Jahren, überstieg die Unfallsumme 200 %.

seiner nochmaligen leichten Zunahme in 1961 folgte 1962 ein bedeutsamer Rückgang (um ca. 34 Punkte). Verfolgt man den Untersuchungszeitraum im ganzen, so läßt sich eine bemerkenswerte Parallelentwicklung der gemeldeten Arbeitsunfälle zu der Rohstahlerzeugung feststellen. Wenn auch nicht alle Stahl erzeugenden Unternehmen der Bundesrepublik in der HWBG zusammengefaßt sind (s.o.), so ist doch der überwiegende Teil der Stahlproduzenten von dem angeführten Unfallgeschehen dieser BG betroffen.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß auch eine Anzahl weiterverarbeitender Betriebe in der HWBG vereinigt sind, deren Produktion hier unbeachtet geblieben ist, deren Unfallzahlen gleichwohl in den Vergleich eingegangen sind, kann man noch von einem relativ engen Zusammenhang zwischen der Zunahme der Produktionsintensität und dem generellen Unfallgeschehen sprechen. Charakteristisch für den untersuchten Wirtschaftszweig bleibt nun einmal dessen Stahlerzeugung.

Auch die Anzahl der schweren (erstmalig entschädigten) Unfälle entwickelte sich von 1950 bis 1958 im ganzen gleichartig wie die Stahlproduktion.

Erst seit 4 Jahren ist eine Veränderung darin festzustellen, die allerdings entgegengesetzt der Erzeugungsquote verläuft. Während des rapiden Anstiegs der Produktion von 1958 bis 1960 (um rd. 90 Punkte) sanken die schweren Unfälle indexmäßig um ca. 20 % des Höchststandes (von 1956).

Andererseits war bei sinkender Rohstahlerzeugung (- 12 Punkte) ein Anwachsen der schweren Unfälle (+ 16 Punkte) zu verzeichnen. Hier mag sich das Produktionsgeschehen in den nicht stahlerzeugenden Betrieben der BG ausgewirkt haben.

g) Entschädigungslasten und Aufwendungen für Unfallverhütung

Die HWBG zahlte im Jahre 1961 an insgesamt 16.338 Rentenberechtigten (ohne Hinterbliebene) Entschädigungen; davon wurden noch 3,6 % an Empfänger geleistet, die in den Jahren 1887 bis 1915 einen Unfall erlitten hatten. Für die Jahre 1916 bis 1940 sind noch heute insgesamt 24,03 % aller Entschädigungen aufzubringen, 38,66 % betreffen Unfälle aus den Jahren 1941 bis 1955, und von 1956 bis 1961 ergeben sich die Restbeträge in fast ununterbrochen steigender Rate: 1956 - 1961: 4,61 - 3,94 - 4,58 - 5,15 - 7,01 - 8,42 (= 33,71)¹⁾.

Zur Zeit liegen die höchsten Prozentsätze der gesamten Rentenleistung in den Zeiträumen 1941 - 1945 (11,57 % der 1961 entschädigten Unfälle und Berufskrankheiten) und 1951 - 1955 (16,43 %). - Die verschärften Beanspruchungen der Wirtschaft während der Kriegsjahre und in der Zeit zunehmender Hochkonjunktur 1) vgl. dazu Abschn. XII des Verw. Ber. 1961 der HWBG.

tur in der Bundesrepublik Deutschland dürften hier wichtigste Ursachen sein.

Im Jahre 1961 belief sich die Last der gesamten "Renten- und sonstigen Unfallentschädigungen" der HWBG auf rd. DM 47.703.000,--¹⁾.

Wie die Rentenbelastung seit 1950 gewachsen ist, und mit welchen geldlichen Aufwendungen versucht wurde, dieser Beanspruchung der Genossenschaftsmitglieder zu steuern, zeigt die nachstehende Übersicht.

Jahr	Entschädigungen +				Aufwendungen für Unfallverhütung			
	absolut/DM	Zunahme gegen Vorjahr			absolut/DM	Zunahme gegen Vorjahr		
		absolut/DM	in %	1950 = 100		absolut/DM	in %	1950 = 100
1	2	3			4	5		
1950	17.005.812			100	143.591			100
1951	17.723.059	717.247	4,22	104,22	179.971	36.380	25,34	125,34
1952	22.550.010	4.826.951	27,23	132,60	215.445	35.474	19,71	150,04
1953	23.182.988	632.978	2,81	136,32	233.728	18.283	8,49	162,77
1954	24.055.941	872.953	3,77	141,46	291.311	57.583	24,64	202,88
1955	25.553.370	1.497.429	6,22	150,26	312.760	21.449	7,36	217,81
1956	27.485.271	1.931.901	7,03	161,62	359.456	46.696	14,93	250,33
1957	37.790.436	10.305.165	37,49	222,22	442.039	82.583	22,97	307,85
1958	40.096.402	2.305.966	6,10	235,78	434.998	- 7.041	- 1,59	302,94
1959	40.220.190	123.788	0,31	236,51	522.975	87.977	20,22	364,21
1960	41.316.22	1.096.032	2,73	242,95	549.203	26.228	5,02	382,48
1961	47.703.247	6.387.025	13,39	280,51	685.155	135.952	19,84	477,16
Summe 1950- 1961	364.682.948	30.697.435	180,51		4.370.632	541.564	377,16	

*="Renten und sonstige Unfallentschädigungen"
(alle Summen sind auf volle Mark abgerundet)

Quelle: Verwaltungsberichte der
Hütten- und Walzwerks- BG

Übersicht 14: Entwicklung der Aufwendungen
für Entschädigungen und für Unfallverhütung
Hütten- und Walzwerks- BG 1950 - 1961

1) vgl. Abschn. XXV des Verw. Ber. 1961 der HWBG.

Die absoluten Rentenlasten stiegen in den letzten 12 Jahren um 30,6 Mill. DM.

Die größte Steigerung weist das Jahr 1957 auf, in dem sich die Neuregelung der sozialen Leistungen auch in der UVers. außerordentlich bemerkbar macht: über ein Drittel des Gesamtzuwachses entfällt auf diese Anhebung.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so gravierend, ist die Sachlage nach Verkündung des 2. UVNG von 1960: dadurch entstanden gut 20 % der gesamten Rentenzuwachssumme seit 1950.

Insgesamt ist eine Steigerung der Beträge um 180 % zu verzeichnen. Stellt man die Angaben über die erstmalig entschädigten Unfälle und Berufskrankheiten dem gegenüber, so ergibt sich, daß ein Anstieg von 151 % eine Rentenlast bewirkte, die weit überproportional wuchs.

Allerdings spielen hier die genannten gesetzgeberischen Beschlüsse die entscheidende Rolle. Gleichwohl dürfte es in Zeiten verstärkter "sozialer Sicherung" umsomehr geraten sein, die Ursache für Geldleistungen derartigen Umfangs mit allem Nachdruck zu verringern, d. h. also die Unfälle so weit und so schnell als irgend möglich nachhaltig auszuschließen.

Darüber geben, in Geldbeträgen ausgedrückt, die Angaben Auskunft, die die Aufwendungen für die Unfallverhütung der BG kennzeichnen.

Sie betragen im Betrachtungszeitraum immerhin weit über eine halbe Million DM und weisen im ganzen beachtliche Zuwachsraten (jeweils gegenüber dem Vorjahre) auf.

Eine Parallelentwicklung zu der Tatsache steigender Rentenlasten (in den Jahren 1957 und 1959/61) ist nicht zu verkennen; wie weit sie allerdings eine direkte Folge der oben beschriebenen Notwendigkeit, die Unfallzahlen zu verringern, ist, kann aus den Zahlenwerten nicht ermittelt werden.

Immerhin weisen die Jahre 1957 und 1959 Zuwachsbeträge von jeweils mehr als DM 80.000,-- auf, während in 1961 gar rd. DM 136.000,-- mehr für die UV als 1960 aufgewendet wurden (vgl. Spalte 5).

1961 überwiegt auch die prozentuale Zunahme der Ausgaben für UV die Rentensteigerung nicht unbedeutend.

Ein Vergleich beider Aufwandskategorien kann in gewissem Umfang dadurch angestellt werden, daß für das Ausgangsjahr 1950, dessen absolute Beträge in beiden Sparten = 100 gesetzt sind, die Entwicklung der nachfolgenden Jahre indexmäßig dargestellt wird. Das ist in den Spalten 3 und 5 geschehen.

Die Gesamtbetrachtung ergibt, daß die Aufwendungen für UV von 1950 bis 1961 fast 2,1mal so stark zunahmen wie die Renten.

Die Ausgaben für UV hatten sich bereits, ausgehend von 1950, im Jahre 1954 verdoppelt, während die Renten "erst" 1957 mehr als 100 gegenüber dem Basisjahr gestiegen waren.

In fast allen Jahren überwiegt die Zuwachsrate der Aufwendungen für die Arbeitssicherheit, Ausnahmen machen lediglich die Jahre 1952 und 1957 sowie das Jahr 1958, in dem die Geldbeträge für die UV absolut gegen das Vorjahr abnahmen.

Von 1959 bis 1961 ist ein Zuwachs um rd. 130 Punkte festzustellen, der nicht unwesentlich auf die Errichtung und den Ausbau der Schulungsstätte für Arbeitsschutz zurückzuführen sein dürfte.

(die Beträge anlässlich der "Rettung Verunglückter und sonstiger Aufwendungen von Unglücksfällen" stiegen in diesem Zeitraum um durchschnittlich 30 % gegenüber den Vorjahren, vgl. Übersicht 2 auf Seite 90).

Mit diesen Ergebnissen scheint die Vorrangigkeit der Prävention vor der Schadensvergütung bewiesen: das kann aber im Grunde aus diesen Angaben allein nicht gefolgert werden. Schon die absolute Ausgangsbasis der Beträge macht eigentlich alle Vergleiche problematisch.

Eine Vermehrung der Rentenlast um 180 % in 12 Jahren wiegt bei einem Ausgangsbetrag von 17 Millionen selbstverständlich außerordentlich viel schwerer als die Steigerung der Ausgaben für UV um 377 %, wenn die absolute Summe 1950 nur rd. DM 144.000,-- betrug.

Hier taucht das "krasse Mißverhältnis" der Aufwendungen für "Verhütung" und "Vergütung" auf: letztere mußte 1950 12mal so hoch dotiert werden, als die UV der Genossenschaftsverwaltung beanspruchte.

An anderer Stelle ist jedoch ausgeführt, daß die genannten Aufwendungen für UV der Genossenschaftsverwaltung lediglich als "Steuerungskosten" betrachtet werden können und bei einer recht verstandenen Gemeinschaftsarbeit in der genossenschaftlichen UV alle einschlägigen Ausgaben der Mitgliedswerke auch zu den "Aufwendungen der BG für UV" zu rechnen sind.

Da deren Höhe aber unbekannt ist¹⁾, läßt sich eine sinnvollere Basisgröße für diese Sparte nicht ermitteln. Es dürfte auch kaum möglich sein, direkt von einer gestiegenen "Steuerungstätigkeit" der Genossenschaftsverwaltung auf eine entsprechend gewachsene werksseitige Sicherheitsarbeit zu schließen; daß letztere jedoch faktisch vorliegt, beweisen die zahlreichen Bemühungen auf dem psychologischen, soziologischen, medizinischen und technischen Sektor der UV.

Nur lassen sich zahlenmäßige Angaben darüber nicht machen.

Es käme darauf an zu untersuchen, inwieweit durch Anregungen und Erfahrungsaustausch im Kreise der Genossen und über ihre "Leitstelle" Technischer Aufsichtsdienst die Arbeit jedes einzelnen Mitgliedes sichtbar gefördert wurde.

Eine solche Quantifizierung läßt sich aber wahrscheinlich schwer realisieren. Erst über eine werksseitig genaue Erfassung aller Aufwendungen für die Arbeitssicherheit und eine zentrale Bewertung würde man zu der Geldgröße einer "gemeinschaftlichen UV" gelangen unter der Voraussetzung, daß jedes Mitgliedswerk sich der Tatsache bewußt ist, daß es selbst einen Bestandteil der Genossenschaft ausmacht.

Bedenkt man, daß von den Werken zu Recht neben den Umlagebeiträgen die beachtlichen sog. indirekten Kosten den Belastungen aus Unfällen zugerechnet werden, so ergibt sich umsomehr die Notwendigkeit, auch die werksseitigen Ausgaben für die Arbeitssicherheit allen Unfallkosten gegenüberzustellen.

Ferner soll noch einmal betont werden, daß die Sozialgesetzgebung die Rentenlast "exogen" erheblich heraufgesetzt hat.

1) vgl. AN 1928, Beilage zu Nr. 12, S. 12; AN 1937, Sonderveröffentlichung, S. 34 f.; WICKE in BG 1956, 479.

Kapitel X: Erfolgsanalyse der berufsgenossenschaftlichen Bemühungen um Unfallverhütung

=====

Hier soll versucht werden, in verbaler Interpretation eine Charakteristik des Gesamtgebarens zu geben, das die in der HWBG für die UV tätigen Personen und Institutionen an den Tag gelegt haben.

Da UV eine Gemeinschaftsaufgabe ist, kommt es auf die Frage an, wieweit Unternehmensleitungen, Arbeiter (Arbeitnehmer) und Genossenschaftsverwaltung eine übereinstimmende Blickrichtung für die Belange der Arbeitssicherheit erreichen konnten. Das muß insbesondere unter dem Aspekt der betrieblichen Partnerschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Unternehmen) einerseits und dem der genossenschaftlichen Prinzipien (Verringerung der Gemeinlast durch Senkung der Eigenlast, und umgekehrt) andererseits gesehen werden.

1. Die Einstellung von Unternehmern (Unternehmensleitungen) und Arbeitnehmern zur Unfallverhütung

a) Unternehmensleitungen und Unfallverhütung

Es ist oft dem Unternehmertum vorgeworfen worden, seine Auffassung von der gesetzlichen UVers. berechtige zu der Annahme, die einzelnen Unternehmer fänden in dieser "Versicherung" ein "sanftes Ruhekissen"¹⁾, auf dem sie, ihrer unmittelbaren Haftung wegen Unfällen gegenüber den Arbeitnehmern ledig, eine tatenlose Einstellung zu den Gefährdungen der industriellen Betriebswelt einnehmen.

In der Tat hat es viele Jahre gedauert, bis die "historisch erste Aufgabe" der Unfallentschädigung nicht mehr (allein) im vordersten Rang der Erörterungen in diesem Versicherungszweig stand, sondern der UV Raum geben mußte. Immerhin setzt sich erst seit rd. 40 Jahren (d. h. auch etwa 40 Jahre nach Gründung der BGen) in den Kreisen der (west)deutschen Eisen- und Stahlindustrie die Anschauung vom ökonomischen Wesensmerkmal der UV und

1) JOCHMUS, Herm., Der technische Aufsichtsbeamte als Helfer und Berater des Unternehmers, in: BG 1949, 105.

der damit verbundenen Verbesserung der Produktionsergebnisse durch. "UV als Führungsaufgabe", also Anliegen der obersten Unternehmensleitung¹⁾, wird hingegen erst nach dem 2. Weltkrieg erkannt und - mit wechselndem Erfolg - herausgestellt und unterstützt. - Die Integration des Faktors Sicherheit in den (technischen und organisatorischen) Betriebsablauf stößt noch mancherorts auf Widerstände, denen im einzelnen nachzugehen hier nicht der Ort ist. Fest steht aber, daß sie letztlin nur dann voll gelingen kann, wenn die entsprechenden Anweisungen von der Unternehmensführung ausgehen und von dieser gleichberechtigt mit den technischen und kaufmännischen Interessen des Betriebes behandelt werden.

Das bedeutet in praxi, auf eine einfache Formel gebracht, daß von der höchsten Werks- oder Betriebsstelle das Vorbild im Denken und Handeln bzw. im Festlegen der Leitlinien für die Arbeitssicherheit ausgehen muß, durch das die unteren Ebenen der Betriebshierarchie die erforderliche eigene Sicherheitseinstellung gewinnen.

Die zunehmende Vertiefung dieser Grundsätze drückt sich in verschiedenen Maßnahmen der Werksleitungen aus, die die Verstärkung der Gefahrenabwehr zum Ziel haben, allerdings noch weithin die nachhaltige Unterstützung der höchsten Führungskräfte kaum besitzen. Einige dieser Einrichtungen seien hier noch einmal genannt.

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie beschäftigte seit 1921 in mehreren Werken Betriebssicherheits-Ingenieure und wandte sich einer umfassenden "Betriebsregelung" im Sinne der "Sicherheit durch Ordnung, Organisation und Planung" zu. - Unter dem Einfluß des "kostenmäßigen" Denkens auch in Sicherheits- oder Unfallfragen wurden Ansätze zu gezielter, abgegrenzter UV-Arbeit (Unfallstatistik, Werbung, Erziehung) gemacht (1926 und später). Nach dem 2. Weltkrieg wurde neben dem Ausbau der Bemühungen um den Körperschutz der Arbeiter besonderer Wert auf die Schulung von Mitarbeitern aus allen Betriebskreisen gelegt, um die zuneh-

1) vgl. u.a. BERTSCHI, E. aaO, S. 78; WILMES, Otto, Unfallverhütung als Führungsaufgabe, Frankfurt/M. - Bad Harzburg 1961.

zende Technisierung und ihre Gefahren richtig angeben zu können. Auch sind vornehmlich die Schaffung eines Kataloges der Unfallursachen und die Führung einer Betriebsunfallstatistik auf einheitlicher Basis wertvolle Mittel zur erfolgreichen UV.

Wenn dennoch die Zahlenwerte des Unfallvorkommens in den vergangenen Jahren, insbesondere auch seit 1950, in bedrohlichem Maße gestiegen sind (vgl. die Übersichten in Kap. IX), so muß die Frage nach der Zweckmäßigkeit und dem Sinn der genannten (und anderer) Mittel vordringlich gestellt werden.

Zum ersten scheint, gerade anhand der im ganzen bewährten Praxis vergangener Jahre und Jahrzehnte, nur ein positives Urteil möglich. Die vielfältigen Methoden der Sicherheitsarbeit sind generell geeignet, die Sicherheit des Arbeiters am Arbeitsplatz zu fördern. Sie vermögen aber durch sich allein nichts oder nur Unzureichendes, sofern nicht die Unternehmensleitung diesen Problemen aufgeschlossen ist. Zumal in einer Zeit, da sich die UV wegen der technisch weit fortgeschrittenen Sicherung mehr und mehr auf die Erziehung des Menschen zur Arbeitssicherheit verlagert, bedarf es der Kraft des Vorbildes der Betriebsführungsstellen, um die Auffassung von der Notwendigkeit sicherer Arbeit zu einem elementaren Faktor des Betriebsgeschehens zu machen. Das ist zugegebenermaßen umso schwerer, aber auch dringender, als die freiwillige Mitarbeit in dieser Angelegenheit grundlegend für den Erfolg der Bemühungen ist. Denn ohne die überzeugende Einstellung zu dem erörterten Fragenkreis wird kaum mit der echten "Gemeinschaftsarbeit" zu rechnen sein, als die die UV auch von Seiten der Arbeitnehmer aufgefaßt werden müßte.

Die Unternehmensleitung, von der "die Initiative für alle Maßnahmen der UV ausgehen"¹⁾ muß, hätte sich einen zweckgerechten Beraterstab auch für diese Probleme zur Verfügung zu halten, der ihre allgemeinen Richtlinien fachkundig und planmäßig (etwa im Rahmen einer "Dienststanweisung für Sicherheits-Ingenieure"²⁾) durchführt.

Wieweit solches in die Tat umgesetzt werden und in seinen Ausstrahlungen Allgemeingültigkeit erlangen konnte, mag an der Fest-

1) WiV eStind. Abt. Sozialwirtschaft: Hinweise zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in den Mitgliedswerken, o.O. 1961, S. 2.

2) wie FN 1 aaO S. 8.

stellung abgelesen werden, daß es heutzutage (noch) "Mut" bedeute, UV als Mittel zur Produktionssteigerung einzusetzen¹⁾ und daß eindringlich vor der verbreiteten Gepflogenheit gewarnt wird, in den von Ingenieuren geleiteten Betrieben neben den rein produktionstechnischen Fragen alles andere (und so auch die UV) als "unsachliche Mätzchen"²⁾ abzutun.

Auch der Umstand, daß noch immer der Arbeitgeber vielfach "im unklaren über die indirekten Kosten das Gefühl (hat), daß seine Prämie praktisch die Kosten des Unfalls deckt ..." ³⁾, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Situation der jüngeren Zeit.

Allerdings kann man erfolversprechende Wandlungen solcher Gedanken nicht übersehen. Es gibt "verantwortliche Hütten-Werksleitungen, die den Erfordernissen der UV aufgeschlossen gegenüberstehen" und sich selbst der Betriebsgemeinschaft zurechnen, die "von sich aus aktiv an der UV mitwirkt"²⁾. - Auch überbetrieblich schreitet die Inangriffnahme des komplexen Problems "Unfall" koordiniert und zielstrebig voran, nicht zuletzt auch in den Bemühungen der Wiv EstInd. (s.o.).

b) Die Unfallverhütung im Bewußtsein der versicherten Arbeitnehmer

Dem einzelnen Arbeiter kann nicht bekannt werden, in welche bedeutsamen Zusammenhänge seine persönliche Sicherheit am Arbeitsplatz (oder sein persönliches Unfallgeschehen) eingegliedert ist. Selbstverständlich vermag eine straff geführte Sicherheitsorganisation ihn zum "Mitgehen" zu bewegen; es ist aber nach geläufiger Ansicht nicht ausgeschlossen, daß die aktive Mitarbeit erlahmt, sobald bestimmte "äußere" Umstände, z.B. Gewährung von Prämien bei Unfallfreiheit, entfallen. Diese These nimmt bekanntlich die Psychologie zum Ausgangspunkt ihrer Bemühungen, ein "unbewußt sicheres Verhalten" zu bewirken. Damit mag bei sachgerechter Verfahrensweise auch innerhalb des Betriebes ein guter Erfolg möglich sein; bessere Aussicht hingegen böte noch die Er-

1) BERTSCHI, E. aaO, S. 78.

2) HARR, Albrecht, aaO, S. 99.

3) BERCKHOFF, H. O., aaO, II, S. 151.

ziehung vor der Berufsarbeit, in Schule, Elternhaus und Öffentlichkeit. Gewiss sind manche notwendigen Massnahmen erst im Betriebsleben selbst zu treffen; so z.B. die Ausbildung von Meistern im Umgang mit spezifischen Gefahrenstellen oder besonders gelagerten gefährlichen Fertigungsprozessen. Das Rüstzeug hierzu muß aber mitgebracht werden. Grund- und weiterbildende Schulen sollten nach Möglichkeit darauf eingehen. Das Sicherheitsbewußtsein muß "automatisch" gegenwärtig sein und die Verhaltensweise der Belegschaftsmitglieder grundlegend steuern.

Hierzu dürfte bemerkenswert sein, daß offenbar gegenwärtig noch die gleichen Probleme zu meistern sind wie vor rd. 60 Jahren. - Feststellungen aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg kennzeichnen im Menschen liegende Unfallursachen regelmäßig mit "Leichtsinn, Unvernunft, Unbedachtsamkeit"¹⁾. Die neuesten Auswertungen der nach dem Unfallursachenkatalog der Eisen- und Stahlindustrie ermittelten Unfallursachenbereiche ergeben, daß "auffallend viele Unfälle auf sicherheitswidrige Verhaltensweisen" zurückgeführt werden müssen. "Hierbei sind Übereifer, Gleichgültigkeit und Leichtsinns die häufigsten Mängel"²⁾.

Demnach bedeutet es ein Beachtliches, die Erziehungsaufgabe wirklich zu realisieren; es hat durchaus den Anschein, als sei es noch nicht im eigentlichen gelungen, die arbeitenden Menschen für die Sicherheit zu interessieren. Man hört das Argument, es müsse an den rein technischen Gefahrenquellen für größere Sicherheit gesorgt werden. Auch ist die energische Ablehnung einer angeblichen "Diskriminierung" der Arbeitnehmer durch die Heraushebung der im Menschen begründeten Ursachen zu verzeichnen (s.u.). Beides kann nicht voll zutreffen.

Solange als erwiesen gelten kann, daß (auch) vom Arbeitnehmer die UV "als wichtiger Selbstschutz nicht genügend vor seine privatwirtschaftlichen Bedürfnisse (Erzielung des erforderlichen

1) s. Techn. Ber. der HWBG, Nordwestl. Eisen- und Stahl-BG, Südd. Eisen- und Stahl-BG, u.a. für 1907 ff., Beihefte zu AN 1909 bis 1914.

2) Jahresber. WiV ESTInd. für 1961, S. 30.

Lohnes) gestellt"¹⁾ wird und der "rein menschlichen, gesellschaftlichen Seite nicht die Beachtung zuteil (wird), die ihr eigentlich zukommt", solange vermag lediglich eine weitreichende und ununterbrochene Aufklärung über die Gefahren der Arbeit die Situation zu verbessern. Dazu muß neben der Verdeutlichung der Gefahr gleichzeitig auch der Weg zur Sicherheit gewiesen werden, damit alles ausgeräumt wird, was die "Entschuldigung" hervorruft: "Das habe ich nicht gewußt" oder "das habe ich nicht gekonnt".

c) Mitwirkung der Verwaltungsstellen der BG in der Gemeinschaftsaufgabe Unfallverhütung

Die an anderer Stelle dieser Schrift erörterte Distanzierung der Genossenschaftswerke von der Verwaltung ihrer eigenen BG hat sich in mehrerer Hinsicht nicht vorteilhaft ausgewirkt. Mißverständnisse über die Aufgaben und die Tätigkeit der Technischen Aufsicht bei der Genossenschaftsverwaltung herrschen gerade bei den Unternehmensleitungen und führen dazu, daß "der Rat von außen" noch 1952 "nur vereinzelt gehört" wird²⁾. Augenscheinlich hat man in der Vergangenheit nicht zu einer solchen "Gemeinschaftsarbeit" finden können, was durch die Meinung über die "Kosten für UV der Genossenschaft" verdeutlicht wird.

Vor einiger Zeit war die Feststellung zu hören, die BGen wendeten nur etwa 2 % ihrer Gesamtausgaben "für die UV" auf³⁾. Dem wurde entgegengehalten, diese Aufwendungen für die UV seien nur "Steuerungskosten", die Summe aller Aufwendungen für die UV ergebe sich aus der Kostensumme aller Mitgliedswerke jeder einzelnen BG, welche die "Genossen" für die Durchführung der UV aufgewendet hätten⁴⁾.

1) KÜLL, Karl, Unfälle durch Selbstverschulden? in: BarbBl. 1952, S. 638.

2) RUHE, Heinrich, aaO I, S. 407.

3) STROHMENGER, Karl, aaO, S. 88.

4) LAUTERBACH, Herbert, Erwiderung auf STROHMENGER (s.d.) aaO, S. 97 f.

Die Diskussion um diese Frage scheint übrigens nicht neu zu sein; Beiträge dazu finden sich schon vor rd. 30 Jahren¹⁾.

Der Verf. stellte im Verlauf seiner Befragungen in verschiedenen Mitgliedswerken und bei Repräsentanten der HWBG u. a. jedesmal die Frage:

"Sind Sie der Ansicht, daß die werksseitig getätigten Aufwendungen für Arbeitssicherheit 'Unfallverhütungs-Kosten der BG' sind?"

Die Antwort lautete durchgreifend (in 13 von 14 Fällen):

"Nein".

Eine Erörterung dieser ablehnenden Formulierung ergab stets, daß die werksseitig veranlaßten Sicherungsmaßnahmen in überwiegendem Maße "aus eigener Initiative" durchgeführt und von "der BG" nicht zu "beanspruchen", da auch nicht von ihr "veranlaßt", seien.

Hier wird deutlich, wie weit die eigene aktive UV-Arbeit gediehen ist. Ganz abseits von dem Streit um die Zurechnung der werksseitigen Kosten - die Konsequenz aus der Verpflichtung zu genossenschaftlicher Arbeit ergibt den Ansatz für die Genossenschaft als "Gesamtheit der Berufsgenossen", (nicht für den "Apparat BG" ²⁾, die Genossenschaftsverwaltung) - stellt sich heraus, daß grundsätzlich in den richtigen Bahnen läuft, was die Genossenschaftsidee bezweckt: die selbständige Bewältigung des Sicherheitsproblems durch jedes einzelne Unternehmen über die "Sammelstelle und den Ausgangspunkt" Technischer Aufsichtsdienst, von dem aus jeweils nur verdichtete Erkenntnisse und aus breitem Erfahrungsraum neu angesetzte Vorschläge als "incentives" kommen. - Damit wird augenfällig belegt, daß die "Werbung um die Idee der UV" bei

1) s. u. a. Denkschrift 50jähriges Bestehen der BGen, S. 48; BG 1933, Sp. 126; Die dt. Sozialvers. 1937, Sonderveröff. des RArbBl. und der AN, S. 35; BG 1956, S. 473; 1959, S. 174; 1960, S. 425; LAUTERBACH/PODZUN aaO, S. 61.

2) vgl. SINGERHOFF, Gustav, aaO, S. 25.

den Unternehmensleitungen durchaus nicht ohne Erfolge geblieben ist. Eine Quantifizierung freilich ist schwierig, immerhin bestünde eine Möglichkeit der Messung in der Kontrolle, wieviel Werke der HWBG mittlerweile den "Hinweisen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit" durch Herausgabe spezieller Direktiven und systematisch-sinnvoller Stärkung der Stellung des Sicherheits-Ingenieurs gefolgt sind.

d) Ergebnisse und Analyse der Befragung über die grundsätzliche Form einer genossenschaftlichen Unfallverhütung (Teilgebiet 4 der Umfrage)

Es erschien auch im Rahmen der Umfrage von Wichtigkeit zu klären, wie sehr sich die Gedanken einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit im Grundsätzlichen für die Belange der UV bei denjenigen Personen einer Beliebtheit erfreuen, die am meisten mit den aktuellen Gegebenheiten dieser organisatorischen Gestaltung zu tun haben.

Daher fragt Frage 20 ausdrücklich

"Sehen Sie die berufsgenossenschaftliche Struktur der deutschen Unfallversicherungsträger für die Belange der UV heute noch als zweckmäßig und förderlich an?"

In die Entscheidung "ja", "nein", "bedingt" gekleidet, ergibt sich folgendes

Ergebnis: 9 3 2

Der überwiegende Teil der Befragten hält also das bisherige System der bg-lichen UV auch unter den jetzigen Verhältnissen für praktikabel und erfolgversprechend.

Dennoch darf diese globale Aussage nicht darüber hinwegtäuschen, daß die zur Zeit existente bg-liche Struktur nicht vorbehaltlos anerkannt wird. - Zwar sind immerhin 7 der 9 Ja-Stimmen ohne weitere "Einschränkungen" oder "Bedingungen" gegeben, und 1 davon unterstreicht ihren Standpunkt noch durch den Zusatz: "... weil gezielte UV nur im Rahmen des Fachverbandes Erfolg hat".

Gleichwohl behalten die Erwägungen Gewicht, die unter Bezug auf die historische Entwicklung den Beweis hervorheben, die genossenschaftliche Basis habe möglicherweise der "finanziellen Seite, also der Unfallvergütung, eine vorrangige Stellung" eingeräumt.

Andererseits wird die Meinung vertreten, die Erfolge der

technischen Unfallbekämpfung in den ersten Jahren der Tätigkeit der BGen hätten der Technik im Bereich der UV den Primat verschafft und damit die übrigen Komponenten der Arbeitssicherheit so zurückgedrängt, daß der "Anreiz zu neuen Ideen" fehlte.

Auch ist betont - und das dürfte im Rahmen dieser Schrift besondere Geltung gewinnen - , daß zur erfolgreichen genossenschaftlichen UV erforderlich ist, daß die Mitgliedswerke sich wieder als Genossen zu betrachten lernen. Im gleichen Zusammenhang wird von 2 StBn auf die Notwendigkeit verwiesen, die finanziellen Anreize auch im Verband der BG so weit wie möglich auszubauen. - Damit rückt das in Frage 10 erörterte Vorbelastungsverfahren (vgl. S. 125 ff.) oder ein ähnliches System in den Mittelpunkt der "neuen Struktur" der Genossenschaft.

Die Ansichten, die der bg-lichen Organisation für die UV ablehnend gegenüberstehen, gründen sich auf die durchaus nicht unbedeutenden Nachteile einer Solidarhaftung und der außerordentlich starken Betonung der Sozialleistungen in Wirtschaft und Staat.

Die "Wahrung des Betriebsfriedens ist zum obersten Grundsatz erhoben, durch den das Verantwortungsbewußtsein bei den Versicherten verloren" geht. Um dieser und den damit verbundenen Schwierigkeiten auszuweichen, wird vorgeschlagen, eine regionale Verselbständigung der Überwachung der UV durchzuführen, etwa für Bereiche einer Industrie- und Handelskammer. Allerdings wird das beachtliche Hemmnis zugegeben, das in der Anstellung geeigneter "Universalisten" auf dem Sektor des gesamten Sicherheitswesens liegt.

Ein solcher vielseitiger Fachmann könnte auch als selbständiger "Sicherheitsberater" (zum Vergleich wird etwa die Amtsstellung eines Notars herangezogen) tätig sein.

Ein Schwerpunkt wird ferner bei einer verstärkten und verbesserten Wirkungsweise der Sicherheits-Ingenieure gesehen, deren Sonderausbildung hier nochmals herausgehoben wird.

Wie diese Konzeption, so dürfte auch diejenige schwer realisierbar sein, die verlangt, da die "zur Zeit übliche Methode der bg-lichen Versicherung nicht mehr zweckmäßig ist, solle die gesamte Versicherung bei Betriebsunfällen durch den allgemeinen Versicherungsträger (Sozialversicherung) getragen werden".

2. Hauptgesichtspunkte und Bestimmungsgründe des Ergebnisses

Sucht man einen Überblick zu gewinnen über das, was die UV im wesentlichen mitbestimmt und zu ihrer derzeitigen Form, auch angesichts der beachtlichen Unfallzahlen, geführt hat, so sind drei Bereiche zu unterscheiden.

Der erste umschließt die organisatorische Form, in der die BGen im Recht der Selbstverwaltung und aufgrund ihrer beruflichen Gliederung über die zentrale Sammelstelle der Technischen Aufsicht die allgemeingültigen Sicherheitsprobleme bearbeiten konnten. Abgesehen von mancherlei Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten einer falsch verstandenen Genossenschaftsidee ist eindeutig festzustellen, daß in der fachlichen Struktur der UV-Arbeit die besten Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Tätigkeit gegeben sind. Es ist erläutert worden, wie die Spezialtechniker beim Technischen Aufsichtsamt die überbetrieblich gesammelten Erfahrungen zu einem technologisch schlagkräftigen Gefahrenabwehrmittel ausbauten. Die zweite Basis, die zu einer grundlegenden Neuorientierung führte, muß man in der Einsicht suchen, daß in der Schwerindustrie mehr als in anderen Industriezweigen auf das Verhalten des Menschen entscheidender Einfluß zu nehmen sei¹⁾. Das bedeutet aber zweierlei; einmal sind die Unfallmöglichkeiten aufzuspüren, zum andern müssen sie rechtzeitig warnend bekanntgegeben werden. Diese Zusammenhänge herzustellen und eine wirkungsvolle Handhabe für die praktische Nutzanwendung zu schaffen, war nur in einer ganzheitlichen Betrachtung des Betriebs- und des Unfallgeschehens denkbar. Eine Anzahl heute als sehr brauchbar und dringend benötigt bezeichneter Verfahren in der UV befindet sich bereits seit Jahren im Instrumentarium der BG. - Im einzelnen kann nicht mehr nachgeprüft werden, weshalb mancher positive Ansatz auf-

1) Vgl. Techn. Ber. für 1939 der HWBG, S. 1.

gegeben oder nützliche Vorstöße abgebrochen wurden; in einigen Fällen ist diese Angabe vorgefunden worden (z. B. Betriebsunfallstatistik, s. o. S. 103). - Es erregt jetzt Verwunderung, wenn die derzeit gebräuchlichen Methoden sich als "altbekannt" herausstellen, hierauf aber aus der Vergangenheit offenbar nur geringe Erfolge zurückgeführt werden können, ja sogar festgestellt ist, daß die Methoden seinerzeit zurückgewiesen wurden. Dafür gibt es augenscheinlich nur eine Erklärung, die dem Verf. im Laufe der persönlichen Unterredungen mit den Sicherheits-Ingenieuren immer erneut vorgelegt wurde: Die Zeit war noch nicht "reif" für solches Vorgehen.

Eine nach dem 2. Weltkrieg sich verändernde Betrachtungsweise bestimmter Tatbestände weist einen nützlichen Weg: Wenn es sich - langsam zwar nur - durchsetzt, daß es als "überlegen" gilt, sicher zu arbeiten, ein Kraftfahrzeug sicher zu lenken oder sicher zu reisen, so dürfte damit die Basis für die konstruktive Sicherheitsarbeit gelegt sein. Insofern bahnt sich ein vorteilhafter Weg im Zusammenhang mit der Denkverschiebung an, die ausländische Einflüsse im Gefolge der weltweiten Verbindung Deutschlands mit sich bringen.

Teil 4: ZUKÜNFTIGE ZIELE UND WEGE DER UNFALLVERHÜTUNG

Kapitel XI: Anwendung oder Ausgestaltung von Normen des Arbeitsrechts für die Unfallverhütung

Die bislang bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Intensivierung der UV sollten ausgeschöpft werden, ehe neue Wege begangen werden. Das umsomehr, als sich nützliche Mittel anbieten. Dazu rechnen insbesondere die Rechtsnormen für Arbeitsverhältnisse. Auf Einzelheiten kann nicht näher Bezug genommen werden, dafür sei auf das einschlägige Schrifttum verwiesen.

1. Bestimmungen über die Arbeitssicherheit in Arbeitsverträgen

Im Rahmen der gegenseitigen Rechte und Pflichten, die Arbeitgebern wie Arbeitnehmern im Rahmen eines Arbeitsvertragsverhältnisses erwachsen, sind hier die Regelungen von Interesse, die außergewöhnliche Vorgänge im Ablauf des vertraglich vereinbarten "Leistungsaustausches" betreffen.

Außer acht bleibt der weitestgehend gesicherte Anspruch des Arbeiters auf Ersatz des ihm durch einen Betriebs- (Arbeits-) Unfall entstandenen Körperschadens; untersucht werden soll die Verpflichtung des Arbeitnehmers zur gewissenhaften Erbringung der vereinbarten Arbeitsleistung. Wird die Verpflichtung verletzt, so stehen dem Arbeitgeber grundsätzlich, falls das vertraglich vereinbart wurde, die Mittel der Strafe, in Form von Einzelvertragsstrafen oder Ordnungsstrafen, zur Verfügung¹⁾. Lediglich die letztere Art kommt in diesem Zusammenhang in Betracht.

Ordnungsstrafen können verhängt werden als Bußen wegen Verstoßes gegen Betriebsordnung und -Disziplin. Durch sie sollen die Pflichten des Arbeitnehmers im Rahmen seines Arbeitsvertrages für den Arbeitgeber gesichert werden; darüberhinaus handelt es sich aber generell um Strafdrohungen wegen Verstöße, die die gesamte Rege-

¹⁾ HUECK-NIPPERDEY, aaO I, S. 237 f.

lung der Betriebsgemeinschaft betreffen. Solche Strafen können als "Ausfluß der Selbstverwaltung der Betriebsgemeinschaft" zwar nur durch Betriebsvereinbarung (s.u.) festgesetzt werden¹⁾, sie stellen aber grundsätzlich geeignete Ahndungsverfahren auch bei Nichtbeachtung von Sicherungs- und Schutzvorschriften dar.

2. Regelung der Arbeitsschutzpflichten in Tarifverträgen

Die oben erörterten "Solidarnormen" (vgl. Kap. VII 2, S. 206), also Normen, "die dem einzelnen zugute kommen, aber nur als Glied des Betriebs oder der betreffenden Betriebsgruppe", umschließen im Arbeitsrecht auch "Einrichtungen zur Gefährlosstellung der Arbeit: z.B. Schutzvorrichtungen an Maschinen, Fahrstühlen; Bestimmungen ... über Bereitstellung bestimmter technischer Arbeitsmittel..."²⁾. In diesem Sinne erscheint es zulässig, auch "Vorschriften über Verhaltensweisen" in diesen Katalog einzubeziehen; allerdings bleibt eine Abgrenzung und die Frage der praktischen Normierung schwierig. Sie soll auch nicht Gegenstand dieser Erörterungen sein, sondern muß vielmehr dem Ermessen der Tarifpartner nach sachlicher Prüfung der Erfordernisse vorbehalten bleiben.

Solche normativen Bestimmungen nähmen den Charakter von "Betriebsnormen"³⁾ an, wie sie den Spezialfall o.a. Solidarnormen ausmachen. Dienstvorschriften, Bestimmungen über Anwesenheits- und Torkontrolle, Rauchverbote⁴⁾ sind nach geläufiger Ansicht hier einzureihen; einer Regelung der sicherheitsnotwendigen Verhaltensweise stände demnach vom rechtlichen Standpunkt aus nichts im Wege.

Die Regelung des sicherheitsbewußten Verhaltens kann ferner durch die sog. Einwirkungspflicht⁵⁾ der Tarifpartner bestimmt werden, durch welche sichergestellt sein soll, daß die jeweils durch die Verhandlungspartner vertretenen Kreise zur Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen angehalten werden. Versteht man unter

1) HUECK-NIPPERDEY, aaO I, S. 238 f.

2) dieselben, aaO II, S. 199.

3) dieselben, aaO II, S. 198, 205.

4) dieselben, aaO II, S. 224 f.

5) dieselben, aaO II, S. 232, 250 f.

den rein schuldrechtlich zu regelnden Tatbeständen u.a. "Bestimmungen über kollektive Pflichten im Gesamtinteresse der Arbeitnehmerschaft (... Arbeiterschutzmaßnahmen)"¹⁾, so dürfte hier eine Rechtsgrundlage gegeben sein, deren zweckgemäße Anwendung vornehmlich eine Intensivierung der gewerkschaftlichen Bemühungen um durchgreifende Schulung und Erziehung der Arbeitnehmerschaft, nicht weniger aber auch ein forciertes Vorgehen der Unternehmer bewirken wird. Innerhalb einer und derselben Partnerorganisation kann mit "innerer Vereinsgewalt" gegen die Mitglieder vorgegangen werden; diese Vereinsgewalt manifestiert sich in Verwarnungen, Androhungen von Maßnahmen, Vereinsstrafen, (Entziehung der Verbandsunterstützung) oder im schweren Falle im Ausschluß²⁾.

Erwähnt werden müssen noch die "Nebenpflichten", die sich aus dem Tarifvertrag ergeben. Hierher rechnen die Gehorsampflicht und die Treuepflicht des Arbeitnehmers; stellt erstere die Beachtung der Anweisungen des Arbeitgebers in Fragen des Betriebsablaufs zum Maßstab auf, so wird unter letzterer die Pflicht verstanden, nicht zum wirtschaftlichen Schaden des Arbeitgebers beizutragen. Mit Blickrichtung auf die Arbeitssicherheit ist es von Interesse, daß die Meldung von Maschinenstörungen, Fehlern an Werkzeugen und "im Arbeitsvorgang" ausdrücklich dieser Verpflichtung unterliegen³⁾. Überdies können Strafabreden getroffen werden, so daß also hier sich eine rechtliche Möglichkeit bietet, der einzelbetrieblichen Arbeitsorganisation evtl. mit Zwangsmitteln die erforderliche Stütze zu verleihen. Auch für Zuwiderhandlungen gegen Sicherheitsvorschriften jeglicher Art können selbstverständlich Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern über Strafen getroffen werden.

3. Regelung von Fragen der Arbeitssicherheit in Betriebsvereinbarungen

§ 57 Betriebsverfassungsgesetz gibt als "fakultative Betriebsvereinbarung" den Vertragspartnern das Recht, gewisse spezielle

1) HUECK-NIPPERDEY, aaO II, S. 516, Anm. 18.

2) dieselben, aaO II, S. 516 ff.

3) dieselben, aaO II, S. 216.

Fragen der Arbeitssicherheit nach Bedarf und Ermessen selbstständig zu regeln¹⁾. Insbesondere in Ergänzung zu § 56 Abs. 1 Betr VG, in dem bereits mit den Vorschriften über die "Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb" auch die allgemeinen Fragen über die Verhütung von Unfällen²⁾ normiert sind, muß § 57 BetrVG als Grundlage gelten können, weitergehende Abmachungen zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit zu treffen.

Das Schrifttum nennt hier mit Recht u.a. "Unterrichtung der Arbeitnehmer im Interesse des Unfall- und Gesundheitsschutzes", ferner die Einrichtung von Arbeitsschutzkommissionen³⁾. Wichtig ist ferner die Möglichkeit, in der Betriebsvereinbarung festzulegen, daß bestimmte Arbeitnehmer zur Ausbildung in Arbeitssicherheitsfragen Sonderregelungen unterliegen (z.B. Sonderurlaub)⁴⁾.

In Betriebsvereinbarungen wird die Ahndung von Verstößen gegen die Bestimmungen aus derartigen Abmachungen festgelegt⁵⁾. Die Bußen⁵⁾ müssen für bestimmte Verstöße genaue Strafwirkungen enthalten und sind daher geeignet, auf die individuellen Betriebsanfordernisse zugeschnitten zu werden.

Unter Berücksichtigung der Aufgabe, die den Gewerkschaften wie den Arbeitgeberverbänden⁶⁾ gerade im Hinblick auf die "Hilfestellung" zufällt, die sie den hauptamtlich für den Arbeitsschutz tätigen Personen (TABen, SI, Unfallobleuten, UVM) geben müssen, wäre es wünschenswert, die unter 1. bis 3. genannten Normierungen recht weit auszubauen. - Einzelheiten der rechtlichen Gestaltung können hier nicht näher erörtert werden.

4. Voraussetzungen für die Realisierung der Tarifvereinbarungen und ähnlicher Absprachen

Wichtig für die Realisierung der in 1. bis 3. aufgezeigten rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten ist eine verständnisbereite Auf-

1) DIETZ, Rolf, BetrVG, Komm. Anm. 1 zu § 57.

2) ders. Anm. 33 zu § 56.

3) FITTING-KRÄEGELOH, Komm. Anm. 7 zu § 57.

4) Vgl. DIETZ, R., Komm. Anm. 7 a zu § 57.

5) hM, so DIETZ, R., Anm. 34 zu § 56; FITTING-KRÄEGELOH, Anm. 30 zu § 56 u. die dort angeg. Lit., zustimmend auch KOCH, Jürgen R., Die Arbeitsordnung, Heidelberg 1954, S.20, 42; a.A. BÜHRIG, Anm. 11 zu § 56.

6) vgl. RUHE, Heinr., aaO I, S. 407.

fassung beider Vertragsparteien von diesen Problemen. Ein solches Verständnis ist zumindest in der theoretischen Erörterung noch nicht ganz gewonnen (das gilt nicht für die Betriebspraxis in den Mitgliedswerken der HWBG!), wie einer Verlautbarung der IG Metall entnommen werden kann. Dort wird festgestellt, es sei eine "Diskriminierung der Arbeitnehmerschaft"¹⁾ zu behaupten, ein erheblicher Prozentsatz aller Unfälle werde durch "menschliche Fehlhandlungen" verursacht. Auch die noch oft anzutreffende Parteinahme, die die Betriebsvertretungen der Werke für einen - hier sei einmal mit aller Vorsicht die Formulierung gewählt - "schuldigen" Arbeiter ergreifen, und durch die meist eine sinnvolle Ahndung einer unstatthaften Verhaltensweise unterbunden wird, müßte einer günstigeren Einstellung weichen.

Von Seiten der Arbeitgeber (Unternehmensleitungen) dürfte es wohl auch begrüßt werden, wenn in betrieblichen Vereinbarungen Absprachen über die angemessene Ahndung von Verstößen gegen Schutzbestimmungen getroffen werden könnten. Dies käme der Absicht entgegen, die Bestrafungen, die als inopportun gelten, falls sie von der Genossenschaftsverwaltung ausgesprochen werden, durch die einzelnen Unternehmensleitungen mit besserer Wirkung vornehmen zu lassen.

Die in der eisenerzeugenden Industrie der Bundesrepublik bestehenden tarifvertraglichen Abkommen enthalten bisher wie oben umrissene Bestimmungen nicht; das gilt zumindest für das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen, s. Manteltarifvertrag für Arbeiter im Bereich der metallverarbeitenden, eisen- und stahlerzeugenden Industrie des Landes Nordrhein-Westfalen, gültig ab 1. Januar 1961.

Die WiV EStInd. hat aber bereits im Jahre 1956 damit begonnen, die in Einzelabmachungen einer Reihe von Mitgliedswerken enthaltenen Vorschriften zur Arbeitssicherheit zusammenzustellen und nach Prüfung der rechtlichen Bedingungen eine geeignete Fassung zu suchen, die "zweckmäßigerweise in der Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag ihren Niederschlag finden soll"²⁾.

1) s. Entschließung Nr. 11 des 6. Gewerkschaftstages der IG Metall 1960, S. 1.

2) vgl. Jahresbericht für 1956 der WiV EStInd., S. 34.

5. Das Interesse der Unternehmensleitungen am Arbeitsschutz

Wenn die UV die vornehmste Pflichtaufgabe der BGen ist¹⁾, so ist sie zugleich vornehmste Aufgabe der Unternehmensleitungen, die ja mit den von ihnen vertretenen Werken gerade den Bestand einer BG ausmachen. Wahrscheinlich wird man nicht annehmen können, daß in Deutschland die amerikanische These Fuß faßt, ein Unternehmen mit hohen Unfallzahlen produziere auch keine qualitativ hochwertigen Erzeugnisse. Dennoch galt am Anfang der deutschen gesetzlichen UVers., Strafzuschläge (vonseiten der bg-lichen Verwaltungen, wegen hoher Unfallzahlen) seien für den Unternehmer "etwas wenn auch nicht Schimpfliches, so doch nicht empfehlenswertes"²⁾. Im Zuge einer "Aufwertung" des Sicherheitsgedankens (in allen Lebensbereichen) könnte die Frage der Betriebssicherheit rasch einen Bestandteil des good will der Unternehmung ausmachen. Daraus ließe sich, recht verstanden, ein sog. institutionelles Element der Werbung ableiten. So käme auch hier der wirtschaftliche Wert der UV zum Ausdruck.

Kapitel XII: Grundsätzliche Erwägungen zu neuen Formen berufs- genossenschaftlicher Aufsichtstätigkeit =====

Für die zentrale Steuerung der bg-lichen UV besteht der Technische Aufsichtsdiens (TAD) als ein grundsätzlich geeignetes Instrumentarium. Wieweit seine Möglichkeiten reichen, eine wirk-
same UV in den Mitgliedswerken der BG zu betreiben, ist nicht zuletzt in die Hände, d.h. in die Entscheidung der Genossen selbst gelegt. Sie müssen diese Entscheidung in doppelter Hinsicht fällen. Einmal ist Klarheit zu schaffen über die Bereit-
willigkeit zur Mitarbeit nach den Vorschlägen und dem Rat der TABen bei deren Betriebsbegehungen; zum anderen hängt es davon

1) SCHRAFT, H., aaO, S. 269; LOHMAR, P., in BG 1931, Sp. 393.

2) vgl. BG 1891, S. 223.

ab, wie die Besetzung des Aufsichtsgremiums erfolgt, ob die gesamte unfallverhütende Tätigkeit innerhalb der BG erfolgreich ist oder nicht. Daher kommt auch und gerade den Beschlüssen der Mitglieder der BG in den Organen nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, wenn Struktur und Wirkungsweise des TAD zur Debatte stehen. In diesen Kreisen hat aber auch die Seite der Versicherten gleiche Verantwortung und Verpflichtung, "solidarisch" zu handeln. - Unter diesen Gesichtspunkten sind die folgenden Ausführungen zu werten.

1. Intensivierung des Technischen Aufsichtsdienstes

Die Vorwürfe gegen die BGen richten sich in vielen Fällen auch gegen eine mangelnde Tätigkeit der nach außen hin vornehmlich in Erscheinung tretenden Technischen Aufsichtsdienste. Die über die "niedrigen" Ausgaben für UV entstandenen Mißverständnisse seien hier unberücksichtigt gelassen; sie sind bei eingehender Untersuchung rasch aufzuklären (vgl. oben). Vielmehr interessiert die Frage nach der personellen und fachlichen Besetzung der Aufsichtsdienste.

Selbst wenn man von dem richtigen Standpunkt ausgeht, der TAD sei nur ein "Steuerungsinstrument" der BG, so muß doch auf die vielfach anzutreffende zahlenmäßige Unterbesetzung dieses Gremiums hingewiesen werden. Bei der HWBG kann jeder TAB jedes Werk seines Bezirks etwa nur 3mal im Jahr besuchen, wenn man für jeden Besuch einen ganzen Tag ansetzt. Das mag in solchen Fällen ausreichen, in denen es sich um verhältnismäßig kleine Werke mit leicht überschaubaren und ziemlich unveränderlichen Produktionsverhältnissen handelt. Doch selbst da werden manche Gefahrenquellen verborgen bleiben, die der geübte Fachmann allein wegen der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht aufdecken kann. Hinzu kommt, daß bei einem mangelnden Kontakt die Bereitwilligkeit und Einsicht für die UV nur ungleich schwerer gefördert werden kann, als wenn dauernde Fühlungnahme ein echtes Verständnis für alle Einzelheiten der Arbeitssicherheit schafft.

Großbetriebe hingegen benötigen eine viel umfassendere und eingehendere Beratung durch die TABen, was von den maßgebenden Stellen immer wieder betont wird.

Außerdem ist die noch überwiegend technische Ausbildung der TABen für die Anforderungen der neuzeitlichen UV-Praxis allein nicht mehr ausreichend - was nichts gegen die Qualifikation der Aufsichtsbeamten auf technischem Gebiet besagt. Gute fachliche Befähigung bedeutet aber noch nicht die Eignung zu nützlicher und positiver Menschenführung¹⁾, hier im Sinne der psychologischen UV verstanden. Solange noch keine durchgreifende Ausbildung von Sicherheitsingenieuren auch auf diesem Sektor vorgenommen wird, ist aber die allseitig orientierte Einflußnahme der TABen von größter Wichtigkeit. Hier die richtigen Voraussetzungen zu schaffen, liegt im Bereich der Organe der BG, die ja auch über die Besetzung des TAD befinden.

Auf diese "offenen Probleme" geht der folgende Abschnitt ein.

2. Ergebnisse und Analyse einer Umfrage zu Abschnitt 1 (Teilgebiet 5 der Umfrage)

Wenn eine im Grunde unveränderte bg-liche UV weitergeführt werden soll, so muß sie nach den zutreffenden Ansichten einer Reihe der befragten SiBen doch zu einer modifizierten Form ausgebildet werden.

Bislang war hauptsächlich das Element des finanziellen Anreizes betont worden (vgl. Antworten zu Frage 20), durch den individuelle Anstrengungen und Erfolge auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit gefördert werden müssen.

Hier stehen letztlich die Werke im Vordergrund, die in gewissem Umfang selbst über die Aufwendungen mitbestimmen können, die aus ihrer Solidarhaftung erwachsen.

Eine andere Frage ist, inwieweit sich die Berufsgenossen selbst dazu bereit finden, eine vielseitig ausgerichtete Beratungsorganisation in ihrer BG zu bilden, durch deren Tätigkeit sie größere und nachhaltigeren Nutzen der UV-Maßnahmen erreichen dürften. Das läuft auf eine Umgestaltung des TAD hinaus und spricht also Struktur und Arbeitsweise des zweiten Partners der genossenschaftliche

1) vgl. WEISS, Albrecht, Aus der Praxis der sozialen Betriebsgestaltung, Mchn/Düsseldorf 1954, S. 16 f.

Gemeinschaft, der Genossenschaftsverwaltung in dem hier wiederholt gebrauchten weiteren Sinne, an.

Die Standpunkte zu diesen Sachverhalten zu klären, bezwecken die anschließend wiedergegebenen Fragen.

Frage (14) "Halten Sie eine Intensivierung des berufsgenossenschaftlichen Technischen Aufsichtsdienstes in der bisherigen oder in veränderter (erweiterter) Form für nötig oder wünschenswert?"

Die Antworten lauten grundsätzlich wie folgt:

Intensivierung des Technischen Aufsichtsdienstes

ja			9
	davon: in bisheriger Form	2	
	in erweiterter Form	4	
nein			<u>5</u>
			14

9 der 14 Befragten halten also eine Intensivierung der bg-lichen Aufsichtstätigkeit in irgendeiner Form für "nötig oder wünschenswert".

6 dieser Gruppe äußerten sich detailliert zu der Alternative, ob die bislang übliche Struktur dieser Aufsichtsstelle beibehalten oder abgeändert werden solle. Hierzu vertraten wiederum die meisten die letztere Meinung.

Immerhin ist beachtlich, daß 5 SiB den TAD in der gewohnten Weise wirken lassen wollen. Die Motive dafür - soweit sie überhaupt ausgesprochen werden, was in 3 Fällen geschah, - sind durchweg von einer vornehmlich betriebsbezogenen Warte gegeben.

Es heißt: "... die eigentliche Arbeit verbleibt sowieso im Betrieb selbst", - "für die Belange des Werkes genügt die (bisher) auf Anfrage erteilte Beratung (der Besuch des TABen) vollauf", - "eine Intensivierung des TAD ist nicht notwendig in Werken, in denen Sicherheits-Ingenieure tätig sind".

Diese Antworten sind an sich nicht überraschend. Einerseits ist richtig, daß die Sicherheitsarbeit zunächst ja nirgendwo anders als im gefährdeten Betrieb geleistet werden kann und das ja auch die wohlverstandene Grundaufgabe der in der BG zusammengeschlossenen Werke ist.

Andererseits steht aber zu vermuten, daß die Stellungnahmen nicht unbeeinflusst sind von der Tatsache, daß durch geraume Zeit hindurch die Sicherheitsstellen der Werke so weit auf sich selbst angewiesen waren, daß ihnen die "von außen" kommende Hilfsstellung noch dringend erforderlich erscheint.

Dem widerspricht auch nicht die im ganzen positive Einstellung der Befragten zu dem grundsätzlichen Wirken in der genossenschaftlichen UV (vgl. Ergebnisse zu Frage 20, oben S. 269). Eine "Selbstüberwachung der Betriebe", seit langem eine bg-liche Forderung, gehört zu den notwendigen Komponenten einer "Gemeinschafts-

arbeit", und die Gesamterfolge einer BG werden mit der Perfektionierung dieser betrieblichen Selbstüberwachung wachsen.

Dennoch verwundert, daß offenbar auch für die außertechnischen Bereiche in den ablehnenden Äußerungen keine Möglichkeit gesehen wird, sie bei einer bg-lichen Zentrale intensiver behandeln zu lassen.

Es dürfte schwer fallen, diesen weiten Komplex allein vom Standpunkt des Betriebes voll zu erfassen.
Über damit zusammenhängende Probleme vgl. Frage 15 (unten).

Besondere Ausführungen zu der Intensivierung des TAD in der bisherigen Form machen 2 SiB. Es wird gewünscht, daß der TAD persönlich so besetzt ist, daß mindestens 1 Besuch monatlich bei jedem Werk der BG erfolgen kann. -

Auch fragt man, ob die bisherige Zweigleisigkeit von TAD und GA weiterhin gelten soll; zumindest für Sonderaufgaben sei hier eine Gemeinschaftsarbeit anzustreben.

Einem TAD in veränderter Form geben 2 Meinungen den Vorzug mit der Empfehlung, das Schwergewicht auf psychologische Maßnahmen zu legen; gleichzeitig nennt eine dieser Antworten noch die verstärkte Mitarbeit von Ärzten und Chemikern (vgl. dazu auch Frage 15). -

In eine andere Richtung weist die Anregung, die einzelnen Betrieb von sachverständigen Spezialisten besuchen zu lassen, die für Sicherheitsfragen Gutachten zu erstellen und ein adäquates Sicherheitsprogramm auszuarbeiten hätten. Dem bg-lichen Aufsichtsdienst sollte dann lediglich die "Wirksamkeitskontrolle" für derartige Maßnahmen zufallen.

Frage 15 befaßt sich mit einer konkreten Gestaltungsmöglichkeit des TAD, dies auch unter dem Aspekt, daß es "Aufgabe der BGen" ist, die verschiedenartigen Wechselwirkungen zwischen Mensch im Betrieb und außertechnischen Einflüssen zu untersuchen¹⁾:

"Wie stehen Sie zu einer Anregung, bei dem Technischen Aufsichtsdienst ein 'Beratungsteam' zu bilden, das sich aus mehreren, den verschiedenen wissenschaftlich-praktischen Disziplinen zugehörigen Sachverständigen zusammensetzt (Techniker, Mediziner, Psychologe oder Pädagoge, Arbeitswissenschaftler, Werbefachmann)?"

"Welche Vorschläge hätten Sie für die Besetzung eines solchen Gremiums zu machen, falls Sie seine Errichtung für nützlich hielten?"

1) vgl. KREMER, Dionys, aaO, S. 147.

Antwort	Teilfrage 1	Teilfrage 2
positiv	8	
negativ	3	
ohne Meinung	1	
gemäß Vorschlag		3
abweichend		3
ohne Meinung		6
Sonderantworten	2	2
	14	14

Die Mehrzahl der Befragten steht diesem Vorschlag, den der Verf. aus etlichen Unterredungen mit verschiedenen Gesprächspartnern innerhalb der BG zu der obigen Formulierung verdichtet hat, positiv gegenüber.

Dabei wird in 5 Fällen der Aufbau des Beratungsteams gutgeheißen, wie er in der Frage aufgeführt ist.

In einer gleichen Anzahl von Fällen sind nur graduelle Unterschiede, bei grundsätzlicher Zustimmung, zu vermerken. 1 SiB erwähnt "pädagogisch geschulte Psychologen, Organisatoren und... Werbefachmann", nicht aber einen Mediziner; eine andere Stellungnahme betont nach dem Range der Wichtigkeit und Dringlichkeit die Berufung von Technikern, Mediziniern, Werbefachleuten (diese in größerer Zahl) und Arbeitswissenschaftlern in dieses Gremium, hält die Mitarbeit eines Psychologen hingegen für fraglich.

Schließlich wird der Anregung kein größeres Interesse bis auf die Überlegung gewidmet, einen Werbefachmann in den Apparat des TAD einzubeziehen.

Ein SiB hatte sich "mit dieser Frage noch nicht beschäftigt"; entsprechend war seine Antwort gesondert zu klassifizieren (= "ohne Meinung").

Ausgesprochen negativ haben exakt nur 3 der Befragten geantwortet. Nach dem oben (zu Frage 14) bekanntgewordenen Ergebnis, in dem 5 der befragten SiBen eine "Intensivierung des TAD" ablehnten, ergibt sich auf den ersten Blick eine Unstimmigkeit. Man muß aber beachten, daß die eine fehlende Stellungnahme der oben ausgedrückten negativen Haltung zu dem Gedanken aus Frage 15 entspringt; hinzu kommt noch eine der beiden "Sonderantworten", deren Inhalt praktisch einer Auffassung gleichkommt, die die hier erörterte Frage überflüssig werden läßt.

Das ergibt sich sogleich, wenn es heißt ("Sonderantwort" 1):

"Durch unsere Zusammenarbeit mit den TABen kann man den Eindruck gewinnen, daß ein solches Team, wenn auch nicht straff gefaßt, schon besteht."

Diese Antwort umfaßt selbstverständlich beide Teile der Frage, ebenso wie die folgende Stellungnahme:

"Es wird empfohlen, die Zusammenarbeit des TAD mit den Werken noch zu verstärken (im Sinne eines vermehrten Interesses der TABen an evtl. in den Mitgliedswerken der BG entwickelten Sicherheitsvorkehrungen, die dann weiter vermittelt werden könnten). Der TAD sollte sich selbst beraten lassen." (Sonderantwort 2).

Die 6 als "ohne Meinung" gekennzeichneten Antworten auf Absatz 2 der Frage beinhalten nicht ohne weiteres eine volle Ablehnung des ersten Teils des Vorschlages. Allerdings ist auch nicht gesagt, ob sie dem zustimmen, was für die Besetzung des Gremiums in der obigen Reihenfolge (nach dem Range der Wichtigkeit) angeführt ist. Abgesehen von dem einen Fall, in dem auch eine Stellungnahme zu Absatz 1 entfällt (vgl. oben), haben sich aber 4 der Befragten für ein Beratungsteam ausgesprochen, und nur einer dagegen.

Es leuchtet ein, daß ein mehrseitig ausgerichtetes Team nicht mit allen Mitarbeitern gleichzeitig den laufenden bzw. den hauptsächlichsten Kontakt zu den Sicherheitsabteilungen der Werke ausüben kann. Dafür bedarf es einer Person, über die alle Einzelverbindungen hin und her laufen.

Wie die Werke zu der Qualifikation dieser Person stehen, versuchte Frage 16 zu klären:

"Welcher Berufs- bzw. Ausbildungsrichtung müßte nach Ihrer Ansicht dasjenige Mitglied des berufsgenossenschaftlichen 'Beratungsteams' angehören, das mit den Mitgliedswerken den meisten unmittelbaren Kontakt hat ?"

Die Sicherheitsbeauftragten entschieden sich für

einen <u>Techniker</u>	in 9 Fällen
<u>sonstige Berufsrichtung</u>	in 2 Fällen und blieben
<u>"ohne Meinung"</u>	in 3 Fällen

Von der praktischen Wichtigkeit des maschinellen Betriebsablaufs und dem Umstand, daß durch ihn gerade die häufigsten Gefahren erwachsen, folgern die meisten Befragten, der "Sicherheitsfachmann" müsse überall in erster Linie ein Techniker sein.

Nur 2mal gelangt die wichtige Sphäre der Erziehungsarbeit in der UV zu Bedeutung. 1mal wird ein "Psychologe oder Pädagoge und Werbefachmann" genannt.

Es scheint aber zu weitgehend, die unbedingt notwendigen technischen Kontakte so weit zurückzudrängen. In diesem Zusammenhang hat offenbar die Formulierung das größte Gewicht, die die "Mittels person" in einem "mit guten psychologischen Grundkenntnissen ausgerüsteten Techniker" sehen will.

"Ohne Meinung" sind in Anlehnung an Frage 15 (vgl. dort, oben S. 283) 3 SiB, die schon die Errichtung eines Beratungsteams für nicht erforderlich gehalten hatten.

Eine Neustrukturierung des TAD wird sicherlich Mühe kosten, nicht zuletzt wegen des Widerstandes aus "Beharrungswillen" und durch eine "starke Verslossenheit gegen neue Ideen", wie es 1 SiB ausdrückt.

Doch müßte "ein nicht voreingenommenes Beratungsteam ... in Werken mit bestgeeigneten Sicherheitsabteilungen wertvolle Erfahrungen sammeln können, verbunden mit Ratschlägen an den SI. Wenn diesem Team genügend Zeit zur Verfügung steht, müßten Vorschläge in anderen Werken möglich sein".

Hierin ist der Weg zu einer neuartigen "Gemeinschaftsarbeit" innerhalb der BG angedeutet.

3. Die Möglichkeiten und Grenzen der Umstrukturierung des Technischen Aufsichtsdienstes

Über die praktische Ausgestaltung und die einsatzmäßige Verwendung des unter 2. gekennzeichneten Beratungsteams sind noch keine näheren Ausführungen möglich, da diese Vorschläge hier erstmals aufgegriffen und nur von einem kleinen Kreis der Beteiligten bisher erörtert worden sind. Dennoch soll in kurzen Zügen umrissen werden, worauf es in Zukunft grundsätzlich ankommt.

Gewiß ist es richtig, daß aus den Unfällen selbst und der genauen Kenntnis ihrer Verursachung wertvolle und nützliche Hinweise für die UV gewonnen werden können, und daß die Ursachenforschung allein die Basis für die erfolgreiche Bekämpfung der Gefahren bildet.

Doch ruht, wie mit der neueren Meinung zunehmend hervortritt, das Schwergewicht zukünftiger praktischer UV-Arbeit auf den präventiven Abwehrmaßnahmen.

Der Primat der Prävention erfordert aber eine detaillierte und gleichzeitige Behandlung sämtlicher Ursachenbereiche, die nur durch eine gruppenweise Bearbeitung der Probleme in den Griff zu bekommen ist.

Das Ziel aller Arbeitssicherheitsmaßnahmen ist, "alle vermeidbaren Risiken auszuschalten. Vermeidbare Risiken gehören nicht zum normalen Arbeitsablauf; vorbeugende Maßnahmen sind nicht nur ein Ausdruck instinktiver Furcht vor Gefahren, sondern das Ergebnis sorgfältiger Beobachtungen und vernünftiger Schlußfolgerungen. Es darf also nicht mehr sein, daß Unfallquellen erst da-

durch erkannt werden, daß Unfälle geschehen. Die Unfallsicherheit bedingt unmittelbar die Betriebssicherheit"¹⁾.

In der Gewährleistung der Betriebssicherheit als der störungsfreien Ablaufprozesse im Fertigungsverfahren hat demnach der TAD zumindest mittelbar die Aufgabe der Zukunft zu sehen. Wenn UV "Ausschluß jeder Unfallmöglichkeit" bedeutet, so bietet sich die Gelegenheit dazu offerbar nur in der planmäßigen Einrichtung der Arbeitssicherheit, das heißt durch im vorhinein berücksichtigte Gefahrenmomente und Gegenmittel. Dazu scheint es angebracht, neben den Techniker im TAD im engen Kontakt den Arbeitsmediziner, Pädagogen und Soziologen zu stellen. Deren Wirkungsbereiche finden notwendig einmal in ihren fachlichen Aufgaben, aber zum andern auch durch die institutionellen Gegebenheiten ihre Grenze.

Hemmungsfaktoren für die praktische Arbeit könnten Zuständigkeitsstreit im Beratungsteam und - in Verkennung der Aufgabe - "inquisitorische" Schuldsuche auf der einen, der Argwohn der Preisgabe von Betriebsgeheimnissen auf der anderen Seite sein.

Wieweit und wie schnell das auszuräumen ist, hängt sowohl von den Mitgliedern der Gruppe selbst als auch von den Partnern in den Betrieben ab.

Eine überbetriebliche Kontrollinstanz nach der Konzeption einer "Arbeitsschutzinspektion"²⁾ läßt sich bei Aufrechterhaltung der bg-lichen Struktur nicht vertreten, obgleich ihre Wirkungsweise vom Theoretischen her als günstig zu bezeichnen wäre.

Im Rahmen der jetzigen Institution kommt es entscheidend darauf an, nicht zu übersehen, daß Unfallverhütung eine Gemeinschaftsaufgabe ist.

1) BALKE, Siegfried, aaO II, BG 1959, S. 271.

2) AUFORENKOLLEKTIV, aaO, S. 60 ff., 64 f.

A n l a g e I

Zum (Arbeits-)Thema einer Dissertation über die

"Geschichte und Methodik der Unfallverhütung,
dargestellt anhand der Gegebenheiten bei der
Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft"

U M F R A G E

bei mehreren Werken der Hütten- und walzwerks-berufsgenossen-
schaft

Bitte, beantworten Sie die folgenden Fragen:

1. Können Sie nachweisen, ob und evtl. wann die BG auf die Er-
richtung eines Sicherheitswesens in Ihrem Werk Einfluß ge-
nommen hat ?
2. Welchen Charakter messen Sie den zwischen Ihrem Werk und
der BG bzw. der Gewerbeaufsicht bestehenden Verbindungen
hauptsächlich bei ?
3. Geben Sie bitte möglichst genau an (Zeitraum: seit kriegs-
ende), wie oft durchschnittlich im Jahr ein Besuch
a) des Technischen Aufsichtsbeamten der BG und
b) des Gewerbeaufsichtsbeamten
erfolgt(e).
Bitte, geben Sie auch die Abstände der Besuche an.
4. In welchem Verhältnis steht der Schriftwechsel Ihres werkes
mit der BG zu dem mit der Gewerbeaufsicht ?
5. können Sie Angaben machen über das Ausmaß der Korrespondenz,
die Ihr werk seit kriegsende mit der BG über spezielle Be-
ratung außerhalb des durch die Unfallverhütungsvorschriften
geregelten Bereichs führte ?
Handelt es sich hierbei um vom werk ausgehende Anträgen oder
um Anordnungen seitens der BG ?
6. wie oft (seit kriegsende) erhielt Ihr werk von der BG tech-
nische und sonstige Beratung (außer UVVn), die zu werkssei-
tigem Handeln Anlaß gab ?
Welcher Art war die Beratung (Rundschreiben, Mitteilungs-
blätter, persönliche Hinweise des Technischen Aufsichts-
beamten, Schulungen o.a.) ?

7. Hat die BG in der Vergangenheit von Ihrem Werk Berichterstattung über den Stand oder die Entwicklung von Sicherheitsmaßnahmen gefordert, die auf anderen Direktiven als auf denen der UVVen beruhen (z.B. UV durch betriebsorganisatorische, psychologische, pädagogische Maßnahmen) ?
8. Wie oft haben (nachweislich) die Technischen Aufsichtsbeamten Erkundigung eingeholt über Maßnahmen Ihres Werkes auf dem Gebiet der psychologischen oder pädagogischen UV ?
9. Ist Ihr Werk bereits einmal in die Lage versetzt gewesen, von der BG Beratungshilfe zu erbitten, die sich auf umfassende überbetriebliche Untersuchungen stützen müßte (z.B. Ergeonisse von Forschungsaufträgen seitens der BG) ?
Wurden Sie eine solche Verfahrensweise zur Verbesserung der Arbeitssicherheit in Ihrem Werk begrüßt haben oder für richtig halten ?
10. Betrachten Sie das Vorbelastungsverfahren als ein (wirksames) Mittel der BG, die werksseitigen Bemühungen und Fortschritte auf dem Gebiet der (gesamten!) UV anzuregen, zu begünstigen und auf ihre Ergebnisse hin zu kontrollieren ?
Wie sollte bei etwaiger Änderung das Vorbelastungsverfahren gestaltet sein ?
11. Äußern Sie sich bitte zu Form, Umfang und Zweckmäßigkeit der Unfallverhütungsvorschriften !
12. Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit folgender von der BG eingesetzter "Werbemittel":
 - a) UV-Plakate
 - b) UV-Filme
 - c) Sicherheitslehrbriefe
 - d) UV-Kalender
 - e) UV-Schrift "Unfallwehr"
 - f) Zeitschrift "Moderne Unfallverhütung"
 - g) Prämien für Hilfs- und Rettungstatenjeweils hinsichtlich (1) Umfang, (2) Zweckmäßigkeit und (3) Wirksamkeit ?
13. Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit der von der berufsgenossenschaftlichen Schulungsstätte durchgeführten Lehrgänge zur Arbeitssicherheit ?
Sehen Sie notwendige Lehrgebiete, die das Programm der Schule noch enthalten müßte ?
Beurteilen Sie bitte auch ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Information hoher betrieblicher Führungskräfte !
14. Halten Sie eine Intensivierung des berufsgenossenschaftlichen Technischen Aufsichtsdienstes in der bisherigen oder in veränderter (erweiterter) Form für nötig oder wünschenswert ?

15. Wie stehen Sie zu einer Anregung, bei dem Technischen Auf-
sichtsdienst ein "Beratungsteam" zu bilden, das sich aus
mehreren, den verschiedenen wissenschaftlich-praktischen
Disziplinen zugehörigen Sachverständigen zusammensetzt
(Techniker, Mediziner, Psychologe oder Pädagoge, Arbeits-
wissenschaftler, Werbefachmann) ?

Welche Vorschläge hätten Sie für die Besetzung eines sol-
chen Gremiums zu machen, falls Sie seine Errichtung für
nützlich hielten ?

16. Welcher Berufs- bzw. Ausbildungsrichtung müßte nach Ihrer
Ansicht dasjenige Mitglied des berufsgenossenschaftlichen
"Beratungsteams" angehören, das mit den Mitgliedswerken
den meisten unmittelbaren Kontakt hat ?
17. Welchen Hauptnutzen sehen Sie in der vom Technischen Auf-
sichtsdienst monatlich herausgegebenen "Arbeitsschutz-
Statistik" ?
18. Welche Bedeutung messen Sie den berufsgenossenschaftlichen
Prüfstellen, Fachausschüssen und Forschungsinstituten für
die werksseitige UV bei ?
19. Welchen Einfluß haben nach Ihrer Ansicht die Zeitschrift
"Die Berufsgenossenschaft" und der "Jahresbericht der ge-
werblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung"
auf die betrieblichen Bemühungen um Arbeitssicherheit ?
20. Sehen Sie die berufsgenossenschaftliche Struktur der deut-
schen Unfallversicherungsträger für die Belange der Unfall-
verhütung heute noch als zweckmäßig und förderlich an ?
21. Seit wann besteht Ihr Werk (Unternehmen) - wenn auch in
einer im Verhältnis zu heute veränderten Rechtsform oder
Struktur ?
22. Wie lange sind Sie in Ihrem Werk als Leiter des Sicherheits-
wesens (Sicherheitsbeauftragter) tätig ?

A n l a g e II

Die Bestimmungen über Unfallverhütung im Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG) vom 30. April 1963

(BGBl I, S.241)

=====

Geraume Zeit nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung trat am 1. Juli 1963 das UVNG in kraft. - Hier ist auf die Bestimmungen dieses Gesetzes, soweit sie für die UV von Bedeutung sind, Bezug genommen. Die in dieser Schrift zitierten Vorschriften der RVO sind teilweise durch neue Paragraphen ersetzt worden; s. dazu Art. 1 UVNG, betr. Änderung des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung¹⁾.

Auf die neuen Vorschriften ist in der Reihentolge hingewiesen, wie sie in den einzelnen Kapiteln dieser Untersuchung zur Sprache kommen.

1. Das UVNG stellt als e r s t e s Ziel der UVers. die U n f a l l v e r h ü t u n g heraus. Vgl. § 537 UVNG:
"Aufgabe der UVers. sind nach Maßgabe der folgenden Vorschriften

1. Arbeitsunfälle zu verhüten ...".

Vgl. Kap. II (S. 46 ff.).

2. Die TABen sind lt. UVNG berechtigt, bei Gefahr im Verzuge sofort vollziehbare Anordnungen zur Beseitigung von Unfallgefahren zu treffen (vgl. § 714 Abs. 1, S. 5 UVNG).

Diese Vorschrift bedeutet eine sehr nützliche erhebliche Erweiterung der Befugnisse der TABen.

Vgl. Kap. II (S. 60).

3. Gegen Mitglieder oder versicherte der BG, die vorsätzlich oder fahrlässig gegen UVVen verstoßen, hat der Vorstand Ordnungsstrafen bis zu DM 10.000,-- festzusetzen; bei son-

1) s. dazu auch SCHIEKE, Heinz, Die Neuregelung der sozialen UVers., Berlin 1963.

stigen fahrlässigen Verstößen kann der Vorstand solche Ordnungsstrafen festsetzen (vgl. § 710 Abs. 1 UVNG).

Aus der entsprechenden Kann-Vorschrift der RVO ist eine Muß-Vorschrift geworden, die grundsätzlich für Mitglieder wie Versicherte den gleichen Strafraum bestimmt.

Vgl. Kap. IV (S. 124).

4. Die BG hat nunmehr als Anreiz zur UV ein Vorbelastungs- oder Prämienverfahren zur Beitragserhebung o b l i g a t o r i s c h einzuführen (vgl. § 725 Abs. 2 UVNG).

Die wirtschaftliche Seite der UV wird damit gesetzlich hervorgehoben und zur pflichtgemäßen Beachtung "aufgewertet".

Vgl. Kap. IV (S. 125 ff.).

5. In Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten hat der Unternehmer einen oder mehrere Sicherheitsbeauftragte zu bestellen. Dabei hat die Betriebsvertretung mitzuwirken. Die Satzung der BG kann eine höhere Mindestzahl der Beschäftigten bestimmen.

Die Sicherheitsbeauftragten haben den Unternehmer bei der Durchführung der UV zu unterstützen. Der Unternehmer oder sein Beauftragter sollen sich mindestens einmal im Monat mit den Sicherheitsbeauftragten zum Erfahrungsaustausch treffen.

Die Zahl der Sicherheitsbeauftragten ist in den UVVen zu bestimmen (vgl. § 719 UVNG).

Die in dieser Schrift benutzte Bezeichnung "Sicherheitsbeauftragte" (SiB) stimmt mit der Terminologie des UVNG nicht immer überein. Der Sicherheitsbeauftragte des UVNG ist gleichbedeutend mit dem bisherigen Unfallvertrauensmann (UVM).

Die neue Vorschrift verstärkt die personell-organisatorische Seite der UV.

Vgl. Kap. VI (S. 161 ff.).

6. Die BGen haben für die erforderliche Ausbildung der Sicherheitsbeauftragten zu sorgen und sich dabei mit den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden ins Benehmen zu setzen (vgl. § 720 UVNG).

Auf eine sachgemäße Ausbildung der Sicherheitsbeauftragten hat der Gesetzgeber besonderen Wert gelegt.

Vgl. Kap. VI (S. 171 ff.).

7. Die BGen erlassen neben den bisher zur Sicherung des Betriebes notwendigen Vorschriften auch solche über ärztliche Untersuchungen von Versicherten, die mit besonders gefährlichen oder verantwortungsvollen Aufgaben beschäftigt sind (vgl. § 708 Abs. 1 Zif. 3 UVNG).

Hiermit soll die Gefahrenquelle "physischer (psychischer) Unfallursachenbereich" bei besonders gefährdeten Arbeitnehmern beseitigt werden.

Vgl. Kap. VI (S. 193 ff.).

8. Die Bundesregierung hat dem Bundestag jährlich einen Bericht über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der Bundesrepublik (Unfallverhütungsbericht) zu erstatten. (vgl. § 722 Abs. 1 UVNG).

Mit der Kontrolle durch das Parlament scheint eine günstige Regelung gefunden, Aufgaben und Erfolge der UV weithin aufzuhellen.

Vgl. Kap. VIII (S. 227).

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

I. Bücher

- Aehinger, Hans; Höffner, Josef; Muthesius, Hans; Neundörfer, Ludwig: Neuordnung der sozialen Leistungen, Denkschrift Köln 1955
- Autorenkollektiv: Arbeitsschutz im Industriebetrieb (Heft 5 der Schriftenreihe Arbeitsschutz des Instituts für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung Dresden), 3. Aufl. Berlin 1961
- Accident Prevention Manual for Industrial Operations, 3. Aufl. Chicago 1955
- Amtliche Begründung zur Reichsversicherungsordnung (1911)
- Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes (für Reichsversicherung), Jahrgang 1886 - 1944
- Arbeitsberichte des Ausschusses für soziale Betriebsgestaltung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Informationen für die Betriebsleitung Nr. 14 - Stand Juli 1961)
- 25 Jahre Arbeitnordwest, Berlin 1929
- Bartsch, Heinrich - s. Hebestreit
- Berckhoff, H.O.: Produktivität und Unfallverhütung Düsseldorf 1953
- Bertschi, E.: Unfallverhütung, Erfolg und Mißerfolg Thun/München o.J.
- Bischoff, Hans-Albrecht: Staatsaufsicht und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung
in: Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht;
Festschrift für Friedrich Sitzler,
Tübingen 1956, S. 113
- Böhm, Gustav: Arbeitsrecht und Sozialpolitik München 1929
- Bornemann, E.; Mausloff, A.; Pietrowicz, P.; Ruhe, H.; Zweiling, G.: Der Stand der Unfallverhütung in Wissenschaft und Praxis, Stuttgart/Düsseldorf 1956
- Brackmann, Kurt (Herausgeber) s. Handbuch der Sozialversicherung.

- Brenner, Otto: Sicherheit des arbeitenden Menschen - eine gewerkschaftliche Aufgabe, in: Arbeitssicherheit - eine gesellschaftliche Aufgabe (hrsg. von der IG - Metall) Frankfurt (M.) o.J.
- Brepohl, Wilhelm: Industrievolk im Wandel von der agrarischen zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957
- Brinkmann, August; Hofmann, Friedrich; Mausolf, Anneliese: Die direkten und indirekten Kosten von Arbeitsunfällen, Heft 6 der Sozialwirtschaftlichen Schriftenreihe, Düsseldorf 1954
- Brockhoff, W.: Arbeitssicherheit als Element der Betriebsführung, in: Arbeitssicherheit - eine gesellschaftliche Aufgabe (hrsg. von der IG - Metall) Frankfurt (M.) o.J.
- Bührig, E. (Herausgeber) s. Handbuch der Betriebsverfassung
- Burkhardt, F.: Psychologische Unfallverhütung in Theorie und Praxis, in: Arbeitssicherheit - eine gesellschaftliche Aufgabe (hrsg. von der IG - Metall) Frankfurt (M.) o.J.
- Betriebswacht, Jahresvormerkbuch der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Jahrgang 1960, 1962, 1963
- Didier, Paul: Kernfragen der Unfallverhütung, Düsseldorf 1931
- Didier, Paul/ Cunit, Eberhard: Eisenhüttenmann, schütze dich! (Sicherheitslehrbrief für Hüttenarbeiter) Düsseldorf 1950
- Draheim, Georg: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952
- Fangmeyer, Wilhelm: Leitfaden der Sozialversicherung (Loseblatt), 3. Aufl., Essen 1938/39
- ders.: Die Begriffe Arbeitsunfall und Berufskrankheit Essen 1950
- Eckert, J.: Zur Neugestaltung der deutschen Sozialversicherung München 1946
- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Entwicklung der Löhne, der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit 1960, Luxemburg 1960
- Fisher, Ronald A.: Statistische Methoden für die Wissenschaft, dt. 12. Aufl. Edinburg/London 1956

Forsthoff, Ernst: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Bd.
Allgemeiner Teil, 8. Aufl.,
München und Berlin 1961

Frankenstein, Kuno: Der Arbeiterschutz, Leipzig 1896

Friedmann, Georges: Der Mensch in der mechanisierten Pro-
duktion, dt. Köln 1952

Ford-Werke: Über den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten
der Unfallverhütung in allen Lebensbereichen der
Bundesrepublik Deutschland, Köln o. J.

Geck, Ludwig Heinrich Adolph: Die sozialen Arbeitsverhält-
nisse im Wandel der Zeit,
Berlin 1931

Giese, Fritz (Herausgeber) s. Handwörterbuch der Arbeits-
wissenschaft

Gniza, E.: Methoden der Unfallermittlung und Unfallstatistik,
Berlin 1958

Gottschalk, Friedrich; Guertler, Heinz: Handbuch der Unfall-
verhütung, Stuttgart/Düsseldorf 1959

Graf, Otto: Arbeitsphysiologie, Wiesbaden 1960

Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre,
Bd. I 2. Aufl.
Berlin/Göttingen/Heidelberg 1955

ders.: Unternehmensführung, Wiesbaden 1962

Grundsatzfragen der sozialen Unfallversicherung,
Festschrift für Herbert Lauterbach zum 60. Geburtstag,
Berlin 1961

Hasenclever, D. s. Winkel, A./ Hasenclever

Hartmann, Konrad; Schliesinger, Georg: Unfallverhütung und
Betriebssicherheit, Berlin 1910

Hebestreit, Hermann; Bartsch, Heinrich: Die Berufskrankheiten
in der Unfallversicherung,
Berlin 1937

Heinrich, H.W.: Industrial Accident Prevention, 3. Aufl.,
New York, Toronto, London 1950

Heintges, Karl: Die Metallwerkerlehre, 12. Aufl., Bd.1 und 2,
Düsseldorf o. J.

Henrison, St.; Haseloff, O.W.; Hofmann, H.J.: Kleines Lehr-
buch der Statistik, Berlin 1960

Henzel, Fritz: Die Kostenrechnung, 2. Aufl.,
Stuttgart 1950

Henzler, Reinhold: Betriebswirtschaftliche Probleme des
Genossenschaftswesens, Wiesbaden 1962

Hische, Wilhelm: Arbeitspsychologie, Hannover 1950

Hofmann, Friedrich: Untersuchung der bekannten Beitragsver-
fahren zur gesetzlichen Unfallversicherung und Ent-
wurf eines Beitragsverfahrens für die Berufsgenossen-
schaften der Eisen- und Stahlindustrie, als Manuskript
gedruckt o.O.u.J.

ders.: Wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet des
Arbeitsschutzes, - unveröffentlichtes Manuskript -
Essen 1953

Höffner, Josef s. Achinger ...

Hueck, Alfred; Nipperdey, Hans-Carl: Lehrbuch des Arbeits-
rechts, 6. Aufl., Bd. I 1959, Bd. II 1957,
Berlin/Frankfurt (M.)

Hueck, Götz: Die Betriebsvereinbarung,
Münster/Köln 1952

Ifo - Institut für wirtschaftsforschung: Soziale Auswirkungen
des technischen Fortschritts, Heft 51 der Schriften-
reihe des Ifo - Instituts,
Berlin/München 1962

IG Metall (Herausgeber): Arbeitssicherheit - eine gesell-
schaftliche Aufgabe (Vorträge auf der Arbeitssicher-
heitstagung der IG Metall vom 26. - 28. 3. 1962, Essen)
Frankfurt (M.) o.J.

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit:
Die Kosten der Sozialen Sicherheit 1949 - 1951.
Eine Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes
Gené 1955

Jamrowski Otto (Herausgeber) s. Handbuch des Betriebsführers

Jastrow, J.: Was ist Arbeiterschutz ? in: Arbeiterschutz,
Textbücher zu Studien über Wirtschaft und Staat,
hrsg. von J. Jastrow, Bd. 2,
Berlin 1912

Jochmus, Hermann: Wesen, Aufbau und Aufgaben der gewerblichen
Berufsgenossenschaften, 2. Aufl.
Berlin/Bielefeld/München 1953

Kaskel, Walter: Arbeitsrecht 5. Aufl. (bearbeitet von
H. Dersch) Berlin/Göttingen/Heidelberg 1957

- Kaufmann, Paul: Schadenverhütendes wirken in der deutschen Sozialversicherung, Berlin 1913
(zit. nach Prellet, Ludwig in: Sitzler - Festschrift)
- Klost, Walter: Unfallverhütung im Betrieb,
München 1962
- Koch, Hans: Taschenbuch des Sicherheits-Ingenieurs,
Berlin 1958
- Koch, Jürgen R.: Die Arbeitsordnung, Heidelberg 1954
- Bericht über den 5. Internationalen Kongreß für Rettungswesen und erste Hilfe bei Unfällen
Amsterdam 1927
- Bericht über den 5. Internationalen Kongreß für Rettungswesen und erste Hilfe in Zürich und St. Moritz 1939
- Die Akten über den 1. Weltkongreß über die Verhütung von Arbeitsunfällen Rom 1955, 2 Bände,
Rom 1957
- Vorträge über den 3. Weltkongreß für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
Paris 1961
- Lauterbach, Herbert; Crantz, Friedrich; Demiani, Wilhelm: Grundriß der Reichsunfallversicherung,
Berlin 1940
- Lauterbach, Herbert: Die Entwicklung der deutschen Reichsunfallversicherung, insbesondere während des Krieges 1939 - 1945, und ihr Stand im Jahre 1949 in den westlichen Besatzungszonen, 3 Bände, als Manuskript gedruckt, Bonn 1950
- ders.: 75 Jahre Berufsgenossenschaftliche Arbeit - Rückblick und Ausblick (Vortrag in der Vertreterversammlung der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft am 11. November 1960), als Manuskript vervielfältigt
- Lauterbach, Herbert; Podzun, Hanns: Die gesetzliche Unfallversicherung, 4. Aufl.,
Bad Godesberg 1960
- Lehmhaus, F.W.: Den Menschen gewinnen zur Sicherheit (Broschüre, hrsg. von der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, Köln) o.J.
- ders.: Der Arbeitsschutz im Lehrplan (Herausgeber wie oben), Köln o.J.

- Lejeune, W.: Kulturelle und gesellschaftliche Probleme der technisierten und industriellen Lebensbereiche, in: Arbeitssicherheit - eine gesellschaftliche Aufgabe, Frankfurt (M.) o.J.
- Mausolff, Anneliese s. Brinkmann ...
- Mellerowicz, Konrad: Kosten und Kostenrechnung, Bd. I, 3. Aufl., Berlin 1957
- Moede, Walther: Arbeitstechnik, Stuttgart 1935
- ders.: Eignungsprüfung und Arbeitseinsatz, Stuttgart 1943
- Muthesius, Hans s. Achinger ...
- Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1907 (usw. bis 1916) Stuttgart
- Neuloh, Otto; Graf, Otto; Mausolff, Anneliese; Rüssel, Arnulf; Ruhe, Heinrich: Der Arbeitsunfall und seine Ursachen, Stuttgart und Düsseldorf 1957
- Neundörfer, Ludwig s. Achinger ...
- Nikisch, Arthur: Arbeitsrecht Bd. 1 und 2, 2. Aufl. Tübingen 1959
- Noell, Kurt: Die gesetzliche Unfallversicherung der Unternehmer in: Lauterbach - Festschrift, S. 105
- Opel, Fritz: Der deutsche Metallarbeiterverband während des 1. Weltkrieges und der Revolution Hannover/Frankfurt (M.) 1957
- Ordinanz, Wilhelm: Der Arbeitsschutz des einzelnen München 1960
- Passfeld, Heinz: Kostenersparnisse durch Förderung der Arbeitssicherheit, Hausarbeit zur Erlangung des Wirtschaftsdiplooms Dinslaken 1962 (als Manuskript gedruckt)
- Pflaum, Hans-Joachim: Die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften, Köln o.J.
- Plückebaum, Rudolf: Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, um bei Großgenossenschaften das Verhältnis der Genossen zur Genossenschaft enger zu gestalten? Diss. Münster 1955
- Poerschke, Stephan: Die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Deutschland, 2. Aufl., Jena 1913

- Popitz, Heinrich; Bahrdt, Hans Paul; Jüres, Ernst August;
Kesting, Hanno; Das Gesellschaftsbild des Arbeiters
(Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie)
2. Aufl., Tübingen 1961
- Preller, Ludwig: Vorsorge als Grundanspruch eines modernen
Sozialrechts in: Sozialpolitik, Arbeits- und Sozial-
recht, Festschrift für Friedrich Sitzler,
Stuttgart 1956, S. 165
- Ritter, Erik H.: Mehr Sicherheit durch Unfallverhütung von
Grund auf, Hattingen 1960 (als Manuskript gedruckt)
- ders.: Geschichtliches und Kritisches zur Bildung der Ar-
beitsgemeinschaft Arbeitssicherheit in: Bericht und
Denkschrift ... (Hrsg. vom VDSI) Hattingen 1961
- Rohrbeck, Walter; Roehrbein, Erich; Meyrich, Carl:
Zum Problem der Realisierbarkeit der Vorschläge der
der Rothenfelser Denkschrift über "Die Neuordnung der
sozialen Leistungen"
Berlin 1955
- Die Reform der Sozialversicherung - eine Schicksalsfrage des
deutschen Volkes
Vorschläge der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände, Berlin 1930
- Sommerfeld, Erich: Unfallforschung im Dienste der betriebli-
chen Unfallverhütung Köln, Frechen 1961
- Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht
Festschrift für Friedrich Sitzler,
Stuttgart 1956
- Symanski, H.: Die Aufgaben des Werksarztes im Rahmen der
Arbeitssicherheit in: Arbeitssicherheit - eine gesell-
schaftliche Aufgabe, Frankfurt (M.) o.J.
- Syrup, Friedrich (Herausgeber) s. Handbuch des Arbeitsschutzes
und der Betriebssicherheit
- Sicherheitslehrbrief für Kranführer und Anbinder
hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und
Metall-Berufsgenossenschaften, Hannover 1961
- Schelsky, Helmut: Aufgaben und Grenzen der Betriebssoziologie
in: Wege zum sozialen Frieden (hrsg. von Heinz-Dietrich
Ortlieb und Helmut Schelsky)
Stuttgart/Düsseldorf 1954, S. 207 (I)
- ders.: Industrie- und Betriebssoziologie in: Soziologie
(hrsg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky)
Düsseldorf/Köln 1955, S. 159 (II)

- Schelsky, Helmut: Die Zukunft des Menschen in der industriellen Arbeitswelt (Heft 16 der Schriftenreihe der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens e.V.)
Düsseldorf 1962 (III)
- Schmalenbach, Eugen: Kostenrechnung und Preispolitik, 7. Aufl.
Köln/Opladen 1956
- Schneider, Joseph: Die Entwicklung des Rechtsschutzes in der Sozialversicherung in: Festschrift für Friedrich Sitzler
Stuttgart 1956, S. 329
- Schnettler, Albert: Betriebsanalyse 2. Aufl.
Stuttgart 1960
- Schrader, Hermann: Der Schutz gegen Arbeitsschäden in der Sozialreform
Berlin/Bielefeld/München 1955
- Schraff, Hans: Die deutsche soziale Unfallversicherung; Bewährung, Wandel und Ausblick in: Beiträge zur Sozialversicherung, Berlin 1954
- Schwenger, Rudolf: Die betriebliche Sozialpolitik in der westdeutschen Großenindustrie
München und Leipzig 1934
- Teissl, Ludwig: Unfallverhütung und Unfallforschung
Berlin 1935
- Treichel, Heinrich (Herausgeber) s. Praktisches Handbuch des Betriebsräterechts
- Unfallverhütung und Betriebssicherheit
Denkschrift des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der gewerblichen Arbeiterversicherung (bearbeitet von Konrad Hartmann und Georg Schlesinger)
Berlin 1910
- Der Unfallvertrauensmann im Betrieb (Broschüre, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metall-Berufsgenossenschaften, Hannover o.J.
- Vogel, Walter: Bismarcks Arbeiterversicherung
Braunschweig 1951
- Volkman, Paul: Die Zentralstelle für Unfallverhütung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften in: Grundsatzfragen der Sozialen Unfallversicherung, Festschrift für Herbert Lauterbach Berlin 1961, S. 271
- Verein Deutscher Sicherheits - Ingenieure (Herausgeber): Aufgaben und Ziele
Düsseldorf 1960

- Verein Deutscher Sicherheits - Ingenieure (Herausgeber):
Die Aufgaben und Ziele im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der Arbeitssicherheit
Essen 1960 (Heft 2 der Schriftenreihe Arbeitssicherheit)
- ders.: Bericht und Denkschrift über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitssicherheit als zentrale Stelle für die Zusammenarbeit aller unmittelbar oder mittelbar für die Unfallverhütung wirkenden Stellen und Organisationen
Hattingen 1961
- ders.: Atemschutz im Industriebetrieb Essen 1961 (Heft 3 der Schriftenreihe Arbeitssicherheit)
- ders.: Arbeitssicherheit als Aufgabe wirtschaftlicher Betriebsführung
(hrsg. in Zusammenarbeit mit der Werksärztlichen Arbeitsgemeinschaft und dem Verein Deutscher Revisions-Ingenieure) o.O. 1960
- Wagner, Reinhold: Der Arbeitsunfall 3. Aufl.
Berlin 1955
- Wagner, W.: Möglichkeiten zur Intensivierung der Unfallverhütung (als Manuskript gedruckt nach einem Vortrag anlässlich der Sitzung der Arbeitsdirektoren am 21. Juni 1960 in Dortmund)
- Weiss, Albrecht: Aus der Praxis der sozialen Betriebsgestaltung, München/Düsseldorf 1950
- Wieber, Franz: Der Arbeiterschutz in der gesundheitsschädlichen und schweren Industrie o.O. 1909
- Wilmes, Otto: Unfallschutz als Führungsaufgabe
Frankfurt (M.)/Bad Harzburg 1961
- Winkel, A.; Hasenclever, D.: Die gewerbehygienische Bedeutung von radioaktiven Schwebstoffen in: Festschrift für Herbert Lauterbach, S. 287
- Zöllner, D.: Die soziale Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland 2. Aufl.
Godesberg 1961

II. Beiträge in Zeitschriften, Sammelwerken, Handwörter- büchern, amtlichen Veröffentlichungen und Archiven

1. Folge der Beiträge

("BG" steht für "Die Berufsgenossenschaft")

Adam, Robert: Die Unfallversicherung in USA in: Bundes-
arbeitsblatt 1961, S. 320

Ambrosius, Ludwig: Organisationsformen der Technischen
Aufsicht in: BG 1951, S. 218

Antoni, Hans: Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie im
Jahre 1954 in: Stahl und Eisen 1956, S. 1178

Arnhold(nach Auel, C.B.): Wie erhält man das Interesse an
der Frage der Arbeitssicherheit im Werk lebendig ?
in: BG 1926, Sp. 79, 93, 259

Arzt, Heinz: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des
Unfallvertrauensmannes in: BG 1956, S. 529

Asanger, Reimund: Die Rechtspflicht zur Unfallverhütung ist
unteilbar in: BG 1959, S. 515

Die Stellung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-
bände und des Deutschen Industrie- und Handelstages
zur Sozialversicherung (anlässlich der "Tagung der
deutschen Industrie" 1924) in: BG 1924, S. 79

Neuregelung und Erweiterung der Arbeitsgemeinschaft für
Unfallverhütung vom 21. Januar 1939 in: BG 1939,
S. 37

Ausstellung "Deutsche Arbeit im Deutschen Westen"
Essen 1954 (Bericht) in: BG 1955, S. 33

Bäck, W.: Die Fabrikaufsicht in England in: Bundesarbeits-
blatt 1952, S. 165

Baldamus, Wilhelm: Der Industriearbeiter im Betrieb
in: Bundesarbeitsblatt 1950, S. 144

Balke, Siegfried: Arbeitsschutz als ethische und technische
Aufgabe in: Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft
für Arbeitsschutz Bd. 5 1958, S. 1
(im Text zitiert als "Balke I")

ders.: Unfallverhütung als ethische und technische Aufgabe
unter besonderer Berücksichtigung des Strahlenschutzes
in: BG 1959, S. 271 (II)

- Banik, E.: Korrosionsschutz - Arbeitsschutz in: BG 1960, S. 351, 395
- Baresel, W.: Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Unfallversicherung in: Bundesarbeitsblatt 1956, S. 11
- Bartsch, Heinrich s. Hebestreit
- Baumann, Werner: Die Wirkungsweise von Kopfschutzmitteln in: BG 1956, S. 313
- ders.: Gestaltung und Prüfung von Kopfschutzmitteln in: BG 1960, S. 343
- Begrich, K.: Der Anteil der menschlich bedingten Faktoren bei der Verursachung von Betriebsunfällen in: Arbeitsschutz 1961, S. 116
- Behlendorff: Vermögensverwaltung und Verwendung der Mittel bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften in: Entscheidungen und Mitteilungen des RVA 1937, S. 66
- Bendler, Fritz: Die Lateiner-Methode in: BG 1955, S. 493
- Berckhoff, H.O.: Die indirekten Kosten eines Betriebsunfalls-Erkenntnisse in USA in: BG 1952, S. 151
- ders.: Gefahrtarife, Statistik, Prämienverfahren in der Unfallversicherung in: Der Arbeitgeber 1953, S. 1016
- Bitter: Die Unfallverhütung bei dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch in: Stahl und Eisen 1928, S. 1193
- Bödiker: Die Gestaltung der Unfallversicherung in Deutschland; Bericht vor dem Internationalen Kongreß für Unfälle bei der Arbeit, Bern 1891, in: BG 1891, S. 220
- Bohr, Klaus J.: Vergleichende Untersuchung über Betriebsunfälle in der amerikanischen und deutschen Stahlindustrie in: Stahl und Eisen 1958, S. 114
- ders.: Die Unfallverhütung in der englischen Eisen- und Stahlindustrie in: Stahl und Eisen 1958, S. 755
- ders.: Aktion sichere Arbeitsweise in: BG 1958, S. 175
- ders.: Warum liegen wir in der Arbeitssicherheit zurück ? in: Sicher ist sicher 1959, S. 3
- ders.: Ist die deutsche Unfallversicherung noch dem heutigen betrieblichen Unfallgeschehen angepaßt ? in: Zeitschrift für Sozialreform 1959, S. 423

- Bohr, Klaus J.: Betriebliche Versäumnisse als Kostenfaktor im Sozialbudget in: Arbeit und Sozialpolitik 1960, S. 297
- ders.: Beitrag der Soziologie zur Unfallverhütung auf internationaler Ebene in: Vorträge über den 3. Weltkongreß zur Verhütung von Arbeitsunfällen Paris 1961
- ders.: Was kosten die Eisen- und Stahlindustrie die Unfälle 1960 ? in: Stahl und Eisen 1961, S. 67
- ders.: Vorschläge zu einer exakteren Erfassung der Unfallschwere in: BG 1961, S. 296
- ders.: Sozialreform und Arbeitssicherheit - Zur Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung in: Zeitschrift für Sozialreform 1962, S. 125, 204
- ders.: Schattenseiten der Zweispurigkeit im deutschen Arbeitsschutz in: Zeitschrift für Sozialreform 1962, S. 381
- Buckup, H.: Neuere Erfahrungen bei Berufskrankheiten, Verhütungsmaßnahmen in: Moderne Unfallverhütung 1959, S. 36
- Buss, Peter: Aus der Arbeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften in: BG 1961, S. 239
- Louis Baares Anregungen zur Reichsunfallversicherung in: BG 1935, S. 287
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Strafbarkeit der Unfalivertrauensmänner ? (Nachdruck) in: BG 1957, S. 253
- Chossy, A. von: Unfallverhütung als Aufgabe der Berufsgenossenschaften in: Festschrift für Herbert Lauterbach, S. 261
- Cohen, Wilbur J.: Die Bedeutung des Einkommens und die Rentenbemessung in den Vereinigten Staaten von Amerika in: Zeitschrift für Sozialreform 1958, S. 423, 482
- Compes, Peter C.: Die Aachener Lehrschau "Sicherheit am Arbeitsplatz" in: Der Arbeitgeber 1960 (Sonderdruck Heft 9)
- Cunit, Eberhard: Unfalletechnische Betrachtungen anhand der Unfallursachenstatistik in: Arbeitsschutz (Sonderausgabe des Arbeitsblattes für die britische Zone) 1948, S. 83
- Cyran, W.: Der Einfluß der Witterung auf die Häufigkeit von Betriebsunfällen in: BG 1956, S. 47
- C.I.S. Internationales Informationszentrum für Arbeitsschutz, Genf: Übersicht in Karteiform über das Schrifttum betr. Arbeitsschutz und Betriebssicherheit

- Dienel, Werner: Die Ruhr exportiert "Know how" in:
Der Volkswirt, Beiheft zu Nr. 44/1962, S. 51
- Dobbernack, Wilhelm: Die Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung in: BG 1949, S. 37
- Düren; Sauerteig: Statistik und Unfallverhütung in:
BG 1962, S. 267, 311
- Düttmann: Eine "Vereinheitlichung" der Sozialversicherung ?
in: BG 1932, Sp. 1
- DGB-Entwurf einer Unfallverhütungsvorschrift "Arbeitssicherheitsorgane" vom 15. September 1961
bearbeitet von der Hauptabteilung Sozialpolitik des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
(als Manuskript gedruckt)
- Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Reform der
Unfallversicherung in: Zeitschrift für Sozialreform
1962, S. 233
- Erdsiek, Gerhard: Für und Wider ein Gesetzbuch der Arbeit
in: Neue Juristische wochenschrift 1961, S. 647
- Euler, H.; Blome, E.: Stand der Anwendung der analytischen
Arbeitsbewertung in den werken der Eisen- und Stahl-
industrie Ende 1955 in: Stahl und Eisen 1956, S. 1573
- Feeg s. Handbuch der Arbeitswissenschaft, Art.
"Unfallverhütung, technische"
- Fehlauer, Rudolf: Die Sicherheitseinstellung des arbeitenden
Menschen in: Moderne Unfallverhütung Heft 6 1962, S. 13
- Feucht, E.: Wer ist für die Sicherheit des arbeitenden Menschen
verantwortlich ? in: Verhandlungen der Deutschen
Gesellschaft für Arbeitsschutz Bd. 6 1960, S. 57
- Franke, E.: Arbeitnehmer und Unfallverhütung
in: BG 1953, S. 13
- ders.: Unfallschutz und Arbeitshygiene in Frankreich
in: Bundesarbeitsblatt 1952, S. 573
- ders.: Lärm und Erschütterungen als Probleme des Unfallschutzes in: Bundesarbeitsblatt 1952, S. 690
- ders.: Fremdarbeiter und Arbeitsschutz in: BG 1955, S. 107
- Freitag, Helmuth: Vorschläge zur Unfallstatistik
in: Arbeitsschutz (für die britische Zone) 1948,
S. 48
- Fuchs, H.W.: s. Niemann/Fuchs

- Geissenhörner, G.: Unfallursachenforschung
in: BG 1950, S. 17
- ders.: Unfallursachen - Grundlagen für die Unfallbekämpfung
in: BG 1958, S. 360
- Gennerich, Hans-H.: Das Hollerith-Lochkartensystem und seine
Verwendung in den Berufsgenossenschaften
in: BG 1928, Sp. 201
- Gerken, Hans-Georg: Rationalisierung der Büroarbeit in der
Unfallversicherung in: BG 1961, S. 166
- Giesenhaus, Bericht über den Unfallverhütungsdienst in den
Vereinigten Stahlwerken, Hütte Ruhrort-Meiderich,
im Jahre 1927 (1928, 1929)
in: BG 1928, Sp. 293, 329 (1929, Sp. 461, 489;
1930, Sp. 433)
- Gliwitzki, Wilhelm: Gesetzgebung, Organisation und Durch-
führung des staatlichen Arbeitsschutzes in den Verei-
nigten Staaten in: Bundesarbeitsblatt 1952, S. 567
- Godau: Bemerkungen zu dem neuen Muster einer Dienstordnung
für die Angestellten der gewerblichen Berufsgenossen-
schaften in: BG 1958, S. 155
- Gollasch, P.: Unfallschutz und Betriebssicherheit auf der
Dortmunder Union in: Der Arbeitsschutz 1927, S. 132
- ders.: Unfallschutz und Unfallbewegung auf der Dortmunder
Union im Jahre 1932
in: Reichsarbeitsblatt Teil III 1933, S. 123
- Gonnermann, K.: Arbeitsschutz planmäßig in der Lehrlings-
ausbildung in: BG 1961, S. 9
- Gosselk, Friedrich Wilhelm: Der Arbeitsschutz im Lehrstoff
der Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen
Berlin 1961
- ders.: Das Vorbelastungsverfahren in: BG 1950, S. 196
- Gottschalk, Friedrich: Von der psychologischen Unfallver-
hütung zum Sicherheitsprogramm
in: Arbeitgeber 1960, S. 28
- Gridl: Die unfallsichere Maschine - der unfallfeste Arbeiter
in: BG 1955, S. 313
- Grieser, Andreas: Das Notrecht in der Sozialversicherung
in: Die Reichsversicherung 1931, S. 341
- Gronemann: Amerikanische Sicherheitspsychologie
in: BG 1955, S. 13

- Gürtler, Heinz: Eignungsuntersuchung und ihre Methoden
in: Moderne Unfallverhütung Heft 6 1962, S. 33
- Geschäftsbericht 1927/1929 der Vereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände, erstattet von der Geschäfts-
führung, Berlin 1930
- 100 Jahre Gewerbeaufsicht, Sondernummer des Bundesarbeits-
blattes 1954
- Haebig: Ausbildungslehrgänge für Unfallvertrauensmänner
in: BG 1935, S. 175
- Haide, C.: Aus der Unfallverhütungsarbeit des Lauchhammer-
werks Riesa der Mitteldeutsche Stahlwerke A.G.
im Jahre 1929 in: BG 1930, Sp. 329
- Hajek, Helmut: Ein neuer Weg der Unfallverhütung
in: BG 1953, S. 251
- Hansmann, Claus: Neue Plakate wollen mithelfen
in: BG 1957, S. 50
- Hallbauer, U.: Unfallstatistische Untersuchungen
in: BG 1930, Sp. 569, 601
- Hardt, Conrad: Die steigenden Unfallzahlen
in: BG 1938, S. 197
- Harr, Albrecht: Eisenindustrie und Unfallverhütung
in: BG 1956, S. 99
- Hartmann, Konrad: Berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung
und staatliche Gewerbeaufsicht
in: BG 1919, S. 97
- Hasenack, Wilhelm: Mitbestimmung in betriebswirtschaftlicher
Betrachtung in: Betriebswirtschaftliche Forschung
und Praxis 1962, S. 65
- Hasenclever, D. s. Winkel/Hasenclever
- Hax, Karl: Betriebliche Sozialpolitik als Teilbereich der
Unternehmungspolitik
in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
1955, S. 13
- Heese, Alfred: Aus der Personal- und Sozialarbeit eines
Hüttenwerkes in: Stahl und Eisen 1961, S. 1063
- Heidberg, Heinz Siegfried: Arbeitsschutz als Lehrfach der
Technischen Fakultäten in: BG 1954, S. 377
- Herschel, Wilhelm: Arbeitsschutz im sozialen Rechtsstaat
in: Bundesarbeitsblatt 1955 Fachteil Arbeitsschutz,
S. 571

Herschel, Wilhelm: Der Arbeitsschutz im Spannungsfeld zwischen Mensch und Technik in: Moderne Unfallverhütung 1958, S. 9

ders.: Wandlungen des Arbeitsschutzes in: Zentralblatt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz 1958, S. 225

Hildebrandt, Hubert: Praktische Unfallverhütung
in: BG 1928, Sp. 65

ders.: Die persönliche Unfalldisposition
in: BG 1928, Sp. 267, 303

ders.: Zu den vordringlichen Aufgaben einer Unfallpsychologie
in: BG 1951, S. 6

ders.: Versuche mit Unfallverhütungsbildern
in: BG 1951, S. 303, 345

Hildebrand, Wolfgang: Unfallhäufigkeit und Unfallschwere
in: Die Reichsversicherung 1932, S. 524

Höcker, Lorenz: Zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung
in: Zeitschrift für Sozialreform 1958, S. 604

Hofmann, K.: Die Neuordnung der Sozialgerichtsbarkeit und die Regelung der Verwaltungs- und Aufsichtsbefugnisse des früheren Reichsversicherungsamtes
in: BG 1953, S. 144

ders.: Das Bundesversicherungsamts-Gesetz in: BG 1955, S. 255

Homey, H.W.: Zum Gefahrtarif in: BG 1952, S. 28

Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften
(Herausgeber):

Die Unfallentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft
von 1950 bis 1960, Bonn o.J.

Fachausschüsse und Prüfstellen der gewerblichen Berufsgenossenschaften (Übersicht, broschiert)
Stand April 1961

Verschiedene Publikationen zum Fachgebiet Arbeitssicherheit, wie: Sicherheitslehrbriefe, Richtlinien, Merkblätter, "Unfallwehr", Unfallverhütungsfilme, Unfallverhütungsbilder, Unterrichtsmittel

Stellungnahme des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften und des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu dem Gutachten der Professoren Achinger, Höffner, Muthesius, Neundörfer in: BG 1955, S. 393

Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft (Herausgeber):
Verwaltungsberichte von 1886 bis 1961

Technische Berichte 1907 bis 1961

Berichte über Sitzungen des Genossenschaftsvorstandes
(verschiedene, Jahrgänge s. im Text)

Satzung vom 1. Januar 1927

Satzung vom 30. April 1954

Gefahrtarif vom 21. Juni 1960

Rundschreiben des Genossenschaftsvorstandes
(verschiedene, s. im Text) insbesondere:

an die Genossenschaftsmitglieder vom 4.2.1913
betr. Einführung von Unfallkonferenzen;

Nr. 29 vom 23. 10. 1917 (Anlage IV, S. 40
zum Technischen Bericht 1917): Beteiligung der
Arbeiterausschüsse an der Unfallverhütung;

Allgemeine Leitsätze zur Förderung der Unfall-
verhütung an Maschinen für Hütten- und Walzwerks-
anlagen (vom 22. 3. 1922);

Richtlinien für das Vorbelastungsverfahren vom
21. 11. 1955 und vom 9. 12. 1957

Verschiedene Broschüren zum Fachgebiet Arbeitssicher-
heit

Betriebsanleitungen

Unfallverhütungsvorschriften und Auszüge aus den
Unfallverhütungsvorschriften (broschiert und Loseblatt),
Stand 1. Januar 1963

IG Metall (Herausgeber): Schriftenreihe, Heft 34/1958
Das Wichtigste aus einem Lehrgang der IG Metall über
die Unfallverhütung

dies.: Schriftenreihe Arbeitssicherheit

Heft 1: Einführung in die Arbeitssicherheit,
Frankfurt/M. 1962

Heft 2: Für die Sicherheit ist die Unternehmensleitung
verantwortlich, Frankfurt/M. o.J.

Heft 3: Unfallursachen und Unfalluntersuchung,
Frankfurt/M. o.J.

Entschliebung Nr. 11 des 6. ordentlichen Gewerkschafts-
tages 1960

Entschliebung Nr. 8 des 7. ordentlichen Gewerkschafts-
tages 1962

Jantz, Kurt: Zur Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung
in: BG 1956, S. 333, 377

Jochmus, Hermann: Der Technische Aufsichtsbeamte der Berufs-
genossenschaft als Helfer und Berater des Unterneh-
mers in: BG 1949, S. 105

- Jochmus, Hermann: Betrieb und Berufsgenossenschaft
in: BG 1950, S. 111
- Jung, H.L.: Die berufsgenossenschaftliche Beratungsstelle
auf der Deutschen Industrie-Messe Hannover 1961
in: BG 1961, S. 417, 459
- Jungbluth, Adolf: Erzieherische und psychologische menschliche Beeinflussung zur Erhöhung der Betriebssicherheit in: BG 1957, S. 87 (II)
- ders.: Gibt es neue Wege in der Unfallverhütung ?
in: Moderne Unfallverhütung 1961, S. 9 (I)
- Karl, Helmut: Bedeutung der psychologischen Eignungsuntersuchungen für die Arbeitssicherheit
in: Moderne Unfallverhütung Heft 6 1962, S. 97
- Kaskel, Walter: Die Universitäten und das Sozialrecht
in: BG 1919, S. 146
- Kaufmann, Günter: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Unfallvertrauensmannes
in: BG 1957, S. 154
- Kleditz, Emil: Neuere Fragen und Methoden der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung
in: BG 1928, Sp. 497 (I)
- ders.: Unfallverhütung in Großbetrieben
in: BG 1933, Sp. 444 (II)
- ders.: Berufsständische Sicherheitslehrbriefe
in: BG 1933, Sp. 561 (III)
- ders.: Die Sicherheits-Ingenieure in den Betrieben der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft
in: BG 1944, S. 124 (IV)
- ders.: Der Weg der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung seit 1918 in: Arbeitstagung der Technischen Aufsichtsbeamten der gewerblichen Berufsgenossenschaften am 10.9.1947, Detmold (Bericht), S. 32 (V)
- Kloninger, G.: Gedanken über den Begriff "Unfallverhütung"
in: BG 1949, S. 53
- Knoll, Ernst: Die Grundfragen der Neugestaltung der Sozialversicherung in: Die Reichsversicherung 1932, S.93, 125
- ders.: Sind Renten in der Unfallversicherung nötig ?
in: Zeitschrift für Sozialreform 1958, S. 369
- Koch, Hans: Grenzen der Vergleichsmöglichkeit amerikanischer und deutscher Arbeitsunfall-Statistiken
in: Arbeitsschutz 1959, S. 227

- Koch, Hans: Vergleiche mit der USA - Unfallstatistik
in: BG 1961, S. 129
- ders.: Ergänzung zur Arbeit "Amerikanische Unfallzahlen"
in: BG 1960, S. 269
- Köhler, Otto: Betrieb und Berufsgenossenschaft
in: BG 1931, Sp. 537
- Koetschau, W.: Die Entwicklung der Unfallverhütungsvorschriften von 1885 bis zur Gegenwart
in: BG 1959, S. 175
- Kohlbeck, Alois: Die Gewerbeaufsicht nach dem Kriege
in: Arbeitsschutz (für die britische Zone) 1949, S.46
- Kolb, Theodor: Unfallverhütung bei der Hütten- und Walzwerks - Berufsgenossenschaft
in: BG 1934, S. 309
- ders.: Ziele und Grenzen bei der Auswertung von Unfallstatistiken in: Arbeitsschutz (für die britische Zone) 1948, S. 108
- Kraft, W.: Unfallanalyse mit statistischen Mitteln
in: BG 1927, Sp. 308, 303
- ders.: Aufbau und Aufgaben des Unfallverhütungsdienstes in Berliner Großbetrieben in: BG 1929, Sp. 439
- ders.: Über Begriffsbestimmungen zur Unfallstatistik
in: BG 1930, Sp. 113, 141
- Krebs: Gedanken zur bevorstehenden Änderung der gesetzlichen Unfallversicherung
in: Zeitschrift für Sozialreform 1958, S. 13
- Kremer, Dionys: Die Unfallverhütungsarbeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften
in: BG 1952, S. 261
- ders.: Zeitgemäße Fragen der Unfallverhütung
in: BG 1953, S. 147
- ders.: Steigende Unfallzahlen ? in: BG 1953, S. 451
- ders.: Der Maschinenschutz und die Aufgabe der Konstrukteure
in: BG 1955, S. 395
- ders.: Rechtliche Bedeutung von Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien, Normen und ihre Entstehung in: Moderne Unfallverhütung 1958, S. 14
- Kroeber - Keneth, L.: Entwicklung und Stand der deutschen Betriebspsychologie in: Zentralblatt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz 1961, S. 229

- Kropff, H.F.J.: Die Rolle der Werbung im Marketing industrieller Güter
in: Neue Betriebswirtschaft 1962, S. 53
- Kube, Walter: Die Beziehungen zwischen Sozialversicherung, Unfallverhütung und Arbeitsschutz
in: BG 1953, S. 351
- Küll, Karl: Arbeitnehmer und Unfallverhütung
in: BG 1952, S. 52
- ders.: Unfälle durch Selbstverschulden ?
in: Bundesarbeitsblatt 1952, S. 638
- ders.: Gewerkschaft und Unfallverhütung in:
Heft 34 der Schriftenreihe der IG-Metall 1958, S. 9
- Die Internationale Arbeitskonferenz über Unfallverhütung
(Bericht) in: BG 1924, S. 109
- Lämmert: Aufbau einer Unfallselbstschutzorganisation der Arbeiter in: BG 1934, S. 57
- Lange, Ludwig: Zur Frage der Vorbelastung von Sektionen (§ 713 RVO) in: BG 1928, Sp. 225
- Lauterbach, Herbert: Die Sonderstellung der gesetzlichen Unfallversicherung im Rahmen der Sozialversicherung
in: BG 1953, S. 125
- Lehmann, G.: Arbeitsgestaltung und Unfalldisposition
in: BG 1951, S. 33
- Lehr, Kurt: Ein neues Prämienverfahren
in: BG 1950, S. 198
- ders.: Werbung und Unfallverhütung
in: BG 1952, S. 172
- ders.: Über den Gefahrtarif in: BG 1954, S. 269
- Lesser, Fritz: Organisationsformen des technischen Aufsichtsdienstes in: BG 1950, S. 135
- Linthe, Hans: Zur Neuregelung der gesetzlichen Unfallversicherung in: BG 1958, S. 415
- Lipmann, Otto: Psychische Unfallursachen und psychologische Unfallbekämpfung
in: BG 1924, S. 155, 162, 170, 177
- Lohmar, Paul: Der Kampf gegen den Betriebsunfall und seine Folgen in: BG 1928, Sp. 145
- ders.: Organisationsfragen der Reichsunfallversicherung in: BG 1931, Sp. 393 und: Die Reichsversicherung 1932, S. 67

- Lohmar, Paul: Zur unfallmedizinischen Verbesserung des ärztlichen Studiums und der Prüfungsordnung für Ärzte
in: BG 1931, Sp. 471
- Mangold, Werner: Gruppendiskussionen
in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung Bd. I
Stuttgart 1962
- Martineck: Zur Ausoildung des arztlichen Nachwuchses in der sozialen Medizin. Ein Beitrag zur Umgestaltung der ärztlichen Prüfungsordnung
in: Die Reichsversicherung 1931, S. 33
- Meesmann, Paul: Verhütung von Unfällen
in: BG 1925, S. 17
- ders.: Förderung der Unfallverhütung in den Betrieben durch Gewährung finanzieller Vorteile
in: BG 1927, Sp. 181
- ders.: Einzelne Fragen des Gefahrtarifwesens
in: BG 1930, Sp. 121
- ders.: Berücksichtigung der Unfälle durch Einführung einer Vorbelastung in: BG 1931, Sp. 121, 425
- ders.: Das Jubiläum eines Gesetzwerkes
in: BG 1936, S. 201
- Menslage, Rudolf: Neuzeitliche Grundlagen der technischen Unfallverhütung (Maschinenschutz)
in: BG 1937, S. 93, 105
- Michels, Wilhelm: Unfallverhütung und Betriebsregelung
in: BG 1919, S. 37
- ders.: Ausbildung von Unfallvertrauensmännern
in: BG 1922, S. 78, 86
- ders.: Neue Aufgabengebiete der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung in: BG 1922, S. 147
- ders.: Unfallverhütung in Amerika
in: BG 1926, Sp. 227, 242, 258, 275
- ders.: Unfallverhütung und Erste Hilfe
in: Denkschrift des Verbandes der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften Berlin 1935, S. 57
- ders.: Die Bewährung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütung in: BG 1944, S. 105
- ders.: Vorschläge zur Verhütung von Unfällen beim Betrieb von Laufkranen o.O.u.J.

- Miller, M.: Besteht ein Bedürfnis für ein Maschinenschutzgesetz ? in: BG 1953, S. 383
- Mintert, Heinrich: Deutsche Unfallverhütungsarbeit im Hinblick auf amerikanische Erfahrungen
in: BG 1954, S. 250
- Moldenhauer, Borsig: Die Bedeutung der Berufsgenossenschaften in der Volkswirtschaft und ihre Stellung in der künftigen Sozialversicherung
in: BG 1920, S. 137
- Müller: Unfallverhütung und Gewerbehygiene als Lehrfach an Technischen Hochschulen
in: BG 1929, Sp. 519
- Müller, Rolf: Psychologische Bemerkungen zur Unfallverhütung
in: BG 1956, S. 453
- Mutschler, Walther: Unfallverhütung in werksärztlicher Sicht
in: BG 1956, S. 505
- Moderne Unfallverhütung (Heft 1 - 6) - s. unter 2. -
- Neuendorff, Karl: Abschreckendes oder nicht abschreckendes Unfallverhütungsplakat ?
in: Reichsarbeitsblatt Nr. 30 vom 25. 10. 1931
- ders.: Die "hohen" Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften in: BG 1933, Sp. 121
- Neuenkirchen, H.: Der Sicherheitsgrad bei Festigkeitsrechnungen in: Energie und Technik 1959, S. 119
- Neumann, Eberhard: Die Rechtsstellung des Geschäftsführers einer gewerblichen Berufsgenossenschaft
in: BG 1957, S. 519
- ders.: Die rechtliche Stellung des Unfallvertrauensmannes (als Manuskript gedruckt nach einem Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Unfallobleute im Bereich der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft in Düsseldorf am 25. 4. 1962)
- Nickl, Walter: Berufsgenossenschaftliche Berufsfürsorge als konstruktive soziale Aufgabe
in: BG 1951, S. 223
- Niemann, U.; Fuchs, H.W.: Anforderungen an Eignungsuntersuchungen und ihre Notwendigkeit
in: Moderne Unfallverhütung 1960, S. 58
- Nottbohm, Gustav: Der Unfallvertrauensmann im Zwielicht
in: BG 1957, S. 153

Niederschrift über die Festsitzung aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften am 28. November 1935 in Berlin (Allgemeiner Teil des Berufsgenossenschaftstages), Berlin 1935

Niederschrift über die Sitzung des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften vom 16. 1. 1935

Niederschrift über die Leiterversammlung der gewerblichen Berufsgenossenschaften am 22. 5. 1935 in Frankfurt (M.)

Niederschrift über die Sitzung des Ständigen Beirates beim Verband der (gewerblichen) Berufsgenossenschaften vom 5.3.1936

Niederschrift über die Sitzung des Beirates der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften vom 12. 2. 1942

Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften am 8. 11. 1916, Berlin in: BG 1917, S. 2

Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses ... wie vor, Berlin 3. 2. 1919 in: BG 1919, S. 65

Oberwinster: Werkärztlicher Dienst in: BG 1950, S. 175

ders.: Die Praxis des werksärztlichen Dienstes
in: BG 1951, S. 196

Oels, H.: Fortschrittlicher Arbeitsschutz
in: Bundesarbeitsblatt 1952, S. 419

Ortmanns, Franz: Unfallverhütung im Edelstahlwerk Düsseldorf der Gebr. Böhler & Co. Aktiengesellschaft, Sonderdruck der Böhler - Werkzeitschrift Wien 1939

Paul, Helmut: Die Anwendung von Gruppenmethoden im Dienste der Unfallverhütung in: BG 1954, S. 287

Paulsdorff, Jürgen: Müssen Arbeitssicherheitsorgane gesetzlich eingeführt werden?
in: Der Arbeitgeber 1963, S. 29

Paulssen, H.C.: Der Arbeitsschutz als unternehmerische Aufgabe in: Der Arbeitgeber 1960, S. 3

Pilz, Robert: Die Unfallverhütung in der gelenkten Wirtschaft
in: BG 1944, S. 102

Pittroff, Richard: Die strafrechtliche Haftung des Technischen Aufsichtsbeamten wegen unterlassener Beanstandungen
in: BG 1957, S. 156

Podzun, Hanns: Die Ausdehnung des Versicherungsschutzes und der Entschädigungsleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung in: BG 1951, S. 159, 191

- Podzun, Hanns: Die Berechnung und Einziehung der Unfallversicherungsbeiträge durch die Berufsgenossenschaften
in: BG 1957, S. 249
- Pohl, Franz: Berufsgenossenschaften und gewerbliche Fachpresse
in: BG 1932, Sp. 49
- Powischill, Hubert: Unfallschutzwerbung durch Ausstellungen
in: BG 1950, S. 259
- ders.: Schulung und Erziehung zur Sicherheit
in: Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz 1955, S. 115
- Prolingheuer, K.H.: Betriebliche Lärmbekämpfung im Rahmen des Arbeitsschutzes
in: Moderne Unfallverhütung 1959, S. 45
- Pültz, H.: Gesetzliche Unfallversicherung und Bundesversorgung
in: BG 1952, S. 143, 183
- Quentin, Erich: Verwaltungssparnisse bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften
in: Die Reichsversicherung 1931, S. 227
- ders.: Der Verwaltungsbericht als Werbeschrift
in: BG 1922, Sp. 153
- ders.: Unfall- und Krankheitsverhütung im alten und neuen Strafrecht
in: BG 1933, Sp. 523
- ders.: Unfall- und Krankheitsverhütung im kommenden Strafgesetz
in: BG 1936, S. 249
- ders.: Unfallverhütung als Treuepflicht
in: BG 1937, S. 13
- ders.: Rechtsfolgen der Nichtbeachtung von Unfallverhütungsvorschriften
in: BG 1950, S. 78
- ders.: Das Unfallereignis
in: BG 1951, S. 372
- Richter, L.: Die Unfallversicherung in der Notverordnung vom 14. Juni 1932
in: Die Reichsversicherung 1932, S. 166
- Ritter, Erik H.: Betrieb und Verkehrssicherheit
in: BG 1959, S. 143
- Roewer, Gustav: Beseitigung der berufsgenossenschaftlichen Betriebsüberwachung?
in: BG 1928, Sp. 305
- ders.: Referentenentwurf eines Gesetzes über Unfallverhütung in der Unfallversicherung
in: BG 1929, Sp. 231

- Roewer, Gustav: Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931
und die Reichsunfallversicherung
in: BG 1931, Sp. 649
- Rothe, Fr.: Unfallanalyse mit statistischen Mitteln
in: BG 1928, Sp. 95
- ders.: Organisationsfragen der Reichsunfallversicherung
in: Die Reichsversicherung 1932, S. 41
- Rügner, Walter: Die Anwesenheitsprämie
in: Neue Betriebswirtschaft 1962, S. 60
- Ruhe, Heinrich: Wo müssen wir heute mit der Unfallvermutung
ansetzen ? in: BG 1952, S. 407
(im Text zit. als "Ruhe I")
- ders.: Erfahrungen aus der amerikanischen Unfallverhütung,
in Heft 34 der Schriftenreihe der IG Metall
Frankfurt (M.) 1958, S. 15 (II)
- ders.: Die Verantwortlichkeit bei Arbeitsunfällen
in: Arbeitsschutz (für die britische Zone) 1948, S. 105
- Rüssel, Arnold: Eignung und Auslese von Kranführern in ihrer
Bedeutung für die Unfallverhütung
in: BG 1956, S. 147
- Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Metall; Unfallver-
hütungsaktion 1936 (Bericht)
in: Monatshefte für NS - Sozialpolitik Jg. 1935/36
(II), S. 171
- Reichsunfallverhütungswoche (RuWo) 1929 ("Schützt Leben und
Gesundheit!") in: BG 1929, Sp. 17
- Umgestaltung der Reichsversicherung. Entschließung der
Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft vom
15. 11. 1921 in: BG 1921, S. 174
- Fünfzigjähriges Bestehen des Reichsversicherungsamtes
in: BG 1934, S. 177
- Sack, Herbert: Zehn Jahre Unfallverhütungsarbeit bei der
Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.G. zu Gleiwitz
in: BG 1938, S. 9
- Salzwedel, Jürgen: Berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung
und Staatsaufsicht in: BG 1959, S. 381
- Sander, Otto: Vom Wesen der technischen Überwachung
in: Technische Überwachung Bd. 5 1962, S. 369
- Sauerteig, Hans: Größere Sicherheit durch willensunabhängige
Schutzvorrichtungen in: BG 1950, S. 85

- Sauerteig, Hans: Das Märchen vom Steigen der Betriebsunfälle
in: BG 1956, S. 95
- ders.: Einheitliche Unfallverhütung
in: BG 1956, S. 284
- ders.: Tödliche und schwere Unfälle an Mühlen-Umlaufaufzügen
in: BG 1960, S. 431
- Seele, Hans: Betrachtungen eines Verwaltungsmannes zu Fragen
der Unfallverhütung in: BG 1953, S. 360
- Siegel, Otto: Wechselbeziehungen zwischen der Rationali-
sierung und der Unfallverhütung
in: BG 1933, Sp. 19
- Siller, Ewald: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von
Technischen Aufsichtsbeamten wegen unterlassener Be-
anstandungen in: BG 1958, S. 71
- Sillinger, G.: Kritische Gedanken zur betrieblichen Unfall-
verhütung in Deutschland
in: Sicher ist sicher 1962, S. 26
- Singerhoff, Gustav: Die schöpferische Mitarbeit des Betriebs-
führers bei der Aufstellung und Durchführung der
berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften
in: BG 1941. S. 25
- Sittenfeld, Hans: Hat man bisher bei Individualbefragungen
etwas übersehen ?
in: Mitteilungen zur Markt- und Absatzforschung 1962,
S. 36
- Sommerfeld, Erich: Beitrag zu einer wirklichkeitsnahen
Statistik der Unfallursachen
in: BG 1954, S. 458
- ders.: Rationalisierung und Verhütung von Arbeitsunfällen
in: Zentralblatt für Arbeitswissenschaft 1961, S. 101
- Spelter, Karl-Heinz: Die Unfälle in der Eisen- und Stahl-
industrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1961
in: Stahl und Eisen 1963, S. 36
- Spiecker, Karl-Max: Die Selbstverwaltung bei den gewerblichen
Berufsgenossenschaften in: BG 1952, S. 383
- Spiegelhalter, Franz: Ein Sozialkontenplan für die Industrie
in: Der Arbeitgeber 1952, S. 544
- Der Sicherheits-Ingenieur in der amerikanischen Industrie
in: BG 1929, Sp. 156
- Sozialversicherung oder Staatsbürgerversorgung ?
in: BG 1936, S. 42

- Sozialversicherung und Versorgung
in: Der Arbeitgeber 1956, S. 632
- Sozialwirtschaft bei Eisen und Stahl
in: Der Arbeitgeber 1956, S. 497
- Scheibe, Erich: Reform der sozialen (berufsgenossenschaftlichen) Unfallversicherung ?
in: Volkswirtschaftliche Blätter für Verwaltung, Interessenvertretung und Forschung, Heft 12/1929
- ders.: Berufsgenossenschaftliche Finanzfragen
in: BG 1930, Sp. 641
- Scheinmann: Statistik der Berufsgenossenschaften
in: BG 1925, Sp. 1
- Scheuch, Erwin K.: Das Interview in der Sozialforschung
in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung Bd. I
Stuttgart 1962, S. 136
- Schieckel: Tatbestandsaufklärung und Kausalzusammenhang
bei Arbeitsunfällen in: BG 1951, S. 48
- Schieke, H.: Gedanken zur wiederholt vertagten Reform der
gesetzlichen Unfallversicherung
in: BG 1962, S. 27, 69, 126
- Schlesinger, Georg: Die Entwicklung der Berufsgenossenschaften
und der Richtlinien der modernen Unfallverhütung
in: VDI 1911, S. 1789
- Schlottmann, Kurt: Neue Wege in der Unfallschutzpropaganda
in: BG 1950, S. 288
- ders.: Sicherheit bei Kranbetrieben
in: BG 1951, S. 97
- Schmans, Werner: Die berufsgenossenschaftliche Beratungsstelle
auf der Deutschen Industrie-Messe Hannover 1958
in: BG 1958, S. 312; 1959, S. 178
- Schmidt, Eberhard: Gutachten zur Frage der Strafbarkeit des
Unfallvertrauensmannes
in: BG 1958, S. 27
- Schneider, Bruno: Unfallstatistik - Probleme und Möglichkeiten
in: BG 1961, S. 364
- Scholz, Walter: Der Betriebsunternehmer und die Berufsgenossenschaft in: BG 1941, S. 1
- Schönberger: Über Institutionen zum Schutz unfallverletzter
Personen im früheren Recht - Hinweise zur Geschichte
des Unfallschutzes in: BG 1960, S. 199

- Schrader, Wolfgang: Zur Reform der gesetzlichen Unfallversicherung in: Zeitschrift für Sozialreform 1958, S.682
- Schraft, Hans: Die gesetzliche Unfallversicherung als Schöpfung der Sozialpolitik und als Teil der sozialen Sicherheit in: BG 1953, S. 122
- Schroeder, Rudolf: Der Sicherheitsingenieur in der heutigen Zeit in: Arbeitsschutz (für die britische Zone) 1948, S. 81
- Schroeter, Kurt: Die Neuordnung der Sozialgerichtsbarkeit in: BG 1953, S. 435
- ders.: Das Bundesversicherungsamts-Gesetz in: BG 1956, S. 294
- Schwantke, Karl: Unfallverhütung in und mit der Großeisenindustrie nach den Erfahrungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft in: BG 1928, Sp. 545 (I)
- ders.: Betriebliche Unfallstatistik in: Reichsarbeitsblatt 1932 (Ausgabe vom 15.3.1932) (II)
- ders.: Stellung und Aufgaben des Sicherheitsingenieurs im Betrieb in: Reichsarbeitsblatt Teil III 1939, S. 15 (III)
- ders.: Elektrokarren und Unfallverhütung in: Reichsarbeitsblatt Teil III 1941, S. 229 (IV)
- ders.: Unfallgefahren und ihre Verhütung in: Handbuch des Arbeitsschutzes und der Betriebssicherheit Bd. II, S. 64 (Abschnitt IV) (V)
- Steeg, Hans: Entwurf einer Erfolgsstatistik im Arbeitsschutz in: BG 1952, S. 363 (im Text zit. als "Steeg I")
- ders.: Die Betriebsunfallstatistik in: Arbeitsschutz 1956, S. 278 (II)
- ders.: Der betriebliche Arbeitsschutz in Hüttenwerken in: Stahl und Eisen 1959, S. 719 (III)
- ders.: Nutzbringende und betriebsnahe Unfallstatistik in: Moderne Unfallverhütung 1961, S. 56 (IV)
- Strohmeier, Karl: Wie kann das Interesse der Vorgesetzten am Arbeitsschutz gestärkt werden ? in: Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz, Bd. 6 1960, S. 88
- Stuckenbrock, Heinz: Erfahrungen bei der Einführung von Schutzhelmen in einem Hüttenwerk in: BG 1955, S. 367

Unfallstatistik der gesetzlichen Unfallversicherung in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West).
Hauptergebnisse für das Jahr 1955, 1961 (hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung - Statistik - Bonn)

Tietz: 70 Jahre Sozialversicherungsrecht
in: Bundesarbeitsblatt 1953, S. 752

Turban: Die Berufserziehung der berufsgenossenschaftlichen Angestellten in: BG 1953, S. 138

Übertragung der Pflichten nach § 913 RVO
in: BG 1922, S. 178

Unfallverhütung und Verhütung von Berufskrankheiten.
Wortprotokoll über die Anhörung von Sachverständigen durch den Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion am 12. Februar 1962 (hrsg. von der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn)

Die Weckung des Unfallverhütungsgedankens bei den vermehrten Neueinstellungen (Erlaß des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 30. September 1933)
in: Die Reichsversicherung 1933, S. 377

Es ist Pflicht, sich um die Unfallverhütungstechnik zu kümmern
in: BG 1910, S. 15

Unfallverhütung als Prüfungsgegenstand an den Preußischen Technischen Hochschulen
in: BG 1922, S. 179

Ausbildung von Unfallvertrauensmännern
in: BG 1922, S. 14, 78, 86

Schulung von Unfallvertrauensmännern in der Eisen- und Metallindustrie in: BG 1937, S. 173

Strafbarkeit des Unfallvertrauensmannes
in: BG 1956, S. 9†

Valentini, Albrecht: Die Entwicklung des berufsgenossenschaftlichen Dienstrechts von der Musterordnung des Jahres 1940 bis zur Gegenwart
in: BG 1961, S. 337

Vollmar, Karl: Zur Frage der Lösung des versicherungsschutzes bei verbotswidrigem Verhalten des Unfallverletzten
in: BG 1953, S. 194

Vosseler, Karl: Jahrestagung der Fachvereinigung Arbeitssicherheit in: BG 1962, S. 439

24. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Revisionsingenieure (Bericht) in: BG 1919, S. 111

- Walter, Heinz: Sicherheitsingenieur - haupt- oder nebenamtlich ? in: BG 1950, S. 15
- ders.: Fußschutz - ein erfolgreicher Weg zur Unfallverhütung in: BG 1950, S. 253
- ders.: Zur psychologischen Unfallverhütung: Das Gespräch "Am runden Tisch" in: BG 1953, S. 374
- ders.: Der kürzeste Weg in: BG 1955, S. 99
- ders.: Psychologische oder physiologische Unfallverhütung ? in: Moderne Unfallverhütung 1957, S. 38
- ders.: Kampf den Handverletzungen in: BG 1960, S. 136
- Wängler, Kurt: Die Sozialmedizin als Hochschuldisziplin in: Zeitschrift für Sozialreform 1961, S. 513
- wangner: Der strafrechtliche Schutz der Arbeitskraft in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik Jg. 1935/36, S. 273
- Weber, H.: Gefahren im Hochbau unter besonderer Berücksichtigung der werksgefahren in: Moderne Unfallverhütung 1958, S. 46
- Weber, U.: Die Unfallursachenstatistik 1930 in: BG 1932, Sp. 577
- ders.: Amerikanische Unfallzahlen in: BG 1960, S. 3
- Weber, Werner: Die Aufsicht des Bundesversicherungsamtes über die gewerblichen Berufsgenossenschaften in: BG 1959, S. 297
- weddigen, walter: s. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Art. Sozialversicherung (I)
- Weigelt, Werner: Die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen Unfallverhütungsvorschriften in: BG 1957, S. 255
- Wicke: Das Gefährtarifwesen und die Beitragserhebung bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften in: BG 1953, S. 153
- ders.: Die finanziellen Grundlagen der gewerblichen Berufsgenossenschaften in: BG 1955, S. 341, 380
- ders.: Vom Haushaltswesen der Berufsgenossenschaften in: BG 1956, S. 431
- Wickenhagen, Ernst: Fristlose Entlassung eines Betriebsratsvorsitzenden wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften in: BG 1953, S. 421

Wickenhagen, Ernst: 75 Jahre Unfallversicherungsgesetz
in: BG 1959, S. 196

ders.: Zwischenstaatliche Probleme der Unfallversicherung
in: BG 1961, S. 214

Wiese, Leopold von: s. Art. Soziologie
in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 9

Wietfeld, W.: Die bisherigen Erfolge in der Unfallbekämpfung
in: BG 1932, Sp. 413

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Abteilung
Sozialwirtschaft:

Jahresberichte 1950 - 1961 (Düsseldorf 1951 - 1962)

Zehn Jahre überbetriebliche Unfallstatistik in der
deutschen Eisen- und Stahlindustrie (1950 - 1959),
o.O. 1961

Die Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundes-
republik Deutschland im Jahre 1959 (1960, 1961),
o.O. 1960 (1961, 1962)

Richtlinien für den Einsatz und die Tätigkeit von
haupt- und nebenberuflichen Sicherheitsbeauftragten und
die Einrichtung eines Hauptausschusses "Arbeitssicher-
heit" in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie
o. O. 1957

Richtlinien zur Erfassung von Unfallursachen (Unfall-
ursachen-Katalog) Düsseldorf 1961

Richtlinien und Katalog für Schutzbekleidungen und
Schutzausrüstungen gegen Unfall- und Gesundheitsgefahren
in der Eisen- und Stahlindustrie 2. erweiterte Fassung
o.J. 1961

Hinweise zur Erhöhung der Arbeitssicherheit in den Mit-
gliedswerken o.O. 1961

Zimmermann, Heinz: Werbung für die Unfallverhütung
in: BG 1959, S. 183

Zentralstelle für Unfallverhütung: Geschäftsbericht für 1925/26
in: BG 1926, S. 347

Geschäftsbericht für 1926/27 in: BG 1927, Sp. 449

Zur Zusammenfassung der Berufsgenossenschaften
(nach dem Verwaltungsbericht der Tabak - Berufsgenossen-
schaft 1931) in: Die Reichsversicherung 1932, S. 150

2. Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und
amtliche Verlautbarungen-----

(Gesetze in chronologischer Reihenfolge)

Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869

(bis einschl. Änderungsgesetz vom 16. Mai 1961
BGBl I, 533)

Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 (RGBl S. 69)

Gewerbeunfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900
(RGBl I, 573)

Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (RGBl I, 509)
i.d.F. der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1924
(RGBl I, 779) und mit Änderungsgesetzen bis 1960

Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 (RGBl I, 147)

Regierungsentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes
in: Beilage zum Reichsarbeitsblatt 1926, Nr. 45
(34. und 47. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt)

Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934
(RGBl I, 45)

Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 5. Juli 1934
(RGBl I, 577)
Wortlaut und amtliche Begründung s.a. Die Reichsver-
sicherung 1934, S. 132

Betriebsrätegesetz i.d.F. des Kontrollratsgesetzes Nr. 22
vom 10. April 1946 (Amtsblatt des Kontrollrates 1946,
S. 137)

Gesetz über Verbesserungen der gesetzlichen Unfallversicherung
vom 10. August 1949 (WiGBl S. 251)

Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vor-
schriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom
22. Februar 1951 (BGBl I, 124)

Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 (BGBl I, 681)

Gesetz über die vorläufige Neuregelung von Geldleistungen in
der gesetzlichen Unfallversicherung vom 27. Juli 1957
(BGBl I, 1017) vom 29. Dezember 1960 (BGBl I, 1085)

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der gesetzlichen Unfall-
versicherung
vom 1. Juni 1956 - BTDr III/758
vom 11. Januar 1961 - BTDr IV/120

Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 5. 6. 1931 (RGBl I, 279)

Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. 12. 1931 (RGBl I, 699)

Erste Verordnung zum Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 24. 10. 1934 (RGBl I, 1105)

Fünfte Verordnung zum Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom 21. 12. 1934 (RGBl I, 1274)

Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 7. Juli 1961 (BGBl I, 900)

Verordnung über die Lärmbekämpfung vom 10. 1. 1955 (GVBl S. 11) i.d.F. vom 11. 12. 1956 (GVBl S. 333)

Erste Verordnung zur Ausführung des Atomgesetzes vom 6.4.1960 (GV NW S. 74)

Zweite Verordnung zur Ausführung des Atomgesetzes vom 11. 10. 1960 (GV NW S. 339)

Erste Strahlenschutzverordnung vom 23. 7. 1962 (MinBl NW S. 1194)

Arbeits- und Sozialministerium und Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Runderlasse (s. im einzelnen im Text)

Reichsversicherungsamt:

Rundschreiben an die gewerblichen Berufsgenossenschaften wegen der durch die Reichsversicherungsordnung erforderlichen neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallverhütung vom 30. 1. 1912 - I 41

Runderlaß an die dem Reichsversicherungsamt unterstellten gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Unfallverhütung während des Krieges vom 30. 10. 1916 - I U 220

Runderlaß des Reichsversicherungsamtes an die ihm unterstellten gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Gemeinschaftsarbeit bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften vom 26. 2. 1926 - I U¹ 462

Runderlaß an alle gewerblichen Berufsgenossenschaften betr. Unfallstatistik vom 9. 11. 1927 - I U⁵ 2051

Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Gemeinschaftsarbeit bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften vom 28. 12. 1925 - III B 6769

Erlaß des Reichs- und Preußischen Arbeitsministers über die Gemeinschaftsarbeit ... vom 21. 6. 1937
(Rundschreiben des RVA an die gewerblichen Berufsgenossenschaften vom 5. 7. 1937)

Richtlinien des Bundesarbeitsministeriums über die Gemeinschaftsarbeit der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften
in: Bundesarbeitsblatt 1950, S. 467

Vereinbarung zwischen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Gewerkschaftsbund über "Förderung der Arbeitssicherheit in den Betrieben" o.O.u.J. (als Manuskript gedruckt)

Vereinbarung zwischen Deutscher Arbeitsfront und Verband der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften über Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung vom 29. 8. 1935
in: BG 1935, S. 254 (1937, S. 121)

3. Handbücher, Kommentare, Nachschlagewerke, Organe amtlicher Veröffentlichungen, Periodika, Zeitschriften

Der Arbeitgeber

Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen

Herausgeber: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 13. Jg. 1962

Arbeitsschutz

Fachteil des Bundesarbeitsblattes für den technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutz
verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Arbeitswissenschaft

Zeitschrift für Ergonomie
Wiesbaden, 1. Jg. ab Oktober 1962

Die Berufsgenossenschaft

Zeitschrift für Unfallversicherung und Betriebssicherheit (früher mit anderem Untertitel)
Jg. 1886 - 1963 (März) Berlin/Bielefeld/München

Die Beschäftigung und Ausbildung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

(Herausgeber: Herbst, K.W. und Weber, R.) Loseblatt 1962
Kapitel 4: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Der Betrieb

Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht,
Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht
Düsseldorf, verschiedene Jahrgänge

Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis

Zeitschrift für wissenschaftliche und praktische
Fragen der Betriebswirtschaft
Herne/Berlin Jg. 1962

Bundesarbeitsblatt Teil III

verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Bundesgesetzblatt Teil I

verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Breithaupt, Hermann (Herausgeber)

Sechzehn Jahre RVO, Generalindex zu den Jahrgängen
I - XVI der "Sammlung der Entscheidungen"
München 1928

25 Jahre Reichsversicherung Bd. I
München 1938

Sammlung von Entscheidungen der Sozialversicherung,
Versorgung und Arbeitslosenversicherung
München

Deutsche Zeitung mit wirtschftszeitung

Köln und Stuttgart, Jg. 1963

Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes

(EuM), 1. Bd. (1914) bis 50. Bd. (1943)
hrsg. von Mitgliedern des RVA

Handbuch des Arbeitsschutzes und der Betriebssicherheit

Bd. I - III

hrsg. von Friedrich Syrup
Berlin 1927

Handbuch für den Arbeitsschutz

hrsg. vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Bereich Arbeitsschutz
Berlin 1958

Handbuch des Betriebsführers

hrsg. von Otto Jamrowski
Berlin 1940

Praktisches Handbuch des Betriebsräterechts

hrsg. von Heinrich Treichel
Göttingen 1950

Handbuch der Betriebsverfassung

hrsg. von E. Bührig
Köln-Deutz 1953

Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. I
hrsg. von René König
Stuttgart 1962

Handbuch der Sozialversicherung Bd. I - III
hrsg. von Kurt Brackmann
Loseblatt, 1. - 6. Auflage (bis einschl. 23. Nachtrag
1962) Bad Godesberg

Handbuch der Unfallverhütung
3. Aufl. 1909/10, Ergänzungsband 1913

Handbuch der Wirtschaftswissenschaften Bd. II
Köln und Opladen 1959
Beitrag: Versicherungswesen, von Karl Hax, S. 1369

Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft
Halle/S. 1930

Art.: Arbeiterschutz, Bd. I, Sp. 378
(Verfasser: Heinz Potthoff)
Unfallverhütung, technische Bd. II, Sp. 4552
(Otto Feeg)

Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
3. Aufl. Stuttgart ab 1956

Art.: Arbeit Bd. I, Sp. 155
(Otto Graf)
Arbeitsrecht Bd. I, Sp. 216
(Eduard Böttcher)
Betriebssoziologie Bd. I, Sp. 858
(Helmut Schelsky) (IV)
Genossenschaft (Wesen, Organisation und Arten)
Bd. II, Sp. 2180
(Reinhold Henzler)
Kosten und Kostenbegriffe Bd. II, Sp. 3374
(Konrad Mellerowicz)
Umfrageforschung Bd. IV, Sp. 5493
(Elisabeth Noelle-Neumann)

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1956

Art.: Arbeiterschutz
(I), Geschichte, Bd. 1, S. 245
(Hermann Pechan)
(II), Gesamtüberblick über den gegenwärtigen
Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung,
Bd. 1, S. 249
(Ernst Herz)
(III), Deutschland, Bd. 1, S. 256
(Wilhelm Herschel)
Sozialpolitik
(I), Geschichte, Bd. 9, S. 532
(Bruno Seidel)
(II), Allgemeines, Bd. 9, S. 539
(Ludwig Heyde)
(III), Sozialpolitik als Wissenschaft
Bd. 9, S. 547
(Leopold von Wiese)

Sozialversicherung

(I), Theorie, Bd. 9, S. 594

(Walter Weddigen)

(II), Entwicklung und heutiger Stand,

Bd. 9, S. 604

(Gertrud Savelsberg)

Soziologie, Bd. 9, S. 626

(Leopold von Wiese)

Handwörterbuch der Staatswissenschaften

4. Aufl., Jena 1928

Art.: Unfallstatistik Bd. VIII, S. 400

(E. Simon)

Unfallversicherung Bd. VIII, S. 410

(Otto Paul)

75 Jahre Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften
am 27. Juni 1962

Sonderdruck der "Berufsgenossenschaft"

K o m m e n t a r e

Dietz, Rolf: Betriebsverfassungsgesetz, 3. Aufl.

München/Berlin 1960

Eckert, J.: Sozialversicherungsgesetze Stand 1.11.1957

(Loseblatt) München/Berlin 1958

Engel - Eckert: Die Reichsversicherungsgesetze

Bd. 1 und 2 (Loseblatt) ab August 1935

Fitting, Karl: Kraegeloh, Walter; Auffarth, Fritz:

Betriebsverfassungsgesetz 6. Aufl.

Berlin/Frankfurt (M.) 1962

Flatow, Georg; Kahn-Freund, Otto: Betriebsrätegesetz

13. Aufl., Berlin 1931

Galperin, Hans; Siebert, Wolfgang: Kommentar zum Betriebs-

verfassungsgesetz, 3. Aufl. Heidelberg 1958

Hofmann, F.: Kommentar zum Gewerbeunfallversicherungsgesetz,

2. Aufl., Berlin 1901

Hueck, Alfred; Nipperdey, Hans-Carl; Dietz, Rolf:

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

4. Aufl., München/Berlin 1943

Krohn; Zschimmer; Eckert; Sauerborn; Knoll; Dobbernack:

Die Gesetzgebung über den Aufbau der Sozialversicherung,

Loseblatt, Berlin 1935

Landmann; Rohmer; Eyermann; Fröhler: Gewerbeordnung

Bd. I und II, München/Berlin 1956, 11. Aufl.

Lass, Ludwig: Kommentar zur Reichsversicherungsordnung
2. Bd. Unfallversicherung, Berlin 1913

Lauterbach, Herbert: Kommentar zum 3. und 5. Buch der RVO,
"Unfallversicherung", 2. Aufl. (bis einschl. 10. Nach-
trag) Stuttgart/Köln ab 1952

von Mangold/Klein: Das Bonner Grundgesetz, Bd. I, 2. Aufl.,
Berlin/Frankfurt (M.) 1957

Mansfeld, W.; Pohl, W.; Steinmann, G.; Krause, A.B.:
Die Ordnung der nationalen Arbeit
Berlin/Leipzig/Mannheim/München 1934

Maunz, Theodor; Schraft, Hans: Das Selbstverwaltungsrecht der
Sozialversicherung, 1. Bd., Stand: September 1962
Loseblatt, Berlin ab 1951

Sanitenberg: Kommentar zur Reichsversicherungsordnung,
11. Aufl., Leipzig 1931

Schulte-Hoithausen, Theodor: Reichsversicherungsordnung,
3. Buch: Unfallversicherung, 4. Aufl., Berlin 1929

Siebert, Wolfgang; Hilger, Marie-Luise: Arbeitsrecht,
Loseblatt, Heidelberg ab 1956

Stier-Somlo, Fritz: Kommentar zur Reichsversicherungsordnung,
2. Aufl., München 1922

Woedtke, E. von: Kommentar zum Gewerbeunfallversicherungs-
gesetz, 7. Aufl., Berlin 1901

Mitteilungen zur Markt- und Absatzforschung Jg. 1962

Moderne Unfallverhütung

Vorträge auf den Arbeitsschutzveranstaltungen des Vereins
Deutscher Revisionsingenieure im Haus der Technik, Essen
(in Zusammenarbeit mit der Gewerbeaufsicht, den Berufs-
genossenschaften, dem Verein Deutscher Sicherheitsin-
genieure, dem Verein Deutscher Ingenieure - Bezirksver-
ein Ruhr - und dem VDI-Arbeitskreis der Betriebsinge-
nieure - ADB -) Nachdruck der Vorträge
Heft 1 - 6, Essen ab 1957

Monatshefte für NS - Sozialpolitik, Jg. 1935/36

Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gewerb-
lichen Berufsgenossenschaften, verschiedene Jahrgänge

Neue Betriebswirtschaft; Betriebswirtschaftlicher Dienst des
Betriebsberaters, 15. Jg., Heidelberg 1962

Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 1961

Reichsversicherungsordnung mit Anmerkungen, hrsg. von
Mitgliedern des RVA
Bd. III Unfallversicherung (Drittes Buch der RVO),
1. Aufl., Berlin 1926; 2. Aufl., Berlin 1930

Reichsversicherungsordnung
Textausgabe mit Anmerkungen
hrsg. von Eichelsbacher - Aichberger, Loseblatt,
25. Aufl., München/Berlin 1961

Unfallverhütungsvorschriften (UVVen) der gewerblichen
Berufsgenossenschaften und der Hütten- und Walzwerks-
Berufsgenossenschaft
Stand bis März 1963

Verzeichnis der Einzel-Unfallverhütungsvorschriften der
gewerblichen Berufsgenossenschaften (VBG - Vorschriften)
Stand 1. August 1961

Reichsarbeitsblatt Teil III
Unfallverhütung, Arbeitsschutz, Gewerbehygiene
hrsg. vom RAM und RVA
verschiedene Jahrgänge und Sonderdrucke

Reichsgesetzblatt Teil I
verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Die Reichsversicherung
Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung
Jg. 1928 - 1937 (s. im einzelnen im Text)

Sicher ist sicher
Aufklärungsblätter für Arbeitsschutz
Herausgeber: Der Senator für Arbeit und Sozialwesen
Berlin, verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Sozialarchiv
Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung;
Fachgebiet 10: Unfallverhütung, bearbeitet von
Volker Sachs
Herausgeber: Th. Merten (Essen)

Soziale Selbstverwaltung
hrsg. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeit-
geberverbände
10. Jg., Bergisch-Gladbach 1962

Soziale Sicherheit
Zeitschrift für Sozialpolitik
Köln-Deutz ab 1951

Die deutsche Sozialversicherung 1937
Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblatts und
der Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung

Stahl und Eisen
verschiedene Jahrgänge (s. im Text)

Unfallverhütung durch das Bild

hrsg. von dem berufsgenossenschaftlichen Auf-
klärungsdienst, Wiesbaden
Ausgabe 1960, 1. und 2. Nachtrag (bis Mai 1962)

Unfallwehr

Monatsschrift für Unfallverhütung für den Arbeitnehmer,
hrsg. vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossen-
schaften, Zentralstelle für Unfallverhütung, Bonn
verschiedene Jahrgänge

Urteile des Reichsgerichtshofes und des Bundesgerichtshofes
in Zivil- und Strafsachen, des Bundesarbeitsgerichtes
und des Bundessozialgerichtes
(s. im einzelnen im Text)

Urteile von Amtsgerichten, Landgerichten, Oberlandesgerichten
des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutsch-
land

Der Volkswirt

Wirtschafts- und Finanzzeitung, Frankfurt (M.)
verschiedene Jahrgänge (bis März 1963)

Werkszeitschrift der Fa. Gebr. Böhler & Co. A.G. Düsseldorf,
Wien 1939 (Sonderdruck)

Wirtschaftsgesetzblatt 1949 für das Vereinigte Wirtschafts-
gebiet (nach Besatzungsrecht)

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Neue Folge,
Köln/Opladen,
verschiedene Jahrgänge

Zeitschrift für Sozialreform

Wiesbaden ab 1955 (bis März 1963)

Zentralblatt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz
Darmstadt Jg. 1958, 1961

Zentralblatt für Arbeitswissenschaft und Fachberichte aus
der sozialen Betriebspraxis
Frechen Jg. 1960, 1961

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abtlg.	Abteilung
AfU	Arbeitsgemeinschaft für Unfall- verhütung
amtl.	amtlich
AN	Amtliche Nachrichten
ArbN, gelegentlich auch: AN, z.B. gewerbli- che AN	Arbeitnehmer
Arb.Gem. EuM-BGen	Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metall-BGen
Arb.u.Som.	Arbeits- und Sozialminister(ium)
AufbauG	Gesetz über den Aufbau der Sozial- versicherung vom 5. Juli 1934 (RGBl I, 577)
Ausnahmeverordnung Be- schäftigung Eisen- und Stahlindustrie	Verordnung über Ausnahmen vom Ver- bot der Beschäftigung von Arbeit- nehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 7. Juli 1961 (BGBl I, 900), in Kraft seit 1. August 1961
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAM	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Bundesarbeitsmi- nister(ium))
BARbBl	Bundesarbeitsblatt
BB	Betriebsberater (Zs)
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Bestimmung RVA	Bestimmung des Reichsversicherungs- amtes über die Unterstützungs- pflicht der Krankenkassen und Un- ternehmer gegenüber den Trägern der Unfallversicherung und über Ersatz- leistungen zwischen Krankenkassen, Ersatzkassen und Trägern der Unfall- versicherung (§§ 1504 - 1510 RVO) sowie im Falle des § 1543 b RVO, vom 19. Juni 1936, AN 1936, S. 195
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis

BG	Berufsgenossenschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
bg-lich	berufsgenossenschaftlich
BK	Berufskrankheit
BR	Betriebsrat
Breith.	BREITHAUPT, W., Sechzehn Jahre RVO, Generalindex zu den Jahrgängen I - XVI der Sammlung der Entscheidungen (Breith. Slg.), München 1928
BRG	Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 (RBG I, 147)
BT	Bundestag
BTDr	Bundestagsdrucksache
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 (BGBI I, 681)
DB	Der Betrieb (Zs)
Denkschrift 50jähriges Bestehen der BGen	50 Jahre Unfallversicherung, eine Denkschrift, den deutschen Berufsgenossenschaften gewidmet vom Verbands der deutschen Berufsgenossenschaften e.V., Berlin 1935
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGfA	Deutsche Gesellschaft für Arbeitsschutz
d.i.	das ist
dgl.	dergleichen
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DVO	Durchführungsverordnung
DZ	Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
entn.	entnommen
Erl.	Erlaß
EStInd.	Eisen- und Stahlindustrie
GA (Gewa)	Gewerbeaufsicht
GAA	Gewerbeaufsichtsamt
geg	gegebenenfalls
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung vom 21.6.1869

GSv	Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom 22. Februar 1951 (BGBl. I, 124)
GT	Gefahrtarif
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
Handbuch.	Handbuch der Unfallverhütung, 3. Aufl. 1909/10, Ergänzungsband 1913
75 Jahre Hauptverband	75 Jahre Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Sonderheft der "Berufsgenossenschaft", Juni 1962
HdA	Handwörterbuch der Arbeitswissenschaft, Halle 1930
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft 3. Aufl. Stuttgart ab 1956
HdES	Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. 1, Stuttgart 1962
HdSV	Handbuch der Sozialversicherung Loseblatt (Bd II) Bad Godesberg 1. - 6. Aufl., bis 23. Nachtrag, 1962
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
hM	herrschende Meinung
hrsg. Hrsg.	herausgegeben, Herausgeber
HWBG	Hütten- und Walzwerks- Berufsgenossenschaft
i.a.	im allgemeinen
i.d.F.	in der Fassung
i.e.S.	im engeren Sinne
IG	Industriegewerkschaft
i.g.	im ganzen
IVSS	Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit
i.w.S.	im weiteren Sinne
Jahresbericht WiV EstInd. (auch nur: Jahresbericht)	Jahresbericht der Abteilung Sozialwirtschaft der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie
Komm.	Kommentar

Lauterbach-Festschrift	Grundsatzfragen der sozialen Unfallversicherung, Festschrift für Dr. Herbert Lauterbach zum 60. Geburtstag (Berlin 1960)
M	Minster(ium)
MiBl NW	Ministerialblatt Nordrhein-Westfalen
Mod UV	Moderne Unfallverhütung (Zs)
Niederschrift Beirat	Niederschrift über die Sitzung des Ständigen Beirats beim Verband der Deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften
Niederschrift Festsitzung	Niederschrift über die Festsitzung aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften am 28. November 1935 in Berlin (Allgemeiner Teil des Berufsgenossenschaftstages), Berlin 1935
Niederschrift Sitzung BG-Verband	Niederschrift über die Sitzung des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften vom 16. Januar 1935
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NSC	National Safety Council
NUVVen	Normal-Unfallverhütungsvorschriften
o.a.	oben angeführt
o.g.	oben genannt
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
Orig.	Original
Pkt.	Punkt
R (bei Seitenangaben)	Rückseite
RArbBl	Reichsarbeitsblatt
RAM	Reichsarbeitsminister(ium)
Realisierbarkeit Rothenfelser Denkschrift	ROHRBECK, ROEHRBEIN, MEYRICH: Zum Problem der Realisierbarkeit der Rothenfelser Denkschrift über "Die Neuordnung der Sozialen Leistungen", Berlin 1955
RGBl	Reichsgesetzblatt
RdErl	Runderlaß

Rdschr

Richtlinien Sicherheits-
beauftragte

RVA

RVers

RuPrAM

S.

s.a.

SI

SiB

Sitzler-Festschrift

Slg.

s.o.

Sp.

StuE

s.u.

TA

TAB

TAD

Techn.Ber.

u.a.

Die Unfälle 1959, 1960,
1961

US

UV

UV durch das Bild

Rundschreiben

Richtlinien für den Einsatz und die Tätigkeit von haupt- und nebenberuflichen Sicherheitsbeauftragten und die Einrichtung eines Hauptausschusses "Arbeitssicherheit" in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie, hrsg. von der WiV EStInd. o.O. 1957

Reichsversicherungsamt

Reichsversicherungsordnung

Reichs- und Preußischer Arbeitsminister

Seite

siehe auch

Sicherheitsingenieur

Sicherheitsbeauftragter

Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht. Festschrift für Friedrich Sitzler, Stuttgart 1956

Sammlung

siehe oben

Spalte

Stahl und Eisen (Zs)

siehe unten

Technische Aufsicht

Technischer Aufsichtsbeamter

Technischer Aufsichtsdienst

Technischer Bericht der HWBG

und andere, unter anderem

"Die Unfälle in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959 (60, 61)", hrsg. von der Abteilung Sozialwirtschaft der WiV EStInd. o.O. 1960 (61, 62)

Unfallschutz

Unfallverhütung

Unfallverhütung durch das Bild
Katalog der UV-Bilder der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn 1960 mit 1. und 2. Nachtrag, bis Mai 1962

UVers.	Unfallversicherung
UVersG	Unfallversicherungsgesetz
UVG	Gesetz über Verbesserungen der gesetzlichen Unfallversicherung vom 10. August 1949 (WiGBI S. 251)
UVM	Unfallvertrauensmann (-Männer)
UVNG	Gesetz über die vorläufige Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung 1. vom 27. Juli 1957 (BGBl I, 1077) 2. vom 29. Dezember 1960 (BGBl I, 1085)
UVVen	Unfallverhütungsvorschriften
VDA	Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände
VDE	Verein Deutscher Elektrotechniker
VDGAB	Verein Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamter
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VDMA	Verein Deutscher Maschinen-Bauanstalten
VDRI	Verein Deutscher Revisionsingenieure
VDSI	Verein Deutscher Sicherheitsingenieure
Vereinbarung DAF - verband BGen	Vereinbarung zwischen der Deutschen Arbeitsfront und dem Verband der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften über Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung, vom 29. August 1935 (BG 1935, S.254 1937, S. 121)
Verf.	Verfasser
Vers.	Versicherte
VO	Verordnung
VO RAM	Verordnung des Reichsarbeitsministers
3. Weltkongreß	Schrift über den 3. Weltkongreß zur Verhütung von Arbeitsunfällen, Paris 1961

Werkszeitschrift Böhler	Werkszeitschrift der Fa. Gebr. Böhler & Co. AG, Wien/Düsseldorf 1939 (Sonderdruck)
WiGBI	Wirtschaftsgesetzblatt (des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nach Besatzungsrecht)
WiV (EStInd.)	Wirtschaftsvereinigung (Eisen- und Stahlindustrie)
Zbl. Arbeitsmed.	Zentralblatt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz (Zs)
Zbl. Arb.-Wiss.	Zentralblatt für Arbeitswissenschaft
Zehn Jahre Unfallstatistik	Zehn Jahre überbetriebliche Unfallstatistik in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie (1950 - 1959), hrsg. von der Abteilung Sozialwirtschaft der WiV EStInd. o.O. 1961
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
Zs	Zeitschrift
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
z.T.	zum Teil

L e b e n s l a u f

Ich, Walter Embser, wurde am 19. August 1934 zu Oberhausen (Rhld.) als Sohn des Studienrats Franz Embser und seiner Ehefrau Katharina, geb. Zellerhoff, geboren.
Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach fünf Jahren Volksschule besuchte ich von 1946 bis 1951 das Staatliche Gymnasium in Oberhausen, ab 1951 das Staatliche Gymnasium in Mülheim a.d. Ruhr. Reifeprüfung daselbst am 5. März 1954.

Nach einjähriger praktischer Tätigkeit in einem Hüttenwerk studierte ich im Sommersemester 1955 und im Wintersemester 1955/56 an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen in der Fachrichtung Hüttenkunde. - Im Sommersemester 1956 bezog ich die Universität Münster zum Studium der Betriebswirtschaftslehre. Hier bestand ich am 28. Juni 1960 die Diplom-Hauptprüfung für Kaufleute.

Seither arbeitete ich zeitweise in einem Wirtschaftsprüfungs-büro und als wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Münster. Gleichzeitig war ich mit der Anfertigung meiner Dissertation beschäftigt.

